Caroline Morgenstern

Den Parteien laufen die Mitglieder davon

Caroline Morgenstern

Den Parteien laufen die Mitglieder davon

Eine soziologische Untersuchung zur Funktionsfähigkeit der deutschen Parteien vor dem Hintergrund schwindender Mitgliederbestände

TECHNISCHE UNIVERSITÄT
CHEMNITZ

Universitätsverlag Chemnitz
2014

Impressum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Diese Arbeit wurde von der Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften der Technischen Universität Chemnitz als Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Dr. phil. genehmigt.

Tag der Einreichung:	14.03.2014
Betreuer:	Prof. em. Ditmar Brock
1. Gutachter:	Prof. em. Ditmar Brock
2. Gutachter:	Prof. Thomas Kern
Tag der Verteidigung:	18.06.2014

Cover-Grafik:
Jürgen Laufer, „8 Bauern“, CC-Lizenz (BY 2.0)
http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/de/deed/de
Quelle: www.piqs.de

Technische Universität Chemnitz/Universitätsbibliothek
Universitätsverlag Chemnitz
09107 Chemnitz
http://www.tu-chemnitz.de/ub/univerlag

Herstellung und Auslieferung
Verlagshaus Monsenstein und Vannerdat OHG
Am Hawerkamp 31
48155 Münster
http://www.mv-verlag.de

ISBN 978-3-944640-27-3

http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:ch1-qucosa-150550

Danksagung

Zuallererst möchte ich mich bei Ditmar Brock für das entgegengebrachte Vertrauen und die Unterstützung bedanken. Es ist allein seiner Erfahrung und seiner unendlichen Geduld als Betreuer zu verdanken, dass diese Arbeit verfasst wurde. Bei Thomas Kern bedanke ich mich für die konstruktiven Anmerkungen, die dem Thema den letzten Schliff verliehen haben. Für die kooperative Hilfe in allen Lebenslagen gilt mein Dank Christian Papsdorf, der mir nicht nur ein geschätzter Kollege ist, sondern auch ein verlässlicher Ansprechpartner und Freund. Bei Carina Kügler möchte ich mich für die professionelle und schnelle Korrektur der Arbeit bedanken.

Der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gilt für die Aufnahme in das Promotionsförderungsprogramm ebenfalls besonderer Danke. Dadurch war es überhaupt erst möglich mit der Arbeit zu beginnen. Neben der finanziellen Beihilfe möchte ich mich bei Michael Gold für die persönliche Unterstützung bedanken. Bis zu seinem viel zu frühen Tod, der mich nach wie vor sehr traurig macht, stand er mir in allen Fragen zur Seite. Mit seiner außergewöhnlichen Persönlichkeit hat er wesentlich zum Gelingen der Arbeit beigetragen. Ebenfalls einen großen Anteil an der Fertigstellung haben Christoph Rößler und Dr. Rainer Goldnau, die mich durch schwierige Zeiten begleitet haben. Bei Michael Werner möchte ich mich für die Flexibilität und das Entgegenkommen bei der Arbeitszeitgestaltung bedanken.

Bei den Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Grüna/Sachsen bedanke ich mich für die Aufnahme in den Förderverein und die daraus resultierenden erlebnisorientierten Herausforderungen, die so viel Licht in den grauen Promotionsalltag gebracht haben. Besonders Jens und Heike Eckardt sowie André Hentschel muss an dieser Stelle gedankt werden, da sie den Mut hatten, sich den Ausführungen einer Doktorandin an einem Samstagabend zu stellen.

Mein größter Dank gilt Rocco Kügler, da er viel Materielles und Immaterielles entbehren musste und mir dennoch immer zu Seite stand. Danke Maus für deine Unterstützung, für die kleinen und großen Gesten, für die Motivation in Zeiten des Zweifels, für das Mit-Freuen bei Erfolgen – auch bei den ganz kleinen – und dafür, dass du immer an mich geglaubt hast.

Chemnitz, den 12.03.2014

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....11

1. Parteien aus wissenschaftlichen Perspektiven.....17
1.1 Parteienfunktionen aus verfassungsrechtlicher Perspektive.....19
1.2 Parteienfunktionen aus politikwissenschaftlicher Perspektive.....26
1.2.1 Paradigmen der Parteienforschung.....28
1.2.1.1 Integrationsparadigma.....29
1.2.1.2 Konkurrenzparadigma.....36
1.2.1.3 Transmissionsparadigma.....43
1.2.2 Konkrete Funktionskataloge von Parteien.....60
1.2.2.1 Parteienfunktionen der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft (Greven 1977).....61
1.2.2.2 Typologie der Aktivitätsbereiche von Parteien (Beyme 1984)…62
1.2.2.3 Funktionen von Parteien in Neo-Democracies (Schmitter 1999).....62
1.2.2.4 Das „Vier-Sektoren-Konzept“ (Steffani 1988).....63
1.2.2.5 Parteienfunktionen zur komparativen Parteiensystem-analyse (Helms 1995).....64
1.2.2.6 Parteienfunktionen in funktionaler und vermittelnder Perspektive (Alemann 2000).....66
1.2.2.7 Funktionen von Parteien im Überblick (Wiesendahl 1980).....67
1.3 Parteienfunktionen aus politisch-soziologischer Perspektive.....68
1.3.1 Partei als Dimension sozialer Ungleichheit (Weber 1980 [zuerst 1922]).....70
1.3.2 Parteien als besonderer Typ von Interessengruppen (Lange 1964 [zuerst 1961]).....74
1.3.3 Parteien als Mittel und Mittler demokratischer Herrschaft (u.a Stammer 1964).....75
1.3.4 Traditionelle und neuere Parteienfunktionen (Lenk 1982).....77
1.3.5 Parteien als institutionelle Vermittlungsinstanzen (Kreckel 2004).....79
1.4 Parteien aus allgemeiner soziologischer Perspektive.....81

1.4.1 Analyserahmen: Parteien in modernen Massendemokratien.....84
1.4.2 Soziologische Parteifunktionen und Parteienbegriff.....101
1.4.3 Die Mediationsfunktion der Parteien 109

2. Das Kommunikationspotential der Parteien.....123
2.1 Merkmale der Mitgliederparteien.....125
2.2 Mitgliederentwicklung 129
2.3 Mitgliederparteien: Niedergang oder Wandel?.....132
2.3.1 Der Wandel der Mitgliederparteien.....133
2.3.2 Der Niedergang der Mitgliederparteien.....138
2.3.2.1 Professionalisierte Wählerpartei (Panebianco 1988; Beyme 2000).....139
2.3.2.2 Rahmenpartei (Leif/Raschke 1994).....140
2.3.2.3 Kartellpartei (Katz/Mair 1995, 1996).....142
2.3.2.4 Fraktionspartei (Nickig 1999; ursprünglich Radunski 1991)...144
2.3.2.5 Netzwerkpartei (Machnig 2000, 2001).....147
2.3.2.6 Medienkommunikationspartei (Jun 2000, 2002).....151
2.3.2.7 Probleme und Aussagekraft der idealtypischen Konzepte.....154
2.4 Ursachen des Mitgliederschwundes.....156
2.4.1 Traditionelle Ursachen.....160
2.4.1.1 Milieuerosion.....160
2.4.1.2 Individualisierung.....166
2.4.1.3 Kommentierte Zusammenfassung.....169
2.5 Die Folgen des Mitgliederrückgangs für die Parteien.....170
2.5.1 Altersverteilung.....171
2.5.2 Personelle und finanzielle Ressourcen.....178
2.5.3 Wählerschaft.....184
2.6 Parteimitglieder in Deutschland.....188
2.6.1 Sozialstrukturelle Merkmale der Parteienmitglieder im Vergleich....189
2.6.1.1 Geschlechterverteilung.....194
2.6.1.2 Erwerbsstatus, Beruf und Bildung.....197
2.6.1.3 Erweiterte Zusammenfassung.....208
2.6.2 Organisationsbezogene Aufgaben der Parteimitglieder.....213
2.6.2.1 Parteimitglieder im Wahlkampf (direct electoral benefit).....219

2.6.2.2 Parteimitglieder als Informationsübermittler (outreach benefit)....224
2.6.2.3 Parteimitglieder als Informationssammler (linkage benefit)....225
2.7 Erweiterte Zusammenfassung....229
2.7.1 Das Problem der Erreichbarkeit....231
2.7.1.1 Die generelle Erreichbarkeit der Gesellschaft....232
2.7.1.2 Repräsentation und Erreichbarkeit....233
2.7.2 Die Gefahr des Missverstehens....240
2.7.2.1 Missverstehen als generelles Problem....242
2.7.2.2 Repräsentation und Missverstehen....246
2.7.3 Rückschlüsse auf die Mediationsfunktion....248

3. Der Bürger im Kommunikationsprozess....249
3.1 Neuere Ursachen des Mitgliederrückgangs....253
3.1.1 Gesellschaftliche Ursachen....256
3.1.1.1 Wertewandel und Individualisierungsfolgen....256
3.1.1.2 Freizeitverhalten und Mediennutzung....276
3.1.1.3 Globalisierung, NGO´s und neue politische Beteiligungsformen....284
3.1.2 Organisationsbezogene Ursachen....289
3.1.2.1 Organisations- und Mitgliederstruktur....289
3.1.2.2 Kognitionsdifferenzen und wahrgenommene Vorteile....295
3.2 Zur Rolle des Bürgers im Kommunikationsprozess....297

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen....307
4.1 Zusammenfassung der Ergebnisse....307
4.2 Zur Beziehung zwischen Gesellschaft und Politik....324
4.3 Ausblick....329
4.3.1 Aufarbeitung und Weiterführung des Forschungsstandes....329
4.3.2 Offene Forschungsfragen....331
4.4 Empfehlung an die Parteien....332

Abkürzungsverzeichnis.....337

Abbildungsverzeichnis.....339

Tabellenverzeichnis.....341

Literaturverzeichnis.....343

Einleitung

Die politischen Parteien in Deutschland genießen nicht nur ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit, sondern stehen seit den ersten Parteigründungen im 19. Jahrhundert[1] auch im Fokus wissenschaftlicher Arbeiten. Bis heute sind eine Vielzahl an Veröffentlichungen zu konstatieren, deren Fülle kaum zu überschauen ist. Unter dem Etikett der »Parteienforschung« subsumiert, reicht der allgemeine literarische Fundus von der historischen Entwicklung (u.a. Bergsträsser 1965; Kaack 1971; Schlangen 1979), über allgemeine Merkmale der Parteien (u.a. Alemann 2000; Wiesendahl 1980) und parteienspezifische Besonderheiten (u.a. Beyme 2000) bis hin zu internationalen Vergleichsstudien (u.a. Webb/Farrell/Holliday 2002). Daneben existieren zahlreiche Veröffentlichungen aus Spezialdisziplinen, beispielsweise der Wahlforschung (u.a. Falter/Schoen 2005) oder der Mitgliederforschung (u.a. Biehl 2005; Wiesendahl 2006; Wiesendahl/Jun/Niedermayer 2009a).

Besonders die Mitglieder der auf Bundesebene konsolidierten Parteien – genauer[2] CDU, CSU, SPD, FDP, Die Grünen[3] und DIE LINKE[4] – stellen seit den 1980er Jahren einen wichtigen Forschungsgegenstand dar. Nachdem zu diesem Zeitpunkt mit rund zwei Millionen Parteienmitgliedern ein historischer Partizipationshöhepunkt erreicht wurde, sinken die Zahlen seitdem kontinuierlich (Niedermayer 2013: 2; Wiesendahl 1990: 4). Ende 2012 waren nur noch rund 1,3 Millionen Personen in diesen Parteien organisiert (Niedermayer 2013: 3, eigene Berechnung), obwohl es im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung zu Mitgliederübernahmen aus den ehemaligen Blockparteien kam sowie mit den Grünen und der LINKEn zwei Parteineugründungen zu konstatieren sind. Wieso sich dennoch immer weniger Menschen in Parteien organisieren, beschäftigt die Wissenschaft seit rund dreißig Jahren (u.a. Haungs/Jesse 1987; Wiesendahl 1990, 1997, 1998a, 2001a, 2002, 2005, 2006; Wiesendahl/Jun/Niedermayer 2009a).

1 Die erste Partei, „die im modernen Sinne anzusprechen ist“ (Bergsträsser 1965: 99), war die »Deutsche Fortschrittspartei«, die 1861 gegründet wurde. Es folgten 1863 der »Allgemeine Deutsche Arbeiterverein«, 1869 die »Sozialdemokratische Arbeiterpartei« sowie 1870 die »Deutsche Zentrumspartei«.

2 In der vorliegenden Arbeit beziehen sich alle Angaben auf diese sechs Parteien. Wenn von diesem Vorgehen abgewichen wird, erfolgt eine entsprechende Kennzeichnung.

3 Die Grünen wurden 1980 gegründet und zogen erstmals 1983 in den deutschen Bundestag ein (Probst 2007: 174).

4 DIE Linke wurde 2007 als Zusammenschluss von WASG und PDS gegründet (Jesse/Lang 2008: 83ff.). Als Gesamtpartei ist sie seit 2009 im Bundestag vertreten.

Aber nicht nur die Zahl der involvierten Personen spielt innerhalb der Forschung eine Rolle. Studien zeigen weiterhin, dass es zu sozialstrukturellen Veränderungen innerhalb der Parteienmitgliedschaft gekommen ist (u.a. Gluchowski/ Veen 1979, Biehl 2004, 2005, 2006a, 2007, 2009; Heinrich/Lübker/Biehl: 2002; Spier/Klein/Alemann/u.a.: 2011). Biehl (2005) konstatiert, dass die Mehrheit der Parteiangehörigen heute männlich und im mittleren Alter ist, über höhere Bildung verfügt und meist eine Position im öffentlichen Dienst besetzt. Da dieser Befund über alle Parteien hinweg aufgezeigt werden könne, sei von sozialstrukturellen Nivellierungstendenzen auszugehen. Diese wiederum hätten Auswirkungen auf die Funktionen der Parteien. Besonders unter demokratietheoretischen und repräsentationstheoretischen Vorzeichen wird diskutiert, ob die Parteien heute überhaupt noch in der Lage sind, ihren verfassungsrechtlich und gesellschaftlich an sie herangetragenen Aufgaben nachzukommen (Wiesendahl 2006, 2009). Dabei sticht in erster Linie die sogenannte »Mediationfunktion«, d.h. die Vermittlung zwischen Gesellschaft und Politik (i.e.S. Staat), hervor. In Kombination mit den Ursachen für den Mitgliederrückgang und unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf den Organisationstyp der Parteien, lassen sich die Forschungsergebnisse der Mitgliederforschung wie folgt zusammenfassen:

> *Als Grundkonsens aller Subdisziplinen der Parteienforschung wird den Parteien eine Vermittlungsfunktion zwischen Staat und Gesellschaft zugesprochen. Bereits seit den 1960er Jahren finden umfassende gesellschaftliche Modernisierungsprozesse statt, die zu Veränderungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen geführt haben. Da es den Parteien nicht gelungen ist, sich diesen Modifikationen anzupassen, kann die Vermittlungsfunktion aus demokratietheoretischer und funktionaler Sicht nur noch unzureichend erfüllt werden. Dieser Zusammenhang wird generell mit den schwindenden Mitgliederbeständen der Parteien in Verbindung gesehen, die den Organisationstyp der Mitgliederpartei grundsätzlich in Frage stellen.*

Trotz der umfangreichen Forschungsbemühungen in den vergangenen Jahrzehnten ist es bislang nicht gelungen, diese Entwicklung überzeugend zu klären. Weder für die Betrachtung einzelner Teilaspekte noch in der Zusammenschau ist die Forschung zu verbindlichen Interpretationen gelangt:

1. Es lässt sich in der Literatur keine eindeutige Beschreibung der Vermittlungsfunktion finden, d.h. was hinter diesem Prozess genau zu verstehen ist, ist unklar. Aus diesem Grund konnte bislang ebenfalls nicht hinreichend geklärt werden, ob Vermittlungsprobleme existieren und wenn ja, wie weitreichend diese sind.
2. Bisher ist nicht geklärt, welche (Modernisierungs-) Prozesse für den Rückgang der Mitgliederzahlen genau eine Rolle spielen. Die empirische Überprüfung verschiedener Komponenten, beispielsweise Wertewandel, führt zu widersprüchlichen Ergebnissen (Wiesendahl 2006).
3. Obwohl der Mitgliederrückgang in Verbindung mit der sozialstrukturellen Nivellierung der Parteienmitglieder ein wichtiger Faktor zu sein scheint, ist unklar, wie weitreichend die Konsequenzen der Entwicklung sind. Weder der tatsächliche Einfluss auf die Vermittlungsfunktion noch auf die Organisation der Parteien konnten bislang befriedigend geklärt werden.
4. Bisher ist umstritten, ob der Organisationstyp der »Mitgliederpartei« real noch existiert oder ob dieser bereits durch einen anderen abgelöst worden ist. Auch hinsichtlich der Frage, unter welchem Etikett die heutigen Parteien kategorisiert werden könnten, sofern die Mitgliederpartei tatsächlich bereits überwunden ist, besteht innerhalb der Forschung keine Einigkeit.

An diesen Punkten setzt die vorliegende Arbeit an. Ziel ist es, aus einer soziologischen Perspektive heraus die Fragen zu beantworten, ob der Mitgliederrückgang der deutschen Parteien tatsächlich negative Auswirkungen auf die Mediationsfunktion hat, und wenn ja, welche Folgen sich für die Beziehung zwischen Politik und Gesellschaft ergeben. Der Zusammenhang zwischen dem Wandel der Parteimitgliedschaft und den Folgen für das „demokratische Gemeinwesen und die Gesellschaft insgesamt“ (Biehl 2005: 232) ist eine bislang unberücksichtigte Forschungsfrage innerhalb der Parteienforschung. Mit dieser Arbeit soll diese Lücke geschlossen werden.

Wenn hier eine soziologische Perspektive eingenommen werden soll, die explizit die Rolle der Parteien als Mediator in den Vordergrund rückt, dann ist dies keine neue, sehr wohl aber eine ungewöhnliche Strategie. Denn obwohl der politi-

sche Bereich der Gesellschaft auf vielfältige Weise zur Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens beiträgt, indem er auf viele Teile der Lebenswelt einwirkt (z.B. Arbeitsmarkt, Bildung), ist die Untersuchung der Politik, d.h. deren Institutionen, Aufgaben und Funktionsweisen, keine primäre Aufgabe der Soziologie[5], wenn auch die dezidierte Beschäftigung mit diesem Bereich die Anfänge der Soziologie prägte.[6] Allerdings vereinigte die Soziologie, sozusagen als einzige Sozialwissenschaft, bis in das 18. Jahrhundert eine Vielzahl heute autonomer Sozialwissenschaften (Lepsius 1961: 9, 23).[7] Mit der Ausdifferenzierung der modernen Sozialwissenschaften bildeten sich demgegenüber einzelne Spezialwissenschaften heraus, die eigene Domänen für sich beanspruchen, ohne dabei im Bereich der Theoriebildung immer klar voneinander getrennt zu sein (Pelinka 2004: 898). Betrachtet man die Gegenstandsbereiche von Soziologie und Politikwissenschaft, zeigt sich deutlich eine thematische Überschneidung, die gleichzeitig als Differenzierungsmerkmal fungiert, da sich hier die Spezialisierung abzeichnet. Nach Hillmann (1994: 821) lässt sich unter Soziologie eine selbstständige Einzelwissenschaft verstehen,

> „die als Sozialwissenschaft auf die empirisch-theoretische Erforschung des sozialen Verhaltens, der sozialen Gebilde, Strukturen und Prozesse ausgerichtet ist. Da das soziale Zusammenleben der Menschen insgesamt und nicht nur bestimmte inhaltlich umgrenzte Bereiche und Aspekte (Politik, Recht, Wirtschaft, Bildung u.a.) das Forschungsobjekt der Soziologie darstellt, bildet sie die grundlegende Sozialwissenschaft."

Demgegenüber befasst sich die Politikwissenschaft

> „mit dem Zusammenleben der Menschen als Bürger und mit der Frage, wie dieses Zusammenleben unter institutionellen (*polity*), prozeduralen (*politics*) und sachlich-materiellen Gesichtspunkten (*polity*) allgemeinverbindlich geregelt werden soll und geregelt ist" (Nohlen/Schultze 2004: 683, H.i.O.).

5 Es gibt sehr wohl Soziologen, die den politischen Bereich der Gesellschaft in den Fokus rücken (z.B. Luhmann 2000; Parsons 2003: 26ff.). Diese Analysen bleiben in der Regel aber sehr allgemein.

6 Heberle (1967: 3) weist darauf hin, dass die Anfänge der Soziologie politische Implikationen hatten, da „alle bedeutenden soziologischen Denker letztlich um die soziale Ordnung bemüht sind".

7 Für die Entwicklung beider Wissenschaften sind „tiefgreifende Wandlungen in der sozialen Struktur und im kulturellen Selbstverständnis" (Lepsius 1961: 19) von Bedeutung. Insofern ist die Wissenschaftsentwicklung „stets in enger Interdependenz mit der sozialen und kulturellen Dynamik" (ebd.) zu sehen.

Da sich die Politikwissenschaft vordergründig mit der Politik, ihren Institutionen, Verfahren und Inhalten beschäftigt, obliegt ihr in diesen Bereichen auch die Grundlagenforschung. Im Sinne einer Basiswissenschaft stellt sie Begriffsdefinitionen und Funktionskataloge zur Verfügung. Dies schließt selbstverständlich die politischen Parteien[8] ein. In der Soziologie spielen Parteien demgegenüber eine untergeordnete Rolle. Wenn der politische Bereich der Gesellschaft soziologisch beleuchtet wird, wird eher von der »Politik im Allgemeinen« oder dem »politischem System« gesprochen. Zwar ist die reale Ausgestaltung des politischen Systems[9] einer Gesellschaft, die die Parteien, deren gesellschaftliche Verankerung, Programme und gesellschaftlichen Gestaltungs- und Beeinflussungsmöglichkeiten einschließt, durchaus von Interesse, allerdings wird auf den Begriff selbst nicht eingegangen. Es wird stillschweigend ein Grundkonsens über die Aufgaben und Funktionen von Parteien angenommen, der aus den Ergebnissen der politikwissenschaftlichen Parteienforschung[10] resultiert. So verwundert es auch nicht, dass die gängigen Lexika und Wörterbücher der Soziologie einen Beitrag zu Parteien vermissen lassen (Endruweit/Trommsdorff 2002; Farzin/Jordan 2008; Hillmann 1994; Reinhold 2000). Parteien werden entweder in speziellen Ausgestaltungen, z.B. autoritäre Parteien (Fuchs-Heinritz u.a. 2007), oder als Ausgangspunkt eines politikwissenschaftlichen Forschungsprogramms behandelt (Bernsdorf 1969).[11]

Möchte man nun Parteien aus einer soziologischen Perspektive heraus analysieren, muss zunächst geklärt werden, was unter einer »politischen Partei« im soziologischen Sinne zu verstehen ist und welche Funktionen soziologisch von Bedeutung sind (Kapitel 1). Erst danach können die Parteienmitglieder sowie gesellschaft-

8 Im Folgenden werden „politische Parteien“ und „Parteien“ synonym gebraucht. Ein anderes Begriffsverständnis wird gesondert ausgewiesen.

9 Der Begriff „politisches System“ wird hier aus der systemtheoretischen Theorietradition übernommen (z.B. Luhmann 1987: 32ff., 74ff.; 2000a: 626f.), meint einschränkend aber (zunächst) ganz undifferenziert einen bestimmten Teilbereich der Gesellschaft, der sich mit politischen Dingen (im Alltagsverständnis) beschäftigt. Differenzierte Ausführungen erfolgen in Kapitel 1.4.1.

10 Zu den wichtigsten Untersuchungsgebieten der empirischen Parteienforschung gehören die Untersuchung der Entstehung und der Geschichte von Parteien, die Einteilung von Parteien, ihre Funktionen, die Untersuchung der innerparteilichen Strukturen, die Analyse der Führung, der Mitglieder, der Anhänger sowie der Wähler und die Beziehung der beteiligten Akteure zueinander (Winkler 2010: 213).

11 Dass der Parteibegriff in seiner allgemeinen Form nur selten den Inhalt soziologischer Wörterbücher u.ä. vervollständigt (z.B. Schoeck 1982) und zudem auffällig häufig in englischsprachigen Werken (z.B. Bourdon/Bourricaud 1984; Johnson 2000) zu finden ist, zeigt deutlich die unterschiedliche Gewichtung von Parteien in der deutschen und US-amerikanischen Soziologie. Der dezidierte Einbezug des Parteienbegriffs innerhalb der US-amerikanischen Soziologie ist der frühen Etablierung der Politischen Soziologie geschuldet (zu den Anfängen in den USA vgl. Lange 1961: 6).

liche Modernisierungsprozesse in die Untersuchung einbezogen werden (Kapitel 2). Da die Parteien in ihrer Vermittlungsfunktion als Ansprechpartner für die Gesellschaft, genauer für die (Staats-) Bürger, fungieren, kann die Frage nach den Folgen für das demokratische Gemeinwesen und die Gesellschaft nur beantwortet werden, wenn auch die Bürger in die Untersuchung einbezogen werden (Kapitel 3). Im Anschluss daran lassen sich hinreichend fundierte Rückschlüsse auf die Beziehung zwischen Politik und Gesellschaft und den Organisationstyp der Parteien ziehen (Kapitel 4).

1. Parteien aus wissenschaftlichen Perspektiven

Für die Erarbeitung der funktionalen Parteimerkmale kann auf einen breiten Fundus an Veröffentlichungen zurückgegriffen werden. Neben der politikwissenschaftlichen Parteienforschung lassen sich zwei weitere Forschungszugänge unterscheiden, die mehr oder weniger explizit die Funktionen von Parteien zum Gegenstand haben. Verfassungsrechtlich betrachtet, legt das „Gesetz über die politischen Parteien" (PartG) diejenigen Funktionen von Parteien fest, die sie durch ihren rechtlichen Sonderstatus zu erfüllen haben. Dieser Katalog ist wenig konkret und lässt verhältnismäßig viel Spielraum bei der Aufgabenumsetzung. Daneben existieren Arbeiten aus einer politisch-soziologischen Perspektive, die sich den Parteifunktionen widmen. Aufgrund der engen Verflechtung zur politikwissenschaftlichen Parteienforschung weisen die Funktionsbeschreibungen einerseits deutliche Parallelen zur Politikwissenschaft auf, andererseits sind die politisch-soziologischen Funktionskataloge weit weniger umfangreich.

Um einen ausführlichen Einblick in die Forschungsleistungen der einzelnen Teildisziplinen zu geben, werden diese im Folgenden separat beleuchtet. Im Anschluss an die verfassungsrechtlichen Sicht werden die Ergebnisse der Politikwissenschaft dargestellt (1.2). Hier wird zweigeteilt vorgegangen: Zunächst werden die drei Paradigmen der Parteienforschung nach Wiesendahl (1980) vorgestellt, da diese ein differenziertes Instrumentarium zur Analyse der Parteifunktionen darstellen. Ursächlich für diese differenzierte Betrachtung ist der analytische Begründungskontext der politischen Parteien, durch den die Möglichkeit eröffnet wird, die Parteifunktionen einem spezifischen Variablenfeld zuzuweisen (ebd.: 105). Dies birgt den Vorteil die Funktionen von Parteien trennscharf einem bestimmten Funktionsbereich zuzuordnen, vernachlässigt aber gleichzeitig (reale) Interdependenzen. Im Anschluss daran werden konkrete Arbeiten aus dem politikwissenschaftlichen Forschungsbereich vorgestellt. Ausgesucht werden solche Autoren, die innerhalb der Profession als Experten ausgewiesen sind bzw. deren Arbeiten innerhalb der wissenschaftlichen Öffentlichkeit rezipiert wurden (Beyme 1984; Schultze 2004; Wiesendahl 1998). Es wird sich zeigen, dass die verschiedenen Autoren bei zum Teil identischer Terminologie unterschiedliche Umsetzungen hinter den Funktionen beschreiben. In einem

weiteren Schritt werden die Forschungsergebnisse der Politischen Soziologie vorgestellt, die Parteifunktionen explizit oder implizit in den Fokus nehmen (1.3). Grundsätzlich sind hier, aufgrund der gemeinsamen Ausgangslage innerhalb der Soziologie, die fruchtbarsten Ausgangspunkte für die Erarbeitung eines eigenen Funktionskataloges zu erwarten. Allerdings wird auch zu zeigen sein, dass es innerhalb der Politischen Soziologie weder einen einheitlichen Funktionskatalog noch einen verbindlichen Parteienbegriff gibt.

Deshalb wird in einem vorletzten Schritt der Versuch unternommen, einen elementaren, soziologisch fokussierten Funktionskatalog zu erstellen und diesen in einen Parteienbegriff einzubetten (1.4.1). Der Anspruch ist dabei, auch innerhalb der Allgemeinen Soziologie Informationen über Parteien zu filtern. Besonders im Rahmen von Differenzierungsprozessen kann erwartete werden, dass Parteien, wenn auch nicht als eigenständiger Forschungsbereich, exemplarisch oder anwendungsbezogen in den Fokus rücken. Folglich wird der Versuch unternommen sozusagen über das »Hintertürchen« einen Zugang zu finden. Ziel ist es, eine Definition anzubieten, die auch über die Grenzen dieser Arbeit hinaus von Interesse sein kann. Da sowohl die politikwissenschaftlichen als auch die politisch-soziologischen Funktionskataloge aufgrund diskontinuierlicher tatsächlicher Funktionsbeschreibungen eine allgemein verbindliche Übernahme verhindern, wird ein gänzlich neuer Funktionskatalog erarbeitet, der neben der soziologischen Komponente auch einer historischen und rechtlichen Dimension Rechnung trägt und damit explizit auch eine empirische Ebene tangiert. Ausgangspunkt ist neben dem Transmissionsparadigma der Parteienforschung und den Grundüberlegungen der Politischen Soziologie ein Vorschlag von Wiesendahl (1980: 186ff.), wie die Parteifunktionen systematisch untersucht werden können und gleichzeitig in einen speziellen Analyserahmen einzubetten sind. Zudem wird sich zeigen, dass eine systematische Funktionsanalyse in Anlehnung an Wiesendahl eine simultane Darstellung von funktionalen und strukturellen (Partei-) Merkmalen ermöglicht, da zwischen beiden Eigenschaftskomplexen Interdependzen vorhanden sind. Der relativ späte Zeitpunkt für die Einführung eines analytischen Rahmens wird deshalb gewählt, um die vorausgehenden Befunde zu Parteifunktionen vergleichsweise unvoreingenommen darstellen zu können.

Im Anschluss daran wird im letzten Teil des Kapitels (1.4.3) der Vermittlungsfunktion der Parteien besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Neben einer dezidierten Darstellung der Spezifika dieser Funktion in Abgrenzung zu anderen Media-

tionen werden Faktoren erarbeitet, welche die Umsetzung beeinflussen. Damit eröffnet sich die Möglichkeit den Mediationsprozess systematisch nach Störquellen zu untersuchen, um so etwaige Defizite aufzudecken.

1.1 Parteienfunktionen aus verfassungsrechtlicher Perspektive

Das Gesetz über die politischen Parteien (Kurzform: Parteiengesetz; PartG) liegt in seiner ursprünglichen Fassung seit 1967 vor.[12] Es bildet die rechtliche Grundlage[13] der Parteien und beinhaltet deren Aufgaben aus einer verfassungsrechtlichen Sicht. Inhaltlich gliedert sich das Gesetz in acht Abschnitte: Allgemeine Bestimmungen, Innere Ordnung, Aufstellung von Wahlbewerbern, Staatliche Finanzierung, Verfahren bei unrichtigen Rechenschaftsberichten sowie Strafvorschriften, Vollzug des Verbotes verfassungswidriger Parteien und Schlussbestimmungen. Für die folgenden Ausführungen ist insbesondere der Inhalt von §1 und §2 des ersten Abschnittes von Bedeutung. Insofern erfolgt eine Beschränkung auf diese Paragraphen resp. deren relevante Absätze.

§1 PartG regelt die verfassungsrechtliche Stellung und die Aufgaben von Parteien. In Absatz 1 wird die Notwendigkeit der Parteien für die „freiheitlich[e] demokratisch[e] Grundordnung“ hervorgehoben. Besondere Relevanz erfahren die Parteien durch ihre Aufgabe, freiwillig und ständig am politischen Willensbildungsprozess der Bevölkerung mitzuwirken. Diese spezifisch öffentliche Aufgabe wird nicht nur hier, sondern auch im selben Paragraphen Abs. 2 und im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (GG) Artikel 21 Abs. 1 festgehalten. Neben der Notwendigkeit für die Existenz eines „freiheitlich demokratischen und sozialen Bundesstaates“ (Art. 20 Abs.1 GG) sei es zudem Aufgabe der Parteien, für eine „ständige lebendige Verbindung“ (§2 Abs. 1 PartG) zwischen dem Volk und dem Staat zu sorgen. Die dahinterstehende Mediationsfunktion hat demokratietheoretische Ursachen.

12 Zu den Gründen für die Entstehung und die Entstehungsgeschichte des PartG vgl. Ipsen (2008: VII, 2009: 9), Sontheimer/Bleek (2002: 16f.); Zehetmeier (1970: 71f.).

13 Der verfassungsrechtliche Status der Parteien wird wird bereits in Art. 20 Abs. 1 und 2 sowie in Art. 21 festgehalten und in §1 Abs. 1 lediglich wiederholt (Ipsen 2008: 3).

> „Die für die Demokratie existenzielle Volkssouveränität (…) und die Willensbildung des Volkes in Gestalt von Wahlen und Abstimmungen (…) setzt die Existenz und das Funktionieren politischer Parteien voraus“ (Ipsen 2008: 2, Hervorhebung weggelassen).

Etwas ausführlicher dargestellt: Für die deutschen politischen Verhältnisse ist eine gedachte „Differenz von Staat und Gesellschaft“ (Kißler 2007: 25) charakteristisch. Auf der einen Seite steht die verhältnismäßig kleine Gruppe der Staatsorgane und auf der anderen Seite die große Gruppe des Volkes. Wenn sich zwei Gruppierungen gegenüberstehen, besteht die Gefahr von Vermittlungsproblemen. Aus einem einfachen Grund tritt ein solches Problem zwischen Staat und Bevölkerung auf: Das Volk ist in sich stark heterogen und verfügt über keinen natürlich gewachsenen Gesamtwillen (Volonté générale). Da es der Bevölkerung aber obliegt die Staatsorgane durch periodisch wiederkehrende Wahlen[14] zu bilden (Art. 20 Abs. 2 GG), braucht es eine Institution, welche die Vielzahl von Individualinteressen und Meinungen bündelt und auf eine überschaubare Menge umsetzbarer Alternativen reduziert (öffentliche Willensbildung). Diese Institution bilden die Parteien.

Wie nun die Parteien aktiv auf die öffentliche Willensbildung[15] Einfluss nehmen können und welche Aufgaben mit ihrer intermediären Stellung verbunden werden, ist in §1 Abs. 2 PartG festgehalten. Die Ausformulierung und Präzisierung der Parteiaufgaben haben dabei weder verpflichtenden Charakter noch werden genaue Umsetzungsregeln vorgeschrieben (vgl. Alemann 2000: 206; Klein/Alemann/Spier 2011: 11). Es steht den Parteien frei[16], wie und in welchem Umfang sie den Funktionen nachkommen.[17] Im juristischen Sinn sind die Parteifunktionen des PartG

14 Die Rolle der Parteien hinsichtlich des Einflusses auf die öffentliche Willensbildung wird oft auf die Zeit von Wahlen beschränkt gesehen (Ipsen 2008: 5). Diese Sichtweise muss schon deshalb als verkürzt gelten, da nach §1 Abs. 2 PartG die Parteien dazu angehalten werden, sich immerwährend an einem Austausch zwischen Staat und Bevölkerung zu beteiligen, was den Einfluss auf die öffentliche Willensbildung einschließt.

15 Oberreuter (1984: 41) sieht den rechtlich zugesprochenen Einfluss auf die politische Willensbildung als „definitives Kriterium der Parteien“.

16 Die gewährten Freiheiten der Parteien im PartG haben funktionalen Charakter und begrenzen die Rolle der Parteien auf eine dienende und nicht auf eine herrschende (Volkmann 2009: 91; vgl. auch Grimm 1987: 136). Diese Unterscheidung ist besonders für die Stellung der Parteien im Vermittlungsprozess zwischen Staat und Bevölkerung von Relevanz und findet seinen Niederschlag in der funktionalen Differenz der Beeinflussung von öffentlicher und staatlicher Willensbildung.

17 Eine Ausnahme bildet dabei die Beteiligung an Wahlen. In §2 Abs. 2 PartG wird festgehalten: „Eine Vereinigung verliert ihre Rechtsstellung als Partei, wenn sie sechs Jahre lang weder an einer Bundestagswahl noch an einer Landtagswahl mit eigenen Wahlvorschlägen teilgenommen hat“. Da die Existenz von Parteien von ihrer Wahlbeteiligung abhängt, kann Rudzio (1991: 96, Fußnote) durchaus Recht gegeben werden, wenn er die Teilnahme an Wahlen aus verfassungsrechtlicher Sicht als „Mindestfunk-

deklaratorischer Natur, da es sich um „Variationen und Modalitäten der zentralen Funktion (…), an der politischen Willensbildung mitzuwirken“, handelt (Ipsen 2008: 4).

> „Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluss nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluss nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozess der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen“ (§1 Abs. 2 PartG).

Geht man die einzelnen Aufgaben nacheinander durch, zeigen sich räumlich-sozial betrachtet drei Handlungsbereiche von Parteien, wobei partielle Überschneidungen denkbar sind: *öffentlicher* Bereich, *parteiinterner* Bereich und Bereich *politischer Handlungen*. Im Hinblick auf die Willensbildungsfunktion lässt sich zeigen, dass das Handeln der ersten beiden Bereiche[18] auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der letzte Bereich auf die Beeinflussung der staatlichen Willensbildung abzielt. Insofern beinhaltet das Parteiengesetz im Prinzip zwei Willensbildungsfunktionen. Die Beeinflussung der öffentlichen Meinung obliegt prinzipiell jeder Partei, wohingegen der Einfluss auf die staatliche Willensbildung neben der Legitimation durch Wahlen „eine Metamorphose der Repräsentanten politischer Parteien“ (Ipsen 2008: 4) in Form der Übernahme staatlicher Ämter voraussetzt. Diese Voraussetzung zeigt deutlich, dass beide Einflussbereiche und damit die zwei verschiedenen Willensbildungsfunktionen streng voneinander zu trennen[19] sind, da die „Ausübung staatlicher Befugnisse (…) [nur] durch die besonderen Organe der Gesetzgebung,

tion“ benennt (vgl. auch Oberreuter 1990: 37). Ergänzend sei angemerkt, dass die Beteiligung an Wahlen zwar eine wichtige, aber keine ausschließliche Funktion ist, wie es durch den Terminus „Wahlvorbereitungsorganiation“ des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfGE 20, 56 (113ff.); zurückgenommen BVerfGE 85, 264 (285f.)) suggeriert wird. Die Aufgaben der Parteien aus verfassungsrechtlicher Perspektive werden so nicht nur verkürzt dargestellt, sondern widersprechen auch den Angaben von §1 Abs. 2 PartG, der eine beständige Mitwirkung an der politischen Willensbildung fordert.

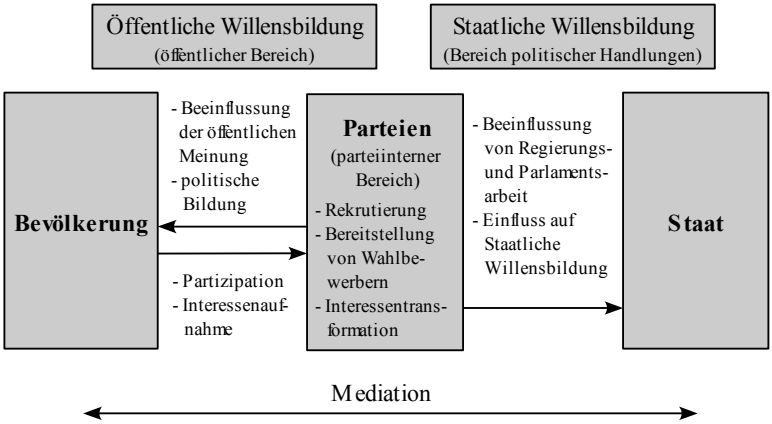
18 Im Anschluss an die Arbeit von Alemann (2000) ist festzuhalten, dass Parteien auch auf sich selbst gerichtet Handeln. Dieses Handeln kann dem parteiinternen Handlungsbereich zugeschrieben werden und ist nicht vollumfänglich öffentlich.

19 In §2 Abs. 1 PartG wird nochmals auf die Willensbildungsfunktion verwiesen, ohne die Funktion dabei in ihre beiden Varianten zu differenzieren.

der vollziehenden Gewalt und der Rechtssprechung“ (ebd.) ausgeübt werden dürfen.

Die jeweiligen Aufgabenbereiche der einzelnen Handlungsbereiche sind im Parteiengesetz verständlich und klar benannt, verbindliche Umsetzungsregeln existieren nicht (siehe oben). Eine einfache Wiederholung ist deshalb an dieser Stelle überflüssig. Ein zusammenfassender schematischer Überblick, der die zehn Parteiaufgaben in Verbindung mit den Handlungsbereichen und Bereichen der Willensbildung im Folgenden abbildet, scheint sinnvoller.

Abbildung 1.1 Parteienfunktionen aus verfassungsrechtlicher Sicht



Quelle: eigene Darstellung nach §1 Abs. 2 PartG.

Hinsichtlich der Möglichkeit, der etwas unübersichtlichen enumerativen Darstellung der Parteiaufgaben im Parteiengesetz entgegen zu wirken, sind einige Autoren dazu übergegangen, zentrale Aufgaben resp. Aufgabenbereiche in Anlehnung an das Parteiengesetz herauszustellen. Zunächst unterscheidet Ipsen (2008: 5ff.) vier Aufgabenbereiche, die in §1 Abs. 2 PartG „variiert und paragraphisiert werden“ (ebd.: 5). Der Grund für die Benennung der Aufgabenbereiche liegt im Vorhaben einer kommentierenden Darstellung und nicht etwa in der Intention einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Parteiengesetz. Die Kommentare beziehen sich

auf den Inhalt des Gesetzestextes, auf Querverweise innerhalb des Parteiengesetzes sowie auf Brücken zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und zu Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes. *Tabelle 1.1* zeigt die Aufgabenbereiche sowie deren Kommentation im Überblick.

Tabelle 1.1: Zentrale Parteifunktionen und Kommentationen nach Ipsen (2008: 5ff.)

Aufgabenbereiche der Parteien	Kommentationen
Beteiligung an Wahlen	- ist bereits durch Art. 20 Abs. 2 verfassungsmäßig festgelegt (deklaratorische Wiederholung)
Auslese und Ausbildung des Führungspersonals	- zusammengefasster Aufgabenbereich aus: Einfluss auf politische Entwicklung im Parlament und Regierung, Einführung erarbeiteter Ziele in den Prozess staatlicher Willensbildung sowie für fortwährenden Austausch zwischen Staat und Bevölkerung zu sorgen - Grund für Zusammenlegung: Aufgaben können nur von benannten, gewählten und in ein Amt erhobene Kandidaten ausgeführt werden
Parteiprogramm und Artikulationsaufgabe	- verbunden mit Willensbildung des Volkes: politische Auseinandersetzung nur möglich, wenn politische Zielsetzungen schriftlich festgehalten werden - Ziele der Aufgabe: Angebot konkurrierender Gemeinwohlentwürfe sowie Vorschläge konkreter Problemlösungen - Artikulation politischer Positionen ist ständiger Vorgang, der sowohl Voraussetzung für die Klärung von Alternativen als auch der Standortbestimmung politischer Parteien dient
Integrationsaufgabe	- besonders bedeutsam, weil Entscheidungen der Staatsorgane aufgrund abweichender Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Bevölkerung ggfs. nicht geteilt werden - Artikulation abweichender Positionen (besonders durch Oppositionsparteien) können Identifikation ermöglichen und bilden aufgrund der Möglichkeit der Positionsumsetzung (Wahlen) die Voraussetzung für Stabilität des demokratisch-parlamentarischen Regierungssystems

Ein weiterer Vorschlag für die systematische Zusammenfassung der Parteiaufgaben im Anschluss an das Parteiengesetz wurde von Volkmann (2009) vorgestellt. Das Anliegen seiner Ausführungen ist ein komparatives. Grundsätzlich bedient

er sich der Unterscheidung in »Verfassungsrecht« und »Verfassungswirklichkeit« um die Parteifunktionen des PartG mit der realen Notwendigkeit und Anwendbarkeit zu vergleichen. Dieser Vergleich sei unter der Bedingung gesellschaftlichen Wandels, dem auch die Parteien gefolgt seinen, erforderlich. Hintergrund seiner Argumentation ist das Vorhandensein von Leitbildern, welche die Klammer zwischen Verfassungsrecht und -wirklichkeit bilden und deren Veränderung zwingend für die Realitätsanpassung der Parteifunktionen seien.

> „Die (…) These ist, dass die Verkoppelung von Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit heute ganz überwiegend über bestimmte Leitbilder von statten geht, die einerseits als solche von der Wirklichkeit in bestimmter Weise geprägt sind, anderseits als aber auch selber beständig Impulse in die Wirklichkeit vermitteln, wie etwas (…) funktionieren soll. Gerade den politischen Parteien haben das BVerfG und weite Teile der Staatsrechtslehre im Laufe der Zeit ein relativ anspruchsvolles Leitbild unterlegt, das diese Aufgabe wesentlich erfüllen soll. Gerade mit diesem hohen Anspruch tendiert es aber auch zu einer Idealisierung und Überhöhung der Verhältnisse, mit der es sich von diesen zuletzt zunehmend zu entfernen droht“ (ebd.: 79f.).

Bezug nehmend auf die politikwissenschaftliche Parteienforschung und die Rechtsforschung unterscheidet Volkmann (ebd.: 82ff.) in Anlehnung an das Parteiengesetz *vier* zentrale Parteifunktionen, die darauf „befragt werden (…), ob die Parteien ihnen heute noch gerecht werden“ (ebd.: 82). Im Gegensatz zu Ipsen erfolgt die Benennung der Funktionen von Parteien weniger strikt entlang des Gesetzestextes, was den Ausführungen eine allgemeinere Note verleiht. Obwohl die empirische Anwendbarkeit der Funktionen an dieser Stelle noch keine große Rolle spielt, wird der Argumention Volkmanns ergänzend nachgegangen und die in *Tabelle 1.2* dargestellten Funktionen und deren Inhalt damit stichwortartig vervollständigt.

Tabelle 1.2: Zentrale Parteifunktionen, deren Teilaufgaben und heutiges Realitätspotential nach Volkmann (2009: 82ff.)

Parteifunktion	Funktionspezifische Teilaufgaben	Realitätspotential
Parteien als Instrument bürgerschaftlicher Teilhabe	- Organisation der Mitwirkung der Bevölkerung an staatlichen Entscheidungen (in Anlehnung an Leibholz formuliert): Mitgliederparteien, d.h. keine vollumfängliche Integration, aber relativ großer und einigermaßen repräsentativer Bevölkerungsteil soll eingeschlossen werden - beinhaltet: Organisations-, Sammlungs- und Mobilisierungsfunktion	- heute kaum noch realisierbar, Gründe: (1) Mitgliederverluste der Parteien, (2)Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Mitglieder, (3) Charakterwandel der Parteien von Interessenvertretern der Basis zu Dienstleistungsbetrieben, (4) Abschwächung der Alternativformulierung (nach BVerGE 91, 276 (286)) durch Milieuerosion; Tendenz zur Mitte, (5) Zunahme der Volatilität der Parteibindungen
Parteien als Schaltstellen demokratischer Repräsentation	- Kommunikation zwischen Staat und Bevölkerung zum großen Teil über Parteien vermittelt	- Stellung der Parteien (besonders in Richtung Staat) seit jeher unscharf: Trennung zwischen öffentlicher und staatlicher Willensbildung rechtlich verpflichtend, aber wirklichkeitsfremd - mögliche Ursachen: (1) Ausbildung von Kartellparteien, (2) Verlust der dominierenden Rolle im politischen Prozess - Verschleierungstendenzen im Kommunikationsprozess bei Wahlen durch Vernachlässigung von Politikalternativen
Parteien als Integrationsfaktoren	- Stabilisierung des politischen Systems und politische Integration durch Ausrichtung politische Handelns an gesellschaftlichen Überzeugungen und Absorption von Protest gegen getroffene Entscheidungen	- Defizite bei der Integrationsaufgabe erkennbar; Gründe: (1) durch Verdrossenheitstendenzen (hervorgerufen durch sinkende Langzeitbindung) gegenüber Parteien gelingt es immer weniger nötige Akzeptanz gegenüber politischen Entscheidungen zu sichern, (2) durch Zwang zu Koalitionsbildung (Fünfparteiensystem) Abstriche der eigenen Programmatik

		(3) Kluft zwischen Wählern und Parteien durch lagerübergreifende Parteiorientierung
Parteien als Träger öffentlicher Verantwortung	- spezifische Verantwortung der Parteien für den politischen Prozess und die Qualität des Prozesses - Mitwirkung an politischer Willensbildung [der Bevölkerung] ist spezifisch öffentlich	- Kontrast zwischen Anspruch und Realität: Parteien verfolgen zunehmend ihre eigenen Interessen; Formen: (1) Blockaden in der Gesetzgebung, (2) Minimalkonsens auf Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners - Folge: Verschlechterung der Politikqualität

1.2 Parteienfunktionen aus politikwissenschaftlicher Perspektive

Innerhalb der politikwissenschaftlichen Forschung existiert kein einheitlicher Funktionskatalog und daraus resultierend auch kein einheitlicher Parteienbegriff. Bis in die 1980er Jahre war die Parteienforschung stark normativ geprägt (Jun 2009: 13; Wiesendahl 1980) und produzierte je nach Wertebezug und Demokratieverständnis des Autors unterschiedliche Ergebnisse. Zwar ist mit einem erneuten Forschungsaufschwung in den 1990er Jahren ein stärkerer empirischer Bezug innerhalb der Parteienforschung verbunden (Alemann 2000: 205; Jun 2009: 13), allerdings hat dies nicht zu einer Vereinheitlichung der Begrifflichkeiten geführt, denn heute sind die „Aufgaben und Funktionskataloge von Parteien fast so zahlreich, wie es Parteienforscher gibt“ (Alemann 2000: 205; vgl. auch von Beyme 1984; Greven 1977; Wiesendahl 1980, 1984).

In der Regel besteht das Ziel der Forschungsbemühungen darin umfassend angelegte Definitionen[20] zu generieren, die neben den Funktionen von Parteien weitere Merkmale, beispielsweise strukturelle Komponenten, enthalten. Zumeist werden diese beiden Eigenschaftskomplexe getrennt analysiert, um dann in dem entsprechenden Parteienbegriff wieder zusammengeführt zu werden (vgl. Alemann 2000).

20 Davon zu unterscheiden sind Minimaldefinitionen, beispielsweise bei Schultze (2004: 628), der unter einer Partei „eine Gruppe gleichgesinnter Bürger [versteht], die sich die Durchsetzung gemeinsamer politischer Vorstellungen zum Ziel gesetzt haben“.

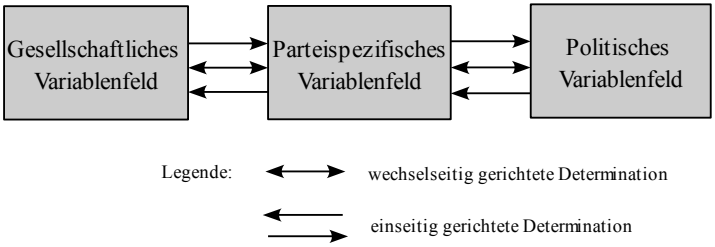
Als Beispiel für einen umfassenden politikwissenschaftlichen Definitionsversuch dient die Ausführung von Winkler (2010: 214f.).

> „Der Begriff der politischen Partei bezeichnet im Allgemeinen eine Gruppe gleichgesinnter Personen, die sich in unterschiedlicher organisatorischer Form an der politischen Willensbildung beteiligt und danach strebt, politische Positionen zu besetzen und ihre Ziele in einem Gemeinwesen durchzusetzen. Die Ziele der Mitglieder dieser Gruppe sind häufig durch ein gemeinsames Überzeugungssystem festgelegt und auf die Durchsetzung bestimmter Sachfragen gerichtet (…) Parteien sind diejenigen Organisationen, die den Zugang zu den politischen Führungspositionen kontrollieren. Über die Einflussnahme auf die politischen Entscheidungen hinaus, streben Parteien die Übernahme von Regierungsmacht an. In liberalen politischen Systemen werden nur solche Gruppen als Parteien bezeichnet, die sich zum Zwecke der politischen Einflussnahme dem Wettbewerb stellen und an Wahlen teilnehmen“.[21]

Um sich den Funktionen von Parteien aus politikwissenschaftlicher Perspektive zu nähern, erscheint es zunächst sinnvoll, die drei paradigmatischen Ansätze der Parteienforschung zu rezipieren, mit Hilfe derer „die Ziele und Funktionen von Parteien (Emminghaus 2003: 79) bestimmt werden können. Alle drei Ansätze werden ausführlich von Wiesendahl (1980) im Anschluss an den trichotomen Ansatz der Parteienforschung von Sartori (1969) aufgezeigt. Ausgangspunkt sind dabei perspektivische Begründungsansätze und deren Zusammenhänge. *Abbildung 1.2* zeigt diese schematisch auf. Es sei angemerkt, dass Wiesendahl (1980: 105) selbst darauf verweist, dass „die Zahl an Kombinationsmöglichkeiten von Ursache-Wirkungsbeziehnungen zwischen dem gesellschaftlichen, parteispezifischen und politischen Variablenbereich numerisch weit größer“ ist, als im Schema abgebildet.

21 Dass der letzte Satz der Definition den Parteienbegriff auf freiheitliche (demokratische) Regierungssysteme bezieht, läuft dem generellen Charakter des Definitionsvorschlages zwar entgegen, ist in der Forschung aber nicht ungewöhnlich und vervollständigt hier das Gesamtbild der Parteien. Den historischen Verschiedenheiten der Parteien in Struktur und Organisation geschuldet, sind in diesem Sinne limitierte Definitionsversuche nicht ungewöhnlich. Beispielsweise schreibt Wiesendahl (1980: 25): „Parteien in modernen Massendemokratien sind hochkomplexe, ressourcenungewisse, organisations- und handlungsbeschränkte, funktional notwendige und vielseitig brauchbare, normative und operative Mehrzweckagenturen politischen Machterwebs, die wandelnden, multifaktionellen Umweltbedingungen unterworfen sind, auf die sie selbst flexibel einzuwirken bemüht sind.“

Abbildung 1.2 Der analytische Begründungskontext der politischen Parteien



Quelle: Wiesendahl (1980: 105).

Jedem der drei Variablenfelder lässt sich je ein Forschungsparadigma zuordnen, das „von einer typischen Denkposition aus Parteien im allgemeinen [sic!] und das Verhältnis von Parteien und Demokratie im besonderen [sic!] analytisch erfass[t] und thematisier[t]“ (Wiesendahl 1980: 107)[22]. Dabei werden die „politischen Parteien als ein[e] abhängige Variablenstruktur [behandelt], die mit der Basisannahme einer prinzipiellen Instrumentalität und Fungibilität der Partei gegenüber ihren Determinationsfaktoren konvergiert“ (ebd.). Die Darstellung der drei Paradigmen der Parteienforschung in Anlehnung an die Darlegungen von Wiesendahl (1980) bildet den ersten Schritt (1.2.1) der nachfolgenden Ausführungen. In einem zweiten Schritt werden konkrete Funktionskataloge von Parteien verschiedener Autoren fokussiert, um dem breiten politikwissenschaftlichen Forschungsstand umfassend darzustellen (1.2.2).

1.2.1 Paradigmen der Parteienforschung

Die Untersuchung der Paradigmen der Parteienforschung erfolgt in Anlehnung an Wiesendahl (1980) in drei Schritten: Zunächst werden die allgemeinen paradigmati-

22 Für die Auswahl eines Paradigmas im konkreten Forschungsprozess sind nicht nur eine „etablierte Forschungstradition bzw. pragmatische Nützlichkeitserwägungen [von Bedeutung], sondern das Kalkül des Forschers (…) wird in gleichem Maße von der Frage bestimmt, welche der gegebenen Optionen normativ als erwünscht und allein zulässig erachteten analytischen Begründungsalternativen der Partei harmonisieren bzw. konfligieren“ (Wiesendahl 1980: 106f.).

schen Implikationen, d.h. normative Orientierung und grundlegende Argumentationszusammenhänge dargestellt. Anschließend werden der daraus resultierende paradigmaspezifische Parteienbegriff und Kritik an diesem Begriff sowie am Paradigma insgesamt beschrieben. In einem letzten Schritt werden die Funktionen der Parteien herausgearbeitet. Da es hier zunächst um die reine Darstellung geht, wird weitestgehend auf eigene Bewertungen, Umsetzungsmöglichkeiten sowie empirische Beispiele verzichtet.

1.2.1.1 Integrationsparadigma

Das Integrationsparadigma kann dem politischen Variablenfeld zugeordnet werden. Es begreift Parteien als „Integrationsinstrument“ (ebd.: 108).

> „Im Kern konzeptualisiert das Integrationsparadigma ein instrumentelles Problemlösungskonzept der Partei, das aus einem übergeordneten Zusammenhang der Konsens-, Funktions- und Überlebenssicherung von Demokratie deduziert und intentional für die Bewältigung dieser Probleme dienstbar gemacht wird“ (ebd.).

Die Analyseperspektive ist gleichzeitig makroanalytisch und selektiv. Parteien werden als abhängige Variablen behandelt, ohne ihnen dabei die Fähigkeit abzusprechen „auf ihre politische und gesellschaftliche Umwelt Einfluß zu nehmen“ (ebd:. 109). Allerdings wird Letzteres unter einem negativen Fokus problematisiert. Es bestehe die Gefahr, „daß die politischen Parteien sich verselbstständigen und zu einem unkontrollierbaren, dysfunktionalen Machtfaktor demokratischer Willensbildung denaturieren“ (ebd.; vgl. auch Michels 1989; Ostrogorski 1964). Hinsichtlich der normativen Orientierung und des Problemstellungsrahmens des Integrationsparadigmas können zwei politische Denkrichtungen unterschieden werden:

> „Es handelt sich auf der einen Seite um ein normatives, an Konsenssicherungs- und Konfliktvermeidungsproblemen orientiertes Zielmodell stabiler Demokratie und auf der anderen Seite um ein systemtheoretisch argumentierendes Systemüberlebensmodell von Demokratie, das seine Problemperspektive auf die funktionalen Erfordernisse der Bestands- und Funktionssicherung des politischen Systems richtet“ (Wiesendahl 1980: 109).

Die *erste* Orientierung erkennt den konflikthaften Charakter von Politik und betont in diesem Zusammenhang, dass die Politikinhalte auf Konsens und Kompromiss ausgerichtet sein müssen, um die Stabilität einer Demokratie zu gewähren (vgl. Grewe 1969: 80; Seuffert 1969: 98; Wiesendahl 1980: 110). Allerdings sind kompromissbefähigende Politikinhalte aus dieser stabilitätsorientierten Sicht nicht ausreichend. Gleichzeitig muss es den Parteien gelingen, die, der Differenz von Bevölkerung und Staat innewohnenden, Konflikte durch „strukturelle Vorsorge“ (Wiesendahl 1980: 112) zu entschärfen. Lipset (1962: 18) beschreibt dies so:

> „Eine stabile Demokratie setzt voraus, daß alle großen Parteien in verschiedenen Bevölkerungskreisen Anhänger besitzen. Ein System, in welchem die Anhängerschaft der verschiedenen Parteien genau den grundlegenden soziologischen Kategorien entspricht, kann nicht auf demokratischer Basis weiterbestehen, denn es repräsentiert einen so intensiven und akzentuierten dauernden Konflikt, daß ein Kompromiß einfach unmöglich ist.“

In diesem Sinne sind es insbesondere „mehrheitsorientierte Wählerparteien“ (Wiesendahl 1980: 114), die „notwendigerweise breite Koalitionen sein müssen“ (Lipset 1962: 87), die diese Aufgabe zu erfüllen vermögen.

Die *zweite* Orientierung geht von den gleichen Voraussetzungen aus, zeigt aber einen anderen Lösungsansatz. Nicht der generelle Wille zum Kompromiss, sondern konkret zwei Dinge sind für das Funktionieren einer Demokratie von Bedeutung: Einerseits muss das politische System, das aus der Gesellschaft ausgegliedert ist, durch die Umwelt generell Anerkennung erfahren und anderseits müssen „unzumutbar[e], entscheidungserschwerend[e] Umweltanforderungen“ (Wiesendahl 1980: 110) abgewehrt werden. Den Parteien kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Da sie sich an der Grenze zwischen Gesellschaft und Politik befinden[23] (Faupel 1971: 395), sind sie in der Lage „artikulierte Interessen zu gewichtigen Zielalternativen [zu reduzieren und zu bündeln], die dann den politischen Entscheidungsträgern als Bezugsgröße für ihre Entscheidungen dienen“ (Wiesendahl 1980: 111). Aus dieser funktionalistischen Sicht sind es besonders Zweiparteiensysteme, die „überschaubare Programmalternativen erzeug[en], während Vielparteiensysteme Interessen nicht aggregieren, sondern gleichsam unbearbeitet in das Entscheidungszentrum transmittieren und dieses dadurch überfordern bzw. lahmlegen können“ (ebd.: 111f.).

23 Almond und Powell (1966: 99) zeigen als relevante Größen für den Grenzbereich neben den Parteien die Interessenverbände auf.

Für das Integrationsparadigma insgesamt gilt, dass Parteien ein funktionales Erfordernis darstellen. Theoretisch käme das Konzept auch ohne Parteien aus, „wenn es nicht rein technische Probleme der Konsensbeschaffung und Wahl der politischen Eliten gäbe“ (ebd.: 115). Da der Fokus des Paradigmas auf dem politischen Variablenfeld liegt, geht es hier auch primär um die Frage wie reibungslos Herrschaftsausübung garantiert werden kann[24] und etwa nicht darum, wie angemessene Interessenvertretung gewährleisten werden kann.

> „Daß gleichwohl im Rahmen dieser Demokratievorstellung ein konstruktives Parteienkonzept entwickelt wird, ist darin begründet, daß Parteien erforderliche Instrumente bilden, die unter den Bedingungen moderner Massendemokratie einerseits Wahlen sicherstellen und andererseits die Entscheidungsunabhängigkeit und -fähigkeit der politischen Eliten im politisch-administrativen Entscheidungszentrum gewährleisten können und auch sollen“ (ebd.).

Darüber hinaus neigt das Integrationsparadigma zur Überbetonung des Konsensgedanken und vernachlässigt den (konstruktiven) Charakter von (sozialen) Konflikten.[25]

> „Soweit das Integrationsparadigma überhaupt auf freien, pluralistischen Konfliktaustrag unterschiedlicher Interessen und Spaltungen abzielt, gerät es in eine eigentümliche dispatitäre Gewichtung von Dissens und Konsens, die häufig genug einen möglichen Gleichgewichtszustand faktisch zugunsten einseitiger Priorisierung des Konsens unterläuft (…) M.a.W. ist im Rahmen integrationistischen Denkens der Dissens nur insoweit funktional, d.h. erwünscht, als er der Konsenssicherung dient“ (ebd.: 115f.).

An diesem normativen Maßstab müssen sich auch die Parteien messen lassen. Sie sind nur dann wichtig und sinnvoll, wenn sie einen „Beitrag zur Entscheidungskapazitätssteigerung und Effektivierung des politischen Entscheidungssystems leisten“ (ebd.: 116), indem sie die Rolle eines „Filters gegenüber der Gesellschaft spiel[en], an dem konsensgefährdende Konfliktlagen und -konstellationen auflaufen und zerschellen“ (ebd.: 117). Sollte es den Parteien nicht gelingen, diesen Maßstab zu erfüllen, werden sie überflüssig, da sie für das Systemüberleben keinen funktionalen Bei-

24 Wiesendahl (1980: 115) weist darauf hin, dass es hier nicht auf Fragen ankommt, die den Zweck oder die Legitimation von Demokratie betreffen. Im Grunde werden diese Dinge nicht in Frage gestellt. Es geht vielmehr um die Frage „ob, inwieweit und womit Effizienz und Stabilität des demokratischen »Getriebes« sichergestellt werden können (ebd., H.i.O.).

25 Dieser Umstand erinnert an die Differenzen der Arbeiten von Parsons (u.a. 1937, 1991; Parsons/Shils 1951) und Dahrendorf (1965: 207ff.).

trag leisten werden. Allerdings ist ein solches Szenario kein explizites Thema des Integrationsansatzes, da er negative Eigenschaften von Parteien, die zum Scheitern führen könnten, „normativ ächtet und aus den Modellüberlegungen zu eliminieren versucht“ (ebd.). Insofern ist Wiesendahl Recht zu geben, wenn er die Rolle von Parteien im Integrationsparadigma wie folgt zusammenfasst:

> „Das Integrationsparadigma anerkennt die politischen Parteien in der Demokratie nur auf der halben Länge des Weges, und wenn es seinen Frieden mit ihnen macht, dann doch nur zu recht einseitigen Bedingungen“ (ebd.).

Welche Funktionen von Parteien lassen sich nun aus dem Integrationsparadigma ableiten? Unter der Prämisse, dass Parteien „einen Beitrag zur Bewältigung oder Lösung eines funktionalen Bezugsproblems, das im politischen System [selbst] angesiedelt ist, [leisten]“ (ebd.: 196), können sich die Parteifunktionen nur aus der Identifikation der vorhandenen Systemprobleme ergeben. Ähnlich wie bei der oben eingeführten Orientierungsunterscheidung, können auch hier zwei Wege der Funktionsbestimmung unterschieden werden:

> „Einmal kann in enger Verwandtschaft zu systemtheoretischen Gedankengängen eher dezisionistisch und apriorisch von den Grundbedürfnissen des politischen Systems nach Persistenz, Stabilität und Funktionsfähigkeit ausgegangen werden, für deren Sicherstellung funktionale Requisiten identifiziert und als jene funktionalen Bezugsprobleme ausgemacht werden können (…) [Andererseits können] Parteifunktionen als Beiträge zur Realisierung und Sicherstellung von vorwegbestimmten Staats- und politischen Systemfunktionen [hergeleitet werden]“ (ebd.).[26]

Die, aus der Stabilitäts- und Funktionserhaltungsaufgabe der Parteien gegenüber dem politischen System resultierenden, Funktionen gründen zunächst auf der Akquirierung von Massenunterstützung für politische Entscheidungen und Handlungen. Dies ist selbstverständlich kein einseitiger Prozess, da sich das Verhältnis zwischen der Masse der Bevölkerung und dem politischen System als interdependent be-

26 Beiden Wegen kann als Kritik entgegengebracht werden, dass die Ableitung von Funktionen durch die Bestimmung der Aufgaben von Staat resp. politischem System entweder stark von den Präferenzen des jeweiligen Forschers abhängen oder aber von „übergeordneten gesellschaftlichen funktionalen Bezugspunkten“ (Wiesendahl 1980: 196) her entwickelt werden. Liegt eines der beiden Vorgehen vor und nicht etwa eine konkrete empirische Tätigkeitsanalyse, dann beinhaltet die Funktionsbestimmung all jene Probleme, die für die politikwissenschaftliche Forschung als kritisch ausgewiesen werden (vgl. zu den Problemen der Funktionsbestimmung ebd.: 185ff.).

schreiben lässt. Fasst man die Massenunterstützungsfunktion breiter, dann geht es hier in erster Linie um „eine *Legitimationsfunktion*, welche die Parteien gegenüber dem politischen System zu erbringen vermögen“ (ebd.: 197, Hervorhebung C.M.). Dazu gehört neben der Verknüpfung von Identifikationsmustern auch die Unterstützungsmobilisierung[27], speziell zum Zeitpunkt von Wahlen. Aufgrund des periodischen Charakters von Wahlen kommt diesen dabei eine Schlüsselposition zu, da hierbei sozusagen die Loyalität gegenüber dem politischen System regelmäßig erneuert werden kann (Luhmann 1975: 173). Auch für den Fall, dass sich die Massenunterstützung gegenüber dem politischen System auf niedrigem Niveau befindet, bilden Parteien eine unerlässliche Institution für die Aufrechterhaltung des politischen Gesamtsystems.

> „[D]as Parteienwettbewerbssystem [verschafft] dem politischen System ein existenznotwendiges Druckablaß-Ventil, über das Loyalitätsschwankungen und der spontane Entzug von Massenunterstützung nicht das politische System mit voller Wucht treffen, sondern Loyalitätsfluktuationen im Parteiensystem kanalisiert und abgefangen werde können“ (Wiesendahl 1980: 198).

In Verbindung mit Wahlen ist eine weitere Funktion von Parteien zu sehen, die nach Wiesendahl (ebd.: 199) von Hennis (1973), Kaack (1971) und Kaltfleiter/ Veen (1974) in das Integrationsparadigma eingeführt wurde. Es handelt sich um die „*Eliterekrutierungsfunktion*“ (ebd., Hervorhebung C.M.). Danach obliegt es (allein) den Parteien, politischen Führungsnachwuchs zu rekrutieren, auszubilden und mittels Listen für die Besetzung politischer Ämter zur Wahl zu stellen (vgl. Herzog 1975: 44). Auf den ersten Blick ist die Notwendigkeit dieser Funktion für den Integrationsansatz nicht ohne Weiteres ersichtlich. Der Zusammenhang ergibt sich implizit: Für die Aufrechterhaltung des politischen Systems ist notwendigerweise entsprechendes Personal unerlässlich. Da den Parteien die Rekrutierung eben dieses zugesprochen wird, erfüllen sie auch hier eine Funktionserhaltungsaufgabe.

Eine dritte Funktion bezieht sich auf die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit des politischen Systems und ist offensichtlicher zu identifizieren. Es geht um soziale Konflikte, deren Regelung und Verarbeitung. Zwar sind solche Konflikte insgesamt konstruktiv und notwendig für demokratische Systeme, allerdings bergen sie auch die Gefahr, die Gesellschaft zu vernichten, wenn es nicht gelingen sollte,

27 Dass sich Parteien ausgesprochen gut für die Identitätsbildung und die Massenmobilisierung eignen, zeigen auch Easton (1968) und Mitchell (1967) auf (vgl. Wiesendahl 1980: 198).

diese Auseinandersetzungen in ihrer Intensität[28] zu mäßigen (Lipset 1962: 14, 77). Bezogen auf die (politische) System-Umwelt-Differenz erweist sich die aus den Konflikten resultierende politische Interessenartikulation unter Umständen als Gefahr, und zwar dann, wenn „konfliktträchtige und systemgefährdende Umweltanforderungen [Interessen] ungefiltert und spontan die politischen Systemgrenzen durchdringen und es damit eventuell lahmzulegen vermögen" (Wiesendahl 1980: 200). Wie bereits bei der Legitimationsfunktion kommt den Parteien dabei, bedingt durch ihre intermediäre Stellung, eine Schlüsselposition zu. Sie bilden sozusagen „intermediäre Puffergebilde (…), die im Effekt das an Forderungen herausfiltern soll[en], was von politischer Systemwarte aus als nicht verarbeitungsfähig erscheint" (ebd.). Umgekehrt betrachtet wird an die Parteien die Aufgabe gestellt, „gegebene Alternativen soweit zu reduzieren und zu bündeln" (ebd.: 201), dass sie ohne große Schwierigkeiten im politischen System be- und verarbeitet werden können. Mit dieser *Pufferfunktion* ist auch eine „*Prellbock*- und *Filterfunktion*" (ebd.: 200, Hervorhebung C.M.) verbunden. Denn es kommt nicht nur auf das Abfangen schwer oder gar nicht zu verarbeitender Interessen an, sondern auch auf den Schutz und das Abschirmen des politischen Systems gegenüber der unorganisierten Öffentlichkeit.

> „[Mit der Pufferfunktion] ist aber auch eine weitere erwünschte Vorstellung [verbunden], daß nämlich das politische System und die tragenden politischen Eliten zugleich dem Zugriff der Massen entzogen und von spontanen Massenbewegungen in der Weise abgeschirmt werden, daß durch parteiinterne Druckabarbeitungsprozeduren spontane Eruptionen, akute Pressionen und Problemdrucküberlastungen kanalisiert und im Hinblick auf systemgefährdende Gleichgewichtsstörungen abgewehrt und entschärft werden können" (Wiesendahl 1980: 200).

Möchte man die Implikationen der Puffer-, Prellbock- und Filterfunktion zusammenfassen, dann lassen sie sich in eine „*Interessen-Aggregationsfunktion*" (ebd.: 201, Hervorhebung C.M.)[29] von Parteien integrieren, die jedoch mehr beinhaltet als bislang beschrieben. Denn neben der Abwehr unerwünschter Forderungen sowie der Reduzierung, Bündelung und Artikulation erwünschter Interessen, fungieren die Parteien – vermittelt über die Interessenaggregation – als Integrationsinstanzen. Diese

28 Der Begriff „Intensität" wurde in seiner Bedeutung von Dahrendorf (1965: 221) übernommen.

29 Wie Wiesendahl (1980: 200) bezüglich dieser Funktion richtig festhält, liegt der Schwerpunkt im Integrationsparadigma nicht auf der Interssentransmission (wie etwa beim Transmissionspradigma), sondern auf dem Funktionserhalt des politischen Systems durch Reduzierung und Bündelung von Interessen.

Integrationsfunktion bezieht sich sowohl auf den Einzelnen als auch auf die Gesellschaft insgesamt.

> „Wenn man ergänzend hinzufügt, daß sich die Integrationsaufgabe nicht nur auf den einzelnen Wähler, sondern im gleichen Maße auf die differenzierte Gruppen- und Klassenstruktur einer Gesellschaft bezieht, dann wird verständlich, daß Parteien auf der einen Seite nicht nur partikulare Interessen kompromißgerecht zu politischen Entscheidungsalternativen bündeln und transformieren, sondern zugleich gegenüber ihrer gesellschaftlichen Umwelt deren soziale Zerklüftung und Gruppenvielfalt zu glätten und zu homogeniern versuchen, so daß die potentiell systemgefährdenden Differenzen und Spannungen (…) gebändigt und auf gemeinsam geteilte Werte hin harmonisiert werden können“ (ebd.: 203).

Es zeigt sich, dass die Integrationsfunktion einerseits generelleren Charakter hat und andererseits über die Interessen-Aggregationsfunktion hinausgeht. Denn wenn insbesondere ein Grundgerüst gemeinsamer Werte implementiert wurde, besteht ein Fundament, das bestimmte Konfliktlagen unwahrscheinlich macht. Dadurch wird das System insgesamt stabiler, weil bis zu einem gewissen Grad übersichtlicher.

Neben den bereits benannten, führt Wiesendahl (ebd.: 203f.) eine letzte Parteienfunktion im Integrationsparadigma ein, die auf den ersten Blick mit dem Stabilitätsgedanken nicht konform scheint. In Anlehnung an die Arbeiten von Lowi (1967) und Lehmbruch (1970) kristallisiert sich durchaus zurecht eine „*Innovationsfunktion*“ (Wiesendahl 1980: 203, Hervorhebung C.M.) der Parteien heraus. Demnach sei es auch Aufgabe der Parteien, das politische System im Hinblick auf sich verändernde Problemlagen und daraus resultierende Interessen flexibel zu halten. Unter der Voraussetzung, dass es sich bei modernen Gesellschaften um dynamische Gebilde handelt (u.a. Krähnke 2007: 190), ist die Möglichkeit, auf Disharmonien zu reagieren, für das politische System überlebenswichtig. Denn nur durch flexibles Eingreifen lässt sich ein erneuter Gleichgewichtszustand herstellen (Stabilitäts-Innovations-Gleichgewichtsmodell).

1.2.1.2 Konkurrenzparadigma

Dem parteienspezifischen Variablenfeld wird das *Konkurrenzparadigma* zugeordnet.[30] Dieses Paradigma setzt dezidiert bei den Parteien resp. den Parteiparteieliten an und geht von zweckrational handelnden Individuen bzw. Gruppen aus.

> „Das Konkurrenzparadigma der Parteienforschung wurzelt in einem Marktmodell der Demokratie, welches sein Augenmerk auf die Handlungsbedingungen und Handlungsweisen utilitaristisch gesonnener, machtambitionierter Parteieliten richtet, die zum Zwecke eigenen Machterwerbs untereinander um einen größtmöglichen Marktanteil am Stimmenmarkt konkurrieren" (Wiesendahl 1980: 118).

Grundlage des Marktmodells der Demokratie ist die ideale Vorstellung von Volkssouveränität[31], sowie der implizierte Gedanke „der Wähler könne und wolle den Prozeß politischer Willensbildung selbst gestalten und bestimmen" (ebd.), nicht aufrecht zu halten sei. Da das gedankliche und augenscheinlich auch empirische Primat nicht mehr auf Seite des Volkes zu sehen ist, erscheint es implizit logisch, dass sich das Konkurrenzpardigma mit der Rolle der Parteien und der Relevanz der politischen Eliten auseinandersetzt. Da sich die beiden Seiten besonders bei Wahlen direkt miteinander konfrontiert sehen, liegt der Analysefokus primär auch genau hier. Dabei ist zunächst weniger entscheidend, wie und aus welchen Gründen sich ein Wähler für eine bestimmte Partei entscheidet, sondern von Bedeutung sind die Motive der Parteieliten das Ziel, d.h. die größtmögliche Stimmenzahl auf die jeweilige Partei zu vereinigen, zu realisieren. In diesem Zusammenhang können innerhalb des Konkurrenzparadigmas zwei Ansätze unterschieden werden: zum einen ein Konzept, das das Machtmotiv in Zusammenhang mit den (politischen) Wettbewerbsbedingungen hervorhebt und mit Autoren wie Weber (1956, 1980) und Schumpeter (1950) in Verbindung gebracht wird (elitentheoretische Variante). Ein zweites Konzept wurde von Downs (1968) vorgelegt und beinhaltet eine Erklärung für den Konkurrenzkampf von Parteien in Analogie zur Ökonomie (ökonomische Variante). Beiden Denkrich-

30 Wiesendahl (1980: 123ff.) geht am Ende seiner Ausführungen sehr genau auf kritische Punkte des Marktmodells der Demokratie und des Konzeptes der Stimmenerwerbsmodell der Partei ein. Auf eine dezidierte Darstellung dieser Einwände wird in dieser Arbeit verzichtet, da sie der Zielsetzung nicht dienlich sind.

31 Der Gedanke der Volkssouveränität wurde erstmals durch Rousseau (2008) formuliert und hatte erheblichen Einfluss auf die Französische Revolution. Zur Einführung in die Arbeiten von Rousseau vgl. Schmitz (2000: 200ff.).

tungen, die im Folgenden näher beleuchtet werden, ist gemeinsam, dass sie „auf ein kongruentes und in den Grundelementen äquivalentes Modell der Stimmenerwerbspartei hinauslaufen“ (Wiesendahl 1980: 118).

Die „*Theorie demokratischer Elitenherrschaft*“ (ebd.: 120, Hervorhebung C.M.) geht davon aus, dass „Politik in Massendemokratien nicht jedermanns Sache, sondern allein das Geschäft von Berufspolitikern und Berufsklienten ist“ (ebd.: 118). Grund dafür ist, wie bereits angesprochen, dass das Volk nicht in der Lage sei, politische Entscheidungen zu treffen, sondern „zu bestimmen, welche von zwei oder mehr Mannschaften die Entscheidungen treffen soll“ (McKenzie 1961: 386 nach Wiesendahl 1980: 119.). In den Worten Schumpeters (1950: 427):

> „Es sei daran erinnert, daß unsere Hauptschwierigkeiten (...) sich um die Behauptung gruppierten, daß »das Volk« eine feststehende und rationale Ansicht über jede einzelne Frage besitzt und daß es – in einer Demokratie – dieser Ansicht dadurch Wirkungskraft verleiht, daß es »Vertreter« wählt, die dafür sorgen, daß diese Ansicht ausgeführt wird (…) [W]ir nehmen nun den Standpunkt ein, daß die Rolle des Volkes darin besteht, eine Regierung hervorzubringen oder sonst eine dazwischengeschobene Körperschaft, die ihrerseits eine nationale Executive oder Regierung hervorbringt.“

In Abgrenzung zur klassischen Demokratielehre des 18. Jahrhunderts bestreitet Schumpeter, dass ein „eindeutig bestimmtes Gemeinwohl“ (ebd.: 399) existiert. Wenn ein Volkswille identifizierbar sei, sei dieser immer „fabriziert“ und somit „das Erzeugnis und nicht die Triebkraft des politischen Prozesses“ (ebd.: 418). Da der typische Bürger bei der Benennung seiner Interessen „assoziativ und affektmäßig“ (ebd.: 417) vorgehe, sogar ins Primitive zurückfalle, können dessen politische Entscheidungen keinesfalls rational sein. Zudem seien die einzelnen Individualinteressen so unterschiedlich, dass ein einheitlicher Gemeinwohlgedanke auszuschließen sei.[32] Deshalb bestehe die Notwendigkeit, Repräsentanten mit der Bearbeitung politischer Fragen zu beauftragen. In diesem Sinne ist der Ansatz Schumpeters den elitistischen Demokratietheorien zuzuordnen, die „Demokratie [als] eine politische Methode zur Legitimation von Eliten“ (Schaurhofer 1999: 154) begreifen. Mit welchen Mitteln die Eliten an die Macht kommen sollen, ergibt sich nicht zuletzt aus der Definition von Demokratie:

32 Das bedeutet allerdings nicht, dass ein Wille zum Gemeinwohl nicht existiert (Schumpeter 1950: 399).

> „Und wir definieren: die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben (…) Zur Vereinfachung [um einer Diskussion über ideale Konkurrenzbedingen aus dem Weg zu gehen] haben wir jene Art von Konkurrenz um die Führung, die die Demokratie definieren soll, auf freie Konkurrenz um freie Stimmen beschränkt“ (Schumpeter 1950: 428, 430).

Es ist demnach das freie Werben um Wählerstimmen, unter der Voraussetzung einer mehr oder weniger uneingeschränkten[33] Konkurrenzsituation zwischen den Parteien, welches den potentiellen Machtinhabern als legitime Methode zur Verfügung steht.

Der Gedanke der Konkurrenz und des freien Werbens um Stimmen ist auch in den Arbeiten Webers (z.B. 1964: 50f.) zu finden und kann als Ursprung der Denkrichtung verstanden werden. Auch Weber setzt seine Untersuchung nicht auf Seiten der breiten Masse, sondern auf Seiten der Parteien, genauer bei den „Berufspolitikern“ (ders. 1997: 282)[34] an. Grund dafür ist die Ansicht, dass nicht das Volk aktiv nach einem Führer sucht, sondern ein potentieller Machtinhaber sein Handeln auf die Machtübernahme ausrichtet.[35]

> „Denn nicht die politisch passive »Masse« gebiert aus sich den Führer, sondern der politische Führer wirbt sich die Gefolgschaft und gewinnt durch »Demagogie« die Masse (ders. 1980: 866).

Zudem kommt der Konkurrenzgedanke, der wiederum für die gesamte Politik charakteristisch sei, deutlich zum Ausdruck:

> „Das Wesen aller Politik ist (…): *Kampf*, *Werbung* von Bundesgenossen und von freiwilliger Gefolgschaft“ (ebd.: 852, H.i.O.).

Auch wenn Schumpeter und Weber wichtige Bausteine für das Konkurrenzparadigma liefern, neigen die Arbeiten beider Autoren zur Einseitigkeit sowie zur Überbeto-

33 Eine beschränkte Konkurrenzbedingung wäre z.B. ein militärischer Aufstand (Schumpeter 1950: 430).

34 Zur Unterscheidung der Motive, den Beruf des Politikers zu ergreifen vgl. Weber (1980: 829, 1997: 281ff.).

35 Bedingt durch Massendemokratisierung hat sich die Lage für einen potentiellen Wahlkandidaten im Geschichtsverlauf verändert: „Die Bedeutung der aktiven Massendemokratisierung ist: daß der politische Führer nicht mehr aufgrund der Anerkennung seiner Bewährung im Kreise einer Honoratiorenschicht zum Kandidaten proklamiert, dann kraft seines Hervortretens im Parlament zum Führer wird, sondern daß er das Vertrauen und den Glauben der Massen an sich und also seine Macht mit *massen*demagogischen Mitteln gewinnt (Weber 1984: 265, H.i.O.).

nung in Richtung eines „plebiszitären Cäsarismus“ (Wiesendahl 1980: 120). Gleichzeitig vermögen beide Theoretiker nicht den impliziten Dualismus zwischen Individualinteresse der Eliten und dem antizipierten Gemeinwohl aufzulösen.

Diesem Problem kann mittels der „*Ökonomischen Theorie der Demokratie*“ (Downs 1968, Hervorhebung C.M.) entgegengewirkt werden. Unter der Voraussetzung perfekter Konkurrenzbedingungen am politischen Markt, postuliert das Modell[36], dass „trotz [des] eigennützigen Machtstrebens von Politikern so etwas wie allgemeine Wohlfahrt“ (Wiesendahl 1980: 120) entstehe. Darüber hinaus überwindet[37] Downs, mittels Einbezug der Rational-Choice-Theorie (grundlegend Esser 1991, 1999), die Annahme Schumpeters (1950: 416f.), der Bürger könne nur Entscheidungen treffen, die durch Irrationalität geprägt seien.

> „In unserem Modell leitet sich dieser Zusammenhang [zwischen dem Handeln der Regierung und den Wählern] aus dem Axiom her, daß die Bürger in der Politik rational handeln (…) Existieren mehrere einander ausschließende Möglichkeiten, dann wählt ein rationaler Mensch stets diejenige, die ihm certis paribus den höchsten Nutzen einbringt, d.h. er handelt so, daß er den größtmöglichen eigenen Vorteil erlangt“ (Downs 1968: 35)[38].

Aber nicht nur die breite Masse, sondern auch die Politik handelt rational. In Analogie zum ökonomischen Marktmodell untersucht Downs den „politischen Sektor als Gütermarkt, auf dem unter Rationalitäts- und Nutzenmaximierungsprämissen (…) politische Güter“ (Wiesendahl 1980: 120) getauscht werden. Das Tauschgeschäft selbst ist einfach zusammengefasst: Stimmen gegen Politik – Politik gegen Stimmen. Hinsichtlich der demokratischen Bedingungen, unter denen dieser politischer Gütermarkt funktionieren soll, werden insgesamt acht Voraussetzungen benannt

36 Dass es sich bei der Studie von Downs (1968) um ein Modell handelt, sei hier explizit hervorgehoben. Grund dafür ist der Umstand, dass die Ergebnisse des Modells nicht ohne Weiteres auf die Realität übertragen werden können. „Die Aussagen unserer Analyse sind gültig für die Modellwelt, nicht aber für die wirkliche Welt, es sei denn, sie bezieht sich offensichtlich auf diese. Wenn wir also zweifelhafte Behauptungen darüber aufstellen, wie die Menschen denken oder wie eine Regierung handelt oder welche Strategien den Oppositionsparteien offen stehen, dann meinen wir nicht *wirkliche* Menschen, Regierungen oder Parteien, sondern ihre Entsprechungen in der rationalen Modellwelt unserer Studie“ (ebd.: 33, H.i.O.).

37 Die Überwindung der Annahme muss als Vorteil gesehen werden. Nicht nur, dass sie die Verbindung Wähler-Parteien nun als Interdependenzverhältnis erscheinen lässt (Lehner 1973: 26), sie schafft auch die Voraussetzung zur Herstellung allgemeiner Wohlfahrt (vgl. Wiesendahl 1980: 120). Die Vernachlässigung der Irrationalität im Modell heißt allerdings nicht, dass irrationale Entscheidungen in der Realpolitik keine Rolle spielen, wie Downs (1968: 33) selbst betont.

38 Zur Explikation des Kosten-Nutzen-Modells des Wählers vgl. Downs (1974: 132ff.).

(Down 1968: 23; auch 1974: 123), die im Wesentlichen aus den Grundanforderungen für demokratische Wahlen allgemein und den Minimalstandards stabiler Demokratien bestehen. Die Nutzenmaximierung der Politik und speziell der Parteien ist in der größtmöglichen Anhäufung von Wählerstimmen zu sehen (ders. 1974: 125). Und genau hierin liegt auch die Lösung des Dilemmas zwischen politischen Eigeninteressen und gesellschaftlicher Wohlfahrt. Zusammen mit der Konkurrenzbedingung, unter der die Stimmen zu „erwirtschaften" sind, zeigt sich eine Situation, aus der kollektiver Nutzen im Prinzip automatisch resultiert.

> „Denn wie auf dem ökonomischen Gütermarkt bieten die politischen Unternehmer genau jene Produkte feil, die aus ihrem privaten Nutzenkalkül die Erzielung eines maximalen Profits, d.h. Maximums an Wählerstimmen, versprechen. Da die Angebotslieferanten gleichen Konkurrenzbedingungen unterworfen sind, werden sie, wer immer von ihnen an die Macht gelangt, jene Produktprogramme realisieren, die letztlich der öffentlichen Wohlfahrt, d.h. dem Glück aller, gerecht werden, da sonst nach dem Nutzen-Kosten-Kalkül der Wähler die unterlegene Konkurrenzpartei das Mandat zur Realisation erhalten würde" (Wiesendahl 1980: 120f.).

Inwiefern sich diese Sichtweise sich mit realpolitischen Intentionen deckt, bleibt hier ganz im Sinne Downs unberücksichtigt. Erklärungswürdig ist aber die Frage, aufgrund welcher Motive Politiker überhaupt gewillt sind, politische Macht zu erreichen. Dazu liefern insbesondere Weber und Downs Anhaltspunkte, die ein rein egoistisches Kalkül erkennen lassen.

> „»Politik« würde für uns also heißen: Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung (…) Wer Politik treibt, erstrebt Macht: Macht entweder als Mittel im Dienst anderer Ziele – idealer oder egoistischer –, oder Macht »um ihrer selbst Willen«: um das Prestigegefühl, das sie gibt, zu genießen" (Weber 1956: 27f.).

Es wird deutlich, dass Machtübernahme als handlungsanleitendes Motiv zu sehen ist – eine Erkenntnis, die von Weber für die gesamte Politik generalisiert wurde. Ähnliches ist auch den Ausführungen Downs zu entnehmen. Allerdings fehlt bei ihm – bedingt durch die Implikationen der Rational-Choice-Theorie[39] – der erste der beiden Gründe Webers:

39 Die ursprüngliche Konzeption der Rational-Choice-Theorie vernachlässigt soziale Komponenten, wie altruistische Motive. Solche „harten" (Diekmann/Voss 2004: 20) Ansätze wurden mittlerweile durch „weiche" ergänzt, die solche Motive berücksichtigen und von der reinen (egoistischen) Kalkulation abrücken (u.a. Opp 1986).

> „Wir nehmen an, daß sie [die Parteimitglieder] nur handeln, um das Einkommen, das Prestige und die Macht zu erlangen, die mit öffentlichen Ämtern verbunden sind. Daher streben in unserem Modell Politiker niemals ein öffentliches Amt an, weil es ihnen ermöglicht, bestimmte politische Konzepte zu verwirklichen; ihr einziges Ziel ist, die Vorteile zu genießen, die ein öffentliches Amt an sich bietet. Die Politiker verwenden politische Konzepte und Aktionen einzig und allein als Mittel zur Verfolgung ihrer privaten Ziele, die sie nur dadurch erreichen können, daß sie gewählt werden“ (Downs 1968: 27; vgl. auch ders. 1974: 124f.).

Interessanterweise existieren Parteien demnach nicht zum Selbstzweck oder primär zur Erstellung politischer Konzepte, sondern sie dienen lediglich als (legitimes) Mittel zur Machterreichung[40]. Warum nun Parteien gerade diese Funktion ausführen und nicht etwa in erster Linie eine Institution zur Vertretung gesellschaftlicher Interessen sind (und auch kein Interesse besteht, Letzteres anzustreben), ergibt sich aus dem Umstand, dass Parteien in Kongruenz zu den „machtambitionierten“ (Wiesendahl 1980: 122) Politikern gesehen werden, aus denen sie bestehen (Downs 1968: 289). Insofern ist eine Partei als eine Organisation zu betrachten – als ein „Team von Menschen“ (ders. 1974: 124) –, deren Zweck es ist und deren Handeln darauf ausgerichtet ist, die Führer bei der Erreichung ihres (egoistischen) Machtmotivs zu unterstützen. Daraus ergibt sich eine interne Unterscheidung zwischen der Parteienführung und den übrigen Mitgliedern (Wiesendahl 1980: 122; vgl. auch Weber 1964: 699)[41] sowie ein daraus resultierendes arbeitsteiliges Verhältnis. Da den Grundton auch hier das ökonomische (Stimmen-) Maximierungsprinzip angibt, ist es wenig überraschend, dass das Konzept der Stimmenerwerbspartei keinen Wert auf eine große Anzahl von Parteimitgliedern legt. Diese würden nur „die Flexibilität und Schlagkraft des Verkaufskonzerns minder[n]“ (Wiesendahl 1980: 127). Effektiver ist in diesem Zusammenhang professionelles politisches Personal, das durch seine Qualifikation weitaus besser in der Lage sei, die größtmögliche Anzahl von Wählerstimmen beizubringen (vgl. Schutz 1964: 133ff.).

Für die Funktionen von Parteien ergibt sich aufgrund des spezifischen Blickwinkels des Konkurrenzparadigmas ein gewichtiger Unterschied zu den anderen beiden Paradigmen: Es zeigen sich fast keine „externen funktionalen Abhängigkeiten“ (Wiesendahl 1980: 204). Lediglich – und das ist überaus wichtig, aber auch leicht einsichtig – ergeben sich Handlungsregeln und -beschränkungen sowohl aus

40 Wie Wiesendahl (1980: 122) richtig feststellt, fungieren Parteien hier als unabhängige Variable.

41 Vgl. zu dieser Differenzierung und den resultierenden Folgen für die innerparteiliche Demokratie Michels (1989).

dem Konkurrenzmechanismus als auch aus dem Wettbewerbsrahmen, denen sich die Parteien unterwerfen.

> „Besteht also das funktionale Bezugsproblem von Parteien darin, ihren Parteiführern ein größtmögliches Ausmaß an Machtgewinn zu verschaffen, so wird diese recht eindeutige interne funktionale Ausrichtung der Partei dennoch »unsichtbar« in der Weise über den externen Stimmenkonkurrenzmechanismus kanalisiert und gesteuert, daß sich im Ergebnis Parteifunktionen sowohl aus den Machtambitionen der Parteiführer als auch aus den machtkontrollierenden Wettbewerbsbedingungen des Parteiensystems herleiten (…) Aus dieser doppelten internen und externen funktionalen Verklammerung der Partei ergeben sich zwei handlungsstrategische Bezugsprobleme, zu deren Lösung Parteien im wesentlichen [sic!] ihre funktionale Existenzberechtigung erfahren“ (ebd.: 205).

Diese beiden handlungsstrategischen Bezugsprobleme können im Zusammenhang gesehen werden. Da es den Parteien resp. den Parteiführern darauf ankommt ihre (egoistischen) Machtmotive zu verwirklichen, ist es in erster Linie die Funktion der Anhäufung einer größtmöglichen Wählerstimmenzahl, welche die Parteien zu erbringen haben. Diese Funktion der „*Stimmenwerbung*“ (ebd., Hervorhebung C.M.) verlangt, ganz im Sinne eines Tauschgeschäftes, dem potentiellen Wähler eine Gegenleistung für seine Stimme anzubieten. Ihre intermediäre Stellung zwischen Gesellschaft und Politik berücksichtigend, bieten sich die Parteien als Vermittler und Unterstützer von Gesellschaftsinteressen an. Zusammen mit der Stimmenwerbung ist diese Funktion der „*Interessenmakelung*“ (ebd., Hervorhebung C.M.) nicht nur der Machterreichung dienlich, in Verbindung haben beide Funktionen einen interessanten Nebeneffekt.

> „[Aus] beide[n] Funktionen zusammen (…) ergibt sich dann als Ausfluß des Konkurrenzmechanismus eine optimale Versorgung des politischen Gütermarktes“ (ebd.).

Hinsichtlich der Interessenvertretungsfunktion zeigt sich zudem eine weitere Nebenfolge, welche die Stabilität des politischen Systems insgesamt beeinflusst. Indem Parteien sich als Vermittler für gesellschaftliche Interessen betätigen, tragen sie zur Regulierung solcher Interessen bei. Obwohl dies kein expliziter Anspruch ist, sollte deren Relevanz für die Parteien selbst nicht unterschätzt werden. Denn obwohl das Konkurrenzparadigma nur begrenzt externe Funktionsabhängigkeiten berücksichtigt, schaffen sich die Parteien durch die Interessenregulierung bis zu einem gewissen

Grad stabile Umweltverhältnisse, welche die Mittel zur Stimmenmaximierung ein Stück weit planbar machen, was unter Effizienzgesichtspunkten nicht unwesentlich ist.

1.2.1.3 Transmissionsparadigma

Der dritte und letzte zu betrachtende Untersuchungsansatz ist das *Transmissionsparadigma*. Es wird dem gesellschaftlichen Variablenfeld zugeordnet und beinhaltet auf der normativen Orientierungsebene ein „basisdemokratisches Leitbild politischer Willensbildung“ (ebd.: 128), das sowohl für die Politik im Allgemeinen und für den Parteienbegriff als auch für die Parteien und deren Funktionen prägend ist.

> „Als explizit normativ-präskriptiver Denkansatz thematisiert das Transmissionsparadigma ein an Legitimationserfordernissen orientiertes Interessenartikulations- und befriedigungskonzept von Demokratie, in dem durch Partei-Aktive gesteuerte Willensbildungsparteien einen herausgehobenen, wenn nicht gar ausschließlichen funktionalen Beitrag leisten“ (ebd.).

Der grundlegende Begründungszusammenhang des Paradigmas enthält zwei Elemente, die in Abhängigkeit zueinander gesehen werden. Es handelt sich dabei *zum einem* um ein „identitästheoretisches Legitimationskonzept massendemokratischer Herrschaft“ (ebd.: 129), welches das präjustizierte Selbstbestimmungsrecht des Volkes mit dem allgemeinen Wahlrecht in Verbindung bringt. Besonders im Gegensatz zu den Aussagen Schumpeters (siehe Konkurrenzparadigma) wird hier die prinzipielle Mündigkeit des Volkes unterstellt und das Recht zustanden „über sein Schicksal, seine Interessen selbst zu befinden und seinem Willen *uneingeschränkt* und *unmittelbar* Ausdruck zu verleihen“ (ebd., Hervorhebung C.M.). Dieser normative Imperativ des Selbstbestimmungspostulates ist theoretisch und empirisch nicht unproblematisch. Denn wie kann es möglich sein, den Volkswillen unverändert in den politischen Prozess hineinzubringen und wie kann dieser von den Exekutivorganen ebenso umgesetzt werden? Die Antwort auf diese Fragen ist eng an das Selbstbestimmungsrecht – genauer an die basisdemokratische Willensbildung des Volkes geknüpft und kann mittels systemtheoretischer Unterscheidung in In- und Output des politischen Systems (vgl. Easton 1965) bearbeitet werden. Demnach ist auf der Inputseite die Willensbildung nur dann als demokratisch einzustufen, wenn „das sou-

veräne Volk in freier Selbstbestimmung seine Interessen zum Ausdruck bringt und per Mehrheitsentscheidung durchsetzt“ (Wiesendahl 1980: 129). Der politische Output gehorcht ebenfalls nur dann den demokratischen Richtlinien, wenn die politischen Entscheidungen aus dem Volk als „selbst intendiert[e] Mehrheitsentscheidungen“ (ebd.) quasi naturwüchsig hervorgegangen sind. Die Zielnorm der Selbstbestimmung ist im Transmissionsparadigma so stark, dass sie die Zweckmäßigkeit politischer Entschlüsse überlagert. Denn allein die Tatsache, dass ein Beschluss der Bevölkerung unter Nützlichkeitserwägungen positiv zugetan ist, reicht nicht aus, um hier als legitim eingestuft werden zu können. Allein die aus dem Volk erwachsene Urwüchsigkeit und der majoritäre Charakter der Intention ist für den Beschluss ausschlaggebend.

Die prinzipiell unterstellte Mündigkeit der Bevölkerung scheint auf den ersten Blick mit funktionalen Differenzierungen zu brechen, wie sie für moderne Gesellschaften charakteristisch sind und auch die Aufgabenverteilung innerhalb der Politik beschreiben. Die Empirie der Massendemokratie nicht aus dem Blick verlierend, beinhaltet das Transmissionsparadigma sehr wohl „eine parlamentarische Beschlußform demokratischer Willensbildung – jedoch unter dem prinzipiellen Vorbehalt der unverfälschten Transmission des Volkswillens von der Basis zu den politischen Ratifikationsorganen“ (ebd.: 130). Dabei geht es weniger um die Institutionen oder den Prozess der politischen Entscheidungsfindung, sondern um die Charakterisierung der Beziehung zwischen den gewählten Volksvertretern und dem Volk selbst. Diese Relation gründet „nicht auf Vertrauen, auf Zustimmung oder Tausch, sondern generell auf Weisung“ (ebd.). Aufgrund der Selbstbestimmungsprämisse behält das Volk dabei seine Souveränität und gibt sie nicht stellvertretend an die politischen Eliten ab. Der Volkswille fungiert somit als „kategorische[s] Steuerelement aller am politischen Prozeß Beteiligten“ (ebd.).

Hinsichtlich der unvermittelten Interessenartikulation zeigt sich eine quantitative Schwierigkeit, die eine direkte Vermittlung im Grunde unmöglich macht. Es handelt sich hierbei schlicht um die große Anzahl der Menschen, welche die Bevölkerung bilden. Dieses Problem, unter Wahrung der Identitätsnorm berücksichtigend, bedarf eines speziellen „Struktur- und Verfahrensmodell[s]“ (ebd.), das für moderne Massendemokratien zugeschnitten ist. Hierbei kommt nun der zweite Aspekt des grundlegenden, paradigmatischen Begründungszusammenhangs ins Spiel. Denn ne-

ben dem identitästheoretischen Legitimationskonzepts bedarf es *zum anderen* eines „parteienstaat-lich[en] Realisierungskonzept[es] dieses [massen-] demokratischen Ziel-Modells“ (ebd.: 129). Das Transmissionsparadigma beinhaltet zu diesem Zweck eine Parteienstaatstheorie, deren wesentliche Aussageelemente sich auf drei Theoreme reduzieren lassen (ebd.: 130f.).

Das *Unentbehrlichkeits-Theorem* konstatiert, dass Parteien unverzichtbar für die Partizipation der Bevölkerung an der Politik sind. Ursächlich für diese Sichtweise ist, dass der Parteienstaat die adäquate Form sei, um den Anforderungen der Massendemokratie des zwanzigsten Jahrhunderts gerecht zu werden (vgl. Trautmann 1975: 50). Die Entwicklung vom (Honoratioren-) Parlamentarismus des 19. Jahrhunderts hin zum modernen Parteienstaat ist mit der Demokratisierung der Gesellschaft und der Ausweitung des Wahlrechts verbunden, was zur quantitativen Ausweitung der am politischen Prozess beteiligten Gesellschaftsgruppen führte. Unter diesen Bedingungen sei nur der Parteienstaat in der Lage, „unter massendemokratischen Vorzeichen die Selbstbestimmung breiter Volksschichten“ (Wiesendahl 1980: 131) sicher zu stellen.

Die Artikulation von Interessen im politischen Prozess wird meist im Zusammengang mit einem konflikthaften Charakter von Interessenlagen gesehen. Davor versperrt sich auch das Transmissionsparadigma nicht. Im Kern teilweise an marxistische Arbeiten (Marx/Engels 1998) erinnernd, sei das Ziel von Politik, „ökonomisch begründet[e] gesellschaftlich[e] Machtverhältnisse“ (Wiesendahl 1980: 131) zu erhalten oder zu beseitigen. An diesem Punkt wird der Heterogenisierung moderner Gesellschaften Rechnung getragen, was hinsichtlich der Interessenvertretung den Parteien wiederum zu ihrer herausragenden Rolle verhilft.

> „Die Vorstellung einer homogenen Volkseinheit hebt sich hier zudem auf zugunsten eines Modells einer nach objektiven Interessen und Klassen gespaltenen Gesellschaft, in welcher Politik, wer auch immer sie betreibt, nicht überparteilich, sondern nach konkreten Interessenstandpunkten betriebene Klassenpolitik ist“ (ebd.: 131f.).

In Verbindung mit der Unentbehrlichkeit der Parteien im politischen Prozess ist das *Alleinvertretungs-Theorem* zu sehen. Denn die Parteien seien nicht nur unverzichtbar, sondern darüber hinaus auch einzig in der Lage das Volk und dessen Interessen zu vertreten. Daraus ergibt sich, dass gegebenenfalls andere politische

Akteure „nur funktional spezifische Ratifikations- und Exekutivorgane von Parteibeschlüssen sein“ (ebd.: 132) können. Zudem wird den Parteimitgliedern – insbesondere der Basis – aufgrund der Selbstbestimmungsnorm das Hauptgewicht innerhalb der Parteien zugesprochen.

> „Da sich der Parteiwille auf die basisdemokratische Legitimation der Aktivbürgerschaft zu berufen hat, kann folglich nur die Mitgliederorganisation Entscheidungs-, Lenkungs- und Kontrollzentrum der ganzen Partei sein, während die parlamentarische Vertretungskörperschaft der Partei, die Fraktion, an die Beschlüsse der Parteibasis gebunden ist, welche sie parlamentarisch durchzusetzen beauftragt ist“ (ebd.).

Die Ansicht, dass die Parteien in modernen Massendemokratien unentbehrlich seien und allein das Vermögen besitzen die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, impliziert zwei wichtige Punkte, die zusammen im *Parteien-Primats-Theorem* gipfeln. Denn aufgrund der realen gesellschaftlichen Bedingungen erklärt sich nicht nur die Vormachtstellung der Parteien, sondern auch deren Notwendigkeit. Den Parteien wird dabei ein „funktionales Willensbildungsmonopol“ (ebd.) zuteil, das im Hinblick auf die demokratische Willensbildung auch Legitimationscharakter besitzt.

> „Die deskriptive These des faktischen Willensbildungsmonopols liefert also der Parteienstaatstheorie die Basis für den präskriptiven Teil ihres Gehalts: daß nämlich mit der Faktizität der Parteienherrschaft dieser auch eine massendemoktratische Legitimität zukomme“ (ebd.).

Hinsichtlich des Parteienbegriffs ist die herausragende theoretische und empirische Rolle der Parteien nicht unwesentlich. Allerdings muss zur Benennung der entsprechenden Funktionen und Strukturen der resultierenden »Willensbildungspartei« der spezifische, gesamtgesellschaftliche Untersuchungskontext des Paradigmas berücksichtigt werden. Erste Ansätze (vgl. u.a. Beloff 1969; Leibholz 1967; Raschke 1977) in diese Richtung werden von Wiesendahl (ebd.: 133) – zurecht – lediglich als erste „forschungsstrategische Anregungen“ etikettiert, da sich (noch) kein einheitliches Forschungskonzept abzeichnet. Wesentlich systematischer nähere sich hingegen Gross (1967) der Problematik. Aus einer explizit soziologischen Perspektive versteht Gross unter einer Partei:

> „an organizied group, an association, oriented toward political goals, which attempts by its actions to maintain the status quo or to change the existing social, economic and political conditions by means of influencing achievement or conquest of political power“ (ebd.: 702).

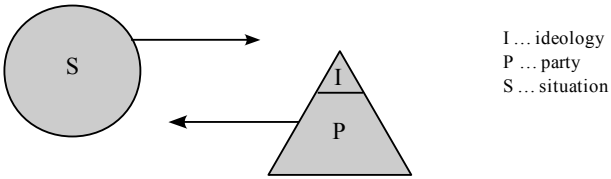
Es ist also nicht allein der Machterwerb, der von den Parteien angestrebt wird. Vielmehr kann er als Zwischenziel verstanden werden, „da[s] der Partei erst ermöglicht, im Sinne der Anhänger und als deren Werkzeug auf ihre Umwelt gestaltend einzuwirken“ (Wiesendahl 1980: 134). Parteien sind also keine statische Größe, sondern dynamische Gebilde, „die zugleich ein Instrument sozialen und politischen Wandels darstell[en], der von ih[nen] angestrebt wird“ (ebd.: 133). Die Parteienumwelt bildet in diesem Zusammenhang eine wichtige Untersuchungsgröße, denn „political part[ies] should be studied in [their] social, economic, political and cultural context, briefly within the social environment [they] operat[e]“ (Gross 1967: 702). Die Parteienumwelt beinhaltet nicht weniger als sieben Einflussbereiche, die sich auf die Parteien auswirken (ebd.: 703):

- basic economic pattern,
- social-economic relations,
- distribution of economic and political power within the society,
- social and political institutions,
- value systems,
- historical traditions,
- organized political, economic and religious forces.

Für sich allein genommen wäre die Analyse unter Berücksichtigung der vielen Faktoren eher schwierig. Gesteigert wird die Komplexität der Untersuchung weiterhin durch den Umstand, dass die Situation nicht nur die Parteien beeinflusst, sondern beide Bereiche in Wechselwirkung zueinander stehen.

> „The social environment (situation) influences and affects the political party, on the other hand, activities of the party affects the situation“ (ebd.: 704).

Abbildung 1.3 Modellhafter Zusammenhang zwischen Partei und Umwelt



Quelle: Gross (1967: 704).

Es lägen vielfältige gegenseitige Beeinflussungen vor, die bei der Analyse eine Rolle spielen. Gross (ebd.) interessieren besonders drei interdependente Variablen, die als Minimum allen Parteien zueigen sein sollten: „ideology“ (Wertstruktur: Zielkomponente), „organizational structure“ (Apparat: Strukturkomponente) und „pattern of actions“ (Strategien und Taktiken: Handlungskomponente). Das Besondere an diesen drei Variablen ist, dass sich Veränderungen einer Variable *immer* auf die anderen beiden auswirken und dort wiederum Veränderungen provozieren. Mit Hilfe dieses interdependenten Dreiecks, das im Grunde die Parteien analytisch zerlegt, lassen sich Parteien unter Zuhilfenahme konkreter Erhebungskriterien (ebd.: 716f.) situationsspezifisch untersuchen. Dieses Unterfangen – obwohl in der Umsetzung sehr komplex – stellt sich mit dem Ziel einer umfassenden Untersuchung sehr vorteilhaft dar.

> „Der Untersuchungsansatz von Gross ist deshalb so interessant, weil er (…) exemplarische transmissionsparadigmatische Bezüge aufweist, nach denen die Partei einerseits als abhängige Variable einer historisch wandelbaren gesellschaftlichen Situation begriffen und behandelt wird. Andererseits wird ihr in funktionaler Hinsicht das Primärziel zugeschrieben, über einen erfolgreichen Machtkampf auf der politischen Bühne die Herrschaftsstruktur der gesellschaftlichen Situation selbst verändern zu wollen. Die Partei strebt in Abhängigkeit von gesellschaftlichen Bedingungen die Veränderung jener Herrschaftsverhältnisse an, denen sie selbst unterworfen ist, was ihrem Handeln eine spezifische dialektische Struktur verleiht“ (Wiesendahl 1980: 134).

Neben dieser Möglichkeit, Parteien im Zusammenhang mit und zu ihrer sozialen Umwelt zu untersuchen, lässt sich ein weiteres Forschungsanliegen des Paradigmas aus der parteibezogenen „Übersetzungsleistung gesellschaftlicher Spannungen und Konfliktlagen“ (ebd.: 135) konstatieren. Es geht hier um die Verbindung

von gesellschaftlichen Konfliktlinien und der Entstehung von Parteien. Grundlegend für diesen Gedanken ist die Arbeit von Lipset und Rokkan von 1967. Demnach können sich Parteien entlang tiefgründiger gesellschaftlicher Konfliktlinien bilden, den sogenannten „cleavages“. Unter bestimmten Bedingungen (Lipset/Rokkan 1967: 27ff; vgl. auch Schmidt 2001: 43ff.) können die Konfliktlinien in das Parteiensystem hineintransformiert werden, wo den Parteien nun die Aufgabe zukommt, die Interessen der ihnen zugehörigen Gesellschaftsgruppe zu vertreten.[42] Da dieses Modell bei der Frage „nach der Bewältigung des Konfliktcharakters der Parteien schnell den Bogen zum Integrationsparadigma (…) schlägt“ (Wiesendahl 1980: 135) und da es nur solche Konflikte berücksichtigt, die bereits im Parteiensystem institutionalisiert sind, hat sich innerhalb des Transmissionsparadigmas eine „eigenständig[e] konfliktheoretisch[e] Schule“ (ebd.) entwickelt, die auch solche Konflikte betrachtet, die noch im Entwickeln begriffen sind. Damit ist eine Umkehrung der Fragestellung verbunden. Denn es geht nun nicht mehr um die Frage, wie Parteien Konflikte zügeln können, sondern ob sie überhaupt in der Lage sind, Konflikte – unter der Prämisse der Unmittelbarkeit – aufzunehmen und zu transformieren.

> „Während also die erste, von Lipset und Rokkan repräsentierte, Variante eines Konfliktmodells der Partei auf eine integrations- und stabilitätsfixierte Problemsicht hin orientiert ist, ist die zweite Variante einem dynamischen Konfliktkonzept verpflichtet, das letztlich auf den offenen Austrag antagonistischer gesellschaftlicher Widersprüche abzielt“ (ebd.).

Die dynamische Komponente beinhaltet zwar weiterhin eine enge und relativ stabile Verbindung von gesellschaftlichen Gruppen und Parteien, allerdings kommt zusätzlich eine aktive Variable ins Spiel, die den Nutzen der Partei von Seiten der Konfliktgruppe thematisiert. Denn wollen diese Gruppen „die Machtverhältnisse zu ihren Gunsten verändern“, brauchen sie die „politische Partei als conditio sine qua non ihres Kampfes“, um so „überhaupt gebündelte Konfliktfähigkeit gegenüber dem Konfliktgegner zu erlangen“ (ebd.). Der hier mitschwingende Antagonismus wurzelt in einer Verbindung von Ökonomie, Politik und Parteiensystem, die bei der Parteienanalyse eine wichtige Rolle spielen.

42 Für die Ausbildung (west-) deutscher Parteien vgl. Linz (1976). Für die deutschen Konfliktlinien in international vergleichender Perspektive vgl. Lijphart (1999: 80f.).

> „Gleichwohl kann eine Analyse und Funktionsbestimmung der politischen Parteien in der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft nicht von dem grundlegenden Charakter des gesellschaftlichen Prozesses absehen, der vor allem durch die spezifische ökonomische Organisationsweise bestimmt wird. In der herrschaftsmäßigen Art der Organisation des gesamten Prozesses der Produktion und Verteilung gesellschaftlicher Werte in der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft findet diese Gesellschaftsformation ein spezifisches politisches Grundverhältnis der politischen Herrschaft, das auch bei der Analyse der politischen Parteien nicht unberücksichtigt bleiben darf" (Greven 1977: 13).

Da bei dieser Betrachtung nur der Widerspruch berücksichtigt wird, der sich aus der kapitalistischen Produktionsweise ergibt – im Sinne sozialer Ungleichheit handelt es sich hierbei lediglich um eine Dimension, die sich auf die Lebensbedingungen und die Interessen der Menschen auswirkt (vgl. Hradil 2001) –, kann auch nur die Entstehung derjenigen Parteien erklärt werden, die sich aufgrund dieses Widerspruchs konstituieren. Nichtsdestotrotz beinhaltet das Transmissionsparadigma ein Konfliktmodell, das die Durchsetzung von Interessen an den Organisationsgrad der Interessenvertretung[43] koppelt und dabei das Konfliktmoment und nicht etwa das Aushandeln von Kompromissen in den Vordergrund stellt.

> „[Es handelt] sich um ein kollektives Konfliktmodell der Demokratie, um ein demokratisches Klassenkampfmodell der Politik, das nicht vom Konsens sondern Dissens, nicht von Integration sondern Spaltung, nicht von Parität sondern Disparität der Kräfte infolge ungleicher Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen und Werte als Handlungsprämisse politischer Parteien ausgeht" (Wiesendahl 1890: 136).

Selbstverständlich sind die materiellen und immateriellen Güter zwischen den Klassen nicht gleich verteilt. Insofern sind auch die Machtmittel der unteren Klassen weniger ausgeprägt, als bei privilegierten Klassen. Daraus ergibt sich ein prinzipielles Interessendurchsetzungsproblem. Allerdings besteht die Möglichkeit, dieses Durchsetzungsproblem zu lösen. Der Vorteil der nicht-privilegierten Klassen bestehe in der großen Zahl der involvierten Menschen. Diese stellten den Großteil der Bevölkerung und könnten „über die Mobilisierung ihres Massenpotentials in freien Wahlen die parlamentarische Mehrheit erlangen, um dann (…) die ökonomische und soziale Ordnung in ihrem Klasseninteresse zu formen" (ebd.). Die Parteien spielen bei der Massenmobilisierung eine wichtige Rolle. Wenngleich es auch von den Parteien ent-

43 Eine solche Sichtweise zeigt sich auch in den Arbeiten von Marx (1947: 180f.) und Dahrendorf (1965: 217ff.)

sandte Vertreter im politischen Prozess sind, welche die empirischen Machtverhältnisse (mit-) formen und so die „unteren Klassen an der Wahrnehmung ihrer objektiven Interessen behindern“ (ebd.), so sind es doch von den Parteien initiierte Maßnahmen in ihrer Rolle als Klassenrepräsentationsorgane, welche „jenes gemeinsame Bewußtsein über die kollektive Interessenlage erzeugt“ (ebd.). Im Verlauf dieses Emanzipationsprozesses kommt es zu einer Rollenverlagerung der Parteien, denn wie bereits Gross (1967: 702) konstatiert, fungieren Parteien letztlich nicht als aktive Agitatoren, sondern bilden lediglich ein Hilfsmittel.

> „Ist die Partei anfänglich noch Antriebselement des Emanzipationskampfes, tritt sie mit dem Heranwachsen und der zunehmenden Beschleunigung der Klassenbewegung in eine rein technisch-instrumentelle Rolle als strategisches Werkzeug der politischen Klassenauseinandersetzung zurück, die sie dann auch nicht mehr abstreifen darf“ (Wiesendahl 1980: 137).

Wenn nun Parteien solche Klasseninteressenvertretungsinstitutionen sind, dann ist diese Funktion eng mit der parteiinternen Struktur und Organisation verbunden. Wie eingangs aufgezeigt, müssen sich die Parteien bei ihren Vorlagen und Entscheidungen an den Grundsätzen der Selbstbestimmung des Volkes und der majoritären Willensbildung orientieren. Enger gefasst und für die praktische Umsetzung konstatiert, gilt dies umso mehr für die Parteien und deren Mitglieder. Besonders die Parteibasis hat hier eine herausragende Stellung, soll die „Partei strukturell und auch funktional in all ihren Gliederungen und Teilsystemen eine Funktion des Mitgliederwillens sein, der an der an der Basis kreiert und von unten nach oben transmittiert wird“ (ebd.). Ist dieser Zusammenhang zwischen Partei und Basis so gegeben und orientiert sich das Selbstbild der Partei an „massendemokratischer Mobilisierung und Politisierung“ (ebd.), dann wirkt sich beides wiederum auf die interne Organisation aus. Insbesondere in Abgrenzung zum Modell der Stimmenerwerbspartei des Konkurrenzparadigmas ist es hier eine Vielzahl von Mitgliedern, die für die Funktion und Organisation der (Massen-) Partei unerlässlich ist (vgl. Gablentz 1952: 10). Die (ideale) transmissionsparadigmatische Partei fasst Wiesendahl (1980: 137) wie folgt zusammen:

> „Die demokratische Willensbildungspartei ist Massen- und Transmissionsriemenpartei zugleich. Sie ist das Emanzipationsvehikel einer Massenbewegung, die mittels der Organisationsform der Partei ihre Interessen zum Ausdruck bringt und diese durch ihre Gliederungen auf der parlamentarischen Ebene exekutieren läßt.“

Konfrontiert mit realen „transmissiven Sollwerten in Form und Verhalten“ zeigen sich insbesondere zwei Krisenphänomene des Konzeptes der Willensbildungspartei, die als Anzeichen dafür gelten, dass die Parteien zusehends „Zerrbilder ihrer selbst“ (ebd.) werden. Es handelt sich dabei um „die *strukturelle Verselbstständigungs*- und die *funktionale Denaturierungstendenz*“ (ebd., Hervorhebung C.M.). Beide Phänomene lassen sich bereits in der Arbeit „ Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie – Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens von Robert Michels (1968, 1989 [erstmals 1911]) finden. Am Beispiel der deutschen Arbeiterbewegung und der SPD versucht Michels einen Zusammenhang zwischen Organisationsgrad und Oligarchiesierungstendenzen aufzuzeigen.[44] Aufgrund der quantitativen Ausdehnung von Organisationen (hier: Parteien) und verschiedenen massenpsychologischen Voraussetzungen, komme es zur Ausbildung einer internen Organisationsstruktur, an deren Spitze sich ein Führer und dessen Führungsstab etabliere. Einmal konstituiert legten die Beteiligten der Führung alles daran, ihren Status zu erhalten; „die Organisation aus einem Mittel zum Zweck [wird zum] Selbstzweck“ (ders. 1989: 348). Ursprünglich aus Gründen der „Kraftersparnis“ (ebd.: 24) unter der Prämisse der Gleichheit aller Mitglieder eingeführt, kommt es mit zunehmendem Organisierungsgrad zur Differenzierung in Führer und Geführte, denn „die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstab wie die Organisation“ (ebd.: 26). Da diese Entwicklung alle „menschlichen Zweckorganisationen“ (ebd.: 13) ereile, wird dieser organisationsimmanenten „*Tendenz zur Oligarchie*“ (ebd.: 25, H.i.O.) der Status eines „*eherne[n] Gesetzes*“ (Pfetsch 1989: XXIV, H.i.O.) zugesprochen.[45] Folge der (undemokratischen) Oligarisierung ist der Umstand, dass – obwohl „Demokratie [ohne] Organisation nicht denkbar“ (Michels 1989: 24) ist – sie der Demokratie entgegenläuft und sie schrittweise abschwächt.

> „Die Realisation von Demokratie, d.h. die politische Durchsetzung der Rechte der Arbeiterklasse, erweist sich also als ein unmögliches, zum Scheitern verurteiltes Unterfangen“ (Wiesendahl 1980: 138).

44 Der Ansatz von Michel wurde auch auf andere Parteien und Länder übertragen. Das englische Parteiwesen untersuchte McKenzie (1961). Die beiden großen deutschen Parteien wurden von Lohmar (1958) analysiert. Einen Kreisverband der CDU untersuchte Mayntz (1959).

45 Zur Kritik an Michels vgl. u.a. Ebbighausen (1969), Jäger (1973: 117), Naschold (1969) und Stöss (1983: 39f.).

Die mit der Oligarichsierung verbundene *Verselbstständigung* der Parteien, verstanden als „Entfremdung der Parteiführung und des Parteiapparates von der Mitgliederbasis und deren Willen“ (ebd.: 139), läuft zudem auf eine *Aufgabenverschiebung der Parteien* hinaus, die nicht mit transmissionsparadigmatischem Denken vereinbar ist.

> „Nach innen ein Abbild staatlicher Obrigkeit hat die Partei auch ihre funktionale Bestimmung, Emanzipationswerkzeug der Arbeiterklasse zu sein, verraten. Und mit ihrer funktionalen Verselbständigung hat sie auch ihre Klassenidentität aufgegeben“ (ebd.).

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging die Forschung über die Darstellung „spezifischer Probleme der sozialistischen Parteitheorie“ (ebd.) hinaus und identifizierte als Krisensymptom generelle *Verstaatlichungstendenzen*. Da die politischen Auseinandersetzungen nun auf parlamentarischer Ebene ausgetragen würden, hätten sich die Parteien „von der eigenen, aktuellen oder potentiellen *gesellschaftlichen* Basis [getrennt und hätten sich] zu *staatspolitischen* Vereinigungen“ (Agnoli 1968: 33, H.i.O.) entwickelt. Damit in Verbindung wird die Lockerung der Parteibindung an die Gesellschaft gesehen, was schlimmstenfalls zur Lösung der „Verklammerung des Staates mit der Gesellschaft (ebd.: 140; vgl. auch Hereth 1964: 421) führt. An diesem Punkt verliert die Willensbildungspartei ihren gesellschaftlichen Charakter.

Neben diesen Krisenphänomenen können weitere kritische Punkte konstatiert werden, die sich von außen auf das Transmissionsparadigma insgesamt und dessen Argumentationsstruktur und -fähigkeit beziehen. Ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben (vgl. Wiesendahl 1980: 140), werden im Folgenden vier Kritikpunkte genauer beleuchtet.

Der *erste* Einwand bezieht sich auf den grundlegenden Gedanken, die Interessen des Volkes (oder einer Klasse) werden unverfälscht und selbstbestimmt mittels der Parteien in den politischen Prozess eingebracht. Obwohl hier allein ein wenig empirische Erfahrung genügen mag, um gegenüber diesem Grundgedanken zumindest misstrauisch zu sein, geht es hier zunächst um die involvierten Annahmen und nicht um eine generelle Beurteilung. Sowohl die allgemeinen Annahmen des Paradigmas als auch diejenigen zum Konfliktmodell sehen als Repräsentationsobjekt der Parteien eine (relativ) homogene Einheit, der quasi bereits vorgefertigt ein Wille oder eine bestimmte Interessenlage inhärent ist.

> „M. a. W. geht das Transmissionsparadigma immer davon aus, daß, *bevor überhaupt politische Willensbildung beginnt*, das Volk weiß, was es will“ (ebd., Hervorhebung C.M.).

Dass diese Annahme der Realität nicht standhält, ist unter Berücksichtigung des heterogenen Charakters eines Volkes leicht einsichtig. Da sie aber die Grundlage des Paradigmas bildet und sich die Argumentation von ihr aus fortsetzt, sind Folgeprobleme wahrscheinlich. Von hier aus wird die Frage nach einer generellen empirischen Anwendbarkeit des Paradigmas evident. Da die normativen Imperative des Modells vehement eine empirische Überprüfung ihrer Implikationen vernachlässigen, „muß das Modell mit vorprogrammierter Gewißheit an der Realität demokratischer Willensbildung auflaufen“ (ebd.). Welchen heuristischen Nutzen das Transmissionsparadigma überhaupt haben soll, wenn doch das alltägliche politische Geschäft seinen Implikationen entgegenläuft, bleibt fraglich.

> „Da (…) das normative Demokratie- und Parteienideal des Transmissionsparadigmas von verschiedensten strukturellen Restriktionen und faktischen Widrigkeiten unterminiert und desavouriert wird, gerät es in einen aus der Defensive operierenden argumentativen Teufelskreis. Denn entweder behauptet es die Faktizität seiner Annahmen und Aussagen, dann belehrt es die Realität eines Besseren; oder es klagt gegenüber der Realität die Einhaltung ihrer Soll-Normen ein, dann ermangelt es ihr an Durchsetzungsvermögen“ (ebd.: 141).

Gerade weil die Ansprüche des Paradigmas der Realität ständig hinterherlaufen, legitimiert sich so der Forschungsbedarf. Da im Grunde nie ein befriedigendes Ergebnis erlangt werden kann, das über den Nachweis in Einzelstudien hinaus kommt, können im transmissionsparadigmatischen Sinne beliebig viele auf der normativ-theoretischen Ebene je nach Prädisposition „einfache, aber auch komplexe Zielmaximierungs- bzw. -optimierungsmodelle“ (ebd.: 141f.) erstellt werden.

> „So pflegt denn (…) das Transmissionspradigma ein in der Tendenz kritisches, krisesbewußtes Verhältnis zur Demokratie- und Parteienwirklichkeit, die freilich nicht nur nicht endlich in der konkreten Praxis die ihr abverlangte demokratische Legitmität einlöst, sondern im Gegenteil tendenziell sich immer offensichtlicher und bedrohlicher von den erwünschten demokratischen Bezugswerten entfernt“ (ebd.: 142).

Konkreter auf das Parteienstaatsmodell beziehen sich die *nächsten beiden* kritischen Einwände. Ähnlich dem vorherigen Gegenargument gipfeln die Mängel in

der Unvereinbarkeit von Anspruch und Realität. Im Hinblick auf die drei Theoreme der Parteienstaatstheorie lässt sich zeigen, dass insbesondere die Ansicht, die Parteien hätten das politische Entscheidungsmonopol, unhaltbar ist. Wiederum begünstigt durch den fehlenden empirischen Bezug „geht [diese These] von gänzlich irrealen Vorstellungen über politische Entscheidungsstrukturen und -prozesse aus“ (ebd.). Es werden vielfältige inner- und außerparteiliche (netzwerkartige) Verflechtungen übersehen, die dem politischen Prozess seine Komplexität verleihen und deren Analyse sich gerade nicht nur auf die Parteien beschränken kann.[46]

Auch die Frage nach der Kongruenz von Volks- und Parteiwillen muss kritisch hinterfragt werden. Die konstruierte Einheit der beiden Willensarten ist empirisch nicht vorhanden. Die Verbindung des Identitätstheorems mit der parteienstaatlichen Demokratie beinhaltet in der Realität zwei unterschiedliche Dinge,

> „wenn Parteien nun einmal de facto mittelbare Willensbildungsorgane darstellen, die anstelle des Wahlvolkes und nicht identisch mit dem Wähler schlechterdings nicht den Volks- sondern den differenten Parteiwillen artikulieren“ (ebd.).

Zwar bleibt diese Diskrepanz den Anhängern des Paradigmas nicht verborgen, doch wird auch hier versucht, das Problem eher zu umgehen, denn zu lösen. So setze beispielsweise Leibholz (1967: 121) das Parteienvolk kurzerhand mit dem Gesamtvolk gleich. Dabei übersehe er allerdings, dass sich diese Gleichsetzung auch auf alle anderen beliebigen Vertretungsinstitutionen anwenden lässt (die im Transmissionsparadigma für die Politik natürlich nicht von Bedeutung sind). Dadurch „erscheint die Komposition von Identitätsnorm und Parteiendemokratie hergeholt und nicht stichhaltig“ (Wiesendahl 1980: 142), hat aber gleichsam Konsequenzen für die Bürger, die, Leibholz (1967: 76) weiter folgend, nur in Form des organisierten Parteivolkes existierten. Wenn eine kleine Minorität (Parteivolk) die Interessen des Gesamtvolkes vertritt, aber weiterhin die Prämisse der Selbstbestimmung gilt, dann wird dieser Minderheit ein

> „privilegierter Status [zu teil], der zumindest von der Identitätsnorm ihm legitimatorisch nicht zusteht, will man der gesamten nichtorganisierten Wählerschaft nicht ihre Souveränität wider das Identitätspostulat absprechen“ (Wiesendahl 1980: 143).

46 Besonders die Zunahme des Lobbyismus resp. des Lobbying als direkte „Beeinflussung von primär staatlichen Repräsentanten“ (Lösche 2007: 20) kann hier hervorgehoben werden (vgl. auch Leif/Speth 2006).

Da die Verfechter der Parteienstaatstheorie aber genau so argumentieren, schaffen sie eine Diskrepanz zwischen der Partei und ihren Mitgliedern und nicht in Parteien organisierten Partizipationsformen. Generalisiert auf die Parteien-Umwelt-Ebene steht die Willensbildungspartei nun insgesamt vor einem Begründungsdilemma. Der damit verbundene *vierte* Kritikpunkt widmet sich der Frage, wie denn die Parteien, trotz der Unterschiede von Parteimitgliedschaft und Parteianhängerschaft, garantieren können, ein „uneigennütziges Transmissionsinstrument der Interessen ihres Klientels“ (ebd.) zu sein und nicht beispielsweise zweckrationale Erwägungen ihrer Führung als allgemeine Erwartungen zu verkaufen. Auch hier sieht sich das Paradigma mit der empirischen Sachlage konfrontiert. Denn Parteien reflektieren bekanntlich nicht alle soziale Konflikte, sondern filtern soziale Spaltungen hinsichtlich der Kompatibilität mit dem politischen Kurs, der von den Parteieliten vorgegeben ist (vgl. Sartori 1969: 93). Dies führt zu theoretisch-normativen Problemen, insbesondere bezüglich des Unmittelbarkeits- und des Identitätspostulats.

> „Denn wenn zwischen der Parteimitgliedschaft und der Parteiwählerschaft nicht nur eine personelle, sondern auch auch eine empirisch bestätigte sozialstrukturelle Differenz besteht, dann fragt sich doch, wessen Willen die Partei als gesellschaftliches Gebilde repräsentieren und in das parlamentarische Entscheidungszentrum transmittieren soll: den der Anhänger und Wähler oder den der Mitglieder? Wie auch immer die Antwort ausfällt – vom normativen Bezug her betrachtet schaffen beide Alternativen identitätstheoretische Probleme: Denn vertritt die Partei den Wählerwillen, dann bleibt ungeklärt, wie dieser unmittelbar zustande kommt, ohne von der Partei selbst kreiert oder zumindest präjustiziert zu werden. Vertritt sie hingegen den Mitgliederwillen als fiktives Äquivalent des Volkswillens, dann fragt sich, ob sich in der Tat im mitgliederbestimmten Parteiwillen der Wählerwille repräsentiert“ (Wiesendahl 1980: 143).

Heute existieren zahlreiche Veröffentlichungen, die (gravierende) sozialstrukturelle Differenzen zwischen Parteimitgliedern und der Gesamtbevölkerung konstatieren (vgl. u.a. Biehl 2005; Heinrich/Lübker/Biehl 2002; Klein 2011a). Darüber hinaus legen die Forschungen nahe, dass sich die Unterschiede in den letzten dreißig Jahren verschärft haben. Insofern bleibt festzuhalten, dass das Transmissionsparadigma von „einem utopischen Demokratie- und Parteienmodel[l]“ (Wiesendahl 1980: 144) ausgeht und aufgrund dieser Realitätsferne weder in der Lage ist, die Wirklichkeit zu erklären noch diese zu (ver-) ändern.

Im Hinblick auf die Funktionen von Parteien im Transmissionparadigma gilt auch hier, dass sich diese aus jenem Bezugsrahmen ableiten lassen, auf den hin die Parteien ihre Funktionen betreffend ausgerichtet sind.

> „[U]nd das ist das gesellschaftliche Umfeld der Partei mit für sich genommen artikulationsunfähigen Massen, die deshalb der Organisation und Vertretung ihrer Bedürfnisse und Interessen im politischen Raum bedürfen“ (ebd.: 206).

Es geht hier also darum, die Volksinteressen zu artikulieren und in politisches Handeln zu transformieren, da das Volk dazu allein nicht in der Lage ist. Für die erste Variante der „Massenpartei auf Klassenbasis“ (ebd.: 207) ergibt sich der spezifische Bezugspunkt aus dem mit der Politik verbundenen Kampfcharakter und der möglichst umfassenden Mobilisierung der nicht-priviligierten Klassen (Bieligk 1931). Für die zweite, politisch entschärfte Variante der Willensbildungspartei gilt hingegen ein Bezugsrahmen, der sich weniger durch klassenspezifische Problematiken auszeichnet.

> „Identifiziert man das funktionale Bezugsproblem dieses Modells (…), dann handelt es sich hier global um das Realisationsproblem der Selbstbestimmung des mündigen Bürgers in der demokratischen Massengesellschaft, wobei dann die Ableitung von Parteifunktionen in der Weise erfolgt, daß Parteien sich als probates Mittel zum Zweck breitester Volkssouveränität zu erweisen haben“ (Wiesendahl 1980: 207).

Im Sinne der unvermittelten Interessenvertretung wird dabei grundsätzlich impliziert, dass die Bürger ihr Selbstbestimmungsrecht selbst mit Hilfe der Parteien ausüben und es nicht an politische Repräsentanten abtreten. Dabei ergeben sich „Aktivierungs- und Koordinierungsbarrieren“ (ebd.), für deren Überwindung die Parteien herangezogen werden. Die konkreten resultierenden Parteifunktionen sind recht übersichtlich.

Zunächst lässt sich eine „*Organisationsfunktion*“ (ebd.: 208, Hervorhebung C.M.) konstatieren. Viele namenhafte Autoren (u.a. Faul 1964: 61, Duverger 1959: 386, Leibholz 1967: 146, Stammer 1964: 303) verweisen auf diese grundlegende Funktion, deren Ziel es ist, dem „für sich genommenen chaotischen Massenwillen organisatorisch eine geschlossene Gestalt zu verleihen“ (Wiesendahl 1980: 208). Um dieser Aufgabe gerecht werden zu können, bedarf es eines gewissen inner-

parteilichen Organisationsgrades, dessen konkrete Aufgaben an die allgemeinen Handlungserfordernisse nach Parsons (2003: 12ff.) erinnern. Der Organisation des Massenwillens ist eine weitere Funktion vorgelagert, deren Umsetzung nicht nur auf den Zeitpunkt von Wahlen beschränkt ist, sondern den öffentlichen Raum permanent beeinflusst. Diese „*politische Sozialisationsfunktion*“ (Wiesendahl 1980: 208, Hervorhebung C.M.) impliziert sowohl eine *Mobilisierungs*- als auch eine *Erziehungsfunktion* der Bevölkerung und kann in der Zusammenschau mit „Politisierung der Gesellschaft“ (Hereth 1964: 423 nach Wiesendahl 1980: 209) überschrieben werden. Zudem bildet die Sozialisiationsfunktion die Brücke zur „*Willensbildungsfunktion*“ (Wiesendahl 1980: 209, Hervorhebung C.M.) der Parteien.

> „Befragt man (…) die Politisierungs- und Organisationsfunktion von Parteien nach dem konkreten Inhalt dessen, was denn organisiert und politisiert werden soll, so stößt man schnell auf den Willen, die Bedürfnisse oder die Problemlagen der Massen, die über die Funktionsleistung der Parteien in den politischen Prozeß eingebracht und durchgesetzt werden sollen“ (ebd.).

Diese zweite, grundlegende, transmissionsparadigmatische Parteifunktion geht mit der *Interessenvertretungsfunktion* einher und erstreckt sich aktiv über mehrere Handlungsbereiche. Parteiintern geht es, unter Berücksichtigung der basisdemokratischen Regel, um „die Auswahl und Formulierung der Interessen und Bedürfnisse von Parteimitgliedern“ (ebd.). Abgeschlossen ist dieser demokratische Willensbildungsbildungsprozess aber erst dann, wenn der von den Parteimitgliedern geäußerte Wille unverfälscht „von dafür benannten Parteibeauftragten in den politischen Entscheidungsgremien eingebracht und dort erfolgreich durchgesetzt wurde“ (ebd.). Letzteres spiegelt zugleich das im Parteienmodell angelegte Anliegen wider, auch den nicht- und wenig-privilegierten Bevölkerungsschichten Zugang zur Politik zu ermöglichen und nicht etwa die persönlichen Ziele der Parteiführung zu verwirklichen (Raschke 1977: 60).

In Analogie zur Argumentationsstruktur und -fähigkeit des Transmissionspradigmas insgesamt, lässt sich auch im Hinblick auf die Parteifunktionen eine Diskrepanz zwischen „Funktionserwartung und der doch so andersartigen Funktionspraxis“ (Wiesendahl 1980: 211) konstatieren. Zur Vollständigkeit soll kurz darauf eingegangen werden.

In Reaktion auf diese erkannte Widersprüchlichkeit zwischen Theorie und Empirie, zeigen sich innerhalb der Literatur zwei Lösungsstrategien. Die *erste* konstatiert einen „Funktionswandel des Parteiensystems“ (ebd.) nach dem Zweiten Weltkrieg, in dessen Folge sich ein neuer Typ von Partei etablieren konnte. Aus den vormals bestehenden Mitgliederparteien hätten sich nun Volksparteien entwickelt, die stärker wähler- denn mitgliederorientiert seien. Da sich diese Einschätzung hauptsächlich auf sozialdemokratische Arbeiterparteien bezieht, ist die Reichweite dieses Ansatzes begrenzt. Im Gegensatz dazu ist die *zweite* Lösungsstrategie grundsätzlicher angelegt. Kein Funktionswandel, sondern „Funktionsverlust und Funktionsversagen“ (ebd.) werden den Parteien attestiert (u.a. Abendroth 1972: 85; Massing 1972: 287, Narr/Naschold 1971: 95, Rudzio 1977: 157, Schiller 1970: 115). Davon ausgehend, konnte sich unter Einbezug systemtheoretischer Forschungsergebnisse eine neue Sicht auf die Parteien etablieren, deren Ausformulierung insbesondere mit Habermas (1975) und Offe (1980) in Verbindung gebracht wird.

> „Gleichwohl stellt er [der Schritt hin zur Folgerichtigkeit systemfunktionaler Parteien im Rahmen kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse] die theoretische Wendemarke für jene neue Richtung innerhalb des transmissionsparadigmatischen Denkens dar, die als Antwort auf den unübersehbaren Bruch zwischen den präferierten Funktionserwartungen der Partei und ihrer tatsächlichen Funktionspraxis zu dem Schluß gelangt, daß das politische Organisationsgebilde der Partei, so wie es sich (…) in den westlich-demokratischen Ländern darstellt, ein kapitalistisches Systemerhaltungswerkzeug bildet, und als solches effektiv funktioniert“ (Wiesendahl 1980: 212).

Aus der „Funktionsbestimmung des modernen Wohlfahrtsstaates“ (ebd.) resultiert dabei nicht nur die „ökonomische Handlungsbedingtheit“ (ebd.) des Staates, sondern auch die Einsicht, dass sich die Funktionen der Parteien aus der wichtigsten Funktion des politischen Systems[47] - „die Sicherung der gesellschaftlichen Herrschaft“ (Greven 1977: 95; vgl. auch See 1972: 7) – analytisch ableiten lassen. Es können zwei Funktionen hervorheben werden: *Zum einen* haben Parteien die Aufgabe der Legitimationserzeugung und -erhaltung, was letztlich in ein „generalisiertes Systemvertrauen“ (Wiesendahl 1980: 214) der Wähler münden soll. *Zum anderen* sollen die Parteien mittels Parteibindung eine Verklammerung zwischen Staat und Gesellschaft schaffen und aufrecht erhalten (Integrationsfunktion). Dabei spielen die grundlegen-

47 Man beachte die Parallele zum Integrationsparadigma.

den Integrationsnormen des Transmissionsparadigmas kaum noch eine Rolle (nun Fokus auf den Wähler), denn bei dem resultierenden, angepassten Parteientyp handelt es sich um die

> „Massenpartei der Oberflächenintegration (…) Für sie ist es entscheidend, wer über die Zwangs- und Erziehungsmittel verfügt, um das Wahlverhalten der Bevölkerung demonstrativ oder manipulativ zu beeinflussen“ (Habermas 1975: 242).

1.2.2 Konkrete Funktionskataloge von Parteien

Innerhalb der politikwissenschaftlichen Literatur lassen sich Funktionskataloge von Parteien aufzeigen, deren Anzahl von Funktionen von zwei bei Jupp (1968) bis achtzehn bei Wiesendahl (1980: 188) reicht. Dieser quantitativen Verschiedenheit können weitere Unterschiede zugeordnet werden, die sich hauptsächlich aufgrund fehlender explizierter Analyserahmen ergeben und zu ganz verschiedenen funktionsspezifischen Aufgabenkatalogen führen. Zudem neigen einige Funktionskataloge zu einseitigen Betrachtungen, indem sie nur auf den Zweck und die Funktionen von Parteien verweisen und dabei sowohl interne Organisationsleistungen als auch die Rolle der Parteimitglieder vernachlässigen resp. ausblenden (Alemann 2000: 206; Wiesendahl 1984: 78ff.).

Ungeachtet dieser Problemlagen werden im Folgenden einige ausgewählte Funktionskataloge renommierter Autoren vorgestellt. Ziel ist es dabei nicht, einen ausführlichen Einblick in Theorie und Werk der einzelnen Forscher zu geben oder gar deren Ausführungen einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Es geht hier zunächst einzig um die Darstellung der erarbeiteten Funktionskataloge von Parteien, um den breiten, politikwissenschaftlichen Fundus umfassend darzustellen. Allerdings besteht die Notwendigkeit, die Parteifunktionen nicht einfach zu benennen, sondern deren funktionsspezifische Teilaufgaben anzugeben, sofern diese von den Autoren angegeben werden. Grund dafür ist der Umstand, dass sich hinter einzelnen gleichen Überschreibungen unterschiedliche Funktionsrichtungen verbergen können (vgl. Paradigmen der Parteienforschung).

1.2.2.1 Parteienfunktionen der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft (Greven 1977)

Für die kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaft hat *Greven* (1977: 120ff.) *drei* Hauptfunktionen von Parteien identifiziert, die für alle Parteien eines politischen Systems ihre Berechtigung beanspruchen und nicht etwa nur für Regierungsparteien oder Parteien mit speziellen Programmen oder einer speziellen Geschichte. Grund dafür ist die Ansicht, dass alle (vorhandenen) Parteien zur „Gesamtfunktion des Parteiensystems“ (ebd.: 124) beitragen. Ausgangspunkt der Funktionsbestimmung von Parteien ist die Einteilung der Gesellschaft in einen öffentlichen und einen privaten Bereich. Obwohl die Differenz zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre (mittlerweile) in der Empirie nicht mehr vorhanden sei (vgl. Habermas 1975: 180), bestünde sie nach wie vor im gesellschaftlichen Bewusstsein und begründe so die Notwendigkeit der Übermittlung. Diese *Transmissionsfunktion* der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft hat dabei auch vermittelnden Charakter.

> „Die politischen Parteien erfüllen *in beide Richtungen* materielle und immaterielle Transmissionsleistungen zwischen den verschiedenen Funktionsbereichen der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft und insbesondere zwischen jenen Sphären des Überbaus dieser Gesellschaftsformation, die dem bürgerlichen Selbstbewußtsein durch die Merkmale »Öffentlichkeit« und »Privatheit« als ihrem Wesen und ihrer Aufgabe getrennt erscheinen“ (Greven 1977: 127, H.i.O.).

Mit der Transmission ist eine zweite Funktion verbunden. Da die Übermittlung zwischen öffentlichem und privatem Bereich nach den „allgemeinen herrschaftsmäßigen Konstitutionsbedingungen (…) [einer] Gesellschaft“ (ebd.: 136) stattfindet, kann den Parteien eine *Selektionsfunktion* zugesprochen werden. Beides zusammen – Transmission und Selektion – bilden die Funktion der *Legitimierung*. Dabei sind die beiden Einzelprozesse sowohl Voraussetzung als auch Resultat des Legitimierungsprozesses, der insofern nicht als eigenständig beschrieben werden kann. Legitimierungswürdig sei dabei die vorherrschende Herrschaftsordnung (ebd.: 150ff.).

1.2.2.2 Typologie der Aktivitätsbereiche von Parteien (Beyme 1984)

Ausgehend von der klassischen Aufgabenverteilung von Interessengruppen (Interessenartikulation) und Parteien (Interessenaggregation) arbeitet *Beyme* (1984) *vier* Parteifunktionen heraus, die für westliche Demokratien zu konstatieren seien. Der Aufgabenbereich dieser Funktionen ergibt sich sowohl aus der Entstehungsgeschichte der Parteien als auch aus der Differenz von Parteien und Interessengruppen. Da Beyme seinem Funktionskatalog auch empirische Relevanz zuschreiben möchte und in diesem Zusammenhang vor „den Gefahren (…) tautologische[r] Zirkel" (ebd.: 25) warnt, werden Parteien nicht als bürokratische Gebilde, sondern als „repräsentativ-demokratische Institutionen" (Emminghaus 2003: 83) gedacht. Dieser Gedanke verweist auf die dahinter liegende normative Demokratievorstellung. Zusammengefasst können folgende Parteifunktionen unterschieden werden (Beyme 1984: 25):

- Zielfindungsfunktion (Ideologie und Programmatik),
- Artikulation und Aggregation gesellschaftlicher Interessen,
- Mobilisierung und Sozialisation der Bürger im System, vor allem bei Wahlen,
- Elitenrekrutierungs- und Regierungsbildungsfunktion.

1.2.2.3 Funktionen von Parteien in Neo-Democracies (Schmitter 1999)

In kritischer Auseinandersetzung mit dem Funktionskatalog politischer Parteien von Beyme hat *Schmitter* (1999) einen eigenen Katalog erarbeitet. Den Ausgangspunkt der Analyse bilden dabei nicht die westlichen Demokratien, sondern sogenannte »neo-democracies«, also junge Demokratien, die im Rahmen der dritten Demokratisierungswelle (vgl. Huntington 1993) entstanden sind. Dennoch seien die Funktionen auch auf etablierte Demokratien anwendbar, da der Unterschied zwischen beiden Demokratiestadien nicht in Form unterschiedlicher Funktionen, sondern in der (erfolgreichen) Realisierung der Aufgaben liege.

Tabelle 1.3: Funktionen von Parteien nach Schmitter (1999: 479ff.)

Parteienfunktion	Funktionsspezifische Teilaufgaben
Structuring electoral competition	- Nominierung von Wahlbewerbern - Massenmobilisierung - Bereitstellung von Führungsalternativen
Providing symbolic identity	- Einbezug der Bevölkerung in den politischen Prozess (Partizipation) - Förderung der Demokratie und des demokratischen Gedankengutes
Forming government	- nach erfolgreicher Wahl: Regierungs- und Parlamentsbildung
Aggregating interests and passions	- Interessenaggregation durch Kanalisierung von Erwartungen eines großen Teils der Bevölkerung - Interessentransformation in politisches Handeln

Schmitter (ebd.: 479ff.) benennt *vier* grundsätzliche Parteifunktionen (*Tabelle 1.3*). Diese Funktionen können um „democratic legitimation“ (ebd.: 477, Fußnote) erweitert werden. Da aber davon auszugehen sei, dass es bei erfolgreicher Umsetzung der vier Grundfunktionen von Seiten des Parteiensystems bereits zur Legitimation des Systems komme, hat Schmitter auf die Charakterisierung als fünfte Funktion verzichtet.

1.2.2.4 Das „Vier-Sektoren-Konzept“ (Steffani 1988)

Von *Steffani* (1988) wurde ein weiteres Konzept vorgelegt, das Sektoren erarbeitet, in denen sich die Hauptfunktionen von Parteien verorten lassen.

> „Steffani (…) hat in seiner Systematik der politikwissenschaftlichen Parteienanalyse die Vielfalt der strukturellen Ausprägungen, Funktionszuweisungen und Handlungsebenen zu bündeln versucht, in dem er vier Sektoren herausarbeitet und diese in den gesamtgesellschaftlichen Kontext einbettet“ (Jun 2004: 165; vgl. auch Alemann 2000: 206).

Grundsätzlich wird beim „Vier-Sektoren-Konzept“ zwischen normativen und empirischen Parteifunktionen unterschieden, wobei erstere die Funktionen der Parteien in ihrer Gesamtheit und letztere die tatsächlich wahrgenommen Funktionen charakteri-

sieren (Steffani 1988: 549). Einbetten lassen sich die Parteifunktionen in folgende *vier* Sektoren (ebd.: 550):

- Parteien als Ausdruck sozialer Kräfte sowie ideologischer und/oder programmatischer Ziele und Forderungen,
- Parteien als Instrumente der Machtausübung (Parteien als Herrschaftsinstrumente),
- Parteien als Vermittler demokratischer Legitimation für verbindliche Entscheidungen,
- Parteien als Interessengruppen in eigener Sache und als Vermittler politischen Führungspersonals (Parteien als Karrierevehikel).

Neben der kritischen Auseinandersetzung, die sich sowohl auf die Begrenztheit der Sektoren, das weitgehende Fehlen empirischer Indikatoren als auch auf die unzureichende Differenzierung zwischen den einzelnen Sektoren bezieht (Helms 1995: 645f.; Jun 2004: 166), ist es Alemann (2000: 206), der den einzelnen Sektoren (Reihenfolge Analog Steffani) in Form von Transmission (sozialer und ideologischer Kräfte), Herrschaft, Legitimation und Rekrutierung greifbare Funktionen zuordnet.

1.2.2.5 Parteienfunktionen zur komparativen Parteiensystemanalyse (Helms 1995)

In An- und Abgrenzung zum Sektoren-Modell von Steffani ist die Arbeit von Helms (1995) zu sehen. Da die empirische Überprüfung des Modells aufgrund fehlender Indikatoren nur über Umwege möglich sei, handle es sich bei Steffanis Beitrag eher um eine „»Umzäunung« des (…) Terrains mit dem Verdienst einer gewissen Systematisierung“ (ebd.: 645), der sich weder zur Erforschung einzelner Parteien noch zur Analyse ganzer Parteiensysteme eigne. Insgesamt fehle (fast) allen komparativ angelegten Studien ein „konzeptioneller Rahmen, durch den die Untersuchung analytisch strukturiert und die Untersuchungsgegenstände vergleichbar gemacht werden“ (ebd.: 642). Grund dafür sei, dass häufig nicht genau dargestellt werde, auf welchen (Funktions-) Träger sich die identifizierten Funktionen beziehen bzw. es zu Ebenenvermi-

schungen (Partei, Parteiensystem) in der Analyse kommt (ebd.: 643; vgl auch Wiesendahl 1980: 189f.). Aus einer funktionalen Perspektive versucht Helms diese Probleme zu umgehen, indem er Funktionen benennt, die sich konkret auf das Parteiensystem beziehen und denen er überprüfbare Indikatoren zuordnet. Insgesamt kristallisieren sich *fünf* Funktionen heraus, wobei den ersten dreien eine Entsprechung bei Steffani zugeordnet werden kann.[48] Da Helms´ Fokus nicht auf einzelnen Parteien liegt, beziehen sich die konkreten Funktionsinhalte (Indikatoren) hauptsächlich auf die Aufgaben, die ein Parteiensystem im Ganzen erbringen soll. Da es in der vorliegenden Arbeit primär um Parteien im Einzelnen und in ihrer Gesamtheit, aber nicht um das Parteiensystem als eigenständiges Untersuchungsfeld geht, beziehen sich die Ausführungen zu den konkreten Funktionsinhalten auch nur auf die (wenigen) allgemeinen Angaben zu den Funktionen von Parteien.

Tabelle 1.4: Parteienfunktionen nach Helms (1995: 647ff.)

Parteienfunktion	Funktionsspezifische Teilaufgaben
Repräsentationsfunktion	- Vermittlung und Verarbeitung gesellschaftlicher Probleme in verbindlichen staatlich-politische Entscheidungen
Legitimationsfunktion	- Beitrag zu politischer Legitimität durch: (1) demokratische Strukturierung der Parteien selbst (2) Mitgliederpartizipation an wichtigen innerparteilichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen
Eliterekrutierungsfunktion	- Rekrutierung und Selektion der politischen Elite - Rekrutierung anderer Teileliten (z.B. Verwaltungs-, Medien- und Wirtschaftselite)
Integration	- Einbindung der Bürger in das bestehende Gemeinwesen
Innovation	- Anpassung an neue Herausforderungen (Reformen)

48 Da es sich beim Inhalt des zweiten Sektors („Parteien als Herrschaftsinstrumente“) um eine Funktion handle, deren Umsetzung nur sinnvoll von einzelnen Parteien erfüllt und nicht dem Parteiensystem zugesprochen werden kann, wird diese von Helms (1995: 646) als eigenständige Funktion ausgeblendet. Allerdings baut er sie in Form von Regierungsbildung und Systemsteuerung in die Funktionen Eliterekrutierung und Innovation ein.

1.2.2.6 Parteienfunktionen in funktionaler und vermittelnder Perspektive (Alemann 2000)

Alemann (2000: 208ff.) unternimmt den Versuch sowohl aus einer Systemperspektive als auch im Hinblick auf die Frage, welche Leistungen die Parteien gegenüber dem Bürger erbringen können, Parteifunktionen herzuleiten. Letzteres sei bisher völlig vernachlässigt worden. Es ist ihm explizit ein Anliegen, sowohl die empirische Überprüfbarkeit der Funktionen zu gewährleisten als auch einen erweiterten Funktionskatalog, mit Angaben zum Wechselwirkungsverhältnis zwischen Gesellschaft-Parteien/Parteien-Gesellschaft, anzugeben.

Durch einfache Verknüpfung der Arbeiten von Zeuner (1969) und Greven (1977) ergeben sich die ersten vier Parteifunktionen: Transmission, Selektion, Integration und Legitimation. Diese „konventionellen“ (Alemann 2000: 208) Funktionen werden im Prinzip völlig wortlos unter Verweis auf den Sinngehalt des Vorgehens übernommen. Zusätzlich leiten sich aus der erweiterten Perspektive Alemanns drei zusätzliche Funktionen ab: Partizipation, Sozialisation und Selbstregulation. Einen Einblick in den Inhalt der *sieben* Funktionen gibt *Tabelle 1.5*.

Tabelle 1.5: Parteienfunktionen nach Alemann (2000: 208ff.)

Funktion	Funktionsspezifische Teilaufgaben
Partizipation	politische Beteiligung der Bevölkerung über Wahlen hinaus durch Partizipation in Parteien
Transmission	Umformung gesellschaftlicher Interessen in politisches Handeln
Selektion	Zweierlei Bedeutung: Rekrutierung von Personal und Auswahl aus Alternativen gesellschaftlicher Interessen
Integration	Integration in Strukturen und Prozesse durch Partizipation, Transmission und Selektion
Sozialisation	herausragender Bestandteil der Integration: Ausbildung (zu Politikern) in Parteien
Selbstregulation	Selbstbezogenheit der Parteien
Legitimation	Beitrag zur Legitimation des gesamten Systems durch Partizipation, Transmission, Selektion, Integration und Sozialisation (bei erfolgreicher Umsetzung)

1.2.2.7 Funktionen von Parteien im Überblick (Wiesendahl 1980)

Der umfangreichste Funktionskatalog von Parteien wurde von *Wiesendahl* (1980: 188) vorgelegt.

Tabelle 1.6: Funktionen von Parteien nach Wiesendahl (1980: 188)

Parteienfunktion	Quantitatives Vorkommen bei den untersuchten Autoren
Eliteauslese, -rekrutierung	19
Willensbildung, Programm- und Zielformulierung	17
Meinungsbildung, Information, Kommunikation	15
Regierungsbildung, -steuerung und -koordination	14
Stimmenwerbung, Wahlbeteiligung und Wahlkampf	14
Interessenartikulation und -repräsentation	14
Gruppenintegration	14
Interessenaggregation	12
Kandidatennominierung und -präsentation	11
Erziehung und politische Sozilisation	11
Massenmobilisierung und -organisation, Partizipation	10
Propaganda, Mobilisierung und Unterstützung	9
Legitimation, Konsensbildung	9
Bindegliedfunktion	8
Interessenmediatisierung und -transformation	6
Regierungskontrolle	6
Systemerhaltung	4
Systemreform und -integration.	4

Im Unterschied zu den anderen bisher bearbeiteten Autoren hat er diesen Katalog nicht als Zielstellung einer eigenen Arbeit, sondern als Überblick über die Ergebnisse der Parteienforschung der 1960er und 1970er Jahre konzipiert. Er kann nach Ana-

lyse von insgesamt 28 Autoren[49] insgesamt *18 Parteifunktionen* benennen, die, nach Häufigkeit innerhalb der Parteienforschung geordnet, in *Tabelle 1.6* festgehalten sind.

1.3 Parteienfunktionen aus politisch-soziologischer Perspektive

Um sich den Funktionen von Parteien aus einer soziologischen Perspektive nähern zu können, erscheint es zunächst sinnvoll den Bereich abzustecken, in dem relevante Informationen zu erwarten sind. Da die Allgemeine Soziologie keine Grundlagenforschung über Parteien betreibt[50], bleibt die Möglichkeit im einschlägig, auf Politik fokussierten Teil der Soziologie zu suchen. Obwohl es hinsichtlich der disziplinären Verortung[51] und der Ausbildung eines eigenständigen Profils[52] nach wie vor große Unstimmigkeiten innerhalb der Fachöffentlichkeit gibt, erweisen sich die Befunde der Politischen Soziologie[53] als sehr fruchtbar.

Grundsätzlich ist zu konstatieren, dass sich die Politische Soziologie dem Gegenstand „Partei“ anders nähert, als es in der politikwissenschaftlichen Parteien-

49 Die Autorenpaare Lees/Kimber, Henig/Pinder und Valen/Katz wurden jeweils als ein Autor gezählt.

50 Selbst Luhmann (2000) geht in „Die Politik der Gesellschaft“ nur sehr begrenzt auf politische Parteien ein (Reese-Schäfer 2002: 110).

51 Bis heute besteht keine Einigkeit darüber, ob es sich bei Politischer Soziologie um eine spezielle Soziologie (Coser 1966: 1; Stammer/Weingart 1972: 18), um Politikwissenschaft im Allgemeinen (Abendroth 1967: 10; Alemann 1998: 13) oder um eine Brücken- resp. Scharnierwissenschaft zwischen den beiden Disziplinen Politikwissenschaft und Soziologie handelt (Bach 2004; Borchert 2004; Endruweit 1998: 33, Frevel 1995: 14; Kißler 2007). Zum Versuch der Überwindung des Verortungproblems vgl. Alemann (1998); Ebbighausen (1981); Kißler (2007); Lenk (1982); Rattinger (2009); Röhrich (1977); Stammer/Weingart (1972).

52 Die Gründe für diesen Umstand werden im Komplexitätsgrad des Untersuchungsgegenstandes (Kaina/Römmele 2009: 7) und in der Abgrenzungspraxis der beiden Grundwissenschaften (Borchert 2004: 32) gesehen und führen dazu, dass die Politische Soziologie „die unscharfen Konturen einer Nichtwissenschaft annimmt“ (Kißler 2007: 23).

53 Im Hinblick auf die Frage nach der Schreibweise von Politischer Soziologie existiert unter der Autorenschaft bis heute keine Einigkeit. Einige Autoren (z.B. Abendroth 1967; Alemann 1998; Rolshausen 1994) bevorzugen den Terminus „politische“ in der Kleinschreibung, andere (z.B. Bach 2004; Euchner 1985; Heberle: 1967; Kißler 2007; Nedelmann 1994) bevorzugen die Großschreibung. Die unterschiedliche Präferenz ergibt sich nach Einschätzung der Autorin aufgrund der unterschiedlichen Auffassung, ob es sich bei Politischer Soziologie um eine eigenständige Wissenschaft handelt oder um ein allgemeines Forschungsprogramm, das z.B. die gesamte Politikwissenschaft prägt. Ohne eine Positionierung an dieser Stelle vorzunehmen, fällt in dieser Arbeit die Entscheidung zugunsten der Großschreibung.

forschung der Fall ist. Zunächst fällt auf, dass keine Veröffentlichungen vorhanden sind, die sich explizit zum Ziel genommen haben, Funktionen von Parteien darzustellen. Meist unter Titeln wie „Politische Soziologie“ (Lange 1964; Stammer/ Weingard 1972) oder „Hauptprobleme der Politischen Soziologie“ (Heberle 1967) subsumiert, bilden Parteien lediglich einen speziellen Typus von Interessenvertretungsinstitutionen, die zwar im politischen Prozess eine wichtige, aber eben nicht die einzige Rolle spielen. Zudem fällt auf, dass Parteien häufig als Organisationen (z.B. Heberle 1967: 151ff.; Luhmann 2000: 266ff.; auch Prätorius 1984; Stammer/Weingart 1972: 164; Steininger 1984: 89ff.) bzw. in Abgrenzung zu Verbänden (Stammer/ Weingart 1972: 162ff.) behandelt oder im Kontext sozialer Ungleichheit (Kreckel 2004; Weber 1980: 531ff.) thematisiert werden. Die Funktionen von Parteien ergeben sich dann in Relation zu anderen gesellschaftlichen Gruppen oder zur Gesamtgesellschaft selbst. Obwohl auch das Transmissionsparadigma der politikwissenschaftlichen Parteienforschung das gesellschaftliche Variablenfeld in den Fokus nimmt, geht die politisch-soziologische Forschung über den Analysehorizont dieses Paradigmas hinaus. Grund dafür ist der Umstand, dass die Politische Soziologie die Gesellschaft differenzierter betrachtet und dadurch auch Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Teilen der Gesellschaft (Kißler 2007: 16), zwischen Gesellschaft und Politik (Schiller 1997: 413; Winter/Mittendorf 2008: 7f.) sowie Auswirkungen realer politischer Entscheidungen berücksichtigt.

> „Politische Soziologie sucht die gesellschaftlichen und sozialpsychologischen Bedingungen und Folgen politischen Handelns aufzudecken und unter Bedingungen unterschiedlicher politischer Systeme zu erhellen. Ihr Forschungsinteresse ist dabei in besonderem Maße darauf gerichtet, die Interdependenzen zu untermauern, die zwischen Wirtschaftsordnung, Sozialstruktur, Ideologie und Verhaltensweisen gesellschaftlicher Gruppen einerseits, dem Aufbau der politischen Ordnung und dem politischen Geschehen andererseits bestehen“ (Stammer/Weingart 1972: 18; vgl. auch Stammer 1956: 386)[54] .

54 Dieser zur Politikwissenschaft abgegrenzte Aufgabenbereich der Politischen Soziologie wurde auch von US-amerikanischen Forschern konstatiert (Bendix/Lipset 1966; vgl. auch Lange 1964: 17f.; Lenk 1982: 12; Zwicky 1984: 98). Zudem wurden im angelsächsischen Raum auch andere Gegenstandbestimmungen vorgeschlagen, z.B. die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Gesellschaft und dem politischen System (Bendix 1968) oder dem Fokus auf die Beschäftigung mit sozialer Macht (Lasswell 1957; Martin 1977; Olson 1970). Gemeinsam ist den Einschätzungen der Einbezug einer sozialen Komponente, deren Notwendigkeit insbesondere in der Arbeit von Almond und Verba (1963) zum Ausdruck kommt.

Die Funktionen von Parteien ergeben sich in diesem Zusammenhang aus ihrer Stellung innerhalb der Gesellschaft und den Aufgaben, die ihnen an ihrem Platz zugeschrieben werden. Ähnlich der politikwissenschaftlichen Forschung werden dabei auch historische und rechtliche Veränderungen berücksichtigt (z.B. Lenk 1982: 86ff.). Gemeinsam ist den beiden Forschungsansätzen darüber hinaus, dass sich die Funktionskataloge meist auf Parteien in demokratischen Regierungssystemen beziehen.[55] Hinsichtlich des Umfangs von Parteifunktionen innerhalb der politisch-soziologischen Forschung lassen sich analog der politikwissenschaftlichen Parteienforschung quantitative Verschiedenheiten konstatieren, je nachdem ob der Intention des jeweiligen Autors eine spezielle Fragestellung zugrunde liegt (z.B. Kreckel 2004) oder nicht (z.B. Stammer 1964). Im Folgenden werden *fünf* Autoren in den Fokus genommen, die aus einem soziologischen Blickwinkel Parteifunktionen dar- resp. herausstellen. Die Reihenfolge der Darstellung erfolgt entlang des Erscheinungsjahres und stellt keine Rangordnung dar.

1.3.1 Partei als Dimension sozialer Ungleichheit (Weber 1980 [zuerst 1922])

Bereits in den Ausführungen zum Konkurrenzparadigma der politikwissenschaftlichen Parteienforschung (Kap. 1.2.1.2) wurden die Arbeiten Webers zu Parteien thematisiert. Es zeigte sich zweierlei: Zum einen setzt Weber seine Untersuchung nicht auf Seiten des Volkes, sondern auf der Seite der (Berufs-) Politiker an. Zum anderen wurde deutlich, dass der interparteiliche Konkurrenzgedanke die Basis der Parteienanalyse bildet.[56]

Neben dem daraus resultierenden Argumentationszusammenhang lässt sich ein zweiter Zugang zur Weberschen Parteiensoziologie aufzeigen, der den Ausführungen im Konkurrenzparadigma vorgelagert ist und der Parteien als eine Dimensi-

55 Für die Politische Soziologie resultiert dieser Umstand aus dem Anspruch, „Demokratiewissenschaft“ zu sein (vgl. Bach 2004; Borchert 2004: 22ff.; Ebbighausen 1981: 9; Frevel 1995: 15; Kißler 2007: 15; Stammer/Weingard 1972: 10, 24). Einige wenige Ausführungen zu „totalitären Parteien“ und deren Funktion innerhalb des (autoritär verfassten) Herrschaftssystems geben Stammer/Weingart (1972: 168). In der politikwissenschaftlichen Parteienforschung werden Parteifunktionen in nicht-demokratischen Regierungssystemen in Abgenzung zu den Funktionen in Demokratien behandelt (z.B. Schmitter 1999).

56 Auf die erneute Darstellung aller Einzelheiten wird verzichtet.

on sozialer Ungleichheit behandelt (vgl. Brock 2002: 172).[57] Insgesamt unterscheidet Weber (1980: 531ff.) drei solcher Dimensionen, „die sich nicht aufeinander reduzieren lassen“ (Brock 2002: 172): Klassen, Stände und Parteien.

Bei *Klassen* handelt es sich um die materielle Dimension sozialer Ungleichheit, die lediglich eine Möglichkeit bildet, Gemeinschaftshandeln[58] zu erklären (Klassenlage). Die Etablierung von Klassen gehe mit ökonomischen Interessen einher und sei an das Vorhandensein des Marktes gebunden.

> „Wir wollen da von einer »Klasse« reden, wo 1. einer Mehrzahl von Menschen eine spezifische ursächliche Komponente ihrer Lebenschancen gemeinsam ist, soweit 2. diese Komponente lediglich durch ökonomische Güterbesitz- und Erwerbsinteressen und zwar 3. unter der Bedingung des (Güter- und Arbeits-) Markts dargestellt ist“ (ebd.: 531).[59]

Von dieser rein materiellen Dimension ist eine zweite zu unterscheiden, deren Zuordnungskriterien über Begriffe wie Ansehen und Prestige verläuft. Bei diesen *Ständen* handle es sich im Gegensatz zu Klassen um (amorphe) Gemeinschaften[60], deren Vorhandensein durchaus an Klassenlagen anknüpfen kann, dies aber nicht muss (ebd.: 534f.).

> „Im Gegensatz zur rein ökonomisch bestimmten »Klassenlage« wollen wir als »ständische Lage« bezeichnen jede typische Komponente der Lebensschicksals von Menschen, welche durch eine spezifische, positive oder negative, soziale Einschätzung der »Ehre« bedingt ist, die sich an irgendeine gemeinsame Eigenschaft Vieler knüpft“ (ebd.: 534; vgl. auch ebd.: 179).

Die Unterscheidung von Klassen und Ständen kann vereinfacht auch durch ihr Verhältnis zu Produktion und Konsum dargestellt werden. Demnach gliedern sich Klassen „nach den Beziehungen zur Produktion und zum Erwerb von Gütern“, wohingegen Stände nach „den Prinzipien ihres Güterkonsums“ strukturiert werden können

57 Zur Bedeutung für die soziale Ungleichheitsforschung und zur Kritik vgl. Hradil (2001: 60).

58 Damit von „Gemeinschaftshandeln“ der Klassenzugehörigen gesprochen werden könne, müsse „die Bedingtheit und Wirkung der Klassenlage [im Handeln] deutlich erkennbar“ sein (Weber 1980: 533).

59 Durch die Unterscheidung der ökonomischen Interessen können Besitz- und Erwerbsklassen differenziert werden (Weber 1980: 177). Zudem stellt Weber „soziale Klassen“ heraus. Damit bezeichnet er diejenigen explizit nicht rein ökonomischen Klassenlagen, zwischen denen „ein Wechsel α. persönlich, β. in der Generationenfolge leicht möglich ist und typisch stattzufinden pflegt“ (ebd.).

60 Versteht man eine Gemeinschaft als Ergebnis von Vergemeinschaftung, dann beruht diese Form der sozialen Beziehung „auf subjektiv gefühlter (affektueller oder traditionaler) Zusammengehörigkeit der Beteiligten“ (Weber 1980: 21). Im Gegensatz zu Ständen, bilden Klassen grundsätzlich keine Gemeinschaften (ebd.: 533).

(ebd.: 538)[61]. Ist also der Ursprung von Klassen mit der Wirtschaftsordnung und die Basis der Stände mit der sozialen Ordnung in Verbindung zu bringen,

> „sind »Parteien« primär in der Sphäre der »Macht« zu Hause. Ihr Handeln ist auf soziale »Macht«, und das heißt: Einfluß auf ein Gemeinschaftshandeln gleichviel welchen Inhalts ausgerichtet: es kann Parteien prinzipiell in einem geselligen »Klub« ebensogut geben wie in einem »Staat«“ (ebd.: 539).

Da das Gemeinschaftshandeln in *Parteien* rational planvoll sei, beinhaltet es eine Gesellschaftskomponente[62]. Die Art des Ziels kann sowohl sachlich, d.h. auf „die Durchsetzung eines Programms um ideeller oder materieller Zwecke willen“ gerichtet sein als auch einen persönlichen Nutzen, in Form der Erlangung von „Ehre für ihren Führer und Anhänger“ verfolgen (ebd.), mündet aber immer in die Intention des Machterwerbs[63]. Voraussetzung für die Umsetzung der Ziele sind:

> „Gemeinschaften, welche ihrerseits irgendwie vergesellschaftet sind, also irgendwelche rationale Ordnung und einen Apparat von Personen besitzen, welche sich zu deren Durchführung bereit halten. Denn eben diesen Apparat zu beeinflussen und womöglich aus Parteianhängern zusammenzusetzen, ist Ziel der Parteien. Sie können im Einzelfall durch »Klassenlage« oder »ständische Lage« bedingte Interessen vertreten und ihre Anhängerschaft entsprechend rekrutieren “ (ebd.).

Von Parteien kann sinnvoll nur in Gesellschaften gesprochen werden, die über irgendeine Form von Herrschaft[64] und eine entsprechende Verwaltung verfügen. Parteien vertreten hierbei gesellschaftliche (Partial-) Interessen und benötigen zumindest ein Minimum an Mitgliedern, welche das Parteiziel (Machterwerb) umsetzen. Die Erlangung der Macht kann unter Anwendung der unterschiedlichsten Mittel erfolgen:

> „von nackter Gewalt jeder Art bis zum Werben um Wählerstimmen mit groben oder feinen Mitteln: Geld, sozialem Einfluß, Macht, Rede, Suggestion und plumper Uebertölpelung, und bis zur mehr groben oder mehr kunstvollen Taktik der Obstruktion innerhalb parlamentarischer Körperschaften“ (ebd.).

61 Zur Unterscheidung von Klasse und Stand bei Weber vgl. auch Giddens (1984: 47ff.).
62 Zum Begriff „Vergesellschaftung“ vgl. Weber (1980: 21ff.).
63 Zum Begriff der Macht vgl. Weber (1980: 28f.).
64 Zum Begriff und Typen der Herrschaft vgl. Weber (1980: 28, 122ff.). Zu Parteiformen in verschiedenen Herrschaftsformen vgl. Weber (1980: 167f.).

Je nach historischen Umständen[65], der konkreten Gemeinschaft, deren Interessen vertreten werden, und der vorherrschenden Herrschaftsform können Parteien unterschiedlich lange existieren und Unterschiede in ihrer „soziologischen Struktur [z.B. Honoratioren-, Patronage- oder Klassen-Parteien]“ (ebd.) aufweisen.[66] Gemeinsam ist ihnen grundsätzlich das Machterwerbsmotiv, dessen Endziel die Beteiligung an der Herrschaft (für ihre Führer) oder deren Aufrechterhaltung bildet.[67] Sofern es sich bei der Machtübernahme um eine durch freie Wahlen legitimierte handelt, spricht Weber (ebd.: 167) von „legalen Parteien“[68].

Möchte man die Ausführungen Webers hinsichtlich der Funktionen von Parteien zusammenfassen, dann sollte sich die Darstellung auf solche Parteien beziehen, für die eine empirische Funktionsüberprüfung zumindest möglich erscheint. Da dies am ehesten in der heutigen Form der legalen Herrschaft mit bürokratischem Verwaltungsstab denkbar ist[69], bezieht sich der folgende Aufgabenkatalog auf legale Parteien. Im Grunde existiert nach Weber nur eine Parteifunktion, deren erfolgreiche Umsetzung an zwei Unterfunktionen geknüpft ist: Parteien sind bestrebt, die *Macht* in einem politischen Verband *zu erreichen* resp. die Beteiligung daran *aufrechtzuhalten* und die Verwaltungsämter mit (Partei-) Anhängern zu besetzen. Da dies in legalen Herrschaften an die erfolgreiche *Teilnahme an Wahlen* geknüpft ist, ist es insbesondere das Generieren von Wählerstimmen, das den Parteien als legitimes Mittel zur Zielerreichung zur Verfügung steht. Da die Gesellschaft aufgrund unterschiedlicher ständischer Lagen und Klassenlagen über verschiedene Interessenlagen verfügt, durch den Wahlakt aber auch die Machtverhältnisse bestimmt, ist den Parteien daran gelegen die *Interessen* bestimmter Bevölkerungsgruppen *zu vertreten* um so antizipativ möglichst viele Wählerstimmen auf sich zu vereinigen.

65 Weber (1980: 539) weist darauf hin, dass bereits in der Antike und im Mittelalter Parteien existierten.

66 Streng genommen bezieht sich Weber nicht nur auf politische Parteien, sondern auf alle Interessengruppierungen (Hradil 2001: 69).

67 In Anlehnung an den Parteienbegriff bei Weber und insbesondere unter Rückgriff auf das Herrschaftsmotiv formuliert Steininger (1984: 77) seinen Parteienbegriff. Anlehnungen an Weber lassen sich implizit und explizit auch bei Heydt/Sacherl (1955) finden.

68 Zu den Merkmalen legaler Parteien vgl. Weber (1980: 167).

69 Giddens (1984: 50) weist darauf hin, dass Parteien „als Brennpunkt sozialer Organisation hinsichtlich der Machtverteilung in der Gesellschaft [nur] dem modernen rationalen Staat eigentümlich“ seien.

1.3.2 Parteien als besonderer Typ von Interessengruppen (Lange 1964 [zuerst 1961])

In Abgrenzung zu einem allgemeinen Begriff von „Interessengrup-pe“, dessen Entwicklung an den Arbeiten von Bendix und Lipset (z.B. 1960) orientiert ist, setzt Lange (1964: 58ff.) seine Untersuchung von Parteien an. Zunächst arbeitet er drei Unterschiede heraus, die Parteien als einen „besonderen Typ von Interessengruppen“ (ebd.: 61) in den Vordergrund stellen.

1. Im Gegensatz zu Verbänden richten sich Parteien in freier Werbung an alle Staatsbürger, d.h. die Zugehörigkeit ist nicht an bestimmte Voraussetzungen (z.B. einen bestimmten Beruf) gebunden.
2. In (heutigen) demokratischen Staaten obliegt es den Parteien fast ausschließlich, den Zugang zu Positionen der politischen Führungsgremien zu besetzen (Parteien als „Kreativorgane“). Ein Durchbrechen dieses Monopols geschehe äußerst selten, auch wenn sich Parteien mit anderen Gruppen, beispielsweise Kirchen oder Interessengruppen, auseinandersetzen müssten.
3. Am wichtigsten sei aber, dass Parteien nicht nur politischen Einfluss gewinnen wollen, sondern explizit danach trachten, die Regierung zu übernehmen.

Das Motiv der Regierungsübernahme dominiert die Sichtweise von Lange ganz eindeutig. Nur die Darstellung von Parteien als „Kampfverband“ erscheint ihm angemessen, andere „Definitionen, die den Charakter der Partei (…) vornehmlich durch das Streben nach Verwirklichung des Gemeinwohls, die Verwendung bestimmter Mittel oder eine bestimmte Organisationsform“ hervorheben, seien „weniger brauchba[r]“ (ebd.: 62). Nichtsdestotrotz identifiziert er einen Trend innerhalb der Politischen Soziologie, der das Machtmotiv von Parteien zunehmend in den Hintergrund stellt. Diese Entwicklung führe dazu, dass sich die resultierenden Parteidefinitionen sozusagen verengt lediglich auf den Typ der demokratischen Partei und nicht auf moderne Parteien insgesamt beziehen. Dies führe zu einer neuen Sichtweise, welche die Parteien als Teil eines übergeordneten Ganzen (Volks- bzw. Staatsganzes, d.h.

hier: Demokratie) begreift.[70] Als Beispiele dafür führt Lange die Arbeiten von Neumann (1955) und Heydte/Sacherl (1955) an, aus denen sich folgende Parteifunktionen ableiten lassen (Lange 1964: 62):

- Einfluss auf die politische Willensbildung der Bevölkerung,
- Integration von gesellschaftlichen (Interessen-) Gruppen in die Politik,
- doppelte Funktion: Mittel und Mittler demokratischer Herrschaft.

1.3.3 Parteien als Mittel und Mittler demokratischer Herrschaft (u.a Stammer 1964)

Die politisch-soziologischen Arbeiten Stammers zählen auf ihrem Gebiet zu den bedeutendsten der Nachkriegsentwicklung in Deutschland (u.a. Ludz 1979: 286)[71]. Mit dem Anspruch, einen „Zugang zur Komplexität der in der Politischen Soziologie thematisierten Fragestellungen und (…) Forschungsfeldern zu eröffnen“ (Stammer/Weingart 1972: 9), sind die Arbeiten in mindestens zweierlei Hinsicht fruchtbar: *Zum einen* wird wiederholt der Versuch unternommen den Gegenstand und den Aufgabenbereich Politischer Soziologie anzugeben (Stammer 1956: 386; 1964: 277; Stammer/Weingart 1972: 13ff.). *Zum anderen* werden Begriffe wie Macht, Herrschaft, Partei und Verband herausgestellt, in Beziehung zueinander gebracht und hinsichtlich ihrer historischen und aktuellen empirischen Relevanz untersucht (Stammer/Weingart 1972: 82ff.). In der Regel geschieht dies unter Rückgriff auf den einschlägigen Literaturstand.

Im Hinblick auf die Funktionen von Parteien lassen sich keine Angaben finden, die sich explizit mit diesem Thema beschäftigen. Allerdings existieren zwei Stellen, die Parteien behandeln und es ermöglichen, die benötigten Informationen

70 Lange (1964: 63) steht der demokratischen Partei deshalb skeptisch gegenüber, weil er die demokratische Verfasstheit von Parteien empirisch bezweifelt.

71 Weitere wichtigen Autoren in dieser Zeit sind Max G. Lange, Peter Weingard und Ernst Richter (Ludz 1979: 286). Einen Überblick über die Entwicklung der deutschen Politischen Soziologie bis in die 1950er Jahre gibt Lange (1964). Alemann (1998: 12) gibt einen Überblick über die wichtigsten Veröffentlichungen seit den Anfängen der Disziplin.

herauszufiltern. Ganz allgemein werden Parteien bei Stammer (1967: 302ff.) und Stammer/Weingart (1972: 162ff.) aus zwei Blickwinkeln behandelt: als wichtige Institution für Demokratien und in Abgrenzung zu Verbänden.

Tabelle 1.7: Parteienfunktionen nach Stammer (1964: 302ff.) und Stammer/Weingart (1972: 162ff.)

Funktion(en)	Funktionsspezifische Teilaufgaben
Mittel und Mittler demokratischer Herrschaft	Politische Verbindung zwischen Staatsbürgern bzw. sozialen Gruppen und dem Staat sowie Institution zur politische Lösung sozialer Konflikte und Spannungen
Beeinflussung der öffentlichen Meinung; Formung des Volkswillens	Kein jederzeit gegenwärtiger Volkswille vorhanden: Formung mit Hilfe konkurrierender Gruppen politischer Alternativen (Parteien hierfür unentbehrlich, aber in Realität nicht allein zuständig)
Integration	Integration unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in den politischen Prozess
Interessenaufnahme, -artikulation, -beeinflussung	Aufnahme und Vertretung gesellschaftlicher Interessen von verschiedenen sozialen Gruppen sowie Beeinflussung der Interessen unter parteipolitischen Gesichtspunkten
Innerparteiliche Willensbildung, Formulierung politischer Programme	Ausdruck des dynamischen Parteiencharakters: Schaffung innerorganisatorischen Konsens´ und Transformation in Parteiprogramme an äußere Einflüsse gebunden
Kandidatenauswahl- und nominierung	Für Wahlen zentral: nur Personen wählbar, die (von einer entsprechenden Organisation) vorher ausgesucht und nominiert wurden (Parteien kontrollieren weitestgehend den Zugang zu politischen Führungspositionen)
Wahlkampf, Teilnahme an Wahlen	Teilnahme an Wahlen, um politische Ziele durchsetzen zu können (mit positivem Verlauf)
Besetzung politischer Ämter	Nur über positivem Wahlausgang möglich: Durchsetzung politischer Ziele

Grundsätzlich handle es sich bei Parteien um „dynamische Gebilde [‚die] ihrem Wesen nach (…) Teil [„Pars“] eines umfassenden gesellschaftlich-politischen Wirkungszusammenhanges [sind], und (…) nur im Hinblick auf ihre »Außenbeziehungen« begriffen“ werden können (Stammer 1967: 303, 304). Zudem sei es nötig, Parteien in Relation zueinander zu untersuchen, wenn die Rolle einzelner Parteien in

Demokratien verstanden werden soll. Darüber hinaus bestehe die Notwenigkeit, Parteien vor dem realen historischen Hintergrund zu untersuchen, da nur so ein „Struktur- und Funktionswandel der politischen Parteien in Rechnung“ zu stellen sei (ebd.: 303).[72] Die Parteifunktionen ergeben sich so aus der Notwendigkeit für die demokratische Ordnung und sind nicht auf Parteien als Individualgebilde fokussiert. Insgesamt lassen sich für moderne Demokratien acht Funktionen resp. Funktionskomplexe von Parteien unterscheiden, deren Bezeichnung und funktionsspezifische Teilaufgaben in *Tabelle 1.7* dargestellt sind. Es werden nur diejenigen Funktionen berücksichtigt, die sich nicht ausschließlich aus dem Interaktionszusammenhang des Parteiensystems insgesamt ergeben.

1.3.4 Traditionelle und neuere Parteienfunktionen (Lenk 1982)

Für Lenk (1982: 86) gehören die großen Parteien in westeuropäischen Demokratien zu den „wichtigsten Institutionen in Gesellschaft und Staat“. Grund für diese Einschätzung ist der Umstand, dass Parteien nicht nur einen erheblichen Einfluss auf Personal- und Sachentscheidungen in Parlament und Regierung haben und das Monopol bei Wahlen beanspruchen, sondern auch „direkt oder indirekt (…) Einfluß auf zahlreiche öffentliche und halböffentliche Einrichtungen“ (ebd.: 86f.) ausüben, beispielsweise auf Fernsehanstalten oder auf Aufsichtsräte von Wirtschaftsunternehmen.

Die Analyse der Parteien ist bei Lenk im Gegensatz zu den übrigen hier betrachteten Autoren der Politischen Soziologie wesentlich differenzierter und umfangreicher. So unterscheidet er beispielsweise zwischen traditionellen und heutigen (für die 1980er Jahre) Parteifunktionen. Allerdings zeigen sich leider analytische Verwaschungen, die sich zwischen den Merkmalen und den Funktionen heutiger Parteien zeigen. Auch die Abgrenzung von traditionellen und heutigen Funktionen ist nur einsichtig, wenn letztere als Erweiterung gelesen werden, da die traditionellen durchaus Parteifunktionen beinhalten, die sich heute problemlos anwenden lassen.

72 In großen Teilen erinnert diese Sichtweise an den Untersuchungsansatz von Gross (vgl. Kapitel 1.2.2.3). Im Gegensatz dazu benennt Stammer jedoch keine Variablen.

Ob diese Leseart von Lenk intendiert wurde, ist fraglich. Die konkrete Formulierung legt dies eher nicht nahe.[73]

Um den analytischen Problemen zu begegnen, erscheint es sinnvoll, die differenzierte Darstellung wieder zusammenzulegen. Dazu werden die Ausführungen zu den Merkmalen (gegenwärtiger) Parteien westlicher Demokratien zu traditionellen und zu heutigen Parteifunktionen zusammengefasst. Lediglich auf zwei Dinge wird verzichtet: Zum einen beinhalten die Merkmale von Parteien Angaben die „Dauer und Festigkeit" (ebd.: 88) betreffend. Da dies keine Funktion ist, bleiben diese unberücksichtigt. Zum anderen zeigen sich Dopplungen bei traditionellen und heutigen Parteifunktionen, die nur singulär dargestellt werden. Trotz dieser beiden Einschränkungen lassen sich bei Lenk (ebd.: 87ff.) *sechs* Parteifunktionen identifizieren:

- Teilnahme an Wahlen
- Besetzung politischer Ämter im Parlament (Willensbildung)
- Formulierung politischer Programme
- Transmission zwischen Gesellschaft und Staat (Prämisse: Volkssouveränität)
- Kandidatennominierung und -auswahl, Ausbildung von Führungspersonal
- Integration gesellschaftlicher Gruppen in die bestehende politische Ordnung (Interessenausgleich vor der parlamentarischen Entscheidung).

73 Im Gegensatz zur bisherigen Darstellung von Parteifunktionen, bei der aus Gründen die Unverfälschtheit der Angaben betreffend, weitestgehend auf eine kritische Darstellung verzichtet wurde, ist hier ein kritischer Blick unabdingbar. Die Auflistung der Funktionen von Parteien bei Lenk kann als umfangreich eingeschätzt werden, verliert durch die unangemessenen Differenzierungen allerdings diesen Charakter. Eine erneute Zusammenführung der Unterscheidungen ist somit zwar nicht im Sinne Lenks, aber aus einer inhaltlichen Perspektive sinnvoll.

1.3.5 Parteien als institutionelle Vermittlungsinstanzen (Kreckel 2004)

Die sehr kurzen Ausführungen zu Parteien sind bei Kreckel in eine umfassende Theorie sozialer Ungleichheit eingebettet, die „sowohl Strukturbedingungen, [sic!] als auch Handlungschancen und Handlungsweisen von Akteure[n] in Politik, Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ involviert und einerseits auf die Ursachen sozialer Ungleichheit und andererseits auf deren Wirkungsweisen eingeht (Hradil 2001: 88). Ausgangspunkt der Theorie ist die erstaunliche Stabilität der Struktur sozialer Ungleichheit[74] in fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften. Grund dafür sei der Umstand, dass es sich bei sozialer Ungleichheit in ihrer realen Ausgestaltung um von Menschen gelebte Tatsachen handelt, d.h. um „soziale Gesetzlichkeiten“ (Kreckel 2004: 14), die durch menschliches Handeln, sei es nun intendiert oder nicht-intendiert, hervorgerufen und aufrechterhalten werden[75]. Die Ungleichverteilung des Zugangs[76] zu materiellen und immateriellen Gütern[77] bestimmt die Lebenschancen ganzer Bevölkerungsteile und ist sowohl Ursache als auch Resultat der in der Gesellschaft selbst angelegten Ungleichheitsstruktur. Je nach Ressourcenausstattung, Konfliktfähigkeit und Organisationsgrad gesellschaftlicher Gruppen ist der Einfluss auf die ungleichheitsbestimmende Struktur mehr oder weniger stark ausgeprägt.

Idealtypisch für die deutsche Situation identifiziert Kreckel (2004: 161ff.) vier gesellschaftliche Kräftefelder, welche die Ungleichheitsstruktur mehr oder weniger prägen. Diese lassen sich bildhaft über konzentrische Kreise darstellen (*Abbildung 1.4*). Der Einfluss der jeweiligen „makrosozialen Kräfte“ (ebd.: 152) nimmt von innen nach außen ab und lässt sich auch als Übergang von zentralen zu peripheren Lagen lesen. Den inneren Kreis und damit das zentralste gesellschaftliche Kräf-

74 Soziale Ungleichheit wird bei Kreckel (2004: 75ff.) in zwei Dimensionen untergliedert: Die *distributive Dimension* sozialer Ungleichheit beinhaltet die unterschiedliche Verteilung materiellen Reichtums und symbolischen Wissens. Die *relationale Dimension* verweist auf selektive Assoziationen und die Stellung in einer hierarchischen Organisation.

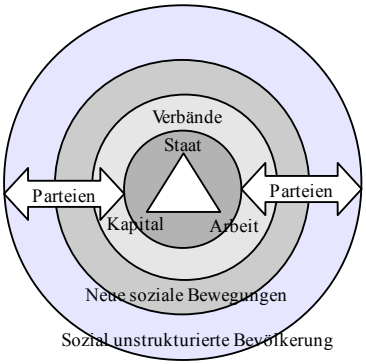
75 Eine ähnliche Wechselwirkung zwischen objektiven Strukturen und Handlungsweisen nimmt auch Bottomore (1981: 85; vgl. auch Böhmisch 2006: 9) an. Als Konzept der »Strukturierung« wurde dieser Zusammenhang von Giddens (1984) in die Soziologie eingebracht.

76 Grundsätzlich lassen sich zwei Gruppen unterscheiden, eine die privilegierten Zugang zu wertvollen Gütern besitzt (zentrale Lage) und eine, die über nur eingeschränkten Zugang (periphere Lage) verfügt (Kreckel 2004: 43f.).

77 Der Einfluss auf die ungleichheitsbestimmende Struktur hängt neben der Ressourcenausstattung auch von der Konfliktfähigkeit und dem Organisationsgrad einer Gruppe ab (Kreckel 2004: 44).

tefeld bildet ein Dreieck aus *Kapital*, *Arbeit* und *Staat*. Grund dafür ist nach vor das „*Erwerbsleben* [als] (…) *zentrale[r] Ort*, wo die Ungleichverteilung der Lebenschancen verankert ist“ (ebd.: 153, H.i.O.). Da das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital[78] heute in hohem Maß verrechtlicht sei, kommt der Staat als „Garant der Rechts- und (…) Ungleichheitsordnung“ (ebd.) mit ins Spiel. Den nächsten Kreis bilden Verbände resp. „*spezialisierte Interessenverbände*“ (ebd.: 157, H.i.O.). Diese variieren im Hinblick auf Konflikthaftigkeit und Organisationsgrad stark untereinander und verfügen über ein begrenztes Interessenvertretungssprektum. Um diese organisierten Verbände schließt sich ein dritter Kreis an, dessen Akteure „nicht in allen Fällen verbandsmäßig organisiert sind“ (ebd.: 159). Solche *sozialen Bewegungen* können dennoch einflussreich sein, wenn „es ihnen gelingt, auf mikrosozialer Ebene individuelle Motivationen zu bündeln und dadurch Konfliktpotential zu entfalten“ (ebd.). Den letzten Kreis bildet *die sozial strukturierte Bevölkerung*, „die mit ihren schicht-, milieu-, oder lagespezifischen Werthaltungen und Handlungspotentialen die gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnisse ins tägliche Leben übersetzt“ (ebd.: 161).

Abbildung 1.4 Idealtypisches Modell des ungleichheitsbegründenten Kräftefeldes



Quelle: Kreckel (2004: 164).

78 Dieses Verhältnis ist durch starke Machtasymmetrien geprägt (vgl. Kreckel 2004: 165ff.). Zur Asymmetrie in sozialen Beziehungen allgemein vgl. Coleman (1986).

Wie aus der Abbildung zu entnehmen ist, liegen die *politischen Parteien* quer zu den gesellschaftlichen Kräftefeldern. Ihnen wird in dem Modell die Funktion einer „*institutionelle*[n] *Vermittlungsinstan*[z]“ (ebd.: 162, H.i.O.) zuteil, welche die konzentrischen Kreise miteinander verklammert. Da die Parteien so in alle Kräftefelder involviert sind, verfügen sie über ein breites Aufgabenspektrum[79].

> „[D]ie Parteien bewegen sich gleichzeitig im Zentrum des Kräftefeldes, als Träger und/oder Kontrolleur legitimer Staatsgewalt, und an der Peripherie, wie sie einen möglichst großen Sektor der sozial strukturierten Wahlbevölkerung an sich zu binden suchen. Zugleich sind sie immer auch selbst soziale Bewegungen und Interessenorganisation, und auf außerparlamentarische Bewegungen und organisierte Interessen pflegen sie mit besonderer Sensibilität zu reagieren“ (ebd.).

1.4 Parteien aus allgemeiner soziologischer Perspektive[80]

Die Ausführungen zu Parteifunktionen aus verfassungsrechtlicher, politikwissenschaftlicher und politisch-soziologischer Perspektive bestätigen – trotz vielfältiger Gemeinsamkeiten – die quantitativen und qualitativen Verschiedenheiten der Funktionsbestimmung sehr deutlich. Auf den Umstand, dass diese Diagnose für sich genommen und im Hinblick auf die Generierung eines Parteienbegriffs als problematisch einzustufen ist, wurde bereits mehrmals hingewiesen. Allerdings ist dies kein unüberwindbarer Zustand. Wie bereits Wiesendahl (1980) in seiner Studie zu den Paradigmen der politikwissenschaftlichen Parteienforschung herausarbeitet, besteht aufgrund der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes »Parteien« die Notwendigkeit, differenziert und analytisch klar vorzugehen. In Anlehnung an diesen Befund wird zur Analyse der Parteifunktionen und der Generierung eines soziologisch fokussierten Parteienbegriffs in der vorliegenden Arbeit ein zweigleisiges simultanes

79 Für die 1980er Jahre konstatiert Kreckel (2004: 155) einige konkrete Aufgaben die staatlichen Arbeitnehmer- und Kapitalinteressen betreffend.

80 Da aufgrund der Diskussion zur Stellung der Politischen Soziologie bislang unklar ist, ob es sich hierbei um eine spezielle Soziologie, einen Teilbereich der Politikwissenschaft oder eine Scharnierstellung handelt, besteht die Möglichkeit im Folgenden auf den Terminus »allgemein« zu verzichten. Sofern sich die Darlegungen auf die Ausführungen und Ergebnisse dieses Unterkapitels beziehen, wird im weiteren Verlauf von »soziologisch« gesprochen.

Vorgehen vorgeschlagen, das einerseits einen stabilen Analyserahmen[81] entwickelt und anderseits die „Probleme bei der Funktionsanalyse von Parteien“ (ebd.: 185) berücksichtigt. Insgesamt zeigen sich *sieben Problemkomplexe* bei der Funktionsbestimmung, die sowohl die Variabilität der Kataloge als auch die Unzulänglichkeiten der Forschung insgesamt aufzeigen.

1. Bereits die Verwendung des Begriffs „Funktion“ ist problematisch. Von einigen Autoren wird der Terminus im Sinne von Leistung, Konsequenz und Auswirkung verwendet, von anderen Autoren hingegen im Sinne von Aufgabe, Ziel, Zweck usw. Dieser „beliebig[e] Gebrauchswert des Funktionsbegriffs“ führt zu einer „Vieldeutigkeit und mangelnden Konsistenz“ (ebd.: 186) dieser grundlegenden Kategorie und bedingt im Prinzip schon vor der eigentlichen Analyse Variabilitäten, die im Nachhinein nicht mehr aufzulösen sind.
2. Die meisten Arbeiten lassen eine „klare Offenlegung von Argumenten [vermissen], warum von den jeweiligen Autoren gerade diese und nicht andere Funktionsmerkmale als charakteristisch für (…) Parteien angesehen werden“ (ebd.: 187). Obwohl dies allein schon problematisch ist, bedingt der fehlende Begründungszusammenhang eine Folgeschwierigkeit, die sich in Form „unterschiedliche[r] und inkonstistente[r] Termini“ (ebd.) zeigt. Dabei lassen sich innerhalb der Literatur zwei Szenarien identifizieren: Zum einen werden identische Parteifunktionen mit unterschiedlichen Begriffen versehen und zum anderen werden Funktionen, deren konkreter Inhalt sehr verschieden ist, unter dem selben Terminus geführt. Als Beispiel für letzteres können die unterschiedlichen Implikationen der Legiti-

81 Es ist klar, dass die Begrenzung durch einen Analyserahmen dem intendierten, diffizilen Charakter eines Parteienbegriffs auf den ersten Blick widerspricht. Auf den zweiten Blick und zwar unter Verwendung eines modifizierten Allgemeinbegriffs und unter Berücksichtigung der variablen Analysefaktoren wird die Notwendigkeit deutlich herausgestellt. Wie alle sozialen Systeme werden auch Parteien von historischen und gesellschaftlichen (Wandlungs-) Prozessen beeinflusst, die unter Umständen tiefgreifende interne Anpassungen resp. Veränderungen hervorrufen können (vgl. Luhmann 1997: 776ff.). Aufgrund dieses Zusammenhangs ist von vornherein gar nicht davon auszugehen, dass ein (komplexer) Parteienbegriff erstellt werden kann, der für alle Parteien, zu jeder Zeit und in jeder Gesellschaft Gültigkeit besitzt, d.h. absolut anwendbar ist. Insofern muss sich der umfassende Charakter des Parteienbegriffs auf etwas anderes als die generelle absolute Anwendbarkeit beziehen. Dafür bietet sich ein Analyserahmen an. Dieser sollte im Sinne der Vollständigkeit jedoch so breit wie möglich gehalten werden, ohne dabei im Sinne der Transparenz an Stabilität zu verlieren.

mationsfunktion bei Greven und Steffani angeführt werden (vgl. Kapitel 1.2.2). Obwohl es beide Male um Legitimation geht, bezieht sich Greven auf die bestehende Herrschaftsordnung und Steffani auf politische Entscheidungen. Es reicht im Normalfall also nicht aus, die Funktion einfach zu benennen. Auch unter Angabe eines Begründungszusammenhangs bedarf es der genauen Funktionsbeschreibung (funktionsspezifische Teilaufgaben).

3. Im Hinblick auf die „Bestimmungs- und Ableitungsebene“ zeigt sich, dass „häufig genug unklar [bleibt], ob es sich bei den Katalogen um eine Auflistung von empirisch orientierten (…) oder aber von normativ erwünschten Parteifunktionen handelt“ (ebd: 189). Besonders in Bezug auf eine demokratische Parteientheorie ist dies überaus problematisch, da „logischerweise präskriptive Parteifunktionen gänzlich andere Konsequenzen als deskriptive Ausformulierungen“ (ebd.) haben.
4. Dass es zwischen den einzelnen Parteifunktionen zu Abhängigkeiten und Interdependenzen kommen kann, wird nur selten berücksichtigt. Besonders der „mangelnden Kompatibilität von Parteifunktionen speziell unter dem Blickwinkel ihrer störungsfreien, simultanen Realisation“ (ebd.) wird kaum Interesse geschenkt. Dabei werden folglich auch keine Rangunterschiede oder Konflikte zwischen den Parteifunktionen erkannt und analysiert.
5. Auch unklar bleibt zumeist, „welches Organ bzw. Element dem Parteienforscher als Träger der Parteifunktionen vor Augen schwebt“ (ebd.). Prinzipiell sind zwei Adressaten identifizierbar: das Parteiensystem als Interaktionszusammenhang oder die Partei als Individualgebilde. Noch weiter differenziert wären auch Ausführungen möglich, die sich auf ein bestimmtes Parteielement beziehen. Da nicht immer klar angegeben ist, worauf sich die Funktionen beziehen und auch analytische Verwaschungen zwischen den Trägerebenen vorkommen, zeigt sich hier ein großes Variabilitätspotential.
6. Bei der Analyse von Parteifunktionen muss auch die Parteienumwelt eine Rolle spielen und zwar hinsichtlich der Frage, „inwieweit Parteien überhaupt über konstitutive und gegenüber alternativen politischen Konkurrenzorganisation distinktive Funktionseigenschaften verfügen“ (ebd.: 190).

Dieses oft vernachlässigte Problemfeld führt auf das Gebiet der Entwicklung und des Wandels von Parteifunktionen.

7. Neben solchen externen Faktoren sollen auch parteiinterne Faktoren in die Analyse einbezogen werden. Besonders „parteiinterne Funktionserwartungsheger[n] als funktionale Bezugsgröße“ soll dabei unter der Prämisse „relativer funktionaler Autonomie der Parteien“ (ebd.: 194) Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Da Wiesendahl diese Probleme nicht auf eine spezielle disziplinäre Funktionsanalyse eingrenzt, stellt deren Überwindung auch einen fruchtbaren Ansatzpunkt für soziologisch fokussierte Arbeiten dar. Aus Gründen der Stringenz die Argumentation betreffend, wird die Reihenfolge der einzelnen problematischen Punkte abgeändert bzw. zusammengefasst. Die konsequente Abarbeitung der Problempunkte induziert zwei Nebeneffekte: Zum einen wird quasi automatisch ein Analyserahmen erstellt, der sich neben der Funktionsbestimmung auch auf den Parteienbegriff bezieht. Zum anderen wird die Möglichkeit eröffnet, funktionale und strukturelle Parteimerkmale gemeinsam zu untersuchen. Im Prinzip ist dies kein übliches Vorgehen. Meist erfolgt die Analyse getrennt (vgl. Alemann 2000; §§ 1 2 PartG). Da beide Merkmalsbereiche aber nicht unabhängig voneinander sind, erscheint eine kombinierte Untersuchung sinnvoll.[82]

1.4.1 Analyserahmen: Parteien in modernen Massendemokratien

Zunächst scheint die Frage nach dem Bezugsfeld evident, auf das sich die Parteifunktionen beziehen sollen. Da es im Ergebnis um einen soziologischen Parteienbegriff geht, bietet sich in Anlehnung an die Ausführungen zu den Paradigmen der politikwissenschaftlichen Parteienanalyse das Transmissionsparadigma an (vgl. Kapitel 1.2.1.3), da dieses explizit dem gesellschaftlichen Variablenfeld zugeordnet werden kann. Aufgrund der Tatsache, dass dieses Paradigma mit einer gewissen vorhersehbaren Tragik regelmäßig an der Realität scheitert, weil bereits die grundlegenden

82 Zur Relevanz dieses Schrittes vgl. Stöss (1983: 51).

Implikationen insgesamt stark normativ und realitätsfremd sind und dies mit dem Anspruch der (Politischen) Soziologie, „in besonderem Maße Gegenwartswissenschaft [zu sein, die] ihr Augenmerk in erster Linie auf eine sorgfältige Analyse der gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit [richtet,]“ (Stammer 1964: 277) kollidiert, können nur vergleichsmäßig wenige Inhalte des Transmissionsparadigmas tatsächlich für eine soziologische Parteienanalyse fruchtbar gemacht werden. In der konsequenten Umsetzung bleiben nur drei zweckdienliche Grundimplikationen, die zudem modifiziert resp. erweitert werden müssen: der Bezug auf das gesellschaftliche Variablenfeld, die im Unentbehrlichkeits-Theorem eingeschlossenen Ausführungen zum Parteienstaat sowie der Transmissionsgedanke.

Der Bezug auf das *gesellschaftliche Variablenfeld* legt dabei nicht nur die Richtung der Parteifunktionen fest, sondern charakterisiert Parteien gleichzeitig auch als *abhängige Variable*. Wie bereits aus der etymologischen Forschung hervorgeht, verweist der Begriff „Partei“ (*pars*) auf „den (selbstständigen) Teil eines größeren Ganzen“ (Kluge 2002: 682). Soziologisch lässt sich dieser historiolinguistische Befund durch Differenzierungstheorien untermauern und präzisieren. Ganz allgemein gehen Differenzierungstheorien davon aus, dass sich die Struktur von Gesellschaften im Zeitverlauf ändern. Vorreiter auf diesem Gebiet ist Durkheim (1999), der den Übergang von traditionalen zu modernen Gesellschaften in Verbindung mit der Verschiebung von segmentärer zu funktionaler Differenzierung sieht. Im Gegensatz zu mehrheitlich segmentär differenzierten Gesellschaften zeichnen sich vorwiegend funktional differenzierte Gesellschaften durch die Unterschiedlichkeit der einzelnen Gesellschaftsbereiche und eine damit verbundene Aufgabenspezialisierung (Arbeitsteilung) aus (vgl. ebd.; Junge 2002: 113ff.). Innerhalb der soziologischen Theorienlandschaft lassen sich verschiedende Autoren identifizieren, die unter differenzierungstheoretischen Voraussetzungen einen speziellen politischen Bereich innerhalb der Gesellschaft konstatieren, allerdings die Parteien nur selten explizit in den Fokus nehmen. Es besteht aber die Möglichkeit die Parteien innerhalb der Gesellschaft zu verorten, um von hier aus Funktionen abzuleiten.

Ein erster Zugang lässt sich über die Ausführungen von Habermas aufzeigen. Im Rahmen seiner „Theorie des kommunikativen Handelns“ (1987, 1987a) konstatiert er, dass mit dem Übergang von segementär differenzierten zu modernen kapitalistischen Gesellschaften Rationalisierungs- und Differenzierungsprozesse verbunden sind, die zur Ausgliederung zweier systemischer Bereiche aus der kommuni-

kativ geprägten Lebenswelt führen. Dabei handelt es sich einerseits um die Ökonomie und andererseits um ein politisch-administratives System (1987: 471ff.). Beide Systeme strukturieren sich über „intersystemisch[e] Austauschmedi[en]“ (ebd.: 256, Hervorhebung weggelassen). Im Bereich der Politik handelt es sich dabei um »Macht«. Da die Systemwelten nicht unabhängig von der Lebenswelt sind, finden auch hier Austauschbeziehungen statt. Zu diesem Zweck existieren in der Lebenswelt spezielle Bereiche, die, weil sie „kommunikativ strukturierte Handlungsbereiche darstellen, die nicht systemisch, also nicht über Steuerungsmedien zusammengehalten werden“ (ebd.: 472), Austausch über die Etablierung von Rollen gewährleisten. Wiederum für das politische System zeigt Habermas (ebd.) die (politische) „Öffentlichkeit“[83] als die institutionelle Ordnung der Lebenswelt auf, über die der Staat Massenloyalität gegen politische Entscheidungen tauscht. Die Öffentlichkeit ist von der „Privatsphäre“ zu unterscheiden und bildet den Kommunikationsraum zwischen Politik und Gesellschaft.

> „Den institutionellen Kern der Öffentlichkeit bilden jene durch Kulturbetrieb, Presse und später Massenmedien verstärkten Kommunikationsnetze, die die Teilnahme eines Publikums der kunstgenießenden Privatleute an der Reproduktion der Kultur und der Teilnahme des Staatsbürgerpublikums an der durch öffentliche Meinung vermittelnden sozialen Integration ermöglichen. Die kulturelle und die politische Öffentlichkeit werden aus der Systemperspektive des Staates als die für die Legitimationsbeschaffung relevante Umwelt definiert“ (ebd.: 471f., Hervorhebung weggelassen).

Die Kommunikation innerhalb der (politischen) Öffentlichkeit[84] kann in eine „nicht-institutionalisierte“ und eine „institutionalisierte“ (Schneider 2002a: 235; vgl. auch Balkenhol 1991: 248ff.) Form unterteilt werden. Erstere umfasst den Austausch mit sogenannten „radikaldemo-kratische[n] Assoziationen“ (ebd., Hervorhebung weggelassen), beispielsweise neue soziale Bewegungen, die aufgrund ihrer Stellung in der „zivilegesellschaftliche[n] Peripherie gegenüber den Zentren der Politik den Vorzug größerer Sensibilität für die Wahrnehmung und Identifizierung neuer Problemlagen besitzen“ (Habermas 1994: 460). Letztere umfasst formalisierte Organisationen wie Parteien und Interessenverbände. Beide Formen unterscheiden sich hinsichtlich der Möglichkeiten die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Damit sind Parteien nicht

83 Zur Öffentlichkeit bei Habermas vgl. einleitend auch Schneider (2002a: 233ff.).
84 Zur Rolle des Rechts vgl. Habermas (1994).

die einzigen politischen Organisationen, die über die Öffentlichkeit Kommunikationen zur Lebenswelt unterhalten. Allerdings, und auch dies deckt sich mit den politisch-soziologischen Vorstellungen, genießen sie mittels Geld und Organisationsmacht Einflussvorteile (ebd.: 453f.).[85]

Ein weiterer thematischer Zugriff lässt sich über die Ausführungen von Parsons (z.B. 2003) generieren. Eingebettet in einen funktionalistischen Ansatz lässt sich ein spezifischer politischer Gesellschaftsbereich identifizieren, der im Rahmen der „demokratische[n] Revolution" (ebd.: 102) aus der Abspaltung des politischen Gemeinwesens von der gesellschaftlichen Gemeinschaft hervorgegangen ist. Ursprünglich mit der Intention eine Handlungstheorie zu entwickeln, die „alle handlungstheoretischen Wissenschaften zu Spezialfällen dieser allgemeinen Handlungstheorie werden" (Junge 2002a: 193) lassen, identifiziert er in Anlehnung an die Kleingruppenforschung vier zentrale Aufgaben, die erfüllt werden müssen, damit ein Handlungszusammenhang stabil bleibt: Anpassung, Zielerreichung, Integration, Normerhaltung (Parsons 2003: 13). Modernisierungsbedingt nähern sich alle Handlungssysteme diesem Modell immer mehr an. Im Sinne der „Verschachtelungstechnik" (Junge 2002a: 198) kann sich jedes dieser spezialisierten Systeme in sich differenzieren. Dabei müssen wiederum die vier benannten Funktionssysteme ausgebildet werden. Für das politische System ergeben sich folgende Teilbereiche (die wieder in sich differenzierbar sind):

Abbildung 1.5: Interne Differenzierung des politischen Systems nach Parsons

Anpassung: **Wahlen/Parteien**	Zielerreichung: **Regierung/Verwaltung**
Normerhaltung: **Verfassung**	Integration: **Rechtssystem**

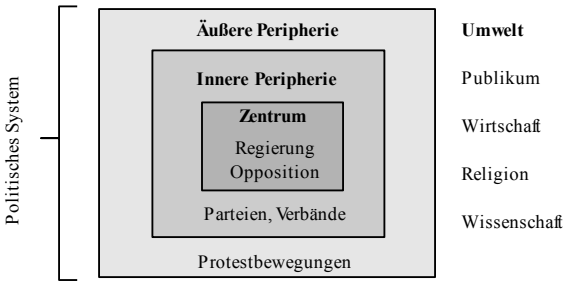
Quelle: Rosa/Strecker/Kottmann (2007: 162).

85 Habermas (1994: 453) weist diesen Vorteil auch für Verbände aus. Berücksichtigt man aber die Stellung der Parteien innerhalb des politischen Systems, wie es in Anlehnung an Luhmann (2000) möglich ist (vgl. *Abbildung 1.7*), dann muss den Parteien eindeutig die dominante Position zugeschrieben werden.

Die Funktion des politischen Systems für die Gesellschaft besteht im Sinne Parsons´ (ebd.: 130) in der „kollektiven Zielverwirklichung“, d.h. in der Festlegung, „welche Ziele eine Gesellschaft anstrebt“ (Junge 2002a: 197).

Ähnlich, aber allgemeiner gefasst, sieht Luhmann (2000: 245; vgl. auch Baraldi 1997: 135; Fuhse 2005: 85) aus systemtheoretischer Perspektive die Funktion des Teilsystems darin, kollektiv bindende Entscheidungen zur Verfügung zu stellen. Um Irritationen der Systemumwelt bei der Entscheidungsfindung möglichst gering zu halten, müssen eventuelle Themen gebündelt und zu „politischen (…) Entscheidungsmöglichkeiten hin verdichtet werden“ (Luhmann 2000: 245), was real im Grunde nichts anderes bedeutet, als gesellschaftliche Interessenlagen in das politische System hineinzutransformieren. Diese Aufgabe übernehmen spezielle politische Organisationen, zu denen neben den Parteien auch Verbände und soziale Bewegungen gehören. Im Sinne der Unterscheidung in Zentrum und Peripherie werden diese Organisationen in der Peripherie des politischen Systems verortet, von der aus sie „Zulieferungsdienste“ (ebd.) für das Entscheidungszentrum erbringen.[86] Die Stellung der Parteien innerhalb des politischen Systems zeigt *Abbildung 1.6* auf.

Abbildung 1.6: Parteienstellung innerhalb des politischen Systems nach Luhmann



Quelle: angelehnt an Fuhse (2005: 89).

86 Speziell für die Parteien hält Hellmann (2005: 37) fest: „Die politischen Parteien sind vor allem damit beschäftigt, politisch relevante und sicher auch parteipolitisch instrumentalisierbare Themen auf ihre Dringlichkeit und Entscheidbarkeit hin zu sortieren. Insofern erfolgt durch die Parteien eine weitere Selektion und Verdichtung jener Themen, die sich in der öffentlichen Meinung herauskristallisieren, flankiert von einer ständig mitlaufenden Selbstreferenz zum Zwecke der publikumswirksamen Selbstinszenierung“.

Die Notwendigkeit für die Differenzierung des Peripheriebereichs ergibt sich nach Luhmann (2000: 315) aus dem „postliberalen Universalitätsanspruch des politischen Systems“, bei gleichzeitig eingeschränktem Themenbearbeitungspotential des „erweiterten Zentrums“ (= innere Peripherie), bedingt durch die Nähe zum Zentrum. Denn Protestbewegungen zeichnen sich „durch größeres Labilität, aber auch größere Offenheit für das Aufgreifen von vermeintlich vernachlässigten Themen“ (ebd.) aus. Dieser Zusammenhang lässt sich auf alle politischen Gemeinschaften anwenden, wenn auch in unterschiedlicher Ausgestaltung auf spezifische Formen wie Demokratien oder Diktaturen. Da es in der vorliegenden Arbeit aber um die Situation der deutschen Parteien gehen soll, besteht die Notwendigkeit, Besonderheiten zu berücksichtigen.[87] Besonders die Dominanz der Parteien[88] hinsichtlich der Funktionserfüllung (Zulieferdienste) gegenüber anderen politischen Organisationen, beispielsweise organisierten Interessenverbänden oder neuen sozialen Bewegungen, muss in die Darstellung einbezogen werden. Obwohl tendenziell auch in präsidentiellen Demokratien angelegt, lässt sich in einem größeren Umfang für parlamentarische Demokratien ein „umfassende[r], unumkehrbare[r] Strukturwande[l] (…) der modernen Demokratie vom liberal-repräsentativen parlamentarischen System zur parteienstaatlichen Demokratie“ konstatieren, der den Parteien „die bestimmende Rolle im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess über öffentliche Angelegenheiten“ (Schmidt 2006: 376) verschafft hat.[89] Wie in den Ausführungen zum Transmissionsparadigma (Kapitel 1.2.1.3) deutlich wird, ist dieser demokratische Strukturwandel mit der Demokratisierung der Gesellschaft und der Ausweitung des Wahlrechts verbunden und ermöglicht die Einbindung der breiten Masse in den politischen Prozess. Darüber hinaus handelt es sich bei allen westlichen Demokratien um legale Herrschaften mit bürokratischem Verwaltungsstab, in denen die Besetzung politischer Positionen an ein Amt geknüpft ist. Die Amtsübernahme ist wiederum an die „Legalität gesatzter Ordnungen“ (z.B. und in der Regel über die Legitimation durch Wahlen) gebunden (Weber 1980: 124ff.). Da üblicherweise Parteien potentielle Amtsanwärter für Wahlen zur Verfügung stellen, haben sie gegenüber anderen politi-

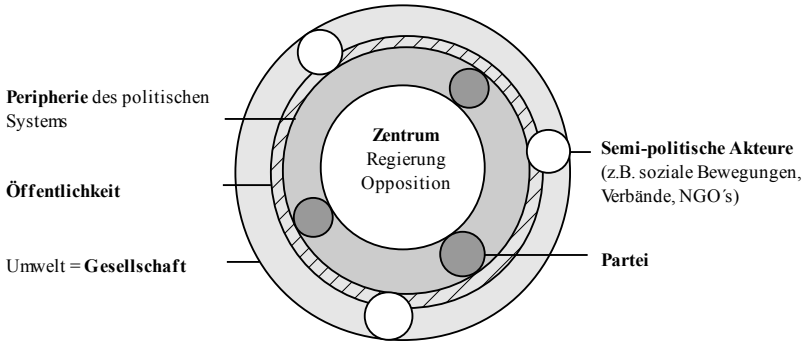
87 Entsprechende Modifikationen wären allgemein auch aus der Kritik am Parteienbegriff bei Luhmann ableitbar. Zur Kritik vgl. Reese-Schäfer (2002: 126).

88 Ohne wertenden Charakter wird die „bedeutende Rolle [von Parteien] im Prozess der (…) politischen Willensbildung und Entscheidungen“ mit dem Terminus „Parteiendemokratie“ überschrieben (Bendel 2004: 631).

89 Die dominante Rolle der Parteien kann zudem in einen formalen Rahmen eingelassen sein (vgl. Kapitel 1.1; Lösche 1999: 6ff.).

schen Organisationen (Einfluss-) Vorteile[90]. Durch die verfassungsrechtliche Sonderstellung der Parteien ist dieser Zusammenhang in Bezug auf das deutsche Parteiensystem besonders ausgeprägt, weshalb auch nicht einsichtig ist, wieso Verbände äquivalente Einflussmöglichkeiten auf das Zentrum haben sollen. Auf der anderen Seite und gerade resultierend aus ihrer herausragenden Stellung bei der Massenintegration in parteienstaatlichen Demokratien, sind die Parteien gleichzeitig in der Gesellschaft verankert (Lösche 1999: 8). D.h. die Verbindung zur Umwelt muss stärker in den Fokus rücken, mit der Intention bereits an dieser Stelle der Arbeit einen Raum für konkrete Akteure an der Grenze zu schaffen (vgl. Kapitel 2).

Abbildung 1.7: Das politische System in Deutschland



Quelle: eigene Darstellung.

In Abgrenzung zur allgemeinen systemtheoretischen Sichtweise und speziell zum politischen System impliziert die Abbildung folgende Modifikationen, die gleichzeitig verbindliche Grundlage der vorliegenden Arbeit sind:

90 In der Realität kollidiert die (nach wie vor) rechtliche Dominanz der Parteien mit dem tatsächlichen Partizipationsverhalten der Bevölkerung. Demnach lässt sich bereits seit den 1960er Jahren in verschiedenen westlichen Demokratien eine Zunahme nicht-konventioneller politischer Partizipationen konstatieren (Kaase 1982: 177ff.). Zum Unterschied zwischen konventionellen und unkonventionellen politischen Partizipationsformen vgl. Klingemann (1985: 8ff.).

1. Aus der Abbildung wird ersichtlich, dass die Begriffe *Umwelt und Gesellschaft synonym* gebraucht werden, was systemtheoretisch problematisch ist. Gesellschaft ist ein besonderer Typ sozialer Systeme, eines, „das alle Kommunikationen einschließt“ (Baraldi 1997c: 63). Insofern umfasst die Gesellschaft auch die Kommunikationen des politischen Systems. Berücksichtigt man aber, dass die modernen Funktionssysteme eigenständig operieren, d.h. durch eine operative Grenze bestimmt sind, „die das System von dem unterscheidet, was als Umwelt ihm nicht angehört [sic!]“ (Esposito 1997a: 195), dann ist aus der Systemperspektive heraus alles das Umwelt, was nicht über die systemeigenen Operationen funktioniert. So gesehen sind aus der Perspektive des politischen Systems all diejenigen Kommunikationen, die nicht »politisch« sind, systemfremde Kommunikationen. Daraus lässt sich ableiten, dass das politische System, obwohl es in der Gesellschaft verankert ist, diese als Umwelt wahrnimmt. Vereinfachend kann die Umwelt folglich als Gesellschaft beschrieben werden. Der spezielle Zugriff auf die Umwelt, d.h. auf „handlungsfähige Individuen“ (Brock 2011: 153), erfolgt dabei den Regeln des Systems entsprechend über spezielle Rollen, beispielsweise Wähler oder freiwillige Helfer von Parteien, die unter (politischem) „Publikum“ (Habermas 1994: 443; Hellmann 2005: 36ff.; Luhmann 2010: 397ff.) oder auch synonym als »Bevölkerung« zusammengefasst werden.
2. Die Stellung zum Zentrum des politischen Systems ergibt sich nicht ausschließlich aus der organisationsbezogenen Möglichkeit, „Präferenzen gebündelt und in einer Stimme vorzutragen“ (Fuhse 2005: 87), sondern auch aus der *Reichweite, politische Entscheidungen des Zentrums mitzutragen*. Damit wird eine Rangunterscheidung implementiert, die Luhmann (2000: 251) ausschließt. Obwohl heute immer häufiger spezialisierte Verbände bei der politischen Entscheidungsfindung als Berater hinzugezogen werden, können von diesen aufgrund des fehlenden Mandats keine politischen Entschlüsse getroffen werden, d.h. solche Entscheidungen können nicht „bruchlos in Politik umgesetzt werden“ (ebd.: 318). Dies obliegt allein den im Zentrum organisierten Parteien.
3. Um diesen Umstand nochmals zu verdeutlichen werden Verbände mit anderen Gruppierungen, wie sozialen Bewegungen, gleichgesetzt und mit

dem Etikett »*semi-politisch*« versehen, was einerseits ihrer Intention nach Beeinflussung des Zentrums Rechnung trägt sowie ihre begrenzte Reichweite, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, zum Ausdruck bringt. Die »äußere Peripherie« wird zur *Öffentlichkeit* verdichtet, welche die Grenze zwischen Gesellschaft und Politik beschreibt. Semi-politische Organisationen werden innerhalb der Gesellschaft an der Grenze zum politischen System verortet.

4. Umgekehrt verhält es sich mit Sicht auf die Parteien, die sich nicht nur durch die Nähe zum Zentrum und bei entsprechender Mandatsverteilung durch das Eingebundensein in dieses auszeichnen, sondern auch dadurch, dass sie sich durch ihre Zulieferungsdienste immer *entlang der Grenze zur Gesellschaft bewegen*. Dies wird besonders dann deutlich, wenn man die Zulieferdienste als Interessentransformation betrachtet, was letztlich einen Teilprozess im gesellschaftlichen Interessenvertretungsprozess darstellt (Beyme 1984). Dieser Prozess kann in Form einer gesellschaftlichen Erdung resp. als Fundament verstanden werden.

Dieses gesellschaftliche Fundament der Parteien lässt sich relativ einfach über ihre Rolle bei der Regelung gesellschaftlicher Konflikte (vgl. Dahrendorf 1965: 227) erklären und verweist darüber hinaus auf eine konkrete historische Dimension. Im Gegensatz zu Parsons geht Dahrendorf davon aus, dass sich Gesellschaften nicht in einem Gleichgewichtszustand befinden, sondern durch „soziale Konflikte“ (ebd.: 197ff.) geprägt sind. Sozial sind diese Konflikte deshalb, weil sie sich „aus der Struktur sozialer Einheiten ableiten [lassen], also überindividuell [sind]“ (ebd.). Verfestigen sich die strukturellen Unterschiede zu stabilen Konfliktlagen (vgl. auch Lipset/Rokkan 1967), und weisen die beteiligten Gruppierungen ein gewisses Maß an Organisation auf (Dahrendorf 1965: 217ff.), dann können sich daraus spezielle Interessenvertretungsorganisationen entwickeln, die den zugrundeliegenden Konflikt zwar nicht lösen, ihn aber regeln und damit kontrollierbar machen[91]. Bezieht sich das Spannungsfeld auf die ganze Gesellschaft, dann entstehen in der Regel Parteien, die ihre Anhänger aus den je spezifischen Gruppen rekrutieren, deren Interessen sie zu vertreten suchen. Da die jeweiligen Spannungslinien von der Struktur der Gesell-

91 Gleichzeitig kommt es dadurch zur Weiterentwicklung sozialer Strukturen (Dahrendorf 1965: 227).

schaft abhängen, die zwischen einzelnen Gesellschaften ähnlich, aber nicht identisch sein kann, variieren die Anzahl der Interessengruppen, die konkreten Interessenlagen und damit auch die Anzahl der Parteien (vgl. Lijphart 1999: 76f., 80f.). Da Parteien nicht alle Interessen einer Gesellschaft vertreten, sondern nur einen bestimmten Teil, zeigt sich hier eine zweite Erklärung für die sprachgeschichtliche Bedeutung des Begriffes selbst (Lösche 1999: 9f.).

Aber nicht nur zwischen territorialen Einheiten, sondern auch innerhalb einer Gesellschaft können sich aufgrund historischer, politischer und sozialer Entwicklungen sowie durch die erfolgreiche Regelung sozialer Konflikte (Dahrendorf 1965: 227) Interessenlagen im Zeitverlauf verändern resp. erweitern. Durch die Dauerhaftigkeit des Grundkonfliktes bleiben zwar die Parteien in ihren Grundpfeilern erhalten – insbesondere die ideologische Ausrichtung –, allerdings müssen sie sich mit neuen Bedürfnislagen (Maslow 2005: 62ff.) bzw. mit durch Wertewandel (u.a. Inglehart 1989) induzierten neuen Konfliktlagen auseinandersetzen[92]. Insofern sind die Parteien sowohl in ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer Entwicklung als auch in ihrer Transmissionfunktion von der Gesellschaft abhängig. Es ist klar, dass die Aggregation von Interessen (Zulieferungsdienst) in komplexen Gesellschaften mit differenzierter Sozialstruktur mit mehr Aufwand verbunden ist als in vergleichsweise einfachen Gesellschaften. Unter der Voraussetzung, dass Parteien in modernen Massendemokratien die wichtigste Institution politischer Interessenvertretung bilden, hängt nicht nur die Fortentwicklung der Gesellschaft, sondern auch die Stabilität des politischen Systems von der erfolgreichen Realisierung dieser Funktion ab (vgl. Kapitel 1.2.1.1). Letzteres kann sinnvoll nur vom Parteiensystem als Ganzes geleistet werden und macht an dieser Stelle einige weitere Explikationen notwendig, damit der Analyserahmen seine klaren Konturen behält. Davor die bisherigen Ausführungen kompakt zusammengefasst:

> *Parteien in heutigen Demokratien westlichen Typs lassen sich an der Grenze zwischen politischem System und Gesellschaft verorten und pflegen von dort aus Austauschbeziehungen zur Gesellschaft in einem explizit öffentlichen Bereich. Da Parteien ihren Ursprung innerhalb der Gesellschaft haben, sind sie nicht unabhängig von dieser (und anderen Teilberei-*

92 In diesem Zusammenhang kann es auch zur Bildung neuer Parteien kommen. Exemplarisch sei auf die Entwicklung der Partei „Bündnis ´90/Die Grünen“ verwiesen (u.a. Raschke 1993: 17ff.).

chen), was sich anhand ihres Aufgabenspektrums in Form von Interessenvertretung und Konfliktregulation belegen lässt. Für parlamentarische Demokratien und besonders für die deutschen Verhältnisse ist aufgrund der rechtlich festgeschriebenen Sonderrolle eine Dominanz der Parteien gegenüber anderen semi-politischen Interessenvertretungsorganisationen charakteristisch, die ihren Ausdruck in Form von Einflussvorteilen auf das politische Zentrum zeigt.

Der Bezug auf das gesellschaftliche Variablenfeld in Verbindung mit dem Transmissionsgedanken legt den Träger der Parteifunktionen bereits implizit fest. Der explizite soziologische Fokus sowie die Verortung der Parteien an der Grenze zur Gesellschaft ergänzen und verdeutlichen die Bestimmung, denn grundsätzlich stellt sich die Frage, welche Aufgaben die Parteien für die Gesellschaft zu erbringen haben bzw. erbringen (vgl. Alemann 2000: 208). In diesem Sinne beziehen sich die zu erarbeitenden Parteifunktionen vordergründig auf *einzelne Parteien* und nicht auf das Parteiensystem als Interaktionszusammenhang. Um keine Missverständnisse zu provozieren: Es geht nicht um eine spezielle Partei in einer Gesellschaft, sondern um alle einzelnen Parteien. Im Unterschied zum Fokus auf das Parteiensystem geht es aber nicht um „eine Menge von Parteien und die zwischen ihnen und ihren Eigenschaften bestehenden relevanten Beziehungen", d.h. selbst die Zusammenschau der Parteien soll auf einer Ebene unterhalb der Einschätzung, ein Parteiensystem sei „mehr als die Summe seiner Parteien" (Winkler 2010: 226) vorgenommen werden. Dies vorausgesetzt, bleibt zu klären, was unter einer Partei zu verstehen ist. Betrachtet man die Struktur heutiger Parteien empirisch, dann handelt es sich in der Tat um Organisationen, wie bereits Luhmann (2000: 244) ausweist. Organisationssoziologisch lässt sich dieser Befund weiter konkretisieren.

Die heutigen[93] Parteien sind *Vielzweckorganisationen* (Müller-Jentsch 2003: 22) formaler[94] Art. Wie alle sozialen Subjekte zeichnen sich Parteien durch

93 Zu Beginn der Entwicklungsgeschichte zeigten sich die (liberalen) Parteien in Europa in Form von „Repräsentations- bzw. Honoratiorenparteien (…), in denen sich das Besitz- und Bildungsbürgertum in lockeren Zusammenschlüssen politisch organisierte" (Winkler 2010: 224; zu den Honoratiorenparteien vgl. auch Duverger 1959). Seitdem haben die Parteien weitere Entwicklungsstufen durchlaufen, die von der Integrations- bzw. Massenpartei bis zur Volks- resp. Massenintegrationspartei reichen (Shirvani 2010: 43ff.; Winkler 2010: 224ff.). Über die heutige Form der Parteien, besonders in der Bundesrepublik Deutschland, besteht keine Einigkeit (einleitend Biehl 2005: 28ff.).

94 Zur Unterscheidung von formalen und informalen Organisationsstrukturen vgl. Endruweit (2004: 48f.).

folgende Organisationsmerkmale (Endruweit 2004: 19f.; vgl. auch Preisendörfer 2005: 66ff.)[95] aus:

- Orientierung auf bestimmte Ziele,
- Einrichtung speziell zum Zweck der Erreichung von ausdrücklich definierten Zielen,
- Besitz einer formalen Struktur,
- Arbeitsteilung, einschließlich Machtdifferenzierung und Verantwortungsdelegation,
- Einrichtung auf Dauer oder zumindest langfristige Existenz,
- Kontrolle durch spezielle Machtzentren,
- Optimierung des Personals durch qualitätsorientierten Austausch,
- rationale Koordination des Handelns,
- genau feststellbarer Mitgliederkreis und Verfahren für Aufnahme und Ausschluss.

Angelehnt an die Politische Soziologie lässt sich in Bezug auf den Organisationscharakter der Parteien folgendes konstatieren: Was die Parteien von anderen Organisationen unterscheidet, ist ihre historisch gewachsene Aufgabe, d.h. Interessenvertretung auf politischem Gebiet. Was sie von anderen politischen Organisationen[96] unterscheidet, sind die exklusiven Möglichkeiten[97] der Realisierung dieser Aufgabe (Teilnahme an Wahlen) und deren Reichweite (Beteiligung am politischen Zentrum).[98] Um dies zu untermauern, ist es sinnvoll auf die organisationssoziologische Differenz von Organisationsfunktion und -ziel[99] einzugehen.

95 Zu den Merkmalen von Organisationen aus systemtheoretischer Perspektive vgl. Luhmann (1991, 1992, 1993: 335ff., 1997: 826ff., 2000b,), einführend auch Corsi (1997: 129ff.).

96 Aus organisationssoziologischer Perspektive handelt es sich bei politischen Organisationen, um Organisationen, die „intentional darauf ausgerichtet [sind], durch Einsatz der Macht- und Zwangsmittel, die politische Systeme bereit stellen, Regelungen und Entscheidungen zu beeinflussen und damit die Entscheidungsmöglichkeiten anderer Akteure (z.B. auch andere Organisationen) zu steuern und zu formen“ (Prätorius 1984: 16).

97 Für die deutschen Verhältnisse wird hier von einem „Parteienprivileg“ (Bendel 2004b: 634, Hervorhebung weggelassen).

98 Vgl. dazu auch Oberreuter (1992: 190).

99 Einen detaillierten Überblick über die Implementierung von Organisationszielen geben Kieser/Walgenbach (2007: 7ff.).

In Anlehnung an die Arbeit von Scott (1986) arbeitet Müller-Jentsch (2003: 22, H.i.O.) diesen Unterschied heraus:

> „Mit *Funktion* ist die Aufgabe der Organisation gemeint, die sich aus ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang ergibt, mit *Ziel* die selbstgestellte Aufgabe im Hinblick auf das angestrebte Produkt oder Ergebnis".

Die Abgrenzung der beiden Begriffe beinhaltet beiläufig eine Antwort auf die Frage nach der Verwendung des Funktionsbegriffes selbst. Da die Verwendung im *Sinne von Aufgabe* – also in der von Wiesendahl (1980: 186) identifizierten zweiten Bedeutung – in Übereinstimmung mit dem Bezugsrahmen zu sehen ist, ist die Übernahme dieses Begriffsgehaltes in diese Arbeit folgerichtig.

Möchte man nun das Ziel resp. die Ziele von Parteien genauer herausarbeiten, besteht die Notwendigkeit eines analytischen Ebenenwechsels. Da die Festlegung und das Erreichen von Zielen an konkrete Handlungen geknüpft ist, die ausschließlich von handelnden Akteuren ausgeführt werden können, kann die Organisationswirklichkeit von Parteien nicht vom einem übergeordneten Standpunkt (Partei als Organisation) aus untersucht werden, sondern nur aus der Akteursperspektive.[100]

> „Jeglicher verdinglichender Ansatz, Parteien könnten als Organisationsgebilde selbst handeln und Beziehungen zur Umwelt aufnehmen (…), wird damit in das Reich der Fabel verwiesen. Demgemäß verfolgen Parteien auch keine Ziele oder Interessen, sondern immer nur die in ihnen agierenden Personen und Personengruppen, die sich in ihren Zielpräferenzen und ihrem Interessensprektrum deutlich unterscheiden" (Wiesendahl 1998: 110).

In diesem Sinne stellen Parteien den „organisatorischen Rahmen eines Orientierungs-, Erlebens- und Handlungsraumes" (ebd.) dar, der den Interaktionsraum der Parteimitglieder eingrenzt. Da die Zugangsregeln für die Parteimitgliedschaft im Vergleich zu anderen Interessengruppen breiter angelegt sind (vgl. Lange 1964: 61), sehen sich Parteien mit einer Vielzahl individueller Fähigkeiten, Ressourcen und Interessenlagen konfrontiert, die unter dem Mantel kollektiver Handlungsziele aufeinander abzustimmen sind. Um dies erfolgreich[101] realisieren zu können, bedarf es der

100 Die Untersuchung von Organisationen sei grundsätzlich auf zwei Ebenen vorzunehmen, auf einer Mikroebene, die sich mit den Mitgliedern, deren Erwartungen und Orientierungen beschäftigt sowie auf einer Makroebene, welche die institutionelle Komponente hervorhebt (vgl. Streeck 1987; Türk/ Lemke /Bruch 2002: 269).

101 Am Ende seiner Analyse über die Organisationswirklichkeit von Parteien kommt Wiesendahl (1998:

Einschränkung individueller Handlungsintentionen und der Einführung einer fraglos geltenden Verständigungsbasis über den einzuschlagenden Weg (Kieser/Walgenbach 2007: 8; Wiesendahl 1998: 111ff.). Neben der Parteistruktur spielen hierfür die jeweilige politisch-philosophische Grundhaltung der einzelnen Parteien sowie die erarbeiteten Grundsatzprogramme eine Rolle. Legt man dies zugrunde und berücksichtigt zudem den Anspruch der gesellschaftlichen Interessenvertretung (= Funktion), dann müssen sich die (Primär-) Ziele[102] der Parteimitglieder auf die erfolgreiche Realisierung dieses Anspruches beziehen. Da die effektivste Möglichkeit hierfür die Regierungsbeteiligung darstellt, müssen in der Konsequenz die Handlungen und Interaktionen der Mitglieder auf die Übernahme bzw. den Erhalt der Regierungsmacht ihrer Partei ausgerichtet sein.[103] Dass dieses Ziel nicht fortwährend neu thematisiert werden muss und gleichzeitig sowohl von den Parteimitgliedern als auch von der Öffentlichkeit als überindividuell[104] wahrgenommen wird, liegt in der Interdependenz von Handlung und Struktur begründet. In diesem Zusammenhang führt Giddens (1984: 148) den Begriff der Strukturierung ein, der auf den dynamischen Charakter der Strukturerzeugung verweist.[105]

> „Ich habe schon darauf hingewiesen, daß Strukturen kein »Subjekt« haben. Interaktion wird von und im Verhalten von Subjekten konstruiert; *Strukturierung* als Reproduktion von Handlungsweisen bezieht sich abstrakt auf dynamische Prozesse, durch die Strukturen erzeugt werden. Unter *Dualität von Struktur* verstehe ich, daß (…) Strukturen sowohl durch das menschliche Handeln konstituiert werden, als auch zur gleichen Zeit das *Medium* dieser Konstitution sind“ (ebd., H.i.O.).

250f.) zu dem Schluss, dass Parteien erhebliche Effektivitäts- und Rationalisierungsdefizite aufweisen, aber es dennoch vermögen, unter diesen Bedingungen ihr „spannungsgeladenes Aufgabenspektrum bewältigen“ zu können. Zu einem früheren Zeitpunkt fällt Wiesendahls (1984: 82) Urteil weit vernichtender aus.

102 Neben den Primärzielen verfügen Organisationen über Sekundärziele, „die nicht unbedingt als Mittel zur Erreichung übergeordneter Ziele zu verstehen sind“ (Müller-Jentsch 2003: 22). Dazu zählt beispielsweise die Sicherung und der Fortbestand der Organisation selbst.

103 Darauf, dass nicht jede Handlung in diesem Zusammenhang als gleichgewichtig einzustufen ist, weist Wiesendahl (1998: 110f.) hin. Untermauert durch den hierarchischen Aufbau, der Etablierung von Entscheidungszentren und der damit verbundenen Kommunikationsstruktur in Parteien, sind die Handlungen einiger weniger Spitzenakteure für die Außen- und Innenwahrnehmung der Partei relevanter als die Handlungen anderer Parteimitglieder.

104 Dadurch werden Parteien als „kollektiver *Handlungszusammenhang*“ (Wiesendahl 1998: 111, H.i.O.) wahrgenommen.

105 Zur Theorie der Strukturierung nach Giddens vgl. einleitend auch Neuberger (1995: 285ff.) und Walgenbach (2006).

Ist demnach das Ziel einmal strukturell angelegt, wirkt es im Verlauf auf die Handlungen zurück und reproduziert sich dadurch immer wieder selbst.[106] Die Reproduktionseigenschaft stabilisiert den Zusammenhang zwischen Handlung und Struktur über die Zeit hinweg und kann sich durchaus als Innovationshemmnis zeigen.[107]

> „Strukturen habe ihre Geschichte und entsprechendes Beharrungsvermögen, wenn sie etwa auf gewandelte Organisationsbedürfnisse und -herausforderungen nicht mehr angemessen zu reagieren wissen" (Wiesendahl 1998: 118).

Die Strukturen von Parteien können sich demnach – auch aufgrund ihrer ideologischen Tradition – äußerst robust gegenüber Umweltveränderungen verhalten, was mitunter zeitlich verzerrte Anpassungsleistungen bedingen kann (Wollinetz 1988: 304ff.). Die Frage, welche temporalen Bereiche grundsätzlich bei Strukturveränderungen möglich sind, beantworten Harmel/Janda (1994: 275) indirekt, indem sie ihren Untersuchungsgenstand abgrenzen:

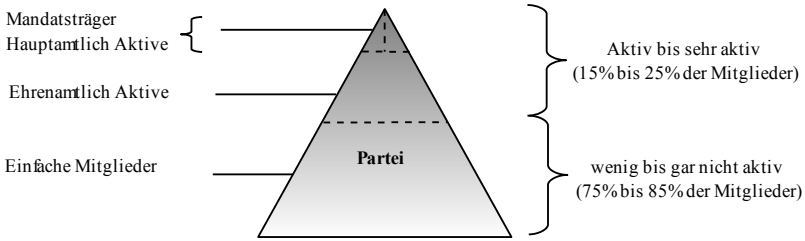
> „Our interest is in explaining party change that comes directly from a group decision or from action taken by a person authorized to act for the party in that sphere (…) We do not attempt to explain change that a party experienced indirectly as a result of forces or actions beyond the direct control of the organization".

Es lassen sich zwei unterschiedliche Geschwindigkeiten des Wandels unterscheiden, die Poguntke (2000: 62, H.i.O.) mit „*graduel*[l]" und „*abrup*[t]" überschreibt. Bei graduellem Wandel handele es sich um eine langsame Anpassung an Umweltveränderungen, die in der Regel nicht durch die Parteiführung initiiert werde. Im Gegensatz dazu seien abrupte Veränderungen grundsätzlich intendiert. Sie seien zwar ebenfalls eine Antwort auf veränderte Umweltbedingungen, z.B. eine Wahlniederlage, würden aber von „innerparteilichen Führungsgruppen oder [durch] eine Verschiebung des innerparteilichen Machtgefüges" (ebd.) in Gang gesetzt. Die Umsetzung möglicher Strukturveränderungen obliege nun wiederum den Parteimitgliedern, die sich aber hinsichtlich ihres Aktivitätsniveaus unterscheiden. Es können zwei zwei Niveaus unterschieden werden (z.B. Alemann 1997: 40ff., 2000: 140ff.).

106 Dies lässt sich selbstverständlich auch auf andere (primäre und sekundäre) Ziele von Parteien übertragen.

107 Inwieweit die Stabilität von Parteistrukturen heute als Hemmnis einzustufen ist, muss an dieser Stelle zunächst offen bleiben, wird aber in Kapitel 3.2.2.1 erneut aufgegriffen.

Abbildung 1.8: Parteienmitglieder nach Aktivitätsgrad



Quelle: eigene Darstellung nach Alemann (1997: 40ff., 2000: 140ff.).

Es wird deutlich, dass lediglich 15% bis 25% der Parteimitglieder aktiv bei der Umsetzung der Parteiziele mitwirken. D.h. auch, dass nur diese relativ wenigen Personen dazu beitragen, die Strukturen aufrechtzuhalten und gegebenenfalls Strukturmodifikationen umzusetzen. Im Hinblick auf den hier zugrundezulegenden Untersuchungsgegenstand heißt das weiter, dass zwar die Parteien als Funktionsträger fokussiert werden, die Analyse aber die *Parteimitglieder* als reale Akteure in den Vordergrund rücken muss.

Da die zentralen Fragestellungen der vorliegenden Arbeit immer wieder die realen gesellschaftlichen Bedingungen tangieren, ist es nur konsequent die Funktionen von Parteien an der Empirie auszurichten. Eine ausschließliche empirische Bezugnahme ist nicht möglich, da sich die Analyse der Parteifunktionen auf dem Gebiet der Demokratieforschung bewegt und es hier zu Überschneidungen zwischen deskriptiven und präskriptiven Komponenten kommt.

> „Normative Theorien sind häufig auf empirisches Datenmaterial angewiesen und können nicht von rein spekulativen Annahmen ausgehen. Empirische Theorien sind hingegen nicht völlig wertfrei und kommen in der Regel ohne normative Elemente, insbesondere in Bezug auf die Grundparameter der politischen Ordnung, die Staatsorganisation und die Verfassungsprinzipien, nicht aus“ (Shirvani 2010: 15f.; vgl. auch Wiesendahl 1980: 20).

Allein die Tatsache, dass Parteien in demokratisch verfassten Staaten untersucht werden, führt dazu, dass verschiedene Ansprüche an sie herangetragen werden, die

der Untersuchung eine „theoretisch-normative Rahmung“ (Kißler 2007: 43) verleihen. Legt man als grundsätzliches Merkmal von Demokratien die Volkssouveränität und für moderne (Massen-) Demokratien die „Teilhabe des größten Teils der Bevölkerung“ (Schubert/Klein 2006: 71) zu Grunde und kombiniert dies mit den aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang resultierenden Aufgaben von Parteien sowie deren Selbstwahrnehmung als Mitglieder- resp. Volksparteien (vgl. Biehl 2005: 34; Wiesendahl 2006: 172f.), dann ergibt sich die normative Komponente aus der Bewertung der Aufgabenumsetzung. Für eine solche Einschätzung, objektiv vergleichbare Maßstäbe anzusetzen, die eine differenzierte Betrachtung über die dichotome Unterscheidung in »vollständige Umsetzung« und »keine Umsetzung« erlauben, ist schwierig und wird in der vorliegenden Arbeit so auch nicht angestrebt. Vielmehr besteht das Ziel, die Parteifunktionen vor dem Hintergrund des parteilichen Selbstverständnisses an der Realität zu überprüfen, wozu eine dichotome Bewertung ausreichend ist. Dazu müssen die empirisch beobachtbaren Funktionen zusätzlich zu den (demokratisch und gesellschaftlich) herangetragenen identifiziert werden, was sowohl ein *präskriptives als auch ein deskriptives Vorgehen* bedingt.

> *Moderne Parteien westlichen Typs sind Vielzweckorganisationen. Wie bei allen Organisationen kann das aus ihren Aufgaben resultierende Ziel und dessen Erreichung sinnvoll nur als Handlungszusammenhang der beteiligten Akteure (Mitglieder) erklärt werden. Die Struktur von Parteien und die Handlungen der Parteimitglieder sind interdependent. Aufgrund des demokratischen Hintergrundes der Untersuchung weist die Funktionsorientierung von vorn herein eine normative Komponente auf, die durch eine empirische Funktionsbestimmung ergänzt werden muss. Der Begriff Funktion selbst wird im Sinne von „Aufgabe“ gebraucht.*

1.4.2 Soziologische Parteifunktionen und Parteienbegriff

Die Entwicklung der Parteien aus einem historischen sowie gesamtgesellschaftlichen Kontext heraus hat die beiden zentralen soziologisch relevanten Parteifunktionen bereits herausgestellt. Demnach sind es vor allem *Interessenvertretung* auf politischen Gebiet und damit im Zusammenhang stehend die *Regelung sozialer Konflikte*, welche als Aufgaben von der Gesellschaft an die Parteien herangetragen werden. Dass beide Funktionen nicht unabhängig voneinander sind, ergibt sich aus der Reihenfolge der Realisation und verweist zugleich auf eine Rangfolge. Nur die erfolgreiche Vertretung gesellschaftlicher Interessen führt dazu, dass soziale Konflikte an Intensität und Gewaltsamkeit verlieren (Dahrendorf 1965: 221ff.), was ein friedliches Miteinander der beteiligten Gruppen bedingt. *Insofern kann Interessenvertretung als wichtigste und zugleich als Mindestfunktion der Parteien ausgewiesen werden*.

Die Vertretung von Interessen ist als Prozess zu sehen, der einer differenzierteren Betrachtung bedarf. Zunächst lässt sich eine Zweiteilung erkennen, die in Form von Interessenaufnahme (aus der Gesellschaft resp. der relevanten Gesellschaftsgruppen) und Interessentransformation (in politisches Handeln) zu konstatieren ist.[108] Das reale politische Handeln zeigt zudem eine zusätzliche Komponente: Interessenselektion in Verbindung mit Interessenaggregation, die den ersten beiden Prozessschritten zwischengeschaltet ist.[109]

Die Vertretung von Interessen hat neben der Regelung sozialer Konflikte weitere Folgefunktionen, die den Parteien zugesprochen werden können und aus einem soziologischen Fokus relevant sind. Wenn die Aufgabe des politischen System darin besteht gesellschaftliche Ziele festzulegen, die im demokratischen Sinne eine Gemeinwohlorientierung aufweisen, dann muss die Grundlage der Zielfindung in der Gesellschaft selbst liegen, d.h. die Ziele müssen den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen. In diesem Zusammenhang erfüllen die Parteien eine *Vermittlungsfunktion* zwischen Gesellschaft und Politik, die ähnlich konnotiert als „Mittler“ (Stammer 1964) oder „institutionelle Vermittlungsinstanz“ (Kreckel 2004) den glei-

108 Vgl. auch Beyme (1984).

109 Rucht (1993: 259) sieht in der Vermittlung von Interessen einen Prozess, der in vier Teilfunktionen zergliedert werden kann: Generierung, Aggregation, Transformation und Artikulation.

chen Sachverhalt beschreiben. Räumlich durch die Stellung der Parteien an der Grenze zwischen Gesellschaft und politischem System verdeutlicht, ist die Mediationsfunktion keine eingleisige Angelegenheit (u.a. Greven 1977). Der Informationsaustausch erfolgt in beide Richtungen und führt dazu, dass die Interessen der Gesellschaft nicht unabhängig von konkreten Entscheidungen des politischen Systems gesehen werden können. Da die Verabschiedung kollektiv bindender Entscheidungen die Handlungsmöglichkeiten konkreter Akteure und Gruppen beschränken oder erweitern kann, haben die politischen Entscheidungen direkt Einfluss auf die Interessenbildung. Aber nicht nur das politische System, sondern auch die Parteien selbst haben *Einfluss auf die öffentliche Willensbildung* (vgl. Lange 1964; PartG; Stammer 1964; Transmissionsparadigma). Dies aus zwei vollkommen divergenten Gründen: der traditionellen Differenz zwischen Gesellschaft und Staat und dem damit in Verbindung stehenden Fehlen eines naturwüchsigen Volkswillens sowie dem Organisationscharakter der Parteien. Die Differenz zwischen Gesellschaft und Staat wie sie insbesondere für die verfassungsrechtliche und politikwissenschaftliche Betrachtung prägend ist, hat ihren Ursprung im heterogenen Charakter der Gesellschaft. Da die Gesellschaft aus unterschiedlichen Teilen besteht, die sich sozialstrukturell unterscheiden und sich dadurch auch durch verschiedene Interessenlagen (vgl. Weber 1980: 531ff.) auszeichnen, existiert keine gesellschaftlich einheitliche Interessenlage resp. Volkswille. Mit einer gewissen Ausnahme bezüglich geltender Regeln und Normen, wie beispielsweise der Menschenrechte, für deren Verankerung und Beibehaltung die Parteien ihren Beitrag mittels *politischer Sozialisation* leisten, besteht innerhalb der Gesellschaft keine Einigkeit. Parteien decken in diesem Zusammenhang gesellschaftliche Problemlagen auf und fördern so die Ausbildung von Interessenlagen, für deren Vertretung im politischen System sie sich selbst anbieten, da per Differenzierungskriterium nicht jeder ein politisches Amt inne haben kann.

Sowohl die Aufdeckung als auch die Vertretung von (auch generierten) Interessen erfolgen allerdings nicht nur aus einem verfassungsrechtlich an die Parteien herangetragen Motiv, sondern auch aus einem organisatorischen Selbstzweck heraus. *Parteien als Organisationen ist am Erhalt ihrer selbst gelegen* (vgl. Alemann 2000: 212; Müller-Jentsch 2003: 22). Durch die Aufdeckung gesellschaftlicher Missstände bei gleichzeitigem Überwindungsangebot sichern sie selbst ihren Fortbestand. Die interne Verbindung zwischen Interessenvertretung und organisatorischem Selbsterhalt wird von der Parteienumwelt (Gesellschaft resp. Bevölkerung) häufig defizitär

wahrgenommen. Grund dafür ist die Möglichkeit der Verselbstständigung des eigentlichen Sekundärziels (Selbsterhalt), sodass der Anschein erweckt wird, die Parteimitglieder handelten aus organisationsbezogenen (Fortbestand, Wachstum) oder egoistischen (Karriere) Motiven heraus (vgl. Luhmann 2010: 288; Müller-Jensch 2003: 23, Michels 1989; Reese-Schäfer 2002: 118, Sontheimer/Bleek 2002: 260f.). Verfestigt sich dieser Eindruck innerhalb der Wählerschaft, kann es zu Verdrossenheitsempfindungen[110] kommen, die als untersuchungswürdiges Phänomen weite Teile der Bevölkerung betreffen und sich auf das Partizipations- und Wahlverhalten auswirken. Unter der Voraussetzung, dass Parteien in modernen Massendemokratien die wichtigste Institution für politische Partizipation sind, ist die rückläufige Partizipationsbereitschaft[111] der Bevölkerung zumindest ein demokratietheoretisches Problem. Im Rahmen sinkender Parteimitgliederzahlen (Niedermayer 2009: 2) und dem tendenziellen Rückgang der Wahlbeteiligung seit den 1970er Jahren (Gisart 2013: 357; Schmidt 2007: 65) stellt sich die Frage nach der empirischen Umsetzung der *Partizipationsfunktion* der Parteien aber quasi automatisch. Die Parteimitgliedschaft selbst, d.h. die Gewinnung einer möglichst großen Zahl von Mitgliedern, ist für heutige Parteien ein großes Thema und neben der Machtbeteiligung eines der wichtigsten Ziele (vgl. auch die Ausführungen zur Mitgliederpartei in Kapitel 2). Grund dafür ist der Umstand, dass der Selbsterhalt und stärker noch die Expansion der Organisation »Partei« nur über ausreichend Mitglieder realisiert werden kann, welche die Organisationsstrukturen reproduzieren und ggfs. ausweiten.[112] Allerdings ist es auch so, dass die Parteimitgliedschaft als (formale) politische Partizipation par excellence gesehen werden kann und bei Involvierung eines großen Teils der Bevölkerung (demokratietheoretisch) die Partizipationsfunktion erfolgreich realisiert scheint.

Obwohl die Wahlbeteiligung als Bestandteil der Partizipation zumindest implizit mit den Parteifunktionen aus soziologischer Perspektive in Verbindung zu bringen ist – auch über den Mobilisierungsaspekt –, ist die Teilnahme an Wahlen und

110 Verdrossenheit in Bezug auf die Politik ist ein zu differenzierendes Phänomen, das sich nicht im Terminus „politische Verdrossenheit“ erschöpft, sondern mindestens im Zusammenhang mit Parteien- und Politikerverdrossenheit (u.a. Arzheimer 2002; Bohrer 1996, Küchler 1982, Maier 2000, Maurer 2003: 15ff.; Pickel/Walz 1998; Weinacht 1994) beschrieben werden muss.

111 In Bezug auf politische Partizipation muss zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen unterschieden werden. Erstere beziehen sich beispielsweise auf den klassischen Wahlgang oder die Parteimitgliedschaft. Letztere beinhaltet Partizipationsformen wie Hausbesetzungen, Teilnahme an Demonstrationen und Unterschriftensammlungen (vgl. Kaase 1982: 180).

112 Bereits Simmel (1983: 32ff.) weist darauf hin, dass die Entwicklung von Mitgliederstrukturen eine bestimmte Grenze anstrebt.

das damit verbundene Machtmotiv selbst keine Funktion, sondern streng genommen ein (Organisations-) Ziel zur Funktionserfüllung. Dies wurde bereits aus der Differenz von Organisationsfunktion und -ziel deutlich. Dieser Umstand wird hier noch einmal gesondert aufgegriffen, weil diese Einschätzung im strikten Gegensatz zu den meisten Funktionskatalogen von Parteien zu sehen ist.[113] Von den in Kapitel 1.1 bis 1.3 untersuchten 16 Funktionskatalogen beinhalten elf[114] (≈ 70%) die Teilnahme an Wahlen resp. eine damit in Verbindung stehende Funktion (Regierungsbildung, Eliterekrutierung usw.). So sinnvoll die Wahlfunktion aus dem Argumentationszusammenhang der einzelnen Autoren auch mehr oder weniger resultiert und aus einer verfassungsrechtlichen sowie politikwissenschaftlichen Perspektive konsequent erscheint, ist deren Relevanz als Funktion in dem dargelegten Begründungszusammenhang nicht zu erkennen. Dies lässt sich anhand des Analysefokus verdeutlichen. Zu diesem Zweck erscheint es sinnvoll, den analytischen Begründungskontext der politischen Parteien in Anlehnung an Wiesendahl (1980: 105) noch einmal zu rezipieren. Das analytische Modell nach Luhmann (2010: 133) eignet sich aufgrund der starken Verflechtungen des Verwaltungssystems weniger, da interne Kommunikationsprozesse berücksichtigt werden müssten, die im vorliegenden Zusammenhang keine Rolle spielen.

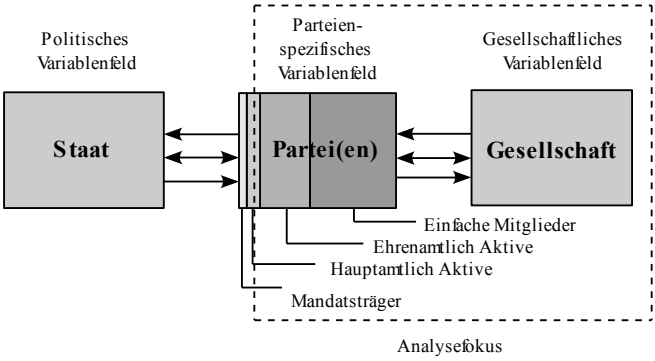
In Erweiterung des parteienspezifischen Variablenfeldes um die Typologie von Parteimitgliedern in ihrer durchschnittlichen quantitativen Verteilung (z.B. Alemann 1995: 40ff.), lässt sich festhalten, dass die hier untersuchten Parteifunktionen sowohl das gesellschaftliche Variablenfeld komplett als auch das parteienspezifische Variablenfeld partiell abdecken. Die partielle Fokussierung des parteienspezifischen Variablenfeldes ergibt sich aus der Festlegung des Funktionsträgers und der Notwenigkeit einer korrekten Betrachtung der Parteien verstanden als Organisation, *nicht* aber verstanden in ihrer politischen Rolle als Regierungspartei oder Opposition. Diese zweite Sichtweise auf die Parteien ist mit dem politischen Variablenfeld in Verbindung zu bringen, für das die Wahlfunktion einen überaus wichtigen Analysebestandteil bildet. Da das politische Variablenfeld aber über den Analyserahmen hin-

113 Entsprechend sind auch viele Parteienbegriffe durch die Wahlfunktion geprägt. Eine Ausnahme bildet Gruner (1977: 12), der unter einer Partei eine „politische Organisation [versteht], die Anhänger mit ähnlicher Gesinnung oder ähnlichen Interessen in ihren Reihen sammeln, um auf die politische Willensbildung des Volkes Einfluss zu nehmen, sei´s bei Wahlen, sei´s bei Abstimmungen, sei´s in der Mitwirkung bei der Meinungsbildung“.

114 Für die verfassungsrechtliche Perspektive wurde nur der Gesetzestext selbst berücksichtigt.

ausgeht, findet sie im vorgestellten Begründungszusammenhang keine Berücksichtigung.

Abbildung 1.9. Analysefokus der soziologischen Parteienfunktionen

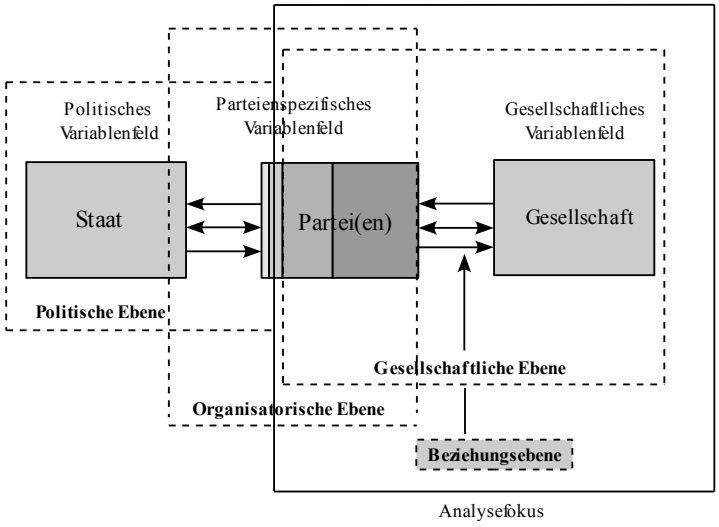


Quellen: eigene Darstellung angelehnt an Alemann (1995: 40ff.); Wiesendahl (1980: 105).

Das Ausklammern des Machtmotivs, das sowohl in Verbindung mit Wahlen als auch für sich allein genommen in der Parteienforschung einen dominanten Stellenwert einnimmt, ist das Resultat der vernachlässigten Wahlfunktion und bedingt zudem, dass nicht allen Parteimitgliedern der gleiche Stellenwert in der Analyse zuteil wird. Wie aus *Abbildung 1.9* ersichtlich wird, lassen sich einige Parteimitgliedertypen eher in der Nähe des Staates, andere in der Nähe der Gesellschaft verorten. Da lediglich denjenigen Mitgliedern, deren Stellung sich durch die Nähe zum Staat charakterisieren lässt (Mandatsträger, ranghohe hauptamtliche Parteimitglieder), mit Macht in Verbindung zu bringende, direkte Einflussvorteile bei der Funktionserfüllung (Interessenvertretung) unterstellt werden können, kann das Machtmotiv auch nur sinnvoll für diese Mitgliederkreise untersucht werden. Da sich die Einflussvorteile – auch verstanden als Aufgaben – aber wiederum auf das politische Variablenfeld erstrecken, bleiben diese Mitglieder unberücksichtigt. In den Fokus rücken die einfachen Mitglieder sowie die ehrenamtlich Aktiven, die aufgrund ihrer Stellung innerhalb der Partei als »*Basismitglieder*« bezeichnet werden.

Dass die Aufgaben von Mandatsträgern und ranghohen hauptamtlichen Parteimitgliedern mitunter dauerhaft, aber zumindest für die Dauer einer Legislaturperiode oder sonstigen parteiinternen Wahlperioden in das politische Variablenfeld hineinreichen, vermag der von Wiesendahl (1980: 105) eingeführte schematische Begründungskontext nicht abzubilden, da der Anspruch ja gerade darin besteht, klare Grenzen der einzelnen Variablenfelder aufzuzeigen. Dieses für diesen Zweck methodisch richtige Vorgehen stößt an dieser Stelle der vorliegenden Arbeit an seine Grenze, da es aufgrund der Vermittlungsfunktion von Parteien real sowohl zur Überschneidung des politischen mit dem parteienspezifischen Variablenfeld und umgekehrt als auch des gesellschaftlichen mit dem politischen Variablenfeld kommt (*Abbildung 1.10*).

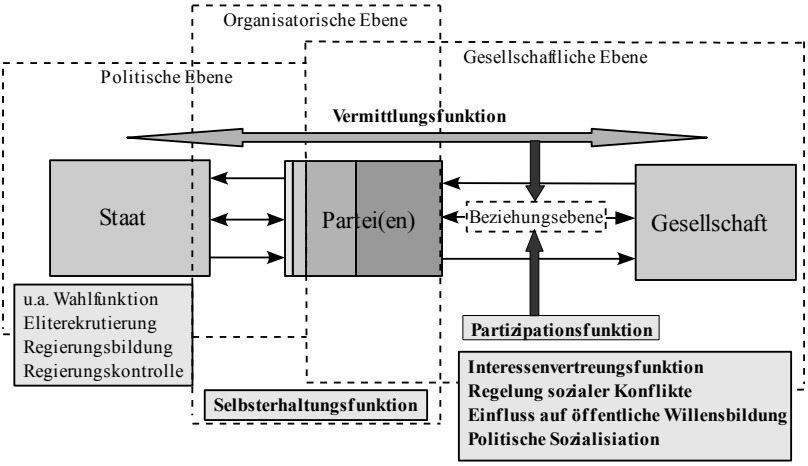
Abbildung 1.10: Funktionsebenen und Analysefokus



Quellen: eigene Darstellung angelehnt an Alemann (1995: 40ff.); Wiesendahl (1980: 105).

Um die Überschneidungen der einzelnen Funktionsbereiche in Abgrenzung zu den Ausführungen von Wiesendahl hervorzuheben, wird im Folgenden mit einer ergänzenden Terminologie gearbeitet. Anstatt von Variablenfeldern wird nur von Ebenen gesprochen, auf die sich die Parteifunktionen beziehen. Die einzelnen Ebenen werden horizontal konstruiert, d.h. es handelt sich um funktionale Unterschiede und nicht wie mit einem vertikalen Aufbau verbundene Rangunterscheidungen. Grundsätzlich können drei solcher Ebenen unterschieden werden, wobei die gesellschaftliche Ebene explizit auch eine Beziehungsebene zwischen Gesellschaft und Parteien umfasst. Im Vordergrund der Betrachtung steht die Frage, welche Funktionen die Parteien auf den einzelnen Ebenen erfüllen (*Abbildung 1.11*). Berücksichtigt werden in erster Linie solche Parteifunktionen, die in den vorangegangenen Abschnitten erarbeitet wurden. Ergänzungen werden für die politische Ebene über den Forschungsstand und die Wahlfunktion vorgenommen.

Abbildung 1.11: Funktionsebenen und soziologische Parteifunktionen



Quelle: eigene Darstellung angelehnt an Wiesendahl (1980: 105).

Es zeigt sich, dass aus soziologischer Perspektive insgesamt *sieben* Parteifunktionen von Interesse sind, die sich sowohl auf die gesellschaftliche als auch auf die organisatorische Ebene beziehen. Die partielle Fokussierung der Organisationsebene resultiert aus der Berücksichtigung der beteiligten Akteure – also der Parteimitglieder – und wird die Brücke zum Diskurs über die Mitgliederpartei schlagen (Kapitel 2). Bevor aus dieser Verbindung resultierende Zusammenhänge einer Untersuchung zugänglich gemacht werden können, erscheint es sinnvoll, einen Ansatz zu erarbeiten, der die Verweisungszusammenhänge der funktionsspezifischen Teilaufgaben der Parteifunktionen deutlich in den Vordergrund stellt. Um eine empirischen Überprüfung zu ermöglichen, besteht die Notwendigkeit, diesen Ansatz entgegen der Ausgangslage in seiner Komplexität zu reduzieren. Dies wird über funktionale Signifikanzen realisiert werden. Davor werden die Ergebnisse der soziologisch fokussierten Parteienanalyse in folgendem *Definitionsvorschlag* zusammengefasst:

> *Aus soziologischer Perspektive handelt es sich bei Parteien in modernen Massendemokratien um formale, politische Vielzweckorganisationen, die in Deutschland durch rechtliche Maßnahmen und demokratietheoretische Vorstellungen gegenüber anderen politischen Organisationen Einflussvorteile genießen. Ihre Primärfunktionen in Form von Interessenvertretung und Konfliktregulierung ergeben sich aus ihrem gesellschaftlichen Ursprung (cleavages) und weisen ihnen eine Stellung zwischen dem politischen Zentrum und der Gesellschaft zu. Mit dieser Positionierung ist ebenfalls eine Vermittlungsfunktion verbunden, deren Umsetzung sich in Richtung Gesellschaft durch den Einfluss auf die öffentliche Willensbildung, politische Sozialisation und Partizipation auszeichnet. Durch ihren Organisationscharakter ist den Parteien an der Akquise von Mitgliedern gelegen, die nicht nur die Parteiziele realisieren, sondern auch den Fortbestand der Partei sichern.*

1.4.3 Die Mediationsfunktion der Parteien

Um eine Überprüfung der (mehrdimensionalen) Zusammenhänge der soziologischen Parteifunktionen zu ermöglichen, besteht nach Ansicht der Autorin die Notwendigkeit einen analytischen Ausgangspunkt zu wählen. Ohne die Festlegung eines Referenzpunktes würde die empirische Analyse einen Komplexitätsgrad erreichen, bei dem es im Grunde unmöglich ist, alle relevanten Argumentationen in einen sinnvollen Zusammenhang zu bringen. Dabei erscheint es sinnvoll eine Funktion der Parteien als Ansatzpunkt zu wählen. Ein Beispiel: Würde die Partizipationsfunktion als Startpunkt der Analyse gewählt, würden deren Teilaufgaben, die sich in der Summe alle um einen Integrationsaspekt bewegen, den Fokus auf die übrigen Funktionen ebenfalls auf einen integrationstheoretischen festlegen. Die Untersuchung würde sich dementsprechend mit den Fragen beschäftigen, wie und ob es den Parteien gelingt, Integration zu verwirklichen und welche Rolle die übrigen Parteifunktionen dabei spielen.[115] Um den Verdacht der Willkürlichkeit in Bezug auf die Auswahl zu entkräften, ist eine schlüssige Begründung erforderlich. Diese lässt sich verhältnismäßig leicht über die Ausgangsthese gewinnen und leitet sich nicht aus der Relevanz der erarbeiteten Funktionen ab. Obwohl die Interessenvertretungsfunktion als wichtigste (Minimal-) Funktion der Parteien ausgewiesen wurde, ist es die Mediationsfunktion, die aufgrund des antizipierten Funktionserfüllungsdefizites und der umfassenden Stellung in der Staat-Parteien-Gesellschaft-Relation (vgl. *Abbildung 1.11*) den Referenzpunkt bildet. Alle übrigen Funktionen werden analytisch auf diese bezogen.

Unter Mediation als Prozess wird in der Regel „eine Methode zur Konfliktbehandlung unter Drittbeteiligung [Mediator] ohne Drittentscheidung“ (Hattemer 2012: 7; in abgewandelter Form auch Köstler 2010: 18) verstanden, die sich im juristischen Sinne durch außergerichtliche Umsetzung (Sinner 2012: 40) auszeichnet. In der Regel werden zur genaueren Bestimmung von Mediation Eigenschaftskataloge aufgestellt, deren konkrete Ausgestaltung zwischen acht (ebd.) und zehn (Köstler 2010: 20) Merkmale umfassen. Daneben existieren Kataloge, die zwischen

115 Der Verdacht, dass ein solches Vorgehen den wissenschaftlichen Gütekriterien von Messungen widerspricht, kann von vorn herein damit entkräftet werden, dass explizit *keine* quantitative Messung angestrebt wird. Entsprechende Umsetzungsvorschriften, Zwischenschritte und Auswertungsregeln, die insbesondere mit der angesprochenen Operationalisierung und der Bildung von Indikatoren in Verbindung zu bringen sind (Schnell/Hill/Esser 1999), kommen dementsprechend nicht zur Anwendung.

den grundsätzlichen Annahmen von Mediation und der Rolle des Mediators unterscheiden (Breidenbach/Falk 2005: 262ff.). Obwohl die Vermittlung in Konfliktsituationen heute ein breites Anwendungsspektrum aufweist, angefangen bei Mediation in Paarbeziehungen bis hin zu internationalen Konflikten (Köstler 2010: 76ff.), findet die Vermittlungsfunktion der Parteien in solchen Enumerationen keine Berücksichtigung. Auch Veröffentlichungen, die sich mit Mediationen in öffentlichen Bereichen beschäftigen (exemplarisch: Troja/Meuer 2005), explizieren diese Parteifunktion nicht.[116] Um diesen Umstand erklären zu können, lohnt ein genauerer Blick auf die allgemeinen Merkmalskataloge. Nach Dimensionen gruppiert ergibt sich folgende Tabelle:

Tabelle 1.8: Allgemeine Merkmale von Mediation

Dimension	Kößler (2010: 20)	Sinner (2012: 40)
Konfliktbeteiligte	- Einbezug alle Konfliktbeteiligten - direkter Kontakt der Konfliktbeteiligten - alle Beteiligten jederzeit selbstbestimmt in ihren Entscheidungen	- aktive Beteiligung aller Konfliktbeteiligten
Mediator	- Leitung des Verfahrens durch einen Dritten - Mediator = unbeteiligt, neutral und für alle Konfliktbeteiligten verfügbar	- keine Entscheidungsmacht für den Mediator - Einbringen von Vorschlägen des Mediators nur mit höchster Zurückhaltung
Interessen	- Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse aller Seiten	- Fokus liegt auf Interessen der Konfliktbeteiligten
Eigenschaften	- Freiwilligkeit - informelles Verfahren	- Freiwilligkeit - vertrauliches Verfahren - zukunftsorientiertes Verfahren
Ziel	- Anstreben von einvernehmliche Lösungen	- Anstreben von Gewinner-Gewinner-Vereinbarungen

116 Unter Mediation im öffentlichen Bereich werden vor allem solche Vermittlungsprozesse verstanden, die auf Kommunalebene und ggfs. Landesebene stattfinden, beispielsweise im Bereich der Abfallentsorgung, im Bildungsbereich oder der Stadtplanung (Troja/Meuer 2005: 223). An solchen Prozessen können Parteien sehr wohl beteiligt sein. Allerdings deckt sich diese Sicht auf Mediation nicht mir der in dieser Arbeit zu entwickelnden Vermittlungsfunktion der Parteien generell (siehe unten).

Bezogen auf die durch Parteien auszuführende Mediation zwischen der Gesellschaft[117] und dem Staat[118] kommen die Ausprägungen verschiedener Dimensionen des Vermittlungsverfahrens nicht zur Anwendung. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang drei Punkte: *Erstens* liegt es im demokratischen Charakter des Politischen selbst, dass die Austauschbeziehung zwischen den Parteien und der Gesellschaft im öffentlichen Raum stattzufinden pflegt (vgl. auch *Abbildung 1.1)*. Dies gilt insbesondere für Kommunikationsprozesse[119]. Dass die Vermittlung vertraulich stattfindet, ist dementsprechend für diese Informationsübertragungsprozesse auszuschließen. Davon zu unterscheiden sind jedoch diejenigen Austauschbeziehungen, die zwischen den Parteien und dem Staat stattzufinden pflegen. In der Regel finden diese Kommunikationen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt (Marcinkowski 2001: 246). Wenn ganz allgemein und ohne Einzelheiten berücksichtigend festgehalten werden kann, dass es sich bei Mediation *um eine (kommunikative) Lösungsstrategie zur Regulierung von Konflikten handelt,* bei der sich die Konfliktparteien (Staat und Gesellschaft) nicht direkt gegenüberstehen können, dann müssen die Kommunikationen zwischen den Konfliktgruppen und dem Mediator einer differenzierten Betrachtung zugänglich sein (vgl. *Abbildung 1.12*[120]).

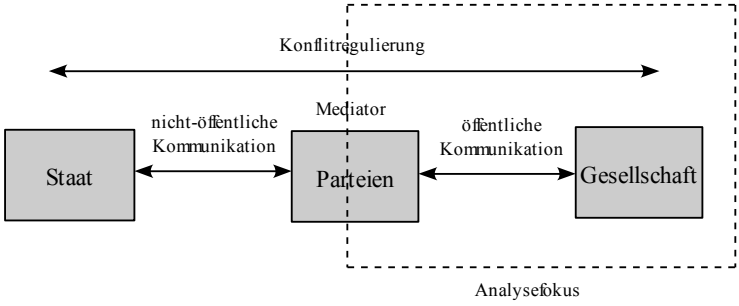
117 Die Begriffe »Gesellschaft«, »Bevölkerung« und »Bürger« werden im Folgenden synonym gebraucht. Es sei explizit darauf hingewiesen, dass die drei Synonyme nur solche Personen umfassen, die nicht dauerhaft, z.B. als Parteimitglied unabhängig von ihrer Funktion, im politischen System involviert sind.

118 Die Begriffe »Staat« und »politisches Zentrum« werden im Folgenden synonym gebraucht.

119 Im engeren Sinne handelt es sich hierbei um politische Kommunikationen: „Man kann daher sagen, dass politische Kommunikation die Kommunikation ist, die von politischen Akteuren ausgeübt wird, die an sie gerichtet ist, oder die politische Akteure, ihr Handeln und ihre Kognitionen beinhaltet“ (Schulz 2008: 16, Hervorhebung weggelassen).

120 Ausgeklammert werden an dieser Stelle externe Institutionen, welche ebenfalls Einfluss auf den Prozess haben, beispielsweise die Medien (vgl. dazu Kapitel 2.5.3 und 2.6.2).

Abbildung 1.12: Mediation zwischen Gesellschaft und Staat in Kommunikationsteilprozessen



Quelle: eigene Darstellung

Wie aus der Abbildung ersichtlich, lassen sich zwei Kommunikationsbereiche außerhalb der Parteiinterna aufzeigen, die sich mit den in *Abbildung 1.1* eingeführten Willensbildungsbereichen der Parteien decken. Die Mediationsfunktion der Parteien kann demnach in kommunikativer Hinsicht als zweiteiliger Prozess verstanden werden, wobei aufgrund des eingeführten Analysefokus nur einer der beiden Teilbereiche analytische Relevanz besitzt und zugleich als Ausgangspunkt des gesamten Mediationsverfahrens gesehen werden muss. Demnach sind hier diejenigen Kommunikationen von Bedeutung, die zwischen der Gesellschaft und den Parteien und umgekehrt stattfinden. Ausgeklammert werden all jene Informationsübertragungsprozesse[121], die nicht in und über die Öffentlichkeit stattfinden.[122] Welche Informationen

121 Die Begriffe »Kommunikation« und »Informationsübertragung« stehen definitionsgemäß in Zusammenhang. Demnach versteht man unter Kommunikation im weiteren Sinne den „Prozess der Übertragung von Nachrichten [synonym Informationen] zwischen einem Sender und einem oder mehreren Empfängern“ (Gabler 2010: 1734; zur kommunikativen Sender-Empfänger-Verbindung vgl. grundlegend Shannon/Weaver 1963; in Erweiterung Badura 1973, 2007; einleitend Krallmann/Ziemann 2001; Schmidt/Zurstiege 2000; Schulz von Thun 2001). Im engeren Sinne finden Kommunikationsprozesse zwischen Personen statt (Beck 2007: 15; Gabler 2010: 1734).

122 Damit sind besonders Kommunikationen zwischen den Parteien und dem Staat und umgekehrt (meist Kommunikation im Arkanbereich), aber auch innerhalb von Parteien – sogenannte „heimliche Kommunikation[en]“ (Marcinkowski 2001: 246, Hervorhebung weggelassen) gemeint. Für den interessierten Leser: vgl. zu innerparteilicher Kommunikation Wiesendahl (2002a: 443ff.). Zu Kommunikationen innerhalb von Organisationen allgemein vgl. Beck (2007: 51ff.).

zwischen der Gesellschaft und den Parteien ausgetauscht werden, resultiert aus der Interessenvertretungsfunktion. Demnach müssen gesellschaftlich relevante Interessen von den Parteien aufgenommen (Gesellschaft → Parteien) sowie (realistische) Interessenvertretungsangebote in die Gesellschaft zurück kommuniziert werden (Parteien → Gesellschaft). Dieses Wechselspiel ist nicht unabhängig von den konkreten Inhalten und führt dazu, dass die Parteien die öffentliche Willensbildung mit beeinflussen. Grundsätzlich ist das Ziel des Mediationsprozesses die Konfliktregulierung. Um dieses erreichen zu können, müssen beide Kommunikationsprozessbereiche durchlaufen werden (vgl. Kapitel 1.4.1). Der Analysefokus bedingt allerdings, dass nur die öffentlichen Kommunikationen zwischen den Parteien und der Gesellschaft einer Untersuchung zugänglich gemacht werden. Damit wird die Konfliktregulierungsfunktion unterminiert. Um der Konfliktregulierungskomponente dennoch Rechnung zu tragen, wird angenommen, dass die Regulierung dann erfolgreich sein kann, wenn an der öffentlichen Kommunikation beide Kommunikationsteilnehmer – sprich Gesellschaft und Parteien – aktiv beteiligt sind, da so die Wahrscheinlichkeit für eine erfolgreiche Realisierung größer Null ist. Die Regulierungsleistung selbst bezieht sich aufgrund des verkürzten Analysefokus nicht primär auf die Differenz zwischen Staat und Bevölkerung, sondern auf die Regulation von innergesellschaftlichen Spannungen, die sich zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen ausbilden können. Obwohl beide Spannungsverhältnisse nicht unabhängig voneinander gesehen werden können, ist aus soziologischer Perspektive letzteres von größerer Bedeutung, da es die (auch historisch gewachsene) Verbindung zwischen den Parteien und der Gesellschaft besser zu beschreiben vermag und gleichzeitig Auswirkungen und Interdependenzen der Kommunikationen deutlicher herausstellt.[123]

123 Im Gegensatz dazu liegt innerhalb der politikwissenschaftlichen Forschung der Schwerpunkt auf dem in *Abbildung 1.12* aufgezeigten Kommunikationsbereich zwischen den Parteien und dem Staat und gleichzeitig auf dem Gesamtkonflikt zwischen Gesellschaft und Staat. Unter dem Terminus „Politikvermittlung“ (Sarcinelli 1987: 209) in die Literatur eingeführt, kann der Vermittlungsaspekt hier zwei Bedeutungen annehmen: „Zum einen kann mit Vermittlung gemeint sein, daß jemand etwas verschafft wird, was er nicht hat, z.B. Informationen, Wissen. Zum anderen umschreibt der Begriff aber auch das, was man im politischen Bereich als Konsensbildung bezeichnet: Vermittlung als Herstellung einer Einigung zwischen zwei Seiten. Beide Aspekte finden in dem in der politikwissenschaftlichen Diskussion der letzten Jahre beachteten Wort »Interessenvermittlung« Berücksichtigung, wobei das Schwergewicht der Bemühungen unverkennbar auf dem zweiten Aspekt liegt: der Artikulation und Aggregation von Interessen sowie deren korporatistische Einbindung in die Willens- und Entscheidungsbildung des politischen Systems“ (ebd.).

Das *zweite* Defizit zwischen dem allgemeinen Merkmalskatalog von Mediation und der Parteienmediation bezieht sich auf die Anzahl der Prozessbeteiligten. Aufgrund der Gruppengrößen ist es kaum möglich, dass alle Beteiligten unmittelbar[124] am Prozess teilnehmen. Bereits für eine Teilnehmerzahl von 81 bis 100 Personen konstatieren Troja/Meuer (2005: 224f.):

> „Bei einer solchen Gruppengröße ist allerdings fraglich, ob die für Mediation typischen unmittelbaren Kommunikationsprozesse des Verhandelns und Argumentierens stattfinden können. Verfahren dieser Größe bewegen sich u.E. auf der Grenze zwischen Mediationsverfahren und Beteiligungsverfahren mit Informationsfunktion oder zur Erhebung von Meinungsbildern".

In einem demokratietheoretischen Verständnis ist es allerdings wünschenswert, dass möglichst viele Teilnehmer am Kommunikationsprozess partizipieren. Dieses Ansinnen drückt sich in der Partizipationsfunktion aus, die allgemein die Ermöglichung der Teilnahme „der Bürger und Bürgerinnen bei der Erledigung der gemeinsamen (politischen) Angelegenheiten" (Schubert/Klein 2006: 226) meint. Aus soziologischer Perspektive spielt die Quantität der Teilnehmer eher eine untergeordnete Rolle. Im Sinne der Interessenvertretungsfunktion (und der Konfliktregulierung) ist vielmehr von Relevanz, dass alle potentiellen innergellschaftlichen Konfliktgruppen an der Kommunikation beteiligt sind. Diese allgemeine Einbindung der Gesellschaftsmitglieder in den kommunikativen Mediationsprozess (Partizipation I), bezieht sich auf deren Rolle als (Staats-) Bürger (vgl. Mackert/Müller 2007). Exemplarisch kann hier auf den Wahlgang verwiesen werden. Auf der anderen Seite kann aber auch eine spezielle Form der politischen Partizipation in Gestalt der Parteimitgliedschaft (Partizipation II) identifiziert werden. Diese bedingt eine Substitution der Gesellschaftsmitglieder bezogen auf deren Stellung im Kommunikationsprozess, denn durch ihre dauerhafte Partizipation innerhalb des politischen Systems werden diese nicht mehr der Gesellschaft, sondern dem politischen System – in Form von Parteimitgliedern – zugeordnet. Insofern stellt diese Form der Partizipation eine wichtige Voraussetzung für den Selbsterhalt der Parteien dar, denn ohne die Kommunikationsleistung der Mitglieder wäre ein Kommunikationsprozess nicht realisierbar.

Die *dritte* – und vermutlich weitreichendste – Abweichung zum allgemeinen Mediationsmodell ist mit dem Mediator und damit in Verbindung stehend mit

124 Auf den Umstand, dass ab einer bestimmten Anzahl von potentiellen Kommunikationsteilnehmern die direkte Kommunikation an ihre Grenzen stößt, weist bereits Michels (1989) hin.

weiteren Merkmalen, z.B. dem Ziel von Mediation, verbunden. Grundsätzlich wird gefordert, das der Vermittler im höchsten Maße neutral auftritt, was ein gewissen Maß an Passivität bedingt.[125]

> „Gegenüber dem Inhalt ebenso wie gegenüber den Parteien [hier verstanden als Konfliktgruppen] soll eine höchstmögliche Form der Distanz bei gleichzeitiger Nähe und Einfühlsamkeit in die jeweilige Situation gepflogen werden“ (Breidenbach/Falk 2005: 263).

Da Parteien immer nur die Interessen eines bestimmten Teils der Gesellschaft vertreten sollen, selbst Regulierungsvorschläge unterbreiten (und umzusetzen versuchen) und einvernehmliche Lösungen im Grunde nicht erwünscht sind (in der politischen Realität allerdings die Regel darstellen), können die Parteien nicht neutral sein, sie sind – wie es der Wortstamm vermuten lässt – parteiisch. Ziel ist es eben gerade nicht, in neutraler Position zwischen verschiedenen Streitgruppen zu vermitteln, sondern unter Berufung auf die eigenen Zielsetzungen spezifische Interessen durchzusetzen.[126] Dieser Umstand lässt sich weiter untermauern, wenn noch einmal die Interessenvertretungsfunktion in den Fokus rückt.

Die Vertretung gesellschaftlicher Interessen und die damit in Verbindung stehende Konfliktregulierungsfunktion kann nur dann als erfolgreich eingestuft werden, wenn die Interessen in politisches Handeln transformiert werden. Dies ist unter Regierungsbeteiligung am wahrscheinlichsten. Insofern verfolgen die Parteien als Mediatoren ein mit dem Vermittlungsprozess verbundenes Eigeninteresse (Ziel): die Machtübernahme resp. den Machterhalt. Daraus resultiert weiter, dass die Parteien in ihrer Rolle als Regierungspartei (und auch als Oppositionspartei) dem Staat (politisches Zentrum) zugeordnet werden müssen. Zumindest ein bestimmter Teil der Partei (vgl. *Abbildung 1.7*) gehört folglich einer der beiden großen Konfliktgruppen (Staat-Gesellschaft) an, was die Neutralität der Mediatorenrolle auch auf den Gesamtprozess bezogen in Frage stellt. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass den Parteien aus ihrer historischen Entwicklung resultierend, eine Vermittlungsleistung

125 Zur Frage ob ein Mediator in der Realität überhaupt neutral sein kann vgl. Köstler (2010: 21f.).

126 An dieser Stelle lässt sich durchaus einwenden, dass die Vertretung spezifischer Interessenlagen nur schwerlich mit (politischer) Gemeinwohlorientierung in Verbindung zu bringen ist. Zwei Argumente entkräften den Einwand: Erstens ergibt sich eine kollektiv ausgerichtete Zielsetzung durch die Vertretung von „Kollektivbedürfnissen“ (Hillmann 1994a: 421, Hervorhebung weggelassen) bestimmter Gruppen. In Anlehnung an die »Cleavage-Theorie« handelt es sich dabei um gesellschaftliche Konfliktgruppen, die sich durch Betroffenheit politisieren. Zweitens resultiert aus dem Anspruch auf Konfliktregulierung eine Gemeinwohlorientierung, die sich Form eines friedlichen Miteinanders konstituiert.

erwächst. Sie bilden verfassungsrechtlich diejenige Institution, die zwischen dem Staat und der Bevölkerung vermittelt. Unter Berücksichtigung dieser rechtlichen Sonderstellung können die Parteien als *institutionelle Mediatoren* beschrieben werden, deren Mediationsleistung sich nicht durch passive Neutralität auszeichnet.

Diese Abweichungen zum allgemeinen Modell von Mediation erklären, wieso die Mediationsfunktion der Parteien in den Anwendungskatalogen keine Berücksichtigung findet. Auf den ersten Blick erscheinen die Defizite so schwerwiegend, dass es fraglich ist, ob hier überhaupt von Mediation gesprochen werden kann. Auf den zweiten Blick zeigt sich, dass sich die Differenzen nicht auf das Ziel der Mediation, sondern auf die Umsetzung beziehen. Da die Mediationsfunktion der Parteien grundsätzlich als (kommunikative) Lösungsstrategie zur Regulierung von Konflikten beschrieben werden kann, sind es Umsetzungsabweichungen (z.B. fehlende Neutralität des Mediators), die sich aus der Spezifik der Situation, der Konflikte sowie der beteiligten Akteure[127] ergeben, welche die Mediationsfunktion insgesamt in Frage stellen. Diese Schlussfolgerung greift allerdings zu kurz und wird hier zurückgewiesen. Stattdessen wird die Mediationsfunktion der Parteien als Spezialfall betrachtet, als *interessenbasierte Mediation*. Die beschriebenen Defizite sind demzufolge auch nicht als solche, sondern als Merkmale dieses speziellen Vermittlungsprozesses zu sehen. Besonders die Verbindung von Interessenvertretung und Partizipation in Form von Kommunikationsprozessen ist für die erfolgreiche Realisierung von Mediation von Bedeutung. Alle übrigen Funktionen beziehen sich auf diesen Zusammenhang oder leiten sich aus diesem ab. Deshalb kann unter Mediation durch die Parteien Folgendes verstanden werden:

> *Die Mediationsfunktion der Parteien ist als interessenbasierte Mediation ein Spezialfall von Mediation. Grundsätzlich handelt es hierbei um ein*

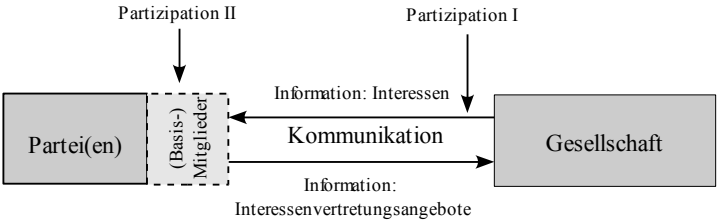
127 Bei den am Mediationsverfahren beteiligten Akteuren handelt es sich per Definition um politische Akteure: „*Politische* Akteure sind solche, die in einer politischen Rolle handeln, d.h. die daran beteiligt sind, allgemein verbindliche Entscheidungen über die Verteilung von Macht oder Ressourcen herbeizuführen. Typische politische Akteure sind Parteien, Parlamente, Regierungen, Staaten, supranationale Organisationen und ihre jeweiligen Mitglieder bzw. Repräsentanten. In politischen Rollen handeln aber auch Interessengruppen und soziale Bewegungen sowie selbstverständlich alle Bürger, die sich politisch beteiligen, an Wahlen oder Abstimmungen, an Demonstrationen oder anderen Formen des politischen Protests teilnehmen“ (Schulz 2008: 16, H.i.O.; vgl. auch Almond/Powell 1966; Luhmann 2010: 357, 397ff.). Zum soziologischen Akteursbegriff allgemein vgl. Parsons (1986). In der Realität zeigen sich auch solche Kommunikationsakte, die zwischen politischen und *potentiell-politischen* Akteuren stattfinden, vor allem dann wenn sich die Parteien kommunikativ an die Gesellschaft richten.

> *(kommunikatives) Lösungsverfahren zur Regulierung gesellschaftlicher Konflikte, in dem sowohl öffentliche als auch nicht-öffentliche Kommunikationsprozesse zur Anwendung kommen. Die Parteien in ihrer Rolle als institutionelle Mediatoren vertreten die Interessen jeweils bestimmter Bevölkerungsgruppen und beteiligen sich aktiv am Verfahren. Die Regulation von Konflikten bezieht sich aufgrund der differenzierten Kommunikationsprozesse sowohl auf die Differenz zwischen Staat und Gesellschaft als auch auf innergesellschaftliche Spannungen. Insgesamt ist die Mediation stark vom Informationsaustausch zwischen den Parteien und der Gesellschaft abhängig, da diese als Ausgangspunkt Konfliktregulierung überhaupt ermöglichen.*

Wenn den Kommunikationsprozessen zwischen den Parteien und der Gesellschaft eine herausragende Stellung im Mediationsprozess attestiert werden kann, dann liegt es nahe, diese als Ausgangspunkt der Funktionsanalyse zu wählen. Dies hat weitreichende Folgen. Sofern Mediation ihren Ausgangspunkt in Kommunikationsprozessen hat und berücksichtigt wird, dass sich die Vermittlungsfunktionsfunktion direkt auf die Beziehungsebene, die zwischen den Parteien und der Gesellschaft angesiedelt ist (vgl. *Abbildung 1.11*), bezieht, dann lässt sich daraus folgender Schluss ziehen: *Die Beziehung zwischen den Parteien und der Gesellschaft muss sich ebenfalls als Kommunikationszusammenhang beschreiben lassen*. Weiter heißt das, dass sich das *antizipierte Erfüllungsdefizit der Mediationsfunktion auf diese Kommunikationsprozesse beziehen muss*. Liegen also eine oder mehrere Störungen[128] bei den Informationsübertragungen vor, hat dies Auswirkungen, welche die Beziehung zwischen den Parteien und der Gesellschaft allgemein betreffen. Um aufzeigen zu können, in welchen Bereichen sich kommunikative Misslagen ausbilden können, lohnt noch einmal ein Blick auf den Prozess selbst. Dabei werden die (Basis-) Mitglieder der Parteien als mögliche Kommunikanden mit einbezogen (*Abbildung 1.13*).

128 Der Begriff »Störung« wurde von Badura (2007: 19f.) übernommen.

Abbildung 1.13: Partizipation und Kommunikation zwischen Parteien und Gesellschaft



Quelle: eigene Darstellung.

Da Konfliktregulierung nur unter der Bedingung kommunikativer Akte, d.h. unter der Bedingung „anschlußfähig[er] Kommunikationen" (Luhmann 1993: 597), umgesetzt werden kann, besteht die Notwendigkeit, die Kommunikation zwischen den Parteien und der Gesellschaft unter allen Umständen aufrechtzuhalten. Die Mindestvoraussetzung dafür ist, dass beide Seiten aktiv am Prozess beteiligt sind, was nichts anderes heißt, als dass ein gewisses Maß an Partizipation (I und II) gegeben sein muss. Mögliche Störungen können demzufolge direkt mit der Partizipation in Zusammenhang gesehen werden. Ganz konkret heißt das, dass die Aufrechterhaltung der Kommunikation dann zum Problem wird, wenn einer der beiden Kommunikationsteilnehmer die Partizipation verweigert oder aus sonstigen Gründen nicht mehr realisieren kann oder will. Bezogen auf die Ausgangsthese lassen sich diese möglichen Partizipationsdefizite mit modernisierunsbedingten Veränderungen in Verbindung bringen. *Ein Ziel muss es deshalb sein nachzuweisen, dass es als Folge von Modernisierungsprozessen zu Veränderungen im Partizipationsverhalten und dadurch zu Kommunikationsdefiziten zwischen den Parteien und der Gesellschaft gekommen ist.*

Um stichhaltige Belege für diese Annahme anführen zu können, muss zunächst geklärt werden, was unter Kommunikationsdefiziten zu verstehen ist, d.h. es muss die Frage beantwortet werden, worauf sich ein verändertes Teilnahmeverhalten im Kommunikationsprozess überhaupt beziehen kann. Da bereits festgehalten wurde, dass die Funktionserfüllung der Parteien nur dann erfolgreich realisiert werden

kann, wenn stetige Anschlusskommunikationen produziert werden, erscheint es sinnvoll, diesen Gedanken weiter zu systematisieren.

Im Sinne Luhmanns (2000a: 203) lassen sich Kommunikationen als „Synthese dreier Selektionen, als Einheit aus Information, Mitteilung und Verstehen“ begreifen. Von einer erfolgreichen Realisierung ist dann auszugehen, wenn „das Verstehen zustandekommt“ (ebd.). Grundsätzlich ist das Zustandekommen von Kommunikation eine „extrem unwahrscheinlich[e]“ (ders. 1997a: 190, vgl. auch ders. 1993: 25ff.) Angelegenheit. Dies bezieht sich sowohl auf die Synthese der drei Selektionen als auch auf das Generieren von Anschlusskommunikationen.

> „Jede dieser Komponenten [der drei Selektionen] ist in sich selbst ein kontingentes Vorkommnis. Information ist eine Differenz, die den Zustand eines Systems ändert, also eine andere Differenz erzeugt. Warum soll aber gerade eine bestimmte Information und keine andere ein System beeindrucken. Weil sie mitgeteilt wird? Aber unwahrscheinlich ist auch die Auswahl einer bestimmten Information für Mitteilung. Warum soll jemand sich überhaupt und warum gerade mit dieser bestimmten Mitteilung an bestimmte andere wenden, angesichts vieler Möglichkeiten sinnvoller Beschäftigung? Schließlich: Warum soll jemand seine Aufmerksamkeit auf die Mitteilung eines anderen konzentrieren, sie zu verstehen versuchen und sein Verhalten auf die mitgeteilte Information einstellen, wo er doch frei ist, all dies auch zu unterlassen? Schließlich werden all diese Unwahrscheinlichkeiten in der Zeitdimension nochmals multipliziert. Wie kann es sein, daß auf eine Kommunikation mit erwartbarer Regelmäßigkeit eine andere (nicht: dieselbe!) folgt“ (ders. 1997: 190f.).

Besonders durch die Gefahr des Missverstehens, die begrenzte Erreichbarkeit von Adressaten sowie die mögliche Erfolglosigkeit der Annahme und Befolgung der verstandenen Mitteilung verringert sich also nicht nur die Chance einer Kommunikation im Allgemeinen, sondern auch die Aussicht auf eine Folgekommunikation (ders. 2000a: 116ff.). Diesen Unwahrscheinlichkeiten entgegenwirkend bildeten sich im evolutionären Verlauf „an den Bruchstellen der Kommunikation“ Medien heraus, deren Aufgabe es sei, „Unwahrscheinliches in Wahrscheinliches zu transformieren“ (ebd.: 220). Entsprechend der Anzahl an Kommunikationsunwahrscheinlichkeiten identifiziert Luhmann (ebd., ders. 1997a: 190ff.) drei derartige Medien: Sprache, Verbreitungsmedien (Schrift, Printmedien und Funk) sowie symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien. Wenn davon auszugehen ist, dass Kommunikationsdefizite zwischen den Parteien und der Gesellschaft existieren, dann kann angenommen werden, dass sich mögliche Probleme in diesen Bereichen zeigen. Aufgrund der Tat-

sache, dass die Überlegungen Luhmanns sehr stark theoretisch ausgerichtet sind, d.h. eine empirische Analyse im vorliegenden Zusammenhang kaum praxisrelevante Ergebnisse produziert, dienen diese hier lediglich als theoretisches Stützkorsett. Die Untersuchung orientiert sich zwar an den Unwahrscheinlichkeiten, distanziert sich aber in einigen Teilen von der Systemtheorie. Je nach Fragestellung werden weitere soziologische Konzepte konsultiert, um praxisnahe Ergebnisse zu generieren.

In Analogie zur Differenzierung der Partizipationsmöglichkeiten im Kommunikationsprozess wird eine zweigeteilte Analyse angestrebt. Unter Berücksichtigung des veränderten Partizipationsverhaltens lassen sich zunächst folgende Fragen formulieren, die sich auf das »*Kommunikationspotential*« der Parteien beziehen:

1. *Aus welchen Gründen partizipieren immer weniger Menschen in der Rolle als Parteimitglieder am Kommunikationsprozess?*
2. *Gelingt es den Parteien, die Gesellschaft kommunikativ zu erreichen, d.h. sind sie personell überhaupt in den Lage die angestrebten Adressaten zu erreichen?*
3. *Gelingt es den Parteien, Missverstehen zu vermeiden, d.h. wie gehen sie mit Informationen aus der Bevölkerung um?*
4. *Gelingt es den Parteien, anschlussfähige Kommunikationen zu generieren?*

Aus dem Blickwinkel der Parteien sind diese Fragestellungen verhältnismäßig umfangreich erforscht worden, wenn auch nicht unter der vorliegenden spezifischen Fragestellung und dem Zusammenhang zwischen Kommunikation und Partizipation. Deshalb wird die Beantwortung zunächst die Analyse bestimmen (Kapitel 2). Im Anschluss daran wird die Problematik von Seiten der Gesellschaft betrachtet (Kapitel 3). Im Gegensatz zur Parteienmitgliedschaft ist diese Form der Beteiligung und die möglichen Auswirkungen eines veränderten Teilnahmeverhaltens wissenschaftlich eher unterrepräsentiert. In der Regel wird diese Form der Partizipation schlicht unter (politischer) »Partizipation« subsumiert, was nicht zuletzt aus der breiten Definition des Partizipationsbegriffs (Schubert/Klein 2006: 226) und den Variationsmöglichkeiten bei der Bildung funktionsspezifischer Teilaufgaben (vgl. Kapitel 1.2.2 und 1.3) resultiert. Eine gewisse Ausnahme bilden hier die Ausführungen Luhmanns

(2010: 404ff.), der die politische Beteiligung des Publikums[129] in drei Funktionsgruppen unterscheidet: „diszipliniertes Zuschauen, Gewährung politischer Unterstützung und Artikulieren von Interessen und Forderungen“. Besonders die letzten beiden sind hier von Bedeutung. In Antizipation einer aktiven Rolle der Bevölkerung an möglichen Defiziten im Kommunikationsprozess zwischen den Parteien und der Gesellschaft, resultierend aus deren Rolle als (Staats-) Bürger in Verbindung mit einer modernisierungsbedingten Partizipationsveränderung, ist eine differenzierte Betrachtung jedoch unumgänglich. Dazu wird es nötig sein, die »Partei als Organisation« und nicht die kumulierten Handlungen der Mitglieder in den Fokus zu rücken. Zugespitzt auf das Problem der Anschlussfähigkeit von Kommunikationen müssen folgende Fragen beantwortet werden:

1. *Aus welchen Gründen partizipieren immer weniger Menschen in ihrer Rolle als (Staats-) Bürger am Kommunikationsprozess?*
2. *Wird das Kommunikationsangebot der Parteien von der Gesellschaft angenommen?*

129 Auch Parteimitglieder summiert Luhmann (2010: 410) unter politischem Publikum. Aufgrund der permanenten Zugehörigkeit zum politischen System werden Parteimitglieder in der vorliegenden Arbeit dem politischen System und nicht dem Publikum zugerechnet.

2. Das Kommunikationspotential der Parteien

Die Frage nach dem Umsetzungspotential der interessenbasierten Mediationsfunktion wird zunächst von Seiten der Parteien untersucht (Partizipation II). Da es in Organisationen die Mitglieder sind, welche die Funktionen in Form von konkreten Zielen umsetzen, sind es folglich die Handlungen, Kommunikationen und Interaktionen der Parteienmitglieder, denen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

Wie in Kapitel 1.4.2 bereits hervorgehoben wurde, ist es für die heutigen Parteien ein überaus wichtiges Anliegen eine Vielzahl an Mitgliedern zu besitzen. Dieses Ziel ist derart dominant, dass sich aus dessen realer Ausgestaltung eine spezifische Organisationsstruktur ableiten lässt, die innerhalb der Parteienforschung mit dem Terminus „Mitgliederpartei“ überschrieben wird. Generalogisch ist die Mitgliederpartei aus der Massenpartei hervorgegangen, deren Etablierung eng an die Durchsetzung des Massenwahlrechts zu Beginn des 20. Jahrhunderts geknüpft ist (Weber 1997: 304; Wiesendahl/Jun/Niedermayer 2009: 10; vgl. auch Kapitel 1.2.1.3). Wie der Begriff selbst vermuten lässt, ist die Existenz dieses Parteientypus an das Vorhandensein von Mitgliedern gebunden (vgl. Nickig 1999: 328), die für die Parteien selbst und für die Beziehungen zwischen Parteien und Gesellschaft spezielle Aufgaben und Funktionen erfüllen (u.a. Scarrow 1996; Wiesendahl 2006: 103ff.). Da die Parteien seit dreißig Jahren aber immer mehr Mitglieder verlieren, wird der Zusammenhang zwischen Funktionsumsetzung und Mitgliedern zunehmend problematischer eingeschätzt und die Mediationsfunktion der Parteien grundsätzlich in Frage gestellt (einleitend Biehl 2005: 26ff.).

Innerhalb der Parteienforschung hat sich zu diesem Themengebiet ein Diskurs entwickelt, an dessen einem Pol die Vertreter der „erneuerten“ (ebd.: 26) Mitgliederpartei und am anderen Ende die Niedergangsverfechter der bereits im Sterben begriffenen Organisationsstruktur »Mitgliederpartei« stehen. Dass sich dadurch auch unterschiedliche Sichtweisen auf die Rolle der Parteimitglieder ergeben müssen, resultiert logisch daraus. Der Einbezug dieses Diskurses in die vorliegende Arbeit ist aufgrund der thematischen Nähe unerlässlich und kann im Prinzip sowohl als Vorbetrachtung als auch als Forschungsstand zur Funktion-Mitglieder-Thematik verstanden werden.

Um die nachfolgenden Ausführungen auf ein solides Fundament zu stellen, wird in einem ersten Schritt zunächst der Frage nachgegangen, was unter einer Mitgliederpartei genau zu verstehen ist (2.1). Mittels dieser Darstellung lassen sich zusätzlich einige Implikationen des soziologisch fokussierten Parteienbegriffs aus Kapitel 1.4.2 erweitern, was der Begriffsbestimmung konkretere Züge verleiht. In einem zweiten Schritt wird der Mitgliederentwicklung der Parteien Aufmerksamkeit geschenkt (2.2), bevor die Diskussion zum Zustand der deutschen Parteien in den Fokus genommen wird (2.3). Dabei geht es zunächst um die (parteien-) wissenschaftliche Frage, ob sich die Mitgliederparteien gegenwärtig bereits im Niedergang befinden oder ob eine dramatisierte Einschätzung der Situation stattfindet. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die von verschiedenen Autoren vorgeschlagenen neuen Parteiorganisationsformen und deren empirische Anwendbarkeit gelegt werden müssen, ohne zunächst selbst Position im Diskurs zu beziehen. Da die Ausführungen nicht ohne explizite Verweise auf die Parteimitglieder selbst auskommen und die (Partei-) Mitgliederforschung mittlerweile respektable Ergebnisse vorweisen kann (zusammenfassend Klein 2011), geht es im Prinzip um zweierlei: *zum einen* um die allgemeine Parteiwandel- resp. Niedergangsdiskussion und *zum anderen* den damit verbundenen Mitgliederdiskurs. Die Diskussion zur Krise der Mitgliederpartei und den „konstant schwindenden Mitgliederbestände[n]“ (Biehl 2005: 34) der deutschen Parteien, die in ihrer quantitativen Ausprägung mittlerweile mit dem negativ konnotierten Begriff „Aderlass“ (Detterbeck 2009: 84; Wiesendahl 2006: 103) in Verbindung gebracht werden, bilden zwei Felder der Parteienforschung, die prinzipiell nicht unabhängig voneinander zu sehen sind (vgl. Biehl 2009: 124). Insofern ist eine Gesamtbetrachtung sinnvoll. Dementsprechend widmen sich die nachfolgenden Kapitel den (traditionellen) Ursachen des Mitgliederrückgangs (2.4), den Folgen des Mitgliederrückgangs (2.5) sowie den sozialstrukturellen Merkmalen und organisationsbezogenen Aufgaben der Parteimitglieder (2.6). Die Analyse sozialstruktureller Variablen bezieht sich dabei nicht nur auf die heutigen Verhältnisse (zweiter Erhebungszeitpunkt 2007 bis 2009), sondern vergleichend auch auf diejenigen von 1980 (erster Erhebungszeitpunkt)[130]. Diese Vorgehen ist deshalb angebracht, weil die Par-

130 Wie häufig bei Sekundäranalysen, gibt es auch hier einige Schwierigkeiten, die sich aufgrund des veränderten Blickwinkels auf die Daten und deren Verfügbarkeit ergeben (vgl. Schnell/Hill/Esser 1999: 238). Beispielsweise sind die Daten der Potsdamer Mitgliederstudie (Heinrich/Lübker/Biehl 2002), die für die Analyse des zweiten Erhebungszeitpunktes teilweise relevant sind, bereits 1998 erhoben wurden. Da einige spezielle Daten in der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 (Spier/Klein/Alemann/u.a.

teien zum ersten Zeitpunkt in der Summe die höchsten Mitgliederzahlen[131] verzeichneten (Wiesendahl 1990: 5), was aus politikwissenschaftlicher Perspektive heißt, dass die Kommunikationsbeziehung zwischen den Parteien und der Gesellschaft als (relativ) intakt einzustufen ist. Gleichzeitig erlaubt das komparative Vorgehen, eine Brücke zurück zum Diskurs der Mitgliederparteien zu schlagen. Abschließend (2.7) werden die Erkenntnisse zusammengefasst und entsprechende Schlüsse im Hinblick auf das Mediationspotential der Parteien gezogen.

2.1 Merkmale der Mitgliederparteien

Im Vergleich zu anderen Parteitypen[132], wie beispielsweise Honoratiorenparteien oder Massenintegrationsparteien, lassen sich für die Mitgliederpartei verhältnismäßig wenige ausführliche Angaben zu Merkmalsausprägungen in der Literatur finden. Die meist abgrenzende Darstellung zu anderen Parteienorganisationstypen entwickelt die Charakteristik der Mitgliederpartei eher implizit durch Vergleiche, die zudem meist nur wenige Merkmale in den Vordergrund rücken (z.B. Bendel 2004a: 556). Ferner beziehen sich einige Autoren (exemplarisch: Saalfeld 2007: 128ff.) auf historische Parteientypenentwicklungen, welche die Mitgliederpartei nicht zum Gegenstand haben (z.B. Beyme 2000: 41f.; Grabow 2000: 13).

Einer der wenigen Definitionsversuche zu den Mitgliederparteien wurde von Nickig (1999: 328) vorgelegt. Demnach zeichnet sich dieser Parteityp „durch eine möglichst breite Verankerung in der Bevölkerung und durch eine große Zahl partizipierender Mitglieder“ aus. Ungeachtet der Tatsache, dass dieser Definitionsvorschlag aufgrund der mehr oder weniger vagen Formulierung empirisch nicht un-

2011) nicht erneut erhoben wurden, bleibt nur der Rückgriff auf die vorherigen Befunde. Darüber hinaus gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Studienresultate 2007 keine Anwendung mehr finden könnten oder gar falsch wären.

131 Interessanterweise zeigen sich die Spitzenwerte der einzelnen Parteien in unterschiedlichen Jahren und bei keiner im Jahr 1980 (Niedermayer 2009: 2; Wiesendahl 1990: 4).

132 Parteien lassen sich im Hinblick auf verschiedene Merkmale klassifizieren: (1) nach der Struktur ihrer Mitglieder und Wähler, (2) nach der sozialen Herkunft ihrer Wähler, (3) nach ihrer Organisationsstruktur, (4) nach ihren gesellschaftlichen Zielen, (5) nach ihrer politisch-ideologischen Grundausrichtung, (6) nach ihrem Einzugsbereich, (7) nach ihrer Stellung zum politischen System, (7) nach dem Grad der Institutionalisierung sowie (8) nach ihrem Herrschaftsanspruch (Winkler 2010: 217). Die Typisierung als Mitgliederpartei ergibt sich aus der Organisationsstruktur in Abgrenzung zu beispielsweise Massen- und Kartellparteien.

problematisch ist, benennt er den zentralen Punkt der Mitgliederpartei, der sich mit Hilfe anderen Autoren konkretisieren lässt.

Wie aus der Kennzeichnung selbst bereits zu vermuten ist, bilden die Mitglieder den Dreh- und Angelpunkt der Mitgliederpartei[133]. Da die Mitgliederparteien eine möglichst große Parteibasis anstreben, sind ihre Rekrutierungsbestrebungen nicht ausschließlich auf bestimmte Gesellschaftsgruppen beschränkt, sondern beziehen sich im Prinzip auf die gesamte Bevölkerung[134]. Es kommt dabei aber nicht nur auf die relative Masse, sondern auch auf die Dauerhaftigkeit der Mitgliedschaft an (Wiesendahl/Jun/Niedermayer 2009: 11). Wie bei allen modernen Organisationen (vgl. Kapitel 1.4.1) ist die Parteienmitgliedschaft formal geregelt und garantiert so eine gewisse Planbarkeit im Hinblick auf die „strategische Organisationsressource" (Wiesendahl 2006: 20, Hervorhebung weggelassen) Mitglieder. Die Struktur der Mitgliederpartei ist auf die Vielzahl von Mitgliedern ausgerichtet (Alemann 2000: 128ff.), die wiederum die Organisationsstruktur aufrechterhalten. Die Parteimitglieder grenzen sich gegenüber Nicht-Mitgliedern dadurch ab, dass ihnen bestimmte Rechte und Pflichten, z.B. Mitbestimmungsrechte und Mitgliederbeiträge (Duverger 1959: 89), zugesprochen resp. abverlangt werden, die nur ihnen zu eigen sind.

> „Die demokratische[135] Mitgliederpartei besitzt also eine relativ feste Organisationsstruktur, die sicherstellt, dass ihre Mitglieder am Prozess der Politikformulierung und Entscheidungsfindung nennenswert beteiligt sind" (Wiesendahl/Jun/Niedermayer 2009: 11; vgl. auch Wiesendahl 2006: 22).

Die Mitgliederpartei selbst – genauer die Parteiführung – verspricht sich von den Mitgliedern zuvorderst ein Potential an „Humanressource[n]" (Wiesendahl/Jun/Niedermayer 2009: 11), d.h. freiwillige unentgeltliche Mitarbeit wird erwartet. Zudem bilden die Mitglieder einen großen Teil der Stammwähler, was den Parteien bei Wahlen eine gewisse (Stimmen-) Sicherheit verschafft. Darüber hinaus sind die Mitglieder als Beitragszahler eine wichtige finanzielle Einnahmequelle der Parteien und

133 Zur Geschichte der Mitgliederpartei vgl. Wiesendahl/Jun/Niedermayer (2009: 10ff.).

134 Solchen gesamtgesellschaftlichen Rekrutierungsbestrebungen sind durch die spezifischen historischen und ideologischen Wurzeln der Parteien Grenzen gesetzt. Durch sich herausgebildete, engere Beziehungen zwischen bestimmten Parteien und bestimmten Bevölkerungsgruppen, beispielsweise SPD und Arbeitern, wird die Rekrutierung bestimmter Bevölkerungsgruppen weniger wahrscheinlich, für die SPD z.B. Selbstständige.

135 Was die Mitgliederpartei u.a. zu einer demokratischen Organisation macht, ist die Tatsache, dass alle Parteimitglieder gleichberechtigt sind, was ihr Stimmrecht betrifft (§ 10 Abs. 2 PartG).

bilden das Rekrutierungspotential der politischen Führung und der Parteienführung. Da auf die Aufgaben und Funktionen der Parteimitglieder in Kapitel 2.6 ausführlich eingegangen wird, beschränken sich die Ausführungen dazu an dieser Stelle auf eine Zusammenfassung:

> „Vom Ressourcenblickwinkel aus betrachtet, bilden Parteimitglieder Beitragszahler, Stützen des Parteienbetriebs, Wahlkämpfer, Kommunikatoren und Botschafter in die Gesellschaft hinein, Seismografen für gesellschaftliche Entwicklungen und Prozesse, Ideengeber bei der Formulierung politischer Inhalte, Legitimatoren politischer Entscheidungen der Parteiführung, das Nachwuchsreservoir für die Besetzung innerparteilicher und öffentlicher Ämter und nicht zuletzt werden sie auch als Werber neuer Mitglieder gebraucht“ (ebd.: 11f.; vgl. auch Wiesendahl 2006: 16ff.).

Selbst bei dieser gebündelten Darstellung wird deutlich, dass die Parteimitglieder für die Mitgliederpartei sowohl eine herausragende organisatorische als auch eine funktionale Bedeutung haben. Besonders für den Austausch zwischen Gesellschaft und Politik (besonders das Zentrum) scheinen sie unverzichtbar, da sich insbesondere die einfachen Mitglieder an der Grenze zwischen Parteien und Gesellschaft verorten lassen und dadurch unvermittelte Kommunikationsstrukturen ausbilden können, die für den Aufbau stabiler Vertrauensverhältnisse zwischen der Bevölkerung und der Politik unerlässlich sind (Geiling/Vester 1997: 486). Darüber hinaus erfüllen die Parteimitglieder eine Legitimationsfunktion, die sich auf Parteien in ihrer Gesamtheit und auf die Bewertung politischer Entscheidungen seitens der Bevölkerung bezieht. Es lässt sich folgender Zusammenhang konstatieren: Nur Parteien, die eine hinreichend große und breite Mitgliederbasis in sich vereinigen, wird das Vermögen zugesprochen, (im Rahmen ihrer Regierungstätigkeit) Entscheidungen zu fällen, die über die Vertretung bestimmter kleiner Bevölkerungsteile (Klientelpolitik) hinausgeht (vgl. Biehl 2005: 210, 213). Hat eine Partei nur sehr wenige Mitglieder oder verliert sie einen erheblichen Teil davon, kann nicht nur die gesamtgesellschaftliche Relevanz ihrer Politik in Frage gestellt werden, sondern auch das Vorhandensein der Partei selbst (Wiesendahl 1997: 358).

In Analogie zur zusammengefassten Darstellung des soziologisch fokussierten Parteienbegriffs lassen sich die wesentlichen Merkmale der Mitgliederpartei wie folgt abbilden:

> *Mitgliederparteien zeichnen sich durch eine große und breite Mitgliederbasis aus, die unersetzliche organisatorische und schwer zu ersetzende funktionale Aufgaben freiwillig für die Partei erbringen. Als Ausgleich für ihr ehrenamtliches Engagement werden den Parteimitgliedern spezielle Rechte und Pflichten zugesprochen, die sie gegenüber Nicht-Mitgliedern abgrenzen. Zudem schafft eine Vielzahl an (dauerhaften) Mitgliedern im Hinblick auf Wählerstimmen und unentgeltliche Arbeitskraft eine gewisse Planungssicherheit bei der Parteiführung und erfüllt darüber hinaus auch legitimatorische Funktionen gegenüber der Partei und deren politischen Handlungen.*

Bezieht man diesen Definitionsvorschlag auf den in Kapitel 1.4.2 generierten Parteienbegriff, dann bietet sich eine ergänzende Leseart an. Im ersten und letzten Satz der Begriffsbestimmung heißt es:

> Aus soziologischer Perspektive handelt es sich bei Parteien in modernen Massendemokratien um politische Vielzweckorganisationen (…) Durch ihren Organisationscharakter ist den Parteien an der Akquise von Mitgliedern gelegen, die nicht nur die Parteiziele realisieren, sondern auch den Fortbestand der Partei sichern.

Der Organisationscharakter der modernen Parteien kann durch Einbezug des vorgestellten Parteienkonzeptes konkretisiert werden, denn zumindest für die deutschen Verhältnisse lässt sich aufgrund der Selbsteinschätzung der Parteien (Beerfeltz 2009; Gorholt 2009; Kahrs 2009; Lemke 2009; Niebuhr 2009; Zorzi 2009) festhalten*, dass es sich den politischen Vielzweckorganisationen in modernen Massendemokratien strukturell gesehen um Mitgliederparteien handelt.* Da dieser Parteientyp per Definition nur im Hinblick auf eine gewisse Zahl an Mitgliedern existieren kann, erklärt dies zudem das Motiv der Mitgliederakquise sowohl aus organisatorischer als auch aus funktionaler Sicht. Zudem unterstreicht das Konzept der Mitgliederpartei den hohen Stellenwert der (aktiven) Parteimitglieder bei der Realisierung der Parteifunktionen.

2.2 Mitgliederentwicklung

Bereits seit Ende der 1970er Jahre wird der Zustand der deutschen Parteien resp. des Parteiensystems zunehmend problematisch eingeschätzt. Nachdem diese Dekade als „Hochphase, als goldene Ära der Mitgliederparteien[136]“ (Wiesendahl/Jun/Niedermayer 2009: 19)[137] verstanden wird, verdeutlichen Veröffentlichungen mit Titeln wie „Parteien in der Krise“ (Haungs/Jesse 1987; Krockow/Lösche 1986) oder „Krise ohne Ende?“ (Starke 1993), dass sich die problematischen Einschätzungen zunehmend zu einer handfesten Krisendiagnose verdichteten. Als Ursache für diese Krise werden, vor dem Hintergrund zunehmender Parteien- und Politikerverdrossenheit (u.a. Bohrer 1996, Maier 2000, Rüttgers 1993; Weinacht 1994) sowie der veränderten Partizipationsbereitschaft (Klages 1998) der deutschen Bevölkerung, verschiedene Prozesse benannt (Detterbeck 2002: 14), die allesamt einen modernisierungstheoretischen Grundton anschlagen. Die Umwelt der Parteien habe sich stark verändert, zwinge sie zumindest zu Anpassungsleistungen und provoziere angesichts der anhaltenden Krisensymptome die Frage, ob der vorherrschende Parteityp der Mitgliederpartei im Hinblick auf die realen Gegebenheiten und ihrer Funktionserfüllung noch angemessen ist (einführend: Biehl 2005: 28ff.; Wiesendahl/Jun/Niedermayer 2009: 16).

Besonders dem Umstand, dass die Parteien seit den 1980er Jahren zunehmend Mitglieder verlieren (Niedermayer 2011: 2; Wiesendahl 1990: 3f.), wird in der Krisendebatte besondere Aufmerksamkeit geschenkt und obliegt mittlerweile einer differenzierten Betrachtung (u.a. Wiesendahl 2006; Wiesendahl/Jun/Niedermayer 2009a). Im Unterschied zu gewöhnlichen Schwankungen der Mitgliederzahlen (exemplarisch Veen 1983: 29; Wiesendahl 1990: 5ff.), sei das Ausmaß der Verluste für die Parteien nunmehr existenziell, denn Mitgliederparteien zeichnen sich „durch eine möglichst breite Verankerung in der Bevölkerung und durch eine *große Zahl*

136 Der Begriff „Mitgliederpartei“ kann im Sinne einer breiten gesellschaftlichen Verankerung synonym mit „Volkspartei“ resp. „catch-all-party“ (Kirchheimer 1965: 27; vgl. auch Bendel 2004a: 556; Wiesendahl 2004: 1078ff.) verwendet werden. Da der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit auf den Parteimitgliedern liegt, präferiert die Autorin den Terminus »Mitgliederpartei«.

137 Auf weitere zurückreichende historische Entwicklungen und Bewertungen der deutschen Parteien und des deutschen Parteiensystems wird in dieser Arbeit weitestgehend verzichtet. Für den an der Entwicklung der deutschen Parteien im Allgemeinen interessierten Leser sei an dieser Stelle auf Bergsträsser (1965), Dowe/Kocka/Winkler (1999), Grebing (1962), Hofmann (1993), Jesse (1990, 1992), Kaack (1971), Lösche (1994), Neumann (1986); Nipperdey (1961), Rohe (1992), Rudzio (1977), Schlangen (1979), Treue (1962, 1975), Tormin (1966) verwiesen.

partizipierender Mitglieder“ (Nickig 1999: 328, Hervorhebung C.M.) aus. Gegenüber fast zwei Millionen Mitgliedern im Jahr 1980 (Wiesendahl 1990: 4), verweisen die Befunde für 2009 auf etwas weniger als 1,4 Millionen Mitglieder der sechs größten Parteien CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne und Linkspartei (Niedermayer 2010: 225), obwohl im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung kurzfristig eine Abschwächung des Rückgangs stattgefunden hat und Parteineugründungen zu konstatieren sind.

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen für die einzelnen Parteien seit 1946 gibt *Abbildung 2.1* wieder. Es zeigt sich neben der allgemeinen Rückgangstendenz, dass es heute besonders die SPD und die Fraktionsgemeinschaft[138] CDU/CSU sind, d.h. also diejenigen Parteien, die gemeinhin mit dem Etikett „Volkspartei“[139] versehen werden (Jesse 2009: 291), die nach wie vor von starken Mitgliederverlusten betroffen sind. Die kleineren Parteien[140] FDP, Grüne und Die Linke konnten ihre Zahlen demgegenüber von 2008 bis 2009 um bis zu fast 10% steigern (vgl. ebd.). Dies kann allerdings nur als kleiner Trost verstanden werden, denn insgesamt verfügten die Parteien 2008 lediglich um ein Gesamtrekrutierungspotential von 1,98% (ebd.:

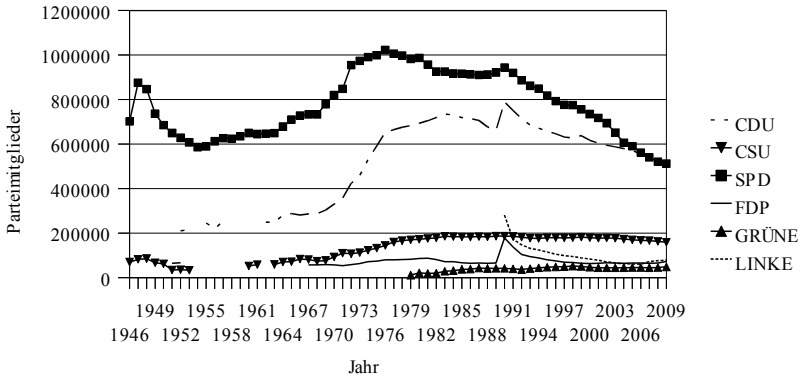
138 Obwohl es sich bei CDU und CSU formal um zwei Parteien handelt, werden sie in der Forschung häufig zusammen betrachtet (u.a. Becker 1987; Hahn 1982; Haungs 1983; Krahe/Seibel 1990; Müchler 1976). Grund dafür ist, dass es sich hierbei um „closely allied parties“ (Lijphart 1999: 69) handelt. Solche Parteien zeichnen sich durch vier Merkmale aus: Die involvierten Parteien konkurrieren nicht bei Wahlen, bilden im Parlament eine gemeinsame Fraktion, agieren stets gemeinsam entweder in der Regierung oder Opposition und sind (möglichst) dauerhaft verbunden (ebd.: 69f.). Die enge Verbundenheit von CDU und CSU zeigt sich insbesondere darin, dass beide seit 1949 eine Fraktionsgemeinschaft im deutschen Bundestag bilden und bei Wahlen niemals konkurrieren. Müchler (1976) untersucht in diesem Zusammenhang, ob es sich bei CDU und CSU um ein Koalitionsbündnis handelt. In dieser Arbeit werden CDU und CSU je nach Notwendigkeit sowohl zusammen als auch getrennt behandelt.

139 Im Hinblick auf die Volksparteien CDU und SPD existiert gegenwärtig ein eigenständiger, aber nicht grundsätzlich unabhängiger Diskurs, der sich ebenfalls mit dem Fortbestand resp. Untergang dieses Parteientyps beschäftigt. Wie Walter (2001: 3) konstatiert, seien bereits zwischen 1985 und 2001 rund 1400 Veröffentlichungen erschienen, „die die Krise der Volksparteien“ zum Thema haben. Exemplarisch sei hier auf Feist/Liepelt (1987), Jesse (2007, 2009, 2009a, 2009b), Lösche (1993, 2009), Oberreuter (2009), Rudolph (1999), Veen (1999) und Wiesendahl (1992, 1998a, 2007) verwiesen. Einen ausführlichen Einblick zur Geschichte, dem Begriff und der empirischen Evidenz der Volkspartei gibt Mintzel (1984). Einen Merkmalskatalog für Volksparteien hat Schönbohm (1985: 17f.) erstellt.

140 Obwohl die Autorin im Hinblick auf alle verfügbaren Parteien in Deutschland Eckhard Jesse (2011: 194) in seinem Ansinnen unterstützt, die FDP, die Grünen und DIE LINKE als „mittelgroß[e] Parteien“ zu bezeichnen, wird das Adjektiv »klein« beibehalten, weil sich das Größenverhältnis (über die Mitglieder) in dieser Arbeit zu CDU/CSU und SPD ergibt. Zur Unterscheidung zwischen kleinen und Großparteien vgl. auch Jandura (2007: 21ff.); Jun/Kreikenbom (2006).

226)[141] und die Zuwächse[142] bei den kleineren Parteien konnten die Verluste der großen Parteien bei Weitem nicht ausgleichen.[143]

Abbildung 2.1: Mitgliederzahlen von CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne und Linkspartei (1946-2009)



Quellen: Boyer (2005: 993ff.); Boyer/Kössler (2005: 129ff.); Franz (2005: 92ff.); Gnad (2005: 612ff.); Gniss (2005: 93ff.); Niedermayer (2010: 425); Wiesendahl (1990:4).

Obwohl der (dramatische) Rückgang der Parteimitgliederzahlen kein spezifisch deutsches Phänomen ist, sondern sich für eine Vielzahl westlicher Demokratien[144] konstatieren lässt (Mair/van Biezen 2001: 6; Scarrow 2000: 8f.; Wiesendahl

141 Insgesamt zeigt sich, dass das Rekrutierungspotential seit 1990 rückläufig ist (Niedermayer 2010: 226; 2011: 3).

142 Auch für Wählerstimmen lässt sich eine Verschiebung von den Volksparteien zu den kleineren Parteien konstatieren. Für die Bundestagswahl 2009 hält Jesse (2009a: 408) fest: „Das Charakteristikum dieser Wahl waren die dramatischen Stimmenverschiebungen von den Volksparteien zu den kleineren Parteien“.

143 Bezogen auf die Mitgliederstärke der deutschen Parteien in den 1960er Jahren konstatiert Scarrow (2002: 86) für die Situation am Ende der 1990er Jahre, trotz der enormen Verluste: „The German parties are organizationally stronger at the end of the 1990s than they were forty years earlier. All have more members, more employees, and bigger budgets than at the beginning of the 1960s“.

144 Eine kurze Einführung zum Zustand und zu Besonderheiten der Mitgliederentwicklung mittel- und osteuropäischer Demokratien geben Wiesendahl/Jun/Niedermayer (2009: 18f.). Den US-amerikanischen

2006: 65ff.), d.h. von einer „fast universellen Schwächung der Mitgliederorganisationen westeuropäischer Parteien“ (Poguntke 2000: 264) unter Berücksichtigung nationaler Besonderheiten auszugehen ist, weist insbesondere die Entwicklung der deutschen Parteimitgliederzahlen sowie die Mitgliederzusammensetzung, deren Aufgaben und Funktionen einen umfangreichen Forschungsstand auf (zusammenfassend: Wiesendahl 2006: 65ff.; Wiesendahl/Jun/Niedermayer 2009: 17ff.). Für die Bundesrepublik zeigt sich insgesamt, dass sich die deutschen Parteien trotz aller Probleme „unisono“ (Biehl 2005: 34) selbst als Mitgliederparteien verstehen (Gorholt 2009; Kahrs 2009; Lemke 2009; Niebuhr 2009; Zorzi 2009) oder sich zumindest zu ihren Prinzipien bekennen (Beerfeltz 2009).[145] Insofern halten die Parteien – sozusagen real – entgegen aller empirischer wissenschaftlicher Erkenntnisse an dem Ziel der Mitgliederpartei und der damit verbundenen Organisationsstruktur fest.[146]

2.3 Mitgliederparteien: Niedergang oder Wandel?

Aus der Diskussion um die „Krise der Mitgliederparteien“ (Dörner 2002: 760) sind zwei Lager hervorgegangen, die sich hinsichtlich der Reichweite der Problematik und der notwendigen Konsequenzen unterscheiden (Helms 1999: 439). Vor dem Hintergrund schwindender Mitgliederbestände, den diagnostizierten, ursächlichen,

Parteien hingegen ist die formale (Partei-) Mitgliedschaft fremd. „Wann immer daher im Zusammenhang mit den amerikanischen Parteien von »party members« o.ä. die Rede ist, muß zunächst geklärt werden, in welchem Sinne dieser an Vagheit kaum noch zu überbietende Begriff benutzt wird: Bisweilen werden darunter die Wähler der betreffenden Partei (...) gefaßt, bisweilen aber auch einfach diejenigen Amerikaner, die sich in Meinungsumfragen selbst als Anhänger einer bestimmten Partei bekannt haben; in anderem Zusammenhang – insbesondere in Staaten mit sog. »geschlossenen« Vorwahlen – jedoch auch jene Bürger, die bei der Wählerregistrierung die erforderlichen Angaben gemacht haben, welcher Partei sie sich zugehörig fühlen. Wegen dieser Schwierigkeiten ist die Erforschung der Parteimitgliedschaft in den USA weit weniger entwickelt als bei uns [in Deutschland]“ (Klumpian 1998: 20f.; vgl. auch Mielke 2009: 56ff.).

145 Auch Parteien in anderen westeuropäischen Ländern sind bemüht ihren Status als „Mitgliederpartei“ zu halten, wie Scarrow (1996: 209) exemplarisch festhält: „Although overall membership total have declined in recent years in each of the four parties [CDU, SPD, Labour, Conservative Party] studied here, the parties´ relations to these changes do not conform to a picture of party leaders impatiently trying to hasten the arrival of a future dominanted by foot-soldiers“.

146 D.h. auch, dass die Parteien nach wie vor große Anstrengungen Unternehmen, neue Mitglieder zu rekrutieren. Neben allgemeinen Werbemaßnahmen haben verschiedene Parteien angefangen, ihre Neumitglieder mit Bonusprogrammen zu locken. Beispielsweise belohnt die FDP ihre Neuzugänge mit der „FPD-Card“, durch die den Mitgliedern großzügige Vergünstigungen, beispielsweise beim Erwerb von Kreditkarten, zuteil werden können. Ähnliche Programme bieten die SPD und die Grünen an (vgl. Wiesendahl 2006: 151ff.).

gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen und der Erwartung, dass sich die Parteien den veränderten Bedingungen stellen – sich sozusagen ebenfalls modernisieren (Wiesendahl 1990) – stehen auf der einen Seite diejenigen Autoren, die sich für eine Erneuerung (*Wandel*) der Mitgliederparteien aussprechen (u.a. Haungs 1994; Wiesendahl 2006, 2009). Auf der anderen Seite des Diskussionsspektrums finden sich diejenigen Autoren, die bereits das Ende der Mitgliederparteien verkünden und für eine neue Organisationsform der Parteien plädieren (*Niedergang*)[147]. In einem modernisierungstheoretischen Verständnis sehen sie die Voraussetzungen für das Funktionieren von Parteien nicht mehr als gegeben und empfehlen, unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen und kommunikationstechnischen Veränderungen, umfassende interne und externe Strukturveränderungen.

2.3.1 Der Wandel der Mitgliederparteien

Innerhalb der „*Party-Change*-Perspektive“ (Wiesendahl/Jun/Niedermayer 2009: 14, H.i.O.) wird aus einer demokratietheoretischen Sicht argumentiert, dass eine Partei nur dann ihren Funktionen nach demokratischen Kriterien gerecht werden kann (vgl. Jun 2000; Wiesendahl 1990), wenn sie über zahlreiche und qualifizierte[148] Mitglieder verfügt. Die exakte quantitative Ausprägung an Parteimitgliedern bleibt dabei weiterhin ungenau (siehe Nickig 1999: 328), lässt sich aber in Bezug auf den Fortbestand der Parteien konkretisieren.

> „Zwar verfügt sie [die erneuerte Mitgliederpartei] nicht mehr über eine solch große Zahl von Mitgliedern wie die klassische Massenpartei, aber ihr gehören mehr Personen an als zur Bestandswahrung eigentlich notwendig wären“ (Biehl 2005: 27).

Hinsichtlich der Maßnahmen, die Parteien ergreifen müssen um auch weiterhin dem Typ der (erneuerten) Mitgliederpartei zu entsprechen, d.h. auch genügend Mitglieder zu rekrutieren, werden in der Literatur unterschiedlich konkrete Vorschläge[149] unterbreitet. Unter der Prämisse, dass es sich bei Parteien nach wie vor um

147 Es sei angemerkt, dass es auch Autoren gibt, für die das Konzept der Mitgliederpartei „von Anfang an eine Fiktion war“ (Nickig 1999: 383).

148 Das Kriterium »Qualifikation« als Definitionserweiterung der bloßen Mitgliederzahl weist Haungs (1994: 115) in seine Ausführungen aus.

149 Eine zusammenfassende Darstellung der erneuerten Mitgliederpartei gibt Biehl (2005: 26ff.).

> „gesellschaftlich verankerte Organisationen [handelt], die die Aufgabe haben, Interessen zu aggregieren und in den politischen bzw. staatlichen Bereich zu transportieren“ (ebd.: 26),

sieht Haungs (1994: 113ff.)[150] drei Ansatzpunkte:

1. Den Parteien müsse es gelingen, „sinnvolle Partizipationsmöglichkeiten“ (ebd.: 113) zur Verfügung zu stellen. Es sei durchaus klar, dass verschiedene Normen innerhalb von Parteien (z.B. Disziplin) mit denen der Freizeit- und Spaßgesellschaft nur schwer zu vereinen wären und deshalb insbesondere jüngere potentielle Mitglieder den Eintritt in eine Partei scheuen. Deshalb sei es unerlässlich, die Notwendigkeit parteiinterner Normen der Bevölkerung zu vermitteln.
2. Um den Bedürfnissen der jeweiligen Parteianhänger besser entgegenzukommen, sei es sinnvoll, „eine organisatorische Auflockerung und Differenzierung ins Auge zu fassen (…), [d.h.] flexiblere Organisationsformen“ (ebd.: 114) zu implementieren. Besonders parteinahe Vorfeldorganisationen (z.B. politische Stiftungen) könnten nach französischem Vorbild „assoziiert[e] Clubs“ (ebd.) bilden, die auch für (politische) Quereinsteiger attraktiv sein können.
3. Aufgrund fehlenden Ansehens und Vertrauens innerhalb der Bevölkerung resultierten die Parteienprobleme (besonders fehlende Neumitglieder) zu einem großen Teil aus dem Umstand, dass den Parteien eine „Sündenbock-Funktion“[151] (ebd.: 115) zugeschrieben werde. Wenn es den Parteien gelänge diese abzustreifen, wäre es um ein vielfaches leichter, neue Mitglieder zu gewinnen. Um das Ansehen der Parteien (wieder) zu stärken, müsse es ihnen gelingen, auf der politisch-praktischen Ebene „situationsadäquat[e] Politik“ (ebd.) zu betreiben und nicht mit Verweis auf sich selbst nur wenig aussichtsreiche Parteireformen anzustreben.

Mit derselben demokratietheoretischen Intention, allerdings aus einem anderen Blickwinkel, kämpft Wiesendahl (exemplarisch 1990, 2001: 614, 2006, 2009) bereits seit über zwanzig Jahren mit großer Leidenschaft gegen die Auffassung, die

150 Zur kritischen Auseinandersetzung mit den Ausführungen von Haungs vgl. Nickig (1999: 386f.).
151 Eine nähere Erläuterung dieser Funktion bleibt Haungs (1994) dem Leser schuldig.

Mitgliederparteien seien am Ende. Besonders die nach wie vor große Bedeutung der aktiven Parteimitglieder auf den unteren Parteiebenen stellt er regelmäßig in den Vordergrund. Da den Parteien selbst daran gelegen sei, eine große Zahl an Mitgliedern zu besitzen, sei der Wert der Parteimitglieder für die Parteieliten real außerordentlich hoch.

> „Denn die Mitgliederpartei ist im Eigeninteresse der Parteieliten kein überflüssiges Auslaufmodell, sondern Garant notwendiger Ressourcenversicherung. Wichtig hierbei ist allerdings zu erkennen, dass mediale Präsenz die unmittelbare Präsenz der Parteien vor Ort nicht ersetzt, sondern nur ergänzt, weil sonst den Parteien ihre Verbindung zur Umwelt verlustig gingen. Gerade aus diesem Blickwinkel heraus muss es Parteien daran gelegen sein, (…) immer auch dauerhafte und verlässliche Anbindungen an ihre gesellschaftliche Umwelt herzustellen und aufrechtzuhalten, für die (...) nur Mitglieder oder Unterorganisationen und grenzüberschreitende Vorfeldorganisationen von Parteien in Frage kommen (ders. 2002: 607f.).

Im Gegensatz zur (partei-) wissenschaftlichen Diskussion könne demnach in der Realität vom Ende der Mitgliederpartei keine Rede sein, auch wenn von einer „Mitgliederpartei in Reinkultur“ (ders. 2006: 178) nicht mehr auszugehen sei.[152]

> „Insgesamt scheint die Debatte um das Ende der Mitgliederpartei empirisch falsch angelegt, weil sie auf Prämissen fußt, die sich so nicht bewahrheiten lassen. Zumindest bedürfte es empirisch irgendeines stichhaltigen Beweises, dass die Parteispitzen mit ihren Organisatoren die Mitgliederpartei abgeschrieben hätten oder wenigstens die Mitgliederorganisation links liegen lassen würden. In Wahrheit sind die Praktiker klüger als die Parteienforscher, weil sie nach wie vor um den Wert eines breiten Mitgliederfundaments wissen“ (ders. 2002: 607).

Obwohl Wiesendahl (z.B. ebd.: 62ff.) mit analytischem Scharfsinn die Missstände der deutschen Parteien aufzudecken weiß und diese den tatsächlich implementierten Maßnahmen der Parteien kritisch gegenüberstellt, finden sich in den Ausführungen insgesamt nur wenige konkrete Vorschläge, wie es den Parteien gelingen könnte,

152 Jun (2009a: 250; Fußnote) weist zurecht darauf hin, dass Wiesendahl in einigen seiner Veröffentlichungen (exemplarisch 2006: 105) eine stark (demokratietheoretisch) normative Haltung einnimmt, die der deutschen Politikwissenschaft in Bezug auf die Mitgliederpartei insgesamt anhaftet. Untermauert wird der antiquarische Charakter dieser Sichtweise mit den geringeren Organisationsgraden von Parteien anderer westeuropäischer Länder. Obwohl Jun in den meisten Einzelpunkten Recht zu geben ist, ist die Verknüpfung der Argumente so nicht haltbar und dies aus zwei Gründen: Zunächst bezweifelt wohl kein Parteienforscher, dass es zwischen einzelnen Staaten erhebliche Differenzen der Mitgliederorganisation gibt. Der normative Fokus der deutschen Politikwissenschaft ändert daran auch nichts. Darüber hinaus kann diese politikwissenschaftliche Haltung vor dem Hintergrund der realen Selbsteinschätzung der deutschen Parteien durchaus ihre Berechtigung beanspruchen.

ihre „Kalamitäten“ (ders. 2002: 618) zu lösen. Eher in der Rolle als Beobachter und Gutachter verhaftet, regt Wiesendahl aber eine Vielzahl von Maßnahmen an, deren Art der Umsetzung in der Regel den Parteien selbst überlassen bleibt.

Im Rahmen eines Reformprojekts der SPD Anfang der 1990er Jahre erarbeiten Meyer/Scherer (1994) einen Maßnahmenkatalog, der die Rolle der Parteien im Anschluss an die Krisendiskussion (wieder) stärken sollte. Exemplarisch für die SPD und vor dem Hintergrund der „politische[n] Grundentscheidung, daß die SPD eine demokratische Mitgliederpartei bleiben will“ (ebd.: 129, Hervorhebung weggelassen) wurde eine, mit diesem Anspruch kompatible Organisationsform gesucht, die insbesondere auf drei Entwicklungen Antworten verspricht: gesellschaftliche Individualisierungsprozesse, Pluralisierungsprozesse und die Veränderung des Kommunikationsverhaltens innerhalb der Bevölkerung (ebd.: 129ff.). Im Grunde zielen alle Maßnahmen auf ein verändertes Kommunikationsverhalten der Partei, dessen Notwenigkeit die Ausbildung einer „*Demokratische[n] Kommunikationspartei*“ (ebd.: 131, 132, H.i.O.) begünstigt. Diese Organisationsform soll sich durch drei Faktoren auszeichnen (ebd.: 132ff.):

1. Die Hauptaufgabe der demokratischen Kommunikationspartei sei die „handlungsbezogene Organisation politischer Willensbildung durch politische Kommunikation“ (ebd.). Dazu sei es nötig, dass Parteien „zugleich Forum und Faktor“ (ebd.: 133) werden und die Kommunikationen auf allen Parteiebenen miteinander verbinden. Dabei käme es auch und besonders auf die (zu schulende) Parteibasis[153] an, der darüber hinaus mehr direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten eingeräumt werden soll.

   „Die Partei muß nicht nur an der Spitze, sondern vor allem an der Basis professionell, also handwerklich auf der Höhe der Zeit, als Mittlerin politischer Kommunikation wirksam werden (…) Die Mitglieder selbst müssen sich an der Formulierung der Politik der Partei und der Auswahl des Führungspersonals wirkungsvoller beteiligen können, damit das politische Gewicht einer Parteimitgliedschaft offenkundig ist“ (ebd.: 133f.).

2. Durch verbesserte Kommunikationsmöglichkeiten sollen Barrieren innerhalb und außerhalb der Partei (besonders Milieubegrenzungen) überwun-

153 Auf die Notwenigkeit der Qualifizierung und Weiterqualifizierung von auch ehrenamtlichen Parteimitglieder weist ebenfalls Müntefering (1993: 77) hin.

den werden. Die damit verbundene Öffnung der Partei müsse in zwei Richtungen erfolgen, d.h. „die Partei soll für gesellschaftliche Außeneinflüsse systematisch offengehalten werden und sie soll in den gesellschaftlichen Erfahrungsfeldern deutlicher und sensibler präsent sein“ (ebd.: 134). Dazu soll die Partei Nicht-Mitgliedern in Form von „*Projektmitgliedschaften*“ (ebd., H.i.O.), d.h. für temporär begrenzte Projekte mit limitierten Aktivitäten, geöffnet werden. Voraussetzung für das Funktionieren eines solchen Vorhabens sei allerdings die Abkehr von taktischen Kalkülen der Parteien hin zu reiner Dialogorientierung. Weiterhin bestehe die Notwenigkeit, Bürger in öffentliche Ämter zu bringen, „deren Sicht nicht durch die Parteierfahrung vorgeprägt ist“ (ebd.: 135). Davon, wie auch aus zu schaffenden „politische[n] Bürgerdialoge[n]“ (ebd.: 137) versprechen sich die Autoren neue Impulse aus der Gesellschaft.

3. Durch gesellschaftliche Koalitionen soll die verlorengegangene Unterstützung „moralisch-politischer Großmilieus“ (ebd.: 133) ersetzt werden. Durch den Wegfall der gesellschaftlichen Großmilieus und der damit verbundenen Partizipationsveränderungen sowie der gewachsenen Entscheidungsoptionen müsse auch die politische Kommunikationen diesen veränderten Bedingungen angepasst werden. Besonders der Umstand, dass der Kommunikationsstil verschiedener sozialer Milieus bedient werden muss, bedürfe einer gewissen Vorbereitung.

> „Die SPD zieht daraus [aus veränderten Bedingungen] die Konsequenz, sowohl an der Spitze (bezogen auf die mediengestützte Kommunikation) wie zumal an der Basis (bezogen auf die direkte Bürgerkommunikation) die Fähigkeit zur Schaffung thematischer Bürgerkoalitionen durch Kommunikation an die Stelle der haltbaren Bindung des sozialen Untersützermilieus rücken müssen (…) Eine Partei, die (…) sich als demokratische Kommunikationspartei versteht, die nicht durch Werbekünste, sondern durch rationale Dialoge in der Lebenswelt der Bürger Unterstützung für ihre Ziele sucht, muß daher vor allem ein Weiterbildungsangebot organisieren, das die Befähigung zur Organisation lebensweltlicher Kommunikationsprozesse systematisch schult“ (ebd.: 138f.).

Dass es beim Modell von Meyer/Scherer trotz des Festhaltens an der Mitgliederpartei – besonders durch den Einbezug der Mitglieder aller Parteiebenen an den strukturellen und inhaltlichen Teilneuerungen – zu einer Neubenennung des Parteityps kommt, ist ungewöhnlich, steht aber prinzipiell nicht im Widerspruch zur Intention,

wenn man die Umbenennung als Instrument begreift, das lediglich die Benennung mit der postulierten Hauptaufgabe aller Mitglieder in Übereinstimmung bringen soll.

2.3.2 Der Niedergang der Mitgliederparteien

Die Vertreter der „*Party-Decline*-Perspektive“ (Wiesendahl/Jun/Niedermayer 2009: 14, H.i.O.) sehen die Entwicklung von Parteien metaphorisch als „life-cycle“ (Harmel/Janda 1994: 262), bei dem ein Parteityp im Verlauf durch den nächsten abgelöst wird.

> „Zu jeder Zeit müssen sie [die Parteien] sich den jeweiligen gesellschaftlichen, medialen und politischen Anforderungen anpassen, um erfolgreich agieren und fortbestehen zu können. Nachdem zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts die Massenparteien die Honoratiorenparteien abgelöst hätten, seien diese wiederum in der Nachkriegsphase durch die catch-all- bzw. Volksparteien, die sich ebenfalls als Mitgliederorganisationen begriffen haben, ersetzt wurden. Momentan zeichne sich jedoch auch deren Niedergang an“ (Biehl 2005: 29).

Welcher Organisationstyp nun aber die Mitgliederpartei ablösen wird bzw. abgelöst haben soll, ist gegenwärtig nach wie vor unklar. Mittlerweile lassen sich in der Literatur (u.a. ebd.: 29ff.; Wiesendahl/Jun/Niedermayer 2009: 16) mindestens acht Konzepte verschiedener Autoren unterscheiden, deren Anspruch es ist, den tatsächlichen Organisationstyp der Parteien angemessener abbilden zu wollen. Gemeinsam ist den neuen Parteitypen, dass sie von einem (teilweise dramatischen) Bedeutungsverlust der (einfachen) Parteimitglieder ausgehen. Da es in der Realität nur noch wenige Bürger gäbe, die den Weg in eine Partei finden und, wenn sie sich zum Parteieintritt entschlossen hätten, immer seltener bereit sind, dann auch aktive Aufgaben zu übernehmen, sei es (auch aus Organisationsgründen) effizienter, professionalisiertes Personal mit vormals ehrenamtlichen Aufgaben zu betrauen.

> „Für die Parteien sind nur noch solche Bürger von Interesse, die sich aktiv in die Partei einbringen können und wollen. Die Parteien brauchen keine »stille Reserve« an Parteiangehörigen und nehmen deshalb nur Interessierte mit konkreten Partizipationsabsichten auf. (…) Mitglieder werden für ihr Engagement mit politischen Positionen, mit Ämtern und Mandaten belohnt. Entsprechend werden Parteien ihre Angehörigen zukünftig eher unter qualitativen als unter quantitativen Gesichtspunkten rekrutieren“ (Biehl 2005: 32f.).

Im Hinblick auf die Vermittlungsfunktion von Parteien sei die Reduzierung der Mitgliederzahl unproblematisch, da den Parteien durch deren Machtmotiv und dessen Realisierung durch Wahlen auch weiterhin an der Aufnahme und Umsetzung von Wählerinteressen (im weitesten Sinne also Interessen der Bevölkerung) gelegen ist. Dabei ist es gleichwohl nicht ausgeschlossen, dass die bisher identifizierbaren Beziehungen zwischen bestimmten Parteien und bestimmten Bevölkerungsgruppen aufgelöst werden, denn „Meinungsresponsivität tritt an die Stelle sozialer Repräsentation“ (ebd.: 33). Um einen Überblick über die neuen Parteitypen zu gewährleisten, werden im Folgenden die sechs am häufigsten rezipierten Konzepte vorgestellt.[154] Die Darstellung erfolgt entlang der zeitlichen Abfolge der Veröffentlichung. Eine vollständige Beschreibung wird nicht angestrebt. Vielmehr geht es (1) um die Erläuterungen zur Entstehung (Konzeptionsgründe), (2) die Kernaussage(n) resp. Merkmale des jeweiligen Konzeptes und (3) die Rolle der Parteimitglieder innerhalb des jeweiligen Parteityps.

2.3.2.1 Professionalisierte Wählerpartei (Panebianco 1988; Beyme 2000)

Bereits seit den 1970er Jahren ließen sich parteiinterne intentionale Veränderungen beobachten, die dazu geführt haben, dass „die starke außerparlamentarische Organisation einschließlich der Massenmitgliedschaft“ (Grabow 2000: 26) zunehmend an Bedeutung verliert. Im Grunde geht es dabei um eine stärkere Fokussierung der Wählerschaft, d.h. weg von Integrations- hin zu Mobilisierungsbestrebungen. Damit ist eine Professionalisierung der Partei verbunden. Hauptamtliche Experten auf den höheren Parteiebenen beobachten den Wählermarkt, helfen bei der Benennung mehrheitsfähiger Themen, entwickeln Vermarktungsstrategien für politische Spitzenkandidaten und beauftragen bei Bedarf externe Agenturen (ebd.; Saalfeld 2007: 136). Die Verlagerung des Schwerpunktes auf die Maximierung von Wählerstimmen – resultierend aus dem interparteilichen Konkurrenzgedanken – (Beyme 2000: 105)

154 Auf eine Darstellung der „Parteien der Berufspolitiker “ (Beyme 2002: 329) wird aufgrund der großen Nähe zu den Konzepten der „electoral-professional parties“ (Panebianco 1988), der „Fraktionspartei“ (Nickig 1999) und der „Kartellpartei“ (Katz/Mair 1995) verzichtet. Ebenfalls wird auf eine ausführliche Beschreibung der „Medienpartei“ (Alemann/Marschall 2002: 348) verzichtet. Über letzter gibt Lösche (1999: 16) einen kurzen Überblick.

ist nur ein Merkmal, das die „electoral-professional parties“ (Panebinaco 1988: 264) resp. „die professionalisierte Wählerpartei“ (Beyme 2000) auszeichnen.[155] Die weiteren sind (Panebianco 1988: 264; Saalfeld 2007: 136, in abgewandelter Form auch Beyme 2000: 41f.):

- herausgehobene Stellung von professionellen Parteimanagern (mit spezialisierten Aufgaben) und Vorrangstellung gewählter Parteiführung gegenüber hauptamtlichen Funktionären,
- schwache vertikale Beziehungen innerhalb der Partei,
- personalisierte Führung,
- Finanzierung durch Interessengruppen und öffentliche Mittel,
- politische Einzelentscheidungen und Führungsfragen als Schwerpunkt innerparteilicher Diskussion.

Die Verlagerung des Interessenschwerpunktes von den Mitgliedern hin zu den Wählern und die damit verbundenen Professionalisierungstendenzen schwächen die Rolle der Mitglieder insgesamt, d.h auch – und dies im Unterschied zu den anderen Konzepten – die Stellung der Mitglieder auf höheren Parteiebenen. In den Worten Panebiancos (1988: 266):

> „Bureaucrats and activists are still necessary, but their roles are now less important. Maps of organizational power have thus chanced. Members and party bureaucrats have less weight both financially speaking and as links with voters; internal leaders are thus losing some of their political clout (based as it was on unequal exchange with members and bureaucrats) while public representatives appointed through election are correspondingly gaining in importance.“

2.3.2.2 Rahmenpartei (Leif/Raschke 1994)

Durch den Übergang von der Industriegesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft sei der Massenmitgliederpartei der „Boden entzogen“ (Leif/Raschke 1994: 198) wurden. Insbesondere drei Faktoren sprächen für diese Einschätzung (ebd.: 199ff.), die anhand der Situation der SPD exemplifiziert werden :

155 Der geringe Organisationsgrad und das Fehlen formaler Parteimitgliedschaft führt dazu, dass die amerikanischen Parteien zurecht mit dem Etikett „Wählerparteien“ (Klumpian 1998: 20) versehen werden.

1. Den Parteien gehen die Mitglieder aus. Durch die Herauslösung aus traditionalen Sozialmilieus sei die Bedürfnisstruktur der Menschen mit den Anforderungen der Parteien (Disziplin, Loyalität) nicht mehr vereinbar.

   „Die demokratische Mitgliederpartei wird im Widerspruch zwischen »partizipatorischer Revolution« und massenmedialer Deformation aufgerieben“ (ebd.: 200).

2. Aufgrund von Zentralisierung und Personalisierung sei mit der Parteimitgliedschaft ein „Sinnverlust“ (ebd.) zu konstatieren. Nicht nur, dass immer weniger Mitglieder bereit seien, sich aktiv in die Partei einzubringen, diejenigen, die aktiv partizipieren, werden zudem „systematisch enttäuscht“ (ebd.)

   „Wozu soll ich [aktives Parteimitglied] die ganze Woche für die Partei arbeiten, wenn die Nicht- oder Gelegenheitsaktiven sonntags die Entscheidungen treffen?“ (ebd.: 201).

   Diese Tendenz werde durch die Einführung direktdemokratischer Elemente noch verstärkt, da diese lediglich als Instrumente für die Machtzentren fungieren, was von den Mitgliedern auch genau so wahrgenommen werde (ebd.).
3. Der Einfluss außerparteilicher Aktivitäten nehme zu. Mittels unkonventioneller Maßnahmen könne heute politisch mehr und schneller erreicht werden. Für solche Aktivitätsformen hätten die Parteien allerdings kaum Angebote zur Verfügung.

Angesichts dieser gesellschaftlichen Entwicklungen werde der Typ der „sich selbst begrenzenden Rahmenpartei“ (ebd.: 202) gefördert, der organisatorisch auf vier Kreisen aufbauen soll (ebd.: 202f.):

1. aktiv-professioneller Kern aus Abgeordneten, Hauptamtlichen, Ehrenamtlichen sowie einem Reservoire mehr oder weniger Aktiver (Funktionsträgererneuerung),
2. Sympathisanten, die der Partei nahestehen (finanzielle Förderer, Ersatz-Aktive),

3. parteinahe Sozialmilieus,
4. Wähler.

Weitere Merkmale der Rahmenpartei sollen sein: ein Mischverhältnis aus Repräsentation und Direktdemokratie, der verstärkte Einbezug von aktiven Nicht-Mitgliedern, denen für die aktive Zeit volle Mitgliedsrechte einzuräumen seien, und die Stärkung der Parteiführung, die dem Parteiführer die Letztentscheidungsgewalt einräumt.

> „Dies ist das Modell einer führungszentrierten Rahmenpartei mit einem professionellen, kontinuierlichen Rahmen, der in den Wellen gesellschaftlicher Probleme und Bewegungen durch neue Aktive aufgefrischt wird“ (ebd.: 203f.).

Insgesamt werden im Konzept der Rahmenpartei die Mitglieder auf den unteren Parteiebenen erheblich geschwächt, da sie in der Parteiorganisation überhaupt keine Rolle mehr spielen. Dies wird durch die temporär begrenzte Übertragung der Mitgliederrechte an (externe) Aktive noch verstärkt.

2.3.2.3 Kartellpartei (Katz/Mair 1995, 1996)

Die immer schwächer werdende soziale Verankerung der Parteien bei gleichzeitig steigenden Parteikosten hätten die Parteien veranlasst, sich nach anderen Ressourcen (besonders monetären) umzusehen. Da die Parteien in ihren Rollen als „governors and law-makers“ (Katz/Mair 1995: 15) dem Staat von jeher nahe ständen, sei es für sie ein Leichtes gewesen, sich diesem als Ressourcenquelle zuzuwenden.[156] Besonders die Ausweitung der staatlichen Subventionen sowie der (privilegierte) Zugang zu elektronischen und Printmedien verschafften den Parteien Vorteile und führten zur Ausbildung von Parteien als „semi-state agencies“ (ebd.: 16). Dadurch hätte sich die Beziehung zwischen Staat und Parteien grundlegend verändert.

> „In short, the state, which is invaded by the parties, and the rules of which are determined by the parties, becomes a fount of resources through which these parties not only help to ensure their

156 Dass es zu einer stärkeren Anbindung der Parteien an den Staat komme, findet sich auch im Konzept der „Partei der Berufspolitiker“ (Detterbeck 2002: 19, Fußnote).

> own survival, but through which they can also enhance their capacity to resist challenges from newly mobilized alternatives. The state, in these sence, becomes on institutionalized structure of support, sustaining insiders while excluding outsiders. No longer simple brokers between civil society and the state, the parties become absorbed by the state“ (ebd.:16; vgl. auch Poguntke 2000: 71, 2002: 791).

Auch die Beziehung zwischen den Parteien habe sich verändert, da die Parteien nun nicht mehr auf große Interparteienkonflikte angewiesen seien um ihr Überleben zu sichern. Demzufolge käme es auch verstärkt zu „inter-party collusion[s]“ (ebd.: 17), die wiederum zur Ausbildung „eines Parteienkartells“ (Detterbeck 2002: 18) führen.

> „Das Kartell besteht im Wesentlichen aus den etablierten Hauptparteien eines nationalen Parteisystems, schließt jedoch kleinere und neue Parteien an den Rändern des politischen Wettbewerbs nicht aus. Dieser Wandel des Parteienwettbewerbs hat (…) bedeutende Rückwirkungen auf die internen Machtstrukturen der am Kartell beteiligten Parteien, auf ihre Beziehungen zur gesellschaftlichen Sphäre und auf den politischen Prozess in westlichen Demokratien *perse*“ (ebd., H.i.O.).

Insgesamt identifizieren Katz/Mair (1995: 18) elf Merkmale der Kartellpartei[157], durch die sie sich von anderen Parteitypen abgrenzen:

1. relativ dezentrale Verteilung politisch relevanter Positionen,
2. Berufspolitiker,
3. Führungsfähigkeit und Effizienz als Grundlage des Parteienwettbewerbes,
4. Ausrichtung des Wahlkampfs auf Erhalt der Partei, nicht auf Wettbewerb,
5. Kostensteigerung bei Parteiarbeit und Wahlkämpfen,
6. staatliche Subventionen als Haupteinnahmequelle der Parteien,
7. Prägung der Beziehung zwischen Führung und (einfachen) Mitgliedern durch Autonomie,
8. weder bestimmte Rechte noch Pflichten für Mitglieder,
9. medienvermittelte Parteienkommunikation,
10. Parteien nicht als Vermittler zwischen Staat und Bevölkerung, sondern Teil des Staates,
11. Repräsentation dementsprechend auch als Teil des Staates.

157 Zu Kritik am Konzept der Kartellpartei vgl. grundlegend Koole (1996); zur Gegenrede vgl. Katz/Mair (1996). Zur Kritik weiterhin Wiesendahl (1999).

Die Rolle der Mitglieder auf den unteren Parteiebenen ist in der Fraktionspartei erheblich geschwächt. Nicht nur, dass ihnen keine besonderen Rechte und Pflichten eingeräumt werden, es kommt auch zu Verwischungen zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern, da auch externe Unterstützer in Aktivitäten und Entscheidungen einbezogen werden können (ebd.: 21). Im Grunde dienen Parteimitglieder nur als Instrument, um den Mythos der gesellschaftlichen Verankerung aufrechtzuhalten (ebd.: 18).

2.3.2.4 Fraktionspartei (Nickig 1999; ursprünglich Radunski 1991)

Im Anschluss an Radunski (1991) plädiert auch Nickig (1999) für einen bestimmten Typ der Dienstleistungspartei, die Fraktionspartei.[158] Aus einer (radikal) normativen Haltung heraus wird konstatiert, dass das Konzept der Mitgliederpartei – besonders im Hinblick auf den Zusammenhang von Partizipationsverhalten und demokratischer Legitimation[159] – nie der Realität entsprochen habe. Die mit der Mitgliederpartei verbundenen „illusionären Erwartungen“ (ebd.: 389) hätten dabei nicht nur die Parteiorganisation geschwächt, sondern sie seien auch mitverantwortlich „für die Erschöpfung des Parlamentarismus und der Demokratie insgesamt“ (ebd.: 383).

Da die Partizipationsbereitschaft der deutschen Bevölkerung nie besonders ausgeprägt gewesen sei und sich an diesem Zustand nichts geändert habe, sei es nun Zeit, sich den Bedingungen zu stellen und einen neuen Organisationstyp zu implementieren (Radunski 1991: 3). Die Fraktionspartei bietet sich in diesem Zusammenhang deshalb an, weil „sie sich in den Parteien [bereits zum großen Teil] durchgesetzt hat“ (Nickig 1999: 385). Die Fraktionen hätten einen Bedeutungszuwachs erfahren, was im Gegenzug die „eigentliche Parteiorganisation (…) zu Zuliefer- und Hilfsorganisationen marginalisiert“ (ebd.: 383) hätte. Besonders zwei Entwicklungen sollen diese Einschätzung untermauern :

158 Als reine Dienstleistungspartei würde die Fraktionspartei aufgrund fehlender unterscheidbarer inhaltlicher Profile „ihren Auftrag verfehlen“ (Nickig 1999: 388).

159 Nickig (1999: 386) schätzt den Zusammenhang zwischen Partizipation und Legitimation als gering ein. Da es nur sehr wenige Parteimitglieder seien, die sich auch aktiv in einer Partei engagieren, kann die Bindung an die Partei insgesamt als niedrig gelten und stellt die Legitimation über die Zahl der Mitglieder grundsätzlich in Frage.

1. Die Finanzierung der Fraktionen habe im Gegensatz zu den Parteien insgesamt eine erhebliche Ausweitung erfahren, die zudem von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen wurde (ebd.). Für die Jahre 1980 bis 1994 zeigt Nickig (ebd.) für die Zahlungen an die Landesfraktionen in Nordrhein-Westfalen eine Steigerungsrate von rund 277% auf 13.450.368 DM auf.[160] Darüber hinaus hätten sich die Mitarbeiterzahlen der Fraktionen stark erhöht und lägen mittlerweile auf einem Niveau oberhalb derer der Parteizentralen. Dadurch sei einerseits der Organisationsgrad der Fraktionen höher und anderseits käme es zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse sowie einer damit verbundenen Funktionsverschiebung.

   „Die Zielsetzung von § 1 Abs. 2 PartG, wonach die Parteien »auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluß nehmen« sollen, dürfte sich allmählich umkehren. Nicht die Parteien nehmen Einfluß auf das Parlament, sondern das Parlament in der Gestalt seiner Fraktion nimmt Einfluß auf die politische Entwicklung in den Parteien“ (Meyer 1995: 46 nach Nickig 1999: 383).

2. Mittlerweile herrsche in den Parteivorständen auf allen Organisationsebenen eine „Dominanz von Parlamentariern“ (Nickig 1999: 384) vor. Exemplarisch verweist Nickig hier u.a. auf die Zusammensetzung des Bundesvorstandes der CDU und auf den Landesvorstand der nordrhein-westfälischen CDU (beides ohne Nennung einer Jahreszahl). So bestünden 79% der Bundesvorstandsmitglieder aus Mandatsträgern auf Bundes- bzw. Landesebene. Im engeren Vorstand der CDU in Nordrhein-Westfalen seien sogar alle Mitglieder Angehörige des Bundes- oder Landtages (ebd.). Die Überlegenheit der Mandatsträger in den Entscheidungszentren führt zu der Einschätzung, dass Parteien jenseits der Fraktionen nicht mehr existieren (ebd.). Aufgrund der überproportionalen Verteilung der Parlamentarier auf allen Entscheidungsebenen sei folglich auch die Beschlussfassung fest in deren Händen. Dass an diesem Zustand die Parteibasis etwas ändern könne, sei unrealistisch.

160 Darauf, dass sowohl die Parteistiftungen als auch die Fraktionen heute mehr Gelder vom Staat erhalten als die „Parteien im engeren Sinne“, weist auch Arnim (2007: 185) hin.

> „Aufgrund der Personalunion von Fraktion und Parteivorständen werden die Sitzungen der Parteivorstände entwertet, da alle fachlichen Entscheidungen längst in den Arbeitskreisen und Gremien der Fraktion diskutiert und entschieden sind“ (ebd.: 385).

Der offensichtliche Relevanzverlust der Mitgliederbasis – sowohl organisatorisch als auch programmatisch – ist im Fraktionsparteikonzept nicht nur aus einer elitetheoretischen Perspektive resultierend, sondern auch aus Effizienzgründen erforderlich. Dabei stellen sich die nach wie vor vorhandenen „Anforderungen der Mitgliederpartei“ (ebd.) als Hemmnis dar. Anstatt sie ihrer Arbeit als Mandatsträger und Funktionär vollumfänglich nachkommen zu lassen, werde von diesen Mitgliedern erwartet an jedweder Veranstaltung bis hin zu geselligen Veranstaltungen auf den unteren Parteiebenen teilzunehmen.[161] Nichtteilnahmen würden teilweise scharf sanktioniert (ebd.).

> „Man könnte diese Situation kurzgefaßt so formulieren: Die Fraktion bestimmt zwar inhaltlich weitestgehend das Bild der Parteien, haben aber in Person ihrer Abgeordneten ein Großteil der organisatorischen Last der Mitglieder zu tragen“ (ebd.: 386).

Da die Mitgliederpartei hier noch starken Einfluss hat, kann das Konzept der Fraktionspartei nicht als umgesetzt gelten. Annäherungsweise sei es aber im Osten Deutschlands weiter verwirklicht als in den alten Bundesländern. Aufgrund der fehlenden innerparteilichen Partizipationsbereitschaft des Großteils der Parteimitglieder muss sich die Mitgliederrekrutierung von einer Fokussierung auf Quantität verabschieden und sich bei der Auswahl der Mitglieder auf „einen Kernbestand qualifizierter politisch interessierter Parteimitglieder beschränken“ (ebd.: 388). Im Sinne der Effizienz sollen die Parteimitglieder, nach ihren Fähigkeiten gruppiert, in Gremien arbeiten. Dabei gilt es, nicht nur das Ortsprinzip zu überwinden, sondern auch die Attraktivität für Quereinsteiger und Nicht-Mitglieder zu steigern (ebd.; vgl. auch Biehl 2005: 31).

161 Dass sich die Abgeordneten nicht „angemessen“ auf die Parlamentsarbeit konzentrieren könnten, sei Grund für deren Ansehensverlust in der Öffentlichkeit (Nickig 1999: 388).

2.3.2.5 Netzwerkpartei (Machnig 2000, 2001)

Konkret für die SPD exemplarisiert, identifiziert Machnig (2000) gesellschaftliche und mediale Veränderungen als Antwort auf das veränderte Wahlverhalten sowie die Herausforderungen der Informations- und Wissensgesellschaft die Netzwerkpartei[162] als neuen Organisationstyp[163]. Eine solche Partei zeichne sich, resultierend aus den erkannten Veränderungen, durch vier Kompetenzbereiche aus, die es in der Netzwerkpartei zu verwirklichen gilt (ebd.: 655ff.):

1. *Programm und Handlungskompetenz*: Aufgrund sich (rasant) verändernder gesellschaftlicher Problemfelder, neuer (globaler) Konfliktlinien sowie damit verbundener neuer Formen sozialer Ungleichheit müssen sich die Parteien (hier: SPD) von ihren alten Denk- und Handlungsschienen verabschieden und offen sein für die neuen Problemlagen und deren politische Bearbeitung.

   „Eine Partei, die auf der Höhe der Zeit stehen will, muss sich deshalb zu einer lernenden Organisation wandeln – dauerhaft. Dafür benötigt sie primär Programm- und Handlungskompetenz. Das bedeutet, sie muss gesellschaftliche Trends rechtzeitig analysieren, in zentralen Politikfeldern neue Optionen und Chancen aufnehmen, Korridore für deren Realisierung aufzeigen und sie konsequent in Regierungshandeln umsetzen“ (ebd.: 656).

   Um diesen Anspruch umsetzen zu können, sei es notwendig, „neue Bürgerkoalitionen“ (ebd.) zu implementieren, die von der sozialen Zusammensetzung weit heterogener sein sollen, als es bisher bei den Parteiangehörigen der Fall ist. Um den Parteien, auch nach ihrer zugeschriebenen Rolle im Grundgesetz, eine entscheidende Position zuzuweisen, plädiert Machnig für die Einführung von „Organisationskerne[n]“ (ebd.), die u.a. durch die Parteien repräsentiert werden. Ziel der Maßnahmen soll sein „befristete, sozial und kulturell heterogene Wählerallianzen“ (ebd.) zu bilden, anstatt sich an die immer dünner werdende und an „Überalterung“ (ebd.: 655) leidende Stammklientel dauerhaft zu binden.

162 Zur Auseinandersetzung mit dem Konzept der Netzwerkpartei vgl. auch Leggewie (2002).
163 Zur Kritik an Machnig und seinen Ausführungen vgl. Dürr (2001). Zustimmung aus den eigenen Reihen geben Scholz (2001) und Spreen (2001).

2. *Dialogkompetenz*: Die durch Prozesse wie Individualisierung vorangetriebene Milieuerosion führe zu Dialogproblemen der Parteien (hier SPD) mit der Bevölkerung (ebd.: 656). Grund dafür sei die Annahme, dass sich die Parteien aufgrund fester Milieubindungen politisch spezialisiert hätten und dadurch andere Gesellschaftsgruppen aus dem Blick verloren hätten. Zudem sei die Bereitschaft der Bevölkerung gesunken, sich langfristig an Parteien zu binden (ebd.: 657). Um (milieuübergreifende) „Bürgerdialoge" (ebd.) führen zu können, müssen die Parteien offener werden, d.h. sie müssen „verschiedene Formen der offenen Mitarbeit" (ebd.: 658) anbieten, was auch impliziert, gesellschaftliche Netzwerke auszubilden. Dadurch werde es möglich, eine Fülle von Ideen in die Partei hinein zu transferieren und für bestimmte politische Projekte Mehrheiten zu generieren.

   „Dialogkompetenz heiß zusammengefasst: Von gesellschaftlichen Multiplikatoren und Organisationen aktive Unterstützung für programmatische Zielsetzungen erlangen; unterschiedliche Interessen zu gemeinwesenorientierten Perspektiven bündeln; nicht nur Mittler sein, sondern auch als Anreger fungieren sowie Entscheidungsvorschläge zur Diskussion und zur Abstimmung stellen; politische Handlungsoptionen im Gespräch mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern formulieren; bei einer deutlichen Mehrheit in Meinungsbildung und bei Wahlen Zustimmung für das angebotene Handlungsprogramm finden" (ebd.).

3. *Kommunikationskompetenz*: Die herausragende Stellung der Medien im Vermittlungsprozess zwischen Parteien bzw. deren politischen Inhalten und der Bevölkerung bedürfe einer speziellen Kommunikationskompetenz, deren vordergründige Aufgabe es sei, „für die Verbreitung von Ideen und Werten auch Personen und Symbole ein[zu]setzen, die in den Medien komplexe Sachverhalte und Entscheidungsgrundlagen auf einfach Weise vermitteln können" (ebd.). Dahinter steht die Erkenntnis, dass eine Diskrepanz zwischen der Komplexität politischer Entscheidungsfindung und der einfach strukturierten, auf Unterhaltung und Emotionen ausgerichteten Informationsvermittlung durch die Medien existiere (ders. 2001: 125). Ziel der Maßnahmen soll sein, das Vertrauensverhältnis zwischen Parteien und Bevölkerung (wieder) zu stärken. Besonders das Fernsehen als „Leitmedium" (ders. 2000: 658) sei überaus wichtig, bedürfe aber aufgrund der einseitigen Kommunikation „regelmäßige[r] demoskopischer Untersuchun-

gen“ (ebd.), um die Außenwirkung auf unterschiedliche Zielgruppen zu evaluieren. Darüber hinaus biete das Internet die Möglichkeit, mit einer Vielzahl von Menschen in Dialog zu treten.

„Das Internet schafft die technischen Voraussetzungen dafür die SPD einem viel breiteren Publikum von Menschen zu öffnen, die den Dialog mit der Politik suchen. Damit verändert sich im öffentlichen Diskurs über politische Konzepte der Unterschied zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern“ (ebd.: 659).

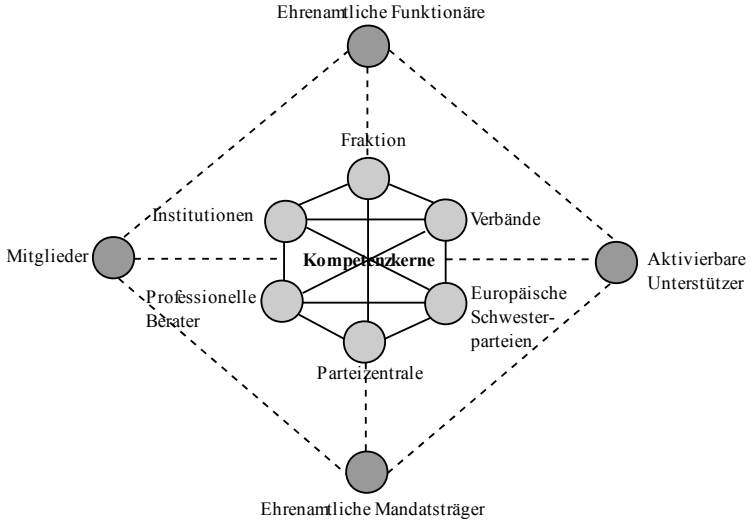
4. *Organisationskompetenz*: Um die Polarisierung der Bevölkerung aufgrund neuer Formen sozialer Ungleichheit zu verhindern, bestehe die Notwendigkeit, neue organisatorische und institutionelle Strukturen zu bilden, um so „Allianzen quer durch die sozialen Schichten der Bevölkerung“ (ebd.) zu etablieren. Die neuen flexiblen Strukturen sollen in Form von Netzwerken aufgebaut sein.

„Als lernende Organisationen[164] müssen sie [die Parteien] Netzwerke als Form strategischer Kooperation knüpfen, um schnell auf wechselnde Anforderungen reagieren zu können. Die Fähigkeit, Kompetenznetzwerke zu knüpfen und damit gesellschaftliche Veränderungen in organisatorischen und institutionellen Strukturen abzubilden, ist das zentrale Erfordernis der Organisationskompetenz einer modernen Partei“ (ebd.: 655).

Der Aufbau eines solchen Netzwerkes über zwei Ebenen biete insbesondere den Vorteil der „Flexibilität bei der Verknüpfung verschiedener Knotenpunkte“ (ebd.: 660). Im Zentrum des Netzwerkes verortet Machnig (ebd.) sogenannte „Kompetenzkerne“, denen die Etablierung und Anwendung der o.g. Kompetenzen aufgetragen ist. Um diese erste Ebene soll eine zweite vernetzt sein, deren Aktivierung im Bedarfsfall vorzunehmen sei. *Abbildung 2.2* zeigt die Organisation der Netzwerkpartei graphisch auf.

164 Auch Decker (1999: 360f.) versteht Parteien als lernende Organisationen. Frey/Wiesendahl (2004) benennen Merkmale, die eine Partei erfüllen muss, um als eine lernende Organisation gelten zu können.

Abbildung 2.2: Organisation der Netzwerkpartei



Quelle: eigene Darstellung nach Machnig (2000: 660).

Im Hinblick auf die Rolle der Parteimitglieder auf den unteren Parteiebenen gibt Machnig verhältnismäßig wenige konkrete Informationen. Wie aus der Organisationsstruktur der Netzwerkpartei ersichtlich, spielen die Parteimitglieder weiterhin eine Rolle. Man könne sie, um die Verbindung zum Wähler nicht zu verlieren, nicht vernachlässigen (ebd.: 659). Im Gegenteil: Die Kommunikation mit den unteren Parteiebenen soll gefördert werden. Dennoch kommt es in der Netzwerkpartei zu einem Relevanzverlust der Mitglieder. Nicht nur die Aufwertung der Hauptamtlichen, der Mandatsträger und externen Beratern bzw. Organisationen, sondern auch das empirische Ziel Nicht-Mitglieder zu Mandatsträgern zu nominieren, unterstreicht dies (ebd.).[165]

165 Zur Kritik an der Netzwerkpartei vgl. auch Mielke (2003: 159).

2.3.2.6 Medienkommunikationspartei (Jun 2000, 2002)

Aufgrund von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen, aufgrund der Ausdehnung elektronischer Medien sowie aufgrund von neuen, politischen Herausforderungen – dadurch und durch globale Entwicklungen hervorgerufen – sieht Jun (2002: 772f.) Handlungs- resp. Anpassungsbedarf der Parteien. Grundsätzlich sei eine Reaktion der Parteien auf Umweltveränderungen möglich, denn:

> „politische Parteien [seien] keine statischen Organisationen (…), sondern trotz aller vorhandenen Beharrungstendenzen dynamische Organisationen mit einem erheblichen Veränderungspotential“ (ebd.: 771).[166]

Es wird explizit konstatiert, dass die Umweltveränderungen der Parteien irreversibel seien und die Parteien die neuen Herausforderungen nur dann bestehen könnten, wenn „sie diese annehmen“ würden (ebd.: 788). Dies sei in Form von „Antworten“ auf „drei verschiedenen, eng miteinander verzahnten Ebenen“ (ebd.: 773) bereits initialisiert:

1. *Professionalisierung* auf der organisationsstrukturellen Ebene: Innerparteilichen Organisationsproblemen, besonders Mitgliederrückgang, Überalterung und fehlender innerparteilicher Partizipation stellen die Parteien verschiedene Maßnahmen entgegen, mit der Intention, die Mitgliederpartei und die Mitglieder zu stärken. Allerdings hätte weder die Einführung „direktdemokratischer Instrumente und Verfahren“ (ebd.: 775)[167] noch die Flexibilisierung der Organisationsstrukturen den gewünschten Erfolg gebracht. Ersteres sei eine Illusion und letzteres habe die Stellung der Mitglieder sogar geschwächt, weil die Strukturflexibilisierung die Rolle der Nicht-Mitglieder gestärkt hätte. Insgesamt sei von einer Professionalisierung der Parteien – genauer: der Parteigeschäftsstellen auf Bundes- und

166 Diese Einschätzung deckt sich mit der Auffassung von Machnig (2000: 655).

167 Die Beteiligung der Parteimitglieder an der innerparteilichen Willensbildung ist prinzipiell im Parteiengesetz geregelt. Demnach soll ihnen eine „angemessene Mitwirkung an der Willensbildung“ (§ 7 Abs. 1 PartG; vgl. auch Rudzio 1991: 145ff.) ermöglicht werden. In den letzten Jahren haben verschiedene Parteien versucht die Mitgliederbasis durch die Einführung und Erweiterung direktdemokratischer Verfahren zu stärken. Die Bilanz dieser Bestrebungen fällt ernüchternd aus (Jun 2009b: 197; Schieren 1996).

Landesebene – im Anschluss an Machnig (2000) auszugehen, die dazu führe, dass alle Geschicke der Partei in den Händen weniger qualifizierter Mitarbeiter konzentriert seien.

„Fazit: Der Trend zur organisatorischen Professionalisierung der Großparteien in Deutschland ist ungebrochen und wird von den Parteien forciert. Sie verfügen über recht gut ausgestattete Geschäftsstellen, die zusammen mit den Abgeordneten in den Fraktionen und Mitarbeitern in den Parlamenten sowie denen auf Regierungsebene und den Regierungsmitgliedern den politischen Alltag der Parteien dominieren. Die Massenmitgliedschaft dient der Legitimation nach außen, die aktive Mitgliedschaft der Mobilisierung und der Rekrutierung für öffentliche Ämter; für den innerparteilichen Entscheidungsprozess nimmt ihre Bedeutung ebenso ab wie als Wahlkampfressource“ (ebd.: 777).

2. *Medialisierung auf der elektoralen Ebene*: Die Ausdehnung der Medien habe dazu geführt, dass sich die Parteienkommunikation, sowohl intern als auch extern, verändert habe (ebd.: 778).

„Der sich beschleunigende Prozess der Expansion der Medien hat durch weiter zunehmende Kommerzialisierung und Internationalisierung eine von der Politik auf der nationalstaatlichen Ebene kaum noch zu steuernde Eigendynamik entfaltet. Hinzu kommt, dass die Einführung beziehungsweise Ausdehnung privater Fernseh- und Rundfunkstationen die Etablierung ökonomischer Rationalitäten im Medienbereich forciert hat (…) Folge der Kommerzialisierung ist eine Entpolitisierung und Boulevardisierung des Angebots in Hörfunk und Fernsehen im Sinne eines unterhaltungsbetonteren Stils“ (ebd.).

Dadurch, dass der Großteil der öffentlichen Kommunikation heute medienvermittelt sei und bestimmten Funktionslogiken unterliege (z.B. Visualisierung), hätten die Parteien sich auf diese veränderten Kommunikationsbedingungen eingestellt, indem sie gezielt durchweg symbolische Politik betreiben (ebd: 778f.). Dabei sei von einem gegenseitigen Nutzenverhältnis zwischen Politik und Medien auszugehen. Die „[p]rofessionelle Medialisierung der Politik“ (ebd.: 779) sei heute nicht nur eine der Hauptaufgaben der Parteien, sondern aufgrund des veränderten Mediennutzungsverhaltens der Bevölkerung auch notwendig. Dadurch hätte sich auch „das Verhältnis der Repräsentanten zu den Repräsentierten“ (ebd.: 781) gewandelt, was wiederum für die politischen Akteure mit Konsequenzen verbunden sei: Zunächst hätte sich die Kommunikation stark personalisiert. Im

Sinne der Medienlogik ist es einfacher, „Entwicklungen auf personales Handeln denn auf strukturelle Ursachen zurückzuführen“ (ebd.: 782). Dem hätten sich die Parteien angepasst, indem sie verstärkt Politiker in den Vordergrund stellen, die sich durch „kommunikativ[e] und visuell-darstellerisch[e] Fähigkeiten“ (ebd.) auszeichnen. Auch durch die Personalisierung begünstigt, habe sich die medienvermittelte politische Kommunikation ferner vereinfacht.

> „Durch den Visualisierungszwang des Fernsehens werden politische Prozesse vereinfacht dargestellt; symbolische Handlungen können besser erfasst werden als inhaltliche Diskussionen oder das Zustandekommen beziehungsweise die Folgen komplexer politischer Entscheidungen (ebd.: 783).

Darüber hinaus habe sich die Berichterstattung zunehmend der Unterhaltungsorientierung der privaten Fernsehanstalten angepasst. Diese Tendenz wird gemeinhin mit „Infotainment“ (ebd.: 781) überschrieben.[168] Insgesamt zeige sich der Vorteil gegenüber traditionellen Kommunikationskanälen in der Möglichkeit größere Teile der Bevölkerung mit Informationen zu versorgen. Dieser Nutzeffekt werde sich mit dem Ausbau neuer Kommunikationstechnologien, beispielsweise Internet oder satellitenbasierte Technologien, noch verstärken (ebd.: 781, 783f.).

3. *Etatisierung auf der handlungsbestimmenden Ebene*: Mit Etablierung der 1967 „im Zuge der Verabschiedung des Parteiengesetzes eingeführten Wahlkampfkostenerstattung“ sei „eine strategische Orientierung der Parteien zum Staat hin durch Inanspruchnahme staatlicher Ressourcen und Ausweitung der den Parteien zur Verfügung stehenden Positionen im öffentlichen Dienst“ (ebd.: 786) zu konstatieren. In Verbindung mit einem gestiegenen Eigeninteresse der Parteien und deren Einschätzung, „allzuständige und zentral verantwortliche Hauptanbieter politischer Leistungen“ (ebd.) zu sein, konstruierten die Parteien selbst eine multifunktionale Erwartungshaltung, deren Realisierung nur über ausgebaute Organisationsstrukturen, beispielsweise „professionelle Apparate in den

168 Dazu kritisch Wiesendahl (2011: 42).

> Bundesgeschäftsstellen und Fraktionen“ (ebd.: 786f.), möglich sei. Dieser Tendenz der Etatisierung seien prinzipiell Grenzen gesetzt, welche aber aber international verglichen bereits seit den 1970er Jahren in Deutschland auf hohem Niveau verharren (ebd.: 787).

Die Entwicklung in Richtung einer „etatisierte[n] und professionalisierte[n] Medienkommunikationspartei“ (ebd.: 789) führt an zwei Stellen zu einer Schwächung der Rolle der Mitglieder auf den unteren Parteiebenen: Zunächst führt die Flexibilisierung der Parteienstrukturen und die damit verbundene Intention, die Parteienarbeit auch für (professionelle) Nicht-Mitglieder und Quereinsteiger attraktiv zu machen, zu einem Bedeutungsverlust der Basismitglieder. Darüber hinaus führt das veränderte Kommunikationsverhalten, das sich auch parteiintern zunehmend durch Medialisierung auszeichnet, zur „Abschottung der internen Parteienkommunikation (…), was bei Mitgliedern eher Apathie denn Partizipationsbereitschaft fördert“[169] (ebd.: 788).

2.3.2.7 Probleme und Aussagekraft der idealtypischen Konzepte

In allen sechs vorgestellten Konzepten führen die Maßnahmen der Parteien zu Relevanzverlusten der Mitglieder, bevorzugt auf den unteren Parteiebenen. Besonders die Flexibilisierung der Parteistrukturen sowie die Professionalisierung der Führung und der Mandatsträger als Reaktion auf schwindende Mitgliederbestände schmälern die Bedeutung der (verbleibenden) Mitglieder erheblich. Ob dies in der Realität wirklich der Fall ist und ob die neuen Parteitypen insgesamt reales Potential haben, ist aus den Ansätzen selbst nicht abzuleiten. Denn wie Grabow (2000: 31), Wiesendahl (2001: 742) und Biehl (2005: 33) festhalten, handelt es sich bei diesen Konzepten in der Regel um idealtypische Konstruktionen[170], deren empirische Überprüfung

169 Alemann/Marschall (2002: 29f.) sehen diesen Sachverhalt differenzierter und konstatieren durch den Einsatz moderner Kommunikationsmittel unter Umständen auch eine Stärkung der Parteibasis.

170 Auch das Konzept der Mitgliederpartei trägt idealtypische Züge. Verbunden mit einem aus einem bestimmten normativen Demokratieverständnis resultierenden Partizipationsverhalten müsste die ideale Mitgliederpartei einen maximalen Organisationsgrad aufweisen. Unter Organisationsgrad wird die „Mitgliederzahl im Verhältnis zur Zahl potentieller Mitglieder“ (Poguntke 2000: 53; Fußnote) verstan-

zu Transfer- und Kompatibilitätsproblemen führten, d.h. sie können die Realität weder erklären noch an ihr falsifiziert werden. Dieser Umstand führt dazu, dass die »Party-Decline-Forschung« nur wenig greifbare Ergebnisse produziert und die Empfehlungen meist auf einer theoretischen Ebene versickern.[171] Grund dafür ist der Umstand, dass es sich bei Idealtypen lediglich um gedankliche Konstrukte handelt, die „charakteristische Zusammenhänge aus einer komplexeren Realität herauspräparieren" (Brock 2002: 167; vgl. auch van der Loo/van Reijen 1992: 12f.) sollen. Die Bildung solcher „analytische[n] Hilfsmittel" (Brock 2002: 167) geht auf Max Weber zurück, der die Typenbildung als Methode in die Soziologie einführt.

> „Damit (…) etwas *Eindeutiges* gemeint sei, muß die Soziologie (…) »reine« (»*Ideal*«-)Typen von jener Art entwerfen, welche je in sich die konsequente Einheit möglichst vollständiger *Sin*nadäquanz zeigen, eben deshalb aber in dieser absolut idealen *reinen* Form vielleicht ebensowenig je in der Realität auftreten wie eine physikalische Reaktion, die unter Voraussetzung eines absolut leeren Raums errechnet ist" (Weber 1980: 10, H.i.O.).

An einer anderen Stelle wird Weber konkreter:

> „Er [der Idealtypus] wird gewonnen durch einseitige *Steigerung eines* oder *einiger* Gesichtspunkte und durch Zusammenschluß einer Fülle von diffus und diskret, hier mehr, dort weniger, stellenweise gar nicht vorhandenen *Einzel*erscheinungen, die sich jenen einseitig herausgehobenen Gesichtspunkten fügen, zum einen in sich einheitlichen *Gedanken*gebilde. In seiner begrifflichen Reinheit ist dieses Gedankenbild nirgends in der Wirklichkeit empirisch vorfindbar, es ist eine Utopie, und für die *historische* Arbeit erwächst die Aufgabe, in jedem *einzelnen Falle* festzustellen, wie nahe oder wie fern die Wirklichkeit jenem Idealbild steht" (ders. 1991: 73f., H.i.O.).

Obgleich einige Autoren der neuen Parteienkonzepte explizit darauf verweisen, dass sich ihr Ansatz als genuine Form in der Realität nicht vorfinden lässt, d.h ein „single evolutionary model with a single dominant party type" (Katz/Mair 1996: 532) so nicht existiere und damit im Grunde die (komplexe) Struktur heutiger Parteien nicht beschrieben werden kann, zeigen die einzelnen Konzepte je spezifische Problemlagen der (Mitglieder-) Parteien auf (*Tabelle 2.1*), für die das jeweilige Parteienkonzept eine Lösung anbietet.

---

den.

171 Umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass das Konzept der Netzwerkpartei realen Anschluss gefunden hat, z.B. fordern Politiker der FDP strukturelle Veränderungen in diese Richtung (FDP-Landesverband NRW 2006).

Tabelle 2.1: Identifizierte Problemlagen in den neuen Parteikonzepten

Parteienkonzept	Problemlagen der Parteien, für die eine parteiinterne Lösung angegeben wird
Professionalisierte Wählerpartei	parteiinterne intentionale Veränderungen: Fokus von den Mitgliedern auf die Wählerschaft (Professionalisierungstendenzen)
Rahmenpartei	verändertes Partizipationsverhalten der Bevölkerung aufgrund des Übergangs zur postindustriellen Gesellschaft
Kartellpartei	Erosion sozialer Milieus, steigende Parteikosten
Fraktionspartei	grundsätzlich falsche Annahmen über das Partizipationsverhalten der Bevölkerung
Netzwerkpartei	Modernisierung (Wissensgesellschaft), veränderte Rolle der Medien, verändertes Wahlverhalten
Medienkommunikationspartei	Modernisierung, veränderte Rolle der Medien, Auswirkungen der Globalisierung

Allen Konzepten ist gemeinsam, dass die Parteien auch mit einer kleineren Zahl an (formalen) Mitgliedern funktionsfähig bleiben (Klein/Alemann/Spier 2011a: 22). In den meisten Fällen ist dazu die *Professionalisierung* eines oder mehrerer Bereiche, beispielsweise der Kommunikation oder Organisation, von Nöten. Im Hinblick auf die Organisationsstruktur besteht zwischen den einzelnen Autoren keine Einigkeit: *Einige fordern die Stärkung der Parteiführung andere plädieren für die Etablierung einer flexiblen Netzwerkstruktur.* Auf die Frage nach einer realen Umsetzung der Konzepte wird keine Antwort gegeben.

2.4 Ursachen des Mitgliederschwundes

Auf die Ursachen der rückläufigen Mitgliederzahlen der deutschen Parteien wurde in den vorangegangenen Ausführungen bereits eingegangen. Dies geschah lediglich andeutungsweise und im Kontext der jeweiligen Folgeabschätzung durch verschiedene Autoren. Da die Ursachen des Mitgliederschwundes für den in dieser Arbeit vertretenen Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Modernisierung und dem antizipierten Vermittlungsdefizit der Parteien von entscheidender Bedeutung ist, besteht die Notwendigkeit einer ausführlicheren und systematischen Darstellung.

Obwohl bereits seit den frühen 1980er Jahren Bestrebungen existieren, die Ursachen für den Mitgliederschwund herauszustellen, können heute nur wenige gesicherte Erkenntnisse aufgezeigt werden. Grund dafür ist der Umstand, dass sich die Forschung auf einem „verschlungen Gebiet“ bewegt, auf dem „wechselseitig überlagernde interne und externe, endogene und exogene Ursachen ineinandergreifen und sich infolge dessen simple monokausale Erklärungen des Krisenphänomens von vorn herein verbieten“ (Wiesendahl 2006: 62). Dass dieser Zustand bei der Betrachtung sozialer Prozesse nichts Ungewöhnliches ist, erklärt sich durch den von Simmel (1983: 4) in die Literatur eingeführten Begriff der „Wechselwirkung“, der die Dynamisierung von sozialen Zusammenhängen[172] beschreibt.[173] Aufgrund des relativ komplexen Ursachengefüges beziehen sich die meisten Autoren entweder auf nur einige wenige, d.h. auf ihre Fragestellung zugeschnittene, Faktoren (z.B. Decker 1999) oder sie geben einen kursorischen Überblick (z.B. Biehl 2005: 19ff.). Obwohl die Mehrdimensionalität der Problematik erkannt wird (ebd.: 19; Wiesendahl/Jun/Niedermayer 2009: 23), wird eine systematische Aufarbeitung in der Regel unterlassen. Auch in diesem Fall bildet eine Arbeit von Wiesendahl (ebd.: 70ff.) eine Ausnahme. Dem Autor geht es nicht darum die Ursachen der Mitgliederkrise im Allgemeinen, sondern die Gründe für das „zentrale Beitrittsproblem“ (ebd.: 63) ausfindig zu machen. Dabei spielen innerorganisatorische und gesellschaftliche Gründe eine Rolle. Dieses systematische Vorgehen weist allerdings eine Schwäche auf: Aufgrund der systematischen Differenzierung vermeidet es Wiesendahl eine Brücke zwischen parteiinternen und parteiexternen Ursachen zu schlagen. Das von ihm konstatierte Anreizproblem der Parteien (ebd.: 70ff.) wird zwar an einem Punkt auf eine Differenz zwischen präferiertem Freizeitverhalten der Bevölkerung und den tatsächlichen Partizipationsansprüchen der Parteien zurückgeführt, jedoch erfolgen keine Aussa-

172 Grundsätzlich ist bei der Analyse der Auslöser als auch der Folgen des Mitgliederrückgangs zu beachten, dass die dahinterstehenden Prozesse sozialen Charakter haben. Daraus resultiert, dass von einfachen monokausalen Zusammenhängen in der Regel nicht auszugehen ist, und dies gleich in mehrerlei Hinsicht: Einerseits ist nicht ausgeschlossen, dass sich für eine bestimmte Folge mehrere Auslöser konstatieren lassen, die entweder multikausal oder als Kausalkette die Folge bestimmen. Andererseits kann (können) eine (oder mehrere) Ursache(n) verschiedene Ergebnisse hervorbringen, die sich zudem auf verschiedene Bereiche (z.B. Parteiorganisation, Gesellschaft) beziehen. In der Summe ist die Ursache-Wirkungs-Relation demzufolge äußerst komplex, da es „um den Wirkungszusammenhang mehrerer Faktoren“ geht, der zudem unter Berücksichtigung „nationaler Besonderheiten und Traditionen“ fokussiert werden muss (Wiesendahl 2006: 70). Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird deshalb eine vereinfachte Darstellung angestrebt, ohne dabei die Stringenz der Argumentation zu reduzieren.

173 Zum Konzept der Wechselwirkung bei Simmel vgl. einleitend auch Krähnke (1999: 87ff.; 2002: 136f.) und Morgenstern (2008: 41).

gen über die Gründe eines etwaigen Wandels der Freizeitaktivitäten. Dies wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt (ebd.: 85ff.), allerdings unter einem verengten Zuschnitt auf die Mediennutzung und ohne einen Bogen zurück auf das Anreizproblem zu schlagen. Am Ende seiner Untersuchung kommt er (ebd.: 99f.) zu dem Schluss, dass die meisten Erklärungsansätze schlicht „irrelevant" oder „zu diffus" seien, um das Ausbleiben von Parteieintritten erklären zu können. Letztlich bleibt ein mehr oder weniger vages Urteil[174]:

> „Eine ungünstige Verquickung von Umständen hat dazu geführt, dass es seit Jahren schon keine förderlichen Anstöße mehr für Parteieintritte gibt, währenddessen gleichzeitig die mentalen Hürden, die von einem Parteieintritt abschrecken, in die Höhe gewachsen sind. Zu verdanken haben die Parteien ihre Nachwuchskrise sich selbst, weil ihr öffentliches Negativimage sich nicht von hausgemachtem Versagen und den skandalösen Fehlverhalten diverser Parteispitzen loslösen lässt (…) Das historisch einzigartige Zusammentreffen von kognitiver Mobilisierung, Politisierung, sozialliberaler Aufbruchsphase und bürgerlich-konservativer Gegenmobilisierung öffnete in den 70ern [1970er Jahre] die Schleusen für die Mitgliederschwemme in die Parteien hinein, die nach Auflösung dieser mobilisierungsträchtigen Konstellation wieder verebben mussten" (ebd.: 100, 102).

Obwohl Wiesendahl´s Einschätzung, dass es eine besondere Umstandskonstellation gewesen sei, welche die Parteien in den 1980er Jahren zu ihrer Hochphase an Mitgliedern verhalf, plausibel erscheint und ihm insofern Recht zu geben ist, müssen die Ausführungen zu den Gründen, warum die Parteien als politische Partizipationsmöglichkeit heute verhältnismäßig wenig genutzt werden, als unbefriedigend eingestuft werden. Zwar ist es richtig, dass die verschiedenen Erklärungsansätze zu divergenten Ergebnissen führen und dadurch in ihrer Aussagekraft mehrdeutig sind[175], aber deshalb vor der damit verbundenen Begrenztheit zu resignieren, kann wissenschaftlichen Anliegen nicht genügen. Daher wird hier ein anderes Vorgehen vorgeschlagen, das den Ursprung der Partizipationsverweigerung in gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen sieht, diese aber gleichzeitig auf das Anpassungsvermögen der Parteien bezieht. In Anlehnung an die Systemtheorie wird von folgendem Zusam-

174 Da bis heute nicht geklärt ist, wieso in den 1980er Jahren die Parteien eine große Zahl an Mitgliedern in sich vereinigen konnte, sollte die Forschungsfrage ggfs. umformuliert werden. Denn vielleicht ist nicht das heutige Ausbleiben von Parteieintritten, sondern der historisch einmalige Zulauf das zu erklärende Phänomen.

175 Bereits van der Loo/an Reijen (1992) machen darauf aufmerksam, dass Modernisierung mit paradoxen Folgen einhergeht.

menhang ausgegangen: Die Parteien als Teil des politischen Systems sind nicht unabhängig von ihrer (gesellschaftlichen) Umwelt zu sehen. Kommt es zu Veränderungen der Parteienumwelt (externe Komplexitätssteigerung), auf welche die Parteien mit Hilfe ihrer Strukturen nicht mehr hinreichend reagieren können, wird ein Anpassungsdruck innerhalb der Parteien ausgelöst (interne Komplexitätssteigerung), um diesen Missstand zu überwinden. Durch diesen (evolutionären) Modernisierungsprozess[176] kommt es zur Strukturanpassung, die gleichzeitig zur Aufrechterhaltung der Funktionserfüllung führt (Luhmann 1968: 713; 1997a: 60ff., 413ff.)[177].

> „Die innovierten Strukturen müssen dem System eingepaßt und mit seinen Umweltverhältnissen kompatibel werden, ohne daß im voraus (…) ausgemacht werden könnte, ob und wie das gelingt" (ders. 1997a.: 487).

Diese Sichtweise ermöglicht nicht nur, die Rolle der Parteien dezidiert in den Fokus zu nehmen, sie ermöglicht darüber hinaus auch verschiedene Modernisierungs- und Anpassungswellen zu unterscheiden. Es ist davon auszugehen, dass die bisherige Forschung schlechterdings vernachlässigt, *dass ein Teil der Folgen des Mitgliederrückgangs in den 1980er Jahren heute selbst Ursachencharakter haben*. Unter Berücksichtigung der zeitlichen Abfolge der antizipierten Veränderungen, erscheint deshalb eine Differenzierung in *traditionelle* und *neue* Ursachen sinnvoll. Unter traditionellen Ursachen werden hier Faktoren und Prozesse verstanden, deren Auftreten und Wirkung bereits seit den Anfängen der Krisenforschung benannt wurden, im Verlauf immer wieder bestätigt und mittlerweile zu allgemeingültigem Gedankengut innerhalb der Forschung geworden sind. Exemplarisch sei hier auf die Erosion traditioneller Sozialmilieus verwiesen. Die neuen Ursachen hingegen wurden bislang gar nicht oder in anderen Kontexten der Mitgliederforschung behandelt oder undifferenziert einfach unter Ursachen subsumiert, beispielsweise das Freizeitverhalten oder die Mediennutzung. Es ist zu vermuten, dass die Anpassungsversuche der Parteien auf die traditionellen Veränderungen als defizitär einzustufen sind und so das Aufkommen der neuen Ursachen begünstigen. Um diese Einschätzung hinreichend begründen zu können, müssen zunächst sowohl die traditionellen Ursachen als auch

176 Der Modernisierungsgedanke resultiert aus zweierlei Gründen: zum einen differenzierungstheoretisch und zum anderen strukturfunktionalistisch, weil die neu geschaffenen Strukturen „mindestens potentiell besser" (Eisenstadt 1970: 77) mit der Umwelt kompatibel sind.

177 Einen einleitenden Überblick zur System-Umwelt-Problematik und zur Evolutionstheorie geben Corsi (1997a), Esposito (1997) sowie Villányi/Junge/Brock (2009: 357ff.).

die resultierenden Folgen geklärt werden. Dies wird die nachfolgenden Ausführungen bestimmen. Auf die neuen Ursachen wird in Kapitel 3 zurückgekommen werden.

2.4.1 Traditionelle Ursachen

Die traditionellen Ursachen der rückläufigen Mitgliederzahlen der deutschen Parteien resp. das Ausbleiben von Neueintritten haben ihren Ursprung in gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen und damit in der Parteienumwelt. Angetrieben durch wirtschaftliche und soziale Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg (u.a. Geißler 2002c) lässt sich belegen, dass sich die Parteien mit erheblichen Umweltveränderungen konfrontiert sahen. Diese Veränderungen gilt es zu beschreiben, Interdependenzen der beteiligten Prozesse herauszustellen und sie im Kontext der Kommunikationsbeziehung zwischen den Parteien und der Gesellschaft zu analysieren. Obwohl mittlerweile eine Vielzahl an möglicher Ursachen in der Literatur konstatiert werden, sind es im Prinzip lediglich zwei (zusammenhängende) Faktoren, die einer theoretischen, empirischen und zeitlichen Überprüfung Stand halten: Milieuerosion und Individualisierung (Wiesendahl 2006: 99ff.).

2.4.1.1 Milieuerosion

In den 1970er Jahren zeigten zwei Veröffentlichungen erstmals einen Zusammenhang zwischen kulturellen bzw. sozialen Faktoren und dem Wahlverhalten resp. der Parteienpräferenz bestimmter Bevölkerungsteile zu bestimmten Parteien auf.[178] Die erste dieser beiden Publikationen wurde von Lepsius (1973) vorgelegt und zeigt aus einer historischen Perspektive den Zusammenhang zwischen der Ausbildung sozialmoralischer Milieus und der Entwicklung des deutschen Parteiensystems zur Zeit des Kaiserreichs bis zur Weimaer Republik auf. Die Konstruktion solcher Milieus

178 Im Unterschied zu den beiden vorzustellenden Ansätzen, die eine makrosoziologische Orientierung aufweisen, weist die bereits in den 1940er Jahren durchgeführte und 1968 erschienene Studie „The People ´s Choice“ von Lazarsfeld/Berelson/Gaudet (Übersetzung ins Deutsche 1969 „Wahlen und Wähler – Soziologie des Wahlverhaltens“) eine mikrosoziologische Perspektive auf, um das Wahlverhalten beschreiben zu können (Schoen 2005: 136).

verlangt dabei gleichzeitig eine Überwindung der ökonomischen Verengung des Klassenbegriffs.

> „Der Begriff des »sozialmoralischen Milieus« hat gegenüber dem Klassenbegriff den Vorteil eines explizit weiter gesteckten Bezugsrahmens. Ich verwende ihn hier als Bezeichnung für soziale Einheiten, die durch eine Koinzidenz mehrere Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen gebildet werden. Das Milieu ist ein sozio-kulturelles Gebilde, das durch eine spezifische Zuordnung solcher Dimensionen auf einen bestimmten Bevölkerungsteil bestimmt wird“ (ebd.: 68).

In der Summe kann Lepsius (ebd.: 63ff.) vier solcher sozial-moralischer Milieus identifizieren, welche in Kongruenz mit der Ausbildung milieugebundener Parteien zu sehen sind und das Rekrutierungspotential der deutschen Parteien bis in die 1960er Jahre bestimmten:

- das konservativ-protestantische Milieu (Konservative),
- das liberal-protestantische Milieu (Liberale),
- das sozial-demokratische Milieu (Sozialisten),
- das katholische (Zentrum).

Besonders die Geschichte der SPD lässt sich entlang der Ausbildung des sozial-demokratischen Milieus rekonstruieren. Sie ist die einzige Partei, die bereits 1875 als „Partei der organisierten Arbeiterschaft“ gegründet wurde und bis heute Bestand hat (Jun 2007: 381ff.; Heimann 1984: 2025; Walter 2002: 7).[179] Insgesamt zeigt sich, dass der Zusammenhang zwischen den Milieus und den Parteien bemerkenswert stabil ist und auch Veränderungen, beispielsweise verursacht durch die Industrialisierung, überdauert.[180] Grund dafür sei der Umstand, dass die mit den sozio-kulturellen Milieus verbundenen Wertvorstellungen durch die Parteien aufrechterhalten werden

179 Zwar lassen sich auch die sozial-moralischen Milieus mit dem Wähler- und Mitgliederpotential der CDU, CSU (katholisches Milieu) und FDP (liberal-protestantisches Milieu) in Verbindung bringen, allerdings wurden diese Parteien erst nach dem Zweiten Weltkrieg in deren jetziger Form gegründet (Becker 1987, 1995; Bösch 2007: 219; Kießling 2007: 223; Pütz 1971: 12ff., 141; Schacht 1980: 7ff.; Vorländer 2007: 276).

180 Auch Beck (1983: 49) konstatiert in Anlehnung an Weber eine Stabilität der sozial-moralischen Milieus und der resultierenden Lebensstile und Lebensorientierungen zumindest bis in die erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts.

(Hradil 2001: 463). Diese stabilen Werte resultieren aus Konflikten, die als Basis der Wertedifferenzen zwischen den einzelnen Milieus gesehen werden können.

> „Diese Subkulturen [die Milieus] sind in sich überaus komplexe Einheiten, in denen sich verschiedene kulturelle wie wirtschaftliche und politische Konflikte überlagern“ (Lepsius 1973: 76).

Genau mit solchen Konflikten als Ausgangspunkt der Parteienentstehung und der Bindung bestimmter Bevölkerungskreise an aus diesen Konflikten entstandenen Parteien, beschäftigt sich die zweite Veröffentlichung. In der von Lipset/Rokkan (1967) vorgestellten Studie im gleichnamigen Sammelband „Party Systems and Voter Alignments“ (1967a) beschreiben die Autoren den modernisierungtheoretischen Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Konfliktlinien (»cleavages«), der Entstehung von Parteien entlang dieser Konfliktlinien und der Ausbildung von (Wahl-) Präferenzen der jeweiligen Konfliktgruppen. Anders als bei Lepsius ist dieser Ansatz nicht auf das deutsche Parteiensystem beschränkt und erfuhr dadurch weit mehr – auch internationale – Aufmerksamkeit. Im Kern der Theorie geht es darum, dass tiefe gesellschaftliche Spannungen existieren, die unter bestimmten Umständen (vgl. Schmidt 2001: 43ff.) zur Ausbildung von Parteien führen können. Die Ausbildung solcher tiefgreifenden Spannungen wiederum wird für europäische Gesellschaften mit der Industriellen Revolution (ökonomische Gründe) und der Nationenbildung (kulturelle Gründe) in Verbindung gesehen (Lipset/Rokkan 1967: 14) und bedingt vier große, aus der Sozialstruktur resultierende, Konfliktpaare:

- Konflikte zwischen Zentrum und Peripherie,
- Konflikte zwischen Staat und Kirche,
- Konflikte zwischen Stadt und Land,
- Konflikte zwischen Arbeit und Kapital.

Für die Situation in Deutschland sind insbesondere die Differenzen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen sowie der Konflikt zwischen Staat und Kirche prägend (Hradil 2001: 463; Lijphart 1999: 78). Mit diesen Konfliktlagen wird sowohl die Entstehung der SPD, der FDP sowie der Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU in Verbindung gebracht, die jeweils eine bestimmte Konfliktgruppe politisch vertre-

ten und ihrerseits aus diesen Gruppen ihr Mitglieder- und Wählerpotential beziehen. Ähnlich den Ausführungen von Lepsius konstatieren Lipset/Rokkan (1967: 50) eine Stabilität der Verbindung zwischen den Konfliktgruppen und den Parteien, was zum Einfrieren („freezing") des Parteiensystems geführt habe. Obwohl teilweise umbenannt, entsprächen die Parteien der 1960er Jahre im Prinzip denjenigen der 1920er Jahre.

> „[T]he party systems of the 1960´s reflect (...) the cleavage structures of the 1920´s. This is a crucial characteristic of Western competetive politics in the age of »high mass consumption«: the party alternatives, and in remarkably many cases the party organizations, are older than the majorities of the national electorates" (ebd., Hervorhebung weggelassen).

Spätestens seit den sechziger Jahren des vergangen Jahrhunderts begann der Zusammenhang zwischen den sozial-moralischen Milieus resp. der Konfliktstruktur und dem daraus resultierenden Wähler- und Mitgliederpotential der Parteien zunehmend Instabilitäten aufzuweisen. Im Zuge von *Tertiärisierung* und *Säkularisierung* sei es zur Erosion traditionaler Sozialmilieus gekommen, wodurch den Parteien ihre traditionalen Mitgliedermilieus verloren gingen. Aufgrund dessen, dass sich die veränderte Sozialstruktur nicht mehr entlang gesellschaftlicher Großgruppen konstituiert, die sich primär entlang der Konfliktlinien Arbeit und Religion beschreiben lassen, liefen die Parteien Gefahr, ihre „soziologische Verortung" (Sontheimer/Bleek 2002: 260) einzubüßen. Damit ist auch ein Auftauen bzw. „*unfreezing*" (Rokkan nach Flora 2000: 34, H.i.O.) des Parteiensystems verbunden. Besonders die Gründung der Partei Die Grünen zu Beginn der 1980er Jahre wird mit der Ausbildung eines neuen »ökologischen« Cleavage (vgl. Gabriel 1993: 108; Weßels 1997: 212ff.) in Verbindung gebracht (Klein/Falter 2003: 19ff.; Probst 2007: 173; Raschke 1993: 57ff.). Aber auch die Frage, ob die Teilung Deutschlands resp. die Wiedervereinigung zu neuen Konfliktlinien geführt haben, wird unter verschiedenen Schwerpunkten immer wieder thematisiert (Görl 2007; Roller 2002). Daneben existieren Fragestellungen, die sich mit dem heutigen Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Politik insgesamt auseinandersetzen (Brettschneider/van Deth/Roller 2002) sowie Versuche, die traditionelle Einteilung der Konflikte weiterzuentwickeln um so deren moderne Formen herauszustellen (Niedermayer 2008). Im Bereich der sozial-moralischen Milieus zeigen Studien (z.B. Vester 1997; Vester/von Oertzen/Geiling/u.a. 2001: 23ff.),

dass es zur Ausbildung neuer Milieus gekommen ist, die sich zweidimensional über die soziale Lage und Grundorientierung abbilden lassen und zwischen denen es zu Überschneidungen kommt (exemplarisch: Hradil 2001: 433). Die mit Modernisierung in Verbindung zu bringende Komplexitätssteigerung der Gesellschaftsstruktur kann mittels dieser Dimensionenunterscheidung empirisch nachgewiesen werden. Im Vergleich zu den traditionellen Milieus sind die heutigen kleiner, zahlenmäßig umfangreicher, zwischen den neuen und alten Bundesländern nicht identisch und nach wie vor Wandlungstendenzen ausgesetzt (ebd.: 433f.). Zudem kommt es nicht nur zu Überlagerungen der einzelnen Milieus, sondern auch zur Ausdehnung eines speziellen Milieus über mehrere soziale Lagen und/oder Wertebereiche.

Explizit für den politischen Bereich hat Neugebauer (2007) eine Studie vorgelegt, die sich mit politischen Milieus beschäftigt. Unter einem solchen Milieus versteht er schlicht „Gruppen von politisch Gleichgesinnten“ (ebd.: 22). Seiner von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Analyse folgend, existieren heute neun politische Milieus, deren Merkmale sich anhand der Ausprägungen demographischer Schwerpunkte, beruflicher Situation und beruflicher Orientierung, finanzieller Situation und materieller Orientierung, Lebensbewältigung, Einstellung zu Staat und Gesellschaft, Politik und Parteien sowie Wahlverhalten unterscheiden und die sich entlang der Wertekonflikte Libertarismus vs. Autoritarismus, Soziale Gerechtigkeit vs. Marktfreiheit sowie Religiösität vs. Säkularität einteilen lassen. Zu Gruppen gebündelt, glaubt Neugebauer (ebd.: 68) in Anbetracht der prozentualen Verteilung innerhalb der Gesellschaft von einer „Drei-Drittel-Gesellschaft“ sprechen zu können (vgl. *Tabelle 2.2*).

Tabelle 2.2: Politische Milieus, Wahlverhalten und Parteineigung nach Neugebauer (2007: 69ff.)

Position und prozentuale Ausprägung innerhalb der Gesellschaft	Politisches Milieu	Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl sowie Parteineigung
Oberes Drittel (45%)	Leistungsindividualisten	Wahl: FDP (52%), Offenheit für SPD (33%) Neigung: FDP
	Etablierte Leistungsträger	Wahl: CDU (61%), FDP (6%); SPD (28%) Neigung: CDU/CSU
	Kritische Bildungseliten	Wahl: SPD (38%), GRÜNE (20%), Linkspartei/ PDS (18%) Neigung: alle Parteien des linken Spektrums
	Engagiertes Bürgertum	Wahl: SPD (44%), GRÜNE (15%), Offenheit für CDU/CSU (31%) Neigung: SPD (und GRÜNE)
Mittleres Drittel (29%)	Zufriedene Aufsteiger	Wahl: CDU (54%), Offenheit für SPD (33%) Neigung: CDU/CSU
	Bedrohte Arbeitnehmermitte	Wahl: SPD (44%), Offenheit für CDU/CSU (39%) Neigung: (schwach) SPD
Unteres Drittel (26%)	Selbstgenügsame Traditionalisten	Wahl: CDU/CSU (49%), SPD (40%) Neigung: CDU/CSU, SPD
	Autoritätsorientierte Geringqualifizierte	Wahl: CDU/CSU (49%), Offenheit für SPD (36%) Neigung: SPD
	Abhängiges Prekariat	Wahl: SPD (32%), CDU/CSU (26%), Linkspartei/PDS (26%), rechtsextreme Parteien (6%) Neigung: (schwach) Linkspartei/PDS (SPD)

Was die Tabelle verdeutlicht, ist die Erkenntnis, dass von einer eindeutig abgrenzbaren Parteineigung der einzelnen Milieus kaum noch gesprochen werden kann. Zwar zeigen sich einige Muster, beispielsweise finden sich die meisten Anhänger extremistischer Parteien beim abhängigen Prekariat und die Anhänger der FDP lassen

sich überwiegend am oberen Ende des oberen Gesellschaftsdrittels verorten, allerdings rekrutieren die Parteien ihre Anhänger auch aus den übrigen Milieus, wenn auch in unterschiedlicher Quantität (ebd.: 100). Im Gegensatz zur Situation vor und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ist das Rekrutierungspotential der Parteien nun zwar prinzipiell größer, aber auch heterogener, da verbindliche „ideologisch[e] Lager“ (Vester/von Oertzen/Geiling/u.a. 2001: 103) nicht mehr existieren und damit großgruppenprägende Mentalitäten kaum noch eine Rolle spielen.

> „Doch die Stammwählermilieus schrumpfen nicht nur, sondern begannen auch ihren einstmals über die gemeinsame soziale Lage definierten internen Zusammenhalt und darüber ihre kollektive Prägekraft einzubüßen. Milieuspezifische Homogenisierungs- und Einbindungseffekte verloren in dem Maß an Wirkungskraft, wie individuelle Mobilität und wachsender Medieneinfluss die Milieuverhältnisse von innen aushöhlten. Heute geht der innere Zusammenhaltsverlust mitten durch die Gesellschaftsgruppen hindurch, die einstmals als politische repräsentations- und bündnisfähige gesellschaftliche Lager angesehen werden konnten. Ähnliche soziale Lage erweist sich so als immer weniger kollektiv bewusstseins- und mentalitätsprägend“ (Wiesendahl 2006: 76).

2.4.1.2 Individualisierung

Die Erosion der traditionellen Milieus und der damit verbundene Verlust traditioneller Rekrutierungslager werden in der Regel mit dem Prozess der *Individualisierung*[181] in Verbindung gebracht und verweisen in Assoziation mit dem Übergang zur (Welt-) Risikogesellschaft auf einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandlungsprozess.[182] Wie Beck (1983, 1986) konstatiert, führten gesellschaftliche, technische und politische Entwicklungen seit den 1950er Jahren, wie beispielsweise die Ausdehnung sozialer und geographischer Mobilität, der Ausbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates und die Ausweitung der Arbeitsmarktdynamik zu Veränderungen der

181 Im Sinne der historischen Typologie von Individualisierungsprozessen handelt es sich hier um den vierten Individualisierungsschub (Junge (2002b: 37ff.). Dieser zeichnet sich dadurch aus, dass dem Individuum erstmals eine aktive Rolle im Gesellschaftsprozess zugeschrieben wird. Eine mögliche Verbindung zwischen Individualisierung und politischen Präferenzen wurde von Quandt (2008) empirisch untersucht.

182 Unter Individualisierung lässt sich ganz allgemein die „Herauslösung des Einzelnen aus traditionalen Sozialbeziehungen“ (Schroer 2000: 13) verstehen. Im vorliegenden Zusammenhang (vierter Individualisierungsschub) bedeutet dies die Herauslösung aus den Strukturen der modernen Industriegesellschaft (Beck 1996).

menschlichen Lebensbedingungen, die in erster Linie durch Wohlstandssteigerung geprägt seien. Da alle Klassen resp. Schichten von dieser Steigerung profitieren, blieben die Ungleichheitsrelationen auf einem höheren Niveau (»Fahrstuhleffekt«) zwar bestehen, der klassisch-moderne[183] Verteilungskonflikt tritt dadurch aber in den Hintergrund, was die integrative Wirkung solche Konflikte schmälert (Volkmann 2000: 34), d.h. der großgruppenkonstituierende Effekt wird marginalisiert.

> „In diesem Sinne soll (...) gezeigt werden, daß durch Niveauverschiebungen (Wirtschaftsaufschwung, Bildungsexpansion usw.) subkulturelle Klassenidentitäten zunehmend weggeschmolzen, »ständisch« eingefärbte Klassenlagen enttraditionalisiert und Prozesse einer *Diversifizierung* und *Individualisierung* von Lebenslagen und Lebenswegen ausgelöst wurden, die das Hierarchiemodell sozialer Klassen und Schichten unterlaufen und in seinem Realitätsgehalt zunehmend in Frage stellen“ (Beck 1983: 36, H.i.O.).

Gleichzeitig bilden sich, hervorgerufen durch nicht-intendierte Modernisierungsfolgen, neue technische und gesellschaftliche Risikolagen heraus, die „durchaus auch quer zu den Strukturen gesellschaftlicher Ungleichheiten liegen können“ (ebd.: 26). Diese (neuen) Risiken können die Ausbildung des Kollektivbewusstseins außerhalb des klassischen Klassenbewusstseins beeinflussen. Es kommt zur *Pluralisierung* von Interessenlagen, welche die Parteien in ihrem (modernen[184]) Kern treffen.

> „Im Zeitalter des und [sic!] wird nicht nur die Abgrenzung und Profilierung der Parteien gegeneinander immer unglaubwürdiger, skurriler, parallel wird auch durch die Individualisierungsprozesse die Zuordnung zu den Gesinnungsgemeinschaften in Gesellschaft und Politik immer schwieriger (…): Wer bei welchem Thema und Kandidaten warum wie votiert, folgt keinem berechenbaren, abrufbaren Schema mehr. Individualisierung destabilisiert das Großparteiensystem von innen her, weil sie Parteibindungen enttraditionalisiert, entscheidungsabhängig oder, von der Parteienseite her betrachtet, herstellungsabhängig macht“ (ders. 1993: 223, Hervorhebung weggelassen).

Die Wahrnehmung gemeinsamer Interessenlagen kann zu sozialen Zusammenschlüssen führen, die nicht aus irgendeinem tradierten Handlungszusammenhang, bei-

183 Der Verschiebung vom klassisch-modernen Verteilungskonflikt zur Vergesellschaftung über neue Risikolagen geht nach Beck (1996) mit einem Epochenwechsel einher. Die klassische »erste« Moderne werde durch die »zweite« resp. »reflexive« Moderne abgelöst: „»Reflexive Modernisierung« soll heißen: Selbsttransformation der Industriegesellschaft (…); also Auf- und Ablösung der ersten durch durch eine zweite Moderne“ (ebd.: 27, Hervorhebung weggelassen).

184 Zum Verhältnis von Parteien und Moderne vgl. Kapitel 3.

spielsweise berufsgruppenspezifische Verhaltensweisen, resultieren (Hitzler 1997: 176)[185], sondern das Ergebnis individueller Betroffenheit sind (Stichwort „Subpolitik“, vgl. Kapitel 3.1.1.1). Solche Betroffenheitsempfindungen können sich u.a. aufgrund räumlicher Ähnlichkeiten, z.B. Nachbarschaftsverhältnisse, oder aufgrund ähnlicher biographischer Faktoren, beispielsweise der Übergang in die Elternschaft, ausbilden.

> „Vielleicht sind es Ereignisse wie der geplante Straßenzug in der Nähe des eigenen Gartens, die sich verschärfende Schulsituation der Kinder oder die in der Umgebung entstehende Atommülldeponie, die Aspekte des »Kollektivschicksals« sehr viel spürbarer und direkter zur Geltung bringen, als die abstrakt werdende soziale Klassenlage (…) In der individualisierten Gesellschaft wird auf dem Hintergrund latent virulenter Klassendifferenzierungen der Boden bereitet für neue, bunte, die bisherigen Schematisierungen sprengende Konflikte, Ideologien und Koalitionen: mehr oder weniger themenspezifisch, keineswegs einheitlich, sondern situationsspezifisch, personenbezogen und immer unter dem einem Gesichtspunkt auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen: Sie unterlaufen die gewohnten Polarisierungen der traditionalen Klassenzugehörigkeit“ (Beck 1983: 56).

Die je nach Interessenlage variierenden „Zweckbündnisse“ (ebd.) bedingen meist keine permanente Zugehörigkeit, da sie im Gegensatz zu Interklassenkonflikten (Cleavages) keinen unüberwindbaren Zustand darstellen und in der Regel damit nicht das ganze Leben, sowohl inhaltlich als auch zeitlich, bestimmen. Da aufgrund der Individualisierungstendenzen insgesamt ein höheres Variationspotential innerhalb der Lebensplanung besteht, kann von schicht- bzw. klassentypischen Biographien im traditionellen Sinne keine Rede mehr sein, was ebenfalls Auswirkungen auf die Geschlechterbeziehung, die Familie und die Sozialisation hat (ders. 1986: 161ff., 1993: 149ff.). Die individualisierten Lebensverhältnisse, d.h. das Fehlen stabiler, langfristiger Lebensperspektiven, steht in engem Zusammenhang mit einem generellen Trend innerhalb der Partizipationsforschung. Demnach sei für den individualisierten Menschen bezeichnend, dass er sich „grundsätzlich von dauerhaften organisatorischen Bindungen fern[hält] und (…) stattdessen punktuelle, zeitlich und thematisch begrenzte Engagementformen“ präferiert (Wiesendahl 2006: 77). Dies gelte sowohl für den politischen Bereich als auch für andere Formen der Partizipati-

185 Die Auflösung tradierter Handlungszusammenhänge ist direkt mit dem Individualisierungsprozess verbunden. Nach Beck (1983: 206, H.i.O.) zeichnet sich der Prozess durch drei Dimensionen aus: Freisetzung, Entzauberung und Reintegration. Die Entzauberungsdimension bewirkt dabei den „*Verlust von traditionellen Sicherheiten*, im Hinblick auf Handlungswissen, Glauben und leitende Normen“.

on, z.B. das bürgerschaftliche Engagement. Im politischen Bereich zeige sich dieser Trend zur temporären Partizipationsbereitschaft nicht nur anhand der schwindenden Parteimitgliederbestände, sondern auch in Form rückläufiger Mitgliederzahlen parteinaher Institutionen. Die traditionell wichtigsten Einrichtungen dieser Art sind die Gewerkschaften und die Kirchen. Empirische Befunde (Krack-Rohberg/Weichs 2008: 398f.; Weßels 2008: 395) zeigen, dass sich diese ebenfalls mit sinkenden Mitgliederzahlen konfrontiert sehen. Obwohl hier der Rückgang gegenüber den Parteien nicht so gravierend scheint[186] und die „Deutsche Parteimitgliederstudie" zeigt, dass es nach wie vor eine gewisse milieuspezifische Parteineigung gibt (Spier 2011: 53f.), lässt sich ein Zusammenhang zwischen den Mitgliederzahlen der parteinahen Organisationen und der Parteien konstruieren, welcher sich negativ auf die Rekrutierungsleistung auswirkt: Wenn die Beitrittsentscheidung zugunsten einer Organisation (z.B. Gewerkschaft) positiv getroffen wurde, scheint auch die Bindung an thematisch oder ideologisch kompatible Organisationen (z.B. Partei) wahrscheinlicher zu werden.[187] Da die Menschen aber immer weniger bereit sind, sich überhaupt dauerhaft an Organisationen zu binden, kommt dieser Zusammenhang immer weniger zum Tragen. Insofern verlieren auch die parteinahen (Vorfeld-) Organisationen zunehmend ihren Rekrutierungscharakter für die Parteien. Besonders das Ausbleiben von Neueintritten der jungen Generation wird damit in Verbindung gesehen, da für diese eine dauerhafte Organisationszugehörigkeit kaum noch eine Rolle spielt. Grund dafür sei der Umstand, dass durch Milieuerosion „Bindungstraditionen zu Lagerparteien" (Wiesendahl 2006: 75) nicht mehr sozial vererbt werden (können).

2.4.1.3 Kommentierte Zusammenfassung

Obwohl die Befundlage zu den traditionellen Gründen des Mitgliederschwundes in ihrer Quantität eher dürftig ist, zeigt sich, dass sich die Parteien zunächst (erste Welle) mit Veränderungen der sozialen Umgebung konfrontiert sahen. Sowohl die Milieuerosion als sozialstrukturelle Entwicklung als auch der damit in Verbindung stehende Individualisierungsprozess als Ausgangspunkt von Pluralisierung führten

186 Vgl. Alemann/Heinze/Schmid (1998).
187 Dieser Zusammenhang lässt sich auch für die jüngere Generation der Unterdreißigjährigen bestätigen (Rump/Eilers 2013: 102).

dazu, dass sich die historisch gewachsene Kongruenz zwischen den Parteien und deren Umwelt mehr und mehr auflöste. Augenscheinlich führte dieses Auseinandertreten zum Ausbleiben von Parteieintritten. Da die politischen Interessenvertretungsangebote der Parteien auf spezifische Gesellschaftsgruppen entlang der Konfliktlinien zugeschnitten waren, diese Gruppen aber immer kleiner wurden, schrumpfte auch das damit zusammenhängende Rekrutierungspotential. Anders ausgedrückt: Das Partizipationspotential ging zurück. In der Konsequenz ist zu vermuten, dass dadurch auch bestehende Kommunikationsstrukturen zwischen den Parteien und der Gesellschaft gekappt wurden. Es entwickelten sich erste mediationsbezogene Unzulänglichkeiten. Um dem entgegenzuwirken, müssen sich die Parteien den veränderten Umweltbedingungen so anpassen, so dass es ihnen gelingt, die neuen sozialen Gruppen als Mitglieder zu gewinnen und neue Kommunikationsstrukturen aufzubauen. Dahinter versteckt sich eine Modernisierungsleistung der Parteien. Wie sich im Verlauf der Arbeit herauskristallisieren wird, sind die Parteien hochgradig unflexibel. Diese Eigenschaft verdanken sie im Wesentlichen ihrem Organisationscharakter und ihrer Stellung innerhalb des politischen Systems (vgl. auch Kapitel 3). Dadurch wird einerseits die Umweltanpassung erschwert, anderseits verfestigen sich aber auch Anpassungsdefizite, die beispielsweise ein Generationenkonflikt begünstigen. Als Folge reproduzieren sich Fehler innerhalb der Mediationsfunktion immer wieder selbst. Das Problem wird zirkulär.

2.5 Die Folgen des Mitgliederrückgangs für die Parteien

Der Rückgang der Parteimitgliederzahlen in Deutschland hat zuvorderst Auswirkungen auf die Parteien selbst (Wiesendahl 2006: 44ff.), die im Folgenden näher zu beleuchten sind. Grundsätzlich sollte bei der Darstellung nicht vergessen werden, dass sich die deutschen Parteien trotz der sinkenden Mitgliederzahlen selbst als Mitgliederparteien verstehen (vgl. Biehl 2005: 34; Wiesendahl 2006: 172f.) und verstärkt Anstrengungen unternehmen, neue Mitglieder zu werben (z.B. Biehl 2011: 120; Wiesendahl 2006: 151ff.). Neben der definitorischen und daraus resultierenden orga-

nisatorischen Notwendigkeit, eine große und breite Mitgliederbasis zu besitzen, ist es der eindeutige Befund der Mitgliederforschung, dass der unbefriedigende Mitgliederstand nicht durch gehäufte Austritte, sondern durch geringe Neueintritte verursacht wird.

> „Der Problemkern des allgemeinen Mitgliederschwundes ist, dass es in immer stärkerem Maße zu einem Fehl [sic!] an Neumitgliedern kam [seit den 1970er Jahren], ohne die Abgänge kompensieren zu können" (Wiesendahl 2006: 49; vgl. auch ders. 1997: 354ff.).

Besonders gründlich erforscht sind drei Bereiche, in denen sich durch den Mitgliederrückgang Probleme ergeben: (a) die Altersverteilung der Parteimitglieder weicht erheblich von der der Gesamtbevölkerung ab, (b) die personellen und finanziellen Ressourcen der Parteien schwinden und (c) der Anteil der Kernwähler geht bei gleichzeitiger Zunahme an Wechselwählern zurück. Letzteres hat gravierende Auswirkungen auf die Wahlkampfstrategien und den Umfang der Wahlkämpfe. Die folgenden Darstellungen zu diesen drei Problemkomplexen beinhalten neben der Darstellung der aktuellen Situation auch vergleichende Angaben zur Situation der Parteien im Jahr 1980. Dadurch eröffnet sich die Möglichkeit die tatsächliche Relevanz für den aktuellen Mitgliederdiskurs zu bestimmen.

2.5.1 Altersverteilung

Den deutschen Parteien fällt es immer schwerer, junge Menschen für sich zu begeistern[188]. Mit Ausnahme der FDP und der Grünen, die in diesem Punkt Spitzenwerte von 10,7% bzw. 13,3% vorweisen können, lag 2007 der Mitgliederanteil der Unterdreißigjährigen lediglich zwischen 5% und 6% (Niedermayer 2010: 431). Damit ist diese Altersgruppe chronisch unterrepräsentiert.[189] Vergleicht man die Altersverteilung 1980 und 2007 (*Tabelle 2.3*), dann zeigt sich, dass eine proportionale Altersverteilung in den Parteien in Bezug auf die Gesamtbevölkerung zu beiden Zeitpunkten nicht gegeben ist.[190] Von einem – in Sinne des Proporzes (vgl. Kapitel 2.6.1) – idea-

188 Zum Thema Jugend und Parteien sei auf Fedke (1996), Hurrelmann (2000) und Roller/Brettschneider/van Deth (2006) verwiesen.

189 Ähnliches lässt sich auch für den Frauenanteil konstatieren (vgl. Niedermayer 2010: 430).

190 Bei der Parteizugehörigkeit von jungen Menschen ist immer zu berücksichtigen, dass die Parteien in Form von Jugendorganisationen eine speziell für die jüngeren Generationen zugeschnittene Partizipati-

len Zustand ist demnach empirisch nicht auszugehen, was zu Problemen im Hinblick auf den demokratischen Repräsentationsgedanken führt. Allerdings zeigt sich auch, dass es große Unterschiede im Hinblick auf die Mitgliederquote der Unter-30-Jährigen sowie deren Veränderung zwischen den einzelnen Parteien gibt.

Tabelle 2.3: Parteienmitglieder nach Altersgruppen 1980 und 20071

	1980[2]			2007		
	bis 29 Jahre[3]	30 Jahre bis 59 Jahre	60 Jahre und älter	bis 29 Jahre[4]	30 Jahre bis 59 Jahre	60 Jahre und älter
Gesamtbevölkerung[5]	23,3	39,5	19,4	18,6	43,4	25,3
CDU[6]	9,1	67,4	22,5	5,1	46,5	48,0
CSU[7,8]	9,7	68,8	21,0	5,5	51,8	42,7
SPD[9]	17,9	61,9	17,3	5,8	47,5	46,1
FDP[10]	14,8	67,2	18,0	10,7	54,4	34,9
GRÜNE	—	—	—	13,3	75,3	11,4
LINKE	—	—	—	6,0	37,8	54,0

Quellen: Boyer/Kössler (2005: 255); Franz (2005: 158); Gnad (2005: 666); Gniss (2005: 132); Niedermayer (2009: 16); Statistisches Bundesamt[191] (2007, 2009: 44, 2010).

[1] Abweichungen von 100% sind rundungsbedingt.

[2] Die Zahlen für 1980 beziehen sich auf das Gebiet der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung.

[3] Ausgangsalter 15 Jahre.

[4] Ausgangsalter 14 Jahre.

[5] Die Angaben für 1980 wurden aufgrund der vorliegenden Daten umgruppiert. Die Einteilung ist wie folgt: bis 30 Jahre, 30 bis 60 Jahre sowie 60 Jahre und älter. Zudem beziehen sich die Prozentwerte für 1980 auf die Gesamtbevölkerungszahl der ehemaligen Bundesrepublik.

[6] Die Angaben beziehen sich nicht auf 1980, sondern auf 1978. Darüber hinaus handelt es sich um abweichende Subdimensionen. Die in der Tabelle angegebenen sind bei Franz (2005: 157f.) erst seit 1986 gebräuchlich. Bis dahin wurde nach Geburtsjahren gruppiert. Die zugrunde liegenden Daten wurden aufgrund der vorliegenden Befunde wie folgt eingeteilt: bis 27 Jahre, 28 bis 57 Jahre sowie 58 Jahre und älter. Da die

onsplattform bereitstellen. So können sich junge Menschen zu einer Partei bekennen, auch ohne formal Mitglied zu sein. Die Mitgliedschaften der Jugendorganisationen, zu denen auch die der Parteien gehören, sind seit 2006 zwar stabil, aber befinden sich insgesamt auf einem niedrigen Niveau von 12% (Schneekloth 2010: 156). Wie Wiesendahl (2006: 54ff.) für den Zeitraum zwischen 1974 und 2004 festhält, sind es auch hier die Jugendorganisationen der SPD und der Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU, welche die stärksten Mitgliederverluste verzeichneten.

191 Für die kooperative Hilfe und die schnelle Übersendung der Daten, möchte ich mich bei Frau Lobov vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden bedanken.

CDU lediglich Mitglieder aus dem Bundesland Bayern rekrutiert, besteht die Option die Prozente sowohl für 1980 als auch für 2007 auf die bayrische Gesamtbevölkerung zu beziehen. Da es hier vordergründig nicht um regionale Besonderheiten geht, die sich aus der Tabelle auch nicht ergeben, wird auf eine solche Darstellung verzichtet.

[7] Die Angaben beziehen sich nicht auf 1980, sondern auf 1979. Die Daten sind bei Gnad (2005: 666ff.) in unterschiedlichen Jahresrhythmen ausgewiesen, wobei 1980 nicht dazu gehört. Die Wahl zugunsten 1979 ergibt sich aufgrund der größten zeitlichen Nähe.

[8] Die Altersverteilung (Ausgangsalter 15 Jahre) in Bayern war 1980 wie folgt: bis 30 Jahre 23,4%, 30 bis 60 Jahre 42,3% und über 60 Jahre 19, 2% (Statistisches Bundesamt 2007).

[9] Die Angaben beziehen sich nicht auf 1980, sondern auf 1978. Die Wahl zugunsten 1978 gegenüber 1982 fiel aufgrund der kleineren Differenz der Gesamtmitgliederzahl. Darüber hinaus wurden die Subdimensionen verändert. Boyer/Kössler (2005: 255) arbeiten mit anderen Einteillungen, die hier gruppiert übernommen werden. Die zugrunde liegenden Daten wurden aufgrund der vorliegenden Befunde wie folgt eingeteilt: bis 30 Jahre, 31 bis 60 Jahre sowie 61 Jahre und älter.

[10] Die Daten zur Altersverteilung sind bei Gniss (2005: 132ff.) lediglich für acht Landesverbände ausgewiesen. Zahlen für die gesamte Partei sowie einheitliche Erhebungszeitpunkte und Intervalle existieren nicht. Grund dafür ist die Tatsache, dass die „Entstehung einer Bundesorganisation“ (Dittberner 1987: 93) erst relativ spät initiiert wurde. Die Datenlage insgesamt ist sehr schmal. Da für 1980 Daten aus Baden-Württemberg zur Verfügung stehen, werden diese stellvertretend ausgewiesen. Allerdings wird mit modifizierten Subdimensionen gearbeitet. Diese sind wie folgt: bis 30 Jahre, 31 Jahre bis 60 Jahre sowie 61 Jahre und älter.

Lagen 1980 die Quoten für diesen Altersbereich bei den vorhandenen Parteien noch zwischen rund 10% und 18%, zeigen sich für 2007 zum Teil dramatische Verluste. Die stärksten Einbusen im Bereich der jungen Mitglieder lassen sich für die SPD konstatieren, die rund zwei Drittel dieser Altersgruppe verloren hat. CDU, CSU und FDP haben jeweils rund 4% dieser Mitgliedergruppe verloren (etwas weniger als der Rückgang in der Gesamtbevölkerung). Allerdings hatte die FDP einen höheren Ausgangswert, was den Anteil 2007 noch über dem Durchschnitt hält. Zwischen den beiden neueren Parteien Die Grünen und DIE LINKE klafft eine Lücke von rund 7%, das ist mehr, als die Linkspartei insgesamt an dieser Altersgruppe partizipiert. Können Die Grünen den höchsten Wert dieses Untersuchungszeitpunktes verzeichnen, der sich nur knapp 5% unter dem Proporz befindet, liegt der Wert bei der Linkspartei lediglich bei 6% und ist vergleichbar, wenngleich minimal höher, mit denen der beiden Volksparteien und der CSU.

Nüchtern betrachtet, deckt sich der Rückgang des Anteils der Unter-30-Jährigen – bis auf die SPD – mit dem Rückgang dieser Altersgruppe innerhalb der Gesellschaft. Da eine proportionale Abbildung zu keinem Zeitpunkt gegeben war, sind die Anteile der Altersgruppe in den Parteien in der Relation relativ gleich ge-

blieben. Problematisch scheint aber, dass der Anteil bereits 1980 – hier wiederum bis auf die SPD – nicht besonders hoch war. Aufgrund der insgesamt höheren Anzahl an Parteimitgliedern wirkte sich diese niedrige Quote aber nicht so stark aus (vgl. *Tabelle 2.4*).

Tabelle 2.4: Anteil der Unter-30-Jährigen Parteimitglieder in den Parteien 1980 und 2007[1]

	1980[2]			2007		
	Parteimitglieder gesamt	Anteil der bis 29-Jährigen (in %)	Anteil der bis 29-Jährigen (absolut)	Parteimitglieder gesamt	Anteil der bis 29-Jährigen (in %)	Anteil der bis 29-Jährigen (absolut)
CDU	693.320	9,1	63.092	536.668	5,1	27.370
CSU	172.420	9,7	16.725	166.364	5,5	9.150
SPD	986.872	17,9	176.650	539.861	5,8	31.312
FDP	85.959	14,8	12.722	64.078	10,7	6.856

Quellen: Niedermayer (2009: 2, 16); Wiesendahl (1990: 4); eigene Berechnung.

[1] Vergleich ohne Die Grünen und Linkspartei, da beide Parteien 1980 noch nicht existierten resp. auf Bundesebene noch nicht konsolidiert waren.

[2] Die Zahlen für 1980 beziehen sich auf das Gebiet der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung.

Aufgerechnet auf die realen Mitgliedszahlen scheint die Situation weit dramatischer zu sein, als die prozentualen Altersanteile zeigen (vgl. auch Wiesendahl 2003: 31). Demnach haben CSU und FDP im Vergleich zu 1980 heute rund 50% weniger Mitglieder dieser Altersgruppe. Für die CDU und SPD lassen sich sogar Differenzen von 60% bzw. 80% konstatieren.[192] Insofern ist die „Jungmitgliederkrise“ (ders. 2006: 56) in den Parteien wohl kaum zu unterschätzen. Als Ursache für diesen Zustand sieht Wiesendahl (ebd.; vgl. auch Marschall 2001: 39) neben der allgemeinen „Organisationsunlust Jugendli-cher“[193] ein Rekrutierungsproblem, das sich seit den 1970er Jahren zeigt und die Generationen nach der 68er-Revolution betrifft.

192 Demgegenüber liegen die Verluste der Mitglieder insgesamt bezogen auf die beiden Messzeitpunkte bei verhältnismäßig geringen 3,5% bei der CSU und rund 46% bei der SPD; CDU und FDP teilen sich einen mittleren Wert von knapp 23% resp. 26%.

193 Von einer allgemeinen Organisationsunlust kann bei den deutschen Jugendlichen keine Rede sein. Bei einer differenzierten Betrachtung zeigen sich erheblich Unterschiede zwischen verschiedenen Aktivitätsfeldern, wie Vereinen, Jugendorganisationen, Gewerkschaften oder Bürgerinitiativen (Schneekloth 2006: 126; 2010: 156), obwohl eine allgemeine Rückgangstendenz zu konstatieren ist (Gaiser/Rijke 2001: 9f.). Zudem ist das Engagement von Jugendlichen von persönlichen und sozialen Merkmalen abhängig (Schneekloth 2006: 124).

„In diesen dreißig Jahren des [Mitglieder-] Niedergangs haben mindestens zwei Nachwuchsgenerationen das Erwachsenenalter erreicht, zu denen die Parteien faktisch den Anschluss verpasst haben (…) Durch das chronische Fehl [sic!] an jungem Nachwuchs konnte in den Parteien keine Elterngeneration mehr heranwachsen, die, wie es früher einmal üblich war, ihre Parteizugehörigkeit an ihre Kinder hätten weitergeben können“ (Wiesendahl 2006: 56, vgl. auch ders. 2001a: 10).

Parallel zum Rückgang der jüngeren Parteimitglieder lässt sich eine Überrepräsentation der mittleren und älteren Jahrgänge konstatieren (*Tabelle 2.3*). Allerdings zeigen sich im Vergleich zwischen 1980 und 2007 mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten, sowohl innerhalb als auch zwischen den Altersgruppen. Beide Gruppen sind zum zweiten Erhebungszeitpunkt stärker in der Gesamtgesellschaft vertreten als 1980. Einem relativen Anstieg der 30- bis 59-Jährigen um ca. 4% in der Gesellschaft steht dabei ein relativer Wert von rund 6% bei den 60-Jährigen und älteren Parteiangehörigen gegenüber. Allerdings sind die Mitgliederzahlen – trotz anhaltender Überrepräsentation, besonders bei den Grünen – für die mittleren Jahrgänge rückläufig, bilden aber nach wie vor die größte Gruppe der Parteiangehörigen insgesamt. Speziell die CDU weist zwischen 1980 und 2007 eine relative Differenz von knapp 21% auf und verbucht damit den größten Verlust. Die anderen Parteien (ohne Grüne und Linkspartei) liegen zwischen knapp 13% und 17%. DIE LINKE weist mit rund 38% zum zweiten Erhebungszeitpunkt den niedrigsten Wert auf und liegt damit als einzige Partei unterhalb der Verteilung in der Gesamtbevölkerung. Im Gegensatz dazu zeigen die Daten, dass DIE LINKE bei den 60-Jährigen und älter einen Spitzenwert von 54% erreicht, was verglichen mit der Gesamtbevölkerung mehr als das Doppelte ist. Insgesamt lassen sich mit Ausnahme der Grünen (nur 11,0%) für alle Parteien sehr hohe Werte für diese Altersgruppe konstatieren. Vergleicht man dazu noch einmal die beiden Zeitpunkte 1980 und 2007 und bezieht in diesen Vergleich die mittleren Jahrgänge mit ein, dann scheint es so zu sein, als gäbe es eine Verschiebung der 30- bis 59jährigen zum ersten Messzeitpunkt in die Gruppe der 60-Jährigen und älter zum späteren Messzeitpunkt. Um diesen Verdacht zu überprüfen, erscheint erneut der Bezug der prozentualen Altersverteilung auf die realen Parteimitgliederzahlen sinnvoll (*Tabelle 2.5*).

Tabelle 2.5: Anteil der mittleren und älteren Jahrgänge in den Parteien 1980 und 2007[1]

	1980[2]			2007		
	Parteimitglieder gesamt	Anteil der 30- bis 59-Jährigen (absolut)	Anteil der 60-Jährigen und älter (absolut)	Parteimitglieder gesamt	Anteil der 30- bis 59-Jährigen (absolut)	Anteil der 60-Jährigen und älter (absolut)
CDU	693.320	467.298	155.997	536.668	249.551	257.601
CSU	172.420	118.625	36.208	166.364	86.177	71.037
SPD	989.872	612.731	171.248	539.861	256.434	248.876
FDP	85.959	57.764	15.473	64.078	34.858	22.363

Quellen: Niedermayer (2009: 2, 16); Wiesendahl (1990: 4); eigene Berechnung.

[1] Vergleich ohne Die Grünen und Linkspartei, da beide Parteien 1980 noch nicht existierten resp. auf Bundesebene nicht konsolidiert waren.

[2] Die Zahlen für 1980 beziehen sich auf das Gebiet der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung.

Gemessen an den realen Parteimitgliederzahlen haben sich die Werte der beiden Messzeitpunkte für die mittleren Jahrgänge um knapp 30% bei der CSU bis rund 60% bei der SPD verringert, die FDP verlor rund 40% und die CDU etwas weniger als 50% dieser Altersgruppe. Es zeigt sich aber, dass diese Mitgliedergruppe weniger Mitglieder freigesetzt hat, als die älteren Jahrgänge an Zuwachs verbuchen. So haben sich die Zahlen bei den 60-Jährigen und älter bei der FDP um rund 44%, bei der SPD und 45%, bei der CDU um 65% und bei der CSU um ca. 96% erhöht. Bis auf die Situation bei der CSU lässt sich dies mit den zusätzlichen Mitgliederzuwächsen der Parteien durch Zusammenschlüsse der west- und ostdeutschen Parteien im Rahmen resp. im Anschluss an die deutsche Wiedervereinigung erklären. Da für die CSU zu beiden Messzeitpunkten identische territoriale Rekrutierungsbedingunen vorlagen und die Zahlen diese Interpretation zulassen, scheint hier in der Tat der Großteil der mittleren Jahrgänge eine Altersgruppe weiter gewandert zu sein. Den Rest der Differenz erklärt wohl der generell niedrigere Mitgliederbestand.

Für die Gruppe der 60-Jährigen und älter zeigt sich insgesamt, dass 2007 sowohl CDU, SPD als auch DIE LINKE die meisten Mitglieder dieser Alterskategorie in sich vereinigten. Obwohl die Parteien augenscheinlich damit der Altersverteilung innerhalb der Gesellschaft entgegenkommen (vgl. *Tabelle 2.3*), fehlt es ihnen mehr und mehr an einer breiten „Repräsentationsspanne“ (Wiesendahl 2006: 61).

Trotz des insgesamt zu verzeichnenden Rückgangs an Parteimitgliedern sind die Anteile der 60-Jährigen und älter 2007 in allen Parteien höher als 1980, was auf lange Verweildauern in den Parteien schließen lässt (ebd.: 60).

> „Beruhigen kann dies [die lange Verweildauer] indessen nicht, weil die Alterung der Parteien über kurz oder lang dazu führt, dass auch noch die letzten Reste des in den 70ern aufgetürmten Mitgliederberges[194] abgetragen sein werden“ (ebd.: 61).

Damit nicht genug: Die Überalterung habe innerparteiliche Auswirkungen, die sich auf die Realitätswahrnehmung und -verarbeitung der Parteien und folglich auch auf die daraus resultierenden politischen Entscheidungen beziehen.

> „Infolge dessen [der Überalterung] werden in den bald mehrheitlich von Senioren und Altmitgliedern dominierten Parteien überständige Zeit- und Erfahrungshorizonte perpetuiert, die wie Filter wirken, um gewandelte Realitäten und Lebensverhältnisse, Problemlagen und Konflikte der Gegenwart aufgeschlossen und unverzerrt gewahr zu werden und zu verarbeiten“ (ebd.; vgl. auch ders. 2002: 377, 2005: 26).

Exemplarisch für die SPD zu Beginn des neuen Jahrtausends hält Dettling (2000: 429f.) fest:

> „Für die Polit-Generation, die gegenwärtig Staat, Wirtschaft und Gesellschaft (…) regiert, ließ sich die Gesellschaft (…) mit dem Modell der Lebenstreppe umschreiben: Organisation und Muster der eigenen Biographie und der gesamten Gesellschaft kreis[en] hier um die drei Phasen und Blöcke: Jugend – Vorbereitung auf das Leben (…), Erwachsenenleben – Familie und Beruf, Alter – gut versorgter Ruhestand. Dies ist das Lebenslaufmodell der heute [2000] 50- bis 70-Jährigen, einer privilegierten Generation, die sich deshalb auch gar nichts anderes vorstellen kann“.

Zwischen der Überalterung und dem Jugenddefizit innerhalb der Parteien bestehe eine direkte Wechselbeziehung. So habe der „Altenheimcharme der Parteien (...) eine abschreckende Wirkung“ (Wiesendahl 2006: 61) auf die jüngere Generation, was sich faktisch als Eintrittshemmnis auswirke. Da dadurch immer weniger junge

194 Von einigen Autoren wird dieser Mitgliederberg als direkte Folge des Babybooms in Deutschland verstanden, der von den späten 1950ern bis zum Höhepunkt 1965 reichte (vgl. Geißler/Meyer 2002: 53; zu den möglichen sozialen und politischen Folgen des Babybooms vgl. auch Schirrmacher 2004). Da es sich bei diesen geburtenstarken Jahrgängen um eine Ausnahmeerscheinung handelt, wird auch der Mitgliederboom der Parteien von einigen Autoren als Ausnahme interpretiert (vor allem: Wiesendahl 2006: 102).

Menschen in den Parteien – auch verstanden als Interessengruppe – vertreten sind, fordert dieser Umstand direkt Fragen heraus, die sich mit der Zukunftsfähigkeit und dem Innovationspotential von Parteien beschäftigen.

2.5.2 Personelle und finanzielle Ressourcen

Mit der Überalterung und dem Nachwuchsmangel sind weitere Probleme verbunden, die sich auf die personellen und finanziellen Ressourcen der Parteien beziehen. Nicht nur, dass prinzipiell immer weniger Mitglieder zur Verfügung stehen, die „sich unentgeltlich in das politische Geschehen“ (Biehl 2005: 37) einbringen, die Parteien hätten dadurch auch immer weniger Ressourcen bei der Besetzung politischer Positionen (ebd.: 38f.) und in Bezug auf ihre finanziellen Mittel in Form von Mitgliederbeiträgen (ebd.: 36f.).

Obwohl die (effektive) Organisation der ehrenamtlichen Parteimitglieder die Parteien regelmäßig vor Probleme stellt (Wiesendahl 1998: 111f.) und die Bereitschaft der Mitglieder sich aktiv zu beteiligen insgesamt niedrig ist (Niedermayer 1989: 45, 1993: 234ff.; Spier 2011; Wiesendahl 1996: 418f.)[195], „ist das ehrenamtliche Engagement der Parteiangehörigen [besonders auf kommunaler Ebene] weiterhin unersetzlich“ (Biehl 2005: 37), da es unentgeltlich und freiwillig stattfindet. Für 1998 und 2009 hat Spier (2011: 99) das Aktivitätsniveau der Parteimitglieder miteinander verglichen und kann aufzeigen, dass rund 75% der Mitglieder aller Parteien zu beiden Zeitpunkten wenig oder gar nicht aktiv sind. Dies deckt sich mit älteren Befunden, die für die aktive Parteiarbeit lediglich 15% bis 25% der Mitglieder ausweisen (Alemann 2000: 140, vgl. auch Wiesendahl 1997: 360). Das Aktivitätsniveau hat sich also im Zeitverlauf kaum geändert, lediglich der Anteil der Mitglieder, die angeben gar nicht aktiv zu sein, ist zwischen 1998 und 2009 um 5% gesunken (Spier 2011: 99). Bezogen auf die realen Mitgliederzahlen in den Parteien 1980 und 2009 (*Tabelle 2.4*) ist in Analogie zu den Befunden des Jugenddefizits davon auszugehen, dass sich die Situation in absoluten Zahlen deutlich dramatischer darstellt.

195 Dass auch in anderen westlichen Ländern nur wenige aktive Parteimitglieder vorhanden sind, zeigt Heidar (1994) exemplarisch für Norwegen auf.

Tabelle 2.6: Anteil der aktiven Mitglieder[1] nach Parteien 1980 und 2009

	1980[2]			2009		
	Parteimitglieder gesamt	aktive Mitglieder[3] (in %)	aktive Mitglieder (absolut)	Parteimitglieder gesamt	aktive Mitglieder (in %)	aktive Mitglieder (absolut)
CDU	693.320	20	138.664	521.149	27	140.710
CSU	172.420	20	34.484	159.198	21	33.432
SPD	989.872	20	197.974	512.520	28	143.506
FDP	85.959	20	17.192	72.116	34	24.519
GRÜNE	–	–	–	48.171	30	14.451
LINKE	–	–	–	78.496	34	26.689

Quellen: Alemann (2000: 140), Niedermayer (2010: 425); Spier (2011: 99); Wiesendahl (1990: 4); eigene Berechnung.

[1] Unter aktiven Mitgliedern werden 2009 diejenigen gezählt, die sich als „sehr aktiv“ bzw. „ziemlich aktiv“ einschätzen (Spier 2011: 99).

[2] Angaben ohne Grüne und Linkspartei, da beide 1980 noch nicht existierten resp. auf Bundesebene nicht konsolidiert waren. Die vorhandenen Werte für 1980 beziehen sich auf das Gebiet der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung.

[3] Für 1980 liegen keine differenzierten Aktivitätswerte vor. Es wird der Mittelwert der Angaben von Alemann (2000: 140) verwendet.

Augenscheinlich ist von einem pauschalen oder gar dramatischen Rückgang an aktiven Mitgliedern nicht auszugehen. Für die SPD und die CSU lassen sich zwar Verluste konstatieren, aber gleichzeitig kann die FDP 2009 eine Steigerung von über 7.000 aktiven Mitgliedern gegenüber 1980 verbuchen.[196] Auch die CDU kann leichte Zuwächse verzeichnen. Insgesamt scheinen die Mitglieder der kleineren Parteien aktiver zu sein als diejenigen der Großparteien. Mit 30% resp. 34% liegen deren Werte am höchsten.[197] Eine mögliche Erklärung dafür lässt sich aus dem Bildungsniveau der Parteimitglieder generieren. Demnach sind es insbesondere Personen mit Abitur bzw. Fachabitur, die sich überdurchschnittlich häufig aktiv in Parteien engagieren

196 Eine grundsätzliche Zunahme an aktiven Mitgliedern lässt sich für die FDP auch konstatieren, wenn man den von Alemann (2000: 140) benannten Höchstwert von 25% für 1980 zu Grunde legt. Ob es hier einen Zusammenhang zwischen Parteiaustritten und dem Aktivitätsniveau der Mitglieder gibt, kann aufgrund fehlenden Datenmaterials nicht geklärt werden.

197 Das höchste Aktivitätsniveau zeigen die Mitglieder der Linkspartei. Grund dafür ist der Befund, dass in dieser Partei der Anteil derjenigen, die angaben gar nicht aktiv zu sein, am geringsten ist (Spier 2011: 99f.).

(Spier 2011: 101). Der Anteil dieser Personengruppe liegt in den kleineren Parteien FDP, Grüne und Linkspartei jeweils bei 17% und ist damit höher als in den Großparteien (Klein 2011a: 47). Betrachtet man zudem die konkreten Aktivitätsformen der Parteimitglieder, dann zeigen sich zwischen 1998 und 2009 bei allen untersuchten Formen leichte Steigerungsraten (Spier 2011: 109), die im Prinzip mit dem Rückgang derjenigen Mitglieder übereinstimmen, die angeben gar nicht aktiv zu sein. Allerdings bestätigen die Daten auch den Befund, dass es insgesamt nur wenige Mitglieder sind, die sich überhaupt aktiv beteiligen.

> „Selbst der Besuch von Parteiversammlungen, die wohl niederschwelligste Form der Parteiarbeit über die rein formale Mitgliedschaft hinaus, wird 2009 gerade einmal von 51 Prozent der Befragten als häufigste Aktivitätsform genannt" (ebd.).

Obwohl also die Bereitschaft zu aktiver Beteiligung insgesamt niedrig ist, zeigen die Befunde, dass das niedrige Niveau über die Zeit hinweg relativ stabil ist. Im Vergleich zu 1980 konnte für die FDP sogar eine deutliche Zuwachsrate konstatiert werden. Das Fehlen von ehrenamtlich Engagierten in den Parteien ist damit ein generelles Problem und kann mit dem Mitgliederschwund nicht sinnvoll in einen Zusammenhang gebracht werden (vgl. auch Wiesendahl 2006: 104).

Grundsätzlich anders verhält es sich allerdings bei der Besetzung politischer (Führungs-) Positionen. Auf allen föderalen Ebenen wird dabei zumeist auf Parteiangehörige zurückgegriffen. Parteien bilden das einzige Forum, in dem die Möglichkeit besteht, „Politik zu erlernen" (Alemann 2000: 211f.; kritisch Wiesendahl 1996: 418f.). Möchte man Karriere in der Politik machen, bleibt in der Regel nur der Gang durch die Partei (Biehl 2005: 38f.; Wiesendahl 2006a: 131).

> „Karrierestudien in Deutschland zeigen, dass die langwierige »Ochsentour«[198] über die unteren Ebenen der Parteiorganisationen weiterhin konstruktiver Teil des Werdegangs der meisten führenden Parlamentarier und Regierungsmitglieder ist" (Detterbeck 2009: 82; vgl. auch Leif 1993: 25, 27, 28).[199]

198 Zum Begriff „Ochsentour" vgl. auch Alemann (1995: 41), der auch die mit der Ochsentour verbundenen Karrierestufen benennt (ebd.: 44, ders. 2000: 143). Zu den Vor- und Nachteilen dieser Karrieremöglichkeit vgl. Dittberner (2004: 12ff.). Eine generelle Kritik, die den Zeit- und Mobilitätsfaktor innerparteilicher Karrieremöglichkeiten hervorhebt, wurde von Pfeiffer (1997) vorgelegt. Scheuch/Scheuch (1995: 115ff.) beschäftigen sich ausführlich mit »Berufspolitikern«.

199 Einen Überblick über verschiedene Karrieremuster in der Politik gibt Herzog (1990: 40ff.).

Betrachtet man die häufigsten Vorberufe, d.h. „die letzte hauptamtliche Tätigkeit vor Eintritt in das [deutsche] Parlament“ (Feldkamp/Ströbel 2005: 178), der 13. bis 15. Wahlperiode so zeigt sich eine Überlegenheit solcher Berufe, die unmittelbar oder mittelbar mit Parteien in Verbindung gebracht werden.[200] In Prozenten ausgedrückt, lässt sich für die 13. Wahlperiode ein Wert von 14%, für die 14. Wahlperiode von 15,7% und für die 15. Wahlperiode von 14,7% konstatieren (vgl. ebd.: 182). Für die 16. und 17. Wahlperiode zeigen sich leichte Erhöhungen der benannten Berufsklassen auf 17,3% bzw. 18,6% (Feldkamp 2011: 342). Es ist davon auszugehen, dass sich die Verteilung zugunsten der Parteiangehörigen insgesamt noch deutlich erhöht, wenn die ehrenamtlichen Mandatsträger und andere Parteimitglieder berücksichtigt werden.[201]

Dass die Parteien eine so dominante Rolle bei der Besetzung politischer Positionen spielen, hat nach Detterbeck (2009: 82) drei Gründe:

1. Die Entwicklungen nach 1945 hätten dazu geführt, dass die Parteien eine beherrschende Position im Bereich der Führungsrekrutierung ausbilden konnten, die so in der Geschichte noch nicht aufgetreten war.[202]
2. Aufgrund der zunehmenden Erosionstendenzen des Verhältnises der Parteien zu ihnen „traditionell nahe stehenden Interessengruppen“ (ebd.) hätte sich zudem der Druck auf die Parteien erhöht, politische Positionen mit Kandidaten aus den eigenen Reihen zu besetzen.
3. Durch die Ausweitung der Patronagemacht der Parteien und der damit verbundenen Kolonialisierung staatlicher und halb-staatlicher Bereiche, habe sich der Bedarf an Führungsrekruten („Parteibuchkarrieren“) aus den eigenen Reihen deutlich erhöht.

200 Es handelt sich dabei um zweierlei Berufsklassen: (1) Partei-, Gewerkschafts-, Verbandsekretär(e/innen) und -funktionär(e/innen) und (2) Präsident(en/innen), Minister/innen, Senator(en/innen) (Feldkamp/Ströbel 2005: 182).

201 König (1999: 60) arbeitet heraus, dass die meisten Berufspolitiker aus abhängigen Berschäftigungsverhältnissen kommen: „Sie [die Berufspolitiker] kommen also aus Berufsfeldern, die in denen traditionell hierarchische Organisationsstrukturen vorherrschen, in der sich ergo eigenes Handeln im Rahmen eines Funktionierens auf Weisung abspielt (…) und in der Karriere gewöhnlich nur aufgrund entsprechender Linientreue zu Vorgesetzen sowie unter deren Protektion möglich ist.“

202 Hennis (1998: 18) sieht einen direkten Zusammenhang zwischen der Personalpolitik der Parteien und deren verfassungsrechtlich zugetragener Aufgabe, die politische Willensbildung mitzugestalten. Aufgrund der weitreichenden Verflechtung bei der Besetzung von staatlichen und semi-staatlichen Ämtern sei nicht von einer »Mitgestaltung«, sondern von einer Dominanz bei der Gestaltung der öffentlichen Meinung auszugehen (vgl. auch Greven 1987).

Obwohl also der Bedarf an Führungspersonal gestiegen ist, wird die Zahl der möglichen Kandidaten immer geringer. In einigen Gebieten der neuen Bundesländer ist die „Personaldecke der Parteien so gering“ (Biehl 2005: 39; vgl. auch Mielke 2007: 67), dass eine Besetzung politischer Positionen nicht mehr oder nur durch Doppelpositionen gewährleistet werden kann.[203] Insgesamt sehen sich die Parteien aufgrund des geringen Spielraumes bei der Rekrutierung mit dem Problem konfrontiert, geeignete Bewerber zu finden (Detterbeck 2009: 82).[204] Da die Qualität der Politik ganz entscheidend auch von der „Qualität des politischen Führungspersonals“ (Wiesendahl 2006a: 129) abhängt, kommt der Personalrekrutierung eine überaus wichtig Rolle zu. Allerdings existieren weder ein verbindliches „Aufgabenspektrum oder ein Anforderungsprofil“ (ebd.: 132) für den Beruf des Politikers[205], noch gebe es andere objektive Kriterien innerhalb der Parteien, welche die Selektion zugunsten eines bestimmten Kandidaten transparent regeln.[206] Beides zusammen kann sowohl für die Beziehung zwischen Gesellschaft und Politik als auch für die Parteien selbst schwerwiegende Konsequenzen haben und tangiert gleichzeitig die Partizipationsbereitschaft der Mitglieder.

> „Die nach den eingefahrenen Ritualen der Parteien gesteuerte Personalrekrutierung für wichtige Funktionen und Ämter wird oft als nicht mehr zeitgemäß angesehen (…) Interne Fraktionskämpfe, die Bildung von sogenannten Freundeskreisen und Flügeln zur Absicherung der Macht einzelner Interessengruppen, die Verabredung gebündelter Kandidatenvorschläge (…) und die internen Absprachen rivalisierender Führungskreise haben eine Deformation von Wahlprozessen zur Folge, die der Öffentlichkeit nicht mehr vermittelbar sind. Diese Fehlsteuerung führt zu einer wachsenden Distanz der Bürger und zu erheblichem Unmut an der Parteibasis, die sich als

203 Nicht nur im Hinblick auf Mitgliederdichte existieren zwischen Ost- und Westdeutschland Unterschiede, sondern auch in Bezug auf das Wahlverhalten (Jesse 2006; Jesse/Sturm 2006: 10), die Struktur der Parteien (Guhl 2000) und auf das Parteiensystem insgesamt (Jesse 1992: 83ff., 2007, 2009).

204 Durch den Mangel an geeigneten Bewerbern ergeben sich auch Konsequenzen hinsichtlich der Effizienz von Weiterbildungsmaßnahmen von Seiten der Parteien. Denn solche Maßnahmen seien „mangels Professionalisierungsobjekten“ (Demuth 2004: 716) zum Scheitern verurteilt.

205 Da der Beruf des Politikers/der Politikerin weder eine Ausbildung noch ein Studium voraussetzt, handle es sich im Grunde gar nicht um einen „»richtigen« Beruf“ (Wiesendahl 2006a: 132). Auch fehlt es in Deutschland an „Kaderschmieden oder Elitebildungsstätten wie etwa in Frankreich oder Großbritannien, aus denen die politische Führungsschicht hervorgehen würde“ (ebd.). Scheer (2003: 33f.) verweist darauf, dass der mit dem Politikerberuf verbundene Autodidaktismus einer breiten Bevölkerung den Zugang zu politischen Positionen ermöglicht.

206 Besonders der Umstand, dass Parteien bei der Besetzung von Ämtern oder Aufgaben einem innerparteilichen Proporz folgen, umgeht nicht nur die „Wahlfreiheit“ und stellt eine „bewusste Abkehr vom Leistungs- und Auswahlprinzip“ dar, sondern macht die Ämter- und Positionsbesetzung besonders intransparent (Biehl 2005: 206).

Stimmvieh mißbraucht sieht und sich nicht selten ins Privatleben zurückzieht“ (Leif 1993: 24; vgl. auch Patzelt 2004: 181).

Neben den personellen Ressourcen verlieren die Parteien aufgrund der rückläufigen Mitgliederzahlen auch finanzielle Ressourcen. Das Vermögen von Parteien kommt durch vier Einnahmequellen zustande, deren prozentuale Anteile am Gesamtvermögen variabel sind (Merten 2007: 88ff.). In Bezug auf die Mitgliederbeiträge ist zu konstatieren, dass deren Einnahmeanteil bei der SPD zwischen 1995 und 2000 noch über 50% lag. Für die CDU, CSU, FDP und Die Grünen lassen sich im gleichen Zeitraum immerhin noch Werte von 25% bis 47% identifizieren (ebd.: 89f.). Aufgrund der Mitgliederrückgänge sind die Anteile in allen Parteien rückläufig. Besonders die SPD hat starke Einbußen zu verzeichnen und kann 2003 lediglich noch rund 30% ihrer Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen generieren (*Tabelle 2.7*).

Tabelle 2.7: Einnahmequellen der Parteien[1] 2003 in %

	CDU	CSU	SPD	FDP	GRÜNE
Mitgliedsbeiträge	30,6	21,6	29,97	22,4	21,6
Mandatsträger-beiträge	12,92	6,86	12,47	4,58	17,07
Spenden	12,45	20,49	5,81	26,47	13,12
Staatliche Teilfinanzierung	31,42	32,20	32,99	36,88	41,09

Quelle: Merten (2007: 89ff.).

[1] Angaben ohne Linkspartei, da diese sich erst 2007 aus der PDS und der WASG gründete (Jesse/Lang 2008: 83ff.).

Trotz dieser Entwicklung bilden die Mitgliedsbeiträge nach wie vor einen großen Teil Parteieinnahmen und haben gegenüber den anderen Einnahmequellen den Vorteil, „dass sie kontinuierliche Zahlungen darstellen und damit für die Parteien kalkulierbare Einkünfte garantieren“ (Biehl 2005: 36). Für die übrigen Einnahmequellen lässt sich keine Stetigkeit der Zahlungen konstatieren. Dennoch bilden den größte Einzelteil der Einnahmen 2003 parteiübergreifend staatliche Mittel. Nachdem 1994 das Bundesverfassungsgericht die staatlichen Zuwendungen nicht mehr nur zum Zweck der Wahlkampfvorbereitung erlaubte, sondern urteilte, dass „die allgemeine politische Tätigkeit der Parteien“ (Alemann 2000: 88) durch den Staat mitzufinan-

zieren sei[207], kam es zu einer Ausweitung der staatlichen Teilfinanzierungen. Obwohl damit scheinbar die monetären Verluste der Parteien, die sich aufgrund des steigenden Finanzmittelbedarfs in Verbindung mit den sinkenden Mitgliederzahlen ergeben (Katz/Mair 1995), ausgeglichen werden, hat diese Art der Parteienfinanzierung zwei negative Folgewirkungen, die sich einerseits auf die Stellung der Parteien zwischen Gesellschaft und Politik und andererseits auf die öffentliche Wahrnehmung beziehen. In Bezug auf ersteres ist häufig die Kritik vorgebracht worden, dass sich die Parteien durch die Ausweitung staatlicher Teilzahlungen zu stark in den staatlichen Bereich hineinbewegen, was mit ihrer verfassungsrechtlichen Stellung (vgl. Kapitel 1.1) nicht kompatibel sei. Die Öffentlichkeit wiederum – unter anderem geprägt durch Spendenskandale[208] – sieht in der „*grenzenlose*[n] *Politikfinanzierung*“ (Leif 1993: 25, H.i.O.) zunehmend eine Diskrepanz zwischen politischem Auftrag und politischer Realität.

> „In der Öffentlichkeit verdichtet sich zunehmend der Eindruck, daß das eigene Interesse an der finanziellen Bereicherung bei den Parteien stärker ausgeprägt ist als eine verantwortliche, zielorientierte Politikgestaltung“ (ebd.).

Zusammenfassend zeigt sich, dass die mit dem Mitgliederrückgang verbundenen finanziellen Verluste nicht nur die Erschließung neuer Finanzierungsmöglichkeiten nötig macht, sondern auch, dass diese neue Finanzmittelakquise Auswirkungen auf das Vertrauen der Bevölkerung haben kann.

2.5.3 Wählerschaft

Parallel zu ihren Mitgliedern verlieren die Parteien zusätzlich einen wichtigen Teil ihrer Wählerschaft: die Kernwähler. Dieser Typ von Wählern verstanden als Stammwähler im engeren Sinne, bildet dasjenige Wählerpotential, mit dessen Stimmen die Parteien „absolut siche[r]“ rechnen können (Schultze 2004a: 930). Bezeichnend für die Kernwähler ist die „sozialstrukturelle Verankerung des Wahlverhaltens und [die]

207 Zur Geschichte der Parteifinanzierung vgl. auch Adams (2005) und Alemann (1987).

208 Einen kurzen Überblick über solche Spendenskandale gibt Alemann (1997: 33). In der jüngeren Vergangenheit provozierten Zahlungen gegenüber der FDP seitens eines Unternehmens der Flick-Familie den Vorwurf der Klientelpolitik (Elger/Feldenkirchen/Neubacher u.a. 2010).

relativ starke psychologische Bindung“ (Saalfeld 2007: 117) an eine bestimmte Partei.[209] Im Rahmen der Ausdehnung des Wählerpotentials durch die Parteien wurde der Anteil an Kernwählern immer kleiner.

> „Der Versuch dieser Parteien [der Massenparteien], ihren Wählerstamm durch soziale und weltanschauliche Öffnung auszudehnen, reduzierte in Kombination mit der kognitiven Mobilisierung eines wachsenden Anteils der Wähler seit den 1960er Jahren die ideologischen und sozialen Unterschiede zwischen den Parteien, erhöhte die Wechselwählerschaft und verbesserte die Erfolgschancen neuer Parteien“ (ebd.).

Wie Decker (1999: 352) richtig feststellt, ist der Kernwählerverlust unproblematisch, sofern es den Parteien gelingt, „ihre Wähler auf andere Weise zu mobilisieren“. Dies ist natürlich mit erheblichem Mehraufwand verbunden (Holtz-Bacha 2002: 44), da es den Parteien gelingen muss, demjenigen potentiellen Wähler nahe zu kommen, der sich nicht im engen Parteienumfeld befindet.[210] Um möglichst viele Wähler zu erreichen, setzten die Parteien deshalb, neben dem konventionellen Straßenwahlkampf, verstärkt auf mediale Präsenz und auf den Einsatz neuer Kommunikationstechniken (Farrel/Webb 2000). Der verstärkte Einsatz der Medien wird häufig in Analogie zu US-amerikanischen Wahlkämpfen gesehen, bei denen es in erster Linie um die Darstellung der Person des Präsidentschaftskandidaten gehe (Kuhn 2007: 22) und nicht, wie in Deutschland traditionell üblich, um die Parteien resp. deren Programme.[211] In diesem Zusammenhang ist es besonders die mediale Gegenüberstellung der Kanzlerkandidaten via Fernsehen[212], welche dem Personali-

209 Dass aus der sozialstrukturellen Verankerung Rückschlüsse auf das Wahlverhalten gezogen werden können, wird insbesondere in den soziologischen resp. sozialstrukturellen Ansätzen der Wahlforschung vertreten (Falter/Schumann/Winkler 1990: 4ff.; Roth/Wüst 1998: 104ff.; Saalfeld: 2007: 103ff; Schoen 2005; Völker/Völker 1998: 33ff.). Daneben existieren noch zwei weitere Ansätze: der sozialpsychologische Ansatz, der kurz- und langfristige Einflüsse auf das Individuum in den Fokus rückt (Falter/Schumann/Winkler 1990: 8ff.; Roth 1998: 35ff; Roth/Wüst 1998: 113ff.; Saalfeld 2007: 108ff.; Schoen/Weins 2005; Völker/Völker 1998: 46ff.), sowie der rationalistische bzw. ökonomische Ansatz, der dem Wähler eine Nutzenorientierung bei Wahlen unterstellt (Arzheimer/Schmitt 2005; Falter/Schumann/Winkler 1990: 11ff.; Roth 1998: 48ff.; Roth/Wüst 1998: 120ff.; Saalfeld 2007: 89ff., 115ff.; Völker/Völker 1998: 50ff.). Einen Vergleich der Wahlverhaltenstheorien arbeiten Rudi/Schoen (2005: 311ff.) heraus. Grundsätzlich gilt es zu berücksichtigen, dass „Wahlverhalten (…) nie eindimensional“ (Rölle 2002: 278) ist.

210 Eine differenzierte Darstellung verschiedener Gruppen, die sich in und um Parteien organisieren, gibt bereits Duverger (1959: 79).

211 Für die Bundestagswahl 1998 konnten Kepplinger/Maurer (2001) sowie Klein/Ohr (2001) empirisch bestätigen, dass die Persönlichkeit des Spitzenkandidaten einen höheren Einfluss auf die Wahlentscheidung hatte als deren wahrgenommene Sachkompetenz.

212 Zur Rolle der Medien für die Einstellung zu (politischen) Kandidaten vgl. Brettschneider (2005: 490ff.).

sierungstrend[213] deutscher Wahlkämpfe Konturen verleiht (Holtz-Bacha 2002: 49), gleichzeitig aber nicht unkritisch gesehen wird.

> „Die Fernsehdebatte zwischen Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier war trotz des deutlich zurück gegangenen Zuschauerinteresses das dominierende Ereignis im Medienwahlkampf zur Bundestagswahl. Mit etwa 14 Millionen Zuschauern formierte das sogenannte »Kanzlerduell« am 13. September 2009 die größte medial hergestellte Teilöffentlichkeit, in der sich die Wahlkämpfer positionieren konnten (…) Die medial herausgehobene Gegenüberstellung der Spitzenkandidaten wird oft als amerikanisierungsbedingter »Übersetzungsfehler« in die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik angesehen, die Potentiale als politisches Bildungsfernsehen dagegen nur selten ausgeleuchtet“ (Bieber 2011: 239).

Nachdem ab Mitte der 1990er Jahre das Internet von immer mehr Bürgern als Informationsmedium genutzt wurde, begannen auch die Parteien ihren Wahlkampf auf dieses Medium auszudehnen (Gellner/Strohmeier 2002: 190f.). Obwohl die ersten Versuche auf diesem Gebiet eher kritische Reaktionen hervorriefen, bekam der Onlinewahlkampf, hervorgerufen durch die Erfahrungen des 2008 durchgeführten Wahlkampfes des US-amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Barack Obama, eine neue Qualität. Neben Informationen auf den parteieigenen Homepages und speziellen Informationsseiten wurden auch neue Verbreitungsmöglichkeiten, z.B. in sozialen Netzwerken, genutzt.

> „Auffällig [an der Nutzung des Internets zum Bundestagswahlkampf 2009] war parteiübergreifend die Einbindung von Verweisen auf soziale Netzwerke und den Mikrobloggingdienst Twitter an prominenter Stelle der Homepages. Grafiken und Links lenkten die Aufmerksamkeit der User auf Politiker- und Parteiprofile auf MeinVZ und Facebook. Alle Parteien unterhielten außerdem einen eigenen YouTube-Channel, auf dem recht hoch frequentiert neue Videos eingestellt wurden“ (Albers 2011: 229f.).

Sowohl für mediale als auch für Online-Kommunikation gilt, dass die Parteien dadurch weit mehr potentielle Wähler erreichen können, als es durch klassische (Print-) Medien möglich ist. Ein weiterer Vorteil des Internets gegenüber den journalistisch geprägten Massenmedien ist die Unvermitteltheit der Kommunikation.

213 Die „Amerikanisierung“ deutscher Wahlkämpfe ist in Verbindung mit zunehmenden Professionalisierungstendenzen zu sehen. Durch die Professionalität des Wahlkampfes der SPD 1998 sei ihnen ein strategischer Vorteil zu eigen gewesen, der dieser Partei letztlich den Sieg einbrachte (Kuhn 2007: 21ff.). Jäckel (1999: 49) versteht unter „Amerikanisierung“ schlicht die „Dominanz des Fernsehens“ gegenüber anderen Medien.

> „Gegenüber der Vermittlungsleistung traditioneller Massenmedien bietet das Netz den Hauptvorteil der unvermittelten Kommunikation zwischen Parteien und Bürgern. Über das Internet haben Parteien die Möglichkeit, mediale »gate keeper« zu umgehen und mit Wählern dierekt zu kommunizieren, zumindest mit jenen, die über einen Zugang zum Internet verfügen, politisch interessiert sind und die entsprechenden Angebote aufrufen" (Gellner/Strohmeier 2002: 190; vgl. auch Römmele 2005: 39ff.).

Trotz dieser Maßnahmen verzeichnen insbesondere die großen Parteien erhebliche Stimmenverluste.[214] Obwohl in diesem Zusammenhang auch immer wieder auf die rückläufigen Zahlen für die Gesamtwahlbeteiligung (Jesse 2009a: 403f.; Maier 2000: 148; Starke 1993: 42f.; Schmidt 2007: 65) hingewiesen wird, seien es primär Veränderungen der Motivationslage und des Verhaltens[215] der potentiellen Wähler, die den Parteien Schwierigkeiten bereiten. In Bezug auf die veränderten Wahlmotive wird in der Forschung von einem *neuen Typus* von Wähler gesprochen, der sich weniger durch Loyalität und emotionale Verbundenheit mit einer Partei als vielmehr durch Rationalität und Eigeninteressenwahrnehmung auszeichne (Bürklin 1994: 28; vgl. auch Gluchowski/Wilamowitz-Moellendorff 1997).

> „Die moderne Wohlfahrtsgesellschaft bringt einen neuen Wählertypus hervor: An die Stelle des loyalen, emotional gebundenen Wählers tritt zunehmend der nutzenorientierte, rationale Wähler. Der *neue* Wähler ist immer weniger bereit, das Fehlverhalten seiner Partei hinzunehmen. Aus dieser politisch-kulturellen Perspektive ist das veränderte Wahlverhalten nicht primär das Ergebnis des politischen Prozesses, sondern der veränderten Wählerschaft" (Bürklin 1994: 28, H.i.O.).

Empirische Studien zum Wahlverhalten zeigen darüber hinaus, dass die Zahl der Wechselwähler[216] (Kort-Krieger 1994; Weßels 2007) und der Nichtwähler[217] (Armin-

214 Jesse (2007: 17) hält es sogar für möglich, dass sich der Stimmenanteil der sogenannten Volksparteien bei 30% einpendeln könnte. Als Ergebnis der Bundestagswahl 2009 fuhr die SPD mit 23% der Stimmen ihr schlechtestes Ergebnis aller Zeiten und die Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU mit 33,8% ihr zweitschlechtestes Ergebnis ein (ders. 2009b).

215 Becker (2002) kann das veränderte Wahlverhalten zwischen 1953 und 1987 empirisch auf Generationseffekte zurückführen. Auch der Wertewandel (Bürklin 1988; Klein 2005) wird in der Literatur als Ursache genannt.

216 Erklärungen für die Wechselwahl im Anschluss an die Verhaltensansätze der Wahlforschung arbeitet Schoen (2005a: 376ff.) heraus. Die erste Studie zum Phänomen der Wechselwähler wurde von Lazarsfeld/Berelson/Gaudet (1969) vorgelegt.

217 Einen Überblick über verschiedene Typen von Nichtwählern gibt Eilford (1994: 52ff.). Die Gründe für die Nichtwahl im Anschluss an die Verhaltensansätze der Wahlforschung arbeitet Caballero (2005: 336ff.) heraus. Die Einsicht, man könne mittels des ökonomischen Ansatzes resp. der Rational-Choice-

geon 1994; Feist 1994: 12; Jesse 2009a: 404, 2009b: 8; Kleinhenz 1995) beständig zunimmt. Auch sehen sich Parteien mit dem Phänomen der Protestwähler konfrontiert, die ihre Unzufriedenheit mit der Politik beispielsweise durch die Wahl rechter Parteien ausdrücken (Arzheimer 2005; Bürklin/Klein 1998: 173ff.; Falter/Klein 1994: 96f.)[218]. In der Summe führen diese (neuen) Wählertypen dazu, dass die Parteien ungleich mehr Aufwand betreiben müssen, um diese (1) zu erreichen und (2) diese Wählergruppen davon zu überzeugen, ihre Stimme auch zugunsten ihrer Partei abzugeben. In diesem Zusammenhang wird in der Literatur auch darüber diskutiert, ob sich die Parteien inhaltlich resp. programmatisch weitestgehend angeglichen haben (z.B. Geis 2011; Luhmann 2000: 117f.; Niedermayer 2000: 200; Wiesendahl 2006: 74).

2.6 Parteimitglieder in Deutschland

Da es in der Diskussion um die Krise der Mitgliederparteien primär um die sinkenden Mitgliederbestände geht, erscheint es nur konsequent den Parteimitgliedern gesondert Aufmerksamkeit zu schenken. Besonders zwei Bereiche sind hierbei von Interesse: zum einen die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Parteimitglieder, wie sie bereits exemplarisch für die Altersverteilung aufgezeigt wurde. Zum anderen sind die Aufgaben und Funktionen der Mitglieder von Bedeutung. Im Gegensatz zu den bisherigen Ausführungen geht es hier nicht um solche Funktionen, die sich aus der Mitgliedschaft selbst ergeben, z.B. die Zahlung von Mitgliederbeiträgen, sondern um Tätigkeiten, welche die Parteimitglieder innerhalb der Beziehung zwischen Parteien und Gesellschaft für die Parteien ausführen. Da diese Aufgabenbereiche im Rahmen des Mitgliederdiskurses nicht unkritisch behandelt werden, muss auch die Frage nach dem tatsächlichen Aufgabenspektrum berücksichtigt werden.

Theorie das Nichtwählen nicht erklären, entkräftet Becker (2001).

218 Spier (2007: 98) weist darauf hin, dass über 40% der Unterstützer rechtsextremer Parteien dem „abhängigen Prekariat“ entstammen.

2.6.1 Sozialstrukturelle Merkmale der Parteienmitglieder im Vergleich

Die sozialstrukturellen Merkmale der Parteimitglieder spielen aus einer demokratietheoretischen und repräsentationstheoretischen Sicht eine überaus wichtige Rolle.[219] So wird nicht nur ein Zusammenhang zwischen Gesamtmitgliederzahl – also im weitesten Sinne Partizipation – und der Qualität der Demokratie angenommen[220], sondern auch zwischen der Mitgliederzusammensetzung und der Interessenvertretungsfunktion der Parteien. Für Letzteres gilt: Die Mitglieder der Parteien sollen möglichst die sozialstrukturellen Gruppenverhältnisse der Bevölkerung widerspiegeln, damit eine Interessenvertretung aller relevanten Gesellschaftsgruppen gewährleistet werden kann (z.B. Biehl 2009: 118).[221]

> „Dabei repräsentieren sie [die Parteimitglieder] in der ein oder anderen Weise die Anhänger- und Wählerschaft einer Partei sowie zusammen genommen die Bevölkerung insgesamt“ (ebd.: 116).

Diese Form der Repräsentation deckt sich mit der von Pitkin (2003: 60ff.) eingeführten deskriptiven Repräsentation[222], die sich auf das Verhältnis zwischen Repräsentanten (hier: Parteimitglieder) und Repräsentierten (hier: Bevölkerung) bezieht.[223]

219 Bereits 1982 hat sich der Bergedorfer Gesprächskreis mit der Frage beschäftigt, ob die Gesellschaft durch die Parteien noch repräsentiert wird.

220 Die gilt z.B. für das Konzept der »deliberativen Demokratie« nach Habermas (1994: 349ff., 1996: 285ff.). Zur Kritik am Konzept vgl. Fuchs-Goldschmidt (2008).

221 Damit ist nicht gemeint, dass quasi alle Parteien ein kleines Gesellschaftsabbild sein sollen. Es heißt vielmehr, dass die Gesellschaftsgruppen eine Plattform in mindestens einer Partei finden müssen. Theoretisch und empirisch lässt sich dies mit Hilfe des Cleavage-Ansatzes von Lipset/Rokkan (1967) untermauern, der tiefe Spannungslinien innerhalb von Gesellschaften als Ausgangslage für die Etablierung von Parteien ausweist. Für die Bundesrepublik kann so zum Beispiel gezeigt werden, dass die Entwicklung von SPD und FDP im Zusammenhang mit dem (gesellschaftlichen) Konflikt zwischen Arbeit und Kapitel zu sehen ist.

222 Die deskriptive Repräsentation ist eine von vier Theoriefamilien, auf die sich der Ansatz von Pitkin bezieht (Patzelt 1993: 23ff.).

223 Im weiteren Sinne handelt es sich beim Repräsentationsansatz von Pitkin um eine Beschreibung der Beziehung zwischen Parteien und Gesellschaft. Ein anderes Modell, dass sich ebenfalls zur Beschreibung dieser Beziehung eignet ist das »Linkage-Konzept«. Nach Wiesendahl (2006: 123) stellen „Linkages (…) Beziehungsmuster dar, durch die Parteien in eine wechselseitige Beziehung zur Gesellschaft treten und als intermediäre Instanzen den politisch institutionellen Entscheidungsbereich mit der Gesellschaft verbindet. Dabei wirken sie wie ein Kommunikationskanal, über den die Wünsche, Interessen und Erwartungen der Bürger aufgegriffen und zu den politischen Entscheidungsakteuren weitergeleitet werden“. Ursprünglich geht das Linkage-Konzept auf Lawson (1980) zurück. Den Wandel der Linkage-

> „Die Repräsentanten »stehen« (…) in einem umfassenden Sinn für die Repräsentierten. Begründet wird dies mit der Gleichartigkeit beider, die als hinreichende Bedingung authentischer Abbildung der Repräsentierten durch die Repräsentanten gilt“ (Hager 2005: 45).

In den Worten Pitkins (1967: 61, H.i.O.):

> „[R]epresenting is not acting with authority, or before being held to account, or kind of acting at all. Rather, it depends on the representative´s characteristics, on what he *is* or is *like*, on being something rather than doing something. The representative does not act for others; he »stands for« them“.

Die Repräsentationsleistung der Parteimitglieder erschöpft sich dabei nicht in einem beauftragten Handeln, da Repräsentation in diesem „allg[emeinen] (und philosophischen)“ Verständnis auch das „Sichvergegenwärigen von Nichtvergegenwärtigem“ (Alemann/Nohlen 2004: 829) beinhaltet.

> „Rather, representation, taken generally, means the making present in *some sense* of something which in nevertheless *not* present literally or in fact. Now, to say that something in simultaneously both present and not present is to utter a paradox, and thus a fundamental dualism is built into the meaning of representation“ (Pitkin 2003: 8f., H.i.O.).

Ursprünglich ist die Repräsentationstheorie Pitkins für parlamentarische Systeme konzipiert und deshalb in der Anwendung auf Parlamentarier beschränkt gewesen. Das Besondere an dieser Theorie ist die Differenziertheit der Betrachtung in Form unterschiedlicher Repräsentationsdimensionen. Biehl (2009) hat diese vier Dimensionen erstmals auf Parteimitglieder angewendet[224]. Sowohl die Dimensionen als auch die Ergebnisse von Biehl sind in *Tabelle 2.8* kurz zusammengefasst.

Strukturen für verschiedene europäische Parteien untersucht Poguntke (2000).

224 Biehl (2009: 114) weist darauf hin, dass erste Versuche in diese Richtung bereits von Kitschelt (2000) und Widfeldt (2002) unternommen wurden.

Tabelle 2.8: Repräsentationsdimensionen und Parteimitglieder

Repräsentationsdimension	Merkmale nach Pitkin	Befunde von Biehl
formale	Auswahl- und Entscheidungsprozesse, die zur Bestimmung eines Repräsentanten führen	Obwohl relativ barrierefreier Zugang zu Parteien möglich, ist das Beitrittsmotiv allgemein (nicht die Präferenz zu einer bestimmten Partei) von sozioökonomischem Status abhängig: „[Es ist festzuhalten,] dass die Parteien Repräsentationsprobleme in dem Sinne haben, als dass es einigen gesellschaftlichen Gruppen leichter fällt, sich einer Partei anzuschließen“ (Biehl 2009: 121).
deskriptive	Vorhandensein oder Nicht-Vorhandensein von Ähnlichkeiten sozialer Merkmale zwischen Repräsentanten und Repräsentierten	Zunehmende sozialstrukturelle Homogenisierung aller Parteimitglieder feststellbar: „In der Tendenz sind zunehmende Differenzen zwischen Mitgliedern und Bevölkerung auszumachen und die deskriptive Repräsentation ist immer weniger sichergestellt“ (Biehl 2009: 119).
symbolische	Akzeptanz oder Nicht-Akzeptanz der Repräsentanten durch die Repräsentierten	Insgesamt Akzeptanzverlust der Parteien und der Parteimitglieder in der Bevölkerung aufgrund *unterstellter* selektiver ergebnisbezogener Anreiz als Beitrittsmotiv, Rückzug aus vorpolitischem Raum: „Aus Sicht der Bevölkerung stellt sich die gegenwärtige Situation der Parteien jedenfalls defiziär dar und die Parteien und deren Mitglieder werden nur noch bedingt als Repräsentanten akzeptiert“ (Biehl 2009: 124).
inhaltliche	Frage nach Übereinstimmung der Interessen und Anliegen zwischen Repräsentanten und Repräsentierten sowie die Umsetzung in politisches Handeln	Parteimitglieder der unterschiedlichen Parteien treten für unterscheidbare politische Forderungen ein: „Die Mitglieder der verschiedenen Parteien decken in ihrer Gesamtheit die gesamte Breite gesellschaftlicher Einstellungen ab“ (Biehl 2009: 117).

Quellen: Biehl (2009: 114ff.); Pitkin (2003: 38ff.).

Obwohl eine vollständige Darstellung der Repräsentationsleistung der Parteimitglieder nur in der Gesamtschau der Repräsentationsdimensionen möglich ist, beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen primär auf die deskriptive Dimension. Die restlichen werden in Beziehung zu dieser bzw. ergänzend behandelt.

In Kapitel 2.5 wurde bereits die Altersverteilung als sozialstrukturelles Merkmal der Mitglieder vergleichend betrachtet, wobei zu konstatieren ist, dass in den deutschen Parteien aktuell sowohl eine *Unterrepräsentation der jüngeren als auch eine Überrepräsentation der mittleren und insbesondere der älteren Jahrgänge* existiert. Verglichen mit den Daten von 1980 zeigt sich, dass eine proportionale Verteilung der Altersgruppen gemessen an der Gesamtbevölkerung auch zu diesem Zeitpunkt *nicht* gegeben war. Jedoch hat sich diese Disproportionalität zum zweiten Untersuchungszeitpunkt noch verschärft. Dieser Befund dürfte die Kritiker der sozialen Repräsentation in ihrer Idee bekräftigen, dass „inhaltliche Repräsentation von Interessen durch die Parteien (...) auch ohne soziale Repräsentation gewährleistet werden“ (Biehl 2004: 696) kann.

Betrachtet man allerdings die neuen Befunde[225] zu den sozialstrukturellen Merkmalen der Parteimitglieder insgesamt, dann zeigt sich deutlich, dass anstatt von Proportionalität eher von *Nivellierung* auszugehen ist (ebd.: 691, ders. 2005, 2006: 291, 2007: 17f., 2009: 119; Klein 2011a: 58; Gabriel/Niedermayer 1997). Biehl (2005) konnte empirisch belegen, dass der „durchschnittliche Parteiangehörige“ männlich und im mittleren Alter ist, meist eine Stelle im öffentlichen Dienst besetzt sowie über eine höhere Bildung verfügt. Damit untermauert er die in der Ressourcentheorie (z.B. Verba/Nie 1987) angelegte Überlegung, dass „unter den politisch aktiven Bürgern Angehörige bestimmter gesellschaftlicher Gruppierungen dominieren“ (Biehl 2005: 41; vgl. auch Niedermayer 2009a). Für diese „Parteimitglieder neuen Typs“ (Biehl 2004: 681) soll darüber hinaus die normative Verbundenheit mit einer Partei an Bedeutung verlieren und der individuelle Zusatznutzen im Vordergrund stehen (vgl. Niedermayer 1997; Wiesendahl 1998: 164; Geisel/Schaible/Thielbeer 2001: 41). Dieser Befund, für den sich durchaus Analogien zum neuen Wählertyp in der empirischen Wahlforschung aufzeigen lassen, konnte nicht bestätigt werden. Weder Biehl (2005) noch Laux (2011) können eine Zunahme und schon gar keine Dominanz selektiver, ergebnisbezogener Anreize (persönlicher Vorteil als Ergeb-

225 Die neuen Befunde beziehen sich auf die letzten fünfzehn Jahre und beinhalten auch die aktuelle Situation.

nis der Mitgliedschaft)[226] als Motiv für den Parteieintritt konstatieren. Nach wie vor sind es kollektive politische (Durchsetzung politischer Inhalte und Maßnahmen) sowie altruistische (Beitrag zur Demokratie) Anreize, die eine entscheidende Rolle beim Eintritt in eine Partei spielen (ebd.: 65).

> „In allen Parteien dominieren ressourcenstarke Bürger, insbesondere Höhergebildete (…) Demgegenüber fielen die empirischen Hinweise dafür, dass sich das *neue Mitglied* durch eine geringere Verbundenheit mit seiner Partei sowie durch stärkere politische Ambitionen und ein funktionaleres Verständnis seiner Parteizugehörigkeit auszeichnet, eher schwach aus. Vielmehr ist die Identifikation mit der Partei, die grundlegende Übereinstimmung mit ihren Absichten und Zielen für eine Mitgliedschaft weiterhin von höchster Wichtigkeit“ (Biehl 2005: 221, H.i.O.; vgl. auch ebd.: 222).

Obgleich sich demnach für den Parteieintritt kaum Motivverschiebungen aufzeigen lassen, soll sich die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Parteimitglieder in den letzten dreißig Jahren derart weitreichend geändert haben, dass heute aufgrund sozialer Disproportionalitäten bereits von inhaltlichen Repräsentationsproblemen auszugehen ist. Biehl (2004: 696) kommt am Ende seiner Untersuchung zu folgendem Schluss:

> „Die Parteien erreichen über ihre Mitgliedschaften gewisse Bevölkerungskreise kaum noch. Deshalb schwindet bei einigen sozialen Gruppierungen der Glaube daran, dass sich die in den Parteien dominierenden Akademiker mittleren Alters auch für die Interessen anderer gesellschaftlicher Schichten einsetzen“.

Ohne die empirische Evidenz der Untersuchungsergebnisse der „Potsdamer Mitgliederstudie“ (Heinrich/Lübker/Biehl: 2002) sowie der „Deutschen Parteimitgliederstudie“ (Spier/Klein/Alemann/u.a.: 2011) in Frage zu stellen, werden verschiedene sozialstrukturelle Variablen im Folgenden erneut betrachtet und in vergleichender Perspektive um entsprechende Daten von 1980[227] ergänzt. Grund dafür ist der Umstand, dass nur über das Schaffen von Vergleichswerten realistisch abzuschätzen ist, ob und wie sich die Problematik im Zeitverlauf zeigt bzw. verändert.

---

226 Zu den differenzierten Beitrittsmotiven vgl. Hoffmann (2011: 89ff.) und Laux (2011: 63). Einen Überblick über die Literatur zu den Beitrittsmotiven gibt Wiesendahl (1998: 153).

227 Für Ausführungen zu Parteienmitgliedern in den 1960er und den frühen 1970er Jahren vgl. Dittberner/Ebbighausen (1973).

2.6.1.1 Geschlechterverteilung

Die Variable »Geschlecht« bildet in den Sozialwissenschaften eine der wichtigsten Determinanten sozialer Ungleichheit (Hradil 2001: 34). Zum Teil aus einem traditionellen Rollenverständnis heraus resultierend, gelten Frauen in vielen gesellschaftlichen Bereichen bis heute als benachteiligt (Geißler 2002: 365ff.). Obwohl die „neue Frauenbewegung“ (Nave-Herz 1997: 39ff.) seit den 1970er Jahren vielfältige Resultate im Bereich der Gleichstellung vorweisen kann, kann der Gleichstellungsprozess bis heute nicht als abgeschlossen gelten. So erhöhten sich beispielsweise die Zahlen von Mädchen und Frauen an den höheren Bildungseinrichtungen und von damit verbundenen Abschlüssen (Abitur, Promotion usf.) und Berufsfeldern (z.B. Hochschulpersonal, Professoren), gleichzeitig sind Frauen besonders „im Bereich Forschung und Lehre“ aber nach wie vor unterrepräsentiert (Krüger-Hemmer 2008: 63)[228]. Aktuell wird aufgrund der scharfen Verzerrung der Anteile von Männern und Frauen in den Führungsetagen großer Wirtschaftsunternehmen sogar über die Einführung einer Quotenregelung für Führungspositionen diskutiert (Beyer/Voigt 2011).

In Bezug auf den Frauenanteil unter den Parteimitgliedern zeigt sich, dass sowohl 1980 als auch 2007 von starken Disproportionalitäten auszugehen ist. Zwar lassen sich für 2007 leicht erhöhte Werte gegenüber 1980 konstatieren, allerdings ist nach wie vor von einer starken Unterrepräsentation weiblicher Parteimitglieder auszugehen (*Tabelle 2.9*). Besonders für die älteren Parteien CDU, CSU, FDP und SPD lassen sich für 2007 starke Differenzen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung aufzeigen. Den niedrigsten Frauenanteil verzeichnet zu beiden Untersuchungszeitpunkten die CSU, deren Wert chronisch unter 20% liegt. Die Schwesterpartei CDU erreicht 1980 knapp die 20%-Marke. SPD und FDP teilen sich immerhin rund 23%. Allerdings ist die FDP auch diejenige Partei, in der sich der Frauenanteil zwischen den beiden Untersuchungszeitpunkten praktisch nicht geändert hat.[229] Die übrigen Parteien CDU, CSU und SPD können prozentual moderate Steigerungsraten zwischen rund 4% und 7% verbuchen. Der Grund dafür könnte in dem Umstand begriffen sein, dass diese Parteien eine Frauenquote etabliert haben, die sich positiv auswirkt (Bösch 2007: 215; Spier 2011: 42)[230].

228 Das Fehlen von Frauen in Führungspositionen deckt sich mit dem Befund von Geißler (2002: 376), der für hohe und höchste Positionen eine Dominanz von Männern ausweist.

229 Auch in den 1970er Jahren lag der Frauenanteil innerhalb der FDP bei 22% (Kaack 1979: 67).

230 Im Gegensatz zu allen anderen Parteien wehrt sich die FDP seit jeher gegen eine Frauenquote. Die CSU

Tabelle 2.9: Parteienmitglieder nach Geschlecht 1980 und 2007 in %

	1980[1]		2007	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Gesamtbevölkerung[2]	47,1	52,9	48,9	51,1
CDU[3]	79,4	20,6	74,7	24,4
CSU[4]	87,1	12,9	81,2	18,2
SPD[5]	76,9	23,1	69,1	30,9
FDP	77,3	22,7	77,2	22,8
GRÜNE	—	—	62,6	37,4
LINKE	—	—	60,9	39,1

Quellen: Boyer/Kössler (2005: 225); Franz (2005: 144); Gnad (2005: 656); Gniss (2005: 126); Niedermayer (2009: 15); Statistisches Bundesamt (2009: 28, 2010).

[1] Angaben ohne Die Grünen und Die LINKE, da beide Parteien 1980 noch nicht existierten resp. auf Bundesebene nicht konsolidiert waren. Die vorhandenen Werte sind gerundet und beziehen sich auf das Gebiet der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung.

[2] Die Angaben für 1980 beziehen sich auf die Bevölkerung des früheren Bundesgebietes.

[3] Die Angaben beziehen sich nicht auf 1980, sondern auf 1978.

[4] Die Angaben beziehen sich nicht auf 1980, sondern auf 1979. Die Verteilung an der bayrischen Gesamtbevölkerung ist wie folgt: männlich 47,8%, weiblich 52,2% (Statistisches Bundesamt 2007[231]).

Die meisten Frauen finden sich 2007 in den Reihen der neueren Parteien Die Grünen und DIE LINKE. Über ein Drittel der Parteimitglieder sind hier weiblich. Die Gründe für den hohen Frauenanteil sind für beide Parteien unterschiedlich. Bei den Grünen nehmen Frauen traditionell einen hohen Stellenwert ein. Die Gleichstellungspolitik war und ist, auch aufgrund der mit der Parteigründung im Zusammenhang stehenden Frauenbewegung, von vorn herein konsequent und institutionell

etablierte erst 2010 nach zähen Verhandlungen eine Frauenquote (Auer 2010), so dass die Auswirkungen dieser Etablierung in den vorliegenden Daten nicht zum Tragen kommen können. Es zeigt sich aber, dass augenscheinlich ohne Frauenquote in den Parteien (siehe FDP und CSU) kaum resp. keine Steigerung des Frauenanteils stattfindet. Darüber hinaus hebt Weis (1995) für die SPD hervor, dass trotz (angewandter) Quotenregelung nach wie vor gravierende Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Hinblick auf die Besetzung parteiinterner Positionen existieren. Für die CDU konstatiert Reichart-Dreyer (1995), dass das christlich geprägte Frauenbild und die daraus resultierende Dominanz von Männern ebenfalls Probleme für Frauen bringen, die eine höhere Position anstreben. Stellvertretend für die Situation aller deutschen Parteien zeigt Schäfer (1995: 97) am Beispiel der FDP Sachsen auf, dass „die Notwendigkeit weiblicher Partizipation“ von den Parteien nach wie vor nicht erkannt werde.

231 Für die kooperative Hilfe und die schnelle Übersendung der Daten möchte ich mich bei Frau Lobov vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden bedanken.

betrieben worden (Spier 2011: 43). Mit einem vorgeschriebenen Minimum von 50% (Rudzio 1991: 151) ist die Frauenquote hier am größten und der Frauenanteil durchgängig auf hohem Niveau (vgl. Niedermayer 2010: 429).

> „Eine Besonderheit im Verhältnis zu den anderen Parteien stellt die starke Stellung des Frauenrates dar, dem die weiblichen Mitglieder des Bundesvorstandes, zwei weibliche Delegierte jedes Landesverbandes, der Bundestagsfraktion und der grünen Fraktion des Europaparlamentes angehören. Der Frauenrat hat eine Richtlinienkompetenz in frauenpolitischen Angelegenheiten. Jährlich wird darüber hinaus eine Bundesfrauenkonferenz einberufen. Wenn auf einer Bundesversammlung eine Mehrheit der anwesenden weiblichen Delegierten ein Veto gegen einen Beschluss einlegt, hat dieses Veto aufschiebende Wirkung“ (Probst 2007: 185).

Bei der Linkspartei stellt sich der Sachverhalt gänzlich anders dar. Der hohe Frauenanteil wird hier als Überbleibsel der realsozialistischen Wurzeln (DDR) der PDS interpretiert. Der Anteil weiblicher Parteimitglieder war in der PDS überdurchschnittlich hoch. 1996 und 1997 lag er bei 46% und 2006 immerhin noch bei rund 44% (Niedermayer 2010: 429).

> „Die politische Beteiligung von Frauen wurde dort [in der DDR] staatlich gefördert und forciert, da die Behauptung, dass in der DDR die Gleichberechtigung der Frau weitestgehend hergestellt sei zu den zentralen Selbstlegitimationsmustern des staatssozialistischen Systems gehörte“ (Spier 2011: 44).[232]

Nach der Fusion aus PDS und WASG zur Partei DIE LINKE wurde der Frauenanteil zunächst sprunghaft, dann stetig immer geringer. Der Grund hierfür liegt in dem Umstand, dass die WASG einen hohen Männeranteil aufwies (Jesse/Lang 2008: 173), der nach der Parteienzusammenlegung den weiblichen Anteil drückte. Mittel- und langfristig sei davon auszugehen, dass sich der Frauenanteil denen der älteren Parteien angleicht (Spier 2011: 44). Insgesamt lässt sich für die Geschlechterverteilung innerhalb der Parteimitgliedschaft, ähnlich der Altersverteilung, zeigen, dass weder 1980 noch 2007 proportionale Verhältnisse in den Parteien vorherrschten. Im Unterschied zur Altersverteilung hat sich der Anteil an weiblichen Parteimitgliedern zum zweiten Erhebungszeitpunkt ganz leicht in Richtung Proporz verschoben.

232 Es gab durchaus gesellschaftliche Bereiche in der DDR, in denen – aufgrund ideologischer Muster – die Gleichstellung von Mann und Frau weiter entwickelt war als in der Bundesrepublik Deutschland (Geißler 2002: 390).

2.6.1.2 Erwerbsstatus, Beruf und Bildung

Neben der Alters- und Geschlechterverteilung spielt der Erwerbsstatus resp. der Beruf und damit zusammenhängend der Bildungsgrad der Parteimitglieder eine Rolle. Auch hier seien verschiedene Nivellierungstrends erkennbar (Biehl 2007: 17f.), sodass es auch in Bezug auf diese sozialen Merkmale zu Repräsentationsproblemen komme. Nach der Cleavage-Theorie von Lipset/Rokkan (1967), herrschte über lange Zeit eine ziemlich genaue Vorstellung über die sozialstrukturelle Zusammensetzung der einzelnen Parteien vor, die sich auch empirisch bestätigen lies (exemplarisch Linz 1967) und theoretisch auf neue Parteien übertragen werden konnte. Da die Parteienbildung hier mit der Ausbildung polarisierten Interessengruppen einhergeht, organisieren die Parteien „sozial homogene Gefolgschaften“ (Biehl 2007: 280) um sich herum, die sich in Form von Milieus (vgl. Kapitel 2.4) gegeneinander abgrenzen lassen. Zudem sind sich die Mitglieder einer Partei sozialstrukturell ähnlicher als die Mitglieder zwischen den Parteien (*intraparteiliche Homogenität*), was beispielsweise in Bezug auf das Merkmal Beruf heißt, dass sich in der SPD ein überwiegender Teil der Mitgliedschaft aus Arbeitern und Angestellten rekrutiert, wohingegen innerhalb der FDP (selbstständige) Arbeitgeber (ohne Landwirte) dominieren.

Betrachtet man die berufliche Stellung der Parteimitglieder 1980 (*Tabelle 2.10*), dann zeigt sich in der Tat, dass sich über die Hälfte der SPD-Mitglieder aus Arbeitern und Angestellten zusammensetzt. Selbstständige sind in dieser Partei hingegen kaum vertreten. In allen Parteien lassen sich darüber hinaus hohe Werte für die Angestellten konstatieren, die für die FDP und CDU gleich auf mit der SPD und für die CSU nur marginal geringer sind. Selbstständige lassen sich zu großen Anteilen sowohl in der CDU, der CSU und der FDP finden, wobei die CDU mit 25% hier den Spitzenwert verzeichnet. Der Grund für die hohen Anteile dieser Berufsgruppe in der Fraktionsgemeinschaft liegt in dem Umstand, dass die Religion für die „bäuerliche Bevölkerung“ eine große Bedeutung hat (Geißler 2002a: 186) und dementsprechend auch christliche Parteien präferiert werden. Für die Beschäftigen im öffentlichen Dienst und die Beamten scheint die Mitgliedschaft in der FDP besonders attraktiv zu sein, da sie hier mit 18% den höchsten Wert aller Parteien verzeichnen. Allerdings liegen die übrigen Parteien mit 10% bis 12% nur unweit davon entfernt. Betrachtet man die vier Berufsgruppen, für die auswertbare Daten vorliegen über alle Parteien hinweg, dann zeigt sich, dass die 1967 veröffentlichte Cleavage-Theo-

rie nur noch begrenzt anwendbar ist, und zwar für die Arbeiter und die Selbstständigen. Für die Angestellten und die Bediensteten des öffentlichen Dienstes zeigen sich hingegen bereits vor 1980 erste Nivellierungstendenzen, wie sie Gluchowski/Veen (1979) exemplarisch für die CDU/CSU sowie die SPD aufzeigten.

Als Gründe für die sich immer ähnlicher werdende sozialstrukturelle Zusammensetzung der Parteienmitgliedschaft (*interparteiliche Homogenität*) werden veränderte soziale und ökonomische Umweltbedingungen angegeben, die mit der Abschwächung gesellschaftlicher Konflikte und mit Erosionsprozessen der sozialen Milieus in Verbindung gebracht werden (Biehl 2006: 280). Bezieht man hierzu die berufliche Stellung der Parteimitglieder für 2009 mit ein, dann zeigt sich deutlich eine Verstärkung der Nivellierungstendenzen besonders im Bereich der bereits 1980 konstatierten Angestellten und der Beamten resp. aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Tabelle 2.10: Berufliche Stellung der Parteienmitglieder 1980 und 2009 in %

		Berufliche Stellung[1]				
		Arbeiter	Angestellte	Beamte/ öffentlicher Dienst	Selbstständige	Akademiker/ Freiberufler
CDU[2]	1980	11,0	24,0	12,0	25,0	—
	2009	7,0	28,0	31,0	28,0	6,0
CSU[3]	1980	15,0	21,0	12,0	14,0	2,0
	2009	9,0	26,0	31,0	28,0	7,0
SPD[4]	1980	28,0	24,0	10,0	5,0	—
	2009	16,0	30,0	42,0	9,0	3,0
FDP[5]	1980	4,0	24,0	18,0	11,0	—
	2009	3,0	28,0	27,0	27,0	14,0
GRÜNE[6]	1980	—	—	—	—	—
	2009	4,0	26,0	45,0	13,0	11,0
LINKE[7]	1980	—	—	—	—	—
	2009	19,0	32,0	34,0	12,0	4,0

Quellen: Boyer/Kössler (2005: 289); Franz (2005: 214); Gnad (2005: 726); Gniss (2005: 147, 151); Klein (2011a: 50).

[1] Die Zahlen für 1980 sind gerundet und beziehen sich auf das Gebiet der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung.
[2] Die Angaben beziehen sich nicht auf 1980, sondern auf 1978. Für 1980 sind keine Daten verfügbar.
[3] Die Angaben beziehen sich nicht auf 1980, sondern auf 1979. Für 1980 sind keine Daten verfügbar.
[4] Die Angaben beziehen sich nicht auf 1980, sondern auf 1978. Für 1980 sind keine Daten verfügbar.
[5] Die Daten zur beruflichen Stellung sind bei Gniss (2005: 146ff.) lediglich für sieben Landesverbände und Südbaden ausgewiesen. Zahlen für die gesamte Partei sowie einheitliche Erhebungszeitpunkte und Intervalle existieren nicht. Die Datenlage insgesamt ist sehr schmal. Da für 1980 Daten aus Baden-Württemberg und Berlin zur Verfügung stehen, wird der Mittelwert aus beiden Landesverbänden stellvertretend ausgewiesen.
[6,7] Angaben für 1980 nicht möglich, da beide Parteien zu diesem Zeitpunkt noch nicht existierten resp. auf Bundesebene nicht konsolidiert waren.

Für alle Parteien liegt der Anteil dieser Berufsgruppen auf hohem Niveau. Bei den Angestellten bei rund 30%, wobei DIE LINKE hier den höchsten Wert von 32% aufweist, dicht gefolgt von der SPD mit 30%. Bei den Beamten sind die Werte über alle Parteien hinweg betrachtet geringfügig höher und erreichen bei bei SPD und den Grünen über 40%. Die SPD ist in diesem Zusammenhang auch die Partei, für die sich die größte Steigerungsrate dieser Berufsgruppe feststellen lässt. Gleichzeitig ist der Anteil der Arbeiter von 28% für 1980 auf 16% im Jahr 2009 gesunken. Damit stellt die SPD nur noch den zweithöchsten Wert hinter der Linkspartei mit 19% (analog zu den Angestellten). Es lässt sich demnach eine Verschiebung der Repräsentation von Arbeitern und Angestellten von der SPD hin zur Linkspartei konstatieren. Der Grund dafür ist ein realpolitischer. Die unter der Regierung Schröder verabschiedete Agenda 2010 und die darin enthaltenen Hartz-Gesetze (Hegelich/Knollmann/Kuhlmann 2011) wurden von vielen SPD-Mitgliedern als „neo-liberale Wende“ (Wiesendahl 2006: 98) wahrgenommen, was zu Massenaustritten führte und die ehemaligen Mitglieder zur Gründung der WASG veranlasste (Jesse/Lang 2008: 75ff.), in der sie ihre Interessen besser vertreten sahen. Nichtsdestotrotz sind sowohl die Angestellten als auch die Arbeiter über alle Parteien hinweg unterrepräsentiert. Anteilen von 60% bzw. 23% in der Bevölkerung stehen dabei Werte von 29% resp. 11% innerhalb der Parteienmitgliedschaft gegenüber (Spier 2011: 50).

Die restlichen Berufsgruppen sind im Vergleich zum Bevölkerungsanteil überrepräsentiert. So stellen die Beamten nur 7% der Erwerbspersonen, aber bis zu 45% der Parteimitglieder. Im Mittel über alle Parteien hinweg liegt der Wert bei 35% (ebd.). Als Erklärung für die Dominanz dieser Berufsgruppe unter den Parteimitgliedern mutmaßt Spier (ebd.: 51), dass es sich um antizipierte berufliche Vorteile und

größere Zeitressourcen bzw. -flexibilitäten handle, die hier zum Tragen kommen. Insbesondere der erste Erklärungsversuch muss dabei nicht unbedingt mit den Forschungsergebnissen von Laux (2011: 65) in Widerspruch stehen, nach denen selektive, ergebnisorientierte Anreize als Beitrittsmotiv kaum eine Rolle spielen. Da lediglich 2% (ebd.) der Befragten angaben aus diesem Motiv heraus in eine Partei eingetreten zu sein, ist die Erklärungskraft sehr gering. Wenn auch das Beitrittsmotiv selbst kaum mit den vermuteten beruflichen Vorteilen in Verbindung zu bringen ist, kann die Erfahrung, dass es einen Zusammenhang zwischen Parteimitgliedschaft und beruflichem Erfolg gibt, der gegebenenfalls bei Kollegen beobachtet wurde, sich positiv auf einen Beitrittswunsch auswirken, ihn aber augenscheinlich nur selten dominieren.

Für die Selbstständigen und Akademiker bzw. Freiberufler lässt sich ein ähnliches Muster wie für den öffentlichen Dienst, aber in abgeschwächter Form, feststellen. Diese Berufsgruppen sind in der Bevölkerung mit 9% vertreten, bilden aber 26% der Parteimitglieder (Spier 2011: 50). Für die Selbstständigen ist darüber hinaus interessant, dass sie nach wie vor am stärksten in der CDU, CSU und FDP vertreten sind, wobei sich ihr Anteil in der CSU gegenüber 1980 prozentual verdoppelt und in der FDP fast verdreifacht hat. Wenig attraktiv für diese Berufsgruppe(n) sind nach wie vor die SPD und die neuen Parteien, deren Werte alle um die 10% angesiedelt sind. In vier der sechs betrachteten Parteien stellen die Angestellten, die Beamten und die Selbstständigen zusammen den größten Teil der Parteimitglieder (bis zu 87%). Lediglich für die Linkspartei und die SPD zeigen sich Abweichungen. Hier sind es neben den Beamten und den Angestellten die Arbeiter, die den größten Parteimitgliederanteil stellen (SPD: 88%, LINKE: 85%). Da die Angestellten und Beamten in allen Parteien einen gewichtigen Prozentsatz ausmachen, kann in der Tat von Nivellierungstendenzen ausgegangen werden. Allerdings bestätigen die Daten auch den von Biehl (2006: 291f.) gezogenen Schluss, dass trotz dieser Tendenz nach wie vor (soziale) Unterschiede zwischen den Mitgliedern unterschiedlicher Parteien vorherrschen. So verzeichnen diejenigen Parteien, die sich die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen auf die Fahnen geschrieben haben, auch einen größeren Teil dieser Berufsgruppe unter ihren Mitgliedern. Gleiches gilt für die Interessen der Selbstständigen (inkl. Landwirte).

Auch im Hinblick auf die Konfessionszugehörigkeit lassen sich Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien ausmachen. Erwartungsgemäß ist der An-

teil religiös gebundener (besonders der katholischen) Parteimitglieder in der CDU und CSU ausgesprochen hoch und dies trotz leichter Rückgänge zum zweiten Messzeitpunkt (vgl. *Tabelle 2.11*). In der SPD, FDP und bei den Grünen dominieren heute evangelische Parteimitglieder, die im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sogar leicht überrepräsentiert sind. DIE LINKE hat 2009 einen Anteil an Konfessionslosen von 79%, was noch einmal ihre Rolle im ökonomischen Cleavage unterstreicht, ihr aber kaum einen Platz im religiösen Cleavage zugesteht (Spier 2011.: 54).

Tabelle 2.11: Anteil der konfessionsgebundenen Mitglieder in der CDU und CSU 1980[1] und 2009 in %

	CDU		CSU	
	1980[2]	2009	1980[3]	2009
katholisch	61	53	80	76
evangelisch	34	38	16	19
konfessionslos/sonstige/ k.A.	3	9	4	5

Quellen: Franz (2005: 188); Gnad (2005: 696); Spier (2011: 54).

[1] Die Werte für 1980 sind gerundet und beziehen sich auf das Gebiet der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung.

[2] Die Angaben beziehen sich nicht auf 1980, sondern auf 1978. Die Daten sind bei Franz (2005: 188) in unterschiedlichen Jahresrhythmen ausgewiesen, wobei 1980 nicht dazugehört. Die Wahl zugunsten 1978 und nicht 1982 fiel aufgrund der kleineren Differenz hinsichtlich der Gesamtmitgliederzahl.

[3] Die Angaben beziehen sich nicht auf 1980, sondern auf 1979. Die Daten sind bei Gnad (2005: 696) in unterschiedlichen Jahresrhythmen ausgewiesen, wobei 1980 nicht dazu gehört. Die Wahl zugunsten 1979 ergibt sich aufgrund der größten zeitlichen Nähe.

Auch im Hinblick auf die Eingebundenheit in Vereine und politische Vorfeldorganisationen kann Biehl (2006: 290f.) Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien aufzeigen. Dieser Befund lässt sich auch für 2009 bestätigen. Obwohl die Gewerkschaften seit vielen Jahren kontinuierlich Mitglieder verlieren (Weßels 2008: 393), sind 42% der SPD-Mitglieder auch Mitglied in einer Gewerkschaft, gefolgt von der Linkspartei mit 26%. Alle anderen nicht-arbeitnehmernahen Parteien weisen niedrigere Werte auf, wobei die FDP mit 9% das Schlusslicht bildet (Spier 2011: 53). Allerdings zeigt sich auch, dass die Gewerkschaftsmitglieder im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (14%) in allen Parteien (außer FDP) stark vertreten sind (im Mittel

über alle Parteien 25%), so dass von einer überproportionalen Verteilung gesprochen werden kann. Zusammenfassend folgendes:

> „Nach wie vor bestehen enge Beziehungen zwischen den Parteien und ihren Herkunftsmilieus (…) Diejenigen, die einer klassischen Trägerschicht angehören, engagieren sich weit überwiegend in »ihren« Parteien (…) Die Parteien können sich aufgrund ihrer sozialen Prägung nicht beliebig im politischen Raum positionieren und um Anhänger werben. Sie stehen vielmehr sozialstrukturell wie organisatorisch auch heute noch in der Tradition ihrer Herkunftsmilieus“ (Biehl 2006: 291f.; vgl. auch ders. 2006).

Obwohl dieser Ergebnisinterpretation im Prinzip zuzustimmen ist, ändert dies nichts an der Einschätzung, dass sich die Mitglieder aller Parteien heute sozialstrukturell ähnlicher sind als vor dreißig Jahren, was gleichzeitig eine Verstärkung der disproportionalen Verhältnisse zwischen den Merkmalen der Parteimitglieder und der Bevölkerung bedingt. Dies lässt sich auch für einige spezifische Ausprägungen des Erwerbsstatus belegen (*Tabelle 2.12*). Den weitaus größten Teil der Parteimitglieder stellen heute die Vollzeiterwerbstätigen sowie die Rentner. Mit Ausnahme der Linkspartei, deren Anteil an den Vollzeiterwerbstätigen lediglich 28% beträgt sind, die Verhältnisse in den Parteien für diese Erwerbsgruppe im Verhältnis zur Bevölkerung proportional bis überproportional. Einem Anteil von 40% in der Bevölkerung (Spier 2011: 49) stehen dabei Werte von 40% für die SPD bis 55% für die Grünen gegenüber. Demgegenüber besetzt DIE LINKE bei den Rentnern einen Spitzenwert von 53%, wohingegen die Grünen mit 13% hier das Schlusslicht bilden und damit die einzige Partei sind, in denen Rentner im Vergleich zur Gesamtbevölkerung mit 29% (ebd.) unterrepräsentiert sind. Bezieht man in diesen Befund die Altersverteilung innerhalb der Parteien (*Tabelle 2.3*) mit ein, sind die parteienspezifischen Extremwerte sowie die Überproportionalität insgesamt wenig überraschend.

Bei den Grünen lassen sich zwei weitere Besonderheiten aufzeigen, die nur dieser Partei zu eigen sind. Sie belegen bei den Teilzeiterwerbstätigen und den Auszubildenden/Studenten nicht nur die Spitzenposition mit 17% bzw. 9%, sondern integrieren auch mehr Personen dieser Erwerbsgruppen als in der Bevölkerung anteilig vertreten sind. In den restlichen Parteien sind deren Anteile proportional oder unterproportional vertreten. Beide Spitzenwerte für Die Grünen lassen sich mittels anderer sozialstruktureller Spezifika innerhalb der Partei erklären. Aufgrund der »frauenfreundlichen« Parteistrukturen ist der Anteil weiblicher Parteimitglieder rela-

tiv hoch (vgl. *Tabelle 2.9*). Da Frauen häufiger als Männer in Teilzeit am Arbeitsmarkt beteiligt sind (Holst/Schupp 2008: 123), erklärt sich so der hohe Anteil dieser Erwerbsgruppe. Der hohe Wert bei den Auszubildenden ergibt sich aufgrund des hohen Anteils an den Unter-30-Jährigen (vgl. *Tabelle 2.3*), da Personen dieser Altersgruppe sich für gewöhnlich (noch) in einer (Berufs-) Ausbildung oder im Studium befinden.

Tabelle 2.12: Erwerbsstatus der Parteienmitglieder 1980[1] und 2009 in %

		Erwerbsstatus[2]					
		Vollzeiter-werbstätige	Teilzeiter-werbstätige	Rentner	(Schul-) Ausbildung	Arbeitslose	Anders/k.A.
CDU[3]	1980	—	—	5,0	6,0	0,2	2,0
	2009	42,0	7,0	45,0	3,0	1,0	4,0
CSU[4]	1980	—	—	5,0	4,0	—	—
	2009	48,0	4,0	42,0	2,0	1,0	3,0
SPD[5]	1980	—	—	10,0	8,0	—	3,0
	2009	40,0	8,0	43,0	4,0	3,0	2,0
FDP[6]	1980	—	—	8,0	12,0	—	—
	2009	50,0	6,0	34,0	5,0	2,0	3,0
GRÜNE	1980	—	—	—	—	—	—
	2009	55,0	17,0	13,0	9,0	3,0	3,0
LINKE	1980	—	—		—	—	—
	2009	28,0	6,0	53,0	4,0	8,0	1,0

Quellen: Boyer/Kössler (2005: 289); Franz (2005: 214); Gnad (2005: 726); Gnies (2005: 147, 151); Klein (2011a: 49).

[1] Angaben ohne Die Grünen und DIE LINKE, da beide Parteien 1980 noch nicht existierten resp. auf Bundesebene nicht konsolidiert waren. Fehlende Werte bei den übrigen Parteien sind in der Literatur nicht ausgewiesen.

[2] Die Zahlen für 1980 sind gerundet und beziehen sich auf das Gebiet der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung.

[3] Die Angaben beziehen sich nicht auf 1980, sondern auf 1978. Für 1980 sind keine Daten verfügbar.

[4] Die Angaben beziehen sich nicht auf 1980, sondern auf 1979. Für 1980 sind keine Daten verfügbar.

[5] Die Angaben beziehen sich nicht auf 1980, sondern auf 1978. Für 1980 sind keine Daten verfügbar.

[6] Die Daten zum Erwerbsstatus sind bei Gniss (2005: 146ff.) lediglich für sieben Landesverbände und Südbaden ausgewiesen. Zahlen für die gesamte Partei sowie einheitliche Erhebungszeitpunkte und Intervalle

existieren nicht. Die Datenlage insgesamt ist sehr schmal. Da für 1980 Daten aus Baden-Württemberg und Berlin zur Verfügung stehen, wird der Mittelwert aus beiden Landesverbänden stellvertretend ausgewiesen.

Eine ähnliche Sonderrolle, allerdings in Bezug auf die Arbeitslosen, nimmt die Linkspartei ein. Mit einem Anteil von 8% integriert DIE LINKE nicht nur mehr Personen dieser Erwerbsgruppe, als in der Gesamtbevölkerung mit 5% (Spier 2011: 50) vertreten sind, der Wert ist auch mit keiner anderen Partei vergleichbar, da deren Integrationspotential maximal 3% beträgt. Als Grund für den hohen Anteil innerhalb der Linkspartei lassen sich programmatische Besonderheiten ausmachen, die sich explizit auf die Interessen der Arbeitslosen beziehen (DIE LINKE 2007: 9) und dieser Bevölkerungsgruppe dadurch augenscheinlich eine politische Plattform bereitstellen. Obwohl also sowohl die Teilzeiterwerbstätigen, die Arbeitslosen als auch die Auszubildenden (und auch die Sonstigen) im Vergleich zur Gesamtbevölkerung innerhalb der Parteimitgliedschaft insgesamt unterrepräsentiert sind (Spier 2011: 50), zeigen sich innerhalb einiger Parteien Besonderheiten, die für diese Erwerbsgruppen eine Mitgliedschaft in einer der Partei attraktiv machen.

Im Vergleich zu den bisherigen Gegenüberstellungen mit den Daten für 1980, steht in Bezug auf den Erwerbsstatus verhältnismäßig wenig Material zur Verfügung. Lediglich für die Rentner und diejenigen Personen, die sich in einer (Schul-) Ausbildung befinden, lassen sich verlässliche Aussagen treffen. Die Entwicklungen beider Erwerbsgruppen sind mit den Veränderungen der Altersstruktur der Parteien in Verbindung zu bringen und verlaufen entgegengesetzt. Bei den Rentnern kann für alle Parteien im Prinzip ein sprunghafter Anstieg konstatiert werden. Gegenüber Werten von 5% bis 10% zum ersten Erhebungszeitpunkt ist diese Gruppe heute mit bis zu 45% (CDU) vertreten. Bezieht man in die Analyse die absoluten Mitgliederzahlen der Parteien zu beiden Messzeitpunkten mit ein (*Tabelle 2.13*), dann zeigt sich, dass sich die Werte für die CDU gut versiebenfacht, für die CSU verachtfacht, für die SPD verdoppelt und für die FDP fast vervierfacht haben. Obwohl heute insgesamt weniger Parteimitglieder vorhanden sind, haben sich die realen Anteile an Rentnern drastisch erhöht. Unter diesen Umständen kann die Annahme einer Überalterung der Mitgliederstruktur wohl endgültig als bewiesen gelten.

In Bezug auf diejenigen Mitglieder, die sich in einer (Schul-) Ausbildung befinden, ist von einer gegenteiligen Befundlage auszugehen. Analog zum Rückgang der jüngeren Parteimitglieder haben sich sowohl die prozentualen Werte als auch die

absoluten Zahlen nach unten entwickelt. In der CDU und FDP findet sich nur noch gut ein Drittel dieser Erwerbsgruppe im Vergleich zu 1980, der Bestand in der CDU hat sich absolut etwas mehr als halbiert und die SPD hat knapp dreiviertel der Auszubildenden weniger.[233] Obwohl bei dieser Datenlage auch immer berücksichtigt werden muss, dass sich die Unterdreißigjährigen auch in parteibezogenen Jugendorganisationen engagieren können, deren Mitglieder nicht alle umfassend in den Parteistatistiken erscheinen, kann aufgrund der ebenfalls rückläufigen Mitgliederzahlen für die Jugendorganisationen (Schneekloth 2010: 156; Wiesendahl 2006: 54ff.) nicht davon ausgegangen werden, dass deren Einbezug zu gravierenden Verhältnisänderungen führt.

Tabelle 2.13: Anteil der Rentner und Personen in (Schul-) Ausbildung in den Parteien 1980 und 2009[1]

		CDU[2]	CSU[3]	SPD[4]	FDP[5]
1980[6]	Parteimitglieder gesamt	693.320	172.420	989.872	85.959
	Anteil der Rentner in %	5,0	5,0	10,0	8,0
	Anteil der Rentner (absolut)	34.666	8.621	98.988	6.877
	Anteil der Auszubildenden in %	6,0	4,0	8,0	12,0
	Anteil der Auszubildenden (absolut)	41.599	6.897	79.190	10.315
2009	Parteimitglieder gesamt	521.149	159.198	512.520	72.116
	Anteil der Rentner in %	45,0	42,0	43,0	34,0
	Anteil der Rentner (absolut)	234.517	66.863	220.384	24.519

233 Im Vergleich zu den absoluten Verlusten bei den Unter-30-Jährigen sind die Werte für den Rückgang an Mitgliedern, die sich in einer (Schul-) Ausbildung befinden, geringfügig höher (vgl. *Tabelle 2.4*). Grund dafür ist der Umstand, dass es bei dieser Altersgruppe auch Personen gibt, die ihre Ausbildung bereits abgeschlossen haben.

	Anteil der Auszubildenden in %	3,0	2,0	4,0	5,0
	Anteil der Auszubildenden (absolut)	15.634	3.184	20.501	3.606

Quellen: Boyer/Kössler (2005: 289); Franz (2005: 214); Gnad (2005: 726); Gnies (2005: 147, 151); Klein (2011a: 49); Niedermayer (2011: 2); Wiesendahl (1990: 4); eigene Berechnung.

[1] Vergleich ohne Die Grünen und Linkspartei, da beide Parteien 1980 noch nicht existierten resp. keine bundesdeutsche Konsolidierung aufwiesen.

[2] Die Angaben beziehen sich nicht auf 1980, sondern auf 1978. Für 1980 sind keine Daten verfügbar.

[3] Die Angaben beziehen sich nicht auf 1980, sondern auf 1979. Für 1980 sind keine Daten verfügbar.

[4] Die Angaben beziehen sich nicht auf 1980, sondern auf 1978. Für 1980 sind keine Daten verfügbar.

[5] Die Daten zum Erwerbsstatus sind bei Gniss (2005: 146ff.) lediglich für sieben Landesverbände und Südbaden ausgewiesen. Zahlen für die gesamte Partei sowie einheitliche Erhebungszeitpunkte und Intervalle existieren nicht. Die Datenlage insgesamt ist sehr schmal. Da für 1980 Daten aus Baden-Württemberg und Berlin zur Verfügung stehen, wird der Mittelwert aus beiden Landesverbänden stellvertretend ausgewiesen.

[6] Die Zahlen für 1980 beziehen sich auf das Gebiet der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung.

Neben der beruflichen Stellung und dem Erwerbsstatus und gleichzeitig damit in Verbindung stehend, ist das Bildungsniveau – genauer die Zunahme höher Gebildeter – innerhalb der Parteienmitgliedschaft zu sehen. Wie aus *Tabelle 2.14* ersichtlich, stellen heute Personen, die über einen (Fach-) Hochschulabschluss verfügen, den gewichtigsten Teil der Parteimitglieder insgesamt. Mit 68% nehmen Die Grünen dabei die Spitzenposition ein, gefolgt von der FDP und der Linkspartei mit 56 bzw. 46%. Etwas abgeschlagen folgen die restlichen Parteien, die Werte zwischen 33% und 38% aufweisen.

Tabelle 2.14: Bildungsniveau der Parteienmitglieder 2009 in %

	Höchstens Hauptschulabschluss	Mittlere Reife	(Fach-) Abitur	(Fach-) Hochschulabschluss[1]
CDU	22	26	14	38
CSU	32	27	9	33
SPD	28	22	13	37
FDP	10	17	17	56
GRÜNE	5	11	17	68
LINKE	19	18	17	46
Parteimitglieder	24	23	14	39
Bevölkerung	45	31	24	k.A.

Quelle: Spier (2011: 47).

[1] In der Bevölkerungsumfrage 2009 wurde das Vorhandensein eines (Fach-) Hochschulabschlusses nicht gesondert abgefragt (Spier 2011: 48).

Für das Verhältnis von (Fach-) Abitur und Studium ist von folgendem Zusammenhang auszueghen: Da nicht jeder Abiturient auch tatsächlich ein Studium aufnimmt (vgl. Geißler 2002b: 335ff.), muss der Wert für die (Fach-) Hochschulabschlüsse der Gesamtbevölkerung kleiner als 24% sein. Und in der Tat lag der Anteil an Hochschul- und Fachhochschulabschlüssen, einschließlich derjenigen, die in der DDR erworben wurden, 2009 bei 15,7% (Statistisches Bundesamt 2012: 13). Damit sind diejenigen Parteimitglieder, die ein Studium absolviert haben, im Vergleich zum Anteil in der Bevölkerung überrepräsentiert. Alle anderen Bildungsabschlussarten sind unterrepräsentiert. Des Weiteren zeigt sich, je niedriger das Bildungsniveau, desto weniger Personen der jeweiligen Niveaugruppe sind innerhalb der Parteimitgliedschaft vorhanden. Diese Unterrepräsentation lässt sich auch für alle Parteien einzeln betrachtet zeigen. Als einer der Gründe für diesen Befund wird häufig die Ausdehnung höherer Bildungsabschlüsse innerhalb der Bevölkerung im Rahmen der Bildungsexpansion angegeben (ebd.: 334ff.), denn je mehr Menschen über einen höheren resp. hohen Bildungsabschluss verfügen, desto mehr solcher Abschlüsse sollten sich auch unter den Parteimitgliedern finden lassen.

Die parteispezifischen Ausprägungen der Bildungsabschlüsse weisen insgesamt relativ wenig Variabilität auf. Lediglich für die CSU und die Grünen zeigen

sich extreme und gleichzeitig divergente Verhältnisse. In der CSU ist der Anteil derjenigen Mitglieder, die angeben höchsten einen Hauptschulabschluss zu besitzen, mit 32% am größten (gefolgt von SPD mit 28%). Demgegenüber ist hier der (Fach-) Abiturientenanteil mit 9% am geringsten. Umgekehrt verhält es sich bei den Grünen. Hier ist der Anteil an Hauptschulabsolventen mit 5% am geringsten (gilt auch für Mitglieder mit mittlerer Reife bei 11%). Den höchsten Wert bei den Abiturienten (17%) teilen sich die Grünen mit FDP und Linkspartei. Als Gründe für diese Verteilungen werden in der Literatur (z.B. Klein 2011a: 48) u.a. programmatische, milieuspezifische und wertgebundene Gründe angeben.

2.6.1.3 Erweiterte Zusammenfassung

Nach der Analyse der sozialstrukturellen Merkmale der Parteimitglieder inklusive der Altersverteilung lässt sich der Befund von Biehl (z.B. 2005), dass einige Bevölkerungsgruppen in der Parteienmitgliedschaft überrepräsentiert sind, bestätigen. Nach der Auswertung des vorliegenden Datenmaterials zeigt sich, dass ein unverhältnismäßig großer Teil der Parteimitglieder aus *männlichen Personen der mittleren und älteren Jahrgänge besteht, die überwiegend als öffentlich Bedienstete, Selbstständige oder Akademiker/Freiberufler in Vollzeit arbeiten oder bereits Rentner sind sowie über einen Hochschulabschluss verfügen* (vgl. auch *Tabelle 2.15*). Alle anderen sozialstrukturellen Merkmale sind in den Parteien gesamt betrachtet unterrepräsentiert.

Nach Luhmann (2010: 402) ist „exakte Repräsentation“ grundsätzlich nicht möglich. Dies trifft auch auf Gesellschaften mit „hoher gesellschaftlicher und politischer Rollendifferenzierung“ zu. Real sind die vorhandenen Disproportionalitäten unterschiedlich zu gewichten. So ist es möglich, die Nivellierungstendenzen innerhalb der Parteimitgliedschaft, die insbesondere im aktuellen Mitgliederdiskurs aus einer repräsentationstheoretischen Perspektive mit negativem Vorzeichen diskutiert werden, an zwei Stellen zu relativieren. *Zunächst können einige Proporzdefizite bereits für 1980 festgehalten werden.* Die jüngeren Jahrgänge sowie Frauen waren auch zu diesem Zeitpunkt in den Parteien unterrepräsentiert. Zwar stellt sich dieser Befund aus repräsentationstheoretischer Sicht sicherlich unbefriedigend dar, zeigt aber, dass einige Bevölkerungsteile auch in der Hochphase der Mitgliederparteien

weniger an der Politik partizipieren als andere. Wie die Einführung von Frauenquoten belegt, ist es eher unwahrscheinlich, dass diese Gruppen sozusagen »von selbst« häufiger in die Parteien finden. Dazu müssen strukturelle parteiinterne Maßnahmen ergriffen werden (vgl. auch Biehl 2006a: 93). Neben der Unterrepräsentation von Frauen und Personen unter dreißig Jahren war der Anteil an Angestellten und öffentlich Bediensteten bereits 1980 sehr dominant und zeigte damit bereits zu diesem Zeitpunkt erste Nivellierungstendenzen. Wie Klein (2011a: 58) vergleichend herausarbeitet, ist eine „weitere Zuspitzung der beschriebenen Verzerrungen (…) für die Zukunft nicht zu erwarten", da die von Biehl beschriebene Transformation hin zum neuen Parteimitglied „weitgehend zum Stillstand" gekommen sei und sich bei den Neumitgliedern rückläufige Zahlen bei den Beamten bzw. öffentlich Bediensteten zeigten (vgl. auch Statistisches Bundesamt 2008/2011a).

Die zweite Relativierung zeigt sich, wenn die Parteien einzeln betrachtet werden. *Obwohl ein solches Vorgehen an dem Nivellierungsbefund keine Veränderung bewirkt, kann das damit in Verbindung stehende Repräsentationsdefizit für ausgewählte sozialstrukturelle Merkmale abgemildert werden.* Besonders die neuen Parteien Die Grünen und DIE LINKE scheinen für einige – ansonsten unterrepräsentierte – Bevölkerungsteile eine Alternative zu den eingesessenen Parteien zu bilden, ohne sich den generellen interparteilichen Homogenisierungstendenzen entziehen zu können (*Tabelle 2.15*). Die Grünen integrieren in Abgrenzung zu den anderen Parteien überdurchschnittlich viele Personen der mittleren Altersgruppe, die in Teilzeit arbeiten oder sich noch in der (Schul-) Ausbildung befinden. Berücksichtigt man dazu den relativ hohen Frauenanteil (*Tabelle 2.9*) sowie den relativ hohen Anteil der Unterdreißigjährigen (*Tabelle 2.3*) und kombiniert die einzelnen Variablen miteinander, dann kann zusammengefasst Folgendes konstatiert werden: Die Grünen bilden neben den allgemein zu erwartenden Bevölkerungsgruppen auch ein politisches Forum für Frauen der jüngeren und mittleren Altersgruppe, die in Voll- oder Teilzeit arbeiten oder sich noch in der Ausbildung befinden. Gerade diese Merkmalskombinationen sind dagegen in der Linkspartei vollständig unterrepräsentiert. Unter Einbezug des Alters, der beruflichen Stellung und des Erwerbsstatus sind es hier besonders Rentner, d.h. Personen, die mindestens 60 Jahre alt sind, sowie Arbeitslose, die den Weg in die Partei finden. Die Arbeitslosen können hier als Spezialklientel dieser Partei verstanden werden, da sie nur hier in nennenswerter Quote vorhanden sind. *Bezieht man in die beiden Sonderfälle der Grünen und der Linkspartei die Daten der*

anderen Parteien für 1980 und die sozialstrukturellen Veränderungen der Gesellschaft mit ein, dann zeigt sich, dass diese beiden Parteien – wenn auch in unterschiedlicher Weise – solche Bevölkerungsgruppen stärker integrieren, die sich zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten erst signifikant entwickelt haben, in den alten Parteien kein politisches Forum mehr haben oder gar nicht finden konnten. In diesem Zusammenhang wird die Partei der Grünen häufig mit dem von Inglehart (1989) diagnostizierten Wandel von materialistischen zu postmaterialistischen Werten in Verbindung gebracht. Da diese Partei postmaterialistisch ausgerichtet sei, ziehe sie auch Personen an, die diese Werte vertreten. Die 1993 im „Grundkonsens" (ein Zwischenschritt zum Grundsatzprogramm von 2002) festgehaltenen Grundwerte „Menschenrechte, Ökologie, Demokratie, Soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung von Mann und Frau, Gewaltfreiheit" (Klein/Falter 2003: 77)[234] sowie Mitgliederbefragungen aus denen hervorgeht, dass 74% der Mitglieder den Postmaterialisten zugeordnet werden können, bestätigen eine Verbindung sehr deutlich (ebd.: 106).

Tabelle 2.15: Sozialstrukturelle (Dis-) Proportionalitäten[1] der Parteimitglieder 1980[2, 3, 4] und 2007

		CDU		CSU		SPD		FDP		GRÜNE		LINKE	
		1980	2007	1980	2007	1980	2007	1980	2007	1980	2007	1980	2007
Alter[5]	Unter 30 Jahren	U	U	U	U	U	U	U	U	–	U	–	U
	30 bis 59 Jahre	+	+	+	+	+	+	+	+	–	+	–	U
	60 Jahre und älter	+	+	+	+	U	+	U	+	–	U	–	+
Geschlecht	männlich	+	+	+	+	+	+	+	+	–	+	–	+
	weiblich	U	U	U	U	U	U	U	U	–	U	–	U
Berufliche Stellung[6]	Arbeiter	–	U	–	U	–	U	–	U	–	U	–	U
	Angestellte	–	U	–	U	–	U	–	U	–	U	–	U
	Beamte/öffentlicher Dienst	–	+	–	+	–	+	–	+	–	+	–	+

234 Zur Programmatik der Grünen vgl. auch Baus (2009: 167ff.); Müller-Rommel/Poguntke (1990: 286ff.); Probst (2007: 182f.).

	Selbstständige	–	+	–	+	–	V	–	+	–	+	–	+
	Akademiker/ Freiberufler	–	+	–	+	–	+	–	+	–	+	–	+
Erwerbsstatus[7]	Vollzeiterwerbstätige	–	+	–	+	–	V	–	+	–	+	–	U
	Teilzeiterwerbstätige	–	U	–	U	–	U	–	U	–	+	–	U
	Rentner[9]	U	+	U	+	U	+	U	+	–	U	–	+
	(Schul-) Ausbildung	–	U	–	U	–	V	–	+	–	+	–	U
	Arbeitslose	–	U	–	U	–	U	–	U	–	U	–	+
Bildungsniveau[8]	Höchstens Hauptschule	–	U	–	U	–	U	–	U	–	U	–	U
	Mittlere Reife	–	U	–	U	–	U	–	U	–	U	–	U
	(Fach-) Abitur	–	U	–	U	–	U	–	U	–	U	–	U
	Hochschulabschluss	–	+	–	+	–	+	–	+	–	+	–	+

Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an *Tabellen 2.3* bis *2.14* (Einzelnachweise der Quellen dort).

[1] Legende: + = überrepräsentiert, U = unterrepräsentiert, V = Verhältnismäßigkeit, – = keine Werte vorhanden/keine Vergleichswerte vorhanden

[2] Die Werte für 1980 beziehen sich auf das Gebiet der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung.

[3] Angaben ohne Grüne und Linkspartei, da beide Parteien 1980 noch nicht existierten resp. auf Bundesebene nicht konsolidiert waren.

[4] Einige Werte der einzelnen Parteien beziehen sich nicht auf 1980, sondern auf zeitnahe vorgelagerte Zeitpunkte. Die Einzelaufschlüsselung weisen die entsprechenden Grundtabellen (2.3 bis 2.14) aus.

[5] Abweichungen der Unterkategorien sind bei Tabelle 2.3 ausgewiesen.

[6,7,8] Angaben beziehen sich nicht auf 2007, sondern auf 2009.

[9] 1980 lag der Anteil an Rentnern in der Gesamtbevölkerung bei rund 20% (eigene Berechnung; Statistisches Bundesamt 2008/2011: 13; Statistisches Bundesamt 2009: 51).

Grundsätzlich anders und teilweise weiter vorn bereits erläutert, verhält es sich bei der Linkspartei. Im Sinne des „demokratischen Sozialismus“ (DIE LINKE 2007: 2) richtet sich deren Politik an diejenigen, deren Lebensqualität durch die Reduzierung der sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Leistungen oder durch modernisie-

rungsbedingte Veränderungen (vgl. Vester 1995: 90) beschnitten werde. In diesem Zusammenhang soll der Staat verstärkt in die Pflicht genommen werden, was sich deutlich in den arbeits- und sozialpolitischen Forderungen zeigt.

> „So schütten die »Eckpunkte« ein Füllhorn an Wohltaten aus: gebührenfreie Kindertagesstätten, kostenlose Bildung für alle, eine »bedarfsorientierte« Grundsicherung, höhere Renten schon ab 60 Jahren, öffentlich geförderte »Beschäftigungssektoren«, höhere Reallöhne, kürzere Arbeitszeiten und einen gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe“ (Jesse/Lang: 2008: 199f.).[235]

Dass diese Forderungen besonders den Interessen der Arbeiter, der Rentner und der Arbeitslosen entsprechen dürften, liegt auf der Hand und erklärt deren Engagement innerhalb der Linkspartei. Die programmatischen Differenzen zwischen den Grünen und der LINKEn erklären das zusätzliche Integrationspotential und grenzen beide Parteien gegeneinander ab.[236] Da die traditionellen Parteien CDU/CSU, SPD und FDP über keinerlei erweiterte Integrationsleistungen – über die konstatierten hinaus – verfügen, liegen zwei Vermutungen nahe, die auf eine differenzierte Betrachtung der klassischen und der neuen Parteien hinweisen: *Erstens scheinen sich die traditionellen Parteien programmatisch ähnlicher zu sein als die neuen Parteien und/oder zweitens scheinen es die traditionellen Parteien nicht zu schaffen, ihre Programme auch für neue Gesellschaftsgruppen attraktiv zu gestalten*. Wie das Beispiel der Grünen und der LINKEn aber auch zeigt, ist das Fehlen von neuen Mitgliedern – insbesondere solchen, die den Weg (traditionell oder ressourcentheoretisch) schwerlich in die Parteien finden – augenscheinlich kein unüberwindbarer Zustand. *Eine Möglichkeit, das Integrationspotential der Parteien zu steigern, könnte ganz im Sinne der Interessenvertretungsfunktion der explizite Interessenvertretungsanspruch von Bevölkerungsgruppen über die traditionellen Milieus und bislang wenig bis gar nicht repräsentierten Gruppen hinaus sein.*

235 Zur Programmatik der Linkspartei vgl. auch Neu (2009: 211ff.). Für den interessierten Leser: vgl. für die Programmatik der CDU Schönbohm/Braun (1981), Veen (1983: 146ff.), Bösch (2007: 209ff.); für die CSU vgl. (Müller 2004: 71ff.), Veen (1983: 146ff.), Kießling (2007: 230f.); für die SPD vgl. Jun (2007: 389f.); für die FDP vgl. Vorländer (2007: 284f.).

236 Im Hinblick auf das Abgrenzungspotential der LINKEN äußern sich Jesse/Lang (2008: 199) kritisch, denn das Programm dieser Partei sei „[i]n der Sozialpolitik sozialer als die SPD, bei der inneren Sicherheit liberaler als die FDP und in Umweltfragen grüner als die Grünen“.

2.6.2 Organisationsbezogene Aufgaben der Parteimitglieder

Die Erfüllung organisationsbezogener Aufgaben ist in zweierlei Hinsicht für die Parteienforschung von Bedeutung: Auf der einen Seite ist eine Relevanz für die Diskussion zur Krise der Mitgliederparteien allgemein zu konstatieren. Über die Frage nach der Nützlichkeit der Parteimitglieder, d.h. explizit, „ob Mitglieder noch gebraucht werden“ (Wiesendahl 2006: 105), scheidet sich die party-change- von der party-decline-Forschung. Wie aus den Ausführungen zu den neuen Parteitypen (Kapitel 2.3.2) deutlich wird, sehen die Vertreter des Niedergangsszenarios keinen großen Mitgliederbedarf mehr, da die bis dahin den (einfachen) Parteimitgliedern zugesprochenen Aufgaben heute von anderen, in der Regel externen Agenturen oder hauptamtlichen Mitgliedern, (effizienter) erfüllt werden können (Niedermayer 2000: 203)[237]. Zudem seien die Mitgliederzahlen ohnehin so niedrig, dass von einer angemessenen Funktionserfüllung aufgrund der fehlenden (aktiven) Mitglieder nicht mehr auszugehen sei. Auf der anderen Seite ist es gerade dieser Zusammenhang, der durch die Integration organisationsbezogener Aufgaben der Parteimitglieder ergänzend betrachtet werden kann. Der reinen quantitativen Interpretation der rückläufigen Mitgliederzahlen wird ein zusätzlicher Analyseschritt zur Seite gestellt, der in der Lage ist, die vielfältigen Auswirkungen der Mitgliederentwicklung sowie die damit verbundenen Konsequenzen für die Beziehung zwischen Gesellschaft und Politik zu untersuchen.

> „An der Mitgliederentwicklung hängt also vieles für eine intakte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft, was bei einem Blick auf die reinen Zahlen verborgen bleiben muss“ (Wiesendahl 2006: 105).

Die Beziehung zwischen den Parteien und der Gesellschaft kann dann als »intakt« angesehen werden, wenn die Parteien ihrer Vermittlungsfunktion zwischen der Politik und der Gesellschaft nachkommen. Dass die Parteien zur Bevölkerung eine „dauerhaft[e] und offen[e] Austauschbeziehung“ (ebd.) unterhalten, ist Voraussetzung dafür. Im Grunde geht es dabei um (reziproken) Informationsaustausch in Form von

237 Die Aufgabenverschiebung von den Parteimitgliedern hin zu (externen) Agenturen wird in der Wahlforschung als »Substitutionsakt« gesehen (Niedermayer 2000: 203ff.).

Kommunikation mit dem Anspruch der Konfliktregulierung (Mediation). Solche Kommunikationen können prinzipiell zwei Formen annehmen: die *direkte* Übertragung in „echter Gleichzeitigkeit“ (Schütz/Luckmann 1994: 91), d.h. face-to-face, oder *indirekt* durch Zwischenschaltung eines Verbreitungsmediums (z.B. Radio, Zeitung, Internet). Beide Kommunikationsformen weisen spezifische Vor- und Nachteile auf, die sie für unterschiedliche Kommunikationssituationen mehr oder weniger geeignet erscheinen lassen.

Direkte Kommunikation findet in der Regel zwischen zwei Personen oder kleinen Gruppen statt. Die begrenzte Anzahl an Kommunikationsteilnehmern ergibt sich aus dem Umstand, dass alle Beteiligen gleichzeitig an einem Ort versammelt sein müssen (Visavis). Neben den sprachlichen Kommunikationsinhalten, die im Sinne der Handlungskoordinierung mit einer Intention versehen sind, besteht die Möglichkeit, „non-verbal[e] und paraverbal[e]“ (Beck 2007: 50) Aspekte, wie Mimik oder Gestik[238], in den Übertragungsprozess einfließen zu lassen, da diese visuell durch die anderen Kommunikationsteilnehmer wahrgenommen und interpretiert werden können. Solche non-verbalen Informationen sind als (Hilfs-) Mittel zu verstehen, um eine erfolgreiche Decodierung der Botschaft zu ermöglichen.[239] So kann die Rede des Parteivorsitzenden durchaus ihren Zweck verfehlen, wenn der Redner durch Körperhaltung und Gesichtsausdruck den Zuhörern den Eindruck vermittelt, selbst nicht vom angestrebten Parteiziel überzeugt zu sein. Dies wird zu erheblichen Decodierungsproblemen bei den Empfängern führen. Allerdings – und dies betrifft die kommunikative Reziprozität – können in diesem Fall die Empfänger ohne zeitliche Verzögerung die Probleme bei der Decodierung entschärfen, indem sie den Redner auf die Diskrepanz zwischen verbaler und non-verbaler Botschaft hinweisen und ihn gegebenenfalls zwingen diese aufzulösen. Die Möglichkeit unmittelbar an eine Kommunikation anzuschließen, kann hier als spezifischer Vorteil ausgewiesen wer-

238 Es ist ausschließlich ein Spezifikum der menschlichen Kommunikation, dass neben dem rein verbalen Informationsaspekt noch weitere non-verbale Informationen mitübertragen werden. Deshalb ist unter dieser Kommunikation „weder ein Reiz-Reaktions-Prozess, noch eine Informationsübertragung [zu verstehen], sondern die wechselseitige, absichtsvolle (intentional) Verständigung über Sinn mithilfe symbolischer Zeichen, an der mindestens zwei Menschen mit ihrer artspezifischen kognitiven Autonomie, aber auch ihrer sozialen und kulturellen Bedingtheit beteiligt sind“ (Beck 2007: 51). Zur Unterscheidung zwischen Humankommunikation und animalischer Kommunikation vgl. grundlegend Mead (2000).

239 Die Begriffe »Sender«, »Empfänger«, »Botschaft« und »Decodierung« sind dem informationstechnischen Modell der Kommunikation resp. dessen „sozialwissenschaftlich adaptierte[r] Variante“ (Burkart 2002: 429) entlehnt (vgl. Badura 1973, 2007; Shannon/Weaver 1963).

den (vgl. Schneider 2002: 306).

Im Gegensatz dazu entfallen bei indirekter Kommunikation oftmals die für Visavis-Situationen typischen non-verbalen Aspekte, was teilweise zu kritischen Auseinandersetzungen mit medienvermittelten Kommunikationen führt (Beck 2007: 63ff.). Bezogen auf die Kommunikation zwischen mehr als zwei Personen, beispielsweise zwischen Parteien und der Bevölkerung, kann aber unter bestimmten Umständen der indirekten Kommunikation der Vorzug eingeräumt werden.

> „Es gibt Aufgabenstellungen, bei denen die Mittel der indirekten Kommunikation denen der direkten Kommunikation vorzuziehen sind. Beispielsweise wenn es darum geht, neue Zielgruppen zu erschließen (Interessengewinnung), oder wenn die direkte Kommunikation durch breitgestreute Imagepräsenz alternierend unterstützt werden soll“ (Neff 1991: 346).

Auch Luhmann sieht spezifische Vorteile der indirekten Kommunikation. Da das Zustandekommen von Kommunikation höchst unwahrscheinlich sei (Luhmann 1993: 25ff.), bilden sich Medien heraus, deren Funktion es ist, die Unwahrscheilichkeiten zu reduzieren (ders. 2000a: 220). Eines dieser Medien[240] sind Verbreitungsmedien[241], welche den Empfängerkreis der Kommunikation bestimmen und erweitern (ders. 1997a: 202).[242]

Mit der Ausweitung der Printmedien zunächst und später der elektronischen Medien (vgl. auch Kapitel 2.5.3) hat die indirekte Kommunikation vermittelt über Massenmedien[243] auch für die Kommunikation zwischen den Parteien und der Gesellschaft zunehmend an Bedeutung gewonnen (Detterbeck 2004: 50f.)[244]. Grund dafür ist die Tatsache, dass über medienvermittelte Kommunikation ein breites Pu-

240 Die beiden anderen sind: Sprache und symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien (Luhmann 2000a: 220).

241 Gemeinhin wird zwischen klassischen (z.B. Zeitung) und neuen (z.B. Internet) Verbreitungsmedien unterschieden, die sich hinsichtlich der Auffassung darüber unterscheiden, wie es ihnen gelingen kann, Informationen objektiv, d.h. unvermittelt, zu transportieren (exemplarisch: Gellner/Strohmeier 2002: 190).

242 Schneider (2002: 306, H.i.O.) benennt Probleme, die im systemtheoretischen Sinne mit der Kommunikation über Verbreitungsmedien verbunden sind: „Die so [über Verbreitungsmedien] verbreiteten Kommunikationen müssen die *Aufmerksamkeit* der Adressaten gewinnen. Sie müssen, obwohl die Interpretationshilfen der gemeinsamen sozialen Situation, wie sie in der face-to-face Interaktion gegeben sind, ausfallen, für die Adressaten *verständlich sein*. Und es muß eine hinreichend hohe Chance bestehen, daß die Adressaten die Kommunikation auch *annehmen*“.

243 Beck (2007: 80) weist darauf hin, dass bei Massenmedien nicht die Masse, sondern das Kriterium der Öffentlichkeit ausschlaggebend sei. Allerdings existierten heute auch Medienformen, sogenannte „Hybridmedien“ (ebd.), bei denen sich dieses Kriterium nur noch begrenzt anwenden ließe.

244 Vgl. dazu den Prozess der Medialisierung von Politik z.B. bei Jun (2002: 778).

blikum – sprich die Öffentlichkeit – mir relativ wenig Aufwand (finanziell und zeitlich) erreicht werden kann. Allerdings kann eine sich anschließende Kommunikation immer nur zeitlich verzögert stattfinden, was mit Blick auf Probleme bei der Decodierung kritisch gesehen werden muss. Insofern ist es hier von Bedeutung, dass der Sender der sprachlichen Verschlüsselung seiner Botschaft besondere Aufmerksamkeit schenkt, da andere (Hilfs-) Mittel nicht zur Verfügung stehen.

> „Sobald alphabetisierte Schrift es ermöglicht, Kommunikationen über den zeitlich und räumlich begrenzten Kreis der Anwesenden hinauszutragen, kann man sich nicht mehr auf die mitreißende Kraft mündlicher Vortragsweise verlassen; man muß stärker von der Sache selbst her argumentieren“ (Luhmann 2000a: 219).

Obwohl der Prozesscharakter der Kommunikation hier zeitlich verzögert zum Tragen kommt, ist er als solcher dennoch vorhanden.

Im Hinblick auf die Kommunikation zwischen den Parteien und der Bevölkerung wird den Massenmedien heute eine „Generalfunktion“ (Massing 2004: 5) zugeschrieben, da deren Aufgabe darin bestehe, Öffentlichkeit[245] überhaupt erst herzustellen.[246] Um das Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Medien und der Politik zu unterstreichen, wurde der Begriff „Mediendemokratie“ (Massing 2004a) in die Literatur eingeführt, der im Hinblick auf den kommunikativen Vermittlungsaspekt nicht unkritisch gesehen wird (Pfetsch/Perc 2004). Da den Medien eine spezifische Funktionslogik zuzuschreiben sei (Jun 2002: 778f.; Luhmann 1997: 1103; Meyer 2002: 21), welche die (zunehmende) Komplexität der politischen Prozesse nicht abzubilden vermag, sei Politik über die Medien ohne Weiteres gar nicht vermittelbar, was deren Rolle im politischen Vermittlungsprozess fragwürdig erscheinen ließe (Pfetsch/Perc 2004: 46f.).

Neben den Verbreitungsmedien sind heute auch (professionelle) Meinungsforschungsinstitute als Sekundärinstitutionen[247] im Vermittlungsprozess zwischengeschaltet (vgl. *Abbildung 2.3*). Solche Institute erheben Daten aus der Gesellschaft, beispielsweise die Wahlabsicht oder Meinungen zu aktuellen politischen The-

245 Zur kritischen Auseinandersetzung mit der Verbindung Medien-Öffentlichkeit-Politik vgl. Beck (2007: 98ff.).

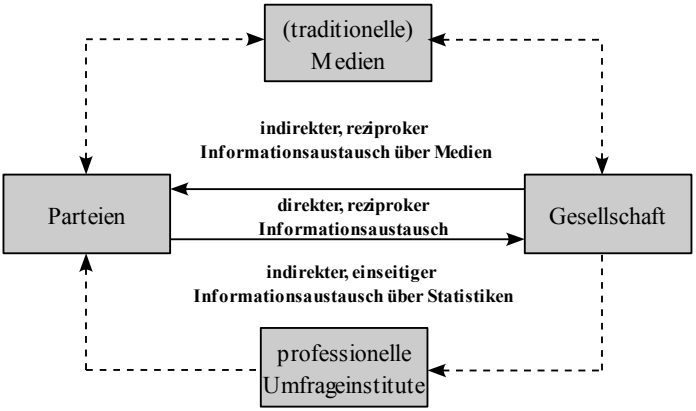
246 Weitere „politischen Funktionen“ der Medien sind: Kritik- und Kontrollfunktion, Artikulationsfunktion, Korrelationsfunktion und Politikvermittlungsfunktion (Beck 2007: 95f.).

247 Der Begriff »Sekundärinstitution« wird hier nicht in Anlehnung an den Terminus „sekundäre Medien“ nach Pross (1970) gebraucht.

men, und leiten diese an die Parteien weiter. Im Gegensatz zur medienvermittelten Kommunikation, die sowohl von den Parteien als auch der Gesellschaft praktiziert wird[248], muss die Informationsbeschaffung via Umfrageinstitute als einseitig ausgewiesen werden, da die Bevölkerung in der Regel solche Institute für den Informationsaustausch nicht nutzt.

Im Rahmen des Mitgliederrückgangs, der Reaktion darauf sowie der Ausweitung der Medienlandschaft seien die direkten Kommunikationen zwischen den Parteimitgliedern und der Bevölkerung zunehmend unwichtiger geworden, da sowohl die Parteien als auch die Gesellschaft immer weniger darauf angewiesen seien. Folglich würden auch die Parteimitglieder im Vermittlungsprozess nicht mehr gebraucht, denn die Mediationsfunktion der Parteien – hier verstanden als Kommunikationsprozess – könne auch ohne direkten Informationsaustausch realisiert werden.

Abbildung 2.3: Informationsaustausch zwischen Parteien und Gesellschaft



Quelle: eigene Darstellung.

248 Diese Einschätzung grenzt sich von der Auffassung Luhmanns (1997a: 308) ab, nach der durch Technik vermittelte Kommunikationen (außer Telefon) immer einseitig seien. In der Logik der Theorie von Luhmann ist dies durchaus einsichtig. Die Reziprozität im hier eingeführten Sinne rekrutiert aber lediglich auf ein reziprokes Nutzungsverhalten (Parteien nutzen Medien als Informationsquelle, Gesellschaft nutzt Medien als Informationsquelle) und nicht auf einen im Kommunikationsprozess involvierten Selektionsmechanismus.

Dass diese Einschätzung real zu kurz greift, wurde nicht nur von verschiedenen Autoren immer wieder betont (z.B. Whiteley/ Seyd/Richardson 1994; Wiesendahl 2006: 114ff.), sondern widerspricht auch dem Ziel der Parteien, eine Vielzahl an Mitgliedern in sich zu vereinigen. Wenn die Parteien auf die Erfüllung organisationsbezogener Aufgaben seitens der Parteimitglieder verzichten könnten oder ihnen zumindest einen geringen Stellenwert beimessen würden, dann würden kaum nach wie vor verstärkt Anstrengungen unternommen werden, Mitglieder zu rekrutieren. Die Aufgabenerfüllung scheint trotz aller Widrigkeiten, z.B. Mitgliederrückgang oder schwaches Aktivitätsniveau, für die Parteien einen Nutzen zu haben. Grundsätzlich können organisationsbezogene Aufgaben für die Parteiführung im engeren Sinne und die Partei als Organisation im weitesten Sinne als Vorteile gesehen werden, denen Nachteile in Form von Kosten gegenüberstehen, die sich ebenfalls aus der Parteimitgliedschaft selbst ergeben (Scarrow 1996: 40ff.)[249]. Solche Kosten können programmatischer Natur sein, etwa wenn die Parteimitglieder an ideologischen oder programmatischen Grundsätzen der Partei festhalten, obwohl diese einem Wahlerfolg entgegenstehen. Zudem entstehen Kosten für die Parteien, die sich sowohl bei der Rekrutierung als auch während der Mitgliedschaft ergeben (»opportunity costs«). Beispielsweise müssen die Parteimitglieder mit Informationen versorgt werden, die sowohl personelle als auch finanzielle Aufwendungen bedingen (vgl. auch Wiesendahl 2006: 112). Damit es sich für die Parteien dennoch lohnt, – im Sinne der Kosten-Nutzen-Abwägung – Mitglieder zu rekrutieren und diese auch halten zu wollen, müssen die Vorteile die Kosten überwiegen, d.h. es muss sich für die Parteien in irgendeiner Art und Weise lohnen, (auch eine große Anzahl an) Mitgliedern zu besitzen.

> „At an general level, the main reason for parties to enrol supporters is the assumption that members can help them achieve their political goals. At an more specific level, however, party organizers may hold widely varying expectations regarding why it is helpful to have members, and about what (...) members should do to make themselves useful“ (Scarrow 2000: 83f.).

249 Scarrow (1996) analysiert die organisationsbezogenen Vor- und Nachteile der Parteimitgliedschaft explizit im Hinblick auf die Parteiführung und unter der Voraussetzung, dass den Parteien daran gelegen ist, Wahlen zu gewinnen. Die vorliegenden Ausführungen umgehen diesen Analysefokus etwas, indem das Wahlmotiv aus dem Vordergrund genommen und durch den Fokus auf die Beziehung zwischen Parteien und Gesellschaft ersetzt wird.

Zu den organisationsbezogenen Aufgaben der Parteimitglieder zählen nicht nur solche, die sich auf die Kommunikationsbeziehung der Parteien zur Gesellschaft beziehen. Bereits in Kapitel 2.5.2 wurden in Form von personellen und finanziellen Ressourcen zwei von dem Beziehungsetikett in diesem Sinne weitestgehend unabhängige Funktionen behandelt. Nach Scarrow (1996: 42ff.; vgl. auch 2000: 83ff.) können die organisationsbezogenen Aufgaben in acht Vorteilsgruppen untergliedert werden, mit denen die Parteien (-führung) je spezifische Nutzenerwartungen verbinden. Von diesen acht sind es lediglich drei, die direkt oder indirekt auf Kommunikationsleistungen der Parteimitglieder hinweisen: *direct electoral benefits*, *outreach benefits* und *linkage benefits*. Zudem können diese Vorteile ihre Wirkung räumlich betrachtet entweder parteiintern oder -extern entfalten[250] (dies. 1996: 47). Für die hier relevanten Gruppen heißt das, dass es sich bei den Erträgen der „direct electoral" und der „outreach benefits" um solche handelt, welche die Außenkommunikation betreffen, wohingegen der Nutzen der „linkage benefits" parteiintern anzusiedeln ist. Im Folgenden wird auf diese drei Aufgabenbereiche der Parteimitglieder eingegangen werden. Dabei sind besonders drei Punkte von Bedeutung: die Aufgaben selbst, die kritische Einschätzung im Rahmen des Mitgliederdiskurses sowie die Frage nach dem heutigen Anwendungspotential (abgewandelte Reihenfolge möglich).

2.6.2.1 Parteimitglieder im Wahlkampf (direct electoral benefit)

Die Praxis deutscher Wahlkämpfe lässt sich in drei Entwicklungsstadien unterteilen (Wiesendahl 2006: 115, 2009: 38f.; ursprünglich Norris 2000). Jedes dieser Stadien weist spezifische Charakteristika auf und misst den Parteimitgliedern unterschiedliche Relevanz zu:

- *vormodernes Stadium*: organisationszentrierter, arbeitsintensiver Parteienwahlkampf mit herausragender Rolle der Parteimitglieder (Großgruppenveranstaltungen, öffentliche Massenversammlungen, Einsatz von Flugblättern, Parteipresse u.ä.),

250 Zudem sind die Aufgaben für die Mitglieder mit unterschiedlichem Aufwand („costs to members") verbunden (Scarrow 1996: 47).

- *modernes Stadium*: Hinwendung zu professionalisiertem, TV-zentriertem Medienwahlkampf mit untergeordneter Rolle der Parteimitglieder,
- *postmodernes Stadium*: Einsatz von kabel- und satellitenbasierten Kommunikationstechnologien mit Möglichkeit der Zielgruppenorientierung und untergeordneter Rolle der Parteimitglieder.

Im Verlauf der Wahlkampfgeschichte, die durch eine immer stärkere Orientierung an der US-amerikanischen Wahlkampfpraxis geprägt sei (kritisch Plassner 2000), sei die Bedeutung der Parteimitglieder derart marginalisiert worden, dass Niedermayer (2000: 196) zusammenfassend von einer „Funktionsentleerung der Parteibasis" spricht. Die zunehmende Dominanz medienbasierter Kommunikationen[251] sowie der Einbezug externer Experten mit Marketing-Orientierung (Holtz-Bacha 2002: 47ff.; vgl. auch Niedermayer 2000: 195) gehe dabei mit dem Professionalisierungstrend innerhalb der Parteien einher und benötige schlicht keine Massen an (parteiinternen) Wahlhelfern mehr.

> „Wahlkämpfe wurden traditionell unter Aufbietung aller Parteikräfte geführt. Ihnen oblag die Organisation der Kampagne und der Einsatz in der Stimmenwerbung. Die Abhängigkeit der Kampagne von den Massenmedien und die Orientierung insbesondere am Fernsehen hat die einst personalintensive zur kapitalintensiven Kampagne gewandelt (…) Der Wahlkampf ist nicht mehr Sache einer Vielzahl von Parteimitgliedern, sondern setzt auf Methoden und Mittel, die eher eine gut gefüllte Parteikasse voraussetzen. Die Organisation der Kampagne verläuft zentral, dafür hat die SPD im Wahlkampf 1998 das beste Beispiel geliefert. Die Zentralisierung der Kampagnenorganisation wird heute erleichtert durch den Einsatz von Internet und Intranet" (Holtz-Bacha 2002: 51).

Folgt man dieser Darstellung und prüft diese an der Realität – damit sind explizit auch individuelle Erfahrungen gemeint –, dann drängt sich ganz automatisch der Verdacht eines induktiven Fehlers auf. Obwohl sicherlich nicht abzustreiten ist, dass sich die Parteien heute moderner Kommunikationsmedien bedienen, ist von einem Relevanzverlust bis hin zur „Funktionsentleerung der Parteibasis" kaum auszugehen. Die implizite Schlussfolgerung, dass es zu einem Bedeutsamkeitsverlust der Parteimitglieder gekommen ist, weil heute (verstärkt) auch die Medien im Wahlkampf eingesetzt werden, muss als unilateral und unangemessen eingeschätzt werden. In ge-

251 Einen Überblick über die gängigen Kommunikationsmodelle zwischen Parteien, Medien und der Bevölkerung gibt Alemann (1997).

wohnter Deutlichkeit bringt Wiesendahl (2006: 117f.) dies zum Ausdruck und kritisiert dabei gleichzeitig die empirische Wahlkampfforschung insgesamt:

> „Ob allerdings die These von der Verlagerung des Wahlkampfes, und daraus abgeleitet, der Marginalisierung der Mitglieder stimmt, daran bestehen schwerwiegende Zweifel. Die beginnen schon damit, dass es schlicht an überzeugenden empirischen Belegen für die weitreichenden Unterstellungen fehlt. Belege für die behauptete »Gewichtsverschiebung« werden, wenn überhaupt, nur einseitig und illustrierend mit Blick auf die verstärkte Nutzung elektronischer Medien für Wahlkampfzwecke geliefert. Längsschnittuntersuchungen, die die tatsächlichen Veränderungen des Wahlkampfes in den Medien aufdecken würden, liegen nicht vor (…) All diese irreführenden Ansichten fußen auf einer, man muss schon sagen, eklatanten Unkenntnis der Organisationswirklichkeit der Parteien und des tatsächlichen Wahlkampfgeschehens. Gleichzeitig wird unkritisch und maßlos übertreibend die Erweiterung hergebrachter Wahlkampfkanäle und Methoden um neue technische Instrumente in wirkungsmächtigen epochalen Trends hypostasiert, ohne dafür abgesicherte Fakten vorzulegen (…) Und dies alles geschieht auch noch durch die unkritische Rezeption amerikanischer Wahlkampfliteratur (…) Die Blickverengung geht so weit, dass nicht einmal Ergebnisse der organisationszentrierten Wahlkampfforschung zu Kenntnis genommen werden. Die Behauptung, dass traditionelle Straßenwahlkämpfe nicht mehr stattfinden bzw. von Medienkampagnen verdrängt wurden, ist insofern nicht das Ergebnis sorgfältiger empirischer Erhebungen, sondern Ausfluss einer ignoranten Wahrnehmungsverzerrung und Fehleinschätzung“.

Obgleich eine „allgemeine organisatorische Zentralisierungstendenz des Wahlkampfes“ (ebd.: 119) nicht abzustreiten ist, lässt sich für Deutschland und Europa nach wie vor eine hohes Gewicht des „traditionelle[n] Modell[s] des parteizentrierten, organisationszentrierten, primär von parteiinternen Stabsmitgliedern geplanten, staatlich finanzierten Wahlkampfes“ (Plassner 2000: 57) konstatieren. Der Amerikanisierungstendenz widersprechend, bedienen sich die Parteien einem „stratgischen Mix (…) [aus] in den USA unüblichen Formen der Plakatierung, der Anzeigenschaltung, des Straßen- und Großveranstaltungswahlkampfes, der Straßenstände und Hausbesuche mit behutsamem Einsatz neuer Technologien und dem Fernsehwahlkampf unter Einschluss von Werbespots“ (Wiesendahl 2002: 604; vgl. auch ders. 2009: 41). Bis auf den Einbezug nationaler Medien obliegt die empirische Umsetzung der Wahlkampfmittel den lokalen Einheiten – sprich den Parteimitgliedern »an der Front«. Ohne den Einsatz der vielen freiwilligen Wahlkampfhelfer wären die „grassroots organizational techniques“ (Scarrow 1999: 152) kaum realisierbar, da der Einsatz ex-

terner Personen für die Parteien finanziell kaum tragbar wäre.[252]

Der besondere Vorteil des mitgliederbasierten Wahlkampfes ist ein mobilisierender. Die Helfer an den Wahlständen und bei sonstigen Wahlkampfveranstaltungen verbreiten „politische Informationen und Wahlkampfmaterial“ (Wiesendahl 2006: 122) und stehen den potentiellen Wählern als Ansprechpartner direkt zur Verfügung.[253] In diesem Sinne erfüllen die Parteimitglieder hier sowohl die Rolle als (politische) *Botschafter* (Scarrow 1996: 124) als auch als (Informations-) *Mediatoren*. Die direkten Kontakte zwischen den Parteien und der Gesellschaft spielen auf lokaler Ebene die herausragendste Rolle, wenn es um Wählermobilisierung geht.

> „Die differenziellen Kontakte vieler Parteiaktivisten sind in Lokalwahlstudien als entscheidender angesehen worden als die Materialschlachten mit sonstigem Werbematerial“ (Beyme 2000: 108; vgl. auch Wiesendahl 2006: 123; kritisch Grabow 2000: 297).

Dieser Umstand ist den Parteien nicht verborgen geblieben. Die Präsenz der Partei bei allen öffentlichen Veranstaltungen (Stadtfeste, Einweihungen u.ä.) sowie flächendeckend im lokalen Wählereinzugsgebiet (Stände in der Innenstadt, vor resp. in Einkaufszentren u.ä.) in Zeiten des Wahlkampfes wird angestrebt und muss organisiert werden. Im Idealfall – auch um die Kosten für die Parteien in Form von nichtkonformen (individuellen) Informationen zu reduzieren – wurden die Parteimitglieder an den Wahlkampfständen vor ihrem Einsatz speziell geschult. Diese in der Regel freiwillige Maßnahme beinhaltet meist theoretische Grundlagen des Wahlkampfes insgesamt, Grundlagen der Kommunikationstechniken sowie das »Einimpfen« bestimmter wahlprogrammatischer Argumentaonszusammenhänge, die am Wahlkampfstand von Vorteil sein können. Solche Schulungen, die heute von allen parteinahen Stiftungen in Zusammenarbeit mit professionellen Politikberatern angeboten

252 Verschiedene Autoren (zusammenfassend Wiesendahl 2009: 38) weisen darauf hin, dass sich die Parteien im Rahmen eines technischen „Modernisierungsdruck[s] (…) einem ungebremsten Kostenanstieg der Wahlkämpfe“ (ebd.) im Bereich der Nutzung neuer Kommunikationstechnologien gegenüber sehen, dem sie sich nicht entziehen könnten. Ohne diesen Befund zu kommentieren, lässt sich die Relevanz der unentgeltlichen Wahlkampfhelfer dadurch unterstreichen.

253 Der direkte Kontakt zwischen den Parteimitgliedern und den potentiellen Wählern ist auch deshalb von Bedeutung, da trotz des hohen Stellenwerts solcher Programme für die Wähler und die damit verbundene hohe Bedeutung für die Wahlentscheidung die Wähler weit weniger informiert sind, als sie glauben, und ihre Informationen zumeist aus den Medien beziehen, die für Rückfragen in der Regel nicht zur Verfügung stehen sowie zu einem großen Teil interessenorientiert publizieren (Rölle 2002). Beispielsweise besitzt die SPD über eine Holding Anteile an verschiedenen Tageszeitungen und kontrolliert ca. 10% dieses Marktes (Feser 2003: 196).

werden, sind meist mit wenigen finanziellen Aufwendungen für die Mitglieder verbunden, da sie mit öffentlichen Mitteln finanziell gestützt werden. Der zeitliche Aufwand ist dahingegen als relativ umfangreich einzustufen. Eine motivierende Führung auf Orts- resp. Kreisebene ist hier von Vorteil, die es auch in politisch schwierigen Zeiten vermag ihre freiwilligen Helfer »bei Laune zu halten« und ihnen das Gefühl gibt, trotz aller Widrigkeiten einen sinnvollen und geschätzten Beitrag zu leisten. Wären die Parteien der Meinung, dass die parteieigenen Wahlkampfhelfer überflüssig seien, würden sie kaum Angstregungen unternehmen, diese aktiv in den Wahlkampf einzubeziehen. In der Praxis ist davon auszugehen, dass die Parteiaktiven wenn auch und obschon zentral geplanter Kampagnen explizit in den Wahlkampf integriert werden.

> „German party organizers have responded to these doubts [dass medienbasierte Kommunikation allein zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung ausreicht] by emphasizing ways that local campaigners complement impersonal national campaigns“ (Scarrow 1996: 111).

Insgesamt betrachtet, verdichtet sich der Eindruck, dass das vorschnelle Konstatieren eines Relevanzverlustes der Mitglieder einen im Prinzip positiven Anpassungseffekt der Parteien verschleiert. Die Ausdehnung der Medienlandschaft und die verstärkte Nutzung des damit verbundenen Medienangebotes gehen im Rahmen der Gesellschaftsentwicklung mit Modernisierungsprozessen einher und können als Umweltveränderung für die Parteien interpretiert werden. Obwohl theoretische und praktische Schwierigkeiten dieser Kommunikationsform nicht abzustreiten sind (vgl. Glotz 1997), stellt der Einbezug medienbasierter Kommunikationen im Wahlkampf schlicht eine Anpassung der Parteien an eine sich geänderte Umwelt dar. Dass durch die Anwendung neuer Methoden mitunter ältere teilweise ersetzt werden, da es ihnen beispielsweise an situationsbedingter Effizienz fehlt oder sie mit den realen Gegebenheiten nicht mehr kompatibel sind, ist nicht ungewöhnlich und lässt sich für viele Anwendungsbereiche belegen (Riepl 1972: 5). Nach der hier vorgenommenen Analyse und vor allem vor dem Hintergrund der realen Wahlkampfpraxis kann ganz klar festgehalten werden, dass von einem Bedeutungsverlust der aktiven einfachen Mitglieder nur – aber das sehr wohl – *graduell* gesprochen werden kann. Um einen Großteil der Bevölkerung schnell und umfassend kommunikativ zu erreichen, wird auf die Medien gesetzt, die in diesem Bereich einfach die effizientesten Verbrei-

tungsmittel bereitstellen. Dahingehend sind sie für die direkte Kommunikation mit dem (potentiellen) Wähler ungeeignet, was den Einbezug von Parteimitgliedern – besonders aus finanziellen Gründen – notwendig macht und ihnen nach wie vor eine wichtige Rolle im Wahlkampfgeschehen zuspricht.

2.6.2.2 Parteimitglieder als Informationsübermittler (outreach benefit)

Die Verbreitung (politischer) Informationen durch die Parteimitglieder ist nicht nur auf die Zeit um Wahlkampftermine beschränkt. Im Rahmen ihrer „everyday contacts“ (Scarrow 1996: 43) wird von den Parteimitgliedern von Seiten der Parteiführung erwartet, dass sie die „Ansichten und Positionen“ (Wiesendahl 2006: 126) der Partei nach außen kommunizieren. In diesem Sinne erfüllen die Parteimitglieder gleich vier Rollen als (informelle) *Botschafter* (Scarrow 1996: 124), *Ratgeber* (Wiesendahl 2006: 126), *Multiplikatoren* (ebd.) und *Meinungsführer* (Immerfall 1993: 255) resp. *opinion leaders* (Scarrow 1996: 124). Entgegen der meisten Forschungsrichtungen lassen sich in der Literatur in Bezug auf diese Aufgaben nur selten Gegenreden (Zeuner 1969: 75) finden, obgleich aus einem allgemeinen (Mitgliederrückgangs-) Kontext heraus die Aufgabenumsetzung sicherlich in Frage gestellt werden kann. Zudem belegen Studien, dass die Parteimitglieder „ein ausgeprägtes politisches Sprech- und Diskussionsbedürfnis in ihrem beruflichen und privaten Umfeld entwickeln“ (Wiesendahl 1996: 126), was sich sogar für Parteimitglieder nachweisen lässt, die innerhalb der Partei eher als inaktiv gelten. Diese (kommunikative) Verbindung der Parteien in die gesellschaftliche Lebenswelt hinein ist von großer Bedeutung, da den heutigen Parteien insgesamt eine Entkopplung vom lebensweltlichen Alltag attestiert wird (Vester/von Oertzen/Geiling/u.a. 2001: 103), was letztlich zu Verdrossenheitsempfindungen innerhalb der Gesellschaft führen kann. Die Parteimitglieder, verstanden als „persönliche Anlaufstellen und Knotenpunkte“ (Wiesendahl 2006: 127), stellen den (einzigen) direkten Zugang zur Lebenswelt der Menschen dar. Und obwohl die Informationsübermittlung auch mit Kosten für die Parteien verbunden sein kann, da die Parteimitglieder durchaus auch Meinungen verkünden können, die nicht mit der „Parteilinie“ (ebd.) in Übereinstimmung zu bringen

sind, liegt in diesem potentiellen Kostenfaktor selbst ein indirekter Vorteil, der sich ebenfalls auf die Beziehung zwischen den Parteien und der Gesellschaft bezieht und nicht auf die Informationsübertragung selbst.

> „Parteimitglieder kommunizieren keineswegs immer und stets gemäß der Parteivorgaben und nach den Regeln der Wahlkampfstrategie. Dies könnte aber auch gar nicht im wohlverstandenen Interesse der Parteien liegen. Ihre Glaubwürdigkeit hängt nicht von Propagandisten, sondern von kritisch-loyalen, sozusagen »unverdächtigen«, weil vom Erfolg ihrer Partei selbst nicht mehr als andere profitierenden Agenten ab. Nur im »unauffälligen Diskursangebot« kommunikativ verankerter (tatsächlicher oder »latenter«) Parteimitglieder kann die Parteipolitik alltagsweltlich für jeden Gesprächsteilnehmer zugeschnitten werden. Die darin angelegte Möglichkeit, politische Aussagen sozusagen an Fernsehen und Presse vorbei zu vermitteln, ist für Parteien geradezu lebensnotwendig, wenn ihre Themensetzung scheitert (…) oder ihnen der Zugang zu den Medien versperrt ist“ (Immerfall 1993: 265).

In diesem Zusammenhang können die rückläufigen Mitgliederzahlen in der Tat als Problem interpretiert werden, denn je weniger Parteimitglieder vorhanden sind, desto weniger solcher direkter Kontakte zur Bevölkerung sind möglich. Zudem kann sich die sozialstrukturelle Homogenisierung der Parteimitglieder problemfördernd auswirken, da die Gefahr besteht, dass nicht alle Bevölkerungsteile in diesen Kommunikationsprozess integriert werden (vgl. Biehl 2004: 696).

2.6.2.3 Parteimitglieder als Informationssammler (linkage benefit)

Parallel zur Verbreitung von Informationen ist den Parteien (-führungen) auch daran gelegen, dass die Parteimitglieder Informationen aus der Bevölkerung sammeln (Scarrow 1996: 44). Obwohl diese Aufgabe heute vorwiegend von professionellen Meinungsforschungsinstituten übernommen wird (Holtz-Bacha 2002), was wohl heißt, dass „die Parteispitzen auf die Sprachrohr- und Horchpostenrolle der Parteimitglieder nicht mehr viel“ (Wiesendahl 2006: 128) geben, ist die Relevanz der Parteimitglieder durch die Unvermitteltheit der Kommunikation kaum zu unterschätzen. Gerade in Zeiten, in denen die Volatilität der Bevölkerung und damit auch der potentiellen Wähler steigt, sind Informationen zu spezifischen Interessenlagen unerlässlich.

> „Zum anderen [neben der Informationsverbreitung] müssen umgekehrt die Parteien in Erfahrung bringen, was die Bürger bewegt, welche Probleme ihnen unter den Nägeln brennen, welche Wünsche und Erwartungen sie an die Parteien richten. Mit anderen Worten müssen Parteien einen Anschluss an die Wirklichkeit und Interessenlagen der Bürgerschaft herstellen, so wie sie sich für diese darstellen. Ändern sich die Lebensverhältnisse und damit auch die Erwartungen und Wünsche der Bürgerinnen, bildet die rasche Gewahrwerdung und Verarbeitung dieser veränderten Wählerumwelt eine wichtige Überlebensressource der Parteien“ (ebd.: 124).

Aber nicht nur im Hinblick auf das Überleben einer Partei ist die Informationsbeschaffung von Bedeutung, sondern auch für ihre Funktion als Interessenvertretung. Schließlich müssen die Interessen der Bevölkerung erst einmal erkannt werden, bevor sie ggfs. in politisches Handeln transformiert werden können. Die Beschaffung solcher Informationen mittels (professioneller) Meinungsforschungsinstitute ist zwar heute die Regel, bietet aber lediglich eine Momentaufnahme. Demgegenüber können Parteimitglieder längerfristige Tendenzen aufnehmen (ebd.: 128), was in Hinsicht auf die Mittel- und Langfristigkeit politischer Entscheidungen zusätzlich Vorteile verspricht.

> „Option polls are one of the key means by which party leaders measure public opinions; they are not perfect, however, since they offer only a snapshot of public opinion, and do not discriminate between »informed« and »uninformed« opinion. Party members offer an alternative means for measuring public opinions. They are often closer to the public than the parliamentarians, and, since party members live and work in their local communities, their views are of value“ (Whiteley/Seyd/Richardson 1994: 4).

Diese Funktion der Parteimitglieder als „eyes and ears“ (ebd.) der Partei wird nicht nur real durch die Parteispitze, sondern auch innerhalb der (Parteien-) Forschung kritisch eingeschätzt. Die allgemein positive Einschätzung, dass Parteimitglieder einen wichtigen Beitrag zur Informationsbeschaffung leisten und damit auch eine direkte und weitläufige Verbindung mit der Gesellschaft herstellen, wird an zwei Stellen relativiert. Zunächst sei es ganz und gar nicht so, dass Parteimitglieder einen Zugang zu allen relevanten – insbesondere zur Lebenswelt von Parteiungebundenen und Wechselwählern – Bevölkerungsbereichen hätten. Dies sei dem Umstand geschuldet, dass die meisten Mitglieder einer Partei ein relativ homogenes Kontaktumfeld besäßen (Wiesendahl 2006: 127). Empirische Studien vor allem aus den 1980er Jahren (exemplarisch: Arbeitsgruppe Berliner Wahlanalyse 1989; Greven 1987;

Koch/Niedermayer 1991; Roth/Wiesendahl 1986) würden belegen, dass sich die Kontakte der Mitglieder sowohl im privaten als auch im beruflichen Umfeld überwiegend auf politisch Gleichgesinnte resp. andere Parteimitglieder erstrecken und damit eine differenzierte Informationsbeschaffung keinesfalls möglich ist. Diese Interpretation der Ergebnisse muss nach Sichtung des zugrunde liegenden Zahlenmaterials als pauschal eingeschätzt werden. Zwar bestätigt sich in der Tat, dass die Familienangehörigen überwiegend derselben Partei zugeneigt sind[254], beim Freundes- und Bekanntenkreis sowie den Arbeitskollegen kann dies jedoch nicht so eindeutig konstatiert werden. In zwei der drei von Koch/Niedermayer (1991: 22) untersuchten Parteien geben die Mitglieder mehrheitlich an, dass ihre Freunde und Bekannten keiner Partei nahe stehen. Bei den Angaben zu den Arbeitskollegen dominiert ebenfalls diese Kategorie in Verbindung mit dem Nichtwissen über die parteipolitischen Präferenzen der Kollegen. Greven (1987: 134) fasst zusammen:

> „Der Grad der Homogenität des persönlich-politischen Kontaktumfeldes nimmt für alle Befragten von der Familie über den Bekanntenkreis bishin zu den Arbeitskollegen bzw. Mitarbeitern kontinuierlich ab".

Im Grunde ist dies wenig überraschend, da der Umfang an Personen von der Familie über den Bekanntenkreis bis hin zu den Arbeitskollegen zunimmt und gleichzeitig die Auswahlkriterien dafür, ob Kontakt zu den Personen unterhalten wird, schwinden. Allerdings zeigen die Befunde auch, dass sich die Homogenitätstendenz innerhalb privater Kontakte mit der Dauer der Parteizugehörigkeit verstärkt.

> „Die Homogenität dieses persönlich-politischen Kontaktfeldes ist bei den alten Parteimitgliedern stärker ausgeprägt als bei den neuen, so daß der Verdacht nahe liegt, daß im Zusammenhang mit der Dauer der Parteizugehörigkeit entsprechende *selektive Rekrutierungsprozesse* für die private Interaktion erfolgt" (ebd., H.i.O.).

Da sich die Parteimitglieder heute sozialstrukturell überwiegend aus Personen mittlerer und älterer Jahrgänge zusammensetzen (vgl. Kapitel 2.5.1), denen eine zumindest längere Parteimitgliedschaft attestiert werden kann, scheinen die Parteimitglieder in Verbindung mit der Homogenitätszunahme in der Tat nur bestimmte Bevölkerungskreise resp. deren Interessen zu erreichen. Besonders Personen, die keine poli-

254 Dies gilt nicht für die tatsächliche Parteimitgliedschaft der Familienangehörigen (Roth/Wiesendahl 1986: 125).

tische Präferenz aufweisen, werden so im Grunde nur schwer persönlich erreicht (Ausnahme kollegiale Verhältnisse).[255] Eine Möglichkeit diesen Zusammenhang zu durchbrechen, bildet die verstärkte Rekrutierung neuer und vor allem junger Parteimitglieder, deren persönliches Umfeld noch keine endgültigen stabilen Strukturen aufweisen.

Eine zweite Relativierung der Aufgabe als Informationssammler betrifft die Wahrnehmung und Vermittlung der Informationen durch die Parteimitglieder. Wenn Menschen Informationen aus ihrer Umwelt wahrnehmen, geschieht dies in der Regel unter Einbezug bereits gemachter Erfahrungen sowie vorhandenen Wissens. Dies ist bei Parteimitgliedern nicht anders.

> „Wenn Parteimitglieder im Prozeß der Wirklichkeitsaneignung die äußere [außerhalb der Partei] Ereignis- und Zusammenhangswelt mit den Resultaten ihres Sinnverstehens verbinden, erfolgt dies infolgedessen nicht voraussetzungslos, sondern auf der Basis von Vorerfahrungen (…) Bei den vielfältigen und nicht koordinierten Prozessen der Informationsaufnahme und -verarbeitung geht es aus der Organisationsperspektive darum, die sich fortwährend verändernde Wirklichkeit draußen mit dem im Parteiinneren bereits vorhandenen und mobilisierbaren Deutungsmustern, Überzeugungen, Wahrheiten und Meinungen zu verbinden, um das so selektiv Erfaßte und eingeordnete mit erwartungsgerechten Sinnstrukturen, Präferenzordnungen und Konstruktionsplänen des Weltgeschehens zu harmonisieren“ (Wiesendahl 1998: 128f.).

Demnach nehmen die Parteimitglieder nicht nur einen begrenzten Teil der Wirklichkeit wahr, sondern selektieren diesen Ausschnitt auch nach Kriterien, die mit parteieigenen Denkstrukturen und Traditionen konform gehen. Im Grunde reagieren Parteien bzw. die Parteimitglieder also nicht auf die Realität, sondern auf „die Vorstellungen und Deutungen, die sie hierüber anstellen“ (ebd.: 128).[256] Dies ist kein außergewöhnlicher Vorgang, es wird aber problematisch, wenn die Interpretationsstrukturen nicht in der Lage sind, die Realität angemessen zu deuten – d.h. auf Irritationen nur langsam oder gar nicht reagieren.

255 Die Homogenisierung der persönlichen Kontakte von Parteimitgliedern ist eine Seite der grundlegenden Diskrepanz zwischen dem Vertretungsanspruch der heutigen Parteien und der Abgrenzung der Parteimitglieder gegenüber anderen Parteien resp. deren Mitgliedern. Da die ehemaligen politischen Rekrutierungslager der Parteien erodiert sind, ist der Parteiführung daran gelegen, die Interessen möglichst vieler Bevölkerungsteile anzusprechen. Für die Parteimitglieder ist es demgegenüber auch von Relevanz, sich gegenüber anderen politischen Lagern eindeutig abzugrenzen (Greven 1986: 135f.), was den Kontakt mit politisch anders Orientierten selbstverständlich begrenzt und das Ziel, diese politische vertreten zu wollen bzw. deren Interessenlagen aufzudecken, gegen Null laufen lässt.

256 Zur Realitätswahrnehmung durch den Einzelnen vgl. grundlegend das Konzept der „Definition der Situation“ resp. das „Thomas-Theorem“ (Thomas 1965: 84ff., 113f.).

> „Die Freiheit des subjektiven Gewahrwerdens, Deutens und Schlußfolgerns geht sogar soweit, dass die Akteure nicht davor gefeit sind, Irrtümern, kontrafaktischen Mythen und widersinnigen Fehlschlüssen im Umgang mit den objektiven Verhältnissen aufzusitzen, die in selbstverantworteten desaströsen Handlungsfolgen enden können (…) Schon für sich genommen bedeutet Wirklichkeitsaneignung immer zugleich, sich in aktualisierte Parteivergangenheit zu verstricken. Dies betont den Charakter der Parteien als Tradierungsinstanzen und Hüter eines kollektiven Gedächtnisses und kulturellen Erbes, in denen sich die Erfahrungen vergangener Zeiten bündeln und widerspiegeln. Schemata unterstützen diese kognitive Beharrungstendenz, weil sie selbst dann fortbestehen, wenn sie offenkundig im Widerspruch zur gewandelten Wirklichkeit stehen“ (ebd.: 128, 130).

In Verbindung mit der Überalterung innerhalb der deutschen Parteien entsteht so eine Spirale aus partieller Wahrnehmung und Wahnehmungsverzerrung sowie der organisationseigenen Unfähigkeit diesen Zustand zu überwinden (vgl. auch Kapitel 1.4.1). Zusammen mit dem Repräsentationsdefizit kann dies als ein Erklärungsfaktor für die durch die Bevölkerung wahrgenommene Diskrepanz zwischen den Parteien und der gesellschaftlichen Lebenswelt herangezogen werden.

2.7 Erweiterte Zusammenfassung

In Bezug auf die am Ende des ersten Kapitels aufgeworfenen Fragen zum Zusammenhang zwischen Partizipation und Kommunikation fokussiert von Seiten der Parteien, brachte die vorangestellte Analyse keine expliziten Antworten. Grund dafür ist der Umstand, dass die einzelnen Faktoren vor dem Hintergrund der *Auswirkungen für die Parteien* interpretiert wurden. Dies muss selbstverständlich als unbefriedigend eingestuft werden, da nur wenig neue Ergebnisse produziert wurden. Unter Berücksichtigung der Frage danach, ob es aufgrund der rückläufigen Mitgliederzahlen zu Störungen innerhalb des Mediationsprozesses kommt, kann ein Weg der Ergebnisinterpretation eingeschlagen werden, der bislang innerhalb der (Parteien-) Forschung keine Berücksichtigung findet oder als Annahme der Erklärung vorausgestellt wird (Biehl 2004: 696, 2005: 232). Demgegenüber steht hier, ungeachtet der Effekte, die sich für die Parteien als Organisation ergeben (vgl. *Kapitel 2.5*), die Frage im Vordergrund, *ob sich der Mitgliederrückgang inklusive der sozialstrukturellen Nivellierungstendenzen auf die Kommunikationsbeziehung zwischen den Parteien und der Gesellschaft auswirkt* und zwar in zweierlei Hinsicht:

1. Ist die Interessenvertretung relevanter Bevölkerungsgruppen überhaupt (noch) möglich (Erreichbarkeit)?
2. Hat die Zusammensetzung der Parteienmitgliedschaft negative Auswirkungen auf die Decodierung gesellschaftlicher Interessen durch die Parteien und damit auch auf die Überführung dieser Interessen in das politische System (Missverständnisse)?

Zunächst kann festgehalten werden, dass die (gesicherten) Befunde zu den Gründen für das Ausbleiben von Parteieintritten (Partizipation II) für die erste Welle als sehr dünn beschrieben werden müssen, da lediglich Milieuerosion sowie Individualisierung als gesellschaftliche Ursachen für das Ausbleiben von Parteieintritten identifiziert werden konnten. Parteiinterne Ursachen oder Interdependenzen zwischen Ursachen sind nicht zu konstatieren. Subjektive Gründe der Bevölkerung für das Ausbleiben von Parteieintritten konnten lediglich über Individualisierung tangiert werden. Die Auswirkungen der identifizierten Modernisierungsprozesse beschreiben eine veränderte Parteienumwelt, welche die Parteien intern vor die Herausforderung sinkender Mitgliederbestände stellt. Ihre Funktionsfähigkeit sei (zumindest) beeinträchtigt, eine »intakte« (Kommunikations-) Beziehung zur Gesellschaft zu unterhalten, sei schwierig bis unmöglich. Dies hat im Wesentlichen zwei Gründe: Erstens seien schlicht nicht mehr genügend Parteimitglieder vorhanden, welche die Funktionen umsetzen könnten und zweites hätten die Parteien zu bestimmten Bevölkerungskreisen gar keinen kommunikativen Zugang mehr, da sich aufgrund sozialstruktureller Nivellierungstendenzen und homogener Kontaktumfelder keine Beziehung zu diesen Gruppen aufbauen ließe. Und selbst wenn es zu Kommunikationen käme, seien die Informationsübertragungen und besonders die Informationsaufnahme durch die Parteimitglieder derart verzerrt, dass ein realistisches Problembewusstsein nicht zu konstatieren sei. Bei all diesen problematischen Punkten handele es sich um Entwicklungen, die sich gegenüber dem Partizipationshöhepunkt der Parteienmitgliedschaft in den 1980er Jahren verschärft oder erst herausgebildet hätten. Folglich müsse von einer Dramatisierung der Umstände ausgegangen werden. Nach Sichtung aller relevanten Daten und Argumentationen, muss diese Einschätzung jedoch in weiten Teilen relativiert werden.

Die üblichen Interpretationen zum Zustand der deutschen Mitgliederparteien sind in der Regel in demokratie-, repräsentations- und partizipationstheoretische

Überlegungen eingebettet. Wie bereits Weber (1997: 339, Hervorhebung C.M.) bemerkte, kann Politik und damit auch das Handeln der Parteien (-mitglieder) nicht wertfrei sein:

> „Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit *Leidenschaft* und Augenmaß zugleich".

Im vorliegenden Zusammenhang geht es allerdings nicht vordergründig um Politik, sondern um die Frage nach der Verfasstheit einer Kommunikationsbeziehung, die im Hinblick auf bestimmte Kriterien (Unwahrscheinlichkeiten) zu untersuchen ist. Durch das Vorhandensein empirischen Datenmaterials, das sich für eine komparative Gegenüberstellung eignet, sind objektive Schlussfolgerungen generierbar. Dies vorausgesetzt, kann untersucht werden ob es innerhalb der Kommunikationsbeziehung zwischen den Parteien und der Gesellschaft zu Erreichbarkeitsproblemen und Missverständnissen kommt und wenn ja, wie ausgeprägt diese Problemlagen sind.

2.7.1 Das Problem der Erreichbarkeit

Unter heutigen Bedingungen ist es unmöglich, dass alle Teilnehmer am Kommunikationsprozess zwischen den Parteien und der Gesellschaft gleichzeitig am gleichen Ort versammelt sind. Die schiere Größe der Gruppen verhindert dies. Im systemtheoretischen Sinne ist dieser Umstand problematisch, da er das „Erreichen von Adressaten" (Luhmann 2000a: 218, Hervorhebung weggelassen) unwahrscheinlich macht. Grund dafür ist der Umstand, dass ein „ausreichendes Maß [an] Aufmerksamkeit" bei den Adressaten nicht garantiert werden kann: „Anderswo haben Leute etwas anderes zu tun" (ebd.). Dem entgegenwirkend haben sich Verbreitungsmedien herausgebildet, welche die Kommunikation zeitlich flexibler gestalten, d.h. die drei Selektionen müssen nicht zeitgleich mit der Verbreitung durchlaufen werden. Dadurch kommt es zu „einer „immense[n] Ausdehnung der Reichweite des Kommunikationsprozesses" (ebd.: 221). Dass Parteien solche Verbreitungsmedien nutzen, wurde bereits in Kapitel 2.6.2 erörtert, ohne die Konsequenzen abzuschätzen. Dies ist auch an dieser Stelle nicht primär, da aufgrund fehlender Informationen, die sich erst im Rahmen der »neuen Ursachen« für den Mitgliederrückgang zeigen werden

(Kapitel 3.1), eine abschließende Bewertung nicht möglich ist. Mit entsprechender Distanz zu Luhmann wird die Erreichbarkeitsproblematik hier anders in den Fokus genommen und zwar über den Zusammenhang zwischen Partizipation (II) und Kommunikation. Hier geht es also nicht um das »Wie«, sondern um das »Ob«. Vor dem Hintergrund des Mitgliederrückgangs ist dementsprechend zu fragen: Verfügen die Parteien gegenüber 1980 heute überhaupt über genügend (ehrenamtliches) Personal, um die Gesellschaft – egal in welcher Form – kommunikativ zu erreichen?

Das Problem der Erreichbarkeit von Adressaten – genauer der Bevölkerung – wurde vorausgehend aus verschiedenen Richtungen analysiert. Besonders zwei Punkte stechen heraus: erstens ein generelles Problem, da aufgrund des Mitgliederrückgangs zu wenige potentielle Kommunikanden in den Parteien vertreten sein. Zweitens bestehe heute ein repräsentationstheoretisches Erreichbarkeitsdilemma, da zum einen bestimmte Bevölkerungsgruppen in den Parteien unterrepräsentiert seien sowie zum anderen eine sozialstrukturelle Angleichungstendenz innerhalb der Parteienmitgliedschaft existiere. Zu einigen Gruppen, die u.a. nicht über bestimmte Ressourcen verfügen und die sich vom Kommunikationsprozess abgeschnitten fühlen, existiere gar kein Verbindung mehr. Ein Blick auf die Datenlage zeigt in beiden Fällen ein weniger dramatisches Bild.

2.7.1.1 Die generelle Erreichbarkeit der Gesellschaft

Es ist unbestritten, dass die Parteien in den letzten dreißig Jahren rund 30% ihrer Mitglieder verloren haben. Von hier aus auf ein generelles Erreichbarkeitsproblem schließen zu wollen, gibt die Datenlage allerdings nicht her, denn in Wirklichkeit zeigen sich enorme Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien, die bereits den Mitgliederrückgang selbst betreffen. So ist für die CSU lediglich ein Mitgliederverlust von 3,5% gegenüber 1980 zu konstatieren, für die SPD jedoch rund 46%[257]. CDU und FDP zeigen Verlustraten von 23% bzw. rund 26%. Auch wenn von einem universellen Rückgang gesprochen werden kann, so müsste das Potential die Gesellschaft kommunikativ zu erreichen zwischen den Parteien stark variieren. Diese differenzierte Betrachtung wird meist unterlassen, um die Allgemeinverbindlichkeit der

257 Vermutlich ist diese hohe Verlustrate eine Erklärung für die verschiedenen Strukturerneuerungvorschläge, die explizit für die SPD vorliegen (Machnig 2000, 2001; Meyer/Scherer 1994).

Mitgliederkrise zu unterstreichen.

Auch ein weiterer Befund spricht gegen die Generalisierung. Zumindest was das Aktivitätsniveau der (Basis-) Mitglieder betrifft, konnte gezeigt werden, dass nicht alle Parteien von rückläufigen Engagementraten betroffen sind. So kann die CDU leichte und die FDP starke Zuwachsraten bei denjenigen Mitgliedern verzeichnen, die angeben sich aktiv in die Parteiarbeit einzubringen (vgl. *Tabelle 2.6*), d.h. trotz des Mitgliederrückgangs vereinigen beide Parteien heute mehr aktive Mitglieder in sich als 1980. Summiert man unter »Aktivität« auch Kommunikationsleistungen (vgl. Kapitel 2.6.2), *dann kann zumindest für diese beiden Parteien von einem generellen Erreichbarkeitsproblem aufgrund der rückläufigen Parteimitgliederzahlen nicht ausgegangen werden*. Ein mögliches Kommunikationsdefizit muss andere Ursachen haben. Für die CSU lassen sich aufgrund der wenigen Mitgliederverluste und des generell niedrigen Aktivitätsniveaus kaum Unterschiede zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten aufzeigen. *Das Potential dieser Parteien die Gesellschaft kommunikativ zu erreichen, dürfte sich gegenüber 1980 kaum verändert haben*. Die SPD hingegen hat trotz einer leichten Steigerungsrate im Aktivitätsniveau angesichts des massiven Mitgliederrückgangs immer weniger aktive Mitglieder zur Verfügung. *Das heißt, dass die SPD gegenüber 1980 mit Erreichbarkeitsproblemen zu kämpfen haben wird, verursacht durch den Verlust (aktiver) Parteimitglieder.* Für die beiden neueren Parteien Die Grünen und DIE LINKE liegen keine Vergleichsdaten vor. Im Hinblick auf die Engagementraten rangieren beide Parteien heute im oberen Bereich. *Gegenüber den anderen Parteien, die heute prozentual weniger aktive Mitglieder in sich vereinigen, sollten sich weniger Probleme bei der Erreichbarkeit zeigen*. Zusammengefasst: Vernachlässigt man das demokratietheoretische Partizipationsideal und bezieht die heutige Situation vergleichend auf die Umstände zum ersten Untersuchungszeitpunkt, *dann kann von einem generell defizitären Zustand die Erreichbarkeit der Gesellschaft betreffend aufgrund der rückläufigen Mitgliederzahlen nicht ausgegangen werden*.

2.7.1.2 Repräsentation und Erreichbarkeit

Deutlicher noch als ein generelles Erreichbarkeitsproblem, wird zur Untermauerung einer defizitären Kommunikationsbeziehung zwischen den Parteien und der Gesell-

schaft die soziale Repräsentationsleistung der Parteien ins Feld geführt. Dabei geht es vordergründig darum, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen durch die Parteien kaum bis gar nicht erreichbar seien, andere hingegen gut zu erreichen sind. Besonders die Verschärfung sozialstruktureller Disproportionalitäten innerhalb der Parteienmitgliedschaft habe diesen Umstand befördert, da sich einige Bevölkerungskreise durch die Parteien nicht mehr vertreten fühlen und sozusagen eine Zusammenarbeit (Partizipation) verweigern. Der antizipierte Zusammenhang ist einfach zusammengefasst: Personen mit bestimmten sozialstrukturellen Merkmalen sind eher durch Parteimitglieder kommunikativ erreichbar, die über vergleichbare sozialstrukturelle Eigenschaften verfügen, da von einer breiten Schnittmenge in der Wahrnehmung, den Interessen und resultierenden Prioritäten ausgegangen werden muss, was die Annahme der Kommunikation wahrscheinlicher macht. Im Grunde handelt es sich bei dieser Annahme um eine besonders konsequente Anwendung der „Generalthese der wechselseitigen Perspektiven", die von Schütz/Luckmann (1994: 89, Hervorhebung weggelassen) in die Literatur eingeführt wurde. Obwohl die Daten über die Befindlichkeiten resp. die Motivation der Bevölkerung keine Aussagen zulassen, d.h. nicht abschließend geklärt werden kann, ob die Einschätzung von Biehl (2004: 696) zutreffend ist oder nicht, erlauben sie im Hinblick auf die Erreichbarkeit spezifischer Bevölkerungskreise ein weniger kritisches Bild nachzuzeichnen. Unter der Voraussetzung, *dass es zu keinem Zeitpunkt einen Zustand idealer Repräsentation gegeben hat und bereits 1980 einige Bevölkerungsgruppen in den Parteien stärker vertreten waren als andere*, sind besonders zwei dokumentierte Problembereiche aufgrund ihrer breiten Rezeption genauer zu betrachten:

(1) *Erreichbarkeit von Frauen und Personen unter dreißig Jahren*

Frauen und Personen unter dreißig Jahren waren bereits 1980 in den Parteien unterrepräsentiert. Durch die Einführung von Quotenregelungen und organisatorischen Maßnahmen, die insgesamt als »frauenfreundlich« beschrieben werden können, konnte der Anteil weiblicher Parteimitglieder moderat gesteigert werden (vgl. *Tabelle 2.9*). Allerdings zeigen sich auch hier Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien. Das Schlusslicht bildet hier die CSU, die 2007 lediglich einen Anteil von 18,2 % Frauen zu ihren Mitgliedern zählt. Ein ähnliches Ergebnis lässt sich für die FDP konstatieren, die gegenüber dem ersten Erhebungszeitpunkt nur einen Zuwachs um 0,1% auf 22,8% verzeichnet. Beide Parteien scheinen für Frauen wenig attraktiv zu

sein. Die Gründe dafür sind verschieden. Für die CSU lassen sich grundsatzbezoge Faktoren angeben. Die CSU ist nicht nur in »bayrische Traditionalismen« (vgl. Kießling 2007: 230) eingebettet, sondern auch einem (christlichen) Frauenbild verhaftet[258], sodass bis vor wenigen Jahren zwar die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau innerhalb der Ehe akzeptiert (vgl. CSU 1946: 2), eine allumfassende Gleichstellung aber erst implizit im Grundsatzprogramm von 2007 verankerte wurde (CSU 200 7: 28). Drei Jahre später verabschiedete die CSU eine parteiinterne Frauenquote. Diese späten Zeitpunkte machen deutlich, dass die Partei ideologisch keinen großen Wert auf eine proportionale Frauenbeteiligung legt, obwohl es zur Erosion traditioneller Geschlechter- und Familienbilder (Beck 1986) gekommen ist, was die Rolle der Frau innerhalb der Gesellschaft stärkte. In diesem Sinne können keine angleichenden Wunder erwartet werden. Die FDP wehrt sich trotz anhaltender interner und externer Debatten vehement gegen die Einführung einer Quotenregelung innerhalb der Partei. Eine Partizipationssteigerung ist dadurch nicht zu erwarten (vgl. Kapitel 2.6.1.3). Demgegenüber können Die Grünen und DIE LINKE sowie die SPD einen relativ hohen Frauenanteil zwischen 30,9% und 39,1% vorweisen. Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse lässt sich zweierlei konstatieren: *Zum einen sind Frauen durch die Parteien grundsätzlich erreichbar und zum zweiten heute tendenziell sogar besser als vor dreißig Jahren*.

Ein ähnliches Bild lässt sich auch für die Situation der Unterdreißigjährigen aufzeigen; hier fällt die Prognose allerdings deutlich ungünstiger aus, da es keiner Partei gelungen ist, den Anteil dieser Gruppe zum zweiten Erhebungszeitpunkt zu steigern (vgl. *Tabelle 2.3*). Insgesamt ist auch diese Gruppe bereits 1980 in den Parteien deutlich unterrepräsentiert. Im Gegensatz zum Frauenanteil ist die Präsenz der Unterdreißigjährigen zum zweiten Untersuchungszeitpunkt weiter rückläufig. Hier ist besonders die Situation der SPD hervorzuheben, die real einen Verlust von rund 145.000 Mitgliedern dieser Altersgruppe zu verzeichnen hat (vgl. *Tabelle 2.4*). Die prozentualen Verlustraten der übrigen Parteien (rund 4%) lassen sich mit Veränderungen innerhalb der Gesellschaftsstruktur erklären, die gemeinhin mit Modifikationen der Altersstruktur im Rahmen des »demographischen Wandels« (vgl. Geißler/Meyer 2002: 62ff.) in Verbindung gebracht werden. Unter Berücksichtigung der generellen Unterrepräsentation entspricht der Verlust dieser Altersgruppe inner-

258 Auch in der CDU ist das Frauenbild an christliche Vorstellungen geknüpft. Dies hat auch Auswirkungen auf innerparteiliche Ansichten zur »Familie« (Grafe 1986: 205, 209ff.).

halb der Parteien dem Rückgang in der Gesellschaft (rund 5%). Die SPD bildet hier die Ausnahme, da sie heute rund 12% weniger Mitglieder dieser Kategorie involviert (vgl. *Tabelle 2.3*). Insgesamt ist die Integrationsleistung der Parteien auch hier durchwachsen. So bewegen sich CDU, CSU, SPD und Linkspartei in etwa auf Augenhöhe (zwischen 5% und 6%). Die FDP und Die Grünen hingegen weisen Anteile von über 10% auf. Auch wenn es im Zeitverlauf nicht einfacher geworden scheint, junge Menschen zu erreichen (keine gestiegene Partizipationsrate), sprechen die Zahlen eindeutig – mit Ausnahme der SPD – gegen ein einheitliches Erreichbarkeitsproblem: *Auch diese Altersgruppe ist durch die Parteien prinzipiell kommunikativ erreichbar.* Allerdings weisen die Daten auch darauf hin, dass es sich ähnlich dem niedrigen Aktivitätsniveau der Parteienmitglieder (vgl. Kapitel 2.5.2) um ein generelles Problem handelt, das nur bedingt mit dem Mitgliederrückgang insgesamt in Verbindung zu bringen ist.

(2) *Erreichbarkeit neuer Bevölkerungsgruppen*

Mit gesamtgesellschaftlichen sozialstrukturellen Veränderungen ist auch die Erreichbarkeit neuer Gesellschaftsgruppen in Verbindung zu sehen. Unter solchen Gruppen sind sozialstrukturelle Zusammenschlüsse zu verstehen, die sich erst zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten in größerem Umfang herausgebildet haben und die im Sinne Dahrendorfs (1965: 202) in der Lage sind, „überindividuelle“ Konflikte zu anderen Gesellschaftsgruppen auszubilden. Letzteres ist insofern von Bedeutung, als dass erst an diesem Punkt politische Vertretung überhaupt nötig wird. Besonders Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt haben dazu geführt, dass es zu Veränderungen im sozialstrukturellen Variablengefüge gekommen ist. Zu nennen ist hier der Übergang von sekundären zum tertiären Wirtschaftssektor, der eine Primatverlagerung vom produzierenden Gewerbe (1980: 41,1%; 2009: 24%) zum Dienstleistungssektor (1980: 53,8%; 2009: 73,0%) bewirkte, wobei eine eindeutige Abgrenzung der einzelnen Sektoren im Zeitverlauf aufgrund überarbeiteter Klassifikationen nicht möglich ist (Asef/Wingerter 2011: 103). Damit verbundene berufliche Stellungen erfuhren ebenfalls einen Transformationsprozess und kommen heute zu anderen Anteilen in der Gesamtbevölkerung vor als 1980. Je nach Verschiebung ist es nur konsequent, dass sich auch die Beteiligungsraten innerhalb der Parteien geändert haben, wobei von einer richtungsgleichen Anpassung auszugehen ist (vgl. *Tabelle 2.10*). *In-*

sofern kann auch hier nicht von einem Erreichbarkeitsproblem in Richtung derjenigen Gruppen ausgegangen werden, deren Anteil sich in Kongruenz zum gesamtgesellschaftlichen Trend innerhalb der Parteienmitgliedschaft verringert hat. Explizit sei hier auf die Arbeiterschaft verwiesen.

Ein weiteres Beispiel für die Erreichbarkeit neuer gesellschaftlicher Gruppen sind die Teilzeiterwerbstätigen. 1985 lag der Anteil an Teilzeitbeschäftigen (früheres Bundesgebiet) bei rund 2,8 Mio. Davon waren rund 2,6 Mio. Frauen. Bis 2009 hat sich der Anteil dieser Beschäftigungsgruppe (Gesamtdeutschland) auf rund 9,8 Mio. erhöht und weist einen Frauenanteil von rund 7,5 Mio. auf (Statistisches Bundesamt 2013). Insgesamt ist der Anstieg der Frauenerwerbsquote darauf zurückzuführen, dass Frauen nach der Geburt eines Kindes resp. der Elternzeit wieder eine Erwerbsarbeit aufnehmen (Geißler 2002: 373). Dies hat nicht nur finanzielle Ursachen, sondern ist auch auf ein verändertes Rollenverständnis zwischen den Geschlechtern zurückzuführen (Beck-Gernsheim 1994). Der hohe Anteil an Teilzeitbeschäftigung bei Frauen gründet in individuell-familienbezogenen sowie ungleichheitsbedingenten Faktoren und kann demnach intendiert oder strukturell erzeugt sein. Obwohl keine Vergleichsdaten für den Anteil Teilzeiterwerbstätiger für 1980 vorliegen, sind diese heute in allen Parteien vertreten. Die Anteile liegen zwischen 4% in der CSU und 17% bei den Grünen. Der relativ hohe Wert der Grünen hängt auch mit dem hohen Frauenanteil unter den Teilzeitbeschäftigen zusammen. Da die Partei mit 37,4% (vgl. *Tabelle 2.9*) den zweithöchsten Wert für weibliche Parteimitglieder aufweist, ist auch der Wert für die Teilzeiterwerbstätigen entsprechend ausgeprägt. Auf die Gründe für diesem Umstand wurde bereits eingegangen (Kapitel 2.6.1.3). Was aber darüber hinaus aufgezeigt werden kann, ist, *dass die Teilzeiterwerbstätigen prinzipiell durch die Parteien erreichbar sind, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß*.

Ein drittes Beispiel für den vorliegenden Zusammenhang zwischen Erreichbarkeit und sozialer Repräsentation lässt sich über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit generieren. Zudem kann noch deutlicher als in den bisherigen Ausführungen erarbeitet werden, wieso eine umfassende Partizipation (Ideal) bestimmter Bevölkerungsgruppen real kaum umzusetzen ist, weshalb auch nicht von einem grundsätzlichen Erreichbarkeitsdilemma gesprochen werden kann. Die Zahl der Arbeitslosen ist seit 1980 im früheren Bundesgebiet von 3,8% (≈ 889.000 Menschen) auf 9,1% (≈ 3,4 Mio. Menschen) 2009 im gesamten Bundesgebiet gestiegen (Asef/Win-

gerter 2011: 106). Spätestens mit der Überschreitung der Dreimillionengrenze 1993 und der Diskussion zu den Folgen für den Sozial- und Wohlfahrtsstaat wurde Arbeitslosigkeit zum gesellschaftlichen Problem. Gleichzeitig bildeten die Arbeitslosen eine zunehmend wachsende Gruppe mit eigenen Bedürfnissen und Interessen, die politische Vertretung verlangte. Dementsprechend sollte sich auch die Anzahl dieser Gruppe in den Parteien erhöhen bzw. überhaupt erst nennenswert etablieren. Heute sind in allen Parteien Arbeitslose unter den Mitgliedern vertreten, dies meist in nur geringem Umfang von 1% bis 3%. Die Ausnahme bildet hier DIE LINKE, die einen Anteil von 8% in sich vereinigt (vgl. *Tabelle 2.12*). Dies lässt zunächst den Schluss zu, *dass Arbeitslose durch die Parteien erreichbar sind, allerdings auch hier in unterschiedlichem Ausmaß*. Die herausragende Repräsentationsleistung der Linkspartei wurde mit programmatischen Besonderheiten in Verbindung gebracht (Kapitel 2.6.1.3). Darüber hinaus können über parteiexterne Faktoren Erklärungen angegeben werden, wieso Arbeitslose in den Parteien unterrepräsentiert sind. Bei diesen Faktoren handelt es sich zum einen um den Prozess der Gruppenbildung selbst und zum anderen um die Auswirkungen von (Langzeit-) Arbeitslosigkeit auf das (politische) Aktivitätsniveau.

Wie bereits Marx (vgl. Giddens 1984: 33)[259] und später Dahrendorf (1965: 217ff.) aufzeigen, ist die Ausbildung einer Interessengruppe mit der Manifestation latenter Interessen verbunden, d.h. die Gruppe muss sich ihrer gemeinsamen (Not-) Lage gewahr werden. Bei arbeitslosen Personen ist von einer solchen Ausformung nur bedingt auszugehen, da die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit zu verschieden ist. Grundsätzlich werden Kurzzeit- und Langzeitarbeitslose unterschieden, wobei erstere maximal ein Jahr ohne Arbeitsverhältnis sind. In dieser relativ kurzen Zeit ist die Fluktuation innerhalb der Gruppe einfach zu hoch, um eine „eigene Identität" (ebd.: 220) ausbilden zu können. Die Gruppe der Langzeitarbeitslosen, also diejenigen, die mindestens ein Jahr ohne Arbeitsverhältnis sind[260], besitzen dagegen alle Voraussetzungen um sich als manifeste Interessengruppe zu etablieren. Wieso sie dies augenscheinlich nur verhältnismäßig selten in Form der Parteimitgliedschaft tun, erklärt der zweite Argumentationspunkt.

259 Interessanterweise sind die beiden Stufen der Klassenbildung „Klasse an sich" und „Klasse für sich", die Marx zugeschrieben werden, von diesem selbst begrifflich nicht verwendet worden (Vester 2008: 736).

260 2009 lag deren Anteil unter allen Arbeitslosen bei 932.000 Personen, was rund 27% entspricht (Bundesagentur für Arbeit 2011: 10).

Schon 1933 konnten Jahoda/Lazarsfeld (1986) empirisch nachweisen, dass der Arbeitslosigkeit kein revolutionäres Potential inhärent ist, sondern sie einen Zustand der Lethargie unter den Betroffenen hervorruft.[261] Das heißt, selbst wenn sich die Arbeitslosen ihrer gemeinsamen Lage bewusst wären, hätte dies praktisch kaum bis keine Auswirkungen, die zur Konfliktgruppenbildung führen. Im Rahmen einer Untersuchung zu den Reintegrationschancen von Arbeitslosen unter den Bedingungen der von der Rot-Grünen-Regierung 2000 verabschiedeten Hartz-Gesetzgebung[262] konnten Bescherer/Röbenack/Schierborn (2008) zwei Gruppen von Langzeitarbeitslosen identifizieren, deren Erwerbsorientierung sich nicht mehr auf die Erwerbsarbeit bezieht.[263] Die beteiligten Personen haben entweder alternative, gesellschaftlich akzeptierte Lebensentwürfe („Konventionelle") oder „Nicht-Arbeit als gesellschaftlichen Gegenentwurf" („Verweigerer") als Alternativkonzept herausgebildet (ebd.: 22ff.). Da beide Gruppen sich im Grunde mit ihrer Situation arrangieren können, sogar Strategien zur Bewältigung finanzieller Engpässe ausgebildet haben, wird der Ausschluss vom (normalen) Erwerbsleben nicht (mehr) als Diskrepanz erfahren. Ein Zusammenschluss im Sinne von Marx oder Dahrendorf scheint somit nicht wahrscheinlich. Entsprechend sollte das Partizipationsverhalten, besonders der mit einem Parteieintritt verbundene Wunsch, an den gegebenen politischen und sozialen Verhältnissen etwas ändern zu wollen, nicht sehr hoch ausgeprägt sein. Da es aber genau dieses Motiv (kollektive politische Anreize) in Verbindung mit altruistischen Anreizen (Laux 2011: 65) ist, das die entscheidende Rolle beim Eintritt in eine Partei spielt, kann die Unterrepräsentation, resultierend aus einem niedrigen (politischen) Aktivitätsniveau[264], nicht überraschen.

261 Eine neuere Studie zu diesem Thema wurde von Böhnke (2006, bes. 155ff.) vorgelegt.

262 Die in der Agenda 2010 eingebundene Hartz-Gesetzgebung (Hegelich/Knollmann/Kuhlmann 2011: 30ff.) geht auf Überlegungen von Giddens (1999; einleitend auch Jun 2000) zurück, der im Rahmen der Politik des dritten Weges, „keine Rechte ohne Verpflichtungen" (Giddens 2001: 62) als Ausgangspunkt eines neuen Gesellschaftsvertrages ansetzt. Auf die Arbeitslosigkeit bezogen, wurde in Deutschland das Prinzip des „Fördern und Forderns" (Heglich/Knollmann/Kuhlmann 2011: 42) initiiert, das die sozialstaatlichen Leistungen an die aktive Mithilfe des Arbeitssuchenden knüpft. Da die Sanktionsgewalt hier ausschließlich auf Seiten des Staates liegt, zeigen sich starke Asymmetrien, die von den Arbeitssuchenden häufig als Belastung erfahren werden (Bartelheimer 2008).

263 Zu den unterschiedlichen Auswirkungen und Bewältigungsstrategien von Arbeitslosigkeit zwischen Ost- und Westdeutschen vgl. Mutz (1997).

264 Für den damit in Zusammenhang stehenden Diskurs zum „kompetenten Bürger" vgl. u.a Münkler (1997).

2.7.2 Die Gefahr des Missverstehens

Neben der Erreichbarkeit potentieller Adressaten ist die Gefahr des Missverstehens ein zweites (Kommunikations-) Problem innerhalb der Systemtheorie. Diesem Problem entgegenwirkend hat sich als Medium Sprache herausgebildet.

> „Sprache ist ein Medium, das sich durch Zeichengebrauch auszeichnet. Sie benutzt akustische bzw. optische Zeichen für Sinn. Das führt in Komplexitätsprobleme, die durch Regeln für Zeichengebrauch, durch Reduktion der Komplexität, durch Eingewöhnung einer begrenzten Kombinatorik gelöst werden. Der Grundvorgang bleibt jedoch die Regulierung der Differenz von Mitteilungsverhalten und Information. Als Zeichen gefaßt, kann diese Differenz der Kommunikation von Alter und Ego zu Grunde gelegt werden, und beide können durch gleichsinnigen Sprachgebrauch in der Meinung bestärkt werden, dasselbe zu meinen“ (Luhmann 2000a: 220).

Sprache ist, was die Möglichkeit des Verstehens betrifft, als ambivalent einzuschätzen. Auf der einen Seite ermöglicht sie es eine schier unendliche Fülle „beliebige[r] Ereignisse als Information erscheinen“ (ebd.: 220, Hervorhebung weggelassen) zu lassen. Auf der anderen Seite erhöht gerade diese Menge die Missverstehenswahrscheinlichkeit. Grundsätzlich ist das Verstehen kontextgebunden (ebd.: 217), d.h. es ist zuerst abhängig vom Wahrnehmungsfeld und dem Gedächtnis des Einzelnen (Bewusstsein). Letzteres spielt innerhalb des systemtheoretischen Denkens eine eher untergeordnete Rolle[265], ist für den vorliegenden Untersuchungsgegenstand aber zentral. Insofern empfiehlt es sich die Überlegungen Luhmanns an dieser Stelle zu ver-

265 Es ist noch gar nicht so lange her, dass dem Individuum (psychisches plus biologisches System) innerhalb der Systemtheorie eine marginale bis keine Relevanz attestiert wurde. Mittlerweile wird dies anders gesehen, denn „[ü]bersehen wird, kurz gesagt: die strukturelle Kopplung zwischen psychischen und sozialen Systemen, die füreinander Umwelten bilden“ (Schroer 2001: 229, Hervorhebung weggelassen). Durch strukturelle Kopplung können die unterschiedlichen Operationstypen Wahrnehmung (psychisches System) und Kommunikation (soziales System) temporär zusammengeführt werden, ohne die Möglichkeit der Fusionierung (Esposito 1997: 186ff.). Luhmann (2005: 45) selbst verdeutlicht dies so: „Bewußtsein kann die Kommunikation nicht instruieren, denn die Kommunikation instruiert sich selbst. Aber Bewußtsein ist für die Kommunikation eine ständige Quelle von Anlässen für die eine oder andere Wendung des kommunikationseigenen operativen Verlaufs. Nur das Bewußtsein ist ja in der Lage, etwas wahrzunehmen (was einschließt: Kommunikation wahrzunehmen). Wahrnehmungen bleiben dann zwar im jeweils aktiven Bewußtsein verschlossen und können nicht kommuniziert werden; aber Berichte über Wahrnehmungen sind möglich.“ Darüber hinaus verweist er darauf, dass Kommunikationen notwendig auf Wahrnehmung angewiesen sind und unberührt von anderen Operationen bleiben, sofern diese nicht wahrgenommen werden. „Selbst in einem abstürzenden Flugzeug kann über den Absturz nur kommuniziert werden, wenn er bemerkt wird. Der Absturz selbst kann die Kommunikation nicht beeinflussen, sondern nur beenden“ (ebd.: 46).

nachlässigen[266] und weitere soziologische Ansätze ins Spiel zu bringen, die einen stärkeren Praxisbezug ermöglichen.

Um Zusammenhänge zwischen der Wahrnehmung und den daraus resultierenden Konsequenzen für das eigene Denken und Handeln aufzuzeigen, bietet es sich zunächst an, im Umfeld der Wissenssoziologie (u.a. Schütz 1991; Schütz/Luckmann 1994, 1994a) zu suchen. Innerhalb dieser Forschungsrichtung wird davon ausgegangen, dass sich über Erfahrungen Wissensstrukturen ausbilden, die als Grundlage der Situationswahrnehmung und späterer Problemlösungsansätze fungieren (Schütz/Luckmann 1994: 133)[267]. Die Einordnung neuen Wissens ist dabei nicht unabhängig von bereits vorhandenen Wissensstrukturen.

> „Jede Erfahrung wird in den subjektiven Strukturen des Sinns gemäß ihrer Typik und Relevanz sedimentiert. Jede Sedimentierung trägt in kleinerem oder größerem Maße zum subjektiven Wissensvorrat bei, unabhängig davon wie klein der Vorrat zu einem gegebenen Zeitpunkt sein mag“ (Luckmann 2002: 79).

Neben allgemeinen Wissenselementen, d.h. solchen die jedem zur Verfügung stehen (Alltagswissen), existiert Spezialwissen, dass aufgrund natürlicher und besonders funktionaler Differenzierung- en innerhalb der Sozialstruktur nur einem bestimmten Kreis von Menschen zur Verfügung steht (ebd.: 83ff.).

> „Die soziologische bedeutsamste Ebene der gesellschaftlichen Wissensverteilung ist (…) die Sozialstruktur: Über sie wird Allgemeinwissen von Spezialwissen getrennt, wird der Zugang zu Prozessen der Wissensaneignung geregelt und systematisch auf typische Gesellschaftsmitglieder beschränkt“ (Schnettler 2007: 167).

Im Hinblick auf den Kommunikationsprozess zwischen den Parteien und der Bevölkerung und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es sich bei Parteien um einen Teil des politischen (Funktions-) Systems handelt, lässt sich daraus Folgendes konstatieren: Mit dem Eintritt in eine Partei wird den Mitgliedern ein Bereich eröffnet, in dem sie sich Spezialwissen in Form von politischen Abläufen, politischen Problemlösungsmöglichkeiten sowie theoretischem Wissen zu Programmatik und Ideo-

266 Im Ergebnis wäre zu konstatieren, dass Sprache verwendet wird (auch Spezialsprachen) und Verstehen zu Stande kommen muss, da ansonsten gar keine Kommunikation stattfinden würde. Dies ist für den angestrebten Praxisbezug wenig aussagekräftig.

267 Zum Verhältnis von Erleben und Sinn vgl. Schütz (1991: 62ff.).

logie der Partei aneignen. Je mehr Erfahrungen gemacht werden, desto mehr Wissen wird angehäuft. Die Wahrnehmung von (gesellschaftlichen) Informationen durch die Parteimitglieder basiere dann auf diesem speziellen Wissen und legt gleichzeitig die möglichen Handlungsrichtungen fest.[268] Problematisch hieran sei, dass die Differenzen im Wissensvorrat, d.h. die Verteilung von Spezialwissen, zwischen den Parteimitgliedern und der restlichen Bevölkerung derart groß seien, dass Verstehen – verstanden als fehlerfreie Decodierung einer Botschaft – durch die Parteimitglieder nicht erbracht werden kann (vgl. Kapitel 2.6.2.3). Dabei sollen auch die sozialstrukturellen Nivellierungstendenzen innerhalb der Parteienmitgliedschaft eine Rolle spielen, die sozusagen noch vor dem mitgliedbasierten Spezialwissen zur Ausbildung spezieller Wissensvorräte innerhalb der Gesellschaft führen (z.B. durch unterschiedliche Berufe) und die Informationen, wenn überhaupt, nur aus bestimmten Bevölkerungsgruppen adäquat widerspiegelen. Im Grunde handelt es sich hier also um zwei mögliche Bereiche, die als Ursache für wahrnehmungsverzerrte Informationsaufnahme in Frage kommen: parteienbasiertes und gesellschaftliches Spezialwissen. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass beide kumulieren. Jedoch zeigt die vorliegende Befundlage, dass beide Wissensformen an unterschiedlichen Stellen bei der Decodierung wirken.

2.7.2.1 Missverstehen als generelles Problem

Zunächst sei auch hier ein generelles Problem zu konstatieren. Aufgrund fehlender lebensweltlicher Erfahrungen sowie ideologischer Verzerrungen (vgl. Kapitel 2.5.1) sei die Decodierung von Informationen aus der Gesellschaft nicht angemessen realisierbar. Anders ausgedrückt: Aufgrund der Differenz der Wissensvorräte zwischen den Parteimitgliedern (politisches Spezialwissen) und der Gesellschaft (kein politisches Spezialwissen) und den daraus resultierenden unterschiedlichen Wahrnehmungen seien die Parteimitglieder gar nicht in der Lage ein realistisches Problembewusstsein auszubilden. Dies ließe sich grundsätzlich für alle Parteimitglieder aufzeigen (vgl. Wiesendahl 1998: 128). Auch hier muss der Befund als pauschal zurückge-

268 Auf den Umstand, dass es sich bei der Problemwahrnehmung durch die Politik nicht um objektive Prozesse handelt, weist in Anlehnung an den (Sozial-) Kostruktivismus bereits Nedelmann (1986) hin (vgl. auch Ratzka 2008).

wiesen werden. Grund dafür ist der Umstand, dass nicht allen Parteimitgliedern das gleiche Maß an (Spezial-) Wissen, oder genauer die gleiche Differenz zwischen Alltags- und Spezialwissen, unterstellt werden kann.[269] Grundlegend gilt, dass Wissen „subjektiv erworben werden" (Schnettler 2007: 167) muss,[270] d.h. von Bedeutung ist hier das Aktivitätsniveau. Dabei ist zu unterstellen, dass das Aktivitätsniveau innerhalb der Parteien positiv mit der Hierarchiestufung korreliert. Je niedriger der Rang, desto weniger tatsächliche Partizipation ist zu erwarten, bis hin zur völligen Passivität bei einer Vielzahl der Basismitglieder (vgl. *Tabelle 2.6*). Diejenigen Mitglieder in den unteren Hierarchiestufen, die sich engagieren, können aufgrund der begrenzten Partizipationsmöglichkeiten gegenüber ranghohen Mitgliedern zudem weniger Erfahrungen machen, da ihnen nicht die gleichen Möglichkeiten zur Verfügung stehen (vgl. Alemann 2000: 125ff.). Ihr Spezialwissen ist demzufolge begrenzt.

> „Grundsätzlich haben alle Parteimitglieder die selben Rechte. Durch Entsendung in höhere Parteigremien entstehen für die Gewählten allerdings Sonderrechte, da Vorstandsitzungen und Delegiertenversammlungen in der Regel nicht frei zugänglich sind" (Zehetmeier 1970a: 110).

Unter Berücksichtigung der Stellung der Basismitglieder an der Grenze zur Gesellschaft (vgl. *Abbildung 1.7* und *1.13*) kann zudem unterstellt werden, dass es hier trotz dauerhafter Partizipation im politischen System zu einer Vielzahl fortlaufender gesellschaftlicher, d.h alltagsweltlicher, Erfahrungen kommt, die sich in Form von Wissen sedimentieren. *Die Decodierungsleistung sollte dementsprechend nur wenige Verzerrungen aufweisen und eher vermittelnden Charakter besitzen*, „da die Resonanzfähigkeit von Deutungsmustern um so größer [ist], je mehr sie mit den Alltagswahrnehmngen der Menschen übereinstimm[t]" (Kern 2008: 182).[271] Anders verhält es sich bei der Wahrnehmung gesellschaftlicher Interessen durch ranghohe Parteimitglieder. Grund dafür ist, dass die starke Eingebundenheit in die Partei (und politischen Ebene), d.h. das hohe Aktivitätsniveau, zu weit mehr speziellen Erfahrungen führt, die sich in Form von Wissen niederschlagen. Je höher das Aktivitätsniveau, d.h. auch je mehr die Parteienmitgliedschaft das private und berufliche Leben

269 Vgl. auch Hitzler (1994: 32); Wiesendahl (2004a: 23).

270 Dabei ist es unerheblich ob das Wissen durch eigene Erfahrungen oder „über den Umweg der »sozialen Ableitung«, aus jenem Sinnreservoire, das dem Subjekt als etwas historisch Vorgegebenes und sozial Auferlegtes (…) entgegentritt" (Schnettler 2007: 167).

271 In diesem Zusammenhang sind die Ausführungen von Wiesendahl (1998: 128ff.), dass es den Parteimitgliedern gar nicht gelingt die Realität außerhalb der Parteien unverzerrt wahrzunehmen, zu relativieren.

prägt (vgl. auch Berufspolitiker), desto mehr verwischen die Grenzen zwischen Alltags- und Spezialwissen (vgl. Vester/von Oertzen/Geiling/u.a. 2001: 103f.).[272] *Je dominanter das Spezialwissen ist, d.h. je mehr sich dieses Wissen in Form von (routinisiertem) Rezept- und Gebrauchswissen (vgl. Schütz/Luckmann 1994: 139ff.) auch auf lebensweltliche, also auf nicht politische Bereiche erstreckt, desto mehr Verzerrungen sollten sich bei der Decodierung von Informationen aus der Gesellschaft zeigen*.[273] Um diesen Befund zu untermauern können sozialpsychologische Experimente und deren Ergebnisse ins Feld geführt werden. Unter dem Etikett „The Power Paradox" (Keltner 2007) bzw. „Paradoxes of Power" (Keltner/Gruenfeld/Galinsky/Kraus 2010) gebündelt, konnten die Autoren herausarbeiten, dass Personen, die über Macht verfügen, zunehmend Defizite in Bezug auf Einfühlungsvermögen und soziales Verhalten aufweisen:

> „My own research has found that people with power tend to behave like patients who have damaged their brain´s orbitofrontal (…), a condition that seems to cause overly impulsive an insensitive behavior. Thus the experience of power might be thought of as having someone open up your skull and take out that part of your brain so critical to empathy an socially-appropriate behavior" (Keltner 2007: 7).

Nicht nur, dass zentrale Verhaltensweisen, die zum Aufstieg in einen höheren Rang ausschlaggebend sind (z.B. das Einsetzen für Gruppeninteressen), abgelegt werden, der Verlust führt auch dazu, dass Entscheidungen zunehmend sachlich, teilweise oberflächlich getroffen werden (ebd.: 6)[274].

> „In this review, we focus on one such consequence: that power prioritizes the interests of those with power in social interaction, and that power can lead to the objectification of others" (Keltner/Gruenfeld/ Galinsky/Kraus 2010: 178).

272 Nach Luhmann (2010: 406) kommt hier den Medien eine entscheidende Rolle zu: „Da die Erlebnisbereiche der Politiker und der Publikumsrollen je begrenzt sind und weit auseinander liegen, werden besondere Systeme benötigt, die zwischen ihnen vermitteln. Diese Aufgabe fällt in der Hauptsache den sogenannten »Massenmedien« Presse, Tonfunk und Fernsehen zu".

273 Inwieweit dieser Zusammenhang auch auf die „Piratenpartei" anzuwenden ist, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Zu konstatieren ist aber, dass diese (sehr) neue Partei andere Kommunikationsstrukturen besitzt als die anderen. Besonders die internetbasierten Kommunikationsmöglichkeiten, die im Grunde Informationsaustausch in Echtzeit mit der Möglichkeit sofortiger Bearbeitung (Piratenwiki) ermöglichen, zeigen ein hohes Maß an Unvermitteltheit (Bieber/Lewitzki 2013).

274 Auf den Zusammenhang zwischen Macht und dem Fehlen sozialer Kompetenzen wurde bereits in den 1970er Jahren durch Zimbardo (2001) im Rahmen des „Standford Prison Experiments" hingewiesen.

Zusammengenommen können die Autoren drei spezifische Verhaltensweisen identifizieren, die von Menschen in Machtpostionen gezeigt werden, ohne dass die Ursachen für die Verhaltensänderung bekannt sind:

- Fokus liegt auf der Befriedigung der eigenen Bedürfnisse, nicht auf den Gruppeninteressen,
- Bedürfnisse der Untergeben spielen kaum bis keine Rolle,
- Befolgung von Regeln, deren Einhaltung durch die Machthaber angewiesen wird, wird von diesen selbst ausgesetzt.

Besonders der letzte Punkt beinhaltet dabei nicht nur beispielsweise organisationsbezogene Regeln, sondern erstreckt sich auch auf Regeln des alltäglichen Lebens. Ein sowohl simples als auch erhellendes Experiment zur Untermauerung dieser Annahme wurde von der US-amerikanischen Sozialpsychologin Deborah H. Gruenwald vorgelegt. In dem Test, der unter dem Begriff „Kekstest“ (Nöllke 2007: 69, vgl. auch Keltner 2007: 6f.) in die Literatur eingegangen ist, wurden Gruppen aus Studenten gebildet, die über streitbare Themen diskutieren sollten. Jeweils ein Gruppenmitglied war per Los dazu bestimmt, die Argumente der anderen zu beurteilen. In der Abschlusssitzung wurde den drei Gesprächsteilnehmern ein Teller mit fünf Keksen gereicht. Über alle Gruppen hinweg konnte beobachtet werden, dass diejenigen, die zuvor per Los zur Stellungsnahme bemächtigt wurden, also »ein kleines bisschen Macht« zugesprochen bekamen, häufiger zugriffen, krümelten, mit offenem Mund kauten und sich auch nicht genierten, den letzten Keks zu verspeisen. Was kann daraus geschlussfolgert werden? Augenscheinlich kann das tatsächliche Verhalten von Führungspersonen deutlich von allgemeinen sozialen Norm abweichen. Da diese Personenkreise aufgrund ihrer Macht kaum Sanktionen zu erwarten haben, werden hier Erfahrungen in Wissen sedimentiert, die konträr zu gesellschaftlichen Vorstellungen sein können.[275]

Obgleich hieraus abzuleiten ist, dass für eine unverzerrte Kommunikation die einfachen Parteimitglieder unverzichtbar sind, versuchen die Parteien heute in

275 In diesem Zusammenhang kann auch die Frage nach einer „eigenständige“ politischen Klasse resp. Elite gestellt werden, die jenseits jedweder gesellschaftlichen Realität existiert. Zur politischen Klasse allgemein vgl. Rebenstorf 1995. Zur damit in Verbindung stehenden Eliteforschung vgl. allgemein Grabow (2006); Hitzler/ Hornbostel/Mohr (2004); Hoffmann-Lange (1990, 1992, 2006); Kaina (2006). Zur politischen Elite vgl. Gabriel (2006); Hartmann (2002); Wiesendahl (2006a).

der Mehrheit ihre Informationen aus anderen Quellen, sprich den Medien oder professionellen Umfrageinstituten, zu beziehen (vgl. Kapitel 2.6.2). *Dadurch verschärft sich der Zusammenhang, es kommt zur doppelten Verzerrung.* Denn nicht nur, dass beide vermittelnde Informationsquellen nach eigenen Logiken funktionieren und Informationen generieren, sie leiten diese verfälschen Informationen auch gerade an die Parteimitglieder weiter, die aufgrund verfälschten Alltagswissens die Informationen nochmals verzerren. In diesem Sinne liegt hier in der Tat ein hohes Potential für Missverstehen vor. Gleichzeitig ist unter Berücksichtigung der Ausweitung externer Informationsbeschaffungsquellen zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten davon auszugehen, dass die Missverständnisse zwischen den Parteien und der Gesellschaft zugenommen haben. *Da sich dieser Umstand für alle Parteien gleichermaßen aufzeigen lässt, muss von einem generellen Kommunikationsdefizit ausgegangen werden*.

2.7.2.2 Repräsentation und Missverstehen

Um die Frage nach der Reichweite der vorgestellten Zusammenhänge beantworten zu können, muss der zweite Problemkomplex in den Fokus genommen werden. Wie bereits bei der Erreichbarkeit der Adressaten handelt es sich auch hier um mögliche Defizite, die sich aus der nivellierten Sozialstruktur der Parteienmitgliedschaft ergeben. Im Umkehrschluss zur Erreichbarkeitsproblematik ist von folgendem Zusammenhang auszugehen: Parteimitglieder mit bestimmten sozialstrukturellen Merkmalen werden aufgrund ähnlicher Erfahrungen eher in der Lage sein, Botschaften (d.h. Interessen) solcher Bevölkerungsgruppen verzerrungsfrei zu decodieren, die über eine ähnliche sozialstrukturelle Charakteristik verfügen. Das heißt, es geht hier um Wissen und dessen Auswirkungen auf die Situationsdefinition und Problemlösungsstrategien, das (weitestgehend) unabhängig von der Parteienmitgliedschaft erworben wurde und wird. Von besonderer Bedeutung ist hierbei das durch funktionale Differenzierung erworbene Spezialwissen. Problemlagen bestimmter Bevölkerungsgruppen werden dann adäquat wahrgenommen, wenn durch eigene Erfahrungen die Problematik als solche überhaupt erkannt wird. Wie die vorausgegangene Analyse zeigt, sind in den Parteien alle relevanten Bevölkerungsgruppen vertreten. Missverständnisse sollten sich dementsprechend eher selten zeigen. Aber anders als bei der Er-

reichbarkeit spielen hier die prozentualen Verteilungen, d.h. das sozialstrukturelle Proportionalitätsverhältnis zwischen den Parteimitgliedern und der Gesellschaft eine Rolle. Denn selbst wenn die Informationen aus der Bevölkerung durch die einfachen Mitglieder adäquat wahrgenommen werden, heißt das aufgrund innerparteilicher Gruppengrößenverhältnisse – „innerparteilicher Gruppen-porpor[z]“ (Niedermayer/ Schmidt 1983: 307) – nicht, dass das Problem auch durch die Partei entsprechende Relevanz erfährt[276]. *So gesehen besteht hier das Problem Missverständnisse zu produzieren in zweiter Instanz*. Da die meisten Parteimitglieder, den mittleren und älteren Jahrgängen zugeschrieben werden können, überwiegend als öffentlich Bedienstete, Selbstständige oder Akademiker/Freiberufler in Vollzeit arbeiten oder bereits Rentner sind sowie über einen Hochschulabschluss verfügen, ist davon auszugehen, dass parteiinterne Problemrelevanzen durch diese Gruppe gefiltert werden.[277] Ein Indiz für diese Überlegungen sind die Angleichungen der programmatischen Ausrichtung über alle Parteien hinweg, die besonders deutlich in den Wahlprogrammen zum Ausdruck kommen (CDU/CSU 2009; Die Grünen 2009, DIE LINKE 2009; FDP 2009, SPD 2009). Gleichzeitig können die Abweichungen in der Programmatik bei den Grünen und der Linkspartei über diesen Zusammenhang erklärt werden. In Abgrenzung zur bisherigen Begründung, die nach wie vor ihre Berechtigung hat, kann auch umgekehrt argumentiert werden: Weil die beiden Parteien auch solche Bevölkerungsgruppen stark in ihren Reihen vertreten sehen, die von den übrigen Parteien lediglich marginal rekrutiert werden, können sich neben der allgemeinen programmatischen Angleichung auch Programmpunkte herauskristallisieren, die sich aufgrund der größeren Präsenz dieser Gruppen in den Parteien als wahrgenommene Probleme durchsetzen können. *Zusammengenommen muss an dieser Stelle eindeutig herausgestellt werden, dass sich sozialstrukturelle Disproportionalitäten zwischen den Parteimitgliedern und der Gesellschaft negativ auf die Kommunikationsbeziehung auswirken, und zwar weil dadurch die Wahrscheinlichkeit für Missverständnisse in Form verzerrter (thematischer) Relevanzstrukturen innerhalb der Partei (zweite Instanz) deutlich steigt*.

276 Für die „Fraktionierung“ innerhalb der deutschen Parteien sei exemplarisch auf die Arbeit von Dümig/ Trefs/Zohlnhöfer (2006) verwiesen, welche die einzelnen Untergruppen innerhalb der CDU herausarbeiten. Für Die Grünen vgl. Richter (2006).

277 Zusätzlich muss berücksichtigt werden, dass es auch horizontale Machtgefälle gibt. So werden die wichtigen Entscheidungen meist von einer kleinen Gruppe von Führern gefällt (Zeuner 1969: 98).

2.7.3 Rückschlüsse auf die Mediationsfunktion

Aus diesen Ergebnissen lassen sich Rückschlüsse ziehen, welche die Funktionsweise der Parteien in ihrer Gesamtheit betreffen, d.h. hier wird die Frage relevant, ob das Parteiensystem (vgl. Kapitel 1.4.1) eine Rolle bei der Mediation spielt. Die Analyse macht deutlich, dass kommunikative Erreichbarkeit aller relevanten Bevölkerungsgruppen nur von mehreren Parteien geleistet werden kann, denn manche Gruppen sind von verschiedenen Parteien in ähnlicher Weise besser oder schlechter erreichbar, andere hingegen nur von speziellen Parteien. Obwohl hier ein kooperatives Moment sichtbar wird, handelt es sich *nicht um ein emergentes Zusammenspiel*, da die Kommunikationen immer nur mit konkreten Parteien umgesetzt werden. Anders verhält es sich allerdings wenn das Ziel der interessenbasierten Mediation in den Fokus rückt. Die Regulierung gesellschaftlicher Konflikte kann dann erreicht werden, wenn alle Kommunikationen zwischen den verschiedenen Parteien und der Gesellschaft berücksichtigt werden. Daraus ergibt sich, dass hier ein übergeordneter Zusammenhang zum Tragen kommt, der als Interaktionszusammenhang mit dem Parteiensystem gleichzusetzen ist. *Für die interessenbasierte Mediation ergibt sich demnach, dass die Umsetzung der Funktion allen einzelnen Parteien zusammen obliegt, die damit verbundene Konfliktregulierung aber dem Parteiensystem vorbehalten ist.*

3. Der Bürger im Kommunikationsprozess

Nachdem im ersten Kapitel gezeigt werden konnte, dass es sich bei der Vermittlungsfunktion der Parteien um ein (kommunikatives) Lösungsverfahren zur Regulierung gesellschaftlicher Konflikte handelt, das sich im Gegensatz zu anderen Mediationen durch die aktive Beteiligung des Mediators auszeichnet, konnten unter Berücksichtigung des Analysefokus öffentliche Kommunikationen, das heißt solche, die zwischen den Parteien und der Gesellschaft stattzufinden pflegen, als Ausgangspunkt des Prozesses und in Folge dessen als Untersuchungsgegenstand identifiziert werden. Der Annahme folgend, dass die Mediationsfunktion heute Erfüllungsdefizite aufweist, musste zudem geklärt werden, wo im Kommunikationsprozess Störungen auftreten können, die einer Überprüfung zugänglich gemacht werden können. Unter Berücksichtigung des Forschungsstandes, der eine Verbindung mit den Mitgliederverlusten der Parteien konstatiert, wurde geschlussfolgert, dass es einen Zusammenhang zwischen der Partizipationsbereitschaft der Bevölkerung und der Funktionserfüllung geben muss. Einem differenzierten Blick auf die Gesellschaft folgend, wurde die Teilnahmebereitschaft in zwei Bereiche aufgespalten: die Partizipation in Form der Parteienmitgliedschaft (Partizipation II) und die Partizipation in Form des (Staats-) Bürgers (Partizipation I), die in ihrer Gesamtheit die Gesellschaft widerspiegelt. Die Vermutung ist nun, dass zumindest in einem der beiden Bereiche Probleme bei der Partizipationsbereitschaft zu konstatieren sind, was die Kommunikation und damit die Mediationsfunktion beeinträchtigt.

Um diese Annahme zu überprüfen wurde im zweiten Kapitel zunächst die Partizipation in Form der Parteimitgliedschaft (Partizipation II) untersucht. Neben theoretischen Ausführungen wurde auch empirisches Material in die Untersuchung einbezogen. Aufgrund der Tatsache, dass ein mögliches Funktionserfüllungsdefizit innerhalb der Forschung in der Regel an einem (idealen) Zustand in den 1980er Jahren gemessen wird, da hier die Mitgliederzahlen der Parteien ihren Zenit erreichten, bietet sich eine vergleichende Darstellung zur heutigen Situation an. Diese Komparation bezieht sich insbesondere auf die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Parteienmitglieder, da hier von interparteilichen Angleichungen ausgegangen wird, was zu der Frage führt, ob die Parteien heute immer weniger Sozialmilieus erreichen. Mit dieser Differenzierung in zwei Untersuchungszeitpunkte ist eine Unter-

scheidung der Ursachen für den Mitgliederrückgang verbunden da aufgrund des zeitlichen Verlaufs von zwei Annahmen auszugehen ist: (1) Aufgrund der zeitlichen Differenz von rund dreißig Jahren ist es wahrscheinlich, dass die Ursachen für den Mitgliederrückgang resp. das Ausbleiben von Neueintritten zu beiden Untersuchungszeitpunkten nicht identisch sind. Wie bereits an anderer Stelle (Morgenstern 2008) gezeigt werden konnte, können soziale Prozesse zu verschiedenen Zeitpunkten auf unterschiedlichen sozialen Ebenen unterschiedlich wirken. Gleichzeitig ist hinlänglich bekannt, dass Modernisierungsprozesse zu paradoxen Ergebnissen führen können (Van der Loo/van Reijen 1992, Degele/Dries 2005). Zudem ist (2) davon auszugehen, dass die zugrundeliegenden sozialen Prozesse zu Ergebnissen führen, die wiederum selbst Ursachencharakter haben. Nach Analyse des vorliegenden Materials lassen sich folgende Zwischenergebnisse angeben:

1. Als Ursache für die rückläufigen Mitgliederzahlen in den 1980er Jahren können Milieuerosion und Individualisierung identifiziert werden. Diese Prozesse haben die Parteienumwelt stark verändert. Die traditionalen Milieus, entlang derer sich die deutsche Parteienlandschaft ausgebildet hat und aus denen die Parteien ihre Mitgliedschaft rekrutierten, lassen sich zwar zumindest noch rudimentär identifizieren, haben aber ihren bewusstseinsbildenden Charakter verloren. Damit geht die Diversifikation von Lebenslagen einher, die eine parteienspezifische Präferenz des Einzelnen zusätzlich erschwert.
2. Es kann aufgezeigt werden, dass die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Parteienmitgliedschaft starken Nivellierungstendenzen ausgesetzt ist, die bereits in den 1980er Jahren einsetzen. Heute zeigt sich repräsentationstheoretisch gesehen ein Überhang männlicher Personen der mittleren und älteren Jahrgänge, die überwiegend als öffentlich Bedienstete, Selbstständige oder Akademiker/Freiberufler in Vollzeit arbeiten oder bereits Rentner sind sowie über einen Hochschulabschluss verfügen. Alle anderen sozialstrukturellen Merkmale sind unterrepräsentiert. Allerdings lässt sich auch aufzeigen, dass zu beiden Untersuchungszeitpunkten keine proportionalen sozialstrukturellen Verhältnisse vorherrschten.
3. Obwohl diese Nivellierungstendenzen über alle Parteien hinweg zu konstatieren sind, zeigen sich bei den neuen Parteien Die Grünen und DIE

LINKE Ausnahmeerscheinungen. Beiden Parteien gelingt es auch solche Bevölkerungsgruppen in erwähnenswertem Umfang zu integrieren, welche die älteren Parteien kaum involvieren. Dabei handelt es sich auch um Gruppen, die sich erst zwischen den beiden Untersuchungszeitpunkten nennenswert herausgebildet haben, beispielsweise Teilzeiterwerbstätige. Es wird deutlich, dass dieser Umstand insbesondere programmatischen und innerorganisatorischen Besonderheiten geschuldet ist.

Zusammengefasst sind es zwei Problemlagen, die von Seiten der Parteien Auswirkungen auf den Kommunikationsprozess zwischen den Parteien und der Gesellschaft haben: Ein Errreichbarkeitsproblem, das heute seinen Ausschlag in Form eines *Generationendefizites* zeigt, und ein Verständnisproblem, das sich auf die Art und Weise bezieht, wie die Parteien *Umweltkomplexität* (pluarlisierte Interessenlagen) *verarbeiten resp. reduzieren. Da beide Problemlagen mit einer Differenz zwischen innerparteilicher und gesellschaftlicher Realität in Verbindung zu bringen sind, kann eine mögliche Problemreduktion auch nur an der Verringerung dieser Abweichung ansetzen.* Was können die Parteien also tun, um sich den veränderten Umweltbedingungen anzupassen?

Diese Frage bildet die Grundlage für den ersten Teil des vorliegenden Kapitels. Zu diesem Zweck werden zunächst die neueren Ursachen (zweiter Untersuchungszeitpunkt) des Mitgliederrückgangs in den Fokus gerückt, da sich über diese die veränderten Umweltbedingungen beschreiben lassen (3.1). Ausgangspunkt ist dabei die Ansicht, dass sich seit den 1980er Jahren zwischen den Parteien *programmatische und sozialstrukturelle Angleichungsprozesse vollzogen haben, sodass nur noch graduelle Unterschiede zwischen den Parteien bestehen* (vgl. auch Luhmann 1992a: 6f.), die im Widerspruch zu den gesellschaftlichen Verhältnissen stehen, denn mit den Nivellierungsdendenzen ist – besonders im Sinne der Willensbildungsfunktion – auch eine Interessennivellierung verbunden, deren realer Anschluss stark an die Auseinandersetzung rund um die „nivelliert[e] Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky 1979: 328) in den 1950er bis 1970er Jahren erinnert. Im systemtheoertischen Verständnis wird hier von der „Verselbständigung des politischen Systems“ (Reese-Schäfer 2002: 115) gesprochen. Das bedeutet im Hinblick auf die Parteien:

> „Auf der dritten Stufe, im Schema der Differenzierung der Subsysteme politische Parteien, ist das Politische derart dominant, daß es schwerfällt, hierfür beim Publikum noch Verständnis zu finden; geschweige denn: Politikprogramme zur Wahl zu stellen, deren Auswirkungen auf die innergesellschaftliche und außergesellschaftliche Umwelt sich nennenswert unterscheiden" (Luhmann 2000: 117f.).

Da den Parteien durch die Komplexitätssteigerung der gesellschaftlichen Strukturen ein interner Anpassungsdruck unterstellt werden muss (Hellmann 2005: 36ff.), rücken hier neben, den modernisierungsbedingten, auch organisationsbedigte Faktoren in den Vordergrund. Wie in Kapitel 2.5.1 hervorgehoben wurde, führt die Überalterung in den Parteien zu Wahrnehmungsverzerrungen, da die eigenen biographischen Erfahrungen der (führenden) Parteienmitglieder als Maßstab angesetzt werden. Diese Denkmuster sind aufgrund der strengen Hierarchie nur schwer zu durchbrechen, was dazu geführt haben könnte, dass die Vorstellungen über die gesellschaftliche Realität innerhalb der Parteien mit den einsetzenden Pluralisierungstendenzen, hervorgerufen durch Milieuerosion und Individualisierung, nicht in Übereinstimmung zu bringen ist.

> „Denn das Manko jeder Spielart von Organisation ist und bleibt die Konservierung einer spezifischen Asymmetrie bzw. eines speziellen Vorurteils im Verhältnis zur Umwelt. Diese Asymmetrie wird jedoch im Laufe der Organisationsgeschichte nicht »richtiger« und instruktiver, sondern büßt in aller Regel an Prägnanz und Relevanz ein" (Frey/Wiesendahl 2004: 921f.).

Da die Differenz zwischen den parteiinternen Wirklichkeitskonstruktionen und dem durchschnittlichen Wirklichkeitsverständnis, insbesondere der jüngeren Generation, sehr groß sein dürfte, zeigt sich hier eine mögliche Erklärung für die Rekrutierungsschwäche und das damit verbundene Generationendefizit.

Im Bereich der Verarbeitung von Umweltkomplexität und der damit in Verbindung stehenden Interessenvermittlung haben sich in den letzten Jahren eine Reihe semi-politischer Institutionen herausgebildet, die für sich beanspruchen angemessener auf die realen gesellschaftlichen Problemlagen zu reagieren. Unter dem Stichwort »Neue soziale Bewegungen« (Kern 2008) haben es die Parteien mit vielfältigen *Konkurrenzgruppen* und *-organisationen* zu tun, die sich negativ auf die Rekrutierungsleistung der Parteien auswirken. Wie aus *Abbildung 1.7* hervorgeht, sind Protestbewegungen grundsätzlich ein Gegenspieler der Parteien. Mit dem zunehmenden Sichverselbstständigen des politischen Systems bei gleichzeitiger Zunahme

der Umweltkomplexität treten solche Bewegungen als „Möglichkeit, auch Themenausschlüsse noch zu thematisieren“ (Luhmann 2000: 315), die von den etablierten Organisationen nicht mehr bearbeitet werden können, in den Vordergrund. Unterstellt man, dass die Konkurrenzorganisation deshalb verstärkt von der Bevölkerung zur Artikulation von Interessen genutzt werden, weil sich bei der interessenbasierten Mediation durch die Parteien Defizite zeigen, dann haben die Parteien diesen Umstand im Grunde selbst verursacht. Insofern handelt es sich hier um eine Situation, in der das Hervortreten semi-politischer Organisationen einerseits Folge defizitärer interessenbasierter Mediation und gleichzeitig Ursache für das Ausbleiben von Parteieintritten ist, was wiederum die Mediationsfunktion beeinträchtigt.

Im Anschluss daran wird der bislang vernachlässigten Frage nachgegangen, wie sich die benannten Faktoren auf die Bereitschaft (Partizipation I) der (Staats-) Bürger auswirken, sich an der Kommunikation mit den Parteien zu beteiligen (3.2). In der Regel wird sowohl diese Form der Partizipation als auch die Parteienmitgliedschaft (Partizipation II) unter »(konventioneller) politischer Partizipation« subsumiert (Klingemann 1985: 9), was in der Konsequenz wichtige Einzeleffekte verschleiert. So ist die Parteienmitgliedschaft in Form formaler Organisationszugehörigkeit eine permanente Beteiligung, wohingegen die Partizipation resultierend aus der (Staats-) Bürgerrolle eher als temporär einzustufen ist. Auch ohne hier modernisierungsbedingte Veränderungen anzuführen, ist bereits mit Verweis auf die Werterwartungstheorie (grundlegend Savage 1954) instruktiv, dass die Zeitkomponente der beiden Partizipationsformen unterschiedliche Auswirkungen auf die tatsächliche Beteiligung haben wird. Es wird sich zeigen, dass es auch hier Anpassungsprozesse sind, die eine entscheidende Rolle bei der Generierung *anschlussfähiger Kommunikationen* spielen.

3.1 Neuere Ursachen des Mitgliederrückgangs

Im Gegensatz zu den traditionellen Ursachen für den Mitgliederrückgang in den deutschen Parteien müssen die Befunde zu den neueren Ursachen als wenig gesichert eingestuft werden. Grund dafür ist der Umstand, dass die einzelnen Prozesse in unterschiedliche Richtungen wirken und damit widersprüchliche Ergebnisse produzieren (vgl. grundsätzlich van der Loo/van Reijen 1992). So zeigt Wiesendahl (2006:

80ff.) auf, dass die, durch den Ausbau der Bildungsinstitutionen vorangetriebene, kognitive Mobilisierung der Bevölkerung zu einer Erhöhung des politischen Interesses führe. Gleichzeitig führe der Gesellschaftswandel aber auch zu politischer Demobilisierung. Beide Prozesse hätten nach empirischer Sachlage deshalb nur begrenzte oder keine generelle Aussagekraft, ließen sich aber teilweise auf ausgewählte historische Zeitabschnitte anwenden. Ähnliches ließe sich für den Wertewandel, das Freizeitverhalten und die Mediennutzung konstatieren, die „Erklärungslogik [sei] zu diffus“ (ebd.: 99).

Aufgrund der spezifischen Fragestellung bleibt Wiesendahl eine wichtige Konsequenz seiner Ausführungen verborgen. Obwohl er selbst die historische Eingebundenheit der Modernisierungsprozesse beschreibt, zieht er *nicht* den Schluss, die einzelnen Entwicklungen zu verschiedenen Zeitpunkten zu untersuchen. Die Folgerung, dass eine spezifische Ursachenkonstellation den Mitgliederrückgang in den 1980er Jahren erklärt, die auf heutige Verhältnisse nicht angewendet werden kann, beinhaltet *keine* Angaben zu den heutigen Bedingungen. Auch die Frage, ob sich Veränderungen im Ursachengefüge zeigen, bleibt ausgeblendet. Dabei übersieht Wiesendahl gleichzeitig den dynamischen Charakter der Entwicklung und Interdependenzen zwischen den einzelnen Prozessen. Beispielsweise ist zu vermuten, dass die Mitgliederzusammensetzung der deutschen Parteien, die als Folge von Milieuerosion und fehlender Lagerbindung verstärkt Nivellierungstendenzen aufweist, heute selbst eine Ursache für das Ausbleiben von Neueintritten sein kann.

Darüber hinaus handelt es sich bei Individualisierung um einen Prozess, der im Verständnis verschiedener Autoren nicht nur das Verhalten der neuen Generation (»Generation Y«) dominiert (vgl. Parment 2009: 15ff.), sondern gleichsam pathologische Auswirkungen (vgl. Ehrenberg 2010; Honneth 2010) haben kann. Einfach zu sagen, dass Individualisierung „die nachlassende Prägekraft sozial strukturell verwurzelter Cleavages und damit generell die Erosion von sozialstrukturell homogenen Vergemeinschaftungsprozessen“ (Wiesendahl 2006: 75) erklärt, greift vor diesem differenzierten Hintergrund zu kurz. Ein Grund für solche reduzierten Darstellungen ist der Umstand, dass in den meisten Veröffentlichungen der Parteienforschung Parteien aus lediglich einem bestimmten Konzept in den Fokus genommen werden (vgl. Kapitel 2.4.2). Auch Querverbindungen finden in der Regel keine Anwendung. Dies muss eindeutig als Nachteil ausgewiesen werden, denn, wenn die Vermutung im Raum steht, dass es gesellschaftliche Prozesse sind, welche die Re-

krutierungsschwäche der Parteien verursachen, dann sollte erst einmal ausreichend geklärt werden, um welche Prozesse es sich handelt. Da bei einer solchen Betrachtung auch immer eine historische Komponente mitschwingt, können sich methodische Probleme zeigen, die Brock (2006: 385) mit „Beliebigkeit, Unlösbarkeit und Relevanz“ überschreibt. Am Beispiel des Gesellschaftsbegriffs zeigt er mittels „einer historischen Soziologie in systematischer Absicht“ (ebd.: 390, Hervorhebung weggelassen) auf, wie diese Problemlagen überwunden werden können. Wenn mit (historischen) Vergleichen gearbeitet wird, müsse zuerst ein „optimaler Zeithoriziont“ (ebd.: 389) gefunden werden. Im vorliegenden Fall handelt es sich um einen Zeitraum vom Höchststand der Mitgliederzahlen in den 1980er Jahren bis zum heutigen (besonders 2007/2009) niedrigsten Mitgliederbestand. Von besonderer Relevanz sind dabei folgende Fragen:

1. Über welche Merkmale verfügte die Gesellschaft in den 1980er Jahren ?
2. Welche Entwicklungen lassen sich zwischen 1980 und heute aufzeigen?
3. Über welche Merkmale verfügt die heutige Gesellschaft?

In Bezug auf die erste Frage müsse berücksichtigt werden, dass retrospektive Beschreibungen immer nur aufzeigen könnten, über welche Eigenschaften eine frühere Gesellschaft im Vergleich zur aktuellen (noch) nicht verfügte. Damit rücken die Merkmale späterer Gesellschaften, also die dritte Frage, in den Fokus, denn nur von hier aus können Vergleichsdimensionen generiert werden. Von hier aus kann wiederum gefragt werden, welche Prozesse dazu führten, dass sich besondere Eigenschaften herausgebildet haben, was gleichzeitig die Analyse auf bestimmte Entwicklungen beschränkt, nämlich auf diejenigen, die zur Ausbildung eben dieser besonderen Eigenschaften führten. Insgesamt ist mit einem solchen Vorgehen eine „Umkehr der Denkrichtung“ (ebd.: 384, Hervorhebung weggelassen) verbunden, da die Untersuchung quasi rückwärts durchlaufen wird.

3.1.1 Gesellschaftliche Ursachen

In Analogie zu den traditionellen Ursachen für den Rückgang der Mitgliederzahlen resp. das Ausbleiben von Neueintritten werden auch hier (zweiter Untersuchungszeitpunkt) unter gesellschaftlichen Ursachen modernisierungsbedingte Umweltveränderungen der Parteien verstanden. Im Gegensatz zum ersten Untersuchungszeitpunkt ist die Befundlage deutlich breiter. Ausgangspunkt der Darstellung sind die traditionellen Ursachen, also Milieuerosion und Individualisierung. Beide Prozesse haben bereits vor 1980 eingesetzt[278] und führten dazu, dass Parteieintritte ausblieben. Dies lässt sich empirisch sehr gut belegen. Gleichzeitig kann aber weder geschlussfolgert werden, dass diese Prozesse auch heute noch Auswirkungen auf die Partizipationsbereitschaft der Bürger hat, sich in Parteien zu engagieren noch, dass sie keinen Einfluss haben. Dazu muss eine eigenständige Analyse, vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen, durchgeführt werden. Dabei wird sich zeigen, dass die heutige Gesellschaft über Besonderheiten verfügt, die für die 1980er Jahren (noch) nicht zu konstatieren sind, obwohl Individualisierung auch hier ein wichtiger Einflussfaktor ist, allerdings eher als Sammelbegriff für eine Vielzahl an Folgeentwicklungen, wie beispielsweise Veränderungen bei der Identitätskonstruktion oder die Präferenz bestimmter identitätskonformer Freizeitaktivitäten.

3.1.1.1 Wertewandel und Individualisierungsfolgen

Mit Milieuerosion, Individualisierung und der daraus resultierenden Abwendung von Organisationen (vgl. Klages 1988: 81ff.) wird gemeinhin ein Prozess in Verbindung gesehen, der als *Wertewandel* bezeichnet wird. Diesbezüglich können zwei Ansätze unterschieden werden, die sich hinsichtlich ihrer theoretischen Voraussetzungen und Schlussfolgerungen (Hillmann 2001) sowie der beteiligten Messverfahren unterscheiden (Klein/Arzheimer 1999, 2000; Sacchi 2000). Der erste stammt von Ronald Inglehart (1989) und beschreibt den Übergang von »materialistischen« zu »postmaterialistischen« Werten in westlichen Gesellschaften (Wertewandel). Dieses eindimensionale Konzept verknüpft die Mangelhypothese von Maslow (2005) mit der

278 Innerhalb der Forschung wird die empirische Fundierung des Individualisierungskonzeptes in Frage gestellt. Vgl. hierzu Friedrichs (1998); Jagodinski/Klein (1998); Joas (1988); Schnell/Kohler (1995).

Sozialisationshypothese und geht von folgendem Zusammenhang aus:

> „Im Zuge des starken wirtschaftlichen Wachstums und der gewaltigen Wohlstandszunahme in den westlichen Gesellschaften seit dem Ende des zweiten [sic!] Weltkrieges wuchsen nachwachsende Generationen immer mehr im Zusammenhang mit fortschreitend verbesserten Lebensbedingungen auf. Sie wurden dementsprechend zu Trägern postmaterialistischer Werteprioritäten. Die Generationenabfolge führte dann in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (…) zu einem einschneidenden und folgenreichen Wertewandel: Die älteren Generationen, die noch vorrangig von materialitischen Werteprioritäten beherrscht wurden, wichen jüngeren Generationen, die im Wohlstand aufgewachsen waren und demnach in erster Linie auf postmaterialistische Werteprioritäten ausgerichtet sind“ (Hillmann 2001: 21).

Inhaltlich unterscheiden sich die beiden Wertepaare hinsichtlich der Relevanz verschiedener persönlicher Ziele sehr deutlich (vgl. *Tabelle 2.3*) und führen im Sinne eines Wertekontinuums zu zwei reinen Ausprägungen. Gleichzeitig konstatiert Inglehart (1989: 102) Mischtypen, deren Auftreten unter der Bedingung steigender Prosperitätit lediglich Übergangsstadien sein könnten.

Tabelle 3.1: Wertetypen und Werteitems (Inglehart 1989: 101f.)

Wertetypen	(reine) Materialisten	Mischtypen	(reine) Postmaterialisten
Items	- Aufrechterhaltung der Ordnung in der Nation - Kampf gegen steigende Preise - Erhaltung hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten - Sicherung von starken Verteidigungskräften für das Land - Erhaltung einer stabilen Wirtschaft - Kampf gegen Verbrechen	- beliebige Kombinationen der Items möglich	- Verstärktes Mitspracherecht der Menschen bei wichtigen Regierungsentscheidungen - Schutz der freien Meinungsäußerung - verstärktes Mitspracherecht der Menschen an ihrem Arbeitsplatz und in ihren Gemeinden - Versuche, unsere Städte und ländlichen Gebiete zu verschönern - Fortschritte hin zu einer humaneren, weniger unpersönlichen Gesellschaft - Fortschritte hin zu einer Gesellschaft, in der Ideen mehr zählen als Geld

Innerhalb der politikwissenschaftlichen Forschung hat dieses Konzept breiten Anklang gefunden und wird regelmäßig bei Fragen, die Parteimitgliederentwicklung betreffend, zitiert (u.a. Schmitt 1987: 23ff.). So habe die Ausweitung postmaterialistischer Werte zweierlei Folgen: Erstens stehe der hierarchische Aufbau der Parteien in strengem Widerspruch zum Selbstverwirklichungspostulat der Postmaterialisten, was einen Eintritt unwahrscheinlich mache und zweitens blieben diese Personen den Parteien auch deshalb fern, weil sich die Parteien „als Hüter alter Politik postmaterialistischen Anliegen der neuen Politik als unempfänglich erwiesen" (Wiesendahl 2006: 82). Empirische Studien zeigen allerdings, dass die Wertewandeltheorie in weiten Teilen an der Realität vorbeigeht. Zudem kann van Deth (2001) aufzeigen, dass der Anteil der Postmaterialisten in Deutschland und anderen europäischen Gesellschaften rückläufig ist. Dies lässt zwei Schlussfolgerungen zu: Entweder das Modell von Inglehart hat keine Erklärungskraft im Hinblick auf das Ausbleiben von Parteieintritten oder Wertewandel hat generell nichts mit der Thematik zu tun. Beide Einschätzungen haben nach vorliegender Befundlage ihre Berechtigung. Bezieht man allerdings Schwächen des Modells[279] mit ein, ändert sich die Sachlage. Zwei Einwände sind besonders hervorzuheben: Versteht man die Theorie von Inglehart lediglich als Momentaufnahme (impliziert die Relativierung der Sozialisationshypothese), welche die Situation zu einem bestimmten Zeitpunkt abbildet, und nicht als universelle Tendenz, dann lässt sich sehr wohl eine Partizipationszunahme oder zumindest ein Mobilisierungseffekt konstatieren, denn wie bereits beschrieben, ist die Gründung der Partei Die Grünen eng mit der Ausbildung und Verbreitung postmaterialistischer Werte verbunden. Ob und inwiefern der Effekt andere Parteien betrifft, wird dabei ausgeblendet, spielt aber auch nur eine untergeordnete Rolle, da nicht von einer Universalität des Wertwandeleffekts auszugehen ist.[280] Der zweite Einwand bezieht sich auf die Vernachlässigung der Mischtypen im Wertekontinuum, was nicht zuletzt aus der Eindimensionalität der Konzeption resultiert. Obwohl unter der Bedingung diversifizierter Lebenslagen bei gleichzeitigen Überschneidungen sozialer Milieus und daraus resultierender vielfältiger Lebensstile (vgl. Hradil 2001: 425ff.) von einer breiten Masse an Mischtypen auszugehen ist, blendet Inglehart die-

279 Allgemein zur Kritik an Inglehart vgl. Hillmann (2001: 22f.); Hradil (2001: 424); Klages (1988: 25); Klein/Pötschke (2000: 204).

280 Insgesamt lag der Anteil an Postmaterialisten in Deutschland (West) in der Hochphase 1987 lediglich bei rund 27% und ist seitdem rückläufig (van Deth 2001: 26).

se weitestgehend aus seiner Analyse aus. Dies muss eindeutig als Nachteil ausgewiesen werden und leitet gleichzeitig zum zweiten Ansatz über.

Anders als der Ansatz von Inglehart geht Helmut Klages (1988) nicht von einem epochalen Wertewandel aus, sondern von einem „Wertwandelschub", der sich in den 1960er/1970ern zugetragen habe. Speziell für die Entwicklung in Deutschland identifiziert er als Ursache für diese Entwicklung »situative« und »langfristige« Effekte, deren Zusammenwirken eine Verschiebung der Wertpräferenzen bewirkte. Zu den situativen Veränderungen zählen (ebd.: 51f., Hervorhebung weggelassen):

- Steigerung des Massenwohlstandes,
- Wirkung des Sozialstaatsausbaus,
- Wirkung der Medienrevolution,
- sozialpsychologische Wirkungen der Bildungsrevolution.

Diese Faktoren wirken als „Katalysator" (ebd.: 52), welcher latente Hintergrundfaktoren (abendländischer Individualismus, Folgen der Industriellen Revolution sowie Aufwertung individueller Entscheidungsrationalität) aktiviert und eine Verschiebung (resp. Durchmischung) von traditionellen „*Pflicht- und Akzeptanzwerten*" hin zu modernen „*Selbstentfaltungswerten*" (ebd.: 56, H.i.O.) bedingt. Beide Wertegruppen sind auf unabhängigen Dimensionen angesiedelt und können als multidimensional beschrieben werden (ders./Gensicke 2006: 338). Erstere beziehen sich konkret auf Werte wie Disziplin, Gehorsam, Bescheidenheit, Fleiß oder Sicherheit. Letztere werden mit Begriffen wie (idealistische) Gesellschaftskritik, Hedonismus und Individualismus in Verbindung gesehen und zeichnen sich zentral durch die Verwirklichung eigener Lebensinteressen aus. Anders als bei Inglehart führt der Wertewandelschub nicht prinzipiell zur Marginalisierung traditioneller Werte. Zudem wird nicht von stabilen Sozialisationseffekten, sondern von Lebenszykluseffekten ausgegangen.

> „Es kann zusammenfassend festgestellt werden, daß die Pflicht- und Akzeptanzwerte während dieses Schubs [1960er/1970er] keineswegs zerstört, ausgelöscht oder in die Bedeutungslosigkeit verdrängt wurden. Vielmehr ergaben sich Einbußen, die dazu führten, daß diese Werte, die vorher überwiegend hohe Ausprägungen besessen hatten, durchschnittlich gesehen auf mittlere Ausprägungsgrade reduziert wurden. Umgekehrt wurden die Selbstentfaltungswerte, die vorher überwiegend niedrige Ausprägungen gehabt hatten, im Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung in mittlere Ausprägungslagen emporgehoben" (Klages 1988: 58, Hervorhebung weggelassen).

Neben der Verschiebung der beiden Wertepaare können Zwischenstufen unterschieden werden, die sowohl Pflicht- und Akzeptanzwerte sowie Selbstentfaltungswerte in unterschiedlicher Ausprägung in sich vereinigen. Bei (relativ) gleichstarker Integrationsleistung wird von „Wertesynthese“ (ebd.: 112) gesprochen.

> „Unter dem Begriff Wertesynthese versteht man (…) die gleichrangig hohe Orientierung auf verschiedenartige Werte, d.h. die neu hinzutretenden modernen Wertorientierungen und die bestehenden traditionellen Wertorientierungen werden integriert“ (Klein/Pötschke 2000: 204).

Insgesamt können fünf Wertetypen unterschieden werden, deren Verteilung im Zeitverlauf *Tabelle 3.2* wieder gibt.

Tabelle 3.2: Wertetypen, Verteilung innerhalb der Gesellschaft und Werteverteilung

Wertetypen	Verteilung in %				Werteverteilung		
	1970er[1]	1987/ 1988	1997	2005	Pflicht und Akzeptanz-werte	Selbstentfaltungswerte	
						Hedonistische und materielle Werte	Idealistische und Engagement-werte
(ordnungsliebende) Konventionalisten	20	24	23	23	hoch	niedrig	niedrig
(perspektivenlose) Resignierte	10	10	9	10	niedrig	niedrig	niedrig
(aktive) Realisten	15	28	27	30	hoch	hoch	hoch
(hedonistische) Materialisten)	–	18	21	17	niedrig	hoch	niedrig
(nonkonforme) Idealisten	–	20	20	20	niedrig	niedrig	hoch

Quellen: angelehnt an Klages (1988); Klages/Gensicke (2006: 342).

[1] In der ersten Studie, die in den 1970er Jahren durchgeführt wurde, wurden die Selbstentfaltungswerte nicht so differenziert betrachtet, wie es die Tabelle ausweist. Aus diesem Grund konnte auch nicht zwischen (hedonsistischen) Materialisten und (nonkonformen) Idealisten unterschieden werden. Diese Kategorie wurde unter (nonkonformen) Idealisten zusammengefasst. Dieser Wertetyp weist bei den Pflicht- und Akzeptanzwerten niedrige und bei den Selbstentfaltungswerten hohe Ausprägungen auf und ist mit 10% in der Bevölke-

rung vertreten. Zudem konnten diejenigen Befragten (45%) nicht in die Auswertung einbezogen werden, deren Werteausprägungen als „mittelstark“ eingestuft wurden (vgl. Klages 1988: 120ff.).

Aus der Tabelle wird ersichtlich, dass heute mehr als die Hälfte der Bevölkerung einer Mischausprägung an Werten zugeordnet werden kann. Dabei bilden den größten Anteil die (aktiven) Realisten, die per Definition der Wertesynthese unterliegen. Gleichsam ist der Anteil derer, die bei Inglehart mit den Etiketten »Materialisten« (ordnungsliebende Konventionalisten) und »Postmaterialisten« (perspektivenlose Resignierte) überschrieben wurden, erstaunlich stabil. Erklärt werden kann dieser Umstand damit, dass der Wertewandelschub in der Mitte der 1970er Jahre zum Stillstand kam.

> „Der Wertewandel war in Wahrheit ein Wertewandlungsschub, der gewissermaßen in der Mitte des Weges abbrach, ohne daß dies allerdings zu einem Rückpendeln der Werte in irgendeine wertkonservative Normallage [entspricht Dominanz der ordnungsliebenden Konventionalisten] führte. Vielmehr verharren die Werte bis heute immer noch in einer Art von unentschiedener Schwebelage, die von heftigen Werteschwankungen begleitet ist“ (Klages 1988: 115, Hervorhebung weggelassen).

Folgt man dieser Einschätzung, dann werden die widersprüchlichen empirischen Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen Wertwandel und Parteieneintritt verständlich. Ungeachtet etwaiger Interdependenzen mit anderen gesellschaftlichen Faktoren, lässt sich schlüssig darstellen, dass mit dem Einsetzen des Wertewandelschubs (erster Untersuchungszeitpunkt) eine Relevanzsteigerung der Selbstentfaltungswerte verbunden ist. Im Rahmen dieses Prozesses kann von einem gesteigerten politischen Partizipationsniveau ausgegangen werden, da die neuen Wertekonstellationen nach politischer Vertretung verlangten („Wertverwirklichungsbedüfnisse“). Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass diejenigen Personen, denen eher traditionelle Wertekonstellationen zugeschrieben werden können, sich als »Hüter« eben dieser konservativen Werte verstanden und sich gegen die neuen Selbstentfaltungswerte ebenfalls verstärkt politisch mobilisierten. Denn obwohl der Wertewandelschub als „gesamtgesellschaftlicher Vorgang [verstanden werden kann], an dem praktisch die gesamte Bevölkerung zumindest passiv (…) beteiligt war“ (ebd.: 55, Hervorhebung weggelassen), zeigten sich aufgrund der großen inhaltlichen Differenz gesellschaftliche Konfliktpotentiale.

> „Ergab sich bei den einzelnen Gruppen also eine Abweichung vom Durchschnitt in Richtung des Werteumsturzes [komplette Verschiebung von Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu Selbstentfaltungswerten], so ließ sich bei anderen Teilgruppen, vornehmlich bei älteren Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, die umgekehrte Abweichung in Richtung eines Verharrens bei den »alten« Werten oder Wertekonstellationen feststellen. Es entstanden hierdurch aber Spannweiten der Wertedivergenz, die es vorher nicht gegeben hatte und die zeitweilig sehr heftiges Auflodern des Generationenkonflikts zur Folge hatte“ (ebd.: 60, Hervorhebung weggelassen).

Mit Beendigung des Schubes und der Schaffung eines *koexistenten Gleichgewichtzustandes* der unterschiedlichen Wertetypen, verschwand nicht nur das mobilisierende Moment, aufgrund der Aufwertung und stetigen Weiterverbreitung von Selbstentfaltungswerten (vgl. *Tabelle 3.2*), besonders in Form der (aktiven) Realisten, breitete sich eine Wertekonstellation aus, deren Träger organisationsbezogenen Vergemeinschaftungen kritisch gegenüber stehen. Heute wird diese Gruppe als „Generation Y“ (Parment 2009; Rump/Eilers 2013) beschrieben und meint je nach Quelle die Kohorten von 1984 bis 1994 bzw. 1978 bis 2000 (Parment 2009: 15f.), also genau die Altersgruppe der Unterdreißigjährigen, deren Rekrutierung durch die Parteien sehr problematisch ist. Konstatiert wird, dass diese Gesellschaftsgruppen im Gegensatz zu ihren Eltern (»Baby-Boomer«) unter veränderten externen (z.B. Globalisierung, technologischer Wandel) und individuellen Einflussfaktoren sozialisiert wurden und dadurch andere Einstellungs- und Wertepräferenzen ausbildeten (ebd.: 20ff.; Rump/Eilers 2013: 15ff.).

> „Die 80er-Generation ist in einer Gesellschaft mit hoher Transparenz, ständiger Kommunikation, vielen Wahlmöglichkeiten und großem Individualismus aufgewachsen (…) Wer in einer vernetzen Welt mit Kommunikation rund um die Uhr und mit fast uneingeschränktem Zugang zu virtuellen Welten und sozialen Netzwerken lebt, wird ein bisschen gelassener, was die Wahlstrategien betrifft.[281] Es sind so viele Entscheidungen zu treffen, und man konzentriert sich auf jene, die wichtig sind“ (Parment 2009: 20, 21).

Dabei greifen die verschiedenen Faktoren ineinander und bedingen ähnlich veränderte Haltungen in vielen Lebensbereichen (z.B. Konsum, Arbeitsleben, Freizeit), was an dieser Stelle mit der Aufwertung von Selbstentfaltungswerten gleichzusetzen ist. Gleichzeitig spielen traditionelle Werte wie Fleiß, Ehrgeiz oder Selbstdisziplin weiterhin eine wichtige Rolle, allerdings – und dies ist in direkter Verbindung zur

281 Diese Einschätzung widerspricht den Ausführungen von Ehrenberg (2010) und Honneth (2010).

Wertesynthese zu sehen – als ein „Wertemix“, bei dem die „traditionellen Werte eine gewisse Anpassung an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“ (Rump/Eilers 2013: 132) erfahren. Gleichzeitig ist nicht davon auszugehen, dass es sich im Sinne Klages um einen erneuten Wertewandelschub handelt. Vielmehr ist anzunehmen, dass der in den 1960er/1970er Jahren initiierte Schub bis heute nachwirkt und aufgrund externer Faktoren (z.B. Informationstechnologien) erneut dynamisiert wurde. Dabei ist zu beachten, dass diese (neue) Dynamik eine neue Qualität erfahren hat (zweiter Untersuchungszeitpunkt). Im Anschluss an Rosa (2005: 446, H.i.O.) kann konstatiert werden, dass sich das „Tempo des Struktur- und Kulturwandels“ heute derart beschleunigt hat, dass solche Wandlungstendenzen „*intra-generational*“ erfolgen. Als Resultat der Entwicklung können heute drei Generationen unterschieden werden, die sich hinsichtlich ihrer Werteausprägungen sowie der resultierenden Handlungsorientierung unterscheiden. *Tabelle 3.3*. gibt dazu einen Überblick.

Tabelle 3.3: Werte- und Handlungsorientierungen verschiedener Generationen[1]

Dimension	Jüngere Generation (ab 1980)	Mittlere Generation (1956-1965 bzw. 1966-1979) *Baby-Boomer*	Ältere Generation (1935-1945 bzw. 1946-1955) *Generation der 68er*
Wertegrundlage der Generation	- Individualismus: hervorgerufen durch potenzierte Wahlmöglichkeiten → *emotional-motiviertes* Handeln	- Kollektivismus: Schaffung einer auf gemeinsamer Wertgrundlage fußenden Gesellschaft) → *rational-motiviertes* Handeln	- Generationenkonflikte der 68er-Generation: Postmaterialismus (Auseinandersetzen mit Elterngeneration)
Werte und Einstellungen	- Arbeit ≠ Pflicht, sondern Möglichkeit individuellen Ausdrucks (Betonung: Work-Life-Balance) - Forderung: aktive Mitgestaltung und Partizipation - Handlungsspielräume und Autonomie - hohe Leistungsorientierung bei gleichzeitiger Forderung nach hoher Lebensqualität - Trend zur »sanften Karrie-	- Arbeit = Pflicht (Versorgung der Familie) - Karriereorientierung - starkes Konkurrenzdenken - materielle Werte	- starkes Konkurrenzdenken - Loyalität - Pflichtbewusstsein - materialistische (1935-1945) -postmaterialistische (1946-1955) Werte

	re« - aktiver Umgang mit Wahlmöglichkeiten (Bewusstsein für geringe Verweildauern) - Flexibilität		
Kommunikation	- Demokratisierung von Information und Kommunikation - Kommunikation über neue Medien (92% der Befragten) - keine Bedenken hinsichtlich der Preisgabe privater Informationen	- Kommunikation über neue Medien (bis 90% der Befragten) - Trennung öffentlicher und privater Informationen	- Kommunikation über neue Medien wenig ausgeprägt (32% der Befragten) - Präferenz zu persönlichen Gesprächen (70% der Befragten)
Konsum	- Markt gekennzeichnet durch Warenüberfluss - Emotionen (Ästhetik) kennzeichnen Kaufentscheidungen - starker Einfluss der Marktkommunikation (Vermarktung von Produkten, Dienstleistungen und Erlebnissen) - Kreditverhalten: Verschuldung, Emotionen und »Entbehrlichkeiten« = Normalität	- Markt gekennzeichnet durch Warenmangel (Nachkriegszeit) - Sachlichkeit und Funktionalität kennzeichnen Kaufentscheidungen - Kauf von Investitionsgütern (Häuser, Bildung der Kinder usw.) - wenig Einfluss der Marktkommunikation - Kreditaufnahme ≠ Selbstverständlichkeit	- bedingt durch Erfahrungen in Kindheit: Sparsamkeit
Führung und Autorität	- wenig Loyalität - Abkehr von Hierarchien sowie Infragestellen deren Legitimationsgrundlagen - Trend zu delegativer Führung	- konsensorientierte Führung	- Respekt für Hierarchien; später Skepsis gegenüber Autoritäten

Quellen: Parment (2009); Rump/Eilers (2013).

[1] Die von Rump/Eilers (2013) eingeführte generationeninterne Differenzierung in verschiedene Geburtskohorten wird hier nicht übernommen. Die Betrachtung erfolgt lediglich entlang der Generationeneinteilung, wobei das Hauptaugenmerk auf die jüngere und mittlere Generation fällt.

Wie aus der Tabelle ersichtlich wird, existieren sowohl Unterscheide als auch Gemeinsamkeiten zwischen der jüngeren und mittleren Altersgruppe, wobei die Unterschiede dominieren. Hauptgrund für diesen Umstand ist, dass die Wertegrundlagen zwischen den Generationen stark variieren. Obwohl davon auszugehen ist, dass in beiden der Anteil der »aktiven Realisten« hoch ist, d.h. sowohl Pflicht- und Akzeptanzwerte als auch Selbstentfaltungswerte hohe Ausprägungen aufweisen, *hat sich mit dem Genartionenwechsel sozusagen das Primat der Werte verschoben*. Obgleich heute beide Werteausprägungen proportioniert zu sehen sind, liegt die Dominanz bei den Unterdreißigjährigen ganz klar auf Seiten der Selbstentfaltungswerte. Traditionelle Pflicht- und Akzeptanzwerte sind für die junge Generation als Mittel zum Erreichen von Zielen zu sehen, die sich aus den modernen Werten ergeben (z.B. Selbstverwirklichung).

> „Der Wunsch nach einem Gleichgewicht unterschiedlicher Werte zeigt sich insbesondere bei den Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen, die gleichermaßen die Gegenwart auskosten und genießen, sich aber auch mit Fleiß und Ehrgeiz langfristig auf die Zukunft vorbereiten möchten" (Rump/Eilers 2013: 133).[282]

Das moderne Nebeneinander von Pflicht- und Akzeptanzwerten sowie von Selbstentfaltungswerten ermöglicht maximale Flexibilität im Umgang mit Optionen in Entscheidungsprozessen. Die Notwendigkeit, einerseits eine Vielzahl von Entscheidungen zu treffen und anderseits anpassungsfähig im Bezug auf die jeweilige Entscheidungssituation zu sein, ergibt sich aus modernisierungsbedingten Veränderungen, die u.a. mit „Beschleunigung" (Rosa 2005) oder „Flüchtigkeit" (Bauman 2003) überschrieben werden. Gleichzeitig können Entscheidungen nur kurzfristigen Charakter haben, da unter den heutigen dynamischen Bedingungen langfristige Pläne weder sinnvoll konstruiert noch realisiert werden können[283], was die formale Zugehörigkeit zu Organisationen mit einschließt. Grundsätzlich lassen sich die gesteigerten Entscheidungs- und Wahlmöglichkeiten als direkte Folge von *Individualisierung*

282 Diese Einschätzung deckt sich erstaunlich gut mit Ausführungen zu den (aktiven) Realisten: „Er [der Typ (aktiver) Realist] weist einerseits eine Erfolgsorientierung auf, die stark auf den Einsatz eigener Kreativität und Eigeninitiative abstellt. Er weiß andererseits aber auch, daß ohne die Einhaltung von Normen und Regeln und ohne Selbstdiziplin kein Erfolg möglich ist" (Klages 1995: 84).

283 Bauman (2003: 192) schreibt dazu: „Jede hier und jetzt nicht genutzte Chance ist eine vergebene Chance. Sie verstreichen zu lassen ist unentschuldbar [sic!]. Da die Verpflichtungen von heute den Möglichkeiten von Morgen im Weg stehen, sollte man sie möglichst leicht und locker gestalten, um morgen den Schaden gering zu halten".

(Beck 1986) interpretieren, was gleichzeitig die Interdependenz von Wertewandel und Individualisierung deutlich zum Ausdruck bringt.

Im Hinblick auf die Konsequenzen des Individualisierungsprozesses wurde bereits konstatiert, dass, aus einer gesellschaftskritischen Richtung kommend, pathologische Folgen gesehen werden, die den gesamten Gesellschaftskörper betreffen.

> „Die These, die ich vertreten möchte, lautet: dass die Ansprüche auf individuelle Selbstverwirklichung, die durch das historisch einmalige Zusammentreffen von ganz unterschiedlichen Individualisierungsprozessen in den westlichen Gesellschaften vor dreißig, vierzig Jahren rapide angewachsen sind, inzwischen so stark zu einem institutionalisierten Erwartungsmuster geworden sind, dass sie ihre innere Zweckbestimmung verloren haben und vielmehr zur Legitimationsgrundlage des Systems geworden sind. Das Resultat dieses paradoxalen Umschlags, in dem jene Prozesse, die einmal eine Steigerung qualitativer Freiheit versprachen, nunmehr zur Ideologie der Deinstitutionalisierung geworden sind, ist die Entstehung einer Vielzahl von individuellen Symptomen innerer Leere, Sich-Überflüssig-Fühlens und Bestimmungslosigkeit (Honneth 2010: 68).

Auf der anderen Seite zeigt beispielsweise Parment (2009: 20f.) auf, dass sich die jüngere Generation sehr wohl auf die vermehrten Entscheidungsfindungen eingestellt und Strategien entwickelt hätte, um diese Situationen zu bewältigen. Unter Berücksichtigung der in *Tabelle 3.3* aufgezeigten Generationenabfolge liegt die Vermutung nahe, dass sich individualisierungsbedingte Pathologien nur auf bestimmte Bevölkerungskreise, d.h. auf diejenigen Gruppen, den kollektivistische Handlungsinteressen zugeschrieben werden können, beziehen. Zwar bleibt dabei das Ambivalenzproblem theoretisch weiterhin bestehen, allerdings muss ihm real die Universalität abgesprochen werden.

Auch in anderen Bereichen der Individualisierungskonsequenzen lassen sich ambivalente Einschätzungen konstatieren. Bereits an anderer Stelle (Morgenstern 2008) wurde dies in theoretischer Auseinandersetzung mit verschiedenen Autoren gezeigt. Realer betrachtet, explizit mit der Fragestellung verbunden, warum es Parteien heute schwer fällt, Personen der jüngeren Generationen zu rekrutieren, und zugeschnitten auf die Frage nach modernisierungsbedingten Anpassungsleistungen der Parteien, wird dabei ein Bereich tangiert, der das (politische) Vergemeinschaftungspotential in heutigen Gesellschaften betrifft. Besonders die Arbeiten von Ulrich Beck (1986, 1993) und Zygmunt Bauman (1995, 2003) sind dabei hervorzuheben. Obwohl beiden Autoren unterschiedliche theoretische Zugänge zu ihren Arbeiten at-

testiert werden müssen[284], kreisen deren Ausführungen immer wieder um dieselben (ambivalenten) Fragen. Eine spezielle Richtung der Fragestellungen zielt dabei auf das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft unter heutigen »reflexiven« resp. »flüchtigen« Bedingungen. Neben Folgen des Globalisierungsprozesses, die zu einem generellen Rollenverlust der Nationalstaaten geführt haben sollen (vgl. auch Giddens 1996), identifizieren sowohl Beck als auch Bauman innergesellschaftliche Veränderungsprozesse, welche die Macht des Staates beschnitten hätten. Auf den zweiten Blick wird sich zeigen, dass dieser Machtverlust ebenfalls Auswirkungen auf die Beziehung zwischen der Gesellschaft und den Parteien hat, von beiden Autoren aber unterschiedliche Konsequenzen angeführt werden.

Für Beck (1986: 26ff., 69ff.) ist der Übergang von der Industriegesellschaft zur „Risikogesellschaft" durch die Produktion von Risiken geprägt (vgl. Kapitel 2.4.2). Ursächlich für die Ausbildung dieser neuen Risiken ist der Modernisierungsprozess selbst, der heute, im Unterschied zum Übergang in die Industriegesellschaft, unbewusste Nebenfolgen produziert, die wiederum für den Modernisierungsprozess (»reflexiv«) zum Problem werden.

> „Dieser [der Begriff »reflexive Modernisierung«] meint nämlich, empirisch-analytisch verstanden nicht (…) Reflexion, sondern Selbstkonfrontation: Der Übergang von der Industrie- zur Risikoepoche der Moderne vollzieht sich ungewollt, ungesehen, Zwanghaft im Zuge der verselbstständigten Modernisierungsdynamik nach dem Muster der latenten Nebenfolgen" (ders. 1993: 36, Hervorhebung weggelassen).[285]

Es können zwei Risikoklassen unterschieden werden, die sich grob in »*gesamtgesellschaftlich*« und »*individuell*« einteilen lassen. Die gesamtgesellschaftlichen Ursachen gehen auf (nicht-intendierte) Nebenfolgen des technologischen Fortschritts zurück. Im Zuge der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Funktionssysteme bei gleichzeitiger Zunahme struktureller Kopplungen entsteht eine eigentümliche Bezie-

284 Beck geht davon aus, dass sich die Gesellschaft im Übergang von der »modernen« zur »reflexiv-modernen« Gesellschaft resp. »zweiten« Moderne befindet (Beck/Giddens/Lash 1996). Bauman hingegen wird dem Postmodernismus zugerechnet, obgleich er in seinen späteren Werken weitgehend auf dieses Konzept verzichtet (vgl. Junge 2006: 109). Beide Konzepte der epochalen Gesellschaftsveränderung unterscheiden sich im Hinblick auf die Reichweite ihrer theoretischen Annahmen. So propagiert die Theorie der zweiten Moderne einen reflexiven Umgang mit den Folgen moderner Prozesse, wohingegen die postmodernen Theoretiker mit den Institutionen der Moderne brechen (vgl. Beck 1991: 47, 1993: 71; Giddens 1996: 63ff.).

285 Selbst innerhalb der Autorenschaft zu »reflexiver Modernisierung« besteht keine Einigkeit darüber, was unter »reflexiv« genau zu verstehen ist. Einen Überblick gibt Beck (1996a).

hung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, die Beck (1988: 100, Hervorhebung weggelassen) mit „organisierte[r] Unverantwortlichkeit“ überschreibt. Im Grunde geht es darum, dass die Wissenschaften, insbesondere die naturwissenschaftlich-inspirierten, Technologien produzieren, deren tatsächliche Anwendung und etwaige Folgen sie nicht kontrollieren. Diese Kontrolle obliegt der Wirtschaft, die, zum Teil über Drittmittelfinanzierung, die Entwicklung neuer Technologien fördert. Wenngleich die Wissenschaft auch Ergebnisse produziert, welche die Anwendung neuer Technologien als risikobehaftet ausweist, liegt die Entscheidung darüber, ob diese Technologien real zur Anwendung kommen, auf Seiten der Geldgeber. Kommt es nun zu unerwünschten Folgen, beispielsweise das Reaktorunglück von Tschernobyl 1986, dann lässt sich nicht eindeutig klären, wo die Verantwortlichen zu finden sind: In der Wissenschaft, welche die Technologie bereitstellt, oder in der Wirtschaft, welche die Technologie in Auftrag gegeben und zur Anwendung gebracht hat. Die systeminternen Rationalitäten (vgl. grundlegend Weber 1988: 546ff.) bedingen, dass die Verantwortung für das eigene Handeln an der Systemgrenze endet. Obwohl es sich hier um Zusammenhänge handelt, welche die gesamte Gesellschaft (resp. die gesamte Welt) negativ beeinflussen können, kann aufgrund der systemischen Differenzierungen nicht davon ausgegangen werden, dass die Politik über Möglichkeiten verfügt, diesen Prozess zu regulieren. Getrieben vom Fortschrittsglauben moderner Zeiten, kann er heute nur nachträgliche Legitimation erfahren.

> „Der Nichtzuständigkeit der Wissenschaft entspricht eine Implizitzuständigkeit der Betriebe und die bloße Legitimationszuständigkeit der Politik. »Fortschritt« ist die in die Unzuständigkeit hineininstitutionalisierte Gesellschaftsveränderung (…) Die »Niemandsherrschaft der Nebenwirkung« entspricht einer staatlichen Politik, die vorgegeben Entscheidungen nur absegnen kann, einer Wirtschaft, die die gesellschaftlichen Konsequenzen in der Latenz der kostenintensivierenden Faktoren beläßt, und einer Wissenschaft, die mit dem reinen Geweissen der theoertischen Einstellung den Prozeß leitet und von den Konsequenzen nichts wissen will“ (Beck 1986: 345, Hervorhebung weggelassen).

Wenn es der Politik nicht gelingt, die Gesellschaft vor den neuen Risiken zu schützen, dann ist nicht nur das politische Machtpotential fraglich. Gleichzeitig werden die traditionellen politischen Institutionen, einschließlich der Parteien, in Frage gestellt.

> „Hinter der Formel »Neuen Unübersichtlichkeit« verbirgt sich ein tiefgreifender Strukturwandel des Politischen, und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen (a) in dem Machtverlust, den das zentralisierte politische System im Zuge der Durchsetzung und Wahrnehmung von Bürgerrechten in Form einer neuen politischen Kultur erfährt; zum anderen (b) in den sozialstrukturellen Veränderungen, die mit dem Übergang von Nichtpolitik zur Subpolitik verbunden sind“ (ebd.: 311, Hervorhebung weggelassen).

Die Wahrnehmung, dass die „Gesellschaft kein [politisches] Steuerungszentrum“ (ebd.: 368, Hervorhebung weggelassen) mehr vorweisen kann, d.h. die Gestaltung der Gesellschaft nicht mehr durch ein politisches Mandat legitimiert ist, bedinge neue (politische) Akteure (»Subpolitik«) und leitet gleichzeitig zu den individuellen Risiken über.[286]

Wie bereits dargelegt, kommt es im Rahmen der, mit dem technologischen Fortschritt verbunden, Steigerung des allgemeinen Lebenswohlstands nicht nur zur Ausbildung gesellschaftlicher Risiken, sondern auch zur Bildung individueller Risikolagen. Durch die Auflösung traditioneller (hier: industriegesellschaftlicher) Sozialbeziehungen verlieren klassenbezoge Lebensentwürfe ihre Bedeutung. Dies betrifft insbesondere das Berufsleben, die Beziehung zwischen den Geschlechtern sowie Familienzusammenhänge.

> „[A]n die Stelle von Ständen treten nicht mehr soziale Klassen, an die Stelle sozialer Klassen tritt nicht mehr der stabile Bezugsrahmen der Familie. Der oder die einzelne selbst wird zur lebensweltlichen Reproduktionseinheit des Sozialen. Oder anders formuliert: die Individuuen werden innerhalb und außerhalb der Familie zum Akteur marktvermittelter Existenzsicherung und der darauf bezogenen Biographieplanung und -organisation“ (ebd.: 119, Hervorhebung weggelassen; vgl. auch ders. 1993: 149ff.).[287]

Da mit diesem Prozess eine Verschiebung der Verantwortlichkeit für Entscheidungen und Handlungen in das Individuum verbunden sei, erscheint es nur konsequent, dass Beck (ders. 1986.: 81, vgl. auch Hitzler 1997: 177f.) auch in Bezug auf die Politik

286 Zu einem veränderten Verständnis des Politikbegriffs innerhalb der Soziologie vgl. Nassehi/Schroer (2003).

287 Das ambivalente Moment bei Beck (1986: 119, Hervorhebung weggelassen) in Bezug auf die Zunahme individueller Freiheiten folgt wenige Zeilen weiter: „Sie [die Individualisierung] geht vielmehr einher mit Tendenzen der Institutionalisierung und Standardisierung von Lebenslagen. Die freigesetzten Individuen werden arbeitsmarktabhängig und damit bildungsabhängig, konsumabhängig, abhängig von sozialrechtlichen Regelungen und Versorgungen, Möglichkeiten und Methoden der medizinischen, psychologischen und pädagogischen Beratung und Betreuung“.

einen Perspektivenwechsel vollzieht.[288] Da die etablierten politischen Institutionen in ihrer eigenen (systemischen) Rationalität gefangen seien, bedürfe es einer neuen politischen Kraft, die quer zu den politischen Kollektiven agiere. Da sich die etablierten Institutionen – trotz dysfunktionaler Bereichsspezifik (Beck 1988: 156ff.) – nicht abschaffen ließen (ebd.: 224), sei es umso wichtiger, dass die neuen Akteure der „Subpolitik" in Konkurrenz zu diesen auf den Plan treten.

> „Subpolitik unterscheidet sich von der Politik dadurch, daß (a) auch Akteure außerhalb des politischen und korporatistischen Systems auf der Bühne der Gesellschaftsgestaltung auftreten (also Professions- und Berufsgruppen, die technische und ökonomische Intelligenz in Betrieben, in Forschungsinstituten, im Management, Facharbeiter, Bürgerinitiativen, Öffentlichkeit usw.); und (b) dadurch, daß nicht nur soziale und kollektive Akteure, sondern auch Individuen mit jenen und miteinander um die entstehende Gestaltungsmacht des Politischen konkurrieren" (ebd.: 162, Hervorhebung weggelassen).

Die Parteien haben es demnach nicht nur mit der Auflösung traditioneller Sozialmilieus und neuen, mitunter temporären, klassenlagenunspezifischen Interessengruppen zu tun (vgl. Kapitel 2.4.2), sondern auch mit semi-politischen Akteuren, die ihnen offen die Grenzen des politischen Handelns aufzeigen, die Parteien als „Dinosaurier einer ausklingenden (…) [E]poche" (ebd.: 224; vgl. auch Rüttgers 1993) denunzieren und sich ganz klar als Alternative positionieren. Dass mit dem Auftreten dieser neuen Akteure spezifische Probleme für die Parteien verbunden sind, die sich auch auf die Partizipationsbereitschaft der Bürger (Partizipation I) auswirken, wird zu einem späteren Zeitpunkt vertiefend dargestellt. An dieser Stelle geht es primär um die Möglichkeiten und aus der Form resultierenden Folgen der politischen Gruppenbildung. Denn trotz aller Widrigkeiten beinhalten die Ausführungen von Beck zumindest eine, im Vergleich zu anderen Konzepten vorteilige Komponente: Bei den neuen Zusammenschlüssen handelt es sich um echte, d.h. *emergente* Interessengruppen. Die beteiligten Akteure organisieren sich mit dem Ziel, ein bestimmtes Gruppeninteresse *gemeinsam* durchzusetzen (Beck 2002: 347ff.). Dies muss für die Parteien eindeutig als Vorteil ausgewiesen werden, da ihre Aufgaben und die resultie-

288 Berger (1995) weist darauf hin, dass Beck (1993) mit der „Erfindung des Politischen" direkt an das Konzept der „life-politics" bei Giddens (1992) anschließt. Diese (engere) Form der Politik „concerns political issues which flow from processes of self-actualisation in post-traditional contexts, where globalising influences intrude deeply into the reflexive project of the self, and conversely where processes of self-realisation influence global strategies" (ebd.: 214).

renden Strukturen darauf ausgelegt sind, mit solchen Zusammenschlüssen zu arbeiten. Problematisch sind die zeitliche Begrenztheit und die Größe der neuen Interessengruppen. Beide Faktoren sind für die Parteien hinderlich bei dem Versuch, die Gruppenbeteiligten langfristig, d.h. formal, an die Partei zu binden. Es muss daher von einem verhaltenen Rekrutierungspotential ausgegangen werden.

Neben diesen empirischen Auswirkungen des Individualisierungsprozesses existieren weitere Schwierigkeiten, die stärker auf den Übergang von der Industriemoderne zur reflexiven Moderne verbunden sind und die Parteien vor zwei weitere Problem stellt. Zunächst ist allgemein zu konstatieren, dass mit dem Modernisierungsprozess ein Wandel der gesellschaftlichen „Basisinstitutionen" verbunden ist, der im Zusammenhang mit dem Übergang zum „Sowohl-als-Auch-Prinzip" tradierte Standardformen erodieren lässt und gleichzeitig unter dem Etikett der »Variabilität« neue Prinzipien konstruiert.

> „So hat sich in vielen Fällen [empirische Studien] gezeigt, dass alte Strukturen (Basisinstitutionen) nicht einfach (…) ersatzlos erodieren und selbst nach dem Prinzip des »Entweder-Oder« ersetzt werden (…) Demgegenüber haben unsere bisherigen Forschungen gezeigt, dass das Neue selbst nach dem Prinzip des »Sowohl-als-Auch« gedacht werden muss. Denn es tritt nicht in »reiner« Form auf, sondern in unterschiedlichen und vielfältigen Formen" (Beck/Lau 2005: 122).

Was bedeutet das für die Parteien? Folgt man den Autoren, dann zeigt sich zunächst, dass die Parteien selbst als (industrie-) moderne Basisinstitutionen an Bedeutung verloren haben. Politische Partizipation existiert heute nicht ausschließlich in der Form *entweder* Parteimitgliedschaft *oder* Nichtparteimitgliedschaft. Das Auftreten neuer politischer Akteure bewirkte die Differenzierung des Partizipationspotentials: *sowohl* Parteienmitglied *als auch* Mitglied einer Bürgerbewegung *als auch* Aktivist im Umfeld einer Nichtregierungsorganisation (NGO). Damit im Zusammenhang stehend wird das Sowohl-als-Auch-Prinzip im Form divergierender Interessenlagen und Lösungsansätzen zum Problem. Dem Entweder-Oder-Prinzip bzw. dem Denken in festen Grenzen verhaftet, fällt es den Parteien schwer, sich mit den neuen „entgrenzten" gesellschaftlichen Verhältnissen (vgl. Beck/Lau 2004) auseinanderzusetzen.[289] Wenn beispielsweise die traditionelle Form der Familie zunehmend durch andere Formen, z.B. Patchwork-Familien oder Ein-Eltern-Familien, in gleichberechtig-

289 Ähnliches konstatiert Deckstein (1995) für die Gewerkschaften.

ter Weise ergänzt wird (vgl. Beck-Gernsheim 1994), dann kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass jede Form von Familie über die gleichen Interessen verfügt. Je nach Beschaffenheit müssten demzufolge unterschiedliche (politische) Lösungsansätze durch die Parteien erarbeitet werden. Da dies in der Realität kaum zu bewältigen ist, wird meist mit einem (parteiübergreifenden) Minimalkonsens gearbeitet, der wiederum den Eindruck der programmatischen Angleichung beim Bürger erweckt. Dies führt wiederum dazu, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen ihre Interessen politisch nur unzureichend vertreten sehen und den Parteien fernbleiben, da von *spezifischer Interessenvertretung im engeren Sinne* nicht mehr auszugehen ist.

Lassen sich bei Beck durchaus Anhaltspunkte für eine gemeinschaftliche Interessenvertretung finden, auf welche die Parteien in irgendeiner Art und Weise – und wenn auch mit Hilfe des traditionellen Denkens in Grenzen – reagieren können, so spricht Bauman (2003: 234, H.i.O.; vgl. auch ebd.: 46f.) der (politischen) Vergemeinschaftung die Eigenschaft ab, mehr zu sein als die Summe ihrer Teile:

> „Das Spektakel, das diese Gemeinschaften zum kurzen Leben erweckt, verschmilzt die Interessen der Teilnehmer in keiner Weise zu einem »Gruppeninteresse«; durch Addition gewinnen die einzelnen Anliegen keineswegs eine neue Qualität, und die Illusion, etwas mit anderen zu teilen, hält nicht länger vor als die Erregung, durch die Darstellung auf der Bühne vermittelt wird".

Grundsätzlich lässt sich daraus schlussfolgern, dass es die Parteien ausschließlich mit individuellen Interessenlagen zu tun hätten. Selbst ein Minimalkonsens scheint aussichtslos. Im Grunde führt ein solches Szenario dazu, dass die Parteien handlungsunfähig werden, denn wie bereits Rüttgers (1993: 18) festhält:

> „Keine Partei ist in der Lage, Millionen von »Einzelkunden« mit ihren als berechtigt und existenziell empfundenen »Sonderwünschen« entsprechend zu »bedienen«".

Wie kommt es nach Bauman zu dieser Entwicklung? Mit dem Verlust des Staates als zentrale gesellschaftliche Steuerungsinstanz (Bauman 2000)[290], der Herausbildung konsumabhängiger Lebensstile und der Zunahme von (privaten) Unsicherheiten (ders. 1999) verliere die Öffentlichkeit (»agora«) ihre Funktion, „über Sinn und Zweck (…) [des] Allgemeinwohls sowie über das dafür Notwendige zu entscheiden" (ders. 2000: 128f.; vgl. auch ders. 2003: 51). Als Ursache dafür werden „notorische

290 Zum damit verbunden Ordnungsproblem vgl. u.a. Bauman (1997).

Schwierigkeiten“ angegeben, die „beim Versuch, individuelle, subjektiv erfahrene Probleme so zu verallgemeinern, daß sie öffentlich resonanzfähig und damit zum politisierbaren Thema werden“ (ders. 2003: 64), entstünden.[291] Zusammengenommen führen diese Entwicklungen zu einer neuen Kolonialisierungsproblematik. In Abgrenzung zu Habermas (1987: 489ff.) spricht Bauman von der Kolonialisierung der Öffentlichkeit durch das Private.

> „Die These, daß das »Öffentliche« die Sphäre des »Privaten« kolonialisiere, stimmt heute nicht mehr. Das Gegenteil ist der Fall: Es ist das Private, das die öffentliche Sphäre kolonialisiert, das alles verjagt, was sich nicht umstandslos im Jargon privater Anliegen, Sorgen und Interessen ausdrücken läßt“ (Bauman 2003: 52).

Zurückzuführen ist dies auf die Zunahme der Individualität[292], wiederum hervorgerufen durch Individualisierung (ebd.: 53). Die Wahrnehmung, dass alle anderen, ähnlich einem selbst, „ihr Leben als einzelne und einsam meistern“ (ebd.: 52), lässt die Möglichkeit, überindividuelle Gruppen zu bilden, im Keim ersticken. Damit im Zusammenhang ist, ähnlich wie bei Beck/Lau, die Zunahme an Ambivalenz[293] zu sehen. Unter Ambivalenz wird „die Möglichkeit, einen Gegenstand oder ein Ereignis mehr als nur einer Kategorie zuzuordenen“ (Bauman 1995: 13) verstanden. Wenn aber keine Öffentlichkeit im Sinne einer gemeinschaftbildenden Schnittstelle zwischen Politik und der Privatsphäre existiert, die zur kollektiven Interessenbildung beitragen könnte, da solch ein Kollektivinteresse aufgrund der Antizipation manigfaltiger, individueller Verhältnisse nicht realisierbar ist[294], dann können die Parteien als interessenbasierte Vermittlungsinstanz ganzer Gesellschaftsgruppen weder diese Funktion ausfüllen noch Mitglieder rekrutieren. Dies kann als Erklärung für das Ausbleiben von Neumitgliedern herangezogen werden, stößt aber aufgrund der un-

291 Bauman (2000: 129ff.) unterscheidet grundsätzlich zwei Möglichkeiten, wie die Öffentlichkeit ihrer Funktion beraubt werden kann.: zum einen durch „totalitäre Tendenzen“ (ebd.: 129, Hervorhebung weggelassen) und zum anderen durch Kolonialisierungstendenzen verursacht durch die Privatsphäre.

292 Bauman (2003: 51, H.i.O.) unterscheidet zwischen Individualität „*de jure*“ und „*de facto*“ und meint damit den Unterschied zwischen der grundsätzlichen und der tatsächlichen Möglichkeit, „Entscheidungen zu treffen, die man wirklich treffen möchte“.

293 Zur Diskussion über die Verwendung des Ambivalenzbegriffs bei Bauman vgl. Junge (2002c).

294 An dieser Stelle müsste auch Luhmann (1993a: 93) Recht gegeben werden, wenn er schreibt: „Es gibt eine Reihe von Anhaltspunkten dafür, daß der Traditionszusammenhang von Staat, politischer Wohltätigkeit und Volk sich aufzulösen beginnt. Die Individualpopulation, die als Volk bezeichnet war, scheint den Anforderungen dieses Begriffs immer weniger zu entsprechen. Das Volk steigt gleichsam aus und hinterläßt die leere Hülse eines Begriffs“.

differenzierten Betrachtung an seine Grenze. Denn wenn die Verhältnisse dem Gerüst Baumans entsprächen, dann ließe sich weder erklären, wieso heute überhaupt jemand Mitglied einer Partei ist, noch wie es zu neuen (politischen) Partizipationsformen kommt. Bezogen auf den Wertewandel lassen die Ausführungen von Bauman den Schluss zu, dass das Individuum jedwede Mischausprägung von Werten bereits überwunden und den Übergang zu postmaterialistischen resp. Selbstentfaltungswerten komplett vollzogen hat. Dies widerspricht der empirischen Sachlage (vgl. *Tabelle 3.2*).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Wertewandel sehr wohl als Erklärung für das Ausbleiben von Parteieintritten herangezogen werden kann. Dazu besteht allerdings die Notwendigkeit, Wertewandel nicht als eindimensionalen Übergang vom Materialismus zum Postmaterialismus zu verstehen, sondern als mehrdimensionales Konzept, das Wertemischformen generiert. In diesem Zusammenhang muss auf den Prozess der Individualisierung verwiesen werden, der dazu geführt hat, dass sich das Werteprimat zugunsten der Selbstentfaltungswerte verschoben hat, was zu verstärkten Ambivalenzen und mehr Eigenverantwortung führte. Interpretiert man diese Befunde vor dem Hintergrund der reflexiven Modernisierung, dann kann geschlussfolgert werden, dass Beck und Kollegen mit dem Konzept des Sowohl-als-Auch ähnliches intendieren wie Klages mit dem Konzept der Wertesynthese. Denn auf verschiedene Generationen bezogen (vgl. *Tabelle 3.3*) lässt sich aufzeigen, dass beide Konzepte im Grunde den gleichen Sachverhalt beschreiben: Die Generation der Babyboomer, sozialisiert in modernen Grenzstrukturen und dem Primat der Pflicht- und Akzeptanzwerte verhaftet, bietet den Parteien aufgrund des Kollektivgedankens eine wichtige und zugleich zugängliche Rekrutierungsquelle. Die Nachfolgegeneration, die unter individualisierten Verhältnissen sozialisiert wurde, (subjektiv) keine Begrenzung der Möglichkeiten kennt und dem Primat der Selbstentfaltungswerte verhaftet ist, bietet indessen kaum Rekrutierungspotential. *Als Grund für dieses Generationenproblem lassen sich generelle Diskrepanzen in Bezug auf die Entscheidungs- und Handlungsgrundlagen von Parteien und der Generation der Unterdreißigjährigen konstatieren, denn mit dem Verschwinden der gesellschaftlichen Grundlage für das Entweder-oder-Prinzip ist eine Spezifizierung der Interessenlage verbunden, auf welche die Parteien aufgrund der progammatischen Angleichung kaum reagieren können*. Besonders die traditionellen Parteien sind so kaum in der Lage, Bevölkerungsgruppen (programmatisch) anzusprechen,

die jenseits der typischen sozialstrukturellen Eigenschaften deutscher Parteimitglieder stehen (vgl. Kapitel 2.6.1.3). Bei entsprechender Fokussierung der Bedürfnislage dieser Gruppen (z.B. alleinerziehende Frauen und Arbeitslose) kann deren Partizipationsbereitschaft allerdings gefördert werden. Ohne irgendwelche partiziaptions- oder demokratietheoretischen Überlegungen zu berücksichtigen, scheint sich erneut die Vermutung zu bestätigen, dass der Anspruch der interessenbasierten Mediation unter heutigen Bedingungen nur durch schärfere Profilierung der Parteien möglich ist. Um diese Vermutung zu untermauern, lohnt ein Blick auf zwei Parteien, die, obwohl deren Gründung in der jüngeren Vergangenheit zu verorten ist (AfD: 2013, Piraten: 2006), bei Landtags- bzw. Bundestagswahlen respektable Ergebnisse einfahren konnten. Sowohl die Piratenpartei Deutschland als auch die Alternative für Deutschland haben spezifische Leitthemen für ihre politische Arbeit definiert, die jeweils ein Kernthema zum Ausgang haben. Die Piraten sehen ihre politische Notwenigkeit darin begründet, Möglichkeiten und Gefahren, die aus der Schaffung neuer Informationstechnologien resultieren, zu erhalten bzw. abzuwehren.

> „Im Zuge der Digitalen Revolution aller Lebensbereiche sind trotz aller Lippenbekenntnisse die Würde und die Freiheit des Menschen in bisher ungeahnter Weise gefährdet. Dies geschieht zudem in einem Tempo, das die gesellschaftliche Meinungsbildung und die staatliche Gesetzgebung ebenso überfordert wie den Einzelnen selbst (…) Die Globalisierung des Wissens und der Kultur der Menschheit durch Digitalisierung und Vernetzung stellt deren [einzelne Nationalstaaten] bisherige rechtliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen ausnahmslos auf den Prüfstand. Nicht zuletzt die falschen Antworten auf diese Herausforderung leisten einer entstehenden totalen und totalitären, globalen Überwachungsgesellschaft Vorschub (…) Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind die Grundpfeiler der zukünftigen Informationsgesellschaft. Nur auf ihrer Basis kann eine demokratisch, sozial gerechte, freiheitlich selbstbestimmte, globale Ordnung entstehen“ (Piratenpartei 2013: 7; vgl. auch Piratenpartei 2013a).

Mit diesen Forderungen fokussiert die Partei nicht nur mögliche Antworten auf aktuelle Themen, sondern spricht gleichzeitig auch ein junges Klientel an. Graphisch dargestellt, drückt sich die Altersverteilung der Mitglieder in Form einer linkssteilen Kurve aus, wobei der Modalwert bei 30 Jahren liegt (Piratenpartei 2013b)[295]. Insgesamt verfügen die Piraten heute über rund 31.200 Mitglieder (Piratenpartei 2013c; vgl. auch Niedermayer 2013a: 91f.).

295 Diese Verteilung zeigt sich auch innerhalb der Wählerschaft (Niedermayer 2013: 68).

Ein weiteres Beispiel für die partizipationsbezogene Aktivierungsleistung spezifischer Interessenvertretungsangebote stellt die AfD dar. Nach eigenen Angaben verfügt die Partei über 14.000 Mitglieder (Korte 2013), obwohl deren Gründung noch kein ganzes Jahr zurückliegt. Programmatisch ist die AfD explizit euro-kritisch aufgestellt (Alternative für Deutschland 2013). Mit ihrem Wahlprogramm, das im Gegensatz zu den etablierten Parteien mit nur acht Punkten verhältnismäßig schmal ist, ist es der Partei gelungen, bei der Bundestagswahl 2013 rund drei Millionen Stimmen – ähnlich der FDP – auf sich zu vereinigen (Der Bundeswahlleiter 2013). Dabei kamen die meisten Stimmen aus den jüngeren Alterskohorten (Volkmann 2013: 8).

3.1.1.2 Freizeitverhalten und Mediennutzung

Neben dem wertewandelinduzierten Generationenproblem und der (politischen) Konkurrenz durch neue interessenspezifische Parteien, sähen sich die Parteien auch im Wettbewerb mit der Zunahme an Freizeitangeboten. Mit der Reduzierung der Wochenarbeitszeit sowie der Zunahme von Urlaubstagen (Wiesendahl 2006: 88) sei der Anteil der frei verfügbaren Zeit, d.h. die Zeit, die nicht mit Erwerbstätigkeit, physiologischen Notwendigkeiten und/oder privaten Pflichten verbracht werden muss (vgl. Hradil 2001: 315f.; kritisch: Müller-Wichmann 1985), stark angestiegen. Gleichzeitig habe sich, insbesondere durch die Veränderungen der Mediennutzung, das Freizeitverhalten der Bevölkerung in den letzten 60 Jahren stark verändert. Dabei sei eine synchrone Entwicklung zu konstatieren: Je mehr freie Zeit zur Verfügung steht, desto umfangreicher werden Medien genutzt. Besonders das Fernsehen kann spätestens seit der Einführung der privaten Sender in den 1980er Jahren als dominante Unterhaltungs- und Informationsquelle für den Großteil der Bevölkerung gesehen werden (vgl. Statistisches Bundesamt 2006: 526). Problematisch am heutigen Freizeitverhalten sei, dass die Menschen die zusätzliche Freizeit nicht nutzten, um sich in Parteien zu organisieren, sondern ihre Freizeit mit „attraktiveren“ Aktivitäten verbringen, die ihrer „individuellen Lebensgestaltung“ eher gerecht werden (Wiesendahl 2006: 88). Vor dem Hintergrund des Wertewandels scheint diese Einschätzung durchaus ihre Berechtigung zu besitzen, wenn sich nachweisen ließe, dass die Freizeit heute überwiegend der Befriedigung individueller und nicht kollektivis-

tischer, d.h. überindividueller, Interessen dient.[296] In der Tat sprechen die empirischen Befunde für diese Vermutung. Die Datenlage zeigt, dass die Organisation in Freizeitvereinen zwischen 1976 und 1998 zugenommen hat (Weßels 2011: 373). Dies lässt sich besonders deutlich anhand des Fußballsports zeigen. 1992 verzeichneten die deutschen Fußballvereine rund 5,3 Mio. Mitglieder, 1998 bereits 6,2 Mio., 2007 rund 6,5 Mio. und 2010 rund 6,7 Mio. Mitglieder (Czajka/Kleinegees/Kott 2008: 365, 2011: 343; Statistisches Bundesamt 1994: 152, 1999: 158).[297] Für die kollektivistisch geprägten Organisationen und Vereinigungen zeigt sich hingegen eine andere Realität. Sowohl die Mitgliedschaften in den Parteien insgesamt, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) als auch in den beiden großen christlichen Kirchen sind seit vielen Jahren rückläufig. *Tabelle 3.4* verdeutlicht dies im Überblick.

Tabelle 3.4: Mitgliederzahlen der Parteien, des DGB und der großen Kirchen zu verschiedenen Zeitpunkten

Jahr	Parteien	DGB	Kirchen	
			katholisch	evangelisch
1994	1.952.763	9.768.000	28.003.000	28.197.000
2002	1.647.236	7.700.000	26.466.000	26.211.000
2008	1.398.831	6.400.000	25.200.000	24.500.000

Quellen: DGB (2013); Eicken/Schmitz-Veltin (2010: 578); Niedermayer (2011: 2); Statistisches Bundesamt (1997: 177f., 2006: 174f.).

Auffällig an diesen rückläufigen Mitgliederzahlen ist, dass es sich um Organisationen handelt, die unter religiösem, politischem oder arbeitsbezogenem Vorzeichen stehen. Im Grunde unabhängig von Veränderungen des Freizeitverhaltens, nämlich bezogen auf die *wahrgenommene Beitrittsnotwendigkeit* des Einzelnen, bietet sich eine weitere Erklärung für den Mitgliederrückgang solcher Organisationen an, und zwar dann, wenn man sie als klassische Akteure der Konfliktlinien Arbeit und Reli-

296 Gelegentlich wird dieser Zusammenhang auch mit einem „Anreizproblem“ der Parteien in Verbindung gebracht, denn „[w]iegt man die potentiellen Anreize [z.B. Elitenauslese, politische Kursbestimmung usw.] gegen die Ansprüche an eine Parteienmitgliedschaft auf, so verkörpert Mit-*Arbeit* in Parteien das Gegenteil von dem, was mit freizeitlicher Kurzweil und Zerstreuung, mit ansprungslos-gedankenloser Entspannung assoziiert wird“ (Wiesendahl 2006: 71, H.i.O.).

297 Die Frage, ob auch die Freizeitvereine neuerdings mit rückläufigen Mitgliederzahlen konfrontiert werden, kann an dieser Stelle aufgrund der unzureichenden Datenlage nicht abschließend geklärt werden. Seit 2002 sind aber insgesamt leichte Rückgangstendenzen erkennbar (Weßels 2011: 373ff.).

gion versteht. Die Etablierung solcher Organisationen als (echte) Interessenvertretungsgruppen hat das Ziel, den Konflikt in seiner Intensität (und Gewaltsamkeit) zu beschränken. Dazu sind verschiedene Schritte von Nöten und bestimmte Verfahren zu implementieren (vgl. Dahrendorf 1965: 227ff.). Sowohl für die Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital als auch zwischen Staat und Kirche kann dem Konfliktregulierungsprozess ein positives Ergebnis attestiert werden. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass auch Konfliktregulierungsmaßnahmen, beispielsweise (Flächen-) Tarifverträge, etabliert wurden, die auch Personen involvieren, die nicht (gewerkschaftlich) organisiert sind.[298] Eine grundsätzliche Notwendigkeit zur aktiven Partizipation besteht demzufolge nicht.

> „Eine der auffälligsten Wandlungen des industriellen Konfliktes im letzten Jahrhundert liegt sicher darin, daß dieser an Intensität verloren hat; es hängt heute nicht mehr so vieles von einer einzelnen Auseinandersetzung ab wie vor einem Menschenalter“ (ebd.: 222).

Insofern ist der Mitgliederrückgang kollektivistisch orientierter Organisationen nicht nur auf Veränderungen im Freizeitverhalten, sondern auch auf die *erfolgreiche Regulierung klassischer gesellschaftlicher Konflikte* zurückgeführt werden.

In Bezug auf das Generationenproblem der Parteien bietet sich eine weitere Erklärung für die Rekrutierungsschwäche der Unterdreißigjährigen an, die ebenfalls kaum mit veränderten Freizeitpräferenzen in Verbindung zu bringen ist. Es geht dabei um das existenzielle Problem der Identitätsbildung. Durch den Wegfall traditioneller, Lebenslauf bestimmender Entscheidungs- und Handlungsgrundlagen wird die Identitätsbildung des Einzelnen zur aktiven Lebensaufgabe (vgl. Giddens 1993: 450; auch Kohli 1988). Mit Mead (2000) argumentiert, heißt das, dass die Gesellschaft (»Me«) heute vielfältigere Informationsangebote, d.h. Haltungen anderer, die man selbst annehmen kann, an den Einzelnen richten kann. Die Möglichkeiten zur Identitätsbildung (»Self«) weiten sich dementsprechend ebenfalls aus.[299]

298 Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften vgl. Schneider (2000).

299 Für Mead (2000: 218, 221) besteht Identität aus zwei Komponenten: „Das »Ich« [I] ist in gewissem Sinne das, womit wir uns identifizieren; es in unsere Erfahrungen hineinzubekommen, ist eines der Probleme fast unserer ganzen bewußen Erfahrung; es ist in der Erfahrung nicht direkt gegeben. Das »Ich« ist die Reaktion des Organismus auf die Haltungen anderer; das »ICH« [Me] ist die organisierte Gruppe von Haltungen anderer, die man selbst einnimmt (…) So gibt es also immer einen Unterschied zwischen »Ich« und »ICH«. Das »Ich« ruft das »ICH« nicht nur hervor, es reagiert auch darauf. Zusammen bilden sie eine Persönlichkeit, wie sie in der gesellschaftlichen Erfahrung erscheint. Die Identität ist im wesentlichen [sic!] ein gesellschaftlicher Prozeß, der aus diesen beiden unterscheidbaren Phasen be-

Um dies zu unterstreichen, wurde innerhalb der Literatur die Metapher des „Bastlers“ eingeführt:

> „»Basteln« (…) meint ein Gelegenheitstun aus quasi »privaten« Motiven, ein durchaus zwischen Dilettantismus und Genialität changierendes Werkeln und Wirken. Sinnbasteleien im hier gemeinten Verstande bezeichnen mithin all jene kleinen, alltäglichen Unternehmungen des individualisierten Menschen, unter, zwischen und am Rande der großen gesellschaftlichen Weltdeutungsprozeduren – und im ständigen, entsprechend den je subjektiven Relevanzen oft ganz selektiven Rekurs auf diese – sein eigenes Leben bewältigen“ (Hitzler/Honer 1994: 310).

Das Basteln einer Identität gestaltet sich real durchaus schwierig, denn heute existieren derart viele Möglichkeiten, dass allein der Auswahlprozess zur Lebensaufgabe wird.[300] Ähnlich dem Vorgang einer Kaufentscheidung müsse der Einzelne ständig abwägen und beim Auftauchen eines besseren Angebotes seine Entscheidung überdenken.

> „Solange wir auf Einkaufstour sind, bleiben wir im Rennen. Diese Tour beschränkt sich nicht nur auf Läden, Supermärkte oder Georg Ritzers »Konsumtempel«. Wenn Shopping heißt, das Angebot der Möglichkeiten zu begutachten, die angebotenen Waren zu berühren, sie anzugreifen, zu fühlen, sie zu untersuchen, ihre Preise mit dem Bestand im Geldbeutel oder dem Limit der Kreditkarte zu vergleichen, die Dinge erst in den Einkaufswagen und dann wieder zurück ins Regal zu legen – dann findet Shopping nicht nur in den Läden, sondern überall statt: Wir tun es auf der Straße und zu Hause, während der Freizeit und bei der Arbeit, im Wachzustand und in unseren Träumen“ (Bauman 2003: 90).

Die Flüchtigkeit der heutigen Moderne bedinge zudem einen Widerspruch: Das anthropologische Streben nach Ordnung und Sicherheit scheitere am Charakter der Realität. Umso wichtiger erscheine es dem Einzelnen, in der Identität einen Anker zu finden.

> „Immer wen wir dieses Wort [Identität] in den Mund nehmen, schwingt in unserem Hinterkopf die Vorstellung der Konsistenz, Logik und Harmonie mit: jener Eigenschaften also, die unserem Leben zu unserer Verzweiflung so dringend abgehen“ (ebd.: 100).

Da im Grunde jedwede Anhaltspunkte für die Identitätsbildung fehlen, rücken „Idole“ als Vorbilder in den Vordergrund (Baum/Kron 2012: 48). Diese bieten den Vor-

steht“.

300 Vgl. hierzu auch den Begriff der „Bastelbiographie“ (exemplarisch: Beck/Beck-Gernsheim 1993).

teil, sich sozusagen vorgefertigte Identitäten „von der Stange auszusuchen, (…) zu tragen und wieder abzulegen“ (Bauman 2003: 101) oder mit den eigenen Vorstellung zu kombinieren.

Im Ringen um die eigene Identität unter Bedingungen einer Kaufentscheidung kommt es zu einer bestimmten Spezifik der Auswahlkriterien. Wenn das Identitätskonstrukt ein »sinnvolles Ganzes« (vgl. Gärtner/Bischoff 1990: 176) ergeben soll, dann können die Prämissen nicht allein durch funktionale Sachlichkeit gekennzeichnet sein, dann müssen emotionale resp. ästhetische Gesichtspunkte die Entscheidung entscheidend mitbestimmen. Theoretisch zeigt sich dies darin, dass die Identitätskonstruktion neben dem „Me“ auch das „I“ involvieren muss, das verstanden als individuelle Disposition eben auch Emotionen umfasst. Praktisch zeigt sich heute sogar eine Dominanz ästhetisch resp. emotional motivierter Entscheidungen, besonders im Bereich des materiellen Konsums der jüngeren Generation (vgl. *Tabelle 3.3*). Naomi Klein (2002) konstatiert, dass die heutigen Kaufentscheidungen immer weniger durch ein bestimmtes Produkt, als vielmehr durch die »Marke« bestimmt werden. Das Image, das dieser Marke anhaftet und für deren Etablierung und Pflege die Firmen viel Zeit aufwenden, dient dazu die eigene Identität zu unterstreichen, die Firmen tragen dazu bei, „Lebensstile“[301] zu generieren.

> „Benetton und Calvin Klein erhöhten inzwischen [in den 1990er Jahren] ebenfalls ihre Ausgaben für Lifestyle-Marketing. In ihrer Werbung brachten sie ihre Produkte mit gewagter Kunst und progressiver Politik in Verbindung. Kleidungsstücke traten in dieser modernen Konzeptwerbung kaum mehr in Erscheinung, von Preisen ganz zu schweigen. Noch abstrakter war die Werbung von Absolut Vodka, einer Firma, die schon seit einigen Jahren eine Marketingstrategie entwickelt hatte, bei der das Produkt verschwand und die Marke nur noch ein weißer flaschenförmiger Raum war“ (ebd.: 38).

Obwohl Lebensstile nicht rein individuell, sondern in Form von „Lebensstilgruppierungen“ (Hradil 2001: 46) auftreten, ist es wichtig, dass sich die Images der einzelnen Firmen deutlich voneinander unterscheiden[302], da ansonsten kein spezifischer Aspekt hervortritt, der einen bestimmten Lebensstil anspricht. Und genau an dieser Stelle wird es für die Parteien schwierig. Im Rahmen der programmatischen Anglei-

301 Zur Lebensstilforschung vgl. grundlegend Schwenk (1996).

302 Die Schaffung eines individuellen Eindrucks ist von herausragender Bedeutung für die Firmen, real aber vollkommen unsinnig oder sind alle I-Phone-Nutzer einzigartig, weil sie das gleiche Telefon benutzen?

chung ist ihnen in weiten Teilen eine eigenständige Identität abhandengekommen. Die lediglich graduellen Unterschiede eignen sich weder dazu, die Differenzen verschiedener Lebensstile hervorzuheben noch diese zu untermauern. Eine Option, dennoch für die jüngere Generation attraktiv zu werden, wäre, eine bestimmte Persönlichkeit der Partei, in der Funktion eines Vorbildes (Idol), in den Vordergrund zu stellen. In Anlehnung an den Begriff des „Charisma“ bei Weber (1980: 140ff.) kann so eine emotionale Komponente etabliert werden, die im Sinne der heutigen Konsumkriterien als mögliches Identitätselement in den Auswahlprozess einfließt. Da mit zunehmender Bürokratisierung, was hier nichts anderes bedeuten kann als die Ausbildung legaler Herrschaftsstrukturen in Form moderner Massendemokratie, das Charisma zunehmend an Bedeutung verliert und hinter die „Alltagsmacht“ des »Betriebs« der Partei“ (ebd.: 668) zurücktreten muss[303], scheint sich diese Möglichkeit von vorn herein zu verschließen. So gesehen können die Parteien – mit Ausnahme der neueren und neuen Parteien – zur Identitätsbildung der jüngeren Generation wenig oder gar nichts beitragen, was letztlich außerhalb des veränderten Freizeitverhaltens eine Erklärung für den geringen Partizipationsgrad ist.

Im Unterschied dazu muss das veränderte Mediennutzungsverhalten eindeutig in Bezug zum Freizeitverhalten gesetzt werden. Dabei kann festgehalten werden, dass Medien von Anfang an im Verdacht standen, die Menschen zu täuschen (Horkheimer/Adorno 2003) bzw. sich negativ auf das Sozialverhalten auszuwirken (Putnam 2000). Auch im Hinblick auf die politische Funktionalität und die Auswirkung der Medien auf das Partizipationsverhalten wurden umfangreiche Studien vorgelegt, die allerdings unterschiedliche Ergebnisse hervorbrachten und deshalb keine eindeutige Schlussfolgerung erlauben (Holtz-Bacha 1990: 33ff., 62ff.). Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die Mediennutzung zwischen 1964 und 2000 von rund drei Stunden auf fast sieben Stunden angestiegen ist, wobei technische Medien dominieren (Meyen 2004: 117). Der negative Aspekt dieser Entwicklung für die Parteien ist schnell zusammengefasst: Wenn die Menschen immer mehr Zeit dafür aufwenden, Medien zu nutzen, bleibt immer weniger Zeit, sich in Parteien zu engagieren. D.h. auch im Bereich der Mediennutzung haben individuelle Interessen kollektivistische Freizeitaktivitäten abgelöst. Ähnlich den Freizeitvereinen sehen sich die Parteien hier einer *Freizeitkonkurrenz* gegenüber, gegen die sie kaum etwas vorzu-

303 Vgl. diesebezüglich auch den Begriff „Ochsentour“ (Kapitel 2.5.2.).

bringen haben. Denn im Gegensatz zu den Parteien (vgl. Vester/von Oertzen/Geiling/u.a. 2001: 103) wirken Medien direkt auf den Alltag resp. die Lebenswelt der Menschen ein und erfüllen hier einen wiederkehrenden Nutzen, beispielsweise in Form von Unterhaltung, Schaffen von Überblickswissen und/oder als Religionsersatz oder Zeitgeber (Mayen 2004: 109ff.).[304]

Durch die Entwicklung und Ausbreitung des Internets hat sich das Mediennutzungsverhalten noch einmal verändert. Da sich der Anteil der Bevölkerung, der über einen Internetzugang verfügt, von 43% im Jahr 2002 auf 77% im Jahr 2010 erhöht hat (Czajka/Kleinegees/Kott 2011: 344), können auch immer mehr Menschen das Internet nutzen. Neben medientypischen Funktionen wie dem Vertreiben von Langeweile oder Erlebnis und Entspannung (Rump/Eilford 2013: 156) erfüllt das Internet spezifische Funktionen, die sich auf Individualkommunikation, Informationssuche sowie Service- und E-Commerce-Zwecke beziehen (Meyen 2004: 208). Besonders die Kommunikations- und die Informationsfunktion stechen mit 97% bzw. 92% als dominante Internetaktivitäten hervor. Allerdings muss angemerkt werden, dass sich die Informationssuche in der Regel auf waren- und dienstleistungsbezogene Produkte bezieht.

Da das Internet bzw. spezifische Angebote wie E-Mail, Foren, Bloggs usw., als Medien[305] fungieren, die im systemtheoretischen Sinne die Wahrscheinlichkeit Adressaten zu erreichen erhöhen, scheint hier eine Möglichkeit für die Parteien zu bestehen, besonders mit den jüngeren Altersgruppen in Kontakt zu treten. Denn im Hinblick auf das Nutzungsverhalten zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen, da weder die Internetnutzung allgemein noch die spezifische Nutzung gleich verteilt sind. Die empirische Daten zeigen, dass besonders die Altersgruppen bis 45 Jahre das Internet regelmäßig nutzen, wobei der höchste Wert (87%) von den Sechzehn- bis Vierundzwanzigjährigen besetzt wird. Mit zunehmenden Alter zeigt sich eine abnehmende Tendenz. Nur 31% der Fünfundsechzigjährigen und älter gaben an, das Internet in den letzten drei Monaten vor der Befragung genutzt zu haben, und lediglich 58% nutzten das World Wide Web regelmäßig (Czajka/Kleinegees/Kott 2011: 346).[306] Zudem ändert sich das spezifische Nutzungsver-

304 Vgl. diesbezüglich auch die Arbeiten zum Wandel der Linkage-Strukturen (Poguntke 2000).
305 Zum Verhältnis von Medium und Internet vgl. Papsdorf (2013).
306 Zu den Gründen für alterspezifische Unterschiede der Mediennutzung vgl. Doh (2011); Meyen (2004: 144ff.).

halten. Stellen Online-Netzwerke und Chats für die jüngeren Altersgruppen bis 24 Jahre neben dem Empfang und dem Versenden von E-Mails den zweitwichtigsten Nutzungsgrund dar, verringert sich dieser mit zunehmendem Alter (ebd.: 348). Dies hat vor allem damit zu tun, dass die Internetnutzung stark von persönlichen Interessen bestimmt wird (Meyen 2004: 209). Das lässt sich generationenspezifisch am Beispiel zur Suche nach „Informationen zu Gesundheitsthemen" zeigen. Da mit steigendem Alter Krankheiten zunehmen, ist es wenig verwunderlich, dass auch die Onlinesuche nach medizinischen Informationen zunimmt. 2010 nutzten 38% der Internetnutzer im Alter zwischen zehn und fünfzehn Jahren das Internet um Gesundheitsthemen zu recherchieren. Unter den Fünfundsechszigjährigen und älter betrug der Anteil 67% (Czajka/Kleinegees/Kott 2011: 348). Wenn nun aber die Internetnutzung interessenbasiert[307] ist und einem spezifischen Nutzungsverhalten unterliegt, ist es dann überhaupt möglich, dass die Parteien die jüngere Generation über die Medien im Internet erreichen? Obwohl die Parteien verhältnismäßig spät angefangen haben, das Internet aktiv für ihre Zwecke zu nutzen, haben sie heute mit anderen gesellschaftlichen Teilbereichen gleichgezogen (Papsdorf 2013: 292ff.). Besonders in Wahlkampfzeiten ist eine gesteigerte Aktivität zu konstatieren (vgl. Kapitel 2.5.3). Dennoch scheint es kaum wahrscheinlich, dass durch die Kommunikationsangebote im Internet die jüngeren Menschen verstärkt und dauerhaft erreicht werden, da diese Angebote nicht auf die präferierten Onlineinhalte (besonders: Individualkommunikation) dieser Gruppe zugeschnitten sind. Für die externe Kommunikation der Parteien ist dies eine Katastrophe, da auch über andere Medien, aufgrund des spezifischen Nutzungsverhaltens, die Gruppe der Unterdreißigjährigen kaum zu erreichen ist (Meyen 2004: 190). Weiterhin ist davon auszugehen, dass die Parteien durch die mediale Präsenz im Internet verstärkt an diejenigen Gesellschaftsgruppen herankommen, die sie auch mit anderen Medien, z.B. Printmedien, erreichen.

Zusammenfassend lässt sich zeigen, dass sich das Freizeitverhalten von kollektivistischen hin zu individuellen Aktivitäten verschoben hat, was besonders diejenigen Organisationen negativ tangiert, die aus den traditionellen Konfliktlinien Arbeit und Religion hervorgegangen sind. Obwohl sich auch andere Erklärungen für das Ausbleiben von Mitgliedschaften anbieten (z.B. die wahrgenommene Beitrittsnotwendigkeit), zeigt sich deutlich, dass sich mit der gestiegenen freien Zeit das An-

307 Deutschlandweit gaben nur 40% der Unterdreißigjährigen an, „politisch interessiert" zu sein (Rump/Eilers 2013: 103).

gebot der Freizeitnutzung erweitert hat. Der damit verbundene Differenzierungsprozess hin zu individueller Freizeitgestaltung kann von den Parteien (und den anderen benannten Gruppierungen) nicht mitgetragen werden, da es sich schlicht um eine kollektivistisch ausgerichtete Organisation mit wenig individualistischem Spielraum handelt. In Bezug auf die Mediennutzung muss ein ähnlich ungünstiges Fazit gezogen werden. Der antizipierte Vorteil, durch verstärkte Internetkommunikation die Erreichbarkeit der jüngeren Generation zu steigern, muss aufgrund des spezifischen, interessenbasierten Nutzungsverhaltens verworfen werden.

3.1.1.3 Globalisierung, NGO´s und neue politische Beteiligungsformen

Auch NGO´s[308] und neue soziale Beteiligungsformen wie moderne Protestbewegungen[309] stellen zunehmend eine Konkurrenz für die politische Teilnahme in Parteien dar. Solche Gruppierungen werden dem „Dritten Sektor"[310] (synonym auch Non-Profit-Sektor), also weder dem Staat noch dem Markt, zugerechnet und zeichnen sich durch „Multifunktionalität" (Zimmer/Priller 2004: 20) aus.

> „[Es handelt] sich bei NGO´s um »Dritte-Sektor«-Organisationen, die im Sinne eines emanzipatorisch verstandenen Zivilgesellschaftsbegriffs verschiedene stabilisierende bzw. fördernde positive Einflüsse auf die Demokratie haben; sie sind dabei nicht auf politische Machtausübung orientiert, auch wenn dies eine politische Einflussnahme keineswegs ausschließt. Die Dynamik ihrer Entstehung und quantitativen Entwicklung speist sich aus der gesellschaftlich wahrgenommenen sinkenden Problemlösekompetenz traditioneller Akteure, sei es privatwirtschaftlicher, staatlicher oder auch im Dritten Sektor beheimateter Verbände und Interessengruppen" (Windfuhr 1999: 533).

Im Unterschied zu vormodernen sozialen Bewegungen (z.B. Sklavenaufstände), die ihre Aufgabe in der „Wiederherstellung überlieferter Traditionen und althergebrach-

308 Zur Geschichte und gesellschaftlichen Einordung von NGO´s vgl. Windfuhr (1999).

309 Marg/Geiges/Butzlaff/Walter (2013) haben Protestbewegungen der letzten Jahre empirisch untersucht. Kern (2008) zeigt Unterschiede zwischen klassischen und heutigen Bewegungen auf und gibt einen historischen Überblick. Zu den traditionellen Gegnern der Globalisierung vgl. Leggewie (2003).

310 Organisationen des Dritten Sektors beschreibt Windfuhr (1999: 526) wie folgt: „Im Unterschied zu Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung sind »Dritte-Sektor«-Organisationen weniger hierarchisch; im Unterschied zum Markt besteht die Orientierung nicht vorrangig an der Gewinnerzielung. Gewinne werden zwar erwirtschaftet, aber im Sinne einer »Non-profit«-Orientierung re-investiert oder gemeinnützig verwendet". Zum Dritten Sektor allgemein vgl. Zimmer/Priller (2004).

ter Ordnungen“ (Kern 2008: 12) sahen, zeichnen sich heutige Protestbewegungen dadurch aus, dass sie eine aktive Rolle bei der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse spielen wollen. Dieser Anspruch resultiere aus der seit der Aufklärung erwachsenen Einsicht, dass soziale Strukturen nicht aus irgendeinem tradierten Zusammenhang heraus determiniert seien, sondern das Produkt menschlicher Handlungen sind (vgl. Morgenstern 2008: 6). Damit ist der Anspruch moderner sozialer Bewegungen verbunden, sich als „Protagonisten des [sozialen] Wandels [zu] etablieren“ (Kern 2008: 13). Verbindet man mit sozialem Wandel die Chance auf (gesellschaftlichen) Fortschritt (vgl. Beck 1986: 345), dann rücken diese Bewegungen als Konkurrenten der Parteien in den Fokus, denn beiden ist daran gelegen, das „Entscheidungszentrum [Regierung und Opposition] mit Irritationen [gesellschaftliche Interessen] aus der Umwelt zu versorgen“ (Fuhse 2005: 88). Obwohl die Parteien historisch betrachtet die Interessen bestimmter (Konflikt-) Gruppen vertreten sollen, wird mit dem Mitgliederverlust eine Abkehr vom Integrationsaspekt hin zur Mobilisierung und damit verbunden zum Wähler gesehen (vgl. Kapitel 2.3.2.1). Dieser Übergang kann gedanklich mit der programmatischen Nivellierung in Verbindung gesehen werden, da die Gruppe der Wähler – sprich die ganze Gesellschaft[311] – über mehr Interessenlagen verfügt als die Parteienmitgliedschaft. Um nun einen Großteil der Wähler anzusprechen, müssen entsprechend viele Interessenlagen programmatisch angesprochen werden. Deshalb ist für die heutigen Parteien charakteristisch, dass sie ein relativ breites Spektrum von Interessen zu vertreten suchen. Sie sind in diesem Sinne „schwerlich (…) [ein] Sprachrohr ganz bestimmter, eng umgrenzter Interessenpakete“ (Schulz 1984: 57)[312]. Zudem müssen die Parteien als Teil des politischen Systems die interne Komplexität des Systems, z.B. die durch das politische Zentrum zu verarbeitenden Themen, die sich wiederum aus der Komplexität der Gesellschaft (Umwelt) ergeben, berücksichtigen. Da das politische System aufgrund der zunehmenden Eigendynamik „schließlich nur noch auf – sich selbst und das was es als Irritation politisch lesen und verarbeiten kann“ (Luhmann 2000: 117), reagiert, werden

311 Für Luhmann ist dieser Umstand mit der Inklusion aller Gesellschaftsmitglieder in die Politik (= Demokratie) verbunden (Reese-Schäfer 2002: 116).

312 Allerdings kann die Vertretung eines breiten Interessenspektrums zu Spannungen mit der Parteibasis führen. Die Überwindung resp. Prävention von Spannungszuständen kann interessanterweise ebenfalls über das breite Interessenspektrum realisiert werden, und zwar dann, wenn es den Parteien gelingt „ganzheitliche und sinnstiftende Deutungen der äußeren Welt anzubieten und zu vermitteln, und ihre Basis darüber zu binden, daß sie umfassende Interpretationen und Deutungen für das gesellschaftliche und politische Leben bereitstellen“ (Schulz 1984: 57).

semi-politische Vereinigungen an der Grenze zum politischen System zunehmend wichtiger. Sie können auch als reale Ausgestaltung von „Subpolitik“ (vgl. Kapitel 3.2.1.1) verstanden werden. Nach Kern (2008: 179) weisen soziale Bewegungen drei spezifische Vorteile auf, die sie gegenüber Problemwahrnehmungen durch institutionalisierte Organisationen und damit auch den Parteien abgrenzen:

> „In der sachlichen Dimension sind die gesellschaftlichen Problemdeutungen sozialer Bewegungen für die Individuen konkreter und alltagsnäher, in der zeitlichen Dimension flexibler und in der sozialen Dimension durch eine spezifische Form der Betroffenheit geprägt“.

Im Folgenden werden internationale und nationale soziale Bewegungen vor dem Hintergrund dieser Merkmale in den Fokus gerückt.

Mit dem Einsetzen globaler Wirtschafts- und Finanzaktivitäten in den 1970er Jahren[313] (vgl. Brock 2008: 45ff.; Sassen 1997) sowie der Etablierung internationaler Kommunikationsstrukturen (Meckel 2001: 16ff.), wurde der Nationalstaat zunehmend seiner Vormachtstellung beraubt (Beck 1997: 18). In der Praxis hat dies besonders Auswirkungen auf die „Souveränität“ der Staaten und die daraus resultierenden Aufgaben (Zürn 1998: 37ff., Hervorhebung weggelassen). Die Zunahme grenzüberschreitender Problemlagen, beispielsweise internationale Kriminalität oder Umweltverschmutzung, führe dazu, dass einzelne Nationalstaaten nicht mehr in der Lage seien, die Probleme im Alleingang zu lösen. Hier zeigt sich ein politisches Handlungsdefizit. Da bislang keine (legitimierte) transnationale Form der Regierung existiert, bilden internationale Interessengruppen außerhalb der Regierungen zur Zeit die einzige Möglichkeit, sich gegen globale Probleme zu organisieren. Auch solche Organisationen haben ein Legitimationsproblem, was ihnen in der Regel lediglich den Status eines sachkundigen Ratgebers verschafft. Gleichzeitig können NGO´s immer wieder Druck auf Regierungen und Unternehmen ausüben, wie es Greenpeace beispielsweise 1995 im Rahmen der geplanten Versenkung der Öl-Plattform »Brent Spar« durch den Shell Konzern gelungen ist. Exemplarisch kann angegeben werden, dass nach eigenen Angaben sowohl bei Greenpeace als auch bei Amnesty International jeweils drei Millionen (Förder-) Mitglieder (Amnesty International 2013; Greenpeace 2012) organisiert sind, die sich weltweit für die Organisationsinteressen ein-

313 Heute wird davon ausgegangen, dass Globalisierung kein „Phänomen des 20. Jahrhunderts“ (Meckel 2001: 16) ist, sondern bereits „im langen 16. Jahrhundert“ einsetzte und sich in drei Phasen einteilen lässt (Brock 2008: 23ff.).

setzen. Für Deutschland lässt sich festhalten, dass der Anteil derjenigen Bürger, die in Interessengruppen organisiert sind, seit den 1980er Jahren relativ stabil ist (Weßels 2011: 373).

Die Konkurrenzsituation für die Parteien lässt sich auf drei Ursachen zurückführen: *Erstens* sind die wahrgenommenen begrenzten Handlungsmöglichkeiten der nationalen Regierungen zu nennen. Für den Einzelnen ergibt sich aus den zunehmenden internationalen Verflechtungen der verschiedensten gesellschaftlichen Teilbereiche die Konsequenz, dass Entscheidungen, die an weit entfernten Orten getroffen werden, das lokale Leben beeinflussen. Gleichzeitig können die Handlungen des Einzelnen im globalen Maßstab nicht mehr folgenlos sein (vgl. Beck 1998: 48ff.).

> „Die Globalisierung schafft nicht nur umfassende Systeme, sondern gestaltet auch die lokalen und sogar persönlichen Kontexte der gesellschaftlichen Erfahrung um. Immer stärker werden unsere Alltagsaktivitäten von Ereignissen beeinflußt, die sich auf der anderen Seite der Welt abspielen. Umgekehrt sind lokale Lebensstile global folgenreich geworden. So wirkt sich meine Entscheidung für den Kauf eines bestimmten Kleidungsstücks nicht nur auf die internationale Arbeitsteilung aus. Sondern auch auf die Ökosysteme der Erde“ (Giddens 1999: 23).

Die direkte Betroffenheit des Einzelnen, bei wahrgenommenen Handlungsdefiziten der nationalen Regierungen in Verbindung mit dem Übergang zum Prinzip der individuellen Selbstverantwortung (Beck/Beck-Gernsheim 1994: 14f.), führen dazu, dass auch Aktivitäten jenseits der etablierten politischen Möglichkeiten benutzt werden, um auf Missstände aufmerksam zu machen und diese zu beheben. Damit nehmen solche Organisationen direkt Einfluss auf die (politische) Willensbildung der Gesellschaft (vgl. Kapitel 1.4.2). Dieser Konkurrenz können die Parteien im Grunde nichts entgegenbringen, da deren Handlungsmöglichkeiten an der Grenze des Nationalstaates enden. *Zweitens* bieten die NGO´s Partizipationsmöglichkeiten, die der Lebenswirklichkeit der Menschen besser entsprechen. Obwohl es sich um Interessengruppen handelt, die formal organisiert sind, ist der Hauptteil der Mitglieder als Fördermitglieder involviert. Diese können bei Bedarf abgerufen und ehrenamtlich tätig werden. Insofern bieten die NGO`s einen Mittelweg zwischen langfristiger Partizipation und Unsicherheiten im Lebenslauf (Arbeitslosigkeit, Elternschaft usw.), da ein permanentes hohes Aktivitätsniveau vom Einzelnen nicht verlangt wird. *Drittens* bietet sich durch die internationale Ausrichtungen der NGO´s die Möglichkeit, auch im Rahmen der heute »unstandardisierten Lebenslaufmuster« (Berger 1997), bei-

spielsweise ein Arbeitsplatzwechsel in eine andere Stadt oder ein anderes Land,[314] die Mitgliedschaft weiterführen zu können und auch vor Ort weiterhin aktiv zu sein, sofern der Wunsch resp. die Notwendigkeit besteht. Bei Parteien besteht diese Möglichkeit nur begrenzt bzw. gar nicht.

Noch besser an die heutigen Flexibilisierungs- und Pluralisierungstendenzen des Lebenslaufs sind Protestbewegungen und Bürgerinitiativen angepasst, da sie über nur gering ausgebildete oder keine formalen Strukturen verfügen.[315] In der Regel orientieren sich Bürgerinitiativen an lokalen Problemen, wohingegen (größere) Protestbewegungen auch globale Themen aufgreifen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass auch solche sozialen Bewegungen – verstanden als Funktionssysteme –, „aufgrund ihrer spezifischen Selektivität, nur Ereignisse verarbeiten, die sich in ihr Beobachtungsschema einfügen lassen" (Kern 2008: 183). Sie sind im Gegensatz zu Parteien speziell auf ein Thema zugeschnitten und erlauben so temporär begrenzte, interessenspezifische Partizipation.

> „Anzumerken ist (…), dass dauerhaftes ehrenamtliches Engagement aufgrund der zunehmenden Instabilität der Lebensentwürfe und den Forderungen nach Flexibilität und Mobilität seitens des Arbeitsmarktes immer schwieriger zu realisieren ist (…) Politisches Engagement manifestiert sich immer seltener durch Parteizugehörigkeit in den traditionellen Parteien, sondern vermehrt über einzelne Aktionen, die für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen von persönlicher Bedeutung sind" (Rump/Eilers 2013: 102, 104).

Die institutionalierten politischen Prozesse (z.B. Gesetzgebung) zeichnen sich dadurch aus, dass sie aufgrund von Aushandlungsprozessen mehr oder weniger langfristig sind und der einzelne Bürger in der Regel im Verlauf nur wenig Einflusspotential besitzt (Fetscher 1986: 148). Im Gegensatz dazu vermitteln soziale Bewegungen den Eindruck, durch unmittelbare Aktivitäten Einfluss auszuüben. Dies realisieren sie über sogenannte „unkonventionelle politische Beteiligungsformen" (Kaase 1982: 180), wie Demonstrationen oder Sitzblockaden. Exemplarisch ist hier auf diverse Bemühungen zu verweisen, die sich im Zusammenhang mit Castor-Transporten in das Endlager in Gorleben zeigen und die sich als direkter „Protest gegen [die] falsche Energiepolitik der Bundesregierung" (Franzenburg 2010) verstehen.

314 Durch Veränderungen der Wirtschaft haben sich neue Berufsgruppen herausgebildet, die ein Höchstmaß an Mobilität und Flexibilität bedingen (Reich 1997; Sennett 2007).

315 Besonders die Reichweite der Protestbwegungen wird heute aufgrund der fehlenden Formalia in Frage gestellt (Geiges/Neef/van Dijk 2013; Geiges/Neef/van Dijk/Hartmann 2013).

3.1.2 Organisationsbezogene Ursachen

Im Gegensatz zum ersten Untersuchungszeitpunkt in den 1980er Jahren, für den gesichert lediglich Milieuerosion und Individualisierung sowie im Nachgang Wertewandel als externe Faktoren für den Mitgliederverlust der deutschen Parteien identifiziert werden konnten, zeigen sich zum zweiten Untersuchungszeitpunkt auch organisationsbezogene, d.h. parteiinterne, Ursachen für den Mitgliederrückgang resp. das Fehlen von Neueintritten. Relevant werden diese hier deshalb, da zu vermuten ist, dass die Parteien auf das Rekrutierungsdefizit reagiert haben müssen, schließlich ist ihnen daran gelegen, den Status der Mitgliederpartei aufrechtzuhalten (vgl. Kapitel 2.2). Wie sich zeigen wird, sind nicht nur die Möglichkeiten der Parteien, innerparteiliche Reformen vorzunehmen, begrenzt, die implementierten Maßnahmen, beispielsweise die Professionalisierungstendenzen, sind zudem kontraproduktiv. Letztlich gelingt es den Parteien auch intern nicht, den Widerspruch zwischen gesellschaftlichen Anforderungen und organisatorischen Anforderungen aufzulösen.

3.1.2.1 Organisations- und Mitgliederstruktur

Der formale Charakter sowie die Vorgaben des PartG haben großen Einfluss auf die innerparteilichen Prozesse. Neben dem hierarchischen Aufbau ist unter §10 Absatz 2 PartG festgehalten, dass alle Parteimitglieder mit gleichem (Stimm-) Recht ausgestattet werden müssen. Dieses Recht ist in der Regel an die formale Mitgliedschaft gebunden und führt zu rechtlichen Schwierigkeiten, wenn die Parteien versuchen, temporär begrenzte, beitragsreduzierte Mitgliedschaften, beispielsweise in Form sogenannter »Schnuppermitgliedschaften«, zu implementieren. Auch das Involvieren externer Personen (vgl. Kapitel 2.3.2.3) ist vor diesem Hintergrund schwierig. Sofern diese keinen Mitgliederstatus aufweisen, können sie lediglich zur Erarbeitung einer Entscheidungsgrundlage herangezogen werden (Berater), an der Entscheidung selbst können sie nicht partizipieren.

Der strenge hierarchische Aufbau der Organisation Partei birgt den Vorteil der arbeitsteiligen Aufgabenbewältigung bei geringem „Kraftaufan[d]“ (Frey/Wiesendahl 2004: 910; vgl. auch Weber 1980: 130). Er ist gleichsam das ideale Modell bürokratischer Verwaltung, wie bereits Weber (1980: 126ff.) ausweist, sowie das be-

vorzugte Modell in Fabriken und Betrieben bis in das zwanzigste Jahrhundert hinein (vgl. Bauman 2003; Sennett 2007). Durch die hierarchische Gliederung werden nicht nur Entscheidungs- und Handlungsbefugnisse festgelegt und beschränkt, sondern auch die parteiinternen Kommunikationsstrukturen. Auch wenn die Parteienforschung gelegentlich ausweist, dass Parteimitgliedern exklusive politische Informationen zuteil werden können, ist dieser »Wunsch« in der Realität kaum haltbar. Erfahrungsbedingt ist es vielmehr so, dass die Mehrheit der Mitglieder kaum am Informationsaustausch der höheren Parteiebenen beteiligt wird. Entsprechende Beschlüsse u.ä. lassen sich eher aus den Medien denn aus parteiinternen Papieren entnehmen. Vergleicht man die Bedingungen der Organisationswirklichkeit in den Parteien mit den Forderungen der jüngeren Generation, dann zeigt sich hier erneut ein Defizit. Denn entgegen der parteiinternen Strukturen zeigt sich im Rahmen der zunehmenden Tertiärisierung des Arbeitsmarktes[316] eine Tendenz zur Verflachung hierrachischer Strukturen, die z.B. mehr Entscheidungs- und Verantwortungsspielraum bereits in unteren Aufgabenbereichen ermöglichen und so dem Bedürfnis nach der wahrnehmbaren Relevanz des eigenen geleisteten Beitrages Rechnung tragen. Da die Ansprüche an die Bedingungen der freiwilligen Arbeit in Parteien mit denen der Erwerbsarbeit korres-pondieren[317], stehen sich hier zielorientierte Kollektivstrukturen und Selbstverwirklichungsinteressen gegenüber. Der Wunsch nach Identifikation und Wertschätzung des eigenen geleisteten Beitrags versickert in der Vorstellung, dass alle Mitglieder auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten (vgl. Kapitel 1.4.1). Gleichzeitig kann hier – durchaus ebenfalls erfahrungsbedingt – angegeben werden, dass die aktive Mitarbeit in Parteien in der Regel äußerst langweilig und inhaltlich unbefriedigend ist.

> „Kein Zweifel besteht daran, daß die introvertierte und anödende Versammlungsroutine an den gewandelten Aktions-, Gestaltungs- und Erlebnisansprüchen der Mitglieder vorbeizielt. Was bei den Zusammenkünften abläuft, ist gewöhnlich einfallslos, routinisiert, selten spannend und neuartig, emotions- und überraschungsarm und geht seinen Weg, als würden nicht die Anwesenden, sondern Ritualismus und Formalismus das Geschehen bestimmen. Versammlungsort und -atmosphäre wirken in die gleiche Richtung. Lust, Spaß, Erlebnisreichtum oder Nervenkitzel lassen sich nur sehr begrenzt mit dem Geschehen assoziieren. Ganz selten geht es darum, etwas Konkretes anzupacken und zu schaffen (…) Die Versammlungskultur ist nicht vom Handeln, son-

316 Zum Wandel der Erwerbsstrukturen allgemein vgl. Famulla (1990).

317 Die Auseinandersetzungen mit den Belangen der »Generation Y« haben ihren Ursprung nicht ohne Grund in der Mitarbeiterforschung (vgl. Parment 2009).

> dern vom Reden geprägt. Es gilt das gesprochene Wort. Kommuniziert wird vielfach Weltbewegendes, was jedoch Welten davon entfernt ist, wie es tatsächlich in der konkreten politischen Praxis und Alltagswelt der Menschen zugeht“ (Wiesendahl 1997: 362).

All diese, die Realität der Parteiarbeit bestimmenden, Faktoren widersprechen diametral den Bedingungen, unter denen die jüngere Generation bereit wäre, sich aktiv in Organisationen zu engagieren.

> „Überwiegend in den USA, aber zunehmend auch von deutschen Experten wird der Wunsch der jüngeren Generation nach der Wertschätzung ihrer Arbeit in Form eines regelmäßigen Feedbacks durch Vorgesetzte betont. Dabei wird auch auf eine gewisse Ungeduld hingewiesen, die als charakteristisch für Jüngere gilt (…) Angemessenes und konstruktives Feedback allerdings erscheint tatsächlich angesichts der (…) Sozialisation der jüngeren Generation ein Weg für Führungskräfte, Motivation zu wecken und Engagement zu erhalten. Hinzu kommt der Wunsch, permanent in Austausch mit dem Umfeld zu treten, wie es die jüngere Generation unter anderem aus sozialen Netzwerken gewohnt ist“ (Rump/Eilers 2013: 187f., 189).

Neben der Wertschätzung des individuellen Beitrages und der arbeitsbezogenen „Selbstfindung- und verwirklichung“ (ebd.: 191) bei den Unterdreißigjährigen lässt sich auch ein verändertes Verhältnis zu Autoritäten aufzeigen.

> „Weiterhin schätzen Jugendliche und junge Erwachsene nicht zuletzt aufgrund der (…) steigenden Freiheitsgrade in ihrer Erziehung einen Führungsstil, der weniger von Anordnungen, Bestimmungen und Kontrolle gekennzeichnet ist als vielmehr von Handlungsspielräumen, Vertrauen und der Möglichkeit, an Entscheidungen beteiligt zu werden (…) Autoritäten spielen für die jüngere Generation nicht die gleiche Rolle wie für die Vorgängergeneration. Zwar akzeptieren und respektieren sie Autoritäten und auch Hierarchien durchaus, hinterfragen diese jedoch gleichermaßen und wünschen sich gegenseitigen Respekt“ (ebd.: 189f.).

All diese Optionen bietet die (freiwillige) Arbeit in Parteien nicht. Entsprechend kann der Schluss gezogen werden, dass die Mitgliedschaft in einer Partei für die jüngere Generation wenig bis nicht attraktiv ist. Zumal auch die Karriereorientierung dieser Altersgruppe rückläufig ist (ebd.: 184, 202). Um die Rekrutierungsquote der Unterdreißigjährigen zu steigern, besteht demnach die Notwendigkeit, die internen Strukturen zu modifizieren. Auf generelle Möglichkeiten wurde in Kapitel 1.4.1 in Anlehnung an Harmel/Janda (1994) bereits hingewiesen. Hier geht es deshalb um die Umsetzungsmöglichkeiten. Es lassen sich drei Punkte angeben, die gegen entsprechende Maßnahmen in Richtung einer Annäherung an die Bedürfnisse der jün-

geren Generation sprechen: *Erstens* lassen die Vorgaben des PartG nur begrenzten Spielraum bei der strukturellen Ausgestaltung von Parteien.[318] Hier kann durchaus von *rechtlichen Hindernissen* gesprochen werden. Besonders die Gliederung in Gebietsverbände sowie die Festlegung von Parteiorganen (z.B. Vorstand, Ausschüsse) verlangen ausdrücklich nach hierarchischer Gliederung und entsprechender Aufgabenverteilung. *Zweitens* zeigen sich durch die *Parteienstrukturen selbst Modifikationsbarrieren*. Wie bereits herausgearbeitet wurde, zeigen sich zwischen (Organisations-) Strukturen und deren Anwendung in konkreten Handlungen wechselseitige Abhängigkeiten (Giddens 1984). Diese Interdependenzen lassen sich auf zweierlei Weise überwinden: abrupt und graduell. Bei ersterem spielt die Parteiführung eine entscheidende Rolle. Nur sie ist in der Lage entsprechende Veränderungen zu initiieren. Dafür müssen wichtige, in der Regel externe, Gründe sprechen. Beispielsweise versuchte die SPD nach dem unbefriedigenden Ergebnis der Bundestagswahl 2009 sowohl innerparteiliche als auch programmatische Veränderungen in Gang zu setzten. Da dies lediglich zur Erhöhung des Stimmenanteils zugunsten der SPD um 2,7% (Der Bundeswahlleiter 2013) zur Bundestagswahl 2013 geführt hat und sich die Mitgliederzahl zwischen 2009 und 2012 um rund 44.800 verringert hat (Niedermayer 2013b: 2), müssen diese Bemühungen wohl als gescheitert gelten. Als Hauptgrund dafür können die fehlenden personellen Umbrüche innerhalb der Parteiführung identifiziert werden. Organisationspsychologisch kann hier direkt an Tversky/Kahneman (1991, 1992) angeknüpft werden. Die Autoren gehen davon aus, dass das Problem der »Besitzstandswahrung« („Status Quo Bias“) ein wichtiger Faktor für fehlende Veränderungsbereitschaft innerhalb von Organisationen ist. Demnach müssen Strukturveränderungen als Risikoentscheidungen eingestuft werden, bei denen die Gefahr besteht, den (positiv wahrgenommenen) Status quo zu verlieren. Die (subjektive) Verlustgefahr korreliert dabei mit der Wahrnehmung des Erreichten: Je mehr Geld oder Macht eine Person in sich vereinigt oder glaubt zu besitzen, desto mehr kann sie verlieren. In Parteien ist die Herstellung eines bestimmten Status quo an die Verweildauer geknüpft (vgl. Ochsentour). Wie sich in Kapitel 2.5.1 zeigte, haben die Verweildauern in den Parteien zugenommen.[319] Daraus lässt sich schlussfolgern, dass es auch mehr zu verlieren gibt. Strukturelle Veränderungen

318 Besonders deutlich wird dies an der Geschichte der Grünen, die als Protestpartei begannen und sich mit zunehmendem Erfolg den strukturellen Formalia unterordneten mussten (Tiefenbach 1998).

319 Für einige führende Politiker lassen sich Zugehörigkeiten von 30 bis 40 Jahren konstatieren.

werden immer nur so weit reichen, wie es den Besitzstand der Entscheider, die mit der Parteiführung identisch sind, nicht berührt (vgl. auch Michels 1989: 348). Beispielsweise werden sich so weder Kommunikationsstrukturen ausweiten noch Hierarchien (im Rahmen des Möglichen) abflachen, da beides potentielle Gefahren für die Machthaber darstellen.

Im Gegensatz zu dieser Form des intendierten Wandels ist gradueller Wandel nicht durch die Parteiführung initiiert. Es handelt sich um einen langsamen Anpassungsprozess an Umweltveränderungen, wie beispielsweise die veränderten Anforderungen der jüngeren Generation an eine parteiinterne Aufgabe. Grundsätzlich müssen damit einhergehende organisationsbezogene Veränderungen von allen Parteimitgliedern getragen werden, da diese die Modifikationen durch konkrete Handlungen umsetzen (und erhalten). Und genau hier wird es problematisch. Ganz konkret wirkt sich hier *drittens* die *nivellierte Mitgliederstruktur* hemmend aus. Wie die Datenlage zeigt, ist ein Großteil der Parteienmitglieder im öffentlichen Dienst beschäftigt (Biehl 2005; Kapitel 2.6.1). Diese Berufsgruppe verfügt nicht nur über genügend Zeitressourcen (Pfeiffer 1997: 392), sondern agiert in festen Hierarchien „mit festen Amtskompetenzen“ (Weber 1980: 126). Um es anders auszudrücken: Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind es gewohnt nach Anweisung zu handeln. Gleichzeitig stellen sie diese, sofern sie sachlich vorgetragen und formal geregelt sind, nicht in Frage („Amtsdisziplin“). Zugleich ist die Arbeit durch „Unpersönlichkeit“ gekennzeichnet, d.h. nicht der Einzelne, sondern die Aufgabenerfüllung steht im Vordergrund.[320] Es kann davon ausgegangen werden, dass es für die Mitglieder mit Berufen im öffentlichen Dienst einfach nicht zu ihren wahrgenommenen Aufgaben gehört, sich gegen bestehende Strukturen zu stellen, da es ja gerade die Wahrung und effiziente Anwendung dieser ist, die deren Arbeitsaufgaben bestimmen. Gradueller Strukturwandel ist vor diesem Hintergrund kaum wahrscheinlich. Zudem zeigt sich ein interessanter Zusammenhang: Parteien rekrutieren solche Personen überproportional stark, deren lebensweltliche Erfahrungen im Grunde genau zu den strukturellen Anforderungen der Partei passen. Weber (ebd.: 129, Hervorhebung weggelassen) beschreibt dies so:

320 Für gewöhnlich wird davon ausgegangen, dass sich Personen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, aufgrund von Zeitressourcen und Politiknähe verstärkt in Parteien einbringen (Biehl 2005: 102).

> „Die bureaukratische Herrschaft bedeutet sozial im allgemeinen [sic!]: (…) die Tendenz zur Nivellierung im Interesse der universellen Rekrutierbarkeit aus den fachlich Qualifiziertesten".

Die Qualifikation orientiert sich hier an der Einhaltung von Vorschriften und der Akzeptanz bestehender Strukturen. Wer bereit ist, die parteiinterne Realität mitzutragen, gilt als qualifiziert und wird unter Umständen mit einer Beförderung in ein Amt belohnt (Wiesendahl 2006a: 137ff.)[321]. Nur so ist verständlich, wieso die »Ochsentour«, in der »wichtige« (parteien-) politische Stadien nacheinander durchlaufen werden müssen, heute noch praktizierbar ist.

Zusammengenommen lässt sich festhalten, dass auch die Parteistrukturen Auswirkungen auf das Generationendefizit haben. Nicht nur, dass es keine Passung zwischen diesen Strukturen und den Anforderungen der jüngeren Generation an selbstverwirklichende, wertgeschätzte Aufgaben gibt, es scheint aufgrund der bestehenden hierarchischen Verhältnisse und der nivellierten Mitgliederstruktur auch kaum zu Anpassungsleistungen kommen zu können. Auch wenn es rechtliche Hindernisse bei der Neugestaltung geben mag, zementiert wird die Struktur zirkulär: Die bestehenden Parteistrukturen sind für die jüngere Generation aufgrund der starren Hierarchie und der fehlenden Selbstverwirklichungsoptionen unattraktiv. Gleichzeitig führen sie dazu, dass sich insbesondere Personen aktiv in den Parteien involvieren, denen der Umgang mit diesen formalen Gegebenheiten berufsbedingt vertraut ist und die gelernt haben, dass allein die effiziente Anwendung erfolgversprechend ist. Da dadurch Strukturveränderungen keinerlei Sinn haben, wird es auch nicht dazu kommen, es sei denn der Vorgesetzte resp. die Parteiführung ordnet diese an. Da aus Gründen die Verringerung von Entscheidungsrisiken betreffend, solche Anweisungen nicht wahrscheinlich sind, bleibt alles, wie es ist. Durchbrochen werden kann dieser Zusammenhang durch die Aufnahme neuer Mitglieder, welche die starren Strukturen beispielsweise in Richtung des Sowohl-als-Auch-Prinzips auflockern. Aber für diese potentiellen Neuzugänge sind die bestehenden Strukturen unattraktiv, so dass Partizipation nicht sehr wahrscheinlich ist.

321 Aus diesem Grund entstammen auch die meisten Berufspolitiker abhängigen Beschäftigungsverhältnissen (König 1999).

3.1.2.2 Kognitionsdifferenzen und wahrgenommene Vorteile

Neben den bisherigen Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Parteienmitgliedern lässt sich ein weiterer Problemkomplex angeben, den die Parteien zwar vermutlich nicht intendiert, aber dennoch selbst verursacht haben. Wie aus den Ausführungen in Kapitel 2.3.2 deutlich wird, sind die Parteien aufgrund der rückläufigen Mitgliederzahlen dazu übergegangen, in unterschiedlicher Ausgestaltung Professionalisierungstendenzen zu implementieren. Dies kann beispielsweise die externe Kommunikation, den Wahlkampf oder parteiinterne Posten betreffen. Spätestens seit der Berichterstattung zu möglichen dissertationsbezogenen Plagiatsvorwürfen gegenüber führenden Politkern hat sich allgemein die Einsicht durchgesetzt, dass die Parteienarbeit von Personen geleistet wird, die über höhere Bildung verfügen. Auch spezifische Kompetenzen, die von Politikern erwartet werden[322], wie beispielsweise rhetorisches Geschick (Pfeiffer 1997: 393) oder Führungsqualifikationen, lassen sich direkt mit spezifischen Ausbildungen und der resultierenden beruflichen Stellung in Übereinstimmung bringen. Zusammen mit dem Umstand, dass „die Politik überkomplex ist“ (Luhmann 2010: 405), d.h. der wahrgenommene Komplexitätsgrad des Politischen „über einen Mindeststand an politischen Kenntnissen und Wahrnehmungen“ (Gabriel 1987: 49, Hervorhebung weggelassen) hinausgeht, kann davon ausgegangen werden, dass der Großteil der Bevölkerung glaubt, den Anforderungen der Parteienarbeit nicht gewachsen zu sein.

> „Zunächst erfordert bzw. vermittelt die jeweilige berufliche Stellung bestimmte Kenntnisse und Fähigkeiten (insbesondere kommunikativer Art), die den zur Übernahme einer partizipatorischen Rolle im innerparteilichen politischen Prozeß erforderlichen bzw. die Rollenausübung erleichternden Kenntnissen und Fähigkeiten in unterschiedlichem Ausmaß entsprechen. Hierdurch werden nicht nur »objektive« Rahmenbedingungen für die innerparteiliche Partizipation gesetzt, sondern auch subjektive Kompetenzdifferenzen zwischen Individuen begründet, die sich auf die innerparteiliche Partizipation auswirken“ (Niedermayer 1989: 95; vgl. auch ders. 2009a: 103).

Soziologisch beschrieben bedeutet dies, dass diejenigen Gesellschaftsmitglieder, die kein erhöhtes schulisches Bildungsniveau aufweisen – und dies sind 2012 immerhin rund 83% der Bevölkerung (Statistisches Bundesamt 2013a) –, davon ausgehen, nicht über die notwendigen Mittel zur Handlungserfüllung zu verfügen. Dieser Zu-

322 Zur empirischen Relevanz solcher Erwartungen vgl. Hitzler (1994: 32, 34).

sammenhang, der unter dem Etikett „voluntaristische Handlungstheorie“ (Junge 2002a: 202; ursprünglich Parsons 1937) geführt wird und in ähnlicher Weise auch in psychologischen Konzepten zur Anwendung kommt (vgl. Fishbein/Aijen 1975), heißt nichts weiter, als dass für einen möglichst positiven Handlungsausgang auch die vorhandenen Mittel, neben den Spezifika der Situation, dem Ziel und den zu berücksichtigenden Normen, in den Umsetzungsprozess einkalkuliert werden. Da die innerparteiliche Arbeit aufgrund der überwiegend medialen Berichterstattung stark selektiv vermittelt wird, d.h. im Sinne der gemeinsamen Zielerfüllung nur das Ergebnis durch führende Politiker präsentiert wird, ist für das potentielle Parteienmitglied nicht antizipierbar, welchen Beitrag das einfache Mitglied geleistet hat. Vor diesem Hintergrund die eigenen Fähigkeiten bewertend, muss das Urteil über den eigenen zu erbringenden Nutzen zumindest ambivalent ausfallen. Demnach ist es nicht die nivellierte Sozialstruktur der Parteienmitgliedschaft, die sich hemmend auf die Beitrittsbereitschaft auswirkt, sondern die *zunehmende Professionalisierung* innerhalb der Parteien als Reaktion darauf. Besondere Relevanz bekommt dieser Umstand deshalb, da es sich immer noch vor allem um kollektive politische und altruistische Anreize handelt, die als Motiv für den Parteienbeitritt angegeben werden (vgl. Kapitel 2.6.1). Zumindest die Durchsetzung politischer Inhalte und Maßnahmen verlangt dabei ein gewisses Aktivitätsniveau, was sich real in den gestiegenen Zahlen derjenigen Mitglieder zeigt, die angeben, sich aktiv in die Parteienarbeit einzubringen (vgl. *Tabelle 2.6*).

Berücksichtigt man, dass ein Dissens zwischen dem Wunsch nach aktiver politischer Gestaltung und der Vorstellung über die benötigten Fähigkeiten auf der einen sowie der wahrnehmbaren, medial vermittelten Aufgaben auf der anderen Seite existiert, dann lässt sich daraus ein weiteres Problem ableiten, das erneut das Generationsdefizit unterstreicht. Denn selbst wenn die subjektiven Bewertungen der Situation inkl. der Fähigkeiten positiv ausfallen und die entsprechende Motivationslage gegeben ist, dann werden die realen kollektivistischen Aufgabenstrukturen wieder zum Problem. Wie in Kapitel 1.4.2 dargestellt, können nur für einen kleinen Teil der Parteimitglieder (Mandatsträger, ranghohe hauptamtliche Parteimitglieder) direkte Vorteile aus der Funktionserfüllung der Parteien konstatiert werden. Diese ergeben sich in der Regel aus ihrer unmittelbaren Stellung im politischen Variablenfeld. Um diese Position zu erlangen, bedarf es der Mitarbeit aller Parteimitglieder, denn schließlich kann Interessenvertretung (= Funktion) am effizientesten in Form von

Regierungsbeteiligung realisiert werden, was nichts anderes bedeutet, als erfolgreich einen Wahlkampf zu bestreiten. Mit der Verschiebung der Wertorientierungen hin zu Selbstentfaltungswerten rücken individuelle Zielsetzungen, wie Selbstverwirklichung, in den Vordergrund. Selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, dass die jüngere Generation sehr wohl diziplinniert und engagiert auf ein Ziel hinarbeiten kann, ist der individuelle Nutzen, der sich aus der (anonymen) Zuarbeit für einen potentiellen Mandatsträger ergibt, einfach zu diffus, um aktivierenden Charakter zu besitzen. Auch muss aufgrund der empirischen Differenz zwischen der programmatischen Nivellierung der Parteien und den diversifizierten Interessenlagen davon ausgegangen werden, dass die Schnittmenge zwischen spezifischen Interessenlagen und dem Programm einer speziellen Partei eher klein ist. Damit wird auch der vermittelnde Nutzen eines Wahlerfolges (Umsetzung der Interessen in Gesetzen) eher klein sein und im Sinne einer Kosten-Nutzen-Abwägung zu keiner positiven Entscheidung zugunsten einer aktiven Unterstützung führen. Da auch in diesem Zusammenhnag das Hauptaugenmerk auf dem individuellen Nutzen und auf einem spezifischen Interesse liegt, muss auch hier angenommen werden, dass eine schärfere Profilierung der Parteien mit konkret formulierten, spezifischen Interessenvertretungsangeboten die Bereitschaft steigern sollte, sich verstärkt an der Realisierung zu beteiligen.

3.2 Zur Rolle des Bürgers im Kommunikationsprozess

Bislang wurde die interessenbasierte Mediation, d.h. der zugrundeliegende Kommunikationsprozess zwischen den Parteien und der Gesellschaft, von Seiten der Parteien analysiert. Explizit wurde danach gefragt, ob vor dem Hintergrund schwindender Mitgliederbestände und sozialstruktureller Nivellierung innerhalb der deutschen Parteien die Bevölkerung heute noch kommunikativ erreichbar ist und ob es bei der Informationsübertragung zu Missverständnissen kommen kann. Gleichzeitig wurden Gründe für den Mitgliederrückgang gesucht. Es konnte gezeigt werden, dass modernisierungsbedingte Ursachen zu einer veränderten Parteienumwelt geführt haben, die sich zunehmend durch Diversifikation auszeichnet. Darauf haben die Parteien mit programmatischer und sozialstruktureller Nivellierung reagiert, was eindeutig eine

Diskrepanz zu den gesellschaftlichen Verhältnissen darstellt. In der Summe findet dieses Missverhältnis seinen Ausschlag in Form eines Generationendefizits und in der Ausbildung von Konkurrenzorganisationen, die für sich beanspruchen, besser auf die realen Gegebenheiten reagieren zu können. Intern können die Parteien in ihrer konkreten Form als Mitgliederpartei kaum gegen diese Entwicklung angehen, was den Zusammenhang organisationsbezogen noch verstärkt.

An dieser Stelle wird nun der Frage nachgegangen, ob diese Entwicklungen auch Auswirkungen auf die Partipatizipationsbereitschaft der Bürger (vgl. *Abbildung 1.13*) hat, sich am Kommunikationsprozess zu beteiligen (Partizipation I). Dass sich möglicherweise negative Konsequenzen zeigen, lässt sich aus folgendem Zitat ableiten:

> „Mit diesen Veränderungen [z.B. Integrationsschwäche der Parteien] im deutschen Parteiensystem korrespondiert eine zwar schon immer latent vorhandene, aber seit Beginn der neunziger Jahre offen zutage tretende allgemeine Unzufriedenheit eines beachtlichen Teils der Bevölkerung mit den politischen Parteien insgesamt. Das Phänomen wird in der öffentlichen Diskussion mit den Ausdrücken »Parteienverdrossenheit« oder »Parteientfremdung« bezeichnet, die zum Ausdruck bringen, daß die deutschen Parteien ihre Hauptfunktion, zwischen Bürger und Staat bzw. der Gesellschaft und ihren politischen Institutionen effektiv und repräsentativ zu vermitteln, nicht mehr überzeugend wahrnehmen, zumindest aus Sicht vieler Bürger“ (Sontheimer/Bleek 2002: 261).

Im systemtheoretischen Sinne stellen sich die konkreten Fragen danach, ob es den Parteien heute noch gelingt, anschlussfähige Kommunikationen zu generieren bzw. ob das Kommunikationsangebot der Parteien von der Gesellschaft angenommen wird. Dabei erscheint es sinnvoll zunächst der Frage nachzugehen, wieso das Generieren anschlussfähiger Kommunikation überhaupt von Bedeutung ist.

Anschlussfähige Kommunikationen zu generieren, ist die wichtigste Aufgabe eines sozialen Systems, da es sich bei Kommunikationen um „das Letztelement oder die spezifische Operation“ (Baraldi 1997a: 89) solcher Systeme handelt, über die sie sich erhalten. Anders ausgedrückt: Ohne stetige Kommunikation sind soziale Systeme nicht überlebensfähig. Mit der Frage nach der Anschlussfähigkeit von Kommunikationen, rückt erstmals »die Partei« als Ganzes und nicht in Form eines kumulierten Handlungszusammenhangs in den Vordergrund. Grund dafür ist der Umstand, dass hier symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien ins Spiel kommen.

> „Als symbolisch generalisiert wollen wir Medien bezeichnen, die Generalisierungen verwenden, um den Zusammenhang von Selektion und Motivation zu symbolisieren, das heißt: als Einheit darzustellen“ (Luhmann 2000a: 222).

Solche Medien sollen sicherstellen, dass die Kommunikation erfolgreich ist. Damit ist primär nicht gemeint, dass »Verstehen« zustande kommt, sondern dass:

> „Ego den selektiven Inhalt der Kommunikation (die Information) als Prämisse seines eigenen Verhaltens übernimmt. Annehmen kann bedeuten: Handeln nach entsprechenden Direktiven, aber auch Erleben, Denken, weitere Informationen Verarbeiten [sic!] unter der Voraussetzung, daß eine bestimmte Information zutrifft. Kommunikativer Erfolg ist: Kopplung von Selektion“ (ebd.: 218).

Symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien bilden sich mit zunehmender funktionaler Differenzierung, d.h. mit der Bildung von gesellschaftlichen Funktionssystemen, heraus. Nur diese können über diese Medien kommunizieren. Den einzelnen Akteur hier in den Fokus zu rücken, wäre demzufolge unsinnig. Für das politische System ist »Macht« als generalisiertes Medium zentral (Baraldi 1997b: 113). Die Parteien als Organisationen innerhalb des politischen Systems sind da- rüber hinaus in der Lage, Kommunikationen in Form von „Entscheidungen“ (Corsi 1997: 129) umzusetzen. Für die vorliegende Fragestellung ist die einfache Anwendung dieser systemtheoretischen Vorgänge nicht zielführend. Es bedarf eines speziellen Zuschnittes auf den Zusammenhang von Kommunikation und Partizipation.

Parteien als institutionelle Mediatoren bieten kommunikativ Interessenvertretung (und Konfliktregulierung) auf politischem Gebiet an. Die Kommunikation ist dann erfolgreich, wenn die Bürger diese annehmen *und* ihr (Kommunikations-) Verhalten danach ausrichten, d.h. in ihrer Rolle als (Staats-) Bürger partizipieren. Ohne diesen ersten Kommunikationsakt wäre die ganze Vermittlungsfunktion gefährdet, da nur dadurch die Wahrscheinlichkeit zur Konfliktregulierung größer Null wird (vgl. Kapitel 1.4.3). In der Realität gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie der Bürger an der politischen Kommunikation teilnehmen kann. Hier interessieren zunächst nur konventionelle, d.h. institutionalisierte Beteiligungsformen, wie das Schreiben eines Briefes an einen Abgeordneten, den politischen Teil einer Zeitung lesen oder der Wahlgang. Grund dafür ist der Umstand, dass die unkonventionellen Partizipationsmöglichkeiten den Parteien entgegenlaufen und im vorliegenden Zusammenhang

nicht sinnvoll zu interpretieren sind. Da die meisten konventionellen Partizipationsmöglichkeiten nur von einem kleinen Teil der Gesellschaftsmitglieder genutzt werden (Klingemann 1985: 12), erscheint es zudem angebracht, eine spezielle Form in den Vordergrund zu stellen, die verhältnismäßig stark zur Anwendung kommt. Dabei handelt es sich um die Beteiligung an Wahlen – speziell an Bundestagswahlen. Diese Form der politischen Beteiligung kann als Mindestmaß der Partizipation eines Bürgers verstanden werden. Gleichzeitig ist es für die Parteien ein überaus wichtiger Vorgang, denn mit der durch Wahlen legitimierten Regierungsbeteiligung kann die Vermittlungsfunktion am effizientesten ausgeführt werden. Es besteht die Notwendigkeit, explizit darauf hinzuweisen, dass es im vorliegenden Zusammenhang nicht um die »Wahlfunktion« geht, die ihren Ausschlag unter politikwissenschaftlicher Fokussierung im politischen Variablenfeld findet (vgl. Kapitel 1.4.3), sondern um die Möglichkeit, Variationen resp. „Ungewißheit[en]“ innerhalb des politischen Systems zu implementieren, d.h. „die Politik mit einer ihr unbekannten Zukunft [zu]konfrontier[en]“ (Luhmann 2000: 104, Hervorhebung weggelassen). Dabei ist es an dieser Stelle notwendig, die interne Differenzierung des politischen Systems zu berücksichtigen.

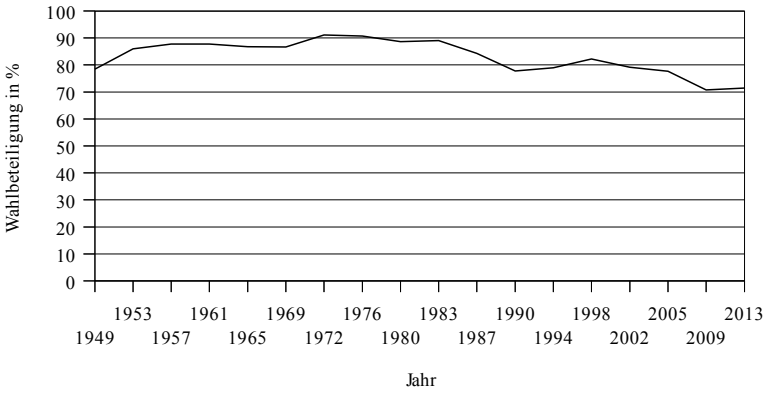
Das politische System selbst kann nur dann erfolgreich weiterbestehen, wenn es Kommunikationen entlang der Codierung »Macht haben/Macht nicht haben« generieren kann. Welche Parteien innerhalb des Systems welchem der beiden Pole zugeordnet werden, erfolgt nach systemeigenen Regeln, die mit dem Rechtssystem verbunden sind (beispielsweise demokratische Wahlen, Fünf-Prozent-Hürde). Wer konkret letztlich welche Rolle übernimmt, ist unwichtig. Wichtig ist nur, dass eine Zuordnung erfolgt. Diese Zuordnung ist vom System selbst nicht kontrollierbar, was „einen Strukturbruch, eine Selbstreferenzunterbrechung im politischen System“ (ebd.) bedingt. Dies muss für das System als vorteilhaft eingestuft werden, da so interne „Unbestimmtheiten“ generiert werden, auf die besser reagiert werden kann (»Entscheidungen«), als es bei externen der Fall ist. Für das politische System ist demnach nur relevant, dass die Bürger zur Wahl gehen und damit die systeminternen Machtverhältnisse festlegen, auf welche die systemeigenen Kommunikationen aufbauen. Für die Parteien hingegen ist die Frage nach der Stellung entlang der Codierung von überaus großem Interesse, denn nur über die Verfügung von Macht lässt sich ein hinreichend großes Einflusspotential und damit die erfolgreiche Realisierung der Mediationsfunktion erreichen. Daraus resultiert, dass die Kommu-

nikation durch Wahlen vom politischen System resp. den Parteien unterschiedlich bewertet wird: Für das politische System ist die *Wahlbeteiligung* von Interesse, wohingegen für die Parteien die konkrete Wahlabsicht oder negativ die *Wechselwahl*[323] von Bedeutung ist.

Im Bezug auf die Wahlbeteiligung lässt sich leicht belegen, dass diese rückläufig ist. Nachdem bis in die 1970er Jahre ein Anstieg zu konstatieren ist, der seinen Höhepunkt 1972 mit 91,1% erreichte, zeigen sich bis 2013 Abnahmetendenzen. Von einem geradlinigen Absinken der Beteiligung, die zudem als dramatisch einzuschätzen wäre, kann allerdings nicht gesprochen werden (vgl. *Abbildung 3.2*).

Auch wenn in der Tendenz die Wahlbeteiligung heute niedriger als in den Jahrzehnten davor ist, ist sie mit 71,5% immer noch als hoch einzustufen. Zudem existiert für Bundestagswahlen keine Mindestwahlbeteiligung. Es kann also festgehalten werden, dass das politische System selbst keiner kommunikativen Gefährdung ausgesetzt ist.

Abbildung 3.1: Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Prozent (1949-2013)



Quelle: angelehnt an Gisart (2013: 357).

323 Auch die Zunahme von Protestwählern kann vor diesem Hintergrund erklärt werden.

Anders verhält es sich, wenn die sinkende Wahlbeteiligung in Richtung der Parteien interpretiert wird. Sofern es über Wahlen möglich ist, systeminterne Unbestimmtheiten auszulösen, aber augenscheinlich immer weniger Bürger bereit sind, diesen Prozess zu unterstützen, ohne dabei das politische System selbst zu gefährden, dann müssen sich Gründe angeben lassen, die im Prozess selbst zu suchen sind. Wenn mit Wahlen die Möglichkeit verbunden ist, sozusagen die Gewichtung politischer „issues“ (Luhmann 2000: 75) zu verschieben und neue Themen politisch fruchtbar zu machen, was im Grunde der interessenbasierten Mediation entspricht, dann kann die programmatische Nivellierung dazu führen, dass sich auch durch Wahlen immer wieder die selben Themen reproduzieren. Die Parteien als Schnittstelle zur Gesellschaft wären folglich nicht in der Lage Veränderungen der Umweltkomplexität für das politische System fruchtbar zu machen. Wie bereits herausgestellt wurde, besteht die Einschätzung, dass die Parteien aufgrund ihrer geringen Entfernung zum politischen Zentrum ein Eigenleben entwickelt hätten,[324] das mit Angleichungsprozessen einhergeht. Diese ergeben sich unter Berücksichtigung der binären Codierung aus dem Anspruch der Parteien, auf der Machtseite verortet zu werden, was nichts anderes bedeutet als Themen aufzugreifen, die einen Wahlerfolg wahrscheinlich machen. Gefangen im imperativen Charakter dieses Spiels, lässt sich die programmatische Angleichung erklären, denn so existiert zumindest kein Nachteil gegenüber den anderen Parteien. Gleichzeitig wird es so ungleich schwerer, neue Themen in das politische System einzuführen, deren machtgenerierende Eigenschaften nicht erprobt sind. Da die Umwelt, welche hier mit Gesellschaft gleichzusetzen ist, aufgrund von Modernisierungsprozessen aber dem Wandel unterliegt, der unter bestimmten Bedingungen nach politischer Vertretung verlangt (vgl. Kapitel 2.7.1.2), kommen hier die semi-politischen Institutionen ins Spiel und deren Möglichkeit, ebenfalls Irritationen in Form möglicher politischer Themen hervorzurufen. Da so auch spezifische Interessen durch die Parteien nicht mehr vertreten werden, werden trotz deren rechtlich festgeschrieber Einflussvorteile auch zunehmend Alternativen in Form von NGO´s oder anderen sozialen Bewegungen durch die Bevölkerung berücksichtigt. Aufgrund der Positionierung von Protestbewegungen innerhalb der Ge-

324 Dieses Eigenleben führt gleichsam zur Ausbildung bestimmter politischer Rollen, die aufgrund des funktionalen Aspektes gewissen Professionalisierungstendenzen ausgesetzt sind. Insofern hat die systemische Verselbstständigung des Politischen auch Auswirkungen auf die Fähigkeit der Parteien, sich als Organisation – hier speziell als Mitgliederpartei – zu erhalten.

sellschaft, an der Grenze zum politischen System (vgl. *Abbildung 1.7*) unterliegen sie nicht der systeminternen Eigendynamik und können deshalb auf neue gesellschaftliche Interessenlagen ohne den systemischen „blinden Fleck“ (Luhmann 2002: 154) des Politischen reagieren.

> „Soziale Bewegungen (…) sind die wirksamste Korrektur für immanente Schwächen parteienstaatlicher Demokratie. (…) [Denn] [a]uch demokratische Systeme unterliegen einer Schließungstendenz. (…) Schließung gegenüber neuen Interessen, Themen, Organisationen, Personen findet in vielfältiger Form statt: die Fünf-Prozent-Sperrklausel der Wahlgesetze; die zunächst relativ hohe Finanzierungsschwelle kleiner Parteien (2,5%); die erst durch das Bundesverfassungsgericht auf 0,5 Prozent herabgesetzt wurde; Tendenzen der Koalitionsverweigerung; Status-quo-Fixierung bei der Zusammensetzung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten; Schließungstendenzen des öffentlichen Dienstes gegenüber systemkritischen Bewerbern etc.“ (Raschke 1994: 188).

Bezogen auf den kommunikativen Zusammenhang mit der Gesellschaft lässt sich in Bezug auf das allgemeine Wahlverhalten demnach festhalten, dass *die Bevölkerung hier die Möglichkeit nutzt, das Kommunikationsangebot der Parteien (politische Interessenvertretung) abzulehnen resp. zu ergänzen*.

Ein ähnlicher Zusammenhang lässt sich für die Wechselwähler aufzeigen. Unter Wechselwählern sind diejenigen Wähler zu verstehen, „die an zwei aufeinanderfolgenden und vergleichbaren Wahlen wahlberechtigt waren, teilgenommen und ihre Stimme für verschiedene (…) Parteien angegeben haben“ (Schultze 2004b: 1107). Aus demokratietheoretischer Perspektive wird der Wechselwähler mitunter kritisch gesehen, muss aber gleichzeitig auch als Erfolg demokratischer Prozesse gesehen werden.

> „Ist die (…) Figur des »Wechselwählers«, des politisch flexiblen, von Fall zu Fall entscheidenden, viel bemühten mündigen Bürgers nicht möglicherweise Leitbild für politische Bildungsarbeit? Gewiß – man muß vielleicht Abschied nehmen von der Jahrzehnte gewohnten Koalitionsarithmetik und von lange vertrauten Stabilitätsvorstellungen. Aber »kommunikationsabhängiger« heißt ja salopp formuliert: Wenn im Vermittlungssystem nicht mehr mit den festen Kontingenten einer loyalen »Stammkundschaft« gerechnet werden kann und wenn schließlich ein zunehmend unübersichtliches Geflecht von Situationsgruppen und Bewegungen ohne generalisierte Folgebereitschaft einschließlich neuer Parteien im Willensbildungsprozeß mitmischen, dann steigt der Begründungs- und Rechtfertigungsbedarf für politisches Handeln; dann muß Zustimmung in verstärktem Maße organisiert werden – eben durch Erhöhung des Kommunikationsaufwandes. Ist dies nicht Chance für eine Wende gleichsam vom »Gewohnheitsdemokraten« zum »Überzeugungsdemokraten«?“ (Sarcinelli 1990: 155).

Wenn noch einmal die Verbindung zwischen der Verselbstständigung (konsequente Autopoisis) des politischen Systems und der Möglichkeit, durch Wahlen innersystemische Irritationen hervorzurufen, in den Fokus genommen wird, dann kann das verstärkte Auftreten von Wechselwählern (Kort-Krieger 1994; Weßels 2007) als im Grunde aussichtsloser Versuch der Bevölkerung gesehen werden, trotz aller Angleichungsprozesse dennoch Variationen im politischen System zu generieren.[325] Besonders die jüngere Generation, deren Leben sehr stark durch gesellschaftliche Veränderungen geprägt ist, versucht auf die Diskrepanz zwischen politischer und gesellschaftlicher Realität durch die Erhöhung des Irritationspotentials aufmerksam zu machen. Dies geschieht nicht in erster Linie über Wechselwahl, sondern über die Unterstützung neuer sozialer Bewegungen und neuer Parteien wie der Piratenpartei. Das Generationendefizit der Parteien wird auch hier deutlich.

Wechselwähler stellen nicht nur die empirische Wahlforschung vor Herausforderungen, sondern auch die Parteien selbst, da diese kaum noch das eigene Wahlergebnis prognostizieren können. Dadurch ist die Anschlusskommunikation gefährdet, die sich hier im Verhalten des Bürgers zeigen soll, eine bestimmte Partei zu wählen. Um den Entscheidungsprozess des Wählers in eine günstige Richtung zu lenken, versuchen die Parteien die anderen, nicht programmatischen Faktoren des Entscheidungsprozesses zu kontrollieren, beispielsweise indem sie einen (Spitzen-) Kandidaten herausstellen, der durch herausragende persönliche Eigenschaften und fachliche Kompetenz überzeugen soll.[326] Anschlussfähig wird hier also alles, was die Möglichkeit erhöht, am politischen Zentrum zu partizipieren. An diesem Punkt ist die sogenannte »Amerikanisierung« (vgl. Kapitel 2.5.3) des Wahlkampfes keine Übernahme US-amerikanischer Vorlagen, sondern schlicht eine Notwendigkeit. Im Sinne des „Ann-Arbor-Modells“ (Campbell/Converse/Miller/Stokes 1980) setzen die Parteien verstärkt auf „kurzfristige Faktoren“, da durch die „langfristigen“ kaum noch Unterschiede zwischen den Parteien zu erkennen sind. Hier spielen auch lebensweltliche Verbindungen (»linkages«) und die Ausbildung stabiler Vertrauensstrukturen[327] eine Rolle. Dass die Parteien über ein gewisses Variationspotential im

325 Gleiches kann für die Zunahme von Protestwählern konstatiert werden.

326 Die programmatische Nivellierung könnte auch ein Erklärung dafür sein, wieso es trotz gelegentlicher rhetorischer Seitenhiebe kaum noch handfeste (politische) Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Parteien im Wahlkampf gibt.

327 Vertrauen ist soziologisch ein fruchtbares Feld (vgl. Bude 2010; Frings 2010; Hartmann/Offe 2001; Hartmann 2011; Luhmann 1973; Preisendörfer 1995; Schweer 1997). Am brauchbarsten für den vorliegenden Zusammenhang scheint die Definition von Geiling/Vester (1997: 486) zu sein, die unter Ver-

Hinblick auf die Anschlussfähigkeit verfügen, ist in erster Linie ihrer Eigenständigkeit als Organisationen geschuldet. Denn auch wenn Parteien im Status »Macht nicht haben« (keine Zentrumsbeteiligung) zu verorten sind, existieren sie als Organisationen im politischen System weiter. Da ihr Primärziel aber auf die erfolgreiche Realisierung der Interessenvertretung als Teil der Mediation im Status der Machtteilhabe am größten ist und mit zunehmender Entfernung vom politischen Zentrum das Irritationspotential steigt, besteht die Möglichkeit, sich zum Zwecke des Selbsterhaltes von den systeminternen Imperativen[328] zu distanzieren und neue Anschlussmöglichkeiten zu testen, die bestenfalls soweit erfolgreich sind, dass eine einflussgarantierende Stellung, z.B. ein Bundestagsmandat, erreicht werden kann. Besonders junge Parteien und solche, die mit etablierten Anschlussoptionen gescheitert sind, exemplarisch kann hier auf die Wahlniederlage der FDP bei der Bundestagswahl 2013 verwiesen werden, profitieren davon.

In Bezug auf die Wechselwähler kann zusammenfassend festgehalten werden, *dass die Parteien heute vor dem Problem stehen, anschlussfähige Kommunikationen zu generieren, bei denen das Verhalten des Wählers verlässlich in Richtung der Wahlhandlung zugunsten einer bestimmten Partei beeinflusst wird*. Dieser Umstand hängt mit dem fehlenden Irritationspotential innerhalb des politischen Systems, hervorgerufen durch (programmatische) Angleichungsprozesse, zusammen. Obwohl die Parteien aufgrund systemischer Imperative nicht in der Lage sind diesen Zusammenhang zu überwinden, erlaubt ihnen ihr Organisationscharakter gewisse Freiheiten im Hinblick darauf, Anschlussfähigkeit in eigener Sache zu erzeugen, die nicht zwangsläufig mit der Umsetzung interessenbasierter Mediation in Verbindung stehen müssen.

---

trauen eine Form von sozialem Kapital verstehen, eine „in soziale Beziehungen eingebundene Ressource, die weder einfach ‚erkauft' noch abseits der sozialen Beziehungspraxis »konstruiert« werden kann". Unter der Voraussetzung, dass sich soziale Beziehungen durch „gegenseitig *eingestelltes* und dadurch orientiertes Sichverhalten" (Weber 1980: 13, H.i.O.) auszeichnen, langfristige Bindungen zu Parteien mit dem Mitgliederrückgang aber immer seltener werden, scheint auch ein stabiles Vertrauensverhältnis zur Gesellschaft immer schwerer realisierbar.

328 Der Begriff »Imperativ« wird auch in Verbindung mit dem Systembegriff *nicht* in Anlehnung an Habermas (1987) gebraucht, da er sich auf das politische System selbst bezieht.

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Der abschließende Teil der Arbeit besteht aus vier Teilen. Zunächst werden die relevanten Ergebnisse zusammengefasst (4.1). Von hier aus lassen sich Rückschlüsse auf den Zustand der Beziehung zwischen Politik und Gesellschaft angeben (4.2). Darauf aufbauend schließen sich Überlegungen zu künftigen Forschungsfragen an (4.3), bevor im letzten Teil eine Empfehlung an die Parteien gegeben werden kann (4.4).

4.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es aus soziologischer Perspektive die Frage zu beantworten, ob die rückläufigen Mitgliederzahlen der deutschen Parteien Auswirkungen auf die Funktionserfüllung der Parteien und auf die generelle Beziehung zwischen Politik und Gesellschaft haben. Diese Zielstellung hat sich herauskristallisiert, weil die bisherigen Forschungsbemühungen zwei Mängel aufweist:

- Bislang konnte die Forschung kaum verbindliche Interpretationsleistungen hervorbringen. Diese Problematik betrifft besonders zwei wesentliche Punkte: (1) die Gründe für den Rückgang der Mitgliederzahlen und (2) welche Rolle die sozialstrukturelle Nivellierung der Parteienmitglieder bei der Funktionsumsetzung spielt. Da hier keine eindeutigen Ergebnisse existieren, können auch keine verbindlichen Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit der Parteien abgeleitet werden, was sich wiederum auf das Aufzeigen möglicher Konsequenzen auswirkt. Deshalb ist auch immer noch unklar, ob »Mitgliederparteien« derzeit (noch) den dominanten Parteientyp darstellen oder nicht.
- Die Frage danach, wie sich der Mitgliederrückgang auf die Beziehung zwischen Gesellschaft und Politik auswirkt und welche Folgen sich für das gesellschaftliche Gemeinwesen ergeben können, sind bisher unbeantwortet. Dies liegt zum einen am Fehlen verbindlicher Interpretationen und

zum anderen daran, dass diese spezielle Fragestellung bislang durch die Forschung nicht explizit bearbeitet wurde.

Da es sich bei dem Untersuchungsgegenstand nicht um einen genuin soziologischen handelt, musste die Thematik zunächst einem soziologischen Blickwinkel zugänglich gemacht werden. Da innerhalb der Soziologie kein grundlegender Parteienbegriff existiert und auch innerhalb der Politikwissenschaft kein einheitlicher Definitionsvorschlag sowie Funktionskatalog zu finden ist, erschien es sinnvoll, zunächst einen Begriff zu erarbeiten, der die soziologisch relevanten Funktionen von Parteien bündelt und auf diese Weise eine geeignete Grundlage für die Untersuchung schafft.

Bei der Erarbeitung dieses soziologisch fokussierten Parteienbegriffs wurden verfassungsrechtliche, politikwissenschaftliche, politisch-soziologische und allgemein-soziologische Ansätze herangezogen sowie einer historischen Dimension Rechnung getragen. Besonders wichtig bei der Aufstellung der Parteienfunktionen ist das Schaffen eines stabilen Rahmens, der eine differenzierte und analytisch klare Auswertung ermöglicht. Im Anschluss an den analytischen Begründungskontext der Parteien (Wiesendahl 1980: 105) erfolgte die Funktionsbestimmung in Richtung Gesellschaft, d.h. der Analyserahmen bezieht sich auf solche Funktionen, welche die Parteien für die Gesellschaft erbringen und nicht etwa auf solche, die sich aus ihrer Rolle als Regierungs- resp. Oppositionspartei ergeben. Diese Einschränkung ergibt sich aus der soziologischen Fokussierung und unterstreicht diese. Unter Berücksichtigung der „Probleme bei der Funktionsanalyse von Parteien“ (ebd. 185), orientierte sich die Erarbeitung an sieben Problemkomplexen, deren konsequente Abarbeitung die Möglichkeit eröffnete, die Unbeständigkeit der bisherigen Funktionskataloge zu überwinden. Unter Beachtung all dieser Faktoren in Verbindung mit den Forschungsergebnissen zu den »Mitgliederparteien« aus dem zweiten Kapitel kann nun folgender Definitionsvorschlag angegeben werden:

Aus soziologischer Perspektive handelt es sich bei Parteien in modernen Massendemokratien um formale, politische Vielzweckorganisationen, die durch rechtliche Maßnahmen und demokratietheoretische Vorstellungen gegenüber anderen politischen Organisationen Einflussvorteile genießen. Ihre Primärfunktionen in Form von Interessenvertretung und Konfliktregulierung ergeben sich aus ihrem gesellschaftlichen Ursprung und weisen

> *ihnen eine Stellung zwischen Gesellschaft und Politik zu. Mit dieser Positionierung ist ebenfalls eine Vermittlungsfunktion verbunden, deren Umsetzung sich in Richtung Gesellschaft durch den Einfluss auf die öffentliche Willensbildung, politische Sozialisation und Partizipation auszeichnet. Durch ihren Organisationscharakter ist den Parteien an der Akquise von Mitgliedern gelegen, die nicht nur die Parteiziele realisieren, sondern auch den Fortbestand der Partei sichern. Aufgrund dieses Selbsterhaltungsziels und der resultierenden Organisationsstrukturen, können die Parteien mit dem Etikett »Mitgliederparteien« versehen werden.*

Diese Begriffsbestimmung kann als »umfassende Definition« ausgewiesen werden, da sie, neben den funktionalen, auch strukturelle Eigenschaften von Parteien einbezieht. Struktur und Funktion sind durch die Parteienmitglieder aneinander gekoppelt (vgl. Giddens: 1984: 148), da die Strukturen die Handlungsmöglichkeiten der Mitglieder entscheidend prägen. Dadurch ergibt sich, dass der Zusammenhang zwischen der Struktur, den Mitgliedern und den Funktionen in zwei Richtungen gedacht werden kann:

- *Mitglieder → Funktion*: Wenn die Mitglieder die Parteienziele umsetzen, dann können Veränderungen der Mitgliederzusammensetzung die Funktionserfüllung beeinflussen. In der Regel werden hier zwei Szenarien diskutiert: (1) Führen die Mitgliederrückgänge der deutschen Parteien zu einem generellen Funktionsdefizit? (2) Führt die sozialstrukturelle Nivellierung der Parteienmitglieder dazu, dass die Mediationsfunktion nicht mehr realisiert werden kann?
- *Mitglieder → Struktur*: Veränderung in Anzahl oder Zusammensetzung der Mitgliedschaft können die Parteienstrukturen beeinflussen. Hier wird darüber diskutiert, ob die Mitgliederverluste der Parteien bereits ein Ausmaß angenommen haben, das die Typisierung als »Mitgliederpartei« nicht mehr rechtfertigt.

Beide Interpretationsrichtungen decken sich im Prinzip mit dem Problemaufriss innerhalb der Parteienforschung. Dennoch konnten bislang keine verbindlichen Ergeb-

nisse zur Bestätigung der Zusammenhänge produzieren konnte, vermutlich auch deshalb, weil die Notwendigkeit einer analytischen Trennung der beiden Richtungen nicht konsequent umgesetzt wurde. Entsprechende Defizite der Forschung wurden zu Beginn der Arbeit benannt und im Rahmen der vorliegenden Arbeit bearbeitet. Es können folgende Ergebnisse angegeben werden:

(1): Die Vermittlungsfunktion der Parteien ist ein spezielles Mediationsverfahren. Mögliche Funktionsdefizite sind Störungen im Kommunikationsprozess.
Unter Berücksichtigung des Forschungsstandes wurde die Mediationsfunktion der Parteien gewählt, um etwaige Funktionsdefizite aufzuzeigen. Dabei musste zunächst geklärt werden, was unter dieser Funktion genau zu verstehen ist, da auch hier die bisherigen Forschungsleistungen keine eindeutigen Ergebnisse ausweisen.

Ausgehend von einem allgemeinen Mediationsbegriff kann festgehalten werden, dass es sich bei der Mediationsfunktion der Parteien um ein *(kommunikatives) Lösungsverfahren zur Regulierung gesellschaftlicher Konflikte* handelt, bei dem die Parteien als Vermittler zwischen Politik (i.e.S. Staat resp. politisches Zentrum) und Gesellschaft fungieren. Im Gegensatz zu anderen Mediationen zeichnet sich diese Form durch zwei Besonderheiten aus, die zugleich noch einmal die Verflechtung zwischen Funktion und Organisationsstruktur der Parteien unterstreichen:

- Die Vermittlung ist nicht durch passive Neutralität des Mediators gekennzeichnet; unter Berücksichtigung der rechtlichen Sonderstellung der Parteien handelt es sich um *institutionelle Mediatoren*.
- Diese aktive Rolle resultiert historisch aus der Interessenvertretungsfunktion, da die Parteien entlang gesellschaftlicher Konfliktlinien entstanden sind. Deshalb lässt sich die Vermittlungsfunktion der Parteien als *interessenbasierte Mediation* beschreiben.

Die Vermittlungsfunktion kann analytisch in zwei Kommunikationsbereiche zerlegen werden, wobei die Konfliktregulierung nur dann zustande kommt, wenn beide erfolgreich durchlaufen werden. Diesbezüglich hat sich im Verlauf der Untersuchung herausgestellt, dass die Umsetzung der Mediation allem einzelnen Parteien zusammen obliegt, die Konfliktregulierung aber nur vom Parteiensystem als Ganzem ge-

leistet werden kann. Da der Analysefokus nur die öffentlichen Kommunikationen umfasst, d.h. die nicht-öffentlichen Verständigungen zwischen den Parteien und dem Staat weitestgehend ausgeklammert wurden, standen diejenigen Informationsübertragungen im Mittelpunkt, die zwischen den Parteien und der Gesellschaft stattfinden. Dabei nehmen die Parteien Interessen aus der Gesellschaft auf, verarbeiten sie zu Interessenvertretungsangeboten und kommunizieren diese in die Gesellschaft zurück. Vor dem Hintergrund eines möglichen Funktionserfüllungsdefizits stellte sich nun die Frage, wo innerhalb dieses Kommunikationsprozesses Störungen auftreten können, die sich zudem sinnvoll mit der Mitgliederentwicklung in Zusammenhang bringen lassen.

Zunächst stand der komplette Kommunikationsprozess auf dem Prüfstand. Geht man davon aus, dass es im einfachsten Fall von Kommunikation um die Übermittlung von Informationen geht, also mindestens zwei Personen beteiligt sein müssen, kommen an dieser Stelle partizipationstheoretische Überlegungen ins Spiel, denn wenn einer der beiden Kommunikanten nicht am Prozess teilnehmen kann oder will, dann kommt auch keine Informationsübertragung zustande. Verfolgt man diese Akteursperspektive weiter, dann rücken sowohl die Parteienmitglieder als auch die (Staats-) Bürger als mögliche Kommunikationsbeteiligte in den Vordergrund. Nach Auswertung des vorliegenden Datenmaterials lässt sich Folgendes festhalten:

- Dass die Parteienmitgliederzahlen rückläufig sind, ist unbestreitbar. Allein von hier aus schlussfolgern zu wollen, dass die Mediationsfunktion Umsetzungsdefiziten ausgesetzt ist, ist allerdings nicht möglich, da sich die Rückgänge der einzelnen Parteien stark unterscheiden. Sie reichen von 3,5% bei der CSU bis rund 46% bei der SPD. CDU und FDP weisen mittlere Verlustraten von knapp 23% bzw. 26% auf. Da die Funktionserfüllung nur sinnvoll mit den aktiven Mitgliedern in Verbindung zu bringen ist, wurde deren Entwicklung als Maßstab angesetzt. Die Daten zeigen, dass zwei der untersuchten Parteien (FDP, CDU) heute im Vergleich zum Partizipationshöhepunkt 1980, trotz des Mitgliederrückgangs, mehr Personen in sich vereinigen, die angeben, sich aktiv in die Parteiarbeit einzubringen. CSU und SPD haben derzeit weniger aktive Mitglieder, wobei auch hier ein großer Unterschied zwischen den beiden Parteien (knapp 3% bzw. 27,5%) festgestellt werden konnte. Da für Die Grünen und DIE LINKE

keine Vergleichsdaten vorliegen, können hier nur Schlüsse im Verhältnis zu den anderen Parteien gezogen werden. Es zeigt sich, dass diese Parteien zusammen mit der FDP insgesamt höhere Anteile aktiver Mitglieder aufweisen als die beiden Volksparteien, in der Regel um die 30 Prozent. Die Datenlage rechtfertigt demzufolge keinesfalls die Behauptung, dass die Parteien heute aufgrund des Mitgliederrückgangs grundsätzlich nicht in der Lage wären, am Kommunikationsprozess mit der Gesellschaft zu partizipieren.

- Um entscheiden zu können, ob sich die Partizipationsbereitschaft der Bürger verringert hat, musste eine (konventionelle) Kommunikationsform gefunden werden, die auch von einem Großteil der Bevölkerung genutzt wird. Für kaum genutzte Formen, beispielsweise das Schreiben eines Briefes an einen Abgeordneten, wäre das Ergebnis nicht generalisierbar. Die Entscheidung fiel zugunsten der Wahlhandlung, die als Anschlusskommunikation anzusehen ist und die in Form der Wahlbeteiligung eine empirische Überprüfung erlaubt. Obwohl sich die Wahlbeteiligung seit 1949 tendenziell verringert hat, ist sie im Zeitverlauf mehr oder weniger großen Schwankungen unterworfen und liegt heute mit über 70% immer noch auf einem hohen Niveau. Daraus kann abgeleitet werden, dass auch die Bevölkerung bereit ist, sich am Kommunikationsprozess zu beteiligen.

Trotz der rückläufigen Partizipationsbereitschaft sowohl in Form der Parteimitgliedschaft als auch in der Rolle als (Staats-) Bürger lassen sich keine Anhaltspunkte dafür finden, dass die Umsetzung der Mediationsfunktion aufgrund fehlender Kommunikationsteilnehmer gefährdet ist. Falls dennoch Defizite vorhanden sind, müssen diese an anderer Stelle zu finden sein.

Um die Kommunikationsbeziehung zwischen den Parteien und der Gesellschaft systematisch nach weiteren Störquellen untersuchen zu können, mussten weitere Ergebnisse der Mitgliederforschung berücksichtigt werden. Neben den Darstellungen zur zahlenmäßigen Verkleinerung der Parteimitgliedschaft existieren auch Befunde, die für die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Parteienmitglieder starke Nivellierungstendenzen konstatieren. Dies sei deshalb problematisch, da durch die Dominanz von Personen mit bestimmten sozialen Merkmalen, wie höhere Bildung und Beschäftigung im öffentlichen Dienst, einige Bevölkerungsgruppen

ihre Interessen durch die Parteien nicht mehr repräsentiert sähen und deshalb die Kommunikation verweigerten. Insofern läge hier ein Erreichbarkeitsproblem in Verbindung mit dem Risiko eines Kommunikationsabbruchs vor. Da diese Gefahren auch von der Systemtheorie thematisiert werden, rückte diese als theoretischer Unterbau in den Fokus. Es wurde demzufolge induktiv vorgegangen, wobei der Kommunikationsprozess in Teilabschnitte gegliedert werden konnte.

Zusammen mit dem Problem des Missverstehens ließen sich unter Berücksichtigung der sozialstrukturellen Nivellierung drei Bereiche identifiziert, in denen Störungen im Kommunikationsprozess möglich sind. In Analogie zur Unterscheidung in die beiden Partizipationsbereiche »Parteimitgliedschaft« und »(Staats-) Bürger«, konnten zunächst in Richtung Parteien zwei Fragen formuliert werden:

- *Erreichbarkeit*: Sind die Parteien trotz der sozialstrukturellen Nivellierung der Parteienmitglieder heute überhaupt in Lage, alle relevanten Bevölkerungskreise zu erreichen, um so etwaige Konfliktlagen in der Gesellschaft aufzudecken?
- *Missverstehen*: Sind die Parteien trotz der sozialstrukturellen Nivellierung der Parteienmitglieder heute überhaupt in Lage, Informationen aus der Bevölkerung verzerrungsfrei zu decodieren, um so etwaige Konfliktlagen in der Gesellschaft aufzudecken?

Die Ergebnisse der Analyse werden weiter unten dargestellt, da die Thematik einen eigenständigen Defizitbereich der bisherigen Forschungsleistungen repräsentiert. In Bezug auf die (Staats)- Bürger und damit in Richtung Gesellschaft fokussiert, stellt sich die Frage nach der Anschlussfähigkeit von Kommunikationen. Möchte man hier am systemtheoretischen Modell festhalten, muss beachtet werden, dass generalisierte Kommunikationsmedien ins Spiel kommen, die nicht aus der Akteursperspektive heraus angewendet werden können. Die Perspektive wechselt auf die Makroebene und damit auf die Parteien als Organisation. Dadurch lässt sich in Richtung Gesellschaft folgende Frage formulieren:

- *Anschlussfähigkeit*: Wird das Kommunikationsangebot der Parteien von den Bürgern angenommen, d.h. sind Anschlusskommunikationen generierbar?

Wenn hier die Parteien als Organisationen in die Untersuchung einbezogen werden, muss zweierlei berücksichtigt werden: Erstens den Parteien als Organisation muss ein Selbsterhaltungsinteresse unterstellt werden. Zweitens, da die Parteien Teil des politischen Systems sind, können Probleme bei der Anschlussfähigkeit von Kommunikationen auch Auswirkungen auf das gesamte System haben. Daraus resultiert, dass das Generieren von Anschlusskommunikationen einmal in Richtung Parteien und einmal in Richtung politisches System untersucht werden muss. Da hier die Interpretation den Analyserahmen in geringem Maße in Richtung politische Ebene ausdehnt und so die gesamte Mediationsfunktion stärker in den Blick genommen werden kann, lassen sich über die Anschlussfähigkeit Rückschlüsse auf die Beziehung zwischen Gesellschaft und Politik ziehen. Aus diesem Grund wird die Darstellung der Ergebnisse auf Kapitel 4.2 verschoben.

(2) Die Gründe für den Mitgliederrückgang lassen sich nur durch die differenzierte Betrachtung zweier Untersuchungszeitpunkte hinreichend klären. Es können gesellschaftliche und organisationsbezogene Ursachen aufgezeigt werden.
Die bisherige Forschung zeigt ein mehr oder weniger buntes Sammelsurium möglicher Ursachen für den Mitgliederrückgang auf. Die wenigen systematischen Arbeiten zu diesem Thema kommen im Ergebnis zu eher vagen Urteilen oder stellen Faktoren heraus, deren Einfluss ausgeschlossen werden kann. Dieser Umstand muss als unbefriedigend eingestuft werden, da nur nach dem Benennen von Ursachen eventuelle Gegenmaßnahmen abgeleitet werden können.

Um die Frage nach den Ursachen für die rückläufigen Mitgliederzahlen hinreichend beantworten zu können, muss man sich zunächst von dem Gedanken lösen, man könne Gründe finden, die sich linear von 1980 bis heute nachzeichnen ließen. Auch die widersprüchlichen Ergebnisse der bisherigen Forschung, beispielsweise in Bezug auf den Wertewandel oder die politische Mobilisierung resp. Demobilisierung, erscheinen weniger dramatisch, wenn berücksichtigt wird, dass soziale Prozesse paradoxe Ergebnisse produzieren können, die dennoch gleichberechtigt nebeneinander stehen. Gleichzeitig können gesellschaftliche Modernisierungsprozesse Folgen haben, die ihrerseits selbst Ursachencharakter entwickeln können. Beispielsweise führt Individualisierung zu mehr Eigenverantwortung, die wiederum pathologische Effekte haben kann, sofern die damit verbundenen individuellen Risikolagen

das Individuum überfordern.

All diese Annahmen sind Gründe dafür, die Untersuchung der Ursachen für den Mitgliederrückgang innerhalb der deutschen Parteien zeitabhängig anzusetzen. Besonders zwei Untersuchungszeitpunkte bieten sich an: (1) 1980, da hier die Parteien in der Summe die meisten Mitglieder in sich vereinigen konnten und (2) heute (2007/2009), da die Parteien nunmehr den geringsten Mitgliederbestand aufweisen und sich immer noch mit Mitgliederverlusten konfrontiert sehen. Da die Parteien ihre Mitglieder aus der gesellschaftlichen Umwelt rekrutieren, ist es wahrscheinlich, dass Umweltveränderungen beim Rückgang der Mitgliederzahlen eine Rolle spielen. Und in der Tat lassen sich stichhaltige Belege dafür finden, dass Modernisierungsprozesse, die bereits in den 1960er Jahren einsetzten, als Erklärung für den Mitgliederverlust in den 1980er Jahren herangezogen werden können.

- *Milieuerosion*: Die historisch gewachsene Verbindung zwischen sozial-moralischen Milieus und Parteien begann sich im Zuge von Säkularisierung und Tertiärisierung aufzulösen, da die milieubildenden gesellschaftlichen Konflikte in den Hintergrund rückten. Gleichzeitig bildeten sich neue Konfliktstrukturen heraus, die durch die vorhandenen Parteien programmatisch nicht abgedeckt wurden. Die Gründung der Grünen ist in diesen Kontext einzuordnen. Die Erosion der traditionellen Sozialmilieus führte demnach zur Veränderung der Parteienumwelt, d.h. zur Herausbildung neuer sozialer Gruppierungen und damit auch zu anderen Interessenlagen der Gesellschaft. Die Neueintritte in die Parteien blieben deshalb aus, weil die bisherigen Rekrutierungslager verschwanden und die neuen gesellschaftlichen Zusammenschlüsse Interessen aufwiesen, die nicht mit den Interessenvertretungsangeboten der Parteien übereinstimmten.
- *Individualisierung*: Mit der Erosion traditioneller Sozialmilieus ist der Prozess der Individualisierung verbunden. Zusammengefasst beschreibt der Begriff die Entwicklung, die zur Entstehung der neuen gesellschaftlichen Gruppen im Anschluss an die Milieuerosion führt. Neben der sozialen Lage spielen dabei wertebezogene Haltungen eine Rolle. Dies begünstigt die Ausbildung pluralisierter Interessenlagen,

> da die neuen Milieus in beiden Dimensionen mehrere Ausprägungen aufweisen können und sich partiell überlagern. Dadurch können selbst die Interessen innerhalb eines Milieus variieren. Die Bildung gemeinsamer Bewusstseinslagen kann sich deshalb nicht mehr an homogenen Milieuverhältnissen orientieren und erfolgt nach dem Kriterium individueller Betroffenheit, die zudem verhältnismäßig kurzzeitig sein kann. Dies deckt sich mit dem generellen Befund der Lebenslaufforschung, die einen Übergang zu diskontinuierlichen Lebensläufen konstatiert. Sich in eine Partei einzubringen, deren Mitgliedschaft auf Dauer angelegt ist, erscheint vor diesem Hintergrund wenig sinnvoll.

Diese Befunde können innerhalb der Forschung als gesichert gelten. Sie zeichnen nach, dass sich die Parteienumwelt verändert hat, sodass den Parteien ihre traditionellen Rekrutierungslager verloren gingen. Gleichzeitig bildeten sich neue soziale Milieus heraus, die potentielle Parteienmitglieder zur Verfügung stellen. Aufgrund der fehlenden Kongruenz zwischen den neuen Milieus und den Parteien, besonders deren Programmatik, werden diese Personen aber nicht mehr, sozusagen automatisch, den Weg in die Parteien finden. Da die Funktionserfüllung sowie das Überleben der Parteien als Organisation aber an die Mitglieder gekoppelt ist, müssen Maßnahmen von Seiten der Parteien veranlasst werden, um trotz der Umweltveränderungen Mitglieder zu rekrutieren. Die wenigen konkreten Aktionen, wie die Einführung von Bonus-Systemen oder »Schnuppermitgliedschaften«, weisen darauf hin, dass die Parteien versucht haben, neue Anreizstrukturen zu schaffen. Aufgrund der nach wie vor unbefriedigenden Mitgliederentwicklung drängt sich aber der Verdacht auf, dass die Wirkung dieser Mittel eher schwach ist. Deshalb erschien es auch nicht zielführend, die konkreten Maßnahmen in die Analyse einfließen zu lassen. Mehr Aussicht auf Erfolg versprach ein anderes Vorgehen. Ausgehend von Milieuerosion und Individualisierung wurde danach gefragt, welche Folgen dieser Prozesse sich heute hemmend auf die Bereitschaft auswirken, sich in einer Partei zu engagieren. Folgende Faktoren wurden identifiziert:

- *Wertewandel*: Im Zuge der Individualisierung kam es zu Verschiebungen innerhalb des Wertesystems. Obwohl sowohl Selbstentfaltungs- als auch Pflicht- und Akzeptanzwerte existieren, liegt heute das Primat auf den Selbstentfaltungswerten. Daraus resultiert, dass das individuelle Handeln stärker an den Wünschen, Vorlieben und Interessen des Einzelnen und nicht am Kollektiv ausgerichtet ist.
- *Freizeitverhalten und Mediennutzung*: Wenn sich das individuelle Verhalten stärker an Selbstentfaltungswerten orientiert, wirkt sich dies auch auf das Freizeitverhalten aus. Die Bereitschaft, einem Verein oder einer Organisationen beizutreten, ist nur dann gegeben, wenn sie mit dem neuen Wertemuster vereinbar ist. Die Parteien können aus strukturellen Gründen individualistischen Bedürfnisse kaum befriedigen, mit der Folge, dass andere Freizeitangebote heute eine starke Konkurrenz für die Parteien darstellen, wie z.B. die modernen Medien.
- *Neue soziale Beteiligungsformen*: Auch neue soziale Beteiligungsformen, wie NGO´s oder Bürgerinitiativen gehen mit dem individualisierten Werteprimat kongruent, da sie temporäre Partizipation erlauben. Sie befriedigen zudem das Bedürfnis, einen aktiven, individuellen Beitrag zu leisten. Da die Parteien aufgrund ihres Organisationscharakters diesen Forderungen nicht nachkommen können, stehen neue soziale Bewegungen ebenfalls in Konkurrenz zu den Parteien.

Es kann geschlussfolgert werden, dass als Folge von Milieuerosion und Individualisierung die *individuellen Handlungsgrundlagen innerhalb der Gesellschaft mit der kollektivistischen Handlungsorientierung der Parteien kollidieren.* Die realen, hoch flexiblen Lebensbedingungen in Verbindung mit dem Primat der Selbstentfaltungswerte und der resultierenden Auffächerung von Interessenlagen stehen im strickten Widerspruch zum Entweder-oder-Prinzip der Parteien. Da sich diese Differenz sowohl extern in Richtung Interessenvertretung als auch intern in Richtung gemeinsame Zielerreichung auswirkt, lässt sich dieses Defizit auch innerorganisatorisch aufzeigen.

- *Organisationsstruktur*: Der Organisationscharakter, d.h. der Gemeinschaftsgedanke, der Parteien bedingt, dass der Beitrag des Einzelnen bei der Umsetzung von Zielen nicht individuell berücksichtigt werden kann. Dies widerspricht dem Grundsatz der Selbstentfaltungswerte.
- *Wahrgenommene Vorteile*: Ähnliches lässt sich auch für die Vorteile aufzeigen, die dem Einzelnen aus seinem Engagement in Parteien zuteil werden können. Da in Organisationen kein Platz für Individualinteressen ist, ist auch der wahrgenommene Nutzen für den Einzelnen insgesamt zu diffus, um partizipatorischen Charakter zu entwickeln.

Da die Diskrepanz zwischen den handlungsanleitenden Werten der Gesellschaft und der Parteien ein grundlegendes Problem zu sein scheint, da es sich auf verschiedene Weise negativ auf die Partiziaptionsbereitschaft der Bürger auswirkt, sich in Parteien zu organisieren, müssten Maßnahmen, die das Rekrutierungspotential (wieder) steigern, an dieser Stelle ansetzen. Die Parteien müssten versuchen die Differenz der Werteausprägungen zu reduzieren. Dies erscheint nur möglich, wenn die Parteienstrukturen modifiziert werden. Grundsätzlich sind innerorganisatorische Anpassungsprozesse sind aufgrund der Interdependenzen zwischen Handlung und Struktur schwierig. In Bezug auf das Anpassungspotential der Parteien kommen erschwerend zwei Dinge hinzu: erstens rechtlich Vorschriften des PartG und zweitens die sozialstrukturelle Nivellierung der Parteienmitglieder, welche die bestehenden Strukturen förmlich zementiert.

(3) Die sozialstrukturelle Nivellierung hat Auswirkungen auf die Mediationsfunktion, führt aber nicht pauschal zu Problemen. Es zeigen sich ein Generationsdefizit sowie Decodierungsprobleme. Darüber lässt sich ein Zusammenhang mit strukturellen Anpassungsdefiziten der Parteien aufzeigen.

Die sozialstrukturelle Nivellierung der Parteienmitglieder wird, neben dem allgemeinen Rückgang der Mitgliederzahlen, als zweiter Faktor ins Spiel gebracht, wenn Defizite der Mediationsfunktion diskutiert werden. In der Regel wird von folgender Verbindung ausgegangen: Die Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen können nur dann politisch vertreten werden, wenn Mitglieder dieser Gruppen innerhalb der Parteienmitgliedschaft vertreten sind. Da sich die Parteienmitglieder heute überwie-

gend aus Personen mit ähnlichen sozialstrukturellen Merkmalen zusammensetzen, könnten zu bestimmten Gesellschaftsgruppen keine Kommunikationsbeziehungen unterhalten werden. Deren Interessen fließen folglich nicht in den politischen Prozess ein; die Regulierung bestimmter gesellschaftlicher Konfliktlagen bleibt aus. Dieser mögliche Zusammenhang wurde in der vorliegenden Arbeit in Verbindung mit dem Problem der Erreichbarkeit und der Gefahr des Missverstehens innerhalb von Kommunikationsprozessen überprüft. In beiden Fällen wurden, ergänzend zu systemtheoretischen Implikationen, weitere Konzepte aus Soziologie und Psychologie berücksichtigt, da hier auf der Ebene der Akteure gearbeitet wurde. Grundsätzlich bestätigt das vorliegende Zahlenmaterial die sozialstrukturelle Nivellierung der Mitglieder über alle Parteien hinweg. Von resultierenden Beeinträchtigungen auf die Mediationsfunktion kann pauschal aber nicht gesprochen werden. Es bedarf auch hier einer Betrachtung im Detail.

- *Erreichbarkeit*: Die Frage, ob alle relevanten Bevölkerungsgruppen vor dem Hintergrund parteiübergreifender sozialstruktureller Nivellierung der Mitgliedschaften überhaupt kommunikativ erreichbar sind, kann unter Berücksichtigung einer Einschränkung ganz klar bejaht werden. Die Daten zeigen zweierlei: Zum einen sind alle relevanten Gruppen, d.h. solche, die überindividuelle Konflikte ausbilden können, in den Parteien vertreten; einige, z.B. Frauen, heute sogar stärker als 1980. Zum anderen involvieren die Parteien heute auch neue soziale Gruppen, die sich erst zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten herausgebildet haben. Auffallend dabei ist, dass sich ansonsten unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen in nennenswertem Umfang nur in die neueren Parteien, Die Grünen und DIE LINKE, einbringen, wohingegen die traditionellen Parteien lediglich die ohnehin stark vertretenen Gruppen ansprechen. Diese Rekrutierungsleistung der beiden Parteien über die allgemeine Tendenz hinaus kann mit programmatischen Besonderheiten in Verbindung gebracht werden und deutet auf eine bessere Passung mit spezifischen Bedürfnislagen hin. Ein Befund trübt allerdings dieses, ansonsten positive Ergebnis: Obwohl auch die Gruppe der Unterdreißigjährigen in den Parteien vertreten ist, war deren Anteil bereits 1980 eher gering und konnte bis zum zweiten Untersuchungszeitpunkt nicht gesteigert werden.

- In Bezug auf die Gefahr, Missverständnisse bei der Decodierung gesellschaftlicher Interessen zu verursachen, fällt die sozialstrukturelle Nivellierung stärker ins Gewicht, da hier die verschiedenen Gruppengrößen innerhalb der Parteien zum Tragen kommen. Wichtig ist zunächst, wo innerhalb der Parteien die Informationen aus der Gesellschaft decodiert werden. Sofern an diesem Decodierungsprozess die einfachen Parteimitglieder beteiligt sind, sollten sich aufgrund der Berührungspunkte zum gesellschaftlichen Variablenfeld kaum Verzerrungen zeigen. Wenn das Geschehen, wie heute üblich, von ranghohen Parteienmitgliedern bestimmt wird, d.h. das Verstehen fast ausschließlich auf Grundlage von politischem Spezialwissen zustande kommt, steigt die Wahrscheinlichkeit für Missverstehen. Zudem erhöht sich dieses Potential durch den Einsatz externer Agenturen und der Medien. Als zweiter wichtiger Punkt stellt sich die Frage, wer die decodierten Informationen innerhalb der Partei nach thematischer Relevanz strukturiert. Hier spielt die nivellierte Sozialstruktur der Mitgliedschaft eine Rolle. Denn selbst wenn die Informationen korrekt decodiert werden, heißt das aufgrund innerparteilicher Gruppenverhältnisse nicht, dass ein bestimmtes Thema auch parteipolitische Relevanz erfährt. Da dies für alle Parteien in ähnlicher Weise zutrifft, muss von einem hohen Potential für Missverstehen ausgegangen werden.

Augenscheinlich sind es zwei Problemlagen, die sich negativ auf den Kommunikationsprozess zwischen den Parteien und der Gesellschaft auswirken: ein *Generationsdefizit*, das kein spezifisch neues Phänomen ist, sich im Zeitverlauf aber zugespitzt hat, und ein *Verständnisproblem*, das die Verarbeitung von Umweltkomplexität betrifft und gleichzeitig eine Schnittstelle für verschiedene Faktoren bildet.

- *Generationsdefizit:* Dass ein solches Defizit existiert, ist hinlänglich bekannt. Als Ursachen werden in der Regel Veränderungen benannt, die sich durch Milieuerosion zeigen, sowie die Überalterung innerhalb der Parteien, der eine abschreckende Wirkung attestiert wird. Beide Faktoren erscheinen plausibel, erklären aber nicht, wieso sich das Defizit ausgeweitet hat. Dies kann auf die undifferenzierte Ursachenforschung zurückgeführt

werden. Wie gezeigt wurde, hat sich das Werteprimat zwischen den beiden Untersuchungszeitpunkten zugunsten der Selbstentfaltungswerte verschoben. Studien belegen, dass sich dies besonders für die jüngere Generation nachweisen lässt. Da die Parteien aufgrund ihres Organisationscharakters kollektivistische Werte als Handlungs- und Entscheidungsgrundlage aufweisen, muss davon ausgegangen werden, dass sich das Passungsdefizit der Wertekonstellationen besonders zwischen den Parteien und der jüngeren Generation zeigt. Damit lässt sich zwar nicht erklären, wieso Personen dieser Altersgruppe grundsätzlich schwerer zu erreichen sind, es wird aber verständlich, wieso sich die Rekrutierungsleistung der Parteien weiter verschlechtert hat.

- *Verständnisproblem:* Dieses Problem erklärt die Verbindung zwischen dem Mitgliederrückgang und der sozialstrukturellen Nivellierung der Parteienmitglieder. Obwohl die Kausalität bis zum Schluss nicht eindeutig geklärt werden konnte, ist festzuhalten, dass es einen Zusammenhang zwischen der sozialstrukturellen Nivellierung und der programmatischen Angleichung der Parteien gibt. Letzter steht dabei im strikten Widerspruch zu den pluralisierten Interessenlagen innerhalb der Gesellschaft. Es kann angenommen werden, dass es sich um einen zirkulären Zusammenhang handelt. Eine mögliche Interpretationsrichtung ist folgende: Aufgrund der sozialstukturellen Nivellierung der Mitgliedschaft über alle Parteien hinweg werden die Informationen aus der Gesellschaft durch und zugunsten einer dominanten Gruppe innerhalb der Parteien gefiltert und aufgearbeitet. Die Rückmeldung an die Gesellschaft in Form von Interessenvertretungsangeboten wird sich zwischen den Parteien inhaltlich kaum voneinander unterscheiden. Diejenigen Bevölkerungsgruppen, deren Interessen bei diesen Angeboten nur marginal oder gar nicht berücksichtigt werden, werden auch nicht den Weg als Mitglieder in eine Partei finden. Dadurch bleiben die innerparteilichen Gruppenverhältnisse bestehen. Der Kreislauf kann von Neuem beginnen. Dass es innerhalb der neueren Parteien auch verstärkt Mitglieder gibt, die nicht dem allgemeinen sozialstrukturellen Trend entsprechen, ist vermutlich dem Alter dieser Parteien geschuldet. Diese wurden ursprünglich mit nur wenigen Programmpunkten, die von den traditionellen Parteien nicht oder nicht hinreichend berücksichtigt wurden,

beispielsweise das Ökologiethema oder die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit, gegründet und sprachen zunächst Gesellschaftsgruppen an, deren Interessen sich in den Programminhalten widerspiegeln. An dem Punkt, an dem sich die typischen Strukturen innerhalb der Parteien etablieren, d.h. ein gewisser formaler Stand erreicht wird, beginnen diese Strukturen genau für diejenigen Bevölkerungsgruppen attraktiv zu werden, deren Merkmale die sozialstrukturelle Nivellierung umfasst.

Es wurde bereits erwähnt, dass die sozialstrukturelle Nivellierung nicht nur Auswirkungen auf die Erreichbarkeit und die Decodierungsfähigkeit der Parteien haben kann, sondern auch auf die Anpassungsfähigkeit der Parteien verstanden als Organisationen. Aus den Ausführungen zum Verständnisproblem lässt sich ein erster Hinweis entnehmen. Dieser kann weiter konkretisiert werden:

- *Strukturwandel und sozialstrukturelle Nivellierung*: Durch die Verflechtung von Struktur und Handlung ist Strukturwandel nur dann möglich, wenn die handelnden Mitglieder diesen initiieren und umsetzen. Dabei kann zwischen abruptem und graduellem Wandel unterschieden werden. Ersterer muss in der Regel durch die Parteiführung veranlasst werden und ist meist an ein externes Ereignis, wie eine Wahlniederlage, geknüpft. Letzterer wird dadurch hervorgerufen, dass die Mitglieder ihre Handlungen nicht mehr exakt an den Strukturen ausrichten, sich demzufolge kleinere oder größere Modifikationen zeigen, die dann auf die Strukturen zurückwirken und diese ebenfalls verändern. In den Parteien können beide Formen des Wandels zur Anwendung kommen. Dabei sind dem abrupten Wandel aufgrund parteiinterner Machtasymmetrien in Verbindung mit dem Risiko des Statusverlustes Grenzen gesetzt. Die Wahrscheinlichkeit für graduellen Wandel ist aufgrund der nivellierten Sozialstruktur innerhalb der Parteien im Grunde gleich null. Dies kann erklärt werden, wenn ein bestimmtes sozialstrukturelles Merkmal gesondert berücksichtigt wird: die berufliche Stellung. Die meisten Parteienmitglieder sind heute im öffentlichen Dienst beschäftigt. Das hat verschiedene Gründe, wie ausreichend Zeitressourcen oder die Antizipation beruflicher Vorteile. Was dieses Beschäftigungsverhältnis grundsätzlich auszeichnet, ist die strenge Verknüp-

fung zwischen beruflichem Erfolg und der Einhaltung von Vorschriften. Dieses Muster verinnerlicht, verhalten sich die öffentlich Bediensteten in den Parteien analog. Die bestehenden Strukturen werden konsequent umgesetzt. Da auch hier das Belohnungssystem in Form parteiinternen Aufstiegs (Ochsentour) an die Umsetzung gebunden ist, sind mitgliederinduzierte Strukturmodifikationen im Prinzip ausgeschlossen. Da die bestehenden Strukturen aber für andere Gruppen, besonders für die junge Generation, hochgradig unattraktiv sind, bleibt deren Rekrutierungspotential entsprechend gering. Dadurch reproduziert sich das Generationsdefizit, da es genau die Gruppe der Unterdreißigjährigen ist, welche die strukturelle Modernisierung im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten in Richtung Sowohl-als-Auch vorantreiben könnte.

(4) Ob die heutigen Parteien (noch) Mitgliederparteien sind, kann abschließend nicht geklärt werden.

Die Frage, ob die heutigen Parteien (noch) als Mitgliederparteien typisiert werden können oder nicht, kann auf Grundlage dieser Arbeit nicht hinreichend geklärt werden. Grund dafür ist die Tatsache, dass diese Fragestellung kein primärer Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist und durch den begrenzten Analysefokus nicht alle relevanten Faktoren, die eine hinreichende Beantwortung rechtfertigen würden in die Arbeit einbezogen werden konnten. Da die Analyse aber prinzipiell vor dem Hintergrund der Mitgliederparteien durchgeführt wurde, soll dieser Aspekt kurz diskutiert werden. Eine solche Diskussion kann sich immer nur im Rahmen bestehenden Kriterien bewegen. Weil diese für den Parteientyp aber sehr unscharf formuliert und durch die vorliegende Arbeit nicht konkretisiert wurden, können an dieser Stelle lediglich Hinweise gegeben werden.

- *Breite Verankerung innerhalb der Gesellschaft*: Legt man hier den Befund zugrunde, dass alle relevanten Bevölkerungsgruppen in den Parteien vertreten und damit prinzipiell erreichbar sind, kann von einer breiten gesellschaftlichen Verankerung gesprochen werden.
- *Große Anzahl partizipierender Mitglieder*: Da die Parteien in der Summe heute nur rund 5000 Mitglieder weniger haben, die sich sehr oder ziemlich

aktiv in den Parteien engagieren, und zwei Parteien, trotz des Mitgliederrückgang, heute sogar mehr aktive Mitglieder in sich vereinigen als 1980, kann sehr wohl eine große Anzahl partizipierender Mitglieder unterstellt werden.

- *Selbstwahrnehmung und Struktur*: Die Parteien selbst sehen sich nach wie vor als Mitgliederparteien. Auch deren Strukturen orientieren sich an diesem Parteientyp. Beispielsweise rekrutieren sie ihr Personal noch immer über die Ochsentour, obwohl es die Mitgliederdichte mitunter gar nicht mehr erlaubt.

Diese Befunde sprechen dafür, dass die heutigen Parteien weiterhin als Mitgliederpartei bezeichnet werden können. Da diese Einschätzung aber auf Grundlage einer sehr selektiven Analyse zustande gekommen ist, sind weitere Untersuchungen nötig, um ein abschließendes Urteil bilden zu können.

4.2 Zur Beziehung zwischen Gesellschaft und Politik

Die Beziehung zwischen Gesellschaft und Politik wurde in der vorliegenden Arbeit als funktionaler Zusammenhang betrachtet. Aufgabe der Politik, oder genauer des politischen Systems, ist es, kollektiv bindende Entscheidungen zur Verfügung zu stellen, die einerseits die gesellschaftlichen Ziele definieren und andererseits ein friedliches gesellschaftliches Zusammenleben aufrechterhalten. Das ist aber nur dann möglich, wenn gesellschaftliche Konfliktlagen erkannt werden, da nur so realistische Entscheidungen getroffen werden können. Weil das politische System selbst nicht in der Lage ist, gesellschaftliche Interessen aufzunehmen, haben sich an der Grenze zwischen Gesellschaft und politischem System Parteien etabliert, die vermittelnd wirken sollen. Die Aufgabe der Parteien ist hier die gesellschaftlichen Interessen in der Weise zu bearbeiten, dass sie vom System verstanden werden, d.h. es handelt sich hier um eine Übersetzungsleistung. Wenn eine Information vom politischen System einmal verstanden wurde, ist dies ein dauerhafter Zustand, d.h. die Informationen müssen nicht ständig aufs Neue politisch fruchtbar gemacht werden. Eine ent-

scheidende Rolle kommt den Parteien demzufolge bereits zu Beginn des Prozesses zu, und besonders dann, wenn sich Interessenlagen bilden, die dem politischen System unbekannt sind. Um also entscheiden zu können, ob die Regulierungsleistung des politischen Systems gegeben ist, muss die Rolle der Parteien berücksichtigt werden.

In der vorliegenden Arbeit wurde untersucht, ob die Mediationsfunktion der Parteien aufgrund rückläufiger Mitgliederzahlen Defizite bei der Umsetzung aufweist. Hintergrund ist, dass Modernisierungsprozesse die Parteienumwelt verändert haben. Durch Milieuerosion und Individualisierung ist die Sozialstruktur komplexer geworden, was im Bereich gesellschaftlicher Interessen zu Pluralisierung führt. Wie bereits dargestellt wird davon ausgegangen, dass die Interessen einer konkreten Gesellschaftsgruppe nur dann von den Parteien aufgenommen werden können, wenn Personen dieser Gruppe als Mitglieder in den Parteien vertreten sind. Studien belegen allerdings, dass die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Parteienmitglieder immer homogener wird. Folglich muss unterstellt werden, dass bestimmte Interessen von den Parteien gar nicht aufgenommen werden können. In der Konsequenz würde das bedeuten, dass das politische System auf bestimmte Konflikte nicht mehr reagieren kann, was den funktionalen Zusammenhang zwischen Politik und Gesellschaft ernsthaft gefährden würde.

Nun deuten die tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland nicht gerade auf einen krisenhaften Zustand hin, der durch intensive und gewaltsame gesellschaftliche Konflikte geprägt wäre. Gibt es also gar keine Probleme mit der Mediationsfunktion der Parteien? Und wenn doch, wie kommt Konfliktregulierung dann zustande?

Zunächst kann festgehalten werden, dass durchaus Mediationsprobleme existieren. Es lässt sich ganz eindeutig nachweisen, dass es den Parteien gar nicht gelingen kann, das gesamte Spektrum gesellschaftlicher Interessen aufzunehmen.

- Die zunehmende Professionalisierung innerhalb der Parteien führt zu Decodierungsproblemen aufgrund der Differenz in den Wissensvorräten zwischen der Gesellschaft als Sender und den Parteien als Empfängern einer Botschaft. Deshalb ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass eine gesellschaftliche Problemlage als solche nicht erkannt wird.

- Ähnliches resultiert auch aus der nivellierten Sozialstruktur. Hier sind es nicht nur die Unterschiede in den Wissensvorräten, sondern auch die Möglichkeit, decodierte Informationen im Nachgang (einseitig) nach Relevanz zu ordnen, die eine Bearbeitung durch das politische System verhindert.
- Auch die zentrumsnahe Stellung der Parteien innerhalb des politischen Systems hat Auswirkungen auf die Fähigkeit, Interessenlagen aufzudecken. Grund dafür ist der Umstand, dass sich die Parteien zu sehr an den Themen orientieren, die bereits für den politischen Prozess fruchtbar gemacht wurden.

Auf Grundlage der vorliegenden Untersuchungsergebnisse, insbesondere zu den sozialstrukturellen Merkmalen der Parteienmitglieder, kann angemerkt werden, dass diese Problemlagen nicht neu sind.

- Es ist anzunehmen, dass sich die Wissensvorräte von ranghohen Parteimitgliedern schon immer von denen anderer Gesellschaftsmitglieder unterschieden haben. Dies hängt mit spezifischen Erfahrungen zusammen, durch die sich Spezialwissen bildet.
- Erste sozialstrukturelle Angleichungstendenzen innerhalb der Parteimitgliedschaft lassen sich bereits vor 1980 konstatieren. Zudem waren einige Gesellschaftsgruppen von jeher mehr oder weniger stark in den Parteien vertreten.
- Die Nähe der Parteien zum politischen Zentrum ist auf Grundlage des GG und des PartG schon seit Ende des Zweiten Weltkrieges gegeben.

Wenn aber die identifizierten Probleme ein dauerhaftes Phänomen sind und bereits seit vielen Jahren die Funktionsfähigkeit der Mitgliederparteien aus einer Change- bzw. Decline-Perspektive diskutiert wird, wieso rückt die Thematik hier erneut in den Fokus? Denn wie bereits Wiesendahl (2003: 29) feststellt: „Wenn Parteien Mitglieder verlieren, muss trotz der entstandenen Lücken nicht sofort der Notstand ausbrechen“. Die Antwort darauf hat etwas damit zu tun, dass die Datenlage eine Ausweitung des Mediationsdefizits vermuten lässt.

- Die heutigen ranghohen Parteimitglieder sind in der Regel Berufspolitiker. Sofern vor der politischen Karriere ein anderer „Beruf“ erlernt wurde, wurde dieser nur sehr kurz oder gar nicht ausgeübt. Deshalb werden verschiedene Erfahrungen, wie Arbeitslosigkeit oder die Brutto-Netto-Differenz auf der Lohn- bzw. Gehaltsabrechnung, in der Regel nicht gemacht. Der Unterschied zwischen den Wissensvorräten dieser Politiker und dem Rest der Gesellschaft ist größer geworden, sodass auch die Wahrscheinlichkeit für Decodierungsfehler gestiegen ist.
- Die sozialstrukturelle Nivellierung der Parteienmitglieder lässt sich heute für alle Parteien aufzeigen. Zu Beginn der Entwicklung waren nur einige wenige betroffen. Das führt dazu, dass heute alle Parteien die gesellschaftlichen Informationen auf der gleichen Grundlage nach Relevanz ordnen. Dadurch sinkt insgesamt die Wahrscheinlichkeit für bestimmte Interessen in den politischen Prozess einzufließen, da keine Partei ihnen einen hohen Stellenwert einräumt. Aus diesem Grund sind sich die Parteien heute auch programmatisch ähnlich.
- Durch die Etablierung der Linkspartei und der Grünen ist die Konkurrenz in der Nähe des politischen Zentrums größer geworden. Gleichzeitig kämpfen nun aber alle Parteien mit ähnlichen Programmen um dieselben Wähler. Um die Gefahr, einen bestimmten Wählerkreis nicht zu erreichen und dadurch gegenüber den anderen Parteien Nachteile zu haben, gering zu halten, setzen die Parteien heute verstärkt auf Themen, die sich bereits politisch bewährt haben. Man könnte hier auch sagen, dass die Parteien den sichersten Weg nehmen. Da nicht abzuschätzen ist, wie sich neue politische Gegenstände auf das Verhalten der Wählerschaft auswirken, d.h. ein angestrebter Wahlsieg noch schwerer zu kalkulieren ist, fließen unerprobte Themen auch nicht in die Programme ein.

Die bisherigen Ausführungen zeigen zwei Dinge: Erstens, die Mediationsfunktion der Parteien war noch nie störungsfrei, und zweitens, die Defizite haben sich im Laufe der Zeit noch verstärkt. Wie ist es dennoch möglich, dass scheinbar alle relevanten Konflikte der Gesellschaft im politischen System verarbeitet und damit reguliert werden, wenn doch die Parteien gar nicht in der Lage sind, alle für den politi-

schen Prozess aufzuarbeiten? Der Schlüssel, mit dem diese Paradoxie aufgelöst werden kann, liegt in der Schaffung von Alternativen in Form von semi-politischen Organisationen, die sich innerhalb der Gesellschaft als Korrektiv herausgebildet haben.

NGO´s, Bürgerinitiativen und andere Formen sozialer Bewegungen bilden sich immer dann, wenn ein gesellschaftlicher Konflikt entsteht, der nicht durch die bestehenden Parteien aufgenommen wird. Manchmal sind die Konflikte so tiefgreifend, dass sich eine neue Partei etabliert, wie das Beispiel der Grünen zeigt. Dass heute die semi-politischen Organisationen zahlreicher vorhanden sind und stärker frequentiert werden, hängt mit der Ausweitung der Mediationsdefizite zusammen. Da sich eine pluralisierte Gesellschaft mit diversifizierten Interessenlagen einer Reihe von Parteien gegenüber sieht, die immer schlechter in der Lage sind, die gesellschaftlichen Belange zu erkennen, werden verstärkt andere Möglichkeiten genutzt, um die Interessen dem Konfliktregulierungsprozess zugänglich zu machen. Obwohl die Möglichkeiten der semi-politischen Mediatoren nicht so weitreichend sind wie die der Parteien, sind sie in der Lage innerhalb des politischen Systems Irritationen hervorzurufen. Dadurch können Interessen, die nach politischer Vertretung verlangen, auch ohne die Parteien dem politischen Prozess zugänglich gemacht werden. Das politische System kann dadurch seine Regulierungsfunktion aufrechterhalten. Allerdings ist der Verlauf aus zweierlei Gründen langwieriger: Erstens stehen die semi-politischen Organisationen dem politischen Zentrum nicht so nahe wie die Parteien. Mit der zentrumsnahen Stellung verbundene Einflussvorteile entfallen. Zweitens tangieren semi-politische Organisationen nur das politische System, sie sind kein Teil davon. Da deshalb sozusagen die Muttersprache „politisch“ nicht gegeben ist, kann die Übersetzung länger dauern, als es durch die Parteien möglich wäre. Was bedeutet das für die Beziehung zwischen dem politischen System und der Gesellschaft und welche Konsequenzen ergeben sich für das gesellschaftliche Gemeinwesen?

Da das Mediationsdefizit die Regulierungsfunktion des politischen Systems von Anfang an prägte, dieser Mangel aber durch die parallele Entwicklung anderer Vermittler kompensiert wird und sich für diesen Zusammenhang auch ein Anpassungsprozess aufzeigen lässt, ist die (funktionale) Beziehung zwischen Gesellschaft und Politik heute nicht mehr oder weniger beeinträchtigt als zuvor. Durch die Ausweitung des Mediationsdefizits der Parteien und den weitgehend kompensierenden stärkeren Einbezug semi-politischer Mediatoren, verändert sich jedoch die Be-

ziehung zwischen den Parteien und der Gesellschaft. Vom Standpunkt der Parteien aus, ist sie heute durch Unsicherheiten geprägt. Die Parteien können kaum noch prognostizieren, wie sich der Bürger in seiner Rolle als Wähler verhält, d.h. für welche Partei er letztlich seine Stimme geben wird. Für die gesellschaftliche Gemeinschaft kann die längere Dauer der Regulierungsprozesse zum Problem werden, da etwaige Konfliktlagen länger ohne eine politische Antwort in der Gesellschaft schwelen. Dadurch können sie sich ausbreiten und sich verstärken. Ein Beispiel dafür ist die immer wieder aufkeimende Debatte zur Kinderarmut.

4.3 Ausblick

Bevor ein Ausblick auf künftige Forschungsfragen gegeben wird, soll zunächst herausgestellt werden, welchen wissenschaftlichen Beitrag die vorliegende Arbeit geleistet hat.

4.3.1 Aufarbeitung und Weiterführung des Forschungsstandes

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung konnten Defizite des bisherigen Forschungsstandes aufgearbeitet werden. Dabei spielen auch die Analyseperspektive und das methodische Vorgehen eine Rolle. Besonders sieben Punkte können hervorgehoben werden:

- Diese Arbeit hat ein Thema soziologisch aufgearbeitet, das bislang kein expliziter Gegenstand der Soziologie war.
- In diesem Zusammenhang wurde ein soziologisch fokussierter Parteienbegriff erarbeitet, der diejenigen Funktionen beinhaltet, deren Umsetzung sich auf die Beziehung zwischen Gesellschaft und Parteien auswirkt.
- Die Vermittlungsfunktion der Parteien wurde als spezielle Form von Mediation beschrieben und so aufgearbeitet, dass sie einer Überprüfung auf Funktionsdefizite zugänglich gemacht werden konnte.

- Durch die Differenzierung in zwei Untersuchungszeitpunkte konnten die Ursachen für den Mitgliederrückgang der deutschen Parteien überzeugend belegt werden.
- Der vielfach beschworene Zusammenhang zwischen Mitgliederrückgang, sozialstruktureller Nivellierung der Parteienmitgliedschaft und negativen Folgen für die Mediationsfunktion konnte seines pauschalen Charakters beraubt werden. Im Detail betrachtet, zeigt sich, dass es Verständnisprobleme im Kommunikationsprozess sind, welche die Vermittlungsleistung der Parteien beeinflussen.
- Darüber hinaus konnte gezeigt werden, dass dieses Vermittlungsdefizit kein spezifisch neues Phänomen ist, sich aber seit den 1980er Jahren ausgedehnt hat, was letztlich im aktuellen Diskurs zu den Mitgliederparteien zum Ausdruck kommt. Gleichzeitig konnten die hohen Partizipationsraten für neue soziale Bewegungen erklärt werden.
- Da die Defizite demnach von Anfang an die Mediationsfunktion begleiteten, zeigen sich für die Beziehung zwischen Gesellschaft und dem politischen System heute auch keine spezifischen Beeinträchtigungen. Es kann vielmehr festgehalten werden, dass mittels semi-politischen Organisationen alternative Strukturen ausgebildet wurden, um die Defizite auszugleichen. Da durch den Umweg über solche Organisationen der Regulierungsprozess des politischen Systems langwieriger ist, ergeben sich vor dem Hintergrund der Beschleunigung des gesellschaftlichen Wandels langsame Regulierungsleistungen, die zu gesellschaftlichen Spannungen führen können.

Mit Hilfe dieser Faktoren war es möglich, die bislang verworrenen Zusammenhänge zwischen Mitgliederrückgang der Parteien und die Auswirkungen auf die Mediationsfunktion soweit zu systematisieren, dass im Ergebnis Folgendes festzuhalten ist:

> *Weder die rückläufigen Mitgliederzahlen noch die sozialstrukturelle Nivellierung der Parteienmitglieder sind Ursachen für die Vermittlungsprobleme der deutschen Parteien. Sie sind zunächst Folge des Funktionsdefizits, dessen Ursprung im Organisationscharakter der Parteien liegt und damit*

strukturell angelegt ist. Da aber der Zusammenhang zwischen Struktur und Funktionserfüllung über die Handlungen der Mitglieder zustande kommt, sind beide Prozesse maßgeblich dafür verantwortlich, dass das Defizit nicht überwunden werden kann.

4.3.2 Offene Forschungsfragen

Durch den Zuschnitt auf einen begrenzten Analysefokus konnten nicht alle Defizite der bisherigen Forschung hinreichend in die Untersuchung eingezogen werden, sodass einige Fragestellungen nur teilweise bearbeitet werden konnte. Es muss also gefragt werden, was die vorliegende Arbeit nicht leisten konnte, welche Vorzüge das gewählte Vorgehen aufweist und wo Ansatzpunkte für weitere Forschungen gelegt wurden.

- Ein Punkt, der im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht hinreichend geklärt werden konnte, ist die Frage danach, ob sich die heutigen Parteien noch immer unter dem Etikett der Mitgliederparteien subsumieren lassen oder nicht. Neben der partiellen Ausklammerung wichtiger Faktoren, die zur Beantwortung nötig gewesen wären, ist besonders der unpräzise Merkmalskatalog ein wesentlicher Grund für dieses unbefriedigende Ergebnis. Es ist davon auszugehen, dass man an dieser Stelle nur weiter kommt, wenn eine engere Definitionsgrundlage geschaffen wird.
- Der Vorzug dieser Arbeit liegt darin, dass einseitigen Erklärungsmodelle verworfen wurden. Für aktuelle Phänomene lässt sich immer eine aktuelle Erklärung finden. Dabei muss die Vorgeschichte in die Analyse einbezogen werden, da sie (1) Teil des Problems sein und (2) zu dessen Veränderung beitragen kann. Da dadurch eine bestimmte Erklärungsrichtung vorgegeben ist, zeigen sich zwangsläufig Beschränkungen. Diese können überwunden werden, indem der Gegenstand aus mehreren Perspektiven, z.B. Parteien als Interaktionszusammenhang oder Parteien als Organisationen, angegangen und nicht von bestimmten Theorien erzwungen wird.
- Dieser Umstand macht deutlich, dass es für weitere Untersuchungen durchaus sinnvoll ist, interdisziplinär zu arbeiten. Durch gemeinsame For-

schungsbemühungen der Politikwissenschaft und der Soziologie kann die Thematik besser durchdrungen werden, da sich die unterschiedlichen Analysefoki ergänzen. Beispielsweise könnte auf Grundlage der vorliegenden Arbeit der Frage nachgegangen werden, inwiefern sich die Zunahme der Mediationsdefizite auf die nicht-öffentlichen Kommunikationen auswirkt, d.h. auch, dass der politische Prozess hier in den Vordergrund rücken müsste. Es ist zu vermuten, dass sich nicht nur semi-politische Organisationen als Korrektiv innerhalb der Gesellschaft entwickelten, sondern auch Maßnahmen im politischen System die Mediationsdefizite kompensieren. Beispielsweise können bei öffentlichen Bauvorhaben nach Abschluss der Planungsphase Einwände gegen das Vorhaben durch die Öffentlichkeit geäußert werden. Dass solche Angebote heute verstärkt genutzt werden, ist spätestens seit den Problemen rund um das Projekt „Stuttgart 21“ offensichtlich. Ob und wie sich diese Form der Partizipation mit der Mediationsfunktion der Parteien vereinbaren lässt, könnte in einer Folgestudie geklärt werden.

- Ein weiterer Forschungsbereich, der direkten Nutzen aus den Ergebnissen der vorliegenden Arbeit ziehen kann, ist die „Dritte-Sektor-Forschung“ resp. die Forschungsbemühungen zu den neuen sozialen Bewegungen. Denn mit der Erkenntnis, dass semi-politische Organisationen im Bereich funktionaler Defizite der Parteien entstehen, kann die Entstehung und die Entwicklung solcher Organisationen aus einer bislang nicht gekannten Richtung untersucht werden.

4.4 Empfehlung an die Parteien

Nicht nur im Hinblick auf künftige Forschungsleistungen möchte die vorliegende Arbeit Anreize geben, sondern sich auch mit einer Empfehlung an die Parteien richten. Zusammengefasst wird hier ein Weg empfohlen, der mit *Interessenvertretung jenseits von »Schema F«* überschrieben werden kann. Es geht dabei nicht darum das komplexe Geflecht aus Interdependenzen zwischen Mitgliederzahl, Mitgliederzusammensetzung und progammatischer Angleichung, durch parteiinterne Prozesse zu

entwirren, um somit die Defizite der Mediationsfunktion zu reduzieren, sondern ausgehend von dieser Reduzierung die benannten Faktoren zu beeinflussen. Im Vergleich zu bislang dokumentierten Empfehlungen, wird also ein umgekehrter Weg empfohlen. Dieses Vorgehen resultiert aus dem Ergebnis, dass zwar heute die Mitgliedermisere mit den Vermittlungsproblemen in zirkulärem Zusammenhang steht; Ausgangspunkt aber die Zunahme des Mediationsdefizits in den 1980er Jahren war. Insofern ist es wenig sinnvoll an einem möglichen Anreizproblem anzusetzen, das Strukturmodifikationen voraussetzt, die nach vorliegender Datenlage ohnehin nicht möglich sind. Vielmehr sollte die eigentliche Ursache in den Fokus rücken.

Wenn aus dieser funktionalen Perspektive heraus argumentiert wird, resultiert der Anschein, dass die Akteursperspektive nicht zum Tragen kommt, d.h. die Begründung auf der Ebene des Parteiensystems vorgenommen wird. Das hat etwas damit zu tun, dass hier das Ziel der Mediationsfunktion, also die Regulierung gesellschaftlicher Konflikte, im Vordergrund steht, welches nicht von den einzelnen Parteien, sondern vom Parteiensystem als übergeordneten Zusammenhang erreicht werden kann. Die Parteien als Organisationen decken über die Interessenvertretungsfunktion lediglich einen Teil des Vermittlungsprozesses ab. Die festgestellten Kommunikationsdefizite beziehen sich auf diesen Teilbereich und wirken von hier aus auf den gesamten Prozess, da der Ablauf gewissermaßen bereits zu Beginn nicht fehlerfrei ist. Um also das Mediationsdefizit zu verringern, muss eine Empfehlung an diesem Punkt ansetzen. Deshalb erfolgen die nachstehenden Ausführungen zwar vor dem Hintergrund einer übergeordneten Regulierungsleistung durch das Parteiensystem, richten sich in der konkreten Umsetzung aber an alle einzelnen Parteien als Akteure.

Wie gezeigt werden konnte, hat das Mediationsdefizit nicht nur etwas mit der Mitgliederstruktur, sondern auch mit der programmatischen Angleichung zwischen den Parteien zu tun. Als Grund für die Programmangleichung wurde nicht nur ein unklares Interdependenzverhältnis dieser beiden Faktoren, sondern auch die Anpassung an den systeminternen Kommunikationscode bzw. die Fixierung auf Machterhalt durch die Parteien identifiziert. Dadurch sind die Parteien kaum noch in der Lage, Irritationen im politischen System auszulösen, d.h. neue Themen politisch fruchtbar zu machen. In diesem Zusammenhang wurde eine Strategie identifiziert, die innerhalb der Psychologie unter »Vermeidung von Misserfolg« bekannt ist. Personen, deren Handeln stark von diesem Motiv beeinflusst ist, bevorzugen mittel-

schwere Aufgaben, deren erfolgreiche Realisierung wahrscheinlich ist. In Bezug auf die Parteien heißt das, dass solche Interessen programmatisch erfasst werden, die bekannt sind und sich in Richtung Wahlerfolg bewährt haben. Da heute ein möglicher Wahlausgang für die Parteien ohnehin immer schwieriger prognostizierbar ist, würden durch neue Programminhalte weitere Variablen ins Spiel kommen, welche die Unsicherheit noch verstärken. Die Strategie, sich an bewährten Inhalten zu orientieren, ist heute so weitreichend, dass einige Parteien sogar entgegen ihrer grundsätzlichen Überzeugungen agieren. Als Beispiel kann die FDP angeführt werden. Obwohl Subsidarität eines der wichtigsten Prinzipien des Liberalismus ist, gibt es innerhalb der FDP nur sehr wenige kritische Stimmen, die Regulierungsleistungen der Europäischen Union in Frage stellen. Dabei liegt gerade hier wertvolles Potential, auch Personen anzusprechen, die über die typischen Mitglieder hinausgehen und damit auch Wählerstimmen bringen können, wie die Entwicklung der AfD zeigt.

Aus der Perspektive der Parteien erscheint es unsinnig neue Themen in den politischen Prozess einzubringen, da sich dadurch keine erkennbaren Vorteile ergeben. Im Gegenteil: Da durch die Stellung innerhalb des politischen Systems, besonders innerhalb des politischen Zentrums, (verfassungsrechtlich) nicht nur Einflussvorteile sondern auch finanzielle Mittel garantiert werden, kann eine Wahlniederlage Folgen haben, die das Überleben der Partei ernsthaft gefährdet, obwohl die Existenz einer Partei nicht an einen Wahlerfolg, sondern an die Wahlteilnahme geknüpft ist. Im Hinblick auf das Mediationsdefizit kann ein positiver Wahlausgang aber auch als Selbstlegitimation interpretiert werden. Denn wenn die Daseinsberechtigung über die Funktion bestimmt ist, wie es bei Organisationen üblich ist, dieser aufgrund von Umweltveränderungen aber nicht mehr adäquat nachzukommen ist, muss eine andere Grundlage geschaffen werden. Eine solche bietet augenscheinlich der systeminterne Status, wobei der Zusammenhang zwischen Funktion und Stellung im politischen System erstens die Richtung ändert und zweitens vom Funktionsaspekt entkoppelt wird. Nicht weil Funktionen erfüllt werden, legitimiert sich der Status innerhalb des politischen Systems, sondern weil der Status vorhanden ist, legitimiert sich die Organisation Partei. Dieses Verhältnis ist recht bequem für die Parteien, weil es nicht auf Leistung basiert. Die Mediationsfunktion interessenbasiert umzusetzen ist für den Selbsterhalt nicht nötig.

Verlässt man die Perspektive der Parteien und betrachtet die Vorgänge von außerhalb, dann lässt sich die Abweichung zum ursprünglichen Legitimationszusam-

menhang gegenüber der Gesellschaft nicht rechtfertigen. Denn wenn die Mediationsfunktion Defizite aufweist, d.h. die Vorteile der zentrumsnahmen Stellung nicht zur Funktionserfüllung genutzt werden, dann ist nicht einsichtig, wieso die Parteien weiterhin verfassungsrechtliche Vorteile gegenüber semi-politischen Organisationen genießen sollten. Aufgrund der Beobachterperspektive, in der sich die Parteien befinden, werden sie dieses Problem vermutlich nicht wahrnehmen. Weswegen sie auch keinen Handlungsbedarf sehen. Dabei könnten sie ihre Funktionsfähigkeit wieder steigern und gleichzeitig die Konkurrenzsituation zu den anderen Parteien aktiver beeinflussen, wenn sie die Interessenvertretung wieder stärker in den Fokus rücken. Hierbei müssen explizit aber auch solche Interessen angesprochen werden, die bislang kaum oder nicht politisch aufgearbeitet wurden, denn nur so besteht überhaupt die Möglichkeit, Gesellschaftsgruppen zu erreichen, die bislang nicht politisch organisiert sind. Aufgrund der internen Zusammenhänge aller Faktoren, die in der Arbeit ausführlich beschrieben wurden, könnten sich durch die Reduzierung des Mediationsdefizits weitere Effekte zeigen, die wiederum positiv auf die Vermittlung wirken:

- Steigerung des Rekrutierungspotentials durch die Parteien,
- Heterogenisierung der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Mitgliedschaft,
- Steigerung des Kernwähleranteils,
- zuverlässigere Wahlprognosen,
- Veränderung der Konkurrenzsituation zwischen den Parteien,
- Heterogenisierung der Parteienprogramme.

Die Interessenvertretung aktiv anzugehen, bedarf zunächst keiner großen parteiinternen Strukturveränderungen, weshalb der Vorschlag auch real anschlussfähig scheint. Voraussetzung ist aber, dass die gegebenen Möglichkeiten genutzt werden. Beispielsweise könnten vorhandene kleinere Gruppen innerhalb der Parteien stärker in den Vermittlungsprozess einbezogen werden oder Vorschläge jenseits der üblichen Routinen Berücksichtigung finden. Auch der Einbezug externer Berater erscheint sinnvoll, solang diese nicht vordergründig nach ideologischer Passung, sondern nach Qualifikation ausgesucht werden. Oberstes Ziel sollte insgesamt sein, die Differenz

zwischen der Realitätskonstruktionen innerhalb der Parteien und den tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnissen soweit zu reduzieren, dass wieder mehr Berührungspunkte offensichtlich werden. Wie die Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen zeigt, ist innerhalb der Gesellschaft ausreichend Partizipationspotential vorhanden, zumindest nicht weniger als vor dreißig Jahren. Dieses wirkt sich aber nur dann aktivierend aus, wenn reale Interessenlagen angesprochen werden.

Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
BVerfGE	Bundesverfassungsgericht
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
EU	Europäische Union
FDP	Freie Demokratische Partei
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GRÜNE	Bündnis 90/Die Grünen
LINKE	DIE LINKE; Linkspartei
NGO	Nichtregierungsorganisation; Non-Profit-Organisation
PartG	Gesetz über die politischen Parteien; Parteiengesetz
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
Piraten	Piratenpartei Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WASG	Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1.1 Parteienfunktionen aus verfassungsrechtlicher Sicht 22

Abbildung 1.2 Der analytische Begründungskontext der politischen Parteien.....28

Abbildung 1.3 Modellhafter Zusammenhang zwischen Partei und Umwelt 48

Abbildung 1.4 Idealtypisches Modell des ungleicheitsbegründenten Kräftefeldes.....80

Abbildung 1.5 Interne Differenzierung des politischen Systems nach Parsons.....87

Abbildung 1.6 Parteienstellung innerhalb des politischen Systems nach Luhmann.....88

Abbildung 1.7 Das politische System in Deutschland.....90

Abbildung 1.8 Parteienmitglieder nach Aktivitätsgrad.....99

Abbildung 1.9 Analysefokus der soziologischen der soziologischen Parteien-funktionen.....105

Abbildung 1.10 Funktionsebenen und Analysefokus.....106

Abbildung 1.11 Funktionsebenen und soziologische Parteifunktionen.....107

Abbildung 1.12 Mediation zwischen Gesellschaft und Staat in Kommunikationsteilprozessen.....112

Abbildung 1.13 Partizipation und Kommunikation zwischen und Gesellschaft ..118

Abbildung 2.1 Mitgliederzahlen von CDU, CSU, SPD, FDP, und Linkspartei (1946-2009).....131

Abbildung 2.2 Organisation der Netzwerkpartei.....150

Abbildung 2.3 Informationsaustausch zwischen Parteien und Gesellschaft.....217

Abbildung 3.1 Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Prozent (1949-2013).....301

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1.1 Zentrale Parteifunktionen und Kommentationen nach (2008: 5ff.) . .23

Tabelle 1.2 Zentrale Parteifunktionen, deren Teilaufgaben und heutiges Realitätspotential nach Volkmann (2009: 82ff.).....25

Tabelle 1.3 Funktionen von Parteien nach Schmitter (1999: 479ff.).....63

Tabelle 1.4 Parteienfunktionen nach Helms (1995: 647ff.).....65

Tabelle 1.5 Parteienfunktionen nach Alemann (2000: 208ff.).....66

Tabelle 1.6 Funktionen von Parteien nach Wiesendahl (1980: 188).....67

Tabelle 1.7 Parteienfunktionen nach Stammer (1967: 302ff.) und Stammer/ Weingart (1972: 162ff.).....76

Tabelle 1.8 Allgemeine Merkmale von Mediation.....110

Tabelle 2.1 Identifizierte Problemlagen in den neuen Parteikonzepten.....156

Tabelle 2.2 Politische Milieus, Wahlverhalten und Parteineigung nach Neugebauer (2007: 69ff.).....165

Tabelle 2.3 Parteienmitglieder nach Altersgruppen 1980 und 2007……172

Tabelle 2.4 Anteil der Unter-30-Jährigen Parteimitglieder in den Parteien 1980 und 2007.....174

Tabelle 2.5 Anteil der mittleren und älteren Jahrgänge in den Parteien 1980 und 2007.....176

Tabelle 2.6 Anteil der aktiven Mitglieder nach Parteien 1980 und 2009.....179

Tabelle 2.7 Einnahmequellen der Parteien 2003 in %.....183

Tabelle 2.8 Repräsentationsdimensionen und Parteimitglieder.....191

Tabelle 2.9 Parteienmitglieder nach Geschlecht 1980 und 2007 in %.....195

Tabelle 2.10 Berufliche Stellung der Parteienmitglieder 1980 und 2009 in %.....198

Tabelle 2.11 Anteil der konfessionsgebundenen Mitglieder in der CDU und CSU 1980 und 2009 in %.....201

Tabelle 2.12 Erwerbsstatus der Parteienmitglieder 1980 und 2009 in %.....203

Tabelle 2.13 Anteil der Rentner und Personen in (Schul-) Ausbildung in den Parteien 1980 und 2009.....205

Tabelle 2.14 Bildungsniveau der Parteienmitglieder 2009 in %.....207

Tabelle 2.15 Sozialstrukturelle (Dis-) Proportionalitäten der Parteimitglieder 1980 und 2007.....210

Tabelle 3.1 Wertetypen und Werteitems (Inglehart 1989: 101f.).....257

Tabelle 3.2 Wertetypen, Verteilung innerhalb der Gesellschaft und Werteverteilung.....260

Tabelle 3.3 Werte- und Handlungsorientierungen verschiedener Generationen.....263

Tabelle 3.4 Mitgliederzahlen der Parteien, des DGB und der großen zu verschiedenen Zeitpunkten.....277

Literaturverzeichnis

Abendroth, Wolfgang. (1967). Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Neuwied bei Berlin: Luchterhand.

Abendroth, Wolfgang. (1972). Das Grundgesetz – Eine Einführung in seine politischen Probleme (3. Auflage). Pfullingen: Fink.

Adams, Karl-Heinz. (2005). Parteienfinanzierung in Deutschland – Entwicklungen der Einnahmestruktur politischer Parteien oder eine Sittengeschichte über Parteien, Geld und Macht. Marburg: Tectum.

Agnoli, Johannes. (1968). Die Transformation der Demokratie. In: ders./Peter Brückner. *Die Transformation der Demokratie*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, S. 5-87.

Albers, Hagen. (2011). Politik in »Social Web« – Der Onlinewahlkampf 2009. In: Karl-Rudolf Korte. *Die Bundestagswahl 2009 – Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*. Wiesbaden: VS, S. 226-238.

Alemann, Ulrich von. (1987). Parteienfinanzierung – Skandale, Umwege, Urteile. In: Peter Haungs/ Eckhard Jesse. *Parteien in der Krise? – In- und ausländische Perspektiven*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 210-213.

Alemann, Ulrich von. (1995). Parteien. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Alemann, Ulrich von. (1997). Parteien und Medien. In: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss. *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 478-494.

Alemann, Ulrich von. (1998). Wem gehört die politische Soziologie. In: Soziologie, 27. Jahrgang, 2. Band, S. 5-15.

Alemann, Ulrich von/Heinze, Rolf G./Schmid, Josef. (1998). Parteien im Modernisierungsprozeß – Zur politischen Logik der Unbeweglichkeit. In: APuZ, Heft 1/2, S. 29-36.

Alemann, Ulrich von. (2000). Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske & Budrich.

Alemann, Ulrich von/Marschall, Stefan. (2002). Parteien in der Mediendemokratie – Medien in der Parteiendemokratie. In: dies. *Parteien in der Mediendemokratie.* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 15-41.

Alemann, Ulrich von/Nohlen, Dieter. (2004). Repräsentation. In: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze. *Lexikon der Politikwissenschaft – Band 1* (2. Auflage). München: C.H. Beck, S. 829-830.

Almond, Gabriel/Verba, Sidney. (1963). The Civic Culture – Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Princeton: University Press.

Almond, Gabriel/Powell G. Bingham Jr. (1966). Comparative Politics – A Developmental Approach. Boston: Little, Brown and Company.

Alternative für Deutschland. (2013). Wahlprogramm.
Quelle: https://www.alternativefuer.de/partei/wahlprogramm/ (*Stand: 27.10.2013*).

Amnesty International. (2013). Who we are.
Quelle: http://www.amnesty.org/en/who-we-are (*Stand: 07.11.2013*).

Arbeitsgruppe Berliner Wahlanalyse. (1989). Mitgliederbefragung 1988 – Bericht über eine Repräsentativbefragung unter Berliner SPD-Mitgliedern im Februar/März 1988. Berlin: Berliner Arbeitshefte und Berichte zur Sozialwissenschaftlichen Forschung (Nr. 12).

Armingeon, Klaus. (1994). Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung. In: KZfSS, 46. Jahrgang, Heft 1, S. 43-64.

Arnim, Hans Herbert von. (2007). Parteien in der Kritik. In: Eckhard Jesse/Eckart Klein. *Das Parteienspektrum im wiedervereinigten Deutschland*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 179-197.

Arzheimer, Kai. (2002). Politikverdrossenheit – Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Arzheimer, Kai/Schmitt, Anette. (2005). Der ökonomische Ansatz. In: Jürgen W. Falter/Harald Schoen. *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS, S. 243-303.

Arzheimer, Kai. (2005). Die Wahl extremistischer Parteien. In: Jürgen W. Falter/Harald Schoen. *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS, S. 389-421.

Asef, Dominik/Wingerter, Christian. (2011). Arbeitsmarkt. In: *Datenreport 2011 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 97-108.

Auer, Katja. (2010). Schwer umkämpft ins Ziel.
Quelle: http://sueddeutsche.dehttp://www.sueddeutsche.de/bayern/csu-

beschliesst-frauenquote-schwer-umkaempft-bis-ins-ziel-1.1017943 *(Stand: 30.04.2011)*.

Bach, Maurizio. (2004). Denken Soziologen anders über Politik als Politikwissenschaftler? Zur Eigenständigkeit der Politischen Soziologie. In: Soziologie, 33. Jahrgang, Heft 2, S. 17-34.

Badura, Bernhard. (1973). Sprachbarrieren – Zur Soziologie der Kommunikation (2. Auflage). Stuttgart/Bad Cannstatt: Frommann-Holzboog.

Badura, Bernhard. (2007). Mathematische und soziologische Theorie der Kommunikation. In: Roland Burkart/Walter Hömberg. *Kommunikationstheorien – Ein Textbuch zur Einführung* (4. Auflage).Wien: Braumüller, S. 16-23.

Balkenhol, Nicola. (1991). »Kommunikative Rationalität« und politische Institutionen in der kritischen Gesellschaftstheorie von Jürgen Habermas. Hamburg: Verlag Dr. Kovač.

Baraldi, Claudio. (1997). Politik. In: ders./Giancarlo Corsi/Elena Esposito. *GLU – Glossar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 135-139.

Baraldi, Claudio. (1997a). Kommunikation. In: ders./Giancarlo Corsi/Elena Esposito. *GLU – Glossar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 89-93.

Baraldi, Claudio. (1997b). Macht. In: ders./Giancarlo Corsi/Elena Esposito. *GLU – Glossar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 113-115.

Baraldi, Claudio. (1997c). Gesellschaft. In: ders./Giancarlo Corsi/Elena Esposito. *GLU – Glossar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 63-64.

Bartelheimer, Peter. (2008). Wie man an seiner Eingliederung mitwirkt – Arbeitsmarktdienstleistungen nach SGBII zwischen institutionellem und politischen Auftrag. In: Zeitschrift für Sozialreform, 54. Jahrgang, Heft 1, S. 11-36.

Baum, Markus/Kron, Thomas. (2012). Von Gärtnern und Jägern – Macht und Herrschaft im denken Zygmunt Baumans. In: Peter Imbusch. *Macht und Herrschaft – Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzepte* (2. Auflage). Wiesbaden: VS, S. 335-356.

Bauman, Zygmunt. (1995). Moderne und Ambivalenz – Das Ende der Eindeutigkeit.

Frankfurt am Main: Fischer.

Bauman, Zygmunt. (1997). Schwache Staaten – Globalisierung und die Spaltung der Weltgesellschaft. In: Ulrich Beck. *Kinder der Freiheit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 315-332.

Bauman, Zygmunt. (1999). Unbehagen in der Postmoderne. Hamburg: HIS Verlagsgesellschaft.

Bauman, Zygmunt. (2000). Die Krise der Politik – Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit. Hamburg: HIS Verlagsgesellschaft.

Bauman, Zygmunt. (2003). Flüchtige Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Baus, Ralf Thomas. (2009). Bündnis 90/Die Grünen im Fünfparteiensystem. In: Volker Kronenberg/ Tilman Mayer. *Volksparteien – Erfolgsmodell für die Zukunft?*. Freiburg: Herder Verlag, S. 162-189.

Beck, Klaus. (2007). Kommunikationswissenschaft. Konstanz: UVK.

Beck, Ulrich. (1983). Jenseits von Stand und Klasse? – Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In: Reinhard Kreckel. *Soziale Ungleichheiten* (Sonderband der Sozialen Welt). Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co., S. 35-74.

Beck, Ulrich. (1986). Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich. (1988). Gegengifte – Die organisierte Unverantwortlichkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich. (1991). Von der Vergänglichkeit der Industriegesellschaft. In: ders. *Politik in der Risikogesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 33-66.

Beck, Ulrich. (1993). Die Erfindung des Politischen – Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth. (1993). Nicht Autonomie, sondern Bastelbiographie – Anmerkungen zur Individualisierungsdiskussion am Beispiel des Aufsatzes von Günter Burkhart. In: ZfS, 22. Jahrgang, Heft 3, S. 178-187.

Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth. (1994). Individualisierung in modernen Gesellschaften – Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie. In: dies. *Riskante Freiheiten – Individualisierung in modernen Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 10-39.

Beck, Ulrich. (1996). Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne. In: ders./Anthony Giddens/Scott Lash. *Reflexive Modernisierung – Eine Kontroverse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 19-112.

Beck, Ulrich. (1996a). Wissen oder Nicht-Wissen? Zwei Perspektiven »reflexiver Modernisierung«. In: ders./Anthony Giddens/Scott Lash. *Refexive Modernisierung – Eine Kontroverse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 289-315.

Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott. (1996). Reflexive Modernisierung – Eine Kontroverse. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich. (1997). Was ist Globalisierung? – Irrtümer des Globalismus, Antworten auf Globalisierung (2. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich. (1998). Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich? – Eine Einleitung. In: ders. *Politik der Globalisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 7-66.

Beck, Ulrich. (2002). Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter – Eine neue politische Ökonomie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich/Lau, Christoph. (2004). Entgrenzung und Entscheidung: Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung?. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich/Lau, Christoph. (2005). Theorie und Empirie reflexiver Modernisierung – Von der Notwendigkeit und den Schwierigkeiten, einen historischen Gesellschaftswandel innerhalb der Moderne zu beobachten und zu begreifen. In: Soziale Welt, 56. Jahrgang, Heft 2/3, S. 107-165.

Beck-Gernsheim, Elisabeth. (1994). Auf dem Weg in die postfamiliale Familie – Von der Notgemeinschaft zur Wahlverwandtschaft. In: Ulrich Beck/dies. *Riskante Freiheiten – Individualisierung in modernen Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 115-138.

Becker, Rolf. (2001). Das Paradox der Wahlbeteiligung, das keins ist. – Eine theoretische Rekonstruktion und empirische Anwendung des Ansatzes von Downs aus der Perspektive der Theorie subjektiver Werterwartung. In: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase. *Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 553-597.

Becker, Rolf. (2002). Wahlbeteiligung im Lebenslauf – A-P-K-Analysen für die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1953 bis 1987. In: KZfSS, 54. Jahrgang, Heft 2, S. 246-263.

Becker, Winfried. (1987). CDU und CSU 1945-1950 – Vorläufer, Gründung u. regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei. Mainz: v. Hase & Koehler Verlag.

Becker, Winfried. (1995). Gründung und Wurzeln der Christlich-Sozialen Union. In: Hans-Seidel-Stiftung. *Geschichte einer Volkspartei – 50 Jahre CSU 1945-1995*. München: Hans-Seidel-Stiftung, S. 69-107,

Beerfeltz, Hans-Jürgen. (2009). Die FDP bekannt sich zum Prinzip der Mitgliederpartei. In: Elmar Wiesendahl/Uwe Jun/Oskar Niedermayer. *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen/Farmington Hill: Verlag Barbara Budrich, S. 261-267.

Beloff, Max. (1969). Typologie der deutschen Parteien. In: Gilbert Ziebura (Hrsg.). *Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre – Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien.* Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 331-340.

Bendel, Petra. (2004). Parteiendemokratie. In: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze. *Lexikon der Politikwissenschaft – Band 2* (2. Auflage). München: C.H. Beck, S. 631-632.

Bendel, Petra. (2004a). Mitgliederpartei. In: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze. *Lexikon der Politikwissenschaft – Band 1* (2. Auflage). München: C.H. Beck, S. 556.

Bendel, Petra. (2004b). Parteienprivileg. In: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze. *Lexikon der Politikwissenschaft – Band 2* (2. Auflage). München: C.H. Beck, S. 634.

Bendix, Reinhard/Lipset, Seymour Martin. (1960). Social Mobility in Industrial Society. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.

Bendix, Reinhard. (1968). State and Society – A Reader in comparative Political Sociology. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.

Bendix, Reinhard/Lipset, Seymour Martin. (1966). The Field of Political Sociology. In: Lewis A. Coser. *Political Sociology – Selected Essay*s. New York/Evanston/London: Harper Torchbooks, S. 9-47.

Bergedorfer Gesprächskreis. (1982). Repräsentieren die Parteien unsere Gesellschaft (Protokoll Nr. 71). Hamburg: Bergedorfer Gesprächskreis.

Berger, Peter L. (1995). »Life politics« – Zur Politisierung der Lebensführung in nachtraditionalen Gesellschaften. In: Leviathan, 23. Jahrgang, Heft 3, S.

445-458.

Berger, Peter A. (1997). Individualisierung und sozialstrukturelle Dynamik. In: Ulrich Beck/Peter Sopp. *Individualisierung und Integration – Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus?*. Opladen: Leske & Buddrich, S. 81-95.

Bergsträsser, Ludwig. (1965). Geschichte der politischen Parteien in Deutschland (11. Auflage). München/Wien: Olzog.

Bernsdorf, Wilhelm. (1969). Wörterbuch der Soziologie (2. Auflage). Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.

Bescherer, Peter/Röbenack, Silke/Schierborn, Karen. (2008). Nach Hartz IV – Erwerbsorientierung von Arbeitslosen. In: APuZ, Heft 33/34, S. 19-24.

Beyer, Susanne/Voigt, Claudia. (2011). Die Machtfrage. In: Der Spiegel, Heft 5, S. 58-68.

Beyme, Klaus von. (1984). Parteien in westlichen Demokratien (2. Auflage). München: Piper.

Beyme, Klaus von. (2000). Parteien im Wandel – Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien. Opladen: Leske & Budrich.

Beyme, Klaus von. (2002). Funktionswandel der Parteien in der Entwicklung von der Massenmitgliederpartei zur Partei der Berufspolitiker. In: Oskar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard, Stöss. *Parteiendemokratie in Deutschland* (2. Auflage). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 315-339.

Bieber, Christoph. (2011). Das »Kanzlerduell« als Multimedia-Debatte – Politische Kommunikation und Bürgerbeteiligung zwischen TV und Internet. In: Karl-Rudolf Korte. *Die Bundestagswahl 2009 – Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*. Wiesbaden: VS, S. 239-261.

Bieber, Christoph/Lewitzki, Markus. (2013). Das Kommunikationsmanagement der Piraten. In: Oskar Niedermayer. *Die Piratenpartei*. Wiesbaden: Springer VS, S. 101-1024.

Biehl, Heiko. (2004). Parteimitglieder neuen Typs? – Sozialprofil und Bindungsmotive im Wandel. In: ZParl, 35. Jahrgang, Heft 4, S. 681-699.

Biehl, Heiko. (2005). Parteienmitglieder im Wandel – Partizipation und Repräsentation. Wiesbaden: VS-Verlag.

Biehl, Heiko. (2006). Wie viel Bodenhaftung haben die Parteien? Zum Zusammen-

hang von Parteimitgliedschaft und Herkunftsmilieu. In: ZParl, Heft 2, S. 277-292.

Biehl, Heiko. (2006a). Kleinere Parteien – exklusivere Mitgliedschaften? Über den Zusammenhang von Parteiengröße und Mitgliederstruktur. In: Uwe Jun/ Kreikenbom, Henry/Neu, Viola. *Kleine Parteien im Aufwind – Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft*. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 75-96.

Biehl, Heiko. (2007). Die Dominanz der Akademiker – Wandel der Mitgliederstruktur und Repräsentationsverlust der Parteien. In: Vorgänge – Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, 46. Jahrgang, Heft 4, S. 15-23.

Biehl, Heiko. (2009). Soziale Entwurzlung und Repräsentationsverlust der Parteien. In: In: Elmar Wiesendahl/Uwe Jun/Oskar Niedermayer. *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen/Farmington Hill: Verlag Barbara Budrich, S. 111-128.

Bieligk, Fritz. (1931). Die Organisation im Klassenkampf – Die Probleme der politischen Organisation der Arbeiterklasse. Frankfurt am Main: Verlag Neu Kritik.

Böhmisch, Lothar. (2006). Politische Soziologie – Eine problemorientierte Einführung. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Böhnke, Petra. (2006). Am Rande der Gesellschaft – Risiken sozialer Ausgrenzung. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Bohrer, Sylvia. (1996). Parteiverdrossenheit – Ursachen und Lösungsstrategien. München: Dissertatiosverlag.

Borchert, Jens. (2004). Identität kontra Interdisziplinarität – Die Politische Soziologie und der fatale Hang zur Abgrenzung. In Soziologie, 33. Jahrgang, Heft 4, S. 28-35.

Bösch, Frank. (2007). Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU). In: Frank Decker/Viola Neu. *Handbuch der deutschen Parteien*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 201-219.

Bottomore, Tom. (1981). Politische Soziologie. Stuttgart/ Berlin/Köln/Mainz: Kohlhammer.

Bourdon, Raymond/Bourricaud, Francois. (1984). Soziologische Stichworte – Ein Handbuch (2. Auflage). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Boyer, Josef. (2005). Die Grünen – Mitgliedschaft und Sozialstruktur. In: ders./Till

Kössler. *Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland – SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN: Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990*. Düsseldorf: Droste, S. 943-1124.

Boyer, Josef/Kössler, Till. (2005). Sozialdemokratische Partei Deutschlands. In: dies. *Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland – SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN: Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990*. Düsseldorf: Droste, S. 31-685.

Breidenbach, Stephan/Falk, Gerhard. (2005). Einführung in Mediation. In: Falk Gerhard/Peter Heintel/Krainz Ewald E. *Handbuch Mediation und Konfliktmanagement*. Wiesbaden: VS, S. 260-269.

Brettschneider, Frank. (2005). Massenmedien und Wahlverhalten. In: Jürgen W. Falter/Harald Schoen. *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS, S. 473-500.

Brock, Ditmar. (2002). Max Weber. In: ders./Matthias Junge/Uwe Krähnke. *Soziologische Paradigmen von Auguste Comte bis Talcott Parsons*. München/Wien: Oldenbourg, S. 161-184.

Brock, Ditmar. (2006). Leben in Gesellschaften – Von den Ursprüngen bis zu den alten Hochkulturen. Wiesbaden: VS.

Brock, Ditmar. (2008). Globalisierung – Wirtschaft, Politik, Kultur, Gesellschaft. Wiesbaden: VS.

Brock, Ditmar. (2011). Die klassische Moderne. Wiesbaden: VS.

Bude, Heinz. (2010). Vertrauen – Die Bedeutung von Vertrauensformen für das soziale Kapital unserer Gesellschaft. Bad Homburg: Herbert Quandt-Stiftung.

Bundesagentur für Arbeit (2011). Sockel- und Langzeitarbeitslosigkeit (Broschüre der Arbeitsmarktbereichterstattung).

Quelle: https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/BerichteBroschueren/Arbeitsmarkt/Generische-Publikationen/Sockel-und-Langzeitarbeitslosigkeit-2011.pdf (*Stand: 10.05.2013*).

Burkart, Roland. (2002). Kommunikationswissenschaft – Grundlagen und Problem-

felder (4. Auflage). Wien/Köln/Weimar: Böhlau.

Bürklin, Wilhelm. (1988). Wählerverhalten und Wertewandel. Opladen: Leske & Budrich.

Bürklin, Wilhelm. (1994). Verändertes Wahlverhalten und der Wandel der politischen Kultur. In: ders./Dieter Roth (Hrsg.). *Das Superwahljahr – Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?*. Köln: Bund, S. 27-53.

Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus. (1998). Wahlen und Wahlverhalten – Eine Einführung (2. Auflage). Opladen: Leske & Budrich.

Caballero, Claudio. (2005). Nichtwahl. In: Jürgen W. Falter/Harald Schoen. *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS, S. 329-365.

Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren, E./Stokes, Donald E. (1980). The American Voter. Chicago: University of Chicago Press.

Coleman, James, S. (1986). Die asymmetrische Gesellschaft – Vom Aufwachsen mit unpersönlichen Systemen. Weinheim/Basel: Beltz.

Corsi, Giancarlo. (1997). Organisation. In: Claudio Baraldi/ders./Elena Esposito. *GLU – Glosar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 129-131.

Corsi, Giancarlo. (1997a). Evolution. In: Claudio Baraldi/ders./Elena Esposito. *GLU – Glosar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 52-55.

Coser, Lewis A. (1966). Introduction. In: ders. *Political Sociology – Selected Essay*s. New York/Evanston/London: Harper Torchbooks, S. 1-8.

CDU/CSU. (2009). Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land (Regierungsprogramm 2009-2013).
Quelle: https://www.cdu.de/doc/pdfc/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducsu.pdf (*Stand*: *25.08.2009*).

CSU. (1946). Die dreißig Punkte der Union – Richtlinien der christlich-sozialen Union in Bayern zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes.
Quelle: http://www.hss.de/fileadmin/migration/downloads/1946-Dreissig-Punkte.pdf (*Stand: 15.05.2013*).

CSU. (2007). Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten.
Quelle: http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/ACSP/

Grundsatzprogramm_2007.pdf (*Stand: 15.05.2013*).

Czajka, Sebastian/Kleinegees, Udo/Kott, Kristina. (2008). Freizeit und Mediennutzung. In: Statistisches Bundesamt. *Datenreport 2008 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 363-375.

Czajka, Sebastian/Kleinegees, Udo/Kott, Kristina. (2011). Freizeit und Mediennutzung. In: Statistisches Bundesamt. *Datenreport 2011 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland* (Band 2). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 341-353.

Dahrendorf, Ralf. (1965). Gesellschaft und Freiheit – Zur soziologischen Analyse der Gegenwart. München: Piper.

Decker, Frank. (1999). Parteien und Parteiensysteme im Wandel. In: ZParl, 30. Jahrgang, Heft 2, S. 345-361.

Deckstein, Dagmar. (1995). … und der Zukunft abgewandt – Der Wertewandel und die Gewerkschaften. In: Ansgar Klein. *Wertediskussion im vereinten Deutschland*. Köln: Bund, S. 114-117.

Degele, Nina/ Dries, Christian. (2005). Modernisierungstheorie – Eine Einführung. München: UTB.

Demuth, Christian. (2004). Neue Rekrutierungs- und Professionalisierungsstrategien der Parteien – Fort- und Weiterbildung der Mitglieder. In: ZParl, 35. Jahrgang, Heft 4, S. 700-716.

Der Bundeswahlleiter. (2013). Bundesergebnisse.
Quelle: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html (*Stand*: 27.10.2013).

Deth, Jan W. van. (2001). Wertewandel im internationalen Vergleich – Ein deutscher Sonder-weg?. In: APuZ, Band 29, S. 23-30.

Detterbeck, Klaus. (2004). Parteiendemokratie in der Mediengesellschaft. In: Peter Massing. *Mediendemokratie* (2. Auflage). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S.50-66.

Detterbeck, Klaus. (2002). Der Wandel der politischen Parteien in Westeuropa – Eine vergleichende Untersuchung von Organisationsstrukturen, politischer Rolle und Wettbewerbsverhalten von Großparteien in Dänemark, Deutschland, Großbritannien und der Schweiz, 1960-1999. Opladen: Leske & Bu-

drich.

Detterbeck, Klaus. (2009). Die Relevanz der Mitglieder – Das Dilemma effektiver Partizipation. In: Elmar Wiesendahl/Uwe Jun/Oskar Niedermayer. *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen/ Farmington Hill: Verlag Barbara Budrich, S. 71-88.

Dettling, Daniel. (2000). Partei der »Jungen Mitte«? – Die SPD im Zeitalter der Digitalisierung. In: Die Neue Gesellschaft, Hseft 7/8, S. 428-432.

Die Grünen. (2009). Der grüne neue Gesellschaftsvertrag: Klima – Arbeit – Gerechtigkeit – Freiheit.
Quelle: http://www.guene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/ Wahlprogramm/BTW_ Wahlprogramm_2009_290609.pdf (*Stand: 25.08.2009*).

Diekmann, Andreas/Voss, Thomas. (2004). Die Theorie rationalen Handelns – Stand und Perspektiven. In: dies. *Rational-Choice-Theorie in den Sozialwissenschaften*. München: Oldenbourg Verlag, S. 13-29.

DIE LINKE. (2007). Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE.
Quelle: http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/ programmatische_ eckpunkte.pdf (*Stand: 25.07.2011*).

DIE LINKE. (2009). Konsequent sozial – Für Demokratie und Frieden (Bundestagswahlprogramm 2009).
Quelle: http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/ Beschluss_Bundestagswahlprogramm_redTB_revMS_ final.pdf (*Stand: 25.08.2009*).

Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rolf. (1973). Parteiensystem in der Legitimationskrise – Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Dittberner, Jürgen. (1987). FDP – Partei der zweiten Wahl. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Dittberner, Jürgen. (2004). »Sind die Parteien noch zu retten?« – Die deutschen Parteien: Entwicklungen, Defizite und Reformmodelle. Berlin: Logos.

DGB. (2013). Mitgliederzahlen 2008.
Quelle: http://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/mitgliederzahlen/ 2000-2009/?tab=tab_0_2#tabnav (*Stand: 27.10.2013*).

Doh, Michael. (2011). Heterogenität der Mediennutzung im Alter – Theoretische und empirische Befunde. München: kopaed.

Dörner, Andreas. (2002). Diagnosen und Prognosen zum Kontextwandel parteipolitischen Handelns. In: ZParl, 32. Jahrgang, Heft 4, S. 759-769.

Dowe, Dieter/Kocka, Jürgen/Winkler, Heinrich August. (1999). Parteien im Wandel – Vom Kaiserreich zur Weimaer Republik. München: Oldenbourg.

Downs, Anthony. (1968). Ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen: Mohr.

Downs, Anthony. (1974). Eine ökonomische Theorie des politischen Handelns in der Demokratie. In: Peter Widmaier. *Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates*. Frankfurt am Main: Fischer, S. 121-139.

Dümig, Katrin/Trefs, Matthias/Zohlnhöfer, Reimund. (2006). Die Fraktionen der CDU – Bändigung durch institutionalisierte Einbindung. In: Patrick Köllner/Matthias Basedau/Gero Erdmann. *Innerparteiliche Machtgruppen – Fraktionalismus im internationalen Vergleich*. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 99-129.

Durkheim, Emile. (1999). Über soziale Arbeitsteilung – Studien über die Organisation höherer Gesellschaften (3. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Dürr, Tobias. (2001). Es fährt ein Zug nach nirgendwo. In: Die Neue Gesellschaft, Heft 1/2, S. 16-20.

Duverger, Maurice. (1959). Die politischen Parteien. Tübingen: Mohr.

Easton, David. (1965). A Systems Analysis of Political Life. New York: John Wiley & Sons.

Easton, David. (1968). An Approach to the Analysis of Political Systems. In: William J. Crotty. *Approaches to the Study of Party Organization*. Boston: Allyn & Bacon, S. 23-47.

Ebbighausen, Rolf. (1969). Die Krise der Parteiendemokratie und die Parteiensoziologie – Eine Studie über Moisei Ostrogorski, Robert Michels und die neuere Entwicklung der Parteienforschung. Berlin: Dunker & Humblot.

Ebbighausen, Rolf. (1981). Politische Soziologie – Zur Geschichte und Ortsbestimmung. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Ehrenberg. Alain. (2010). Depression – Unbehagen in der Kultur oder neue Formen der Sozialität. In: Christoph Menke/Juliane Rebentisch. *Kreation und Depression*. Berlin: Kadmos, S. 52-62.

Eicken, Joachim/Schmitz-Veltin, Ansgar. (2010). Die Entwicklung der Kirchenmit-

glieder in Deutschland – Statistische Anmerkungen zu Umfang und Ursachen des Mitgliederrückgangs in den beiden christlichen Volkskirchen. In. Statistisches Bundesamt. *Wirtschaft und Statistik 6/2012*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 576-589.

Eilford, Michael. (1994). Die Nichtwähler – Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Paderborn/München/Wien/Zürich: Schöningh.

Eisenstadt, Samuel N. (1970). Sozialer Wandel, Differenzierung und Evolution. In: Wolfgang Zapf (Hrsg.). *Theorien des sozialen Wandels* (2. Auflage). Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch, S. 75-91.

Elger, Katrin/Feldenkirchen, Markus/Neubacher, Alexander u.a. (2010). FDP – Ein Herz für Reiche. In: Der Spiegel, Heft 3, S. 22-24.

Emminghaus, Christoph. (2003). Politische Parteien im Demokratisierungsprozess – Struktur und Funktion afrikanischer Parteiensysteme. Opladen: Leske & Budrich.

Endruweit, Günther. (1998). Politische und apolitische Soziologie – Bemerkungen zu den speziellen Soziologien, im Anschluss an Ulrich von Alemanns Beitrag in SOZIOLOGIE 2/98, S.5-15. In: Soziologie, 27. Jahrgang, Heft 4, S. 32-35.

Endruweit, Günter/Trommsdorff, Gisela. (2002). Wörterbuch der Soziologie (2. Auflage). Stuttgart: Lucius & Lucius.

Endruweit, Günter. (2004). Organisationssoziologie (2. Auflage). Stuttgart: Lucius & Lucius.

Esposito, Elena. (1997). Strukturelle Kopplung. In: Claudio Baraldi/Giancarlo Corsi/dies. *GLU – Glosar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 186-189.

Esposito, Elena. (1997a). System/Umwelt. In: Claudio Baraldi/Giancarlo Corsi/dies. *GLU – Glosar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 195-199.

Esser, Hartmut. (1991). Rational Choice. In: ders. *Alltagshandeln und Verstehen – Zum Verhältnis von erklärender und verstehender Soziologie am Beispiel von A. Schütz und „rational choice“*. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 39-74.

Esser, Hartmut. (1999). Soziologie – Allgemeine Grundlagen (3. Auflage). Frankfurt am Main/New York: Campus.

Euchner, Walter. (1985). Traditionsbestände der Politischen Soziologie. In: PVS, 26.

Jahrgang, Heft 1, S. 76-83.

Falter, Jürgen/Schumann, Siegfried/Winkler, Jürgen. (1990). Erklärungsmodelle von Wahlverhalten. In: APuZ, Heft 37/38, S. 3-13.

Falter, Jürgen W./Klein, Markus. (1994). Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinten Deutschland. München: Beck.

Falter, Jürgen/ Schoen, Harald. (2005). Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS.

Famulla, Gerd-E. (1990). Zum Wandel von Arbeit und Ökonomie. In: Will Cremer/Ansgar Klein. *Umbrüche in der Industriegesellschaft – Herausforderungen für die politische Bildung*. Opladen: Leske & Budrich, S. 51-72.

Farrel, David M./Webb, Paul. (2000). Political Parties as Campaign Organizations. In: Russel J. Dalton/ Martin P. Wattenberg (Hrsg.). Parties without Partisans – Political Change in Advanced Industrial Democracies. Oxford: University Press, S. 102-128.

Farzin, Sina/Jordan, Stefan. (2008). Lexikon Soziologie und Sozialtheorie – Hundert Begriffe. Stuttgart: Reclam.

Faul, Erwin. (1964). Verfremdung, Duldung und Anerkennung des Parteiwesens in der Geschichte des politischen Denkens. In: PVS, 5. Jahrgang , Heft 3, S. 60-80.

Faupel, Klaus. (1971). Zu Almonds und Eastons Versionen des input-output-Schemas und zum dominanten Systemkonzept bei Almond – Eine logische Analyse. In: Dieter Oberndörfer. *Systemtheorie, Systemanalyse und Entwicklungsländerforschung – Einführung und Kritik*. Berlin: Duncker und Humblot, S. 361-405.

FDP. (2009). Die Mitte stärken – Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei.
Quelle: http://www.liberel.de/files/653/FDP-Bundestagswahl-programm2009.pdf (*Stand: 25.08.2008*).

FDP-Landesverband NRW. (2006). Lindner: FDP wird zur Netzwerkpartei.
Quelle: http://www.fdp-koeln.de/index.php?l1=9&l2=0&l3=1 &aid=3382 *(Stand: 09.04.2008)*.

Fedke, Christoph. (1996). Jugend als politischer Herausforderung – Strategie- und Akzeptanzprobleme der Parteien bei Jugendlichen. Idenstein: Schulz-Kirchner.

Feist, Ursula/Liepelt, Klaus. (1987). Modernisierung zu Lasten der Großen – Wie die deutschen Volksparteien ihre Integrationskraft verlieren. In: Journal für Sozialforschung, 27. Jahrgang, Heft 3/4, S. 277-295.

Feist, Ursula. (1994). Die Macht der Nichtwähler – Wie die Wähler den Volksparteien davonlaufen. München: Knaur.

Feldkamp, Michael F./Ströbel, Birgit. (2005). Datenhandbuch zur Geschichte des deutschen Bundestages 1994 bis 2003. Baden-Baden: Nomos.

Feldkamp, Michael F. (2011). Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1990 bis 2010. Baden-baden: Nomos.

Feser, Andreas. (2003). Vermögensmacht und Medieneinfluss – Parteieigene Unternehmen und die Chancengleichheit der Parteien. Berlin: Books on Demand GmbH.

Fetscher, Iring. (1986). Der Aufstand des Bürgerwillens – zwischen Plebiszit und Partizipation. In: Christian Graf von Krockow/Peter Lösche. *Parteien in der Krise – Das Parteiensystem der Bundesrepublik und der Aufstand des Bürgerwillens.* München: C.H. Beck, S. 146-158.

Fishbein, Martin/Ajzen, Icek. (1975). Belief, Attitude, Intention and Behavior – An Introduction to Theory and Research. London/New York/Toronto: Longman.

Flora, Peter. (2000). Stein Rokkan: Staat, Nation und Demokratie in Europa – Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Franz, Corinna. (2005). Christlich Demokratische Union – Mitgliedschaft und Sozialstruktur. In: dies./Oliver Gnad. *Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland – CDU und CSU: Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990*. Düsseldorf: Droste Verlag, S. 37-514.

Franzenburg, Anja. (2010). Greenpeace-Aktivisten fixieren LKW auf Castorstrecke – Protest gegen falsche Energiepolitik der Bundesregierung.
Quelle: http://www.greenpeace.de/themen/atomkraft/presseerklaerungen/artikelgreenpeace_aktivisten_fixieren_lkw_auf_castorstrecke-1/ (*Stand*: 20.12.2013).

Frevel, Bernhard. (1995). Kleines Studienbuch: Politische Soziologie/Politikwissenschaft. Bochum: Universitätsverlag Dr. N. Brockmeyer.

Friedrichs, Jürgen. (1998). Einleitung: »Im Flugsand der Individualisierung?«. In: ders. *Die Individualisierungsthese.* Opladen: Leske & Budrich, S. 7-31.

Frings, Cornelia. (2010). Soziales Vertrauen – Eine Integration der soziologischen und der ökonomischen Vertrauenstheorie. Wiesbaden: VS.

Frey, Ruth/Wiesendahl, Helmut. (2004). Die politische Partei als lernende Organisation. In: UTOPIE kreativ, Heft 168, S. 910-922.

Fuchs-Goldschmidt, Inga. (2008). Konsens als normatives Prinzip der Demokratie – Zur Kritik der deliberativen Theorie der Demokratie. Wiesbaden: VS.

Fuchs-Heinritz, Werner u.a. (2007). Lexikon zur Soziologie (4. Auflage). Wiesbaden: VS-Verlag.

Fuhse, Jan. (2005). Theorie des politischen Systems – David Easton und Niklas Luhmann (Eine Einführung). Wiesbaden: VS.

Gablentz, Otto Heinrich von der. (1952). Politische Parteien als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte. Berlin: Weiss.

Gabler. (2010). Kommunikation. In: ders. *Gabler Wirtschaftslexikon* (17. Auflage). Wiesbaden: Gabler, S. 1734-1735.

Gabriel, Oskar W. (1987). Wahrnehmung der Politik durch den Bürger als Herausforderung für die Politikvermittlung – Vertrauen und Effektivitätsbewußtsein als Gegenstand der politischen Kulturforschung In: Ulrich Sarcinelli. *Politikvermittlung – Beiträge zur politischen Kommunikationskultur.* Stuttgart: Bonn Aktuell, S. 46-70.

Gabriel, Oscar W. (1993). Erklären von Parteienkonflikten. In: ders. *Verstehen und Erklären von Konflikten – Beiträge zur nationalen und internationalen Politik*. München: Minerva, S. 107-143.

Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar. (1997). Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften. In: dies./Richard Stöss (Hrsg.). *Parteiendemokratie in Deutschland.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 277-300.

Gabriel, Oskar W. (2006). Kann und soll Politik führen?. In: ders./Beate Neuss/ Günther Rüther. *Eliten in Deutschland – Bedeutung, Macht, Verantwortung*: Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 74-93.

Gaiser, Wilfgang/Rijke, Johann de. (2001). Gesellschaftliche Beteiligung der Jugend – Handlungsfelder, Entwicklungstendenzen, Hintergründe. In: APuZ, Heft 44, S. 8-15.

Gärtner, Christel/Bischoff, Klaus. (1990). Es gibt so viele Wege wie Menschen – Individueller Synkretismus. In: Ina-Maria Greverus/Gisela Welz. *Spirituelle Wege und Orte – Untersuchungen zum New Age im urbanen Raum*. Frankfurt am Main: Universität Frankfurt Institut für Kulturanthropologie, S. 173-200.

Geiges, Lars/Neef, Tobias/van Dijk, Pepijn. (2013). »Wir hatten es irgendwie nicht mehr im Griff« – Occupy und andere systemkritische Proteste. In: Stine Marg/Lars Geiger/Felix Butzlaff/Franz Walter. *Die neue Macht der Bürger – Was motiviert die Protestbewegungen?*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 180-218.

Geiges, Lars/Neef, Tobias/van Dijk, Pepijn/Hartmann, Franz. (2013). »Ohne Organisation geht's nicht« – Die Anti-Atomkraft-Bewegung. In: Stine Marg/Lars Geiger/Felix Butzlaff/Franz Walter. *Die neue Macht der Bürger – Was motiviert die Protestbewegungen?*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 161-179.

Geiling, Heiko/Vester, Michael. (1997). Das soziale Kapital der politischen Parteien – Akzeptanzkrise der Volksparteien als Frage der Individualisierung oder der sozialen Gerechtigkeit. In: Frank Brettschneider/Oskar Niedermayer/Bernhard Weßels. *Die Bundestagswahl 2005 – Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*. Wiesbaden: VS, S. 457-489.

Geis, Matthias. (2011). »Wir« und »Die«. In: Das Parlament vom 03.01.2011, S. 1.

Geisel, Sofie/Schaible, Stefan/Thielbeer, Markus. (2001). Die SPD und ihre Reformbemühungen – Fünf Thesen zum Thema Modernisierung. In: Neue Soziale Bewegung, Heft 3, S. 40-45.

Geißler, Rainer. (2002). Die Entwicklung der sozialen Ungleichheit zwischen Frauen und Männern. In: ders. *Die Sozialstruktur Deutschlands – Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Wiedervereinigung* (3. Auflage). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 365-400.

Geißler, Rainer (2002a). Selbstständige, bürgerlicher Mittelstand, Bauern. In: ders. *Die Sozialstruktur Deutschlands – Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Wiedervereinigung* (3. Auflage). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 167-196.

Geißler, Rainer (2002b). Bildungsexpansion und Wandel der Bildungschancen – Veränderungen im Zusammengang von Bildungssystem und Sozialstruk-

tur. In: ders. *Die Sozialstruktur Deutschlands – Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Wiedervereinigung* (3. Auflage). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 333-364.

Geißler, Rainer. (2002c). Die Sozialstruktur Deutschlands – Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Wiedervereinigung (3. Auflage). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Geißler, Rainer/Meyer, Thomas. (2002). Struktur und Entwicklung der Bevölkerung. In: Rainer Geißler. *Die Sozialstruktur Deutschlands – Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Wiedervereinigung* (3. Auflage). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 49-80.

Gellner, Winand/Strohmeier, Gerd. (2002). Parteien in Internet-Wahlkämpfen. In: Ulrich von Alemann/Stefan Marschall. *Parteien in der Mediendemokratie – Medien in der Parteiendemokratie*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 189-209.

Giddens, Anthony. (1984). Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Giddens, Anthony. (1992). Modernity and Self-Identity – Self and Society in the late modern Age (Nachdruck). Cambridge: Polity Press.

Giddens, Anthony. (1993). Tradition in der post-traditionalen Gesellschaft. In: Soziale Welt, 44.Jahrgang, Heft 4, S. 445-485.

Giddens, Anthony. (1996). Konsequenzen der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Giddens, Anthony. (1999). Jenseits von Links und Rechts – Die Zukunft radikaler Demokratie (3. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Giddens, Anthony. (2001). Die Frage der sozialen Ungleichheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Gisart, Brigitte. (2013). Demokratie und politische Partizipation. In: Statistisches Bundesamt. *Datenreport 2013 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 357-362.

Glotz, Peter. (1997). Die politische Krise als Kommunikations-Krise – Eine kommunikationswissenschaftliche Makroanalyse. In: APuZ, Heft 36/37, S. 3-7.

Gluchowski, Peter/Veen, Hans-Joachim. (1979). Nivellierungstendenzen in den Wähler- und Mitgliedschaften von CDU/CSU und SPD 1959-1979. In: ZParl, 10. Jahrgang, Heft 3, S. 312-331.

Gluchowski, Peter/Wilamowitz-Moellendorf, Ulrich. (1997). Sozialstrukturelle Grundlagen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland. In: Oskar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.). *Parteiendemokratie in Deutschland*, S. 179-208.

Gnad, Oliver. (2005). Christlich-Soziale Union – Mitgliedschaft und Sozialstruktur In: Corinna Franz/ders. *Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland – CDU und CSU: Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990*. Düsseldorf: Droste Verlag, S. 519-775.

Gniss, Daniela. (2005). Freie Demokratische Partei – Mitgliedschaft und Sozialstruktur. In: Oliver Gnad/dies./Marion Hausmann/Carl-Wilhelm Reibel. *Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland – FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien: Mitgliedschaft und Sozialstruktur.* Düsseldorf: Droste Verlag, S. 35-172.

Gorholt, Martin. (2009). Die SPD als Mitgliederpartei. In: Elmar Wiesendahl/Uwe Jun/Oskar Niedermayer. *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen/Farmington Hill: Verlag Barbara Budrich, S. 257-260.

Görl, Tilo. (2007). Klassengebundene Cleavage-Strukturen in Ost- und Westdeutschland – Eine empirische Untersuchung. Baden-Baden: Nomos.

Grabow, Karsten. (2000). Abschied von der Massenpartei – Die Entwicklung der Organisationsmuster von SPD und CDU seit der deutschen Vereinigung. Wiesbaden: VS.

Grabow, Karsten. (2006). Zur Rolle der Eliten in der demokratischen Gesellschaft. In: Oskar W. Gabriel/Beate Neuss/ Günther Rüther. *Eliten in Deutschland – Bedeutung, Macht, Verantwortung*: Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 19-40.

Grafe, Peter J. (1986). Schwarze Visionen – Die Modernisierung der CDU. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Grebing, Helga. (1962). Geschichte der deutschen Parteien. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag.

Greenpeace (2012). Fragen und Antworten zu Greenpeace.
Quelle: http://www.greenpeace.de/ueber_uns/nachrichten_ueber_uns/artikel/fragen_antworten_zu_greenpeace-1/ (*Stand: 07.11.2013*).

Greven, Michael Thomas. (1977). Parteien und politische Herrschaft – Zur Interdependenz von innerparteilicher Ordnung und Demokratie in der BRD. Meisenheim am Glan: Hain Verlag.

Greven, Michael Thomas. (1987). Parteimitglieder – Ein empirischer Essay über das politische Alltagsbewusstsein in Parteien. Opladen: Leske & Budrich.

Grewe, Wilhelm. (1969). Zum Begriff der politischen Partei. In: Gilbert Ziebura. *Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre – Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 68-90.

Grimm, Dieter. (1987). Die Parteien im Verfassungsrecht – Doppelrolle zwischen Gesellschaft und Staat. In: Peter Haungs/Eckhard Jesse. *Parteien in der Krise – In- und ausländische Perspektiven*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 132-138.

Gross, Felix. (1967). Sociological Analysis of a Political Party. In: Il Politico, 32. Jahrgang, Heft 4, S. 702-719.

Gruner, Erich. (1977). Die Parteien in der Schweiz – Geschichte, neue Forschungsergebnisse, aktuelle Probleme (2. Auflage). Marburg: Francke.

Guhl, Markus. (2000). Der Osten ist anders – Zur Struktur der Parteien in den Neuen Ländern. Marburg: Tectum.

Habermas, Jürgen. (1975). Strukturwandel der Öffentlichkeit – Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft (7. Auflage). Neuwied bei Berlin: Luchterhand.

Habermas, Jürgen. (1987). Theorie des kommunikativen Handelns (Band 2) – Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft (4. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen. (1987a). Theorie des kommunikativen Handelns (Band 1) – Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft (4. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen. (1994). Faktizität und Geltung – Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates (4. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen. (1996). Drei normative Modelle der Demokratie. In: ders. *Die Einbeziehung des Anderen.* Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 277-292.

Hager, Lutz. (2005). Wie demokratisch ist Demokratie? Eine Wachstumstheorie der

Demokratie – Volksinitiativen in Kalifornien. Wiesbaden: VS.

Hahn, Gerhard. (1982). Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1945-1980 (1. Band). Stuttgart: Klett-Cotta.

Harmel, Robert/Janda, Kenneth. (1994). An Integrared Theoty of Party Goals and Party Change. In: Journal of Theoretical Politics, 6. Jahrgang, Heft 3, S. 259-287.

Hartmann, Martin/Offe, Klaus. (2001). Vertrauen – Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Hartmann, Martin. (2011). Die Praxis des Vertrauens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hartmann, Michael. (2002). Der Mythos von den Leistungseliten – Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Hattemer, Stefanie. (2012). Mediation bei Störungen des Arzt-Patienten-Verhältnisses. Heidelberg/ Dordrecht/London/New York: Springer.

Haungs, Peter. (1983). Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Christlich Soziale Union in Bayern (CSU). In: Hans-Joachim Veen (Hrsg.). *Christlich-demokarische und konservative Parteien in Westeuropa (Band 1)*. Paderborn/München/Wien/Zürich: Schöningh, S. 5-194.

Haungs, Peter/Eckhard, Jesse. (1987). Parteien in der Krise – In- und ausländische Perspektiven. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

Haungs, Peter. (1994). Plädoyer für eine erneuerte Mitgliederpartei. Anmerkung zur aktuellen Diskussion über die Zukunft der Volksparteien. In: ZParl, Heft 1, S. 108-115.

Heberle, Rudolf. (1967). Hauptprobleme der Politischen Soziologie. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.

Hegelich, Simon/Knollmann, David/Kuhlmann, Johanna. (2011). Agenda 2010 – Strategien-Entscheidungen-Konsequenzen. Wiesbaden: VS.

Heidar, Knut. (1994). The polymorphic nature of party membership. In: European Journal of Political Research, Heft 25, S. 60-86.

Heimann, Siegfried. (1984). Die sozialdemokratische Partei Deutschlands. In: Richard Stöss. *Parteienhandbuch – Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980* (Band 2: FDP-WAV). Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 2025-2216.

Heinrich, Roberto/Lübker, Malte/Biehl, Heiko. (2002). Parteimitglieder im Vergleich: Partizipation und Repräsentation (Kurzfassung des Abschlussberichts zum gleichnamigen DFG-Projekt).
Quelle: http://www.uni-potsdam.de/u/ls_regierungssystem_brd/index.htm *(Stand: 25.05.2010)*.

Hellmann, Kai-Uwe. (2005). Spezifik und Autonomie des politischen Systems – Analyse und Kritik der politischen Soziologie Niklas Luhmanns. In: Gunter Runkel/Günter Burkart. *Funktionssysteme der Gesellschaft – Beiträge zur Systemtheorie von Niklas Luhmann*. Wiesbaden: VS, S.13-51.

Heydt, Friedrich August Freiherr von der/Sacherl, Karl. (1955). Soziologie der deutschen Parteien. München: Isar Verlag.

Helms, Ludger. (1995). Parteiensystem als Systemstruktur – Zur methodisch-analytischen Konzeption der funktional vergleichenden Parteiensystemanalyse. In: ZParl, 25. Jahrgang, Heft 4, S. 642-657.

Helms, Ludger. (1999). Gibt es eine Krise des Parteienstaates in Deutschland?. In: Wolfgang Merkel/Andreas Busch. *Demokratie in Ost und West*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 435-454.

Hennis, Wilhem. (1973). Die mißverstandene Demokratie. Freiburg: Herder.

Hennis, Wilhelm. (1998). Auf dem weg in den Parteienstaat – Aufsätze aus vier Jahrzehnten. Stuttgart: Reclam.

Hereth, Michael. (1964). Zur Funktion der Parteien im demokratischen Prozess. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 15. Jahrgang, Heft 7, S. 420-423.

Herzog, Dietrich. (1975). Politische Karrieren – Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Herzog, Dietrich. (1990). Der moderne Berufspolitiker – Karrierebedingungen und Funktionen in westlichen Demokratien. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.). Eliten in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer, S. 2851

Hillmann, Karl-Heinz. (1994). Soziologie. In: ders. *Wörterbuch der Soziologie* (4. Auflage). Stuttgart: Kröner, S. 821-824.

Hillmann, Karl-Heinz. (1994a). Kollektivbewußtsein. In: ders. *Wörterbuch der Soziologie* (4. Auflage). Stuttgart: Kröner, S. 421-422.

Hillmann, Karl-Heinz. (2001). Zur Wertewandelforschung – Einführung, Übersicht und Ausblick. In: George W. Osterdiekhoff/Norbert Jegelka. *Werte und*

Wertewandel in westlichen Gesellschaften – Resultate und Perspektiven der Sozialwissenschaften. Opladen: Leske & Budrich, S. 15-39.

Hitzler, Ronald. (1994). Der Machtmensch – Zur Dramaturgie des Politischen. In: ders. *Der gemeine Machiavellismus – Beiträge zu einer Soziologie politischen Handelns*, S. 28-40.
Quelle: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-53000 (*Stand: 28.09.2012*).

Hitzler, Ronald/Honer, Anne. (1994). Bastelexistenz – Über subjektive Konsequenzen der Individualisierung. In: Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim. *Riskante Freiheiten – Individualisierung in modernen Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 307-315.

Hitzler, Ronald. (1997). Der unberechenbare Bürger – Über einige Konsequenzen der Emanzipation der Untertanen. In: Ulrich Beck. (1997). *Kinder der Freiheit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 175-194.

Hitzler, Ronald/Hornbostel, Stefan/Mohr, Cornelia. (2004). Elitenmacht. Wiesbaden: VS.

Hoffmann, Hanna. (2011). Warum werden Bürger Mitglied in einer Partei?. In: Tim Spier/Markus Klein/Ulrich von Alemann/u.a. *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden: VS, S. 79-95.

Hoffmann-Lange, Ursula. (1990). Eliten in der modernen Demokratie – Fragestellungen, theoretische Ansätze und Erbegnisse der Eliteforschung. In: dies. *Eliten in der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer, S. 11-27.

Hoffmann-Lange, Ursula. (1992). Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik. Opladen: Leske & Budrich.

Hoffmann-Lange, Ursula. (2006). Die Struktur der Eliten in modernen demokratischen Gesellschaften. In: Oskar W. Gabriel/Beate Neuss/ Günther Rüther. *Eliten in Deutschland – Bedeutung, Macht, Verantwortung*: Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 56-73.

Hofmann, Robert. (1993). Geschichte der deutschen Parteien – Vorm Kaiserreich bis zur Gegenwart. München/Wien: Piper.

Holst, Elke/Schupp, Jürgen. (2008). Situationen und Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt. In: *Datenreport 2008 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 122-128.

Holtz-Bacha, Christina. (1990). Ablenkung oder Abkehr von der Politik? – Mediennutzung im Geflecht politischer Orientierungen. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Holtz-Bacha, Christina. (2002). Parteien und Massenmedien im Wahlkampf. In: Ulrich von Alemann/Stefan Marschall. *Parteien in der Mediendemokratie*. Wiesbaden: VS, S. 42-56.

Honneth, Axel. (2010). Organisierte Selbstverwirklichung – Paradoxien der Individualisierung. In: Christoph Menke/Juliane Rebentisch. *Kreation und Depression*. Berlin: Kadmos, S. 63-80.

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (2003). Kulturindustrie – Aufklärung als Massenbetrug. In: dies. *Dialektik der Aufklärung – Philosophische Fragmente*. Frankfurt am Main: Fischer, S. 128-176.

Hradil, Stefan. (2001). Soziale Ungleichheit in Deutschland (8. Auflage). Opladen: Leske & Budrich.

Huntington, Samuel P. (1993). The Third Wave – Democratization in the late Twentieth Century. Norman/Oklahoma u.a: University of Oklahoma Press.

Hurrelmann, Klaus. (2000). Die 10- bis 15-Jährigen – Eine unbekannte Zielgruppe?. In: Televizion, 12. Jahrgang, Heft 2, S. 25-29.

Immerfall, Stefan. (1993). Politische Kommunikation von Parteimitgliedern – Eine mehrebenenanalytische Fallstudie zur Bundestagswahl 1990. In: ZfPP, 1. Jahrgang, Heft 3/4 , S. 247-271.

Inglehart, Ronald. (1989). Kultureller Umbruch – Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Ipsen, Jörn. (2008). Parteiengesetz (Kommentar). München: C.H. Beck.

Ipsen, Jörn. (2009). Einführung. In: ders. 40 Jahre Parteiengesetz – Symposium in deutschen Bundestag. Osnabrück: V&R unipress, S. 9-11.

Jäckel, Michael. (1999). Die Krise der politischen Kommunikation – Annäherung aus soziologischer Perspektive. In: Peter Winterhoff-Spurk/ders. *Politische Eliten in der Mediengesellschaft – Rekrutierung, Darstellung, Wirkung*. München: Fischer, S. 31-55.

Jagodinski, Wolfgang/Klein, Markus. (1998). Individualisierungskonzepte aus individualistischer Perspektive – Ein erster Versuch, in das Dickicht der Individualisierungskonzepte einzudringen. In: Jürgen Friedrichs. *Die Individualisierungs-These.* Opladen: Leske & Budrich, S. 13-31.

Jahoda, Marie/Lazarsfeld, Paul F. (1986). Die Arbeitslosen von Marienthal – Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit (6. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Jandura, Olaf. (2007). Kleinparteien in der Mediendemokratie. Wiesbaden: VS.

Jäger, Wolfgang. (1973). Innerparteiliche Demokratie und Partizipation. In: ders. *Partei und System – Eine kritische Einführung in die Parteienforschung*. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz: Kohlhammer, S. 108-151.

Jesse, Eckhard. (1990). Parteien in Deutschland – Ein Abriß der historischen Entwicklung. In: Heinrich Oberreuter/ Alfred Minzel. *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. München: Olzog Verlag, S. 40-83.

Jesse, Eckhard. (1992). Die Entwicklung des Parteiensystems und der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland – Von den vierziger Jahren bis in die neunziger Jahre. In: Emil Hübner/Heinrich Oberreuter. *Parteien in Deutschland zwischen Kontinuität und Wandel*. München: Bayrische Landeszentrale für politische Bildung, S. 11-87.

Jesse, Eckhard. (2006). Parteiensystem im Wandel? – Das deutsche Parteiensystem vor und nach der Bundestagswahl 2005. In: ders./Roland Sturm. *Bilanz der Bundestagswahl 2005 – Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen*. Wiesbaden: VS, S. 21-42.

Jesse, Eckhard/Sturm, Roland. (2006). Einleitung. In: dies. *Bilanz der Bundestagswahl 2005 – Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen*. Wiesbaden: VS, S. 9-20.

Jesse, Eckhard. (2007). Parteiendemokratie in der Krise?. In: MUT, Heft 7, S. 16-17.

Jesse, Eckhard/Lang, Jürgen P. (2008). Die Linke – Der smarte Extremismus einer deutschen Partei. München: Olzog.

Jesse, Eckhard. (2009). Die Volksparteien nach der Bundestagswahl 2009 – Gravierende Symptome einer Krise. In: Politische Studien, 60. Jahrgang, Heft 428, S. 35-45.

Jesse, Eckhard. (2009a). Der glanzlose Sieg der »Bürgerlichen« und die Schwäche der Volksparteien bei der Bundestagswahl 2009. In: ZfP, 56. Jahrgang, Heft 4, S. 397-408.

Jesse, Eckhard. (2009b). Die Bundestagswahl 2009 und ihre Folgen. In: MUT, Heft 11, S. 6-9.

Jesse, Eckhard. (2009). Parteien und Parteiensystem in den neuen Bundesländern.

In: Volker Kronenberg/Tilman Mayer. *Volksparteien – Erfolgsmodell für die Zukunft?*. Freiburg: Herder Verlag, S. 291-303.

Jesse, Eckhard. (2011). Das Abschneiden der kleinen Parteien bei der Bundestagswahl 2009 und ihre Perspektiven. In: Oskar Niedermayer. *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden: VS, S. 179-197.

Joas, Hans. (1988). Das Risiko der Gegenwartsdiagnose. In: Soziologische Revue, 11. Jahrgang, Heft 1, S. 1-6.

Johnson, Allan G. (2000). The Blackwell Dictionary of Sociology – A User´s Guide to Sociological Language (2. Auflage). Malden/Oxford/Carlton: BLACKWELL Publishing.

Jun, Uwe. (2000). Die Transformation der Sozialdemokratie – Der Dritte Weg, New Labour und die SPD. In: ZfP, 10. Jahrgang, Heft 4, S. 1501-1530.

Jun, Uwe. (2002). Personalisiert, medialisiert und etatisiert. Zur Lage der deutschen Großparteien am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: ZParl, 33. Jahrgang, Heft 4, S. 770-789.

Jun, Uwe. (2004). Parteien und Parteiensystem. In: Ludgar Helms/ders. *Politische Theorie und Regierungslehre – Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung*. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 163-193.

Jun, Uwe/Kreikenbom, Henry. (2006). Nicht nur im Schatten der Macht – Zur Situation kleiner Parteien im deutschen Parteiensystem. In: dies./Viola Neu. *Kleine Parteien im Aufwind – Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft*. Frankfurt am Main: Campus, S. 13-36.

Jun, Uwe. (2007). Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). In: Frank Decker/Viola Neu. Handbuch der deutschen Parteien. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 381- 400.

Jun, Uwe. (2009). Parteienforschung. In: Uwe Andersen (Hrsg.). *Parteien in Deutschland – Krise oder Wandel?* Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 11-38.

Jun, Uwe. (2009a). Politische Parteien als Gegenstand der politischen Soziologie. In: Viktoria Kaina/Andrea Römmele. *Politische Soziologie – Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS, 235-265.

Jun, Uwe. (2009b). Organisationsformen der Mitgliederparteien ohne durchschlagenden Erfolg – Die innerparteilichen Veränderungen von CDU und SPD

seit den 1990er Jahren. In: Elmar Wiesendahl/ders./Oskar Niedermayer. *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen/Farmington Hill: Verlag Barbara Budrich, S. 187-209.

Junge, Matthias. (2002). Emile Durkheim. In: Ditmar Brock/ders./Uwe Krähnke. *Soziologische Paradigmen von Auguste Comte bis Talcott Parsons*. München/Wien: Oldenbourg, S. 109-131.

Junge, Matthias. (2002a). Talcott Parsons. In: Ditmar Brock/ders./Uwe Krähnke. *Soziologische Paradigmen von Auguste Comte bis Talcott Parsons*. München/Wien: Oldenbourg, S. 191-218.

Junge, Matthias. (2002b). Individualisierung. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Junge, Matthias. (2002c). Ambivalenz – Eine Schlüsselkategorie der Soziologie von Zygmunt Bauman. In: ders./Thomas Kron. *Zygmunt Bauman – Soziologie zwischen Postmoderne und Ethik*. Opladen: Leske & Budrich, S. 81-101.

Junge, Matthias. (2006). Zygmunt Bauman – Soziologie zwischen Moderne und flüchtiger Moderne. Wiesbaden: VS.

Jupp, James. (1968). Political Parties. New York: Routledge & Kegan.

Kaack, Heino. (1971). Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Kaack, Heino. (1979). Die F.D.P. – Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik. Meisenheim am Glan: Anton Hain.

Kaase, Max. (1982). Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien? In: Joachim Raschke. *Bürger und Parteien – Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 173-189.

Kahrs, Horst. (2009). Die LINKE geht nur als Mitgliederpartei. In: Elmar Wiesendahl/Uwe Jun/Oskar Niedermayer. *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen/Farmington Hill: Verlag Barbara Budrich, S. 269-275.

Kaina, Victoria. (2006). Was sind Eliten?. In: Oskar W. Gabriel/Beate Neuss/ Günther Rüther. *Eliten in Deutschland – Bedeutung, Macht, Verantwortung*: Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 41-55.

Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea. (2009). Politische Soziologie und der leere Platz im Bücherregal – Eine kurze Geschichte von Identitätssuche und Selbstbehauptung. In: dies. *Politische Soziologie – Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 7-15.

Kaltfleiter, Werner/Veen, Hans-Joachim. (1974). Zwischen freiem und imperativen Mandat – Zur Bindung von Mandatsträgern in der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik. In: ZParl, 5. Jahrgang, Heft 2, S. 246-267.

Katz, Richard/Mair, Peter. (1995). Changing Models of Party Organisation – The Emergence of the Cartel-Party. In: Party Politics, Heft 1, Band 1, S. 5-28.

Katz, Richard/Mair, Peter. (1996). Cadre, Catch-All or Cartel? – A Rejoinder. In: Party Politics, Heft 4, Band 2, S. 525-535.

Keltner, Dachter. (2007). The Power Paradox.
Quelle: http://greatergood.berkeley.edu/article/item/power_paradox (*Stand: 10.11.2011*).

Keltner, Dachter/Gruenfeld, Deborah/Galinsky, Adam/Kraus, Michael W. (2010). Paradoxes of Power – Dynamics of the Acquisitation, Experience, and Social Regulation of Social Power. In: Ana Guinote/Theresa K. Verscio. *The Social Psychology of Power*. New York/London: The Guilford Press, S. 177-208.

Kepplinger, Matthias/Maurer, Marcus. (2001). Der Ort der Kontrolle – Zum Einfluss interner und externer Faktoren auf die Wahlentscheidung. In: *Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase. Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 599-622.

Kern, Thomas. (2008). Soziale Bewegungen – Ursachen, Wirkungen, Mechanismen. Wiesbaden: VS.

Kieser, Alfred/Walgenbach, Peter. (2007). Organisation (5. Auflage). Stuttgart: Schäfer-Poeschel Verlag.

Kißler, Leo. (2007). Politische Soziologie. Konstanz: UTB.

Kießling, Andreas. (2007). Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU). In: Frank Decker/Viola Neu. *Handbuch der deutschen Parteien*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 223-235.

Kitschelt, Herbert. (2000). Citizens, Politicans and Party Cartellization – Political Representation and State Failure in Post-Industrial Democracies. In: European Journal of Political Research, 37. Jahrgang, Heft 2, S. 149-179.

Kirchheimer, Otto. (1965). Der Wandel des westdeutschen Parteisystems. In: PVS, 6. Jahrgang, Heft 6, S. 20-41.

Klages, Helmut. (1988). Wertedynamik – Über die Wandelbarkeit des Selbnstverständlichen. Zürich/Osnabrück: Verlag A. Fromm.

Klages, Helmut. (1995). Die Realität des Wertewandels – ein Plädoyer für den faktenorientierten Blick. In: Ansgar Klein. *Wertediskussion im vereinten Deutschland*. Köln: Bund, S. 81-86.

Klages, Helmut (1998). Engagement und Engagementpotential in Deutschland. In: APuZ, Heft 38, S. 29-38.

Klages, Helmut/Gensicke, Thomas. (2006). Wertesynthese – Funktional oder dysfunktional. In: KZfSS, 58. Jahrgang, Heft 2, S. 332-351.

Klein, Markus/Ohr Dieter. (2001). Die Wahrnehmung der politischen und persönlichen Eigenschaften von Helmut Kohl und Gerhard Schröder und ihr Einfluß auf die Wahlentscheidung beider Bundestagswahl 1998. In: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase. Wahlen und Wähler – *Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 91-132.

Klein, Markus/Falter Jürgen W. (2003). Der lange Weg der Grünen – Eine Partei zwischen Protest und Regierung. München: C.H. Beck.

Klein, Markus. (2005). Gesellschaftliche Wertorientierungen, Wertewandel und Wählerverhalten. In: Jürgen W. Falter/Harald Schoen. *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS, S. 423-445.

Klein, Markus/Arzheimer, Kai. (1999). Ranking- und Rating-Verfahren zur Messung von Wertorientierungen, untersucht am Beispiel des Inglehart-Index – Empirische Befunde eine Methodenmix. In: KZfSS, 51. Jahrgang, Heft 3, S. 550-564.

Klein, Markus/Arzheimer, Kai. (2000). Einmal mehr: Ranking oder Rating? Über die adäquate Messung von gesellschaftlichen Wertorientierungen – Eine Erwiderung auf Stefan Sacchi. In: KZfSS, 52. Jahrgang, Heft 3, S. 553-563.

Klein, Markus/Pötschke, Manuela. (2000). Gibt es einen Wertewandel hin zum »reinen« Postmaterialismus? – Eine Zeitreihenanalyse der Wertorientierungen der westdeutschen Bevölkerung zwischen 1970 und 1997. In: ZfS, 29. Jahrgang, Heft 3, S. 202-216.

Klein, Markus. (2011). Was wissen wir über die Mitglieder der Parteien? In: Tim Spier/ders./Ulrich von Alemann/u.a. *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden: VS, S. 31-38.

Klein, Markus (2011a). Wie sind die Parteien gesellschaftlich verwurzelt?. In: Tim

Spier/ders./Ulrich von Alemann/u.a. *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden: VS, S. 39-59.

Klein, Markus/Alemann, Ulrich von. (2011). Warum braucht die Demokratie Parteien?. In: Tim Spier/Markus Klein/Ulrich von Alemann/u.a. *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden: VS, S. 9-17.

Klein, Markus/Alemann, Ulrich von/Spier, Tim. (2011a). Warum brauchen die Parteien Mitglieder?. In: In: dies./u.a. *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden: VS, S. 19-29.

Klein, Naomi. (2002). No Logo! – Der Kampf der Global Players um Marktmacht (5. Auflage, Sonderausgabe). München: Riemann.

Kleinhenz, Thomas. (1995). Die Nichtwähler – Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Klingemann, Hans-Dieter. (1985). Formen, Bestimmungsgründe und Konsequenten politischer Beteiligung – Ein Forschungsbericht. Berlin: Pressestelle der Freien Universität Berlin.

Kluge, Friedrich. (2002). Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache (24. Auflage). Berlin/New York: de Gruyter.

Klumpian, Helmut. (1998). Die amerikanischen Parteien – Von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Opladen: Leske & Budrich.

Koch, Willy/Niedermayer, Oskar. (1991). Parteimitglieder in Leipzig und Mannheim. Wiesbaden.

Kohli, Martin. (1988). Normalbiographie und Individualität. Zur institutionellen Dynamik des gegenwärtigen Lebenslaufregimes. In: Hanns-Georg Brose/Bruno Hildenbrand. *Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende*. Opladen: Leske & Budrich, S. 33-53.

König, Berthold. (1999). Wer wird Politiker? – Die Lust, ganz oben zu sein. In: Peter Winterhoff-Spurk/Michael Jäckel. *Politische Eliten in der Mediengesellschaft – Rekrutierung, Darstellung, Wirkung*. München: Fischer, S. 57-64.

Koole, Ruud. (1996). Cadre, Catch-All or Cartel? – A Comment on the Notion of the Cartel Party. In: Party Politics, Heft 4, Band 2, S. 507-523.

Kort-Krieger, Ute. (1994). Wechselwähler: Verdrossene Parteien – Routinierte Demokraten. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft.

Korte, Karl-Rudolf. (2013). Alternative für Deutschland (AfD).

Quelle: http://www.politik/wahlen/bundestagswahl-2013-mobil/168717/afd (*Stand: 27.10.2013*).

Köstler, Anja. (2010). Mediation. München/Basel: Ernst Reinhardt Verlag.

Krack-Rohberg, Elle/Weichs, Karl. (2008). Teilnahme am politischen und religiösen Leben. In: Statistisches Bundesamt. *Datenreport 2008 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 383-390.

Krahe, Brigitte/Seibel, Michaela. (1990). Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1981-1986 (2. Band). Stuttgart: Klett-Cotta.

Krähnke, Uwe. (1999). Dynamisierte Theoriebildung. Das Forschungsprogramm von Georg Simmel. In: Berliner Journal für Soziologie, 9. Jahrgang, Heft 1, S. 85-104.

Krähnke, Uwe. (2002). Georg Simmel. In: Ditmar Brock/Matthias Junge/ders. *Soziologische Theorien von Auguste Comte bis Talcott Parsons.* München/Wien: Oldenbourg, S. 133-159.

Krähnke, Uwe. (2007). Selbstbestimmung – Zur gesellschaftlichen Konstruktion einer normativen Leitidee. Weilerswist: Velbrück.

Krallmann, Dieter/Ziemann, Andreas (2001). Die Informationstheorie von Claude E. Shannon. In: dies. *Grundkurs Kommunikationswissenschaft – Mit einem Hypertext-Vertiefungsprogramm im Internet*. München: Fink, S. 21-34.

Kreckel, Reinhard. (2004). Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit (3. Auflage). Frankfurt am Main: Campus.

Krockow, Christian Graf von/Lösche, Peter. (1986). Parteien in der Krise – Das Parteiensystem der Bundesrepublik und der Aufstand des Bürgerwillens. München: C.H. Beck.

Krüger- Hemmer, Christiane. (2008). Bildungsbeteiligung, Bildungsniveau und Bildungsbudget. In: Statistisches Bundesamt. *Datenreport 2008 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 51-73.

Küchler, Manfred. (1982). Staats- Parteien- oder Politikverdrossenheit?. In: Joachim Raschke. *Bürger und Parteien – Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 39-54.

Kuhn, Yvonne. (2007). Professionalisierung deutscher Wahlkämpfe? – Wahlkampagnen seit 1953. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.

Lange, Max G. (1964). Politische Soziologie – Eine Einführung (2. Auflage). Berlin/ Frankfurt am Main: Verlag Franz Vahlen.

Lasswell, Harold D. (1957). Politik und Moral – Analyse des politisch-sozialen Verhaltens. Stuttgart/Düsseldorf: Ring Verlag.

Laux, Annika. (2011). Was motiviert Parteimitglieder zum Beitritt?. In: Tim Spier/Markus Klein/Ulrich von Alemann/u.a. *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden: VS, S. 61-78.

Lawson, Kay. (1980). Political Parties an Linkage. In: ders. *Political Parties and Linkage – A Comparative Perspective*. New Haven/London: Yale University Press, S. 3-24.

Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernhard/Gaudet, Hazel. (1969). Wahlen und Wähler – Soziologie des Wahlverhaltens. Neuwied bei Berlin: Luchterhand.

Leggewie, Claus. (2002). Netzwerkparteien? Parteien in der digitalen Öffentlichkeit. In: Ulrich von Alemann/Stefan Marschall. *Parteien in der Mediendemokratie*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 173-188.

Leggewie, Claus. (2003). Die Globalisierung und ihre Gegner. München: C.H. Beck

Lehmbruch, Gerhard. (1970). Parteiensysteme. In: Görres-Gesellschaft (Hrsg.). *Staatslexikon – Recht, Wirtschaft, Gesellschaft* (6. Auflage; Band 6). Freiburg: Herder, S. 864-874.

Lehner, Franz. (1973). Utilitaristische Theorie – Das „Neue“ Paradigma in der politischen Wissenschaft. Eine Einführung in die ökonomische Theorie der Politik. In: Arbeitspapiere zur Politischen Soziologie (Heft 9). München: Olzog Verlag, S. 7-59.

Leibholz, Gerhard. (1967). Strukturprobleme der modernen Demokratie (3. Auflage). Karlsruhe: C.F. Müller.

Leif, Thomas. (1993). Hoffnung auf Reformen? – Reformstau und Partizipationsblockaden in den Parteien. In: APuZ, Heft 43, S. 24-33

Leif, Thomas/Raschke, Joachim. (1994). Rudolf Scharping, die SPD und die Macht – Eine Partei wird besichtigt. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.

Leif, Thomas/Speth, Rudolf. (2006). Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland. Wiesbaden: VS.

Lemke, Steffi. (2009). Warum die Grünen Mitglieder brauchen. In: Elmar Wiesendahl/Uwe Jun/Oskar Niedermayer. *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. Opla-

den/Farmington Hill: Verlag Barbara Budrich, S. 277-281.

Lenk, Kurt. (1982). Politische Soziologie – Strukturen und Integrationsformen der Gesellschaft. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz: Kohlhammer.

Lepsius, Rainer M. (1961). Denkschrift zu Lage der Soziologie und der politischen Wissenschaft. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag.

Lepsius, Rainer M. (1973). Parteiensystem und Sozialstruktur – Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Gerhard A. Ritter. *Deutsche Parteien vor 1918*. Köln: Kiepenheuer & Witsch, S. 56-80.

Lijphart, Arend. (1999). Patterns of Democracy – Gouvernment Forms and Performance in Thirty-Six Countries. New Haven/London: Yale University Press.

Linz, Juan J. (1967). Cleavage and Consensus in West German Politics – The Early Fifties. In: Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, Stein. *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: Free Press, S. 283-321.

Lipset, Seymour Martin/Bendix, Reinhard. (1951). Social Status and Social Structure – A Re-examination of Data and Interpretations II. In: British Journal of Sociology, 2. Jahrgang, Heft 2, S. 150-168.

Lipset, Seymour Martin. (1962). Soziologie der Demokratie. Neuwied bei Berlin: Luchterhand.

Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein. (1967). Cleavage Structure, Party Systems, and Voter Alignments – An Introduction. In: dies. Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York: Free Press, S. 1-64.

Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein. (1967a). Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York: Free Press.

Lohmar, Ulrich. (1958). Das Problem der innerparteilichen Demokratie. In: Die neue Gesellschaft, 5. Jahrgang, Heft 2, S. 110-117.

Lösche, Peter. (1993). »Lose verkoppelte Anarchie« – Zur aktuellen Situation von Volksparteien am Beispiel der SPD. In: APuZ, Heft 43, S. 34-43.

Lösche, Peter. (1994). Kleine Geschichte der deutschen Parteien (2. Auflage). Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer.

Lösche, Peter. (1999). Parteienstaat in der Krise? – Überlegungen nach 50 Jahren Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Dietz.

Lösche, Peter. (2007). Verbände und Lobbyismus in Deutschland. Stuttgart: Kohl-

hammer.

Lösche, Peter. (2009). Ende der Volksparteien. In: APuZ, Heft 51, S. 6-12.

Lowi, Theodore. (1967). Toward Funktionalism in Political Science – The Case of Innovation in Party Systems. In: Beryl L. Crowe/Charles G. Mayo. *American Political Parties – A Systemic Perspective*. New York/ Evanston/London: Harper & Rowe, S. 452-481.

Luckmann, Thomas. (2002). Individuelles Handeln und gesellschaftliches Wissen. In: ders. *Wissen und Gesellschaft – Ausgewählte Aufsätze 1981-2002*. Konstanz: UVK, S. 69-89.

Ludz, Peter Christian. (1979). Die Bedeutung der Soziologie für die politische Wissenschaft – Zur wissenschaftssoziologischen Interpretation des Streits um die politische Soziologie in den fünfziger Jahren. In: Günther Lüschen. *Deutsche Soziologie seit 1945*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 264-293.

Luhmann, Niklas. (1968). Soziologie des politischen Systems. In: KZfSS, 20. Jahrgang, Heft 4, S. 705-733.

Luhmann, Niklas. (1973). Vertrauen – Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität (2. Auflage). Stuttgart: Enke.

Luhmann, Niklas. (1975). Legitimation durch Verfahren (2. Auflage). Neuwied bei Berlin: Luchterhand.

Luhmann, Niklas. (1987). Soziologische Aufklärung 4 – Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Luhmann, Niklas. (1991). Allgemeine Theorie organisierter Sozialsysteme. In: ders. *Soziologische Aufklärung 2 – Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft* (4. Auflage). Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 39-50.

Luhmann, Niklas. (1992). Organisation. In: Willi Küpper/Günther Ortmann. Mikropolitik – *Rationalität, Macht und Spiele ind Organisationen* (2. Auflage). Opladen. Westdeutscher Verlag, S. 165-185.

Luhmann, Niklas. (1992a). Die Unbeliebtheit der Parteien. In: Die politische Meinung, 37. Jahrgang, Heft 272, S. 5-11.

Luhmann, Niklas. (1993). Soziologische Aufklärung 3 – Soziales System, Gesellschaft, Organisation (3. Auflage). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Luhmann, Niklas. (1993a). Das Volk steigt aus. In: Die politische Meinung, 38. Jahrgang, Heft 280, S. 91-94.

Luhmann, Niklas. (1997). Die Gesellschaft der Gesellschaft: Band 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas. (1997a). Die Gesellschaft der Gesellschaft: Band 1: Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas. (2000). Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas. (2000a). Soziale Systeme – Grundriß einer allgemeinen Theorie (8. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas. (2000b). Organisation und Entscheidung. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Luhmann, Niklas. (2005). Soziologische Aufklärung 6 – Die Soziologie und der Mensch (2. Auflage). Wiesbaden: VS Verlag.

Luhmann, Niklas. (2002). Einführung in die Systemtheorie. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme Verlag.

Luhmann. Niklas. (2010). Politische Soziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Machnig, Matthias. (2000). Auf dem Weg zur Netzwerkpartei. In: Die Neue Gesellschaft, Heft 7/8, S. 654-660.

Machnig, Matthias. (2001). Von der „Kampa“ zur Netzwerkpartei – Politisches Themenmanagement und Kampagnenarbeit der SPD. In: Albrecht Werner/ Claudia Langen. *Zielgruppe Gesellschaft: Kommunikationsstrategien für Nonprofit-Organisationen.* Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 123-142.

Mackert, Jürgen/Müller, Hans-Peter. (2007). Moderne (Staats-) Bürgerschaft – Nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies. Wiesbaden: VS.

Maier, Jürgen. (2000). Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland – Dimensionen, Determinanten, Konsequenzen. Opladen: Leske & Budrich.

Mair, Peter/van Biezen, Ingrid. (2001). Party Membership in Twenty European Democracies. In: Party Politics, Heft 7, S. 2-22.

Marcinkowski, Frank. (2001). Politische Kommunikation und politische Öffentlichkeit – Überlegungen zur Systematik einer politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung. In: ders. *Politik der Massenmedien – Heribert Schatz zum 65. Geburtstag*. Köln: Herbert von Halem Verlag, S. 237-256.

Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz. (2013). Die neue Macht der Bürger – Was motiviert die Protestbewegungen?. Reinbek bei Hamburg:

Rowohlt.
Marschall, Stafan. (2001). Parteien im Internet – Auf dem Weg zu internet-basierten Mitgliederparteien?. In: APuZ, Heft 10, S. 38-46.
Martin, Roderick. (1977). The Sociology of Power. Boston: Routledge & Kegan Paul.
Marx, Karl. (1947). Das Elend der Philosophie – Antwort auf Proudhons 'Philosophie des Elends'. Berlin: Dietz.
Marx, Karl/Engels, Friedrich. (1998). Manifest der Kommunistischen Partei. Stuttgart: Zeitungsverlag Roter Morgen.
Maslow, Abraham H. (2005). Motivation und Persönlichkeit (10. Auflage). Reinbek bei Hamburg: Rohwolt.
Massing, Otwin. (1972). Parteien und Verbände als Faktoren des politischen Prozesses – Aspekte politischer Soziologie. In: Giesela Kress/Dieter Senghaas. *Politikwissenschaft – Eine Einführung in ihre Probleme*. Frankfurt am Main: Fischer, S. 277-314.
Massing, Peter. (2004). Einleitung: Mediendemokratie – Grundlagen, Anspruch, Wirklichkeit. In: ders. *Mediendemokratie* (2. Auflage). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 5-9.
Massing, Peter. (2004a). Mediendemokartie (2. Auflage). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
Maurer, Marcus. (2003). Politikverdrossenheit durch Medienberichte – Eine Paneluntersuchung. Konstanz: UVK.
Mayen, Michael. (2004). Mediennutzung – Mediaforschung, Medienfunktionen, Nutzungsmuster (2. Auflage). Konstanz: UVK.
Mayntz, Renate. (1959). Parteigruppen in der Großstadt – Untersuchungen in einem Berliner Kreisverband der CDU. Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag.
Meckel, Miriam. (2001). Die globale Agenda – Kommunikation und Globalisierung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
McKenzi, Robert T. (1961). Politische Parteien in England – Die Machtverteilung in der Konservativen und der Labourpartei. Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag.
Mead, George Herbert. (2000). Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus (12. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Merten, Heike. (2007). Rechtliche Grundlagen der Parteiendemokratie. In: Frank

Decker/Viola Neu. *Handbuch der deutschen Parteien*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 79-113.

Meyer, Hans. (1995). Das fehlfinanzierte Parlament. In: Peter M. Huber/Wilhelm Mößle/Martin, Stock. *Zur Lage der parlamentarischen Demokratie – Symposium zum 60. Geburtstag von Peter Badura*. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 17-70.

Meyer, Thomas/ Scherer, Klaus-Jürgen. (1994). Parteien in der Defensive? Plädoyer für die Öffnung der Volkspartei. In: dies./ Christoph Zöpel. *Parteien in der Defensive? Plädoyer für die Öffnung der Volkspartei*. Köln: bund, S. 18-144.

Meyer, Thomas. (2002). Mediokratie – Auf dem Weg in eine andere Demokratie. In: APuZ, Heft 15/16, S. 7-14.

McKenzi, Robert. (1961). Politische Parteien in England – Die Machtverteilung in der Konservativen- und der Labourpartei. Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag.

Michels, Robert. (1968). Formale Demokratie und oligarchische Wirklichkeit. In: Kurt Lenk/Franz Neumann. *Theorie und Soziologie der politischen Parteien*. Neuwied bei Berlin: Luchterhand, S. 242-261.

Michels, Robert. (1989). Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie – Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens (4. Auflage). Stuttgart: Kröner.

Mielke, Gerd. (2003). Parteien zwischen Kampagnenfähigkeit und bürgerschaftlichen Engagement. In: Deutscher Bundestag (Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“). *Bürgerschaftliches Engagement in Parteien und Bewegungen*. Opladen: Leske & Budrich, S. 156-166.

Mielke, Gerd. (2007). Auf verlorenem Posten? – Parteien in der Bürgergesellschaft. In: Neue soziale Bewegungen, 20. Jahrgang, Heft 4, S. 63-71.

Mielke, Gerd. (2009). Mitgliederparteien im Sog der Amerikanisierung. In: Elmar Wiesendahl/Uwe Jun/Oskar Niedermayer. *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen/Farmington Hill: Verlag Barbara Budrich, S. 53-69.

Mintzel, Alf. (1984.) Die Volkspartei – Typus und Wirklichkeit. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Mitchell, William C. (1967). The Polity an Society – A Struktural-Funktional Analy-

sis. In: Beryl L. Crowe/Charles G. Mayo. *American Political Parties – A Systemic Perspective.* New York/ Evanston/London: Harper & Rowe, S. 38-57.

Morgenstern, Caroline. (2008). Individualisierung als Phänomen der Moderne – Zur Reduktion der Vieldeutigkeit des Individualisierungskonzepts. Saarbrücken: VDM.

Müchler, Günter. (1976). CDU & CSU – Ein schwieriges Bündnis. München: Ernst Vögel.

Müller, Kai. (2004). Schwierige Machtverhältnisse – Die CSU nach Strauß. Wiesbaden: VS.

Müller-Jentsch, Walther. (2003). Organisationssoziologie – Eine Einführung. Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Müller-Rommel, Ferdinand/Poguntke, Thomas. (1990). Die Grünen. In: Alf Minzel/Heinrich Oberreuter. *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 276-310.

Müller-Wichmann, Christiane. (1985). Freizeitgesellschaft? – Zur Demontage einer Legende. In: Rundfunk und Fernsehen, 33. Jahrgang, Heft 2, S. 469-479.

Münkler, Herfried. (1997). Der kompetente Bürger. In: Asgar Klein/Rainer Schmalz-Bruns. *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 153-172.

Müntefering, Franz. (1993). Die Verbesserung der Zusammenarbeit von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen in der SPD. In: Karlheinz Blessing. *SPD 2000 – Die Modernisierung der SPD*. Marburg: Schüren, S. 74-78.

Mutz, Gerd. (1997). Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Individualisierung. In: Ulrich Beck/Peter Sopp. *Individualisierung und Integration – Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus?*. Opladen: Leske & Buddrich, S. 161-179.

Narr, Wolf-Dieter/Naschold, Frieder. (1971). Theorie der Demokratie – Einführung in die moderne politische Demokratie. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz: Kohlhammer.

Naschold, Frieder. (1969). Organisation und Demokratie – Untersuchungen zum Demokratisierungspotential im komplexen Organisationen. Stuttgart u.a.: W. Kohlhammer.

Nassehi, Armin/Schroer, Markus. (2003). Der Begriff des Politischen (Sonderband

der Sozialen Welt). Baden-Baden: Nomos.

Nave-Herz, Rosemarie. (1997). Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland (5. Auflage). Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung.

Nedelmann, Brigitta. (1986). Das kulturelle Milieu politischer Konflikte. In: Friedhelm Neidhardt/Rainer M. Lepsius/Johannes Weiß. *Kultur und Gesellschaft* (Sonderband der KZfSS Nr. 27). Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 397-414.

Nedelmann, Brigitta. (1994). Die Wiederentdeckung der Politischen Soziologie. In: Soziologische Revue, 17. Jahrgang, Heft 3, S. 265-271.

Neff, Peter K. (1991). Medien und Anspracheformen der indirekten Kommunikation. In: Heinz Dallmer. *Handbuch Direct Marketing* (6. Auflage). Wiesbaden: Gabler, S. 345-351.

Neu, Viola. (2009). Die Linke – Eine Volkspartei?. In: Volker Kronenberg/Tilman Mayer. *Volksparteien – Erfolgsmodell für die Zukunft?*. Freiburg: Herder Verlag, S. 190-227.

Neuberger, Oswald. (1995). Mikropolitik – Der alltägliche Aufbau und Einsatz von Macht in Organisationen. Stuttgart: Enke.

Neugebauer, Gero. (2007). Politische Milieus in Deutschland. Bonn: Dietz.

Neumann, Siegmund. (1955). Einleitung. In: Institut für politische Wissenschaft (e.V.). *Parteien in der Bundesrepublik – Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953*. Stuttgart/Düsseldorf: Ring-Verlag, S. II-XXXII.

Neumann, Siegmund. (1986). Die Parteien der Weimaer Republik (5. Auflage). Stuttgart/Berlin/ Köln/Mainz: Kohlhammer.

Niebuhr, Frank. (2009). Mitgliederwerbung als Herausforderung und Chance – erfolgreiche Maßnahmen der CDU. In: Elmar Wiesendahl/Uwe Jun/Oskar Niedermayer. *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen/Farmington Hill: Verlag Barbara Budrich, S. 251-256.

Nickig, Eckhard. (1999). Von der Mitglieder- zur Fraktionspartei: Abschied von einer Fiktion. In: ZParl, Heft 2, S. 382-389.

Niedermayer, Oskar/Schmitt, Hermann. (1983). Sozialstruktur, Partizipation und politischer Status in Parteiorganisationen. In: PVS, 24. Jahrgang, Heft 3, S. 293-310.

Niedermayer, Oskar. (1989). Innerparteiliche Partizipation. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Niedermayer, Oskar. (1993). Innerparteiliche Demokratie. In: ders/Richard Stöss. *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 230-250.

Niedermayer, Oskar. (1997). Beweggründe des Engagements in politischen Parteien. In: Oskar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss. *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 323-337.

Niedermayer, Oskar. (2000). Modernisierung von Wahlkämpfen als Funktionsentleerung der Parteibasis. In: *Demokratie und Partizipation – Festschrift für Max Kaase*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 192-210.

Niedermayer, Oskar. (2008). Plädoyer für die Abschaffung der Links-Rechts-Dimension. In: Die Neue Gesellschaft, Heft 5, S. 32-35.

Niedermayer, Oskar. (2009). Parteimitglieder in Deutschland: Version 1/2009
Quelle: http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/ahosz15.pdf *(Stand: 11.08.2010).*

Niedermayer, Oskar. (2009a). Ein Modell zur Erklärung der Entwicklung und Sozialstruktur von Parteimitgliedschaften. In: Elmar Wiesendahl/Uwe Jun/ders. *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen/Farmington Hill: Verlag Barbara Budrich, S. 91-110.

Niedermayer, Oskar. (2010). Die Entwicklung der Parteimitgliedschaften von 1990 bis 2009. In: ZParl, 41. Jahrgang, Heft 2, S. 412-437.

Niedermayer, Oskar. (2011). Parteimitglieder in Deutschland: Version 2011
Quelle: http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/ahosz18.pdf *(Stand: 02.11.2013).*

Niedermayer, Oskar. (2013). Die Wähler der Piratenpartei – Wo kommen sie her, wer sind sie und was bewegt sie zur Piratenwahl?. In: ders. *Die Piratenpartei*. Wiesbaden: VS, S. 63-73.

Niedermayer, Oskar. (2013a). Organisationsstruktur, Finanzen und Personal der Piratenpartei. In: ders. *Die Piratenpartei*. Wiesbaden: VS, S. 81-99.

Niedermayer, Oskar. (2013b). Parteimitglieder in Deutschland: Version 2013.
Quelle: http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/ahosz20.pdf?1370258727

(Stand: 29.12.2013).

Nipperdey, Thomas. (1961). Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. Düsseldorf: Droste.

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf. (2004). Politikwissenschaft. In: dies. *Lexikon der Politikwissenschaft Band 2* (2. Auflage). München: C.H. Beck, S.683-692.

Nöllke, Matthias. (2007). Machtspiele – Die Kunst, sich durchzusetzen. Planegg bei München: Haufe.

Norris, Pippa. (2000). A virtuous Circle – Political Communication in Post-Industrial Democracies. Cambridge: University Press.

Oberreuter, Heinrich. (1984). Parteien zwischen Nestwärme und Funktionskälte (2. Auflage). Zürich: Edition Interfrom.

Oberreuter, Heinrich. (1990). Politische Parteien – Stellung und Funktion im Verfassungssystem der Bundesrepublik. In: Alf Mintzel/ders. Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 15-39.

Oberreuter, Heinrich (1992). Die Macht der Parteien. In: Emil Hübner/ders. *Parteien in Deutschland zwischen Kontinuität und Wandel*. München: Bayrische Landeszentrale für politische Bildung, S. 187-214.

Oberreuter, Heinrich. (2009). Parteiensystem im Wandel – Haben die Volksparteien Zukunft?. In: Volker Kronenberg/Tilman Mayer. *Volksparteien – Erfolgsmodell für die Zukunft?*. Freiburg: Herder Verlag, S. 43-59.

Offe, Klaus. (1980). Strukturprobleme des kapitalistischen Staates – Aufsätze zur politischen Soziologie (5. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Olson, Marvin Elliott. (1970). Power in Societies. New York: Macmillan.

Opp, Karl-Dieter. (1986). Soft Incentives and Collective Action – Participation in the Antinuclear Movement. In: British Journal of Political Science, Heft 16, S. 87-112.

Ostrogorski, Moisei (1964). Democracy and the organization of political parties (2 Bände). Garden City/New York: Doubleday.

Panebianco, Angelo (1988). Political Parties – Organization and Power. Cambridge: University Press.

Papsdorf, Christian. (2013). Internet und Gesellschaft – Wie das Netz unsere Kommunikation verändert. Frankfurt am Main: Campus.

Parment, Anders. (2009). Die Generation Y – Mitarbeiter der Zukunft. Wiesbaden: Gabler.

Parsons, Talcott. (1937). The Structure of Social Action (2 Bände). New York: Free Press.

Parsons, Talcott. (1991). The Social System (2. Auflage). London: Routledge.

Parsons, Talcott/Shils, Edward A. (1951). Toward a general Theory of Action. Cambridge u.a: Harvard University Press.

Parsons, Talcott. (1986). Aktor, Situation und normative Muster – Ein Essay zur Theorie sozialen Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Parsons, Talcott. (2003). Das System moderner Gesellschaften (6. Auflage). Weinheim/München: Juventa.

Patzelt, Werner J. (1993). Abgeordnete und Repräsentation – Amtsverständnis und Wahlkreisarbeit. Passau: Rothe.

Patzelt, Werner J. (2004). Handlungsprobleme der politischen Eliten. In: Ronald Hitzler/Stefan Hornbostel/Cornalia Mohr. *Elitemacht*. Wiesbaden: VS, S. 177-190.

Pelinka, Anton. (2004). Soziologische Theorien der Politik. In: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze. *Lexikon der Politikwissenschaft Band 2* (2. Auflage). München: C.H. Beck, S. 898-901.

Pfeiffer, Ulrich. (1997). Eine Partei der Zeitreichen und Immobilen – Folgerungen für eine Strukturreform. In: Die Neue Gesellschaft, Heft 5, S. 392-394.

Pfetsch, Barbara/Perc, Dejan. (2004). Die Medien als Akteur und Instrumente im politischen Prozess – Mediatisierung und Inszenierung von Politik. In: Peter Massing. *Mediendemokratie* (2. Auflage). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S.34-49.

Pfetsch, Frank R. (1989). Einführung in Person, Werk und Wirkung. In: Robert Michels. *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie – Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens* (4. Auflage). Stuttgart: Kröner, S. XVII-XLI.

Pickel, Gert/Walz, Dieter. (1998). Demokratie- oder Politikerverdrossenheit? – Die Entwicklung des politischen Institutionenvertrauens und der politischen Unterstützung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1989. In: Susanne Pickel. *Politische Einheit – kultureller Zwiespalt? – Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bun-*

destagswahl 1998. Frankfurt am Main: Lang, S. 59-79.

Piratenpartei. (2013). Grundsatzprogramm (2. Auflage).
Quelle: http://piratenpartei.de/wiki/images/3/3e/Piratenpartei_Grundsatzprogramm_Dezember_2012.pdf (*Stand*: 27.10.2013).

Piratenpartei. (2013a). Ziele.
Quelle: http://wiki.piratenpartei.de/ziele (*Stand*: 27.10.2013).

Piratenpartei. (2013b). Altersstruktur.
Quelle: http://wiki.piratenpartei.de/Datei: Alterstruktur_07052013.png (*Stand*: 27.10.2013).

Piratenpartei. (2013c). Mitglieder.
Quelle: http://wiki.piratenpartei.de/Mitglieder#Grafiken_zu_Mitgliederzahlen (*Stand*: 27.10.2013).

Pitkin, Hanna Fenichel. (2003). The Concept of Representation. Berkley/Los Angeles/London: University Press.

Plassner, Fritz. (2000). »Amerikanisierung« der Wahlkommunikation in Westeuropa – Diskussions- und Forschungsstand. In: Hans Bohrmann/Otfried Jarren/Garbiele Melischek/Josef Seethaler. *Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 49-67.

Poguntke, Thomas. (2000). Parteiorganisation im Wandel – Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Poguntke, Thomas. (2002). Zur empirischen Evidenz der Kartellparteien-These. In: ZfP, 12. Jahrgang, Heft 4, S. 790-806.

Prätorius, Rainer. (1984). Soziologie der politischen Organisationen – Eine Einführung. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Preisendörfer, Peter. (1995). Vertrauen als soziologische Kategorie – Möglichkeiten und Grenzen einer entscheidungstheoretischen Fundierung des Vertrauenskonzepts. In: ZfS, 24. Jahrgang, Heft 4, S. 263-272.

Preisendörfer, Peter. (2005). Organisationssoziologie – Grundlagen, Theorien und Problemstellungen. Wiesbaden: VS.

Probst, Lothar. (2007). Bündnis 90/Die Grünen (Grüne). In: Frank Decker/Viola Neu. *Handbuch der deutschen Parteien*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 173-188.

Pross, Harry. (1970). Medienforschung. Darmstadt: Carl Habel Verlagsbuchhand-

lung.

Putnam, Robert D. (2000). Bowling alone – The Colapse and Revival of American Comunity. New York/London/u.a.: Simon & Schuster.

Pütz, Helmuth. (1971). Die CDU – Entwicklung, Aufbau und Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Bonn: Boldt.

Quandt, Markus. (2008). Individualisierung, Individualismus, politische Partizipation und politische Präferenzen – Eine theoretische und empirische Studie am Beispiel der Bundestagswahl 2002. Hamburg: Verlag D. Kovač.

Radunski, Peter. (1991). Fit für die Zukunft?. In: Sonde, 24. Jahrgang, Heft 4, S. 3-8.

Raschke, Joachim. (1977). Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien – Eine vergleichende Analyse parteiinterner Oppositionsgruppen. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Raschke, Joachim. (1993). Orientierungen. In: ders. *Die Grünen – Wie sie wurden, was sie sind*. Köln: Bund-Verlag, S. 39-94.

Raschke, Joachim. (1994). Soziale Bewegungen – Korrektur für Schwächen der Parteiendemokratie. In: Peter Haungs/Eckhard Jesse. *Parteien in der Krise – In- und ausländische Perspektiven*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 187-191.

Rattinger, Hans. (2009). Einführung in die Politische Soziologie. München: Oldenbourg.

Ratzka, Melanie. (2008). Politische Konstruktionen der Wirklichkeit – Ein Forschungsfeld der Soziologie sozialer Probleme. In: Axel Groenemeyer/Silvia Wieseler. *Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle – Realitäten, Repräsentationen und Politik*. Wiesbaden: VS, S. 15-34.

Rebenstorf, Hilke. (1995). Die politische Klasse – Zur Entwicklung und Reproduktion einer Funktionselite. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Reese-Schäfer, Walter. (2002). Parteien als politische Organisationen in Luhmanns Theorie des politischen Systems. In: Kai-Uwe Hellmann/Rainer Schmalz-Bruns. *Theorie der Politik – Niklas Luhmanns politische Soziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 109-130.

Reich, Robert. (1997). Die neue Weltwirtschaft – Das Ende der nationalen Ökonomie. Frankfurt am Main: Fischer.

Reichart-Dreyer, Ingrid. (1995). Partizipation von Frauen in der CDU. In: Eva Ma-

leck-Lewy/Virginia Penrose. *Gefährtinnen der Macht – Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland: Eine Zwischenbilanz*. Berlin: Sigma, S. 37-63.

Reinhold, Gerd. (2000). Soziologie-Lexikon. München/Wien: Oldenbourg.

Richter, Saskia. (2006). Identitätsstifter – Die innerparteilichen Gruppen der deutschen Grünen. In: Patrick Köllner/Matthias Basedau/Gero Erdmann. *Innerparteiliche Machtgruppen – Fraktionalismus im internationalen Vergleich*. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 131-157.

Riepl, Wolfgang. (1972). Das Nachrichtenwesen des Altertums – Mit besonderer Rücksicht auf die Römer (Nachdruck). Hildesheim/Zürich/New York: Olms Verlag.

Rohe, Karl. (1992). Wahlen und Wählertradition in Deutschland – Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Röhrich, Wilfried. (1977). Politische Soziologie. Stuttgart/Berlin/ Köln/Mainz: Kohlhammer.

Rölle, Daniel. (2002). Nichts genaues weiss man nicht!? – Über die Perzeption von Wahlprogrammen in der Öffentlichkeit. In: KZfSS, 54. Jahrgang, Heft 2, S. 264-280.

Roller, Edeltraud. (2002). Erosion des sozialstaatlichen Konsenses und die Entstehung einer neuen Konfliktlinie in Deutschland?. In: APuZ, Heft 29/30, S. 13-19.

Roller, Edeltraud/Brettschneider, Frank/Deth, Jan W. van (Hrsg.). (2006). Jugend und Politik: „Voll normal!“ – Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung. Wiesbaden: VS-Verlag.

Rolshausen, Claus. (1994). Politische Soziologie. In: Harald Kerber/Arnold Schmieder. *Spezielle Soziologien*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 189-215.

Römmele, Andrea. (2005). Direkte Kommunikation zwischen Parteien und Wählern – Professionalisierte Wahlkampftechnologien in den USA und in der BRD (2. Auflage). Wiesbaden: VS.

Rosa, Hartmut/Strecker, David/Kottmann, Andrea. (2007). Soziologische Theorien. Konstanz: UTB.

Rosa, Hartmut. (2005). Beschleunigung – Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Roth, Dieter. (1998). Empirische Wahlforschung – Ursprung , Theorien, Instrumente. Opladen: Leske & Budrich.

Roth, Dieter/Wüst, Andreas M. (1998). Parteien und Wähler – Erklärungsmodelle des Wahlverhaltens. In: Heinrich Oberreuter. *Ungewissheiten der Macht – Parteien, Wähler, Wahlentscheidung*. München: Olzog, S. 102-132.

Roth, Reinhold/Wiesendahl, Elmar. (1986). Das Handlungs- und Orientierungssystem politischer Parteien – Eine empirische Fallstudie. Bremen.

Rousseau, Jean-Jacques. (2008). Der Gesellschaftsvertrag – Oder Prinzipien des Staatsrecht. Wiesbaden: Matrixverlag.

Rucht, Dieter. (1993). Parteien, Verbände und Bewegungen als System politischer Interessenvermittlung. In: Oskar Niedermayer/Richard Stöss. *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 251-275.

Rudi, Tatjana/Schoen, Harald. (2005). Ein Vergleich von Theorien zur Erklärung von Wählerverhalten. In: Jürgen W. Falter/Harald Schoen. *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS, S. 305-325.

Rudolph, Karsten. (1999). Die sechziger Jahre – Das Jahrzehnt der Volksparteien?. In: ZParl, 30. Jahrgang, Heft 2, S. 362-376.

Rudzio, Wolfgang. (1977). Die organisierte Demokratie – Parteien und Verbände in der Bundesrepublik. Stuttgart: Metzler.

Rudzio, Wolfgang. (1991). Das politische System der Bundesrepublik Deutschland (3. Auflage). Opladen: Leske & Budrich.

Rump, Jutta/Eilers, Silke. (2013). Die jüngere Generation in einer alternden Gesellschaft – Baby Boomer versus Generation Y. Sternenfels: Verlag Wissenschaft & Praxis.

Rüttgers, Jürgen. (1993). Dinosaurier der Demokratie – Wege aus Parteienkrise und Politikverdrossenheit. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Saalfeld, Thomas. (2007). Parteien und Wahlen. Baden-Baden: Nomos.

Sacchi, Stefan. (2000). Messung von Wertorientierungen: Ranking oder Rating? – Kritische Anmerkungen zum Beitrag von Klein und Arzheimer. In: KZfSS, 52. Jahrgang, Heft 3, S. 541-552.

Sarcinelli, Ulrich. (1987). Politikvermittlung und demokratische Kommunikationskultur. In: ders. *Politikvermittlung – Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*. Stuttgart: Bonn Aktuell, S. 19-45.

Sarcinelli, Ulrich. (1990). Krise des politischen Vermittlungssystems? – Parteien, neue soziale Bewegungen und Massenmedien in der Kritik. In: Will Cremer/Ansgar Klein. *Umbrüche in der Industriegesellschaft – Herausforderungen für die politische Bildung*. Opladen: Leske & Budrich, S. 149-168.

Sartori, Giovanni. (1969). From the Sociology of Politcal to Political Sociology. In: Seymour Martin Lipset. *Politics and the Social Science.* New York/Oxford: University Press, S. 65-100.

Sassen, Saskia. (1997). Metropolen des Weltmarktes – Die neue Rolle der Global Cities (2. Auflage). Frankfurt am Main/New York: Campus.

Savage, Leonard Jimmie. (1954). The Foundation of Statistics. New York: John Wiley and Sons.

Scarrow, Susanne E. (1996). Parties and their Members – Organizing fpr Victory in Britain and Germany. Oxford: University Press.

Scarrow, Susanne E. (1999). Local Parties and Electioneering in Germany. In: Martin Saiz/Hans Geeser. *Local Parties in Political and Organizational Perspective*. Oxford: Westview Press, S. 151-170.

Scarrow, Susanne E. (2000). Parties without Members? Party Organizations in a Changing Electoral Environment. In: Russell J. Dalton/Martin P. Wattenberg. *Parties without Partisans*. Oxford: University Press, S. 79-101.

Scarrow, Susanne E. (2002). Party Decline in the Party State? The Changing Environment of German Politics. In: Paul Webb/David M. Farrell/Ian Holliday. *Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Universilty Press, S. 77-106.

Schacht, Kurt. (1980). Die F.D.P. – Zur Geschichte und Politik. Frankfurt am Main: Verlag Marxistische Blätter.

Schäfer, Ute. (1995). Die F.D.P. in Sachsen – Frauen in Verantwortung. In: Eva Maleck-Lewy/Virginia Penrose. *Gefährtinnen der Macht – Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland: Eine Zwischenbilanz*. Berlin: Sigma, S. 83-99.

Schaurhofer, Martin. (1999). Teilnehmende Demokratie – Der lange Weg zum selbstbestimmten, politischen Menschen. In: SWS-Rundschau, 39. Jahrgang, Heft 2, S. 147-161.

Scheer, Hermann. (2003). Die Politiker. München: Kunstmann.

Schelsky, Helmut. (1979). Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse

der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft. In: ders. *Auf der Suche nach Wirklichkeit – Gesammelte Aufsätze zur Soziologie der Bundesrepublik*. München: Goldmann, S. 326-332.

Scheuch, Erwin K./Scheuch, Ute. (1995). Bürokraten in den Chefetagen – Deutsche Karrieren: Spitzenmanager und Politiker heute. Reinbek bei Hamburg: Rohwohlt.

Schieren, Stefan. (1996). Parteiinterne Mitgliederbefragungen: Ausstieg aus der Professionalität? Die Beispiele der SPD auf Bundesebene und in Bremen sowie der Bundes-F.D.P. In: ZfP, Heft 2, S. 214-229.

Schiller, Theo. (1970). Parteien und Bürgerinitiative. In: Wirtschaftspolitische Gesellschaft (Hrsg.). Partizipation – Aspekte politischer Kultur (Offene Welt). Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 114-121.

Schiller, Theo. (1997). Politische Soziologie. In: Arno Mohr/Bernhard Claußen. *Grundzüge der Politikwissenschaft* (2. Auflage). München/Wien: Oldenbourg, S. 413-485.

Schirrmacher, Frank. (2004). Das Methusalem-Komplott (34. Auflage). München: Blessing-Verlag.

Schlangen, Walter. (1979). Die deutschen Parteien im Überblick – Von den Anfängen bis heute. Königstein: Athenäum-Verlag.

Schmidt, Carmen. (2001). Theoretische Ansätze zur Parteienentwicklung, zur Wählerbindung und zur Rekrutierung der Repräsentanten. In: dies. *Sozialstruktur und politisches System in Japan – Gesellschaftliche Konfliktlinien, politische Repräsentation und die Formierung der Wählerschaft*. Marburg: Tectum, S. 33-76.

Schmidt, Manfred G. (2006). Demokratietheorien – Eine Einführung (3. Auflage). Wiesbaden: VS.

Schmidt, Manfred G. (2007). Das politische System Deutschlands. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Schmidt, Siegfried J./Zurstiege, Guido. (2000). Kommunikationswissenschaft – Was sie kann, was sie will. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Schmitt, Hermann. (1987). Neue Politik in alten Parteien – Zum Verhältnis von Gesellschaft und Parteien in der Bundesrepublik. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Schmitter, Philippe C. (1999). Critical Reflections on the „Functions“ of Political

Parties and their Performance in Neo-Democracies. In: Wolfgang Merkel/Andreas Busch. *Demokratie in Ost und West*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 475-495.

Schmitz, Sven-Uwe. (2000). Homo democraticus – demokratische Tugenden in der Ideengeschichte. Opladen: Leske & Budrich.

Schneekloth, Ulrich. (2006). Politik und Gesellschaft – Einstellungen, Engagement, Bewältigungsprobleme. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.). *Jugend 2006 – Eine pragmatische Generation unter Druck*. Frankfurt am Main: Fischer, S. 103-144.

Schneekloth, Ulrich. (2010). Jugend und Politik – Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.). *Jugend 2010 – Eine pragmatische Generation behauptet sich.* Frankfurt am Main: Fischer, S. 129-164.

Schneider, Michael. (2000). Kleine Geschichte der Gewerkschaften – Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute (2. Auflage). Bonn: Dietz.

Schneider, Wolfgang Ludwig. (2002). Kommunikation als Operation sozialer Systeme – Die Systemtheorie Luhmanns. In: ders. *Grundlagen der soziologischen Theorie (Band 2) – Garfinkel, RC, Habermas, Luhmann*. Wiesbaden: VS, S. 250-391.

Schneider, Wolfgang Ludwig. (2002a). Intersubjektivität und Geltung – Die Zentrierung von Intersubjektivität auf Begründungsfragen und die Pluralisierung des Rationalitätsbegriffs in der Habermasschen Theorie des kommunikativen Handelns. In. ders. *Grundlagen der soziologischen Theorie (Band 2) – Garfinkel, RC, Habermas, Luhmann*. Wiesbaden: VS, S. 184-249.

Schnell, Rainer/Kohler, Ulrich. (1995). Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953-1992. In: KZfSS, 47. Jahrgang, Heft 4, S. 634-657.

Schnell, Rainer/Hill, Paul/Esser, Elke. (1999). Methoden der empirischen Sozialforschung (6. Auflage). München/Wien: Oldenbourg.

Schnettler, Bernt. (2007). Thomas Luckmann. In: Rainer Schützeichel. *Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung*. Konstanz: UVK, S. 161-170.

Schoeck, Helmut. (1982). Soziologisches Wörterbuch (11. Auflage). Freiburg im Breisgau: Herder Verlag.

Schoen, Harald. (2005). Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: Jürgen W. Falter/ders. *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS, S. 135-185.

Schoen, Harald. (2005a). Wechselwahl. In: Jürgen W. Falter/ders. *Handbuch Wahlforschung.* Wiesbaden: VS, S. 367-387.

Schoen, Harald/Weins, Cornelia. (2005). Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In: Jürgen W. Falter/Harald Schoen. *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS, S. 187-242.

Scholz, Olaf. (2001). Themeninitiativen in der Netzwerkpartei. In: Die Neue Gesellschaft, Heft 4, S. 207-208.

Schönbohm, Wulf/Braun, Günther E. (1981). CDU-Programmatik – Grundlagen und Herausforderungen. München/Wien: Olzog.

Schönbohm, Wulf. (1985). Die CDU wird moderne Volkspartei – Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950-1980. Stuttgart: Klett-Cotta.

Schroer, Markus. (2000). Negative, positive und ambivalente Individualisierung – erwartbare und überraschende Allianzen. In: Thomas, Kron. *Individualisierung und soziologische Theorie.* Opladen: Leske & Budrich, S. 13-42.

Schroer, Markus. (2001). Das Individuum der Gesellschaft – Synchrone und diachrone Theorieperspektiven. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Schubert, Klaus/Klein, Martina. (2006). Politiklexikon (4. Auflage). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Schultze, Rainer-Olaf. (2004). Parteien. In: Dieter Nohlen/ders. *Lexikon der Politikwissenschaft – Band 2* (2. Auflage). München: C.H. Beck, S. 628-630.

Schultze, Rainer-Olaf. (2004a). Stammwähler. In: Dieter Nohlen/ders. *Lexikon der Politikwissenschaft – Band 2* (2. Auflage). München: C.H. Beck, S. 930.

Schultze, Rainer-Olaf. (2004b). Wechselwähler. In: Dieter Nohlen/ders. *Lexikon der Politikwissenschaft – Band 2* (2. Auflage). München: C.H. Beck, S. 1107-1109.

Schulz, Carola. (1984). Der gezähmte Konflikt – Zur Interessenverarbeitung durch Verbände und Parteien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Schulz von Thun, Friedmann. (2001). Miteinander Reden 1 – Störungen und Klärungen (34. Auflage). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Schulz, Winfried. (2003). Politische Kommunikation. In: Günter Bentele/Hans-Bernd Brosius/Ottfried Jarren. *Öffentliche Kommunikation*. Wiesbaden:

Westdeutscher Verlag, S. 458-480.

Schulz, Winfried. (2008). Politische Kommunikation – Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung (2. Auflage). Wiesbaden: VS.

Schumpeter, Joseph A. (1950). Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen: Francke Verlag.

Schutz, Charles E. (1964). Bureaucratic Party Organization Through Professional Political Staffing. In: Midwest Journal of Political Science, 8. Jahrgang, Heft 3, S. 127-142.

Schütz, Alfred. (1991). Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt – Eine Einleitung in die verstehende Soziologie (5. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Schütz, Alfred/Luckmann, Thomas. (1994). Strukturen der Lebenswelt: Band 1 (5. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Schütz, Alfred/Luckmann, Thomas. (1994a). Strukturen der Lebenswelt: Band 2 (3. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Schützeichel, Rainer. (2004). Soziologische Kommunikationstheorien. Konstanz: UTB.

Schweer, Martin K.W. (1997). Vertrauen und soziales Handeln – Facetten eines alltäglichen Phänomens. Neuwied bei Berlin: Luchterhand.

Schwenk, Otto G. (1996). Lebensstil zwischen Sozialstrukturanalyse und Kulturwissenschaft. Opladen: Leske & Budrich.

Scott, Richard William. (1986). Grundlagen der Organisationstheorie. Frankfurt am Main/New York: Campus.

See, Hans. (1972). Volkspartei im Klassenstaat oder das Dilemma der innerparteilichen Demokratie. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Sennett, Richard. (2007). Der flexible Mensch – Die Kultur des neuen Kapitalismus (3. Auflage). Berlin: Berliner Taschenbuch Verlag.

Seuffert, Walter. (1969). Zu den Grundlagen des Begriffs der politischen Partei. In: Gilbert Ziebura. *Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre – Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 91-106.

Shannon, Claude Elwood/Weaver, Warren. (1963). The Mathematical Theory of Communication. Urbana/Chicago: University of Illinois Press.

Shirvani, Fouroud. (2010). Das Parteienrecht und der Strukturwandel im Parteien-

system – Staats- und europageschichtliche Untersuchungen zu den strukturellen Veränderungen im bundesdeutschen und europäischen Parteiensystem. Tübingen: Mohr Siebeck.

Simmel, Georg. (1983). Soziologie – Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung (6. Auflage). Berlin: Duncker & Humblot.

Sinner, Alex von. (2012). Über die Entstehung und Eigenart von Mediationsforschung. In: Dominic Busch/Claude-Héléne Mayer. *Mediation erforschen – Fragen-Forschungsmethoden-Ziele*. Wiesbaden: VS, S. 39-69.

Sontheimer, Kurt/Bleek, Wilhelm. (2002). Grundzüge des politischen Systems in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

SPD. (2009). Sozial und demokratisch – Anpacken – Für Deutschland. *Quelle*: http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Regierungsprogramm2009_LF_navi.pdf (*Stand: 25.08.2009*).

Spier, Tim. (2007). Wen wählt das Präkariat? – Zwischen politischer Apathie und populistischem Protest. In: Vorgänge – Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, 46. Jahrgang, Heft 4, S. 94-101.

Spier, Tim. (2011). Wie aktiv sind die Mitglieder der Parteien?. In: ders./Markus Klein/Ulrich von Alemann/u.a. *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden: VS, S. 97-119.

Spier, Tim/Klein, Markus/Alemann, Ulrich von/u.a. (2011). Parteimitglieder in Deutschland. Wiesbaden: VS.

Spreen, Dierk. (2001). Netzwerkpartei und Zivilgesellschaft. In: Die Neue Gesellschaft, Heft 4, S. 204-207.

Stammer, Otto. (1956). Politische Soziologie und Demokratieforschung. In: KZfSS, 8. Jahrgang, S. 380-395.

Stammer, Otto. (1964). Politische Soziologie. In: Arnold Gehlen/Helmut Schelsky. *Soziologie – Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde* (5. Auflage). Düsseldorf/ Köln: Eugen Dietrichs Verlag, S. 277-333.

Stammer, Otto/Weingart, Peter. (1972.) Politische Soziologie. München: Juventa.

Starke, Frank Christian. (1993). Krise ohne Ende? – Parteiendemokratie vor neuen Herausforderungen. Köln: bund.

Statistisches Bundesamt. (1994). Datenreport 1994 – Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Statistisches Bundesamt. (1997). Datenreport 1997 – Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland (2. Auflage). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Statistisches Bundesamt. (1999). Datenreport 1999 – Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Statistisches Bundesamt. (2006). Datenreport 2006 – Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Statistisches Bundesamt. (2007). Bevölkerung am 31.12.1980 nach Altersgruppen und Bundesländer. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt. (2008/2011). Rentenbestand (GRV).
Quelle: http://www.bpb.de/files/B70LX0.pdf (*Stand 10.08.2011*).

Statistisches Bundesamt. (2008/2011a). Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.
Quelle: https://www.bpb.de/files/YV8BSK.pdf (*Stand 10.08.2011*).

Statistisches Bundesamt. (2009). Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2009. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt. (2010). Deutsche und ausländische Bevölkerung nach Geschlecht – Deutschland.
Quelle: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Bevoelkerung/Content100/lrbev02atemplateId=renderPrint.psml (*Stand: 19.08.2010*).

Statistisches Bundesamt. (2012). Arbeitsmarkt.
Quelle: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Arbeitsmarkt/lrarb003.html (*Stand: 10.05.2013*).

Statistisches Bundesamt. (2013). Abhängige Erwerbstätige.
Quelle: https://www-genesis.destatis.de/genesis/online;jsessionid=ADB4977880815094DDCBE3CA2FEB553A.tomcat_GO_1_1?operation=previous&levelindex=levelid=1368535323599&step=2 (*Stand*: *10.05.2013*).

Statistisches Bundesamt. (2013a). Bildungsstand der Bevölkerung.
Quelle: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Tabellen/

Bildungsabschluss.html (*Stand: 22.11.2013*).

Steffani, Wilfried. (1988). Parteien als politische Organisationen. In: ZParl, 19. Jahrgang, Heft 4, S. 549-560.

Steininger, Rudolf. (1984). Soziologische Theorie der politischen Parteien. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Stöss, Richard. (1983). Einleitung – Struktur und Entwicklung des deutschen Parteiensystems der Bundesrepublik: Eine Theorie. In: ders. *Parteienhandbuch – Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980* (Band 1: AUD bis EFP). Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 17-309.

Streeck, Wolfgang. (1987). Vielfalt und Interdependenz – Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten. In: KZfSS, 39. Jahrgang, Heft 3, S. 471-495.

Tiefenbach, Paul. (1998). Die Grünen – Verstaatlichung einer Partei. Köln: Papy Rossa.

Thomas, William I. (1965). Person und Sozialverhalten. Neuwied am Rhein/Berlin: Luchterhand.

Tormin, Walter. (1966). Geschichte der deutschen Parteien seit 1848. Stuttgart/Berlin/Köln/ Mainz: Kohlhammer.

Trautmann, Helmut. (1975). Innerparteiliche Demokratie im Parteienstaat. Berlin: Duncker & Humblot.

Treue, Wolfgang. (1962). Die deutschen Parteien (2. Auflage). Wiesbaden: Franz Steiner Verlag.

Treue, Wolfgang. (1975). Die deutschen Parteien – Vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main/Berlin/Wien: Ullstein.

Troja, Markus/Meuer, Dirk. (2005). Mediation im öffentlichen Bereich. Falk Gerhard/Peter Heintel/Krainz Ewald E. *Handbuch Mediation und Konfliktmanagement*. Wiesbaden: VS, S. 219-241.

Türk, Klaus/Lemke, Thomas/Bruch, Michael. (2002). Organisation in der modernen Gesellschaft – Eine Einführung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Tversky, Amos/Kahneman, Daniel. (1991). Loss Aversion in Riskless Choice: A Reference-Dependent Model. In: Quarterly Journal of Economics, Heft 4, S. 1039-1061.

Tversky, Amos/Kahneman, Daniel. (1992). Advances in Prospect Theory – Cumulative Representation of Uncertainty. In: Journal of Risk an Uncertainty, Heft

5, S. 297-323.

Van der Loo, Hans/van Reijen, Willem. (1992). Modernisierung – Projekt und Paradox. München: dtv.

Veen, Hans-Joachim. (1983). Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa 1. Paderborn/München/Wien/Zürich: Schhöningh.

Veen, Hans-Joachim. (1999). Volksparteien – Die fortschrittlichste Organisationsform politischer Willensbildung. In: ZParl, 30. Jahrgang, Heft 2, S. 377-381.

Verba, Sidney/Nie, Norman H. (1987). Participation in America – Political Democracy and Social Equality. Chicago: University Press.

Vester, Michael. (1995). Individualisierung oder neue soziale Milieus? – Der Einfluß des sozialen Wandels auf den Wertewandel. In: Ansgar Klein. *Wertediskussion im vereinten Deutschland*. Köln: Bund, S. 87-91.

Vester, Michael. (1997). Soziale Milieus und Individualisierung – Mentalitäten und Konfliktlinien im historischen Wandel. In: Ulrich Beck/Peter Sopp. *Individualisierung und Integration – Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus?*. Opladen: Leske & Buddrich, S. 99-123.

Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/u.a. (2001). Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel – Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Vester, Michael. (2008). Klasse an sich/für sich. In: Fritz Haug/Frigga Haug/Peter Jehle. *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus (Band 7/1): Kaderpartei bis Klonen*. Hamburg: Argument-Verlag, S. 736-775.

Villányi, Dirk/Junge, Matthias/Brock, Ditmar. (2009). Soziologische Systemtheorie. In: dies./Heike Diefenbach/Reiner Keller. *Soziologische Paradigmen nach Talcott Parsons – Eine Einführung*. Wiesbaden: VS, S. 337-397.

Völker, Marion/Völker, Bernd. (1998). Wahlenthaltung – Normalisierung oder Krisensymptom?. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.

Volkmann, Thomas. (2013). Informationen zur Bundestagswahl am 22. September 2013.
Quelle: http://www.freiheit.org/files/62/Analysebericht_BTW_2013.pdf (*Stand*: *27.10.2013*).

Volkmann, Ute. (2000). Das schwierige Leben in der »Zweiten Moderne« – Ulrich Becks »Risikogesellschaft«. In: Uwe Schimank/dies. *Soziologische Ge-*

genwartsdiagnosen 1 – Eine Bestandsaufnahme. Opladen: Leske & Budrich, S. 23- 40.

Volkmann, Uwe. (2009). Parteien zwischen verfassungsrechtlichem Anspruch und politischer Wirklichkeit. In: Jörn Ipsen. *40 Jahre Parteiengesetz – Symposium in Deutschen Bundestag*. Osnabrück: V&R unipress, S. 79-95.

Vorländer, Hans. (2007). Freie Demokratische Partei (FDP). In: Frank Decker/Viola Neu. *Handbuch der deutschen Parteien*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 276-288.

Walgenbach, Peter. (2006). Die Strukturationstheorie. In: Alfred Kieser/Mark Ebers. *Organisationstheorien* (6. Auflage). Stuttgart: Kohlhammer, S. 403-426.

Walter, Franz. (2001). Die deutschen Parteien: Entkernt, ermattet, ziellos. In: APuZ, Heft 10, S. 3-6.

Walter, Franz. (2002). Die SPD – Vom Proletariat zur Neuen Mitte. Berlin: Fest Verlag.

Webb, Paul/Farrell, David M./Holliday, Ian. (2002). Political Parties in Advanced Industrial Democracies. Oxford: Universilty Press.

Weber, Max. (1956). Staatssoziologie. Berlin: Duncker & Humblot.

Weber, Max. (1964). Wirtschaft und Gesellschaft (Studienausgabe). Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch.

Weber, Max. (1980). Wirtschaft und Gesellschaft – Grundriß der verstehenden Soziologie (5. Auflage). Tübingen: Mohr Siebeck.

Weber, Max. (1988). Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I (9. Auflage). Tübingen: UTB.

Weber, Max. (1984). Zur Politik im Weltkrieg (Max Weber Gesamtausgabe: Band 1/15). Tübingen: Mohr Siebeck.

Weber, Max. (1991). Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: ders. *Schriften zur Wissenschaftslehre*. Stuttgart: Reclam, S. 21-101.

Weber, Max. (1997). Politik als Beruf. In: ders. *Schriften zur Sozialgeschichte und Politik*. Stuttgart: Reclam, S. 271-339.

Weßels, Bernhard. (1997). Politisierung entlang neuer Konfliktlinien?. In: Ansgar Klein/Rainer Schmalz-Bruns. *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland – Möglichkeiten und Grenzen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 205-230.

Weßels, Bernhard. (2007). Re-Mobilisierung, „Floating“ oder Abwanderung? – Wechselwähler 2002 und 2005 im Vergleich. In: Frank Brettschneider/Oskar Niedermayer/ders. *Die Bundestagswahl 2005 – Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 395-419.

Weßels, Bernhard. (2008). Politische Integration und politisches Engagement. In: Statistisches Bundesamt. *Datenreport 2008 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 391-396.

Weßels, Bernhard. (2011). Politische Integration und politisches Engagement. In: *Datenreport 2011 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland* (Band II). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 371-376.

Weinacht, Paul-Ludwig. (1994). Wege aus der Parteienverdrossenheit. Würzburg: Ergon.

Weis, Petra. (1995). Hürdenlauf an die Macht? Politische Partizipation von Frauen in der SPD und die Quote. In: Eva Maleck-Lewy/Virginia Penrose. *Gefährtinnen der Macht – Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland: Eine Zwischenbilanz*. Berlin: Sigma, S. 65-82.

Whiteley, Paul F./Seyd, Patrick/Richardson, Jeremy. (1994). True Blues – The Politics of the Conservative Party Membership. Oxford: University Press.

Wiesendahl, Elmar. (1980). Parteien und Demokratie – eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung. Opladen: Leske Verlag + Budrich GmbH.

Wiesendahl, Elmar. (1984). Wie politisch sind politische Parteien? In: Jürgen Falter (Hrsg.). *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung.* Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 78-88.

Wiesendahl, Elmar. (1990). Der Marsch aus den Institutionen – Zur Organisationsschwäche politischer Parteien in den achziger Jahren. In: APuZ, Helft 21, S. 3-14.

Wiesendahl, Elmar. (1992). Volksparteien im Abstieg – Nachruf auf eine zwiespältige Erfolgsgeschichte. In: APuZ, Heft 34/35, S. 3-14.

Wiesendahl, Elmar. (1996). Parteien als Instanzen der politischen Sozialisation. In: Bernhard Claußen/Rainer Geißler. *Die Politisierung des Menschen – Instanzen der politischen Sozialisation*. Opladen: Leske & Budrich, S. 401-424.

Wiesendahl, Elmar. (1997). Noch Zukunft für die Mitgliederparteien? – Erstarrung und Revitalisierung innerparteilicher Partizipation. In: Ansgar Klein/Rainer Schmalz-Bruns. *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland – Möglichkeiten und Grenzen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 349-381.

Wiesendahl, Elmar (1998). Parteien in Perspektive – Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Wiesendahl, Elmar. (1998a). Wie geht es weiter mit den Großparteien in Deutschland?. In: APuZ, Heft 1/2, S. 13-28.

Wiesendahl, Elmar. (1999). Die Parteien in Deutschland auf dem Weg zu Kartellparteien?. In: Hans Herbert von Arnim (Hrsg.) *Adäquate Institutionen: Voraussetzungen für „gute" und bürgernahe Politik?*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 49-73.

Wiesendahl, Elmar. (2001). Parteien im Epochenwechsel? Neue Literatur zum organisatorischen Strukturwandel politischer Parteien: In: PVS, Heft 4, S. 734-743.

Wiesendahl, Elmar. (2001a). Keine Lust mehr auf Parteien – Zur Abwanderung Jugendlicher von den Parteien. In: APuZ, Helft 10, S. 7-19.

Wiesendahl, Elmar. (2002). Die Zukunft der Parteien. In: Oskar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss. *Parteiendemokratie in Deutschland* (2. Auflage). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 592-619.

Wiesendahl, Elmar. (2002a). Parteienkommunikation. In: Otfried Jarren/Ulrich Sarcinelli/Ulrich Saxer. *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft – Ein Handbuch mit Lexikonteil* (Nachdruck). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 442-449.

Wiesendahl, Elmar. (2003). Parteiendemokratie in der Krise – Das Ende der Mitgliederparteien?. In: Manuela Glaab. *Impulse für eine neue Parteiendemokratie – Analyse zu Krise und Reformen*. München: Ludwig-Maximilians-Universität, S. 15-38.

Wiesendahl, Elmar. (2004). Volkspartei. In: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze. *Lexikon der Politikwissenschaft – Band 2* (2. Auflage*)*. München: C.H. Beck, S. 1078-1081.

Wiesendahl, Elmar. (2004a). Parteien und die Politik der Zumutungen. In: APuZ,

Heft 40, S. 19-24.

Wiesendahl, Elmar. (2005). Das Ende der Mitgliederpartei – Die Parteiendemokratie auf dem Prüfstand. In: Daniel Dettling. *Parteien in der Bürgergesellschaft – Zum Verhältnis von macht und Beteiligung*. Wiesbaden: VS, S. 23-42.

Wiesendahl, Elmar. (2006). Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion. Wiesbaden: VS.

Wiesendahl, Elmar. (2006a). Rekrutierung von Eliten in der Parteiendemokratie – Wer sind die Besten und wie setzen die sich durch?. In: Oskar W. Gabriel/Beate Neuss/ Günther Rüther. *Eliten in Deutschland – Bedeutung, Macht, Verantwortung*: Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 94-113.

Wiesendahl, Elmar. (2007). Am Volk vorbei – Die Volksparteien nach dem Wegfall ihrer Voraussetzungen. In: Vorgänge – Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, 46. Jahrgang, Heft 4, S. 4-14.

Wiesendahl, Elmar. (2009). Die Mitgliederparteien zwischen Unmodernität und wieder entdecktem Nutzen. In: ders./Uwe Jun/Oskar Niedermayer. *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen/ Farmington Hill: Verlag Barbara Budrich, S. 31-51.

Wiesendahl, Elmar/Jun, Uwe/Niedermayer Oskar. (2009). Die Zukunft der Mitgliederparteien auf dem Prüfstand. In: dies. *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen/Farmington Hill: Verlag Barbara Budrich, S. 9-30.

Wiesendahl, Elmar/Jun, Uwe/Niedermayer Oskar. (2009a). Die Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen/Farmington Hill: Verlag Barbara Budrich.

Widfeldt, Anders. (2002). Party Membership and party representativeness. In: Hans-Dieter Klingemann/Dieter Fuchs. *Citizens and the State* (Nachdruck). New York: Oxford University Press, S. 134- 182.

Windfuhr, Michael. (1999). Der Einfluß der NGOs auf die Demokratie. In: Wolfgang Merkel/Andreas Busch. *Demokratie in Ost und West*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 520-548.

Winkler, Jürgen R. (2010). Parteien und Parteiensysteme. In: Hans-Joachim Lauth. *Vergleichende Regierungslehre – Eine Einführung* (3. Auflage). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 215-236.

Wollinetz, Steven B. (1988). Party System Change – Past, Present and Future. In: ders. *Parties and Party Systems in Liberal Democracies*. London: Routled-

ge, S. 296-320.

Zehetmeier, Winfried. (1970). Rechtliche Ordnung des Parteiwesens in der Bundesrepublik. In: Hans Friedrich/ders. *Parteien – Funktionen, Rechtsstellung und Organisation der politischen Parteien* (4. Auflage). München: Bayrische Landeszentrale für politische Bildung, S. 52-89.

Zehetmeier, Winfried. (1970a). Aufbau, Organisation und Innenleben der Parteien in der Bundesrepublik. In: Hans Friedrich/ders. *Parteien – Funktionen, Rechtsstellung und Organisation der politischen Parteien* (4. Auflage). München: Bayrische Landeszentrale für politische Bildung, S. 101-136.

Zeuner, Bodo. (1969). Innerparteiliche Demokratie. Berlin: Colloquium Verlag.

Zimbardo, Philip G. (2001). Das Stanford-Gefängnis-Experiment – Eine Simulationsstudie über die Sozialpsychologie der Haft. Goch: Santiago Verlag.

Zimmer, Annette/Priller, Eckhard. (2004). Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel – Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung. Wiesbaden: VS.

Zorzi, Markus. (2009). CSU – Erfolgreiche Volkspartei. In: Elmar Wiesendahl/Uwe Jun/Oskar Niedermayer. *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen/Farmington Hill: Verlag Barbara Budrich, S. 283-287.

Zürn, Michael. (1998). Regieren jenseits des Nationalstaates – Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Zwicky, Heinrich. (1984). Forschungstendenzen in der Politischen Soziologie. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 10. Jahrgang, Heft 1, S. 97-124.